Geschichte

des

Krieges von 1866.

Nebst einem Vorbericht:

„Die deutsche Frage in den 1850er Jahren."

Von

Otto Kanngießer.

Erster Band.

Basel.
Verlag der Schweiz. Verlags-Druckerei
1892.

Geſchichte des Krieges von 1866.

Erſter Band.

Geschichte

des

Krieges von 1866.

Nebst einem Vorbericht:

„Die deutsche Frage in den 1850er Jahren."

Von

Otto Kanngießer.

Erster Band.

Basel.
Verlag der Schweiz. Verlags-Druckerei
1892.

Storage
695
v.1

Alle Rechte vorbehalten.

Vorwort.

Jedes Buch, bei dem Verfasser und Verleger auf die Gunst des Publikums hoffen, muß einem wirklichen Bedürfniß entsprechen. Wir glauben ohne Unbescheidenheit sagen zu dürfen, daß diese Voraussetzung bei der hier gebotenen „Geschichte des Krieges von 1866" zutrifft. Es existirt bis jetzt keine zugleich allgemeinverständliche und erschöpfende, vor Allem auch unparteiische und nach Möglichkeit vollkommen wahrheitsgetreue Darstellung der großen Ereignisse, welche die Grundlage der heutigen Einheit und politischen Verfassung Deutschlands boten. Damit ist kein Vorwurf gegen die zum Theil berühmten Autoren der vielen Bücher und Monographieen ausgesprochen, welche über das Jahr 1866 schon geschrieben sind. Erst ein Zeitraum von 25 Jahren hat die Leidenschaften abgekühlt, die Vorurtheile beseitigt, welche sich naturgemäß an den „Bruderkrieg" von 1866 hefteten. Auch sind viele wichtige Aufschlüsse über jene merkwürdige Periode der deutschen und europäischen Geschichte in glaubhafter und authentischer Weise erst in den letzten Jahren gegeben und fortwährend ergänzen sich heute noch diese Geschichtsquellen, so daß die Zeit für eine umfassende und doch in dem Rahmen der Uebersichtlichkeit bleibende Schilderung der Entstehungsgeschichte der Katastrophe von 1866 erst jetzt gekommen war. Diese Entstehungsgeschichte würde kaum verständlich sein, wenn nicht zugleich den Peripetieen der deutschen Frage im Jahrzehnt von 1850 bis 1860 die nöthige Aufmerksamkeit gewidmet würde. Der vorliegende erste Band unseres

Werkes, dem der zweite und Schlußband möglichst rasch folgen wird, bringt auf Seite 21—122 diesen nothwendigen Vorbericht. Es folgen dann alle zum Thema gehörigen Ereignisse der „Aera Bismarck“ bis zum Ausbruch des Krieges. Die Einleitung, welche wir unserer Schilderung vorausschicken, soll die Auffassung bezeichnen, die wir auf Grund persönlicher Erlebnisse und einer fast dreißigjährigen publizistischen Thätigkeit von den welthistorischen Ereignissen des Jahres 1866, wie von dem Charakterbilde ihres hauptsächlichsten Trägers — des Fürsten Bismarck — gewonnen haben. Auch hierbei leitet uns, wie bei dem Gesammtinhalt des Werkes, nur das Streben nach historischer Wahrheit. Inwieweit dieses Ziel erreicht ist, möge der freundliche Leser aus dem Buche selbst erkennen, dem die Sorgfalt der verehrlichen Verlagshandlung auch eine würdige äußere Ausstattung gegeben hat.

Frankfurt a. M., Ende April 1892.

Der Verfasser.

Inhalt.

Seite

Vorwort.

Einleitung . . . . . 1 — 20

Die Deutsche Frage in den 1850er Jahren.

Bis zum Krimkrieg . . . . . 22 — 50

Der Krimkrieg in seinen Rückwirkungen auf die deutschen Angelegenheiten . . . . . 51 — 82

Ausgang Friedrich Wilhelm's IV. . . . . 83 — 92

Die „neue Aera." — Der italienische Krieg. — Verfassungsconflict in Preußen . . . . . 93 — 122

Die Aera Bismarck.

Erste Ministerthätigkeit Bismarck's . . . . . 125 — 163

Schleswig-Holstein bis zum Gasteiner Vertrag . . 164 — 271

Biarritz . . . . . 272 — 286

Die Parteien in Deutschland zu Beginn des Jahres 1866 287 — 304

Allianzverhandlungen mit Italien und Vorbereitungen zum Kriege . . . . . 305 — 334

Vom Abschluß des italienischen Bündnisses bis zum Kriege . . . . . 335 — 361

Letzte Vorgänge in Deutschland bis zum Kriegsausbruch 362 — 388

Digitized by the Internet Archive
in 2011 with funding from
Boston Library Consortium Member Libraries

http://www.archive.org/details/geschichtedeskri01kann

Einleitung.

Alle weltgeschichtlichen Ereignisse von großer und dauernder Bedeutung sind das Product einer lange vorausgegangenen Entwicklung, welche in jenen Ereignissen ihren Höhepunkt findet. Etwa ein Jahrhundert vor dem Krieg von 1866 führte zum ersten Mal der unvermeidliche Gegensatz zwischen der alten habsburgischen Monarchie Oesterreich und dem aufstrebenden Staat Preußen zu einem kriegerischen Zusammenstoß von gewaltigem Umfange, und während der langen seitdem verflossenen Zeit bis zur definitiven Trennung der rivalisirenden Interessen ist trotz Friedensschluß, Bundes- und Waffengenossenschaft niemals ein wahrhaft gutes, innerlich gesundes Verhältniß zwischen den beiden Mächten möglich gewesen. Schon das erste Zusammengehen derselben nach den Kämpfen unter Friedrich II. und Maria Theresia — die Invasion in Frankreich im Jahr 1792 — war ein in jeder Beziehung tolles Unternehmen, nach welchem Europa länger als zwanzig Jahre hindurch von einem Blutmeer überschwemmt wurde. Es ist heute fast vergessen, daß dieser lediglich durch blinde Fürstenpolitik — und zwar am Meisten durch diejenige des gänzlich unfähigen Königs Friedrich Wilhelm II. von Preußen — hervorgerufene Krieg selbst in dem damaligen, noch auf verhältnißmäßig niederer Kulturstufe stehenden Preußen im höchsten Grade unpopulär war. Zahlreiche Offiziere der preußischen Invasionsarmee von 1792 standen in ihrem Herzen auf Seiten der Sache, gegen die sie kämpfen sollten, und gaben ihrem tiefen Widerwillen gegen den Don-Quixote-

Feldzug wider die Revolution in Briefen nach der Heimat Ausdruck, welche außerhalb Deutschlands durch den Druck veröffentlicht wurden und ein merkwürdiges Bild von den geistigen Strömungen der damaligen Zeit bieten. Der König selbst, welcher während des leidens- und jammervollen Rückzugs seiner Armee nach dem Tage von Valmy zuweilen sich unter die Truppen mischte und den Soldaten durch freundliche Zusprache Muth und Geduld einzuflößen suchte, bekam mehr als einmal Antworten zu hören, welche im schärfsten Gegensatze zu dem bis dahin gewahrten Respect gegen den Kriegsherrn und König standen. So wurde denn der Feldzug von 1792, obwohl er noch gemeinsam mit Oesterreich am Rhein, in Belgien u. s. w. fortgesetzt wurde, für Preußen im Grunde nichts Anderes, als ein Vorläufer des Tages von Jena, und der Baseler Friede von 1795, durch welchen Preußen sich von dem schon in den letzten Zügen liegenden deutschen Reiche trennte, hatte genau betrachtet dieselben Ursachen und Beweggründe, wie die 71 Jahre später herbeigeführte Sprengung des deutschen Bundes durch Bismarck. In dem einen wie dem anderen Falle gehorchte der Staat Preußen dem Triebe der Selbsterhaltung als Großmacht;[1]) nur war 1866 die Lage der Dinge glücklich schon so gestaltet, daß diese Selbsterhaltung Preußens nicht der Zerstörung, sondern der Neugestaltung und dem Wiederaufbau Deutschlands zu Gute kam.

In den 1790er Jahren jedoch und während der ganzen Zeit der napoleonischen Kriege paßten auf Deutschland die Worte, welche im Jahre 1851 der österreichische Minister und General Fürst Schwarzenberg cynisch aussprach: „Reden Sie mir doch nicht von Deutschland, es existirt nicht. Ich bin als

[1]) Vergleiche die Worte Hardenberg's über den Frieden: „Ich halte ihn für ehrenvoll und vorteilhaft zugleich, weil der Einfluß, welcher uns die angenommene Vermittlung und Neutralität gegenüber dem Reich giebt, nicht nur uns viel Nutzen schaffen kann, sondern auch rühmlich ist und ein großes Uebergewicht gegen den Wiener Hof gewährt."

Soldat und Diplomat immer auswärts gewesen und habe stets gefunden, daß es Niemand kennt."

Dieses Nichtvorhandensein eines Deutschland in politischem Sinne war die hauptsächlichste Ursache der Möglichkeit seiner Knechtung durch den ersten Napoleon; auch die Freiheitskriege von 1813 und 1814 fanden ein durch und durch zerrissenes Deutschland vor — so sehr, daß es selbst nach der Moskauer Katastrophe ohne die egoistische Hülfe des russischen Zaren, ohne eine Welteoalition, die es wiederum zum Spielball fremder Launen, Interessen und Intrignen machte, das Joch des Zwingherrn nicht abzuschütteln vermochte.

Nach Napoleons Sturz war in der breiten Masse der Völker Europas, vor Allem auch im deutschen Volke, eine solche Ermüdung und Erschöpfung von länger als zwanzigjährigen furchtbaren Kriegen eingetreten, daß es den Anhängern des Fürstenabsolutismus, den Fürsten selbst und den Diplomaten aller Zungen, unschwer gelingen konnte, jedes selbständige politische Streben, sei es kosmopolitischer, sei es nationaler Natur, in den Volksmassen zu ersticken. Die wenigen bevorzugten Geister, welche sich dieses Streben noch zu erhalten vermochten, wurden Märtyrer einer guten Sache oder traten, von tiefstem Ekel an der Zeit erfüllt, resignirt vom Schauplatz politischen Wirkens ab, wie General Gneisenau, welcher 1814 die Gründung eines deutschen Verfassungsstaates nach dem Vorbild Englands empfohlen hatte und nach Jahren, hieran erinnert, in die bitteren Worte ausbrach: „Pah, wir taugen zu nichts, auch dazu nicht!", und welcher schon im Juni 1815 von Chatillon sur Sambre aus in einem Briefe an den Staatskanzler Fürst Hardenberg unter Anderem schrieb: „Sie, mein Fürst, stehen in der Meinung der Welt hoch; aber die übrige diplomatische Sippschaft ist durch ihre Mißgriffe und Schlechtigkeiten so sehr in der Meinung der Welt gesunken und so sehr mit Verachtung belastet, daß ich meinen Sohn enterben würde, wenn er in diese Laufbahn treten wollte. Es ist Zeit, daß

Sie, edler Fürst, dieses Geschmeis abstreifen und in Ihrem Glanze allein dastehen.“ — Später hat sich Gneisenau überzeugen können und hat es auch ausgesprochen, daß selbst Hardenberg nicht allzuhoch über dem „Geschmeis“ stand.

Aber dieses selbe „Geschmeis“ war der Schöpfer des deutschen Bundes von 1816, jener politischen Mißgeburt, welche in der nach der mystischen Idee einer abenteuernden Frau (v. Krüdener) und nach dem Willen des Zaren Alexanders I. von Rußland geformten „heiligen Allianz“ nur ein untergeordnetes Glied bildete und mit dieser stehen und fallen mußte, da die deutsche Bundesverfassung von Anfang an verbesserungsunfähig war. Sie mußte bleiben wie sie war oder aufhören zu existiren. Alle Verbesserungsversuche, die damit — manchmal mit ganz redlichem Willen — gemacht wurden, schlugen fehl und mußten fehl schlagen. Einen der hauptsächlichsten Gründe hiervon hat auf dem Frankfurter Fürstentag von 1863 der Großherzog Friedrich von Baden mit Freimut ausgesprochen: „Jede fruchtbare Thätigkeit des Bundes sei unmöglich, so lange zwei Großmächte demselben angehörten.“ — Von diesen beiden Großmächten hatte die eine, und gerade diejenige, welcher die erste Stellung im Bunde angewiesen war, den Schwerpunkt ihrer Macht und ihrer Interessen außerhalb Deutschlands. Schon aus diesem Grunde — abgesehen von dem Fluch der unter dem System des alten Franz und Metternichs herbeigeführten tiefen und nachhaltigen Versumpfung — war es für die habsburgische Monarchie unmöglich, zu irgend einer Zeit während des fünfzigjährigen Bestehens des Bundes eine vorwiegend deutsche Politik zu treiben und zur Richtschnur ihrer Handlungen zu machen. Es gewährt ein eigenartiges, wenn auch keineswegs erhebendes Bild, zu sehen, wie Oesterreich auf der einen Seite, seinen vielgestaltigen und zersplitterten Interessen folgend, in den wichtigsten Dingen und in den bedeutungsvollsten Momenten eine antideutsche Politik befolgte und wie es dennoch mit fatalistischer Hartnäckigkeit und Zähigkeit

sich an seine „historische“ Stellung in Deutschland klammerte, die doch schon der alte Kaiser Franz im Jahr 1806 als für ihn werthlos und hinderlich aufgegeben hatte.

Den beiden Großmächten des Bundes, welche — innerlich verfeindet und stets von gegenseitiger Eifersucht und Mißgunst beherrscht — das arme Deutschland lenken sollten, gesellte sich während der Zeit der heiligen Allianz als europäischer und speziell deutscher Polizeimeister und Obervormund das „heilige Rußland“ bei, das in der Form von Noten und Depeschen unter der langen Regierung des Zaren Nikolaus fortwährend förmliche Ukase und Befehle nach Deutschland gelangen ließ, sei es an die einzelnen Regierungen in Wien, Berlin und den sonstigen Fürstenresidenzen Deutschlands, sei es an den Bundestag in Frankfurt durch seinen dortigen Gesandten. Man glaubt in eine längst vergangene Welt zu blicken, wenn man die Nesselrode'schen Depeschen oft über die unbedeutendsten innerdeutschen Angelegenheiten — zum Beispiel über die von Johannes Ronge wider den heiligen Rock von Trier angefachte religiös-kirchliche Bewegung — liest. Ein tiefes Gefühl der Scham muß jeden Deutschen darüber beschleichen, daß das Deutschland der Freiheitskriege, das „Volk der Denker“, so tief herabgekommen war, um es dulden zu müssen, daß in seinen eigensten Angelegenheiten, in Dingen der Denkfreiheit und der Bewegungsfreiheit auf der Straße, ja fast bis in die private Häuslichkeit der Einzelnen hinein, nicht nur die einheimischen Regierungen, sondern auch die im Dunkel wirkende Macht eines fremden, über barbarische Völkerschaften herrschenden Despoten, es fort und fort schuhriegeln und meistern durften. Vollkommen hatte sich unter dem Zaren Nikolaus das zornige Wort bewahrheitet, welches der Freiherr v. Stein bei einer Mittagstafel auf dem Wiener Congreß dem Zaren Alexander entgegenschleuderte: „Ich wußte es wohl, daß Ew. Majestät aus Deutschland eine russische Stuterei machen wollen!“

Metternich, der scheinbar allmächtige Staatskanzler, war nichts als ein demüthiger Knecht Rußlands, längere Zeit hindurch sogar dessen Großpensionär mit 250,000 Rubel jährlich. Und Preußen erhob während der Blüthezeit der heiligen Allianz selten einen anderen Anspruch, als der gehorsame Diener Metternichs zu sein, wie Friedrich Wilhelm III. es in seinem infinitiven Jargon noch 1837 in einem mündlichen Auftrag an seinen nach Wien reisenden Oberkammerherrn Graf Redern ausdrückte: „Dem Fürsten Metternich sagen, er auch immer mein auswärtiger Minister sein!“

Im Wesentlichen hat der Sohn und Nachfolger Friedrich Wilhelms III., der „geistreiche Kronprinz“, wie er vor seiner Thronbesteigung im Jahr 1840 genannt wurde, sich, was die freiwillige Untertänigkeit gegen die Wiener Hofburg und Staatskanzlei betrifft, von seinem Vater nicht unterschieden. Wir werden im Verlauf dieser Darstellung sehen, daß es eine vollständige Mythe war, wenn längere Zeit hindurch verbreitet und geglaubt wurde, Friedrich Wilhelm IV. habe den Gang nach Warschau und Olmütz im Jahr 1850, diese grimmige Selbstschändung Preußens, gegen seinen Wunsch und Willen „mit schwerem Herzen“ gethan. Im Gegentheil, er war höchst vergnügt darüber, daß er Dank der Intervention des Zaren Nikolaus die „hessische Sauerei“ los wurde, die ihn am Ende hätte nöthigen können, „zu Pferde zu steigen“, ein unglückliches, von Preußen zum Widerstande gegen den heimischen Zaunkönig aufgestacheltes Volk nun auch ferner im Kampf um's Recht zu unterstützen und des eigenen Landes Ehre, Preußens Machtstellung vor Deutschland und der Welt zu wahren, statt den ihm liebgewordenen Jagd- und sonstigen Privatvergnügungen nachzugehen. Er spottete im Spätherbst 1850 über die in Preußen eingerissene Kriegsbegeisterung mit den Worten: „Es ist ein Geist, wie anno 13, ohne Uebertreibung. Sogar die Canaille (das Volk) wird mit fortgerissen.“[1])

[1]) Siehe die vertrauten Briefe Friedrich Wilhelms IV. an den Herzog Ernst von Coburg in des Letzteren Denkwürdigkeiten, Bd. I., S. 588 u. 598.)

Die Versuchung läge für uns nahe, bei dem merkwürdigen Contrast zu verweilen, der darin liegt, daß der Kriegsbegeisterung von 1850, an der nach einem königlichen Worte sogar „die Canaille“ theilnahm, nach Olmütz führte, während der Krieg von 1866, der gegen den erklärten Willen der preußischen Volksvertretung, gegen die Friedenswünsche und Kundgebungen aus dem ganzen Lande vorbereitet und unternommen wurde, Resultate im Gefolge hatte, die an weltgeschichtlicher Bedeutung diejenigen der Schlacht bei Leipzig weit überragen. Wir können jedoch diese seltsame Anomalie der Geschichte jetzt nur streifen; sie wird im weiteren Verlauf unserer Schilderung schon ihre Erklärung finden. Steht ihr doch der nicht minder merkwürdige Contrast gegenüber, daß derselbe Mann, welcher als Mitglied der Camarilla Gerlach und Genossen mit der ganzen Energie und Leidenschaftlichkeit seines Wesens die Politik von Olmütz einleitete und verfechten half — Otto von Bismarck-Schönhausen — schon bald nachher sich gelobte und kein erstrebenswertheres Ziel kannte, das er seitdem auch unausgesetzt verfolgte, als die Schmach von Olmütz wieder auszuwetzen.

Diese geniale Persönlichkeit, der Mann, der wie kein Anderer seit dem ersten Napoleon seiner Zeit das Gepräge gegeben, die alte europäische Staatengesellschaft und die Dinge in Europa überhaupt von Grund aus umgestaltet hat, so daß sie nie wieder so aussehen werden wie vorher, Bismarck ist scheinbar die widerspruchsvollste und doch die einheitlichste geschichtliche Erscheinung, welche Europa seit langer, langer Zeit gehabt hat. Man könnte ihn den politischen Faust des Jahrhunderts nennen, den Gott der Herr und sein Genius vor den Folgen seiner eigenen Irrthümer bewahrt haben. Ihm verlieh die Natur Gaben, wie sie höchst selten einem Menschen beschieden sind, und ein gnädiges Schicksal bewahrte ihn davor, daß er von seiner mächtigen Willenskraft zur Lenkung der Geschicke seines Vaterlandes Gebrauch machen konnte, ehe die Erfahrung seinen Geist und die übersprudelnde Leidenschaftlichkeit seines Wesens

geläutert hatte. Er war der Liebling der Vorsehung fast in allen Dingen und nicht am Wenigsten darin, daß sie ihn nicht früher und nicht später, als bis sein staatsmännisches Genie sich voll entfaltet hatte, in den Besitz der Macht gelangen ließ. Welches Unglück für ihn wie sein Land wäre es gewesen, wenn ihm der Zufall, was ja leicht hätte geschehen können, das Staatsruder in die Hand gegeben hätte, ehe er den Pulsschlag der lebendigen Kräfte zu verstehen vermochte und sein Auge über die Irrthümer und Leidenschaften der Gegenwart hinaus in die entscheidungsreiche Zukunft sich versenken konnte! Als er im Herbst 1862 sein Amt als preußischer Ministerpräsident antrat, war er in seinen innersten Ueberzeugungen schon längst nicht mehr der rücksichtslose „Junker" von ehemals; er hatte 1859 von Petersburg aus, wie erst lange nachher bekannt geworden, an vertraute Freunde in der Heimat geschrieben: „Wenn ein Teufel in mir steckt, so ist es sicherlich kein gallischer, sondern ein teutonischer Teufel," und wiederum: „Meinem König bin ich treu bis in die Waden, die anderen sind mir keinen Pfifferling werth," was er denn später auch vollauf bewiesen hat. Am 15. Oktober 1862, wenige Wochen nach seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten, sagte er zu Friedrich Oetker aus Cassel,[1]) indem er von der mißverständlichen Deutung seines kurz vorher in der Budgetcommission des preußischen Abgeordnetenhauses fallen gelassenen Wortes „Blut und Eisen" sprach: „Ich bin der junge Mensch nicht mehr, der sich 1848 den Barrikaden gegenüberstellte. Jedem hängt seine Erziehung an, aber in Frankfurt sind mir die Augen aufgegangen."

Hier ist der Punkt, an dem wir die Aehnlichkeit und zugleich die Verschiedenheit der zwei bedeutendsten politischen Charactere der letzten hundert Jahre — Napoleon I. und Bis-

[1]) „Lebenserinnerungen" von Fr. Oetker, Cassel 1885, Bd. II., S. 338.

marck — etwas näher ins Auge fassen möchten, zumal dazu das geflügelte Wort Bismarcks im Herbst 1877: „Wir wollen keine napoleonischen Wege wandeln“ einlädt. Beide sind die Träger einer ganzen Geschichtsperiode, die mit ihrem Namen für immer in Verbindung gebracht wird, obwohl sie mindestens ebensosehr unter dem Einflusse derselben standen, als sie selbst schöpferisch in die Ereignisse und in die Gestaltung des Ganzen eingriffen.

Die Verschiedenheit der Wege Napoleons und Bismarcks, so große Aehnlichkeit Beide in ihrem Wesen zeigen, war schon durch den grundverschiedenen Zug der Zeiten, unter dem Beide in die Geschichte eintraten und von dem sie beherrscht wurden, bedingt.

Napoleon fand bei seinem Auftreten auf der Weltbühne einen vorwiegend expansiven, weltumfassenden Zug der Geister vor. Die Ideen der französischen Revolution, durch Philosophen erzeugt und durch Ereignisse jenseits des Ozeans in eine greifbar practische Richtung getrieben, konnten nicht an den Grenzen Frankreichs stehen bleiben, wie diejenigen der rein nationalen englischen Revolutionen von 1642 und 1688. In den Revolutionskriegen wie in den Kriegen der napoleonischen Periode standen sich weit weniger einzelne Staaten und Völker, als vielmehr die unversöhnlichen Gegensätze zwischen der alten und der neuen Zeit gegenüber. Napoleon selbst hatte, wie aus einem Gespräch zwischen ihm und Eugène Beauharnais (1809 in Paris) hervorgeht, sich bis zu einem gewissen Grade den mazedonischen Alexander zum Vorbild gewählt. Dieser wollte die europäische und die asiatische Culturwelt unter einen Hut bringen; ähnliche Ziele verfolgte, in Europa wenigstens, der erste Napoleon und aus diesem Gesichtspunkte, nicht aus demjenigen seiner Ruhmsucht und Eroberungssucht allein, muß man seine meteorgleiche Laufbahn von Marengo, Austerlitz und den Pyramiden bis zum Kreml von Moskau, Leipzig, Waterloo und dem Felsengrab von St. Helena betrachten. Es ist keine bloße Heuchelei gewesen, wenn er auf St. Helena behauptete, daß er

ein „Weltreich des Friedens“ habe gründen wollen. Er hatte dabei nur das Eine vergessen, daß die nationalen Gegensätze, die Eigenart der verschiedenen in Europa wohnenden Völker und die daraus sich ergebenden Staatenbildungen nicht dem Willen eines einzelnen Menschen, ja selbst nicht einer vorübergehenden scheinbar entgegengesetzten Strömung der Geister weichen, daß sie vielmehr über jede Gewaltanwendung, sei sie Anfangs auch noch so übermächtig, schließlich triumphiren müssen. Mit 26 Jahren schon commandirte Napoleon eine Armee und lenkte die Augen der Welt auf sich; ebenfalls noch fast im Jünglingsalter stehend, faßte er den Plan, England in Egypten und Asien zu besiegen, es der damaligen Quelle seines Reichthums (Ostindien) zu berauben und die mohamedanische Welt in den Dienst eines neuen Europa zu stellen. Genie und ungezügelte Jugendkraft reichten in diesem außerordentlichen Menschen dem dominirenden Geist der Zeit, der sich über Sprach- und Ländergrenzen spielend hinaussetzte und fast alle Dinge des Lebens ins Phantastisch-Grandiose erweiterte, ohne jede Selbstbeschränkung die Hand. Alle Eigenschaften eines großen Staatsmannes und Feldherrn hatte Napoleon, nur ein Vaterland hatte er nicht und damit kein nationales Bewußtsein, keine nationalen Ziele. Er blieb selbst auf der höchsten Höhe seiner Macht und seines Glanzes der ausgeprägte corsische Abenteurer, dem (wie er 1813 in Dresden sagte) das Leben von 200,000 Menschen nichts und das Glück der von ihm bezwungenen Völker weniger als nichts war. Einer seiner Brüder, der jüngste und an höherer Begabung ärmste, der in den Tagen des Glückes sich damit begnügte, ein Genußmensch zu sein und das vielgesungene deutsche Liedchen zu antizipiren: „Freut' Euch des Lebens, weil noch das Lämpchen glüht,“ der Exkönig Jerome von Westfalen, hat 1854, unmittelbar vor Ausbruch des Krimkrieges, als in Paris Alles für den Krieg schwärmte, zu dem Herzog Ernst von Coburg[1]) gesagt: „Ich muß aus Liebe zu meinem Neffen

[1]) „Aus meinem Leben und meiner Zeit“, Bd. II., S. 133.

und für die bonapartesche Sache ein wachsames Auge haben, daß der Kaiser nicht in die gefahrvollen Bahnen Napoleons I. getrieben wird. Denn, gestützt auf Erfahrungen, bin ich von nichts sicherer überzeugt, als daß die Napoleoniden durch gewagte Kriege abermals den Thron verlieren werden..... Die Napoleons haben kein Glück, was man auch sagen mag. Man verkennt diese Wahrheit, wenn man das Gegentheil annimmt."

So wurde dieser von der Natur nichts weniger als glänzend begabte Napoleonide einmal im Leben, fast 80 Jahre alt, zum Propheten, durch nichts als durch die Erfahrung hierzu befähigt. Er hatte lange genug gelebt und hinreichend den Wechsel des Schicksals erfahren, um verständig und nüchtern in die Vergangenheit zurück zu blicken und aus ihr die Lehren für die Gegenwart zu ziehen.

Der Entwicklungsgang Bismarcks war demjenigen des ersten Napoleon diametral entgegengesetzt. Er wurde durch Geburt und Familienangehörigkeit zunächst ein „märkischer Junker", der nach einem gleich Cromwell ziemlich verbummelten Studentenleben genau wie dieser in dem Leben eines Landwirths seine besseren Eigenschaften wiederfand und seine vorher von Vielen bezweifelte Thatkraft entfalten konnte. Das bei dem Tode seines Vaters ziemlich verschuldete und herabgekommene väterliche Gut wurde von ihm in ausgezeichneter Weise bewirthschaftet und schuldenfrei gemacht. Der junge Riese lernte wohl schon hier den Talisman seiner späteren politischen Erfolge ahnen: „Thatsachen lassen sich nicht ändern, sondern nur benutzen." Dieser Satz, der sich durch das ganze politische Wirken Bismarcks seit seinem Frankfurter Aufenthalte, der ja seine wahre politische Lehrzeit war, hinzieht, gehört zu denjenigen Erfahrungen, die sich vor Allem dem denkenden Landwirth — und ein solcher war Bismarck ja von Anfang an — fort und fort aufdrängen müssen. Wer vorzugsweise mit der Natur und ihren Kräften zu thun hat, diesen die Erfolge seiner Thätigkeit abringen muß, der stößt

unaufhörlich auf Thatsachen, die an sich auf ewigen und unabänderlichen Gesetzen beruhen, denen aber der kluge oder der einsichtslose Mensch auf gar verschiedene Weise sich gegenüberstellt und demzufolge auch äußerst verschiedene Resultate seiner Thätigkeit erzielt. Der Mann, der in solchen Verhältnissen practisch wirkt, findet bald heraus, daß der Wahlspruch des ersten Napoleon: „Unmöglich" ist das Wort eines Narren" („Impossible c'est un mot de fou"), nur sehr vorsichtig in bildlichem Sinne zu nehmen ist und uns in den Abgrund führen muß, wenn wir in blinder Ueberschätzung unserer Kraft versuchen sollten, es um jeden Preis anzuwenden. Ja, es giebt in der physischen wie in der moralischen Welt Unmöglichkeiten, über die auch der gewaltigste Geist, die höchststehende Thatkraft nicht hinauskommt. Daran sich den Kopf einzurennen, kann nur einem von Größenwahn und unbändiger Herrschsucht geleiteten Menschen widerfahren. Napoleon I. hat es gethan, Bismarck blieb davor durch früh erworbene practische Lebenseinsicht bewahrt. Bismarck würde nicht mit 26 Jahren eine Armee haben führen oder einen großen Staat lenken können, aber er würde als märkischer Junker seine politische Laufbahn auch nicht damit begonnen haben, in fernen Welttheilen das Uebergewicht seines Staates über einen rivalisirenden Gegner zu begründen suchen. Schon hier, nicht erst in späteren Perioden des Wirkens beider großer Männer, tritt deutlich die Verschiedenheit der Wege hervor, welche der Eine wie der Andere gingen, um auf der Weltbühne zu einem noch bis in die spätesten Zeiten leuchtenden Platz zu gelangen.

Aber in einem Punkte hat die Vorsehung Beide auf ganz dieselbe Weise begünstigt, — Napoleon allerdings nur bis zu zu dem Zeitpunkte, wo er zügel- und schrankenlos sich über das „Unmögliche" hinauszusetzen suchte und die antike Sage von dem „Neid der Götter" mißachtete, — nämlich in dem staunenswerthen Glück, welches Beide in den einzelnen Phasen ihres Wirkens hatten, so daß selbst die begangenen Fehler, die Irr-

thümer, aus welchen diese flossen, ihnen zum Vortheil ausschlugen. Wir halten uns nicht bei den bezüglichen Beispielen aus Napoleons Laufbahn auf, da wir sie als bekannt voraussetzen dürfen; aber Bismarcks Bild steht noch nicht so klar vor den Augen der Zeitgenossen, als daß es überflüssig wäre, die verschiedenen Seiten desselben fort und fort von Neuem in's Auge zu fassen.

Seine Bewunderer — und dazu gehört auch in eminentem Grade der bedeutende Historiker v. Sybel — gehen viel zu weit darin, die Handlungsweise Bismarcks wenigstens von dem Zeitpunkt an, wo er selbstthätig in das politische Leben seines eigenen Landes eingriff und dasjenige der anderen europäischen Staaten practisch studierte, als überall folgerichtig, einem bestimmten Plane angepaßt, zu bezeichnen und zu schildern. Auf diese Weise erlangen wir beispielsweise aus v. Sybel's Darstellung der „Begründung des deutschen Reiches" von Bismarck ein Bild, welches bezüglich seiner Mängel bedeutende Aehnlichkeit mit demjenigen zeigt, das Macaulay von Wilhelm von Oranien in seiner „Geschichte Englands" gegeben hat. Ueberall Licht, nirgends Schatten; überall der kluge vorausschauende Geist, nirgends der menschlich Irrende. Das ist falsch und führt auch die bedeutendsten und begabtesten Geschichtsschreiber zu Irrthümern, vor deren Nachahmung Mitwelt und Nachwelt nicht genug gewarnt werden können.

In Wirklichkeit handelte Bismarck in den allerwichtigsten Phasen seiner Laufbahn nur zu oft vorwiegend nach Impulsen, unter der Herrschaft von starken Eindrücken, die er in sein leidenschaftliches Innere von der Außenwelt her aufnahm. Mehr als einmal hätte diese Handlungsweise, wäre auf ihn nicht in hohem Grade das Wort anwendbar gewesen: „Diese Barke trägt Cäsar und sein Glück", den preußischen Staat und damit Deutschland in die furchtbarsten und unberechenbarsten Gefahren stürzen können — Gefahren, welche die vielgeschmähte preußische Volksvertretung während der Conflictszeit richtiger abschätzte,

als Bismarck selbst, der damals noch dem später von ihm selbst als schädlich und nichtig anerkannten Satze huldigte, daß „die Politik kein Handwerk ist, das die Oeffentlichkeit verträgt", worin ja der Inbegriff der Schulweisheit einer jetzt für immer, und gerade durch Bismarcks Verdienst, abgetakelten eitelen, herrschsüchtigen und häufig grenzenlos dummen Diplomatie liegt.

Die Gewohnheit der Mächtigen und Vornehmen, die breite Masse des Volkes als „Canaille" zu betrachten — der Ausdruck selbst, in diesem Zusammenhange gebraucht, rührt von dem ersten Napoleon her — war noch bis tief in die 1860er Jahre hinein viel weiter verbreitet, als man jetzt gewöhnlich annimmt. Die meisten Regenten, die meisten im Amte befindlichen Staatsmänner und Diplomaten huldigten dieser seit Friedrich dem Großen gang und gäbe gewordenen Anschauung; man konnte sich kaum die Möglichkeit vorstellen, daß außerhalb der „Spitzen der Gesellschaft" ein Verständniß für staatliche und politische Dinge vorhanden sein könne. Als Bismarck zur Zeit der Zollvereinskrisis von 1852 von Friedrich Wilhelm IV. eine vertrauliche und persönliche Mission nach Wien erhielt, glaubte dieser in einem eigenhändigen Schreiben an den Kaiser Franz Joseph auf's Eindrucksvollste es entschuldigen zu müssen, daß ein einfacher „Herr von", der noch nicht einmal es zum „Freiherrn" gebracht, geschweige denn dem hohen Adel angehörte, zu einer solch' wichtigen Mission ausersehen sei. Nicht die schon damals in den höchsten Kreisen erkannte besondere Begabung Bismarcks für Politik wurde in dem Briefe für ihn geltend gemacht, sondern der Umstand, daß er von einem Geschlechte sei, „das länger in der Mark gesessen, als die Hohenzollern selbst, und dem preußischen Königshause schon oft sehr wichtige Dienste geleistet habe" — was denn in der That am Wiener Hofe und in der hohen aristokratischen Gesellschaft von Wien und Pest den gewünschten Eindruck machte und Herrn von Bismarck die Wege ebnete, während er ohne dies vielleicht überall auf geschlossene Thüren oder doch etwas dem Aehnlichen gestoßen

wäre. Die naheliegende Erklärung, daß Friedrich Wilhelm IV. bei der Abfassung jenes Schreibens nur die „berechtigten Eigenthümlichkeiten“ des Wiener Hofes im Auge gehabt hätte und für sich selbst davon frei gewesen wäre, ist ausgeschlossen, wenn man bedenkt, daß der König selbst ja gewohnt war, das eigentliche Volk als „Canaille“ zu betrachten, über die nur Leute von altem Adel oder höchstens solche Menschen, auf welche die Sonne der königlichen Gnade erleuchtend gewirkt hatte, emporragen konnten. — Ein ganz besonders markantes Beispiel von der Verbreitung jener Anschauungen in der Zeit, wo Bismarck seine politischen Erfahrungen sammelte und seine politische Bildung erhielt, liefert der sächsische Diplomat Graf Vitzthum in seinen 1889 erschienenen Denkwürdigkeiten zur Zeitgeschichte. Dieser sonst literarisch und historisch feingebildete Mann, dessen Aufzeichnungen man mit Vergnügen und nicht ohne positive Belehrung liest, war noch 1864 der Meinung, daß „*der amerikanische Mob*“ — worunter er die Union selbst mit ihren Einrichtungen, das zu einer Weltmacht ersten Ranges emporstrebende amerikanische Volk verstand — für den Ausgang des mexikanischen Abenteuers Louis Napoleons nur von nebensächlicher Bedeutung sei und keine auf die europäischen Verhältnisse rückwirkende Kraft ausüben könne. Der „amerikanische Mob“ erzürnte den sächsischen Diplomaten, welcher in einer Allianz zwischen dem napoleonischen Frankreich und dem habsburg-lothringischen Oesterreich das beste, ja das einzige Mittel zur Rettung Deutschlands sah, und dafür in einem langen, den „Denkwürdigkeiten“ einverleibten Gespräch mit Drouyn de Lhuys zu wirken suchte — der amerikanische Mob erzürnte den Herrn Grafen hauptsächlich durch die freche Sprache, welche seine leitenden Staatsmänner gegen die Vorsehung Europas, den Kaiser Louis Napoleon, zu führen sich vermaßen!

Bismarck selbst war sicherlich zu genial und zu klarblickend, als daß er aus bloßem Hochmuth sich solchen Anschauungen und Gedanken hätte hingeben können; allein „Jedem haftet seine

Erziehung an" und es ist die große Frage, ob es gerade von dem Gesichtspunkte *seines* Strebens aus, Preußen zur führenden Macht in Deutschland zu erheben und ein Deutschland zu schaffen, in welchem *die Nation* das bindende Element im Gegensatz zu den dynastischen Interessen sein sollte (siehe die Denkschrift zum Fürstentag in Frankfurt!), wohlgethan war, den Verfassungsconflict in Preußen durch sein schroffes und provozirendes Auftreten gegenüber der Volksvertretung — ein Auftreten, das auf's Lebhafteste an den „Junker" auf dem vereinigten preußischen Landtag von 1847 und in dem Erfurter Parlament erinnerte — *zu verschärfen*, statt ihn durch versöhnliches Entgegenkommen wenigstens in der Form, ja selbst durch Darlegung seiner Ziele in der hohen Politik, die ja weder für die österreichischen noch für die mittelstaatlichen Staatsmänner Deutschlands ein Geheimniß waren, da er sie im Januar 1863 mit rücksichtsloser Offenheit dem österreichischen Botschafter Grafen Karolyi auseinandersetzte und später gelegentlich des Frankfurter Fürstentages nichts weniger als verhüllte, *zu mildern*, vielleicht ganz zu beseitigen. In den allerersten Tagen nach seinem Amtsantritt hat er, wie aus seinen Gesprächen mit Friedrich Oetker im October 1862 deutlich hervorgeht, diese Absicht gehabt; er gab sie aber aus Gründen, welche *sachlich* kaum zu erklären sind, sehr bald wieder auf, um rücksichtslos die Kampfesnatur, das Autokratische seines Wesens hervorzukehren.

Auch v. Sybel hat gleich anderen Historikern den Versuch gemacht, Bismarcks Politik bei Ausbruch des polnischen Aufstandes, den Abschluß der berühmten und berüchtigten Cartell-Convention mit Rußland, als den Ausfluß einer weitschauenden Voraussicht mit Rücksicht auf die später eingetretenen Weltereignisse hinzustellen, während in Wirklichkeit diese Politik einer der größten und gefahrvollsten Fehler war, welche Bismarck im Laufe seines staatsmännischen Wirkens begangen hat, Fehler, die nur durch ein von seinem Willen und seiner Macht völlig unabhängiges glückliches Zusammentreffen anderer Umstände

wieder ausgeglichen wurden. Jener Schritt hat Preußen in seinen nationaldeutschen Bestrebungen und ganz speziell in denjenigen, welchen Bismarck huldigte und die er verwirklicht hat, nicht nur nicht das Mindeste genützt, sondern er hätte sogar — wäre nicht das Glück auf Seiten Bismarcks gewesen — Preußen für lange, lange Zeit aus seiner aufstrebenden Bahn hinauswerfen können. Wir werden dies in dem bezüglichen Abschnitt der Vorgeschichte des Krieges von 1866 zeigen und sprechen hier nur die Ueberzeugung aus, daß die maßlos russenfreundliche Politik des preußischen Cabinets beim Ausbruch des polnischen Aufstandes — eine Politik, für welche die russischen Staatsmänner und das eigentliche Russenthum nicht die geringste Anerkennung, sondern nur Hohn und Spott und entgegenwirkende Intriguen hatten — lediglich dem unvertilgbaren Widerwillen Bismarcks gegen das Polenthum und gegen die „Revolution von unten" ihr Dasein verdankte. Sie war vor Allem eine eclatante Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates, welche gegen den Willen des Fürsten Gortschakoff und des mit ihm innig befreundeten Marquis Wielopolski, nur mit Hülfe des schwachen und in diesem Falle (nicht von seinem Minister Gortschakoff, sondern von Anderen) übel berathenen und geleiteten Zaren Alexander II. möglich war. Das Beste, was von der Cartellconvention mit Rußland zu sagen war, hat Bismarck selbst schon bald nach ihrem Abschluß in einem Gespräch mit dem englischen Gesandten in Berlin bemerkt: „Sie ist ein todter Buchstabe geworden; reden wir nicht mehr davon."

Wenn heute die deutsche Nation längst zu ganz anderen Ansichten über den Begründer des deutschen Reichs gekommen ist, als sie in Preußen und Deutschland bei seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten am 18. September 1862 widerhallten[1]),

[1]) Vergl. die Schilderung v. Sybel's, Bd. II., S. 439, 440: „Wie viele Menschen wußten (damals) etwas von Bismarcks innerer Entwicklung seit 1851? Alle Welt sah in ihm den keckſten Vorkämpfer der

so ist dies vorzugsweise der Thatsache zu verdanken, daß er sich, wenn auch auf Wegen, die Anfangs auf den heftigsten Widerstand stießen, im Grunde nur zum Vollstrecker des Willens der Nation, zum Verwirklicher ihrer höchsten und theuersten Wünsche machte.

Tief in der Seele des deutschen Volkes ruhte bei aller Zerrissenheit seiner staatlichen Verhältnisse die Sehnsucht nach Wiederkehr seiner einstigen Größe, seiner Stellung unter den Völkern Europas. Kaum ein anderes Volk des Welttheils hat an unverschuldetem Elend, an Bedrückung durch äußere und innere Despotie so viel ertragen, ohne die manchmal bis zum Scheintode schlummernde Lebenskraft zu verlieren, als die deutsche Nation. Am Schlusse des Mittelalters, zur Zeit der Renaissance, auf einer hohen Stufe der Kultur stehend, hatte sie vermöge der Eigenthümlichkeiten der Reichsverfassung das schwere Unglück, einen spanischen Monarchen (Karl V.) zum Oberhaupt zu erhalten, der seine Weltmacht nicht zur Stärkung, sondern zur Schwächung der deutschen Nationalkraft benutzte. In demselben Momente, als Luther durch seine Bibelübersetzung wieder eine deutsche Schriftsprache schuf, die an Stelle des mittelalterlichen Latein treten konnte und eine Entwicklungsfähigkeit ohne Gleichen

---

feudalen Partei, den frechsten Gegner alles liberalen Strebens, den Redner, der alle großen Städte vom Erdboden hatte vertilgen wollen, der den Liberalen den drohenden Zuruf entgegengeschleudert hatte, das stolze Roß Borussia werde die parlamentarischen Sonntagsreiter in den Sand setzen. Sein Name steigerte die Aufregung der Gemüther in's Grenzenlose. Jetzt sei der letzte Schleier zerrissen; dieser märkische Junker, der einst den ersten Schritten zur Verfassung widersprochen, der in Erfurt sich gegen die deutsche Einheit erhoben, der die ehrlose Olmützer Politik vertheidigt hatte, um dann im Bundestag eine seiner Gesinnung entsprechende nahrhafte Unterkunft zu finden, dieser servile Aristokrat habe sich jetzt von Napoleon in den Künsten des Staatsstreichs unterrichten lassen, und hoffe, mit Kartätschensalven die Fetzen der Verfassung in alle Winde zu jagen. Hier heiße es also, fest auf dem Boden des Gesetzes zusammenstehen, jede unwürdige Schwäche abzuwerfen, und an keiner Stelle das geringste Atom des Verfassungsrechtes mit feiger Nachgiebigkeit zu opfern."

hatte — in jener kurzen Frühlingszeit, da Ulrich von Hutten sein jubelndes Wort: „es ist eine Lust zu leben", sprach, wurde schon der Grund zu den Religionskriegen gelegt, welche ein Jahrhundert später ihren entsetzlichen Höhepunkt in dem dreißigjährigen Kriege fanden, der alle geistigen und materiellen Kräfte der Nation im Abgrund des Elends und der Barbarei begrub. Nur die Territorialgewalt der „Fürsten und Herren" des Reiches gewann durch den Osnabrücker Frieden von 1648; das deutsche Leben von ehedem schien vernichtet. Aber die Erinnerungen einer längst vergangenen Zeit, die durch das Volkslied und das deutsche Märchen, durch die Kunst- und Bildwerke des Mittelalters bis zur Renaissanceperiode wach erhalten wurden, bildeten noch ein geistiges Band, das die Nation umschlang. Ein Jahrhundert, während dessen das arme Deutschland wiederum der Schauplatz von Kriegen und Verwüstungen aller Art war, floß in diesem Zustande der Starrsucht hin. Dann sollte wieder ein Erwachen kommen. Wie Jesus den Lazarus zum Leben erweckte, so brachten die Dichterheroen des 18. Jahrhunderts die Psyche des deutschen Volkes wieder zum Bewußtsein ihrer selbst. Die Stürme der Revolutionskriege, die Jahre der Fremdherrschaft unter dem ersten Napoleon vermochten nicht die Keime eines neuen nationalen Lebens zu ersticken, die in den Freiheitskriegen von 1813 und 1814 zum ersten mal zur Entfaltung kamen und auch die dumpfe Periode der heiligen Allianz überdauerten.

Der „Völkerfrühling" des Jahres 1848 würde dem deutschen Volke die Erfüllung seiner Wünsche, seiner höchsten nationalen Bestrebungen gebracht haben, wenn man es verstanden hätte, *den Augenblick zu benutzen*. Im deutschen Parlamente von 1848 überwog unglücklicherweise der philosophische Geist, der den Deutschen von jeher eigen war, über den Trieb zur raschen erlösenden That. Anstatt das Gebäude deutscher Einheit zu schaffen und den inneren Ausbau der Zeit und der natürlichen Entwicklung zu überlassen, beschäftigte man sich fast ein

ganzes Jahr lang mit der Festsetzung der „deutschen Grundrechte“, bis der Fürstenabsolutismus ringsum wieder in den Besitz der Macht gelangt war und eine rachsüchtige, blinde fanatische Reaction ihr blutiges Werk beginnen konnte.

Nichtsdestoweniger blieben die Ideen von 1848 lebendig und aus ihnen hat der Staatsmann, welcher im Anfang seines öffentlichen Wirkens ihr heftigster Feind war, später die stärksten Springfedern seiner Politik geformt. Ein sehr merkwürdiges Beispiel von der Wechselwirkung, welche zwischen dem deutschen Geiste und der Thätigkeit Bismarcks schon in den 1850er Jahren bestand, hat der bekannte Historiker Aug. Fr. Gfrörer in Freiburg, der von seinem katholischen Standpunkte aus ein heftiger Gegner Preußens schon zur Zeit des Frankfurter Parlamentes war, im Jahre 1858 geliefert. Er sprach in einer Vorlesung über deutsche Geschichte zu seinen jugendlichen Zuhörern die folgenden fast prophetischen Worte: „In Deutschland, m. H., fehlt uns eine kräftige, rücksichtslos zugreifende Hand, wäre es selbst diejenige des * * * Bismarck[1]). Wir stehen unzweifelhaft vor einer Periode von Kriegen, die über das Schicksal Deutschlands entscheiden werden. Was Oesterreich betrifft, so sage ich zu meinem Bedauern, daß ich kein Vertrauen zu ihm habe. Die Staatsmänner in Wien haben noch selten eine Gelegenheit vorübergehen lassen, Dummheiten zu begehen. Darin sind sie stärker als in allem Anderen.“

Diese Worte eines scharfsinnigen Historikers mögen den Schluß unserer Einleitung bilden. Wir gehen nun zu der Vorgeschichte des Dramas von 1866 über.

---

[1]) Das überaus drastische Beiwort, welches Gfrörer hier Bismarck gab, läßt sich nicht wiedergeben. Man beachte dabei, daß die Worte schon 1858 gesprochen wurden, vier Jahre vor Bismarcks Ministerthätigkeit in Preußen.

Die deutsche Frage in den 1850er Jahren.

Bis zum Krimkrieg.

Die Mitte des Jahrhunderts brachte für den Staat Preußen die tiefste Erniedrigung, die er seit seinem Bestehen erlitten hat: den freiwilligen Verzicht auf jede selbständige Politik im Inneren wie nach Außen, den Verrath an Hessen und an Holstein, den Bitt- und Bußgang nach Olmütz. Es ist nicht einmal richtig, was lange Zeit hindurch als eine beliebte Mythe sich erhalten hat, daß Friedrich Wilhelm IV. und seine Minister Brandenburg und Manteuffel bei dieser Selbstschändung bloß dem eisernen Drucke der europäischen Verhältnisse, insbesondere den Befehlen des Zaren Nikolaus von Rußland, gehorcht hätten. Graf Brandenburg (ein natürlicher Sohn Friedrich Wilhelms II. aus dessen Liebschaft mit der Gräfin Dönhoff) hatte schon vor der Reise nach Warschau, wie ein Brief des Prinzen von Preußen, nachmaligen Kaisers Wilhelm, an den Herzog Ernst von Coburg vom 22. November 1850 bezeugt, sowohl in Sachen Holsteins wie Hessens alle und jede Zugeständnisse an Rußland und Oesterreich gemacht, welche Zar Nikolaus und Fürst Schwarzenberg wünschten. Die Krankheit, welche er sich in Warschau holte und an der er auf der Rückreise starb, war nicht, wie die Volkslegende verbreitete, ein „gebrochenes Herz", sondern ein gewöhnlicher Typhus (gastrisches Fieber), hervorgerufen durch Erkältung und Reisestrapatzen. Allerdings soll er, schon leidend, in Warschau von dem Zaren Nikolaus eine so hochfahrende und verletzende Behandlung, sogar mit deutlicher Anspielung an seinen Geburtsmakel, erfahren haben, daß Aerger und Aufregung den vorhandenen Krankheitskeim um so rascher

und bedrohlicher zum Ausbruch brachten. Daß er einigen Ekel an der damaligen Politik Preußens, welche er scheinbar leitete, empfand — in Wirklichkeit gab die Camarilla v. Gerlach und Genossen unter dem schützenden Einfluß der Königin Elisabeth, die ihren Gemahl vollständig beherrschte, den Ausschlag — soll nicht geleugnet werden und ist mit jener Haltung in den entscheidenden Hauptfragen vollständig vereinbar. Manteuffel hatte der „Revolution in Schlafrock und Pantoffeln", wie er den hessischen Verfassungskampf später vor den Kammern nannte, von Anfang an nicht die geringsten Sympathieen entgegengebracht und war in seinem Herzen ein Gegner von Radowitz und Bunsen, die sich nach seiner Ansicht völlig unberufen in die hohe Politik mischten. Aus den kürzlich erschienenen Denkwürdigkeiten des Generals Leopold v. Gerlach (des Hauptes der Camarilla) läßt sich einigermaßen ein Schluß auf das Verhältniß zwischen dem König und Radowitz ziehen. Friedrich Wilhelm IV., allzeit widerspruchsvoll und von einem Tag zum anderen zwischen ganz entgegengesetzten Extremen schwankend, war von der Persönlichkeit des Herrn v. Radowitz so begeistert, daß er eines Tages in Gegenwart von Mitgliedern der Camarilla das für diese nicht sehr schmeichelhafte Wort sprach, „Radowitz sei der einzige Staatsmann in seiner (des Königs) Umgebung, die anderen seien sämmtlich Esel"; welcher Ausspruch in der tiefen Freundschaft seinen Grund hatte, die schon vor 1840 zwischen dem „geistreichen Kronprinzen" und dem männlich schönen, genial angehauchten Radowitz bestand. In einzelnen Momenten glich der Einfluß, welchen Radowitz auf den König ausübte, den Erscheinungen des Hypnotismus.[1]) Nichtsdesto-

[1]) Vergleiche die Characteristik des Mannes in Robert Prutz' „Zehn Jahre", Bd. I., S. 191: „Ein eigenthümlich geheimnißvoller Schleier lag über Herrn v. Radowitz gebreitet, sowohl über seine persönlichen Schicksale, wie über den genaueren Inhalt der Freundschaft, mit welcher der König ihn beehrte. Zwar an sich wäre wenig daran zu verwundern gewesen. Herr v. Radowitz war anerkannt als einer der geist- und kenntniß-

weniger steht es fest, daß der König, gleichsam zur Revanche, wieder Komödie mit Radowitz spielte. Den Letzteren traf seine Entlassung am 2. November 1850 völlig unerwartet und es mag ein schlechter Trost für ihn gewesen sein, daß der König dem mitten in seinem höchsten Streben wie ein verbrauchtes Werkzeug bei Seite geworfenen Manne den folgenden Trostbrief schickte:

> „Mein treuer und theuerster Freund! Ihre Amtsführung war trotz aller Tribulationen eine schöne Zeit, ein schöner Moment meines Lebens, und ich werde dem Herrn, den wir Beide bekennen, dafür dankbar sein."

Der Eindruck, den die Schmach von Warschau und Olmütz selbst in solchen Kreisen machte, welche dem Volke nicht sehr nahe standen, mag an folgenden Beispielen gezeigt werden. Prinz Albert, Gemahl der Königin Victoria, schrieb in einem Briefe vom 1. Dezember 1850 an seinen Bruder, den Herzog Ernst von Coburg: „Preußen wird trotz seiner Rüstungen der unterthänige Diener Oesterreichs und Rußlands, und mit dem Unterschiede dazu, daß es nun auch von diesen verachtet wird." — Die Prinzessin von Preußen (spätere Kaiserin Augusta) bemerkte in einem Briefe an Bunsen, als der Verrath an Hessen beschlossene Sache war: „Am 3. November ward das neue Preußen begraben. Der Prinz von Preußen hat ritterlich für

---

reichsten Offiziere der preußischen Armee; auch hatte er am Hofe zu Cassel, welchem er bis zum Jahr 1823 angehört hatte, bei den Zerwürfnissen zwischen dem Kurfürsten und seiner Gemahlin, einer Schwester Friedrich Wilhelms III., Gelegenheit gefunden, sich die besondere Anerkennung der preußischen Königsfamilie zu erwerben. Aber Herr v. Radowitz war Katholik, fanatischer Katholik, wie man behauptete — was hatte er zu thun an der Seite des preußischen Kronprinzen, des künftigen Schutzherrn der protestantischen Christenheit? Diese stolze eherne Gestalt, mit den starren Augen, den eingekniffenen Lippen, was wollte sie in der Nähe dieses Prinzen, der in der raschen Wallung des Augenblicks so ganz Hingebung, ganz Vertrauen war?"

sein Vaterland gekämpft, doch vergeblich.“[1]) — Graf Pourtalès, preußischer Diplomat, äußerte in einem Briefe an Bunsen: „Unsere Geschichte kann nichts aufweisen, was mit der Niederlage von Olmütz zu vergleichen wäre. Unsere Kammern und unser Heer zusammenzutrommeln, um in Gala geohrfeigt zu werden, von Conzessionen zu sprechen, weil wir dem Henker Rechberg in Hessen einen Schinderknecht stellen dürfen,[2]) als Kuppler und Hehler nach Holstein nachzuhinken, mit Pauken und Trompeten, Protokollen und Urkunden unsere Schande verbriefen lassen zu müssen, das ist so niederschmetternd, daß ich keinen Ausdruck dafür finde.“ — Bunsen, der langjährige Vertraute des Königs, schrieb an Stockmar in London: „Kein ehrlicher Mann kann Minister in Preußen sein, so lange der König mit einer so hochverrätherischen Camarilla (Gerlach und Genossen) regiert.“ — Der greise Staatsminister v. Schön, bekannt durch seine herrliche Denkschrift von 1840 gegen den Absolutismus, fand sich durch die Ereignisse vom November 1850 schmerzlich erinnert an die traurigste Zeit Preußens, die von 1806, wollte aber dennoch nicht an der Zukunft des Staates verzweifeln, weil die Volkskraft ungebrochen sei.

Der König selbst hatte, wie Herzog Ernst von Coburg in seinen Denkwürdigkeiten berichtet, nur Spott und Hohn über die von ihm selbst angeordneten Kriegsvorbereitungen zum Schutze Hessens. Am 24. November gab er während der Mittagstafel eine humoristische Schilderung der von ihm persönlich vorgenommenen Inspection der Zelte und Wagen, welche er in sein Hauptquartier habe mitnehmen wollen. Die anwesenden Schranzen belachten gebührend die geistreichen Einfälle ihres königlichen Herrn; die Königin Elisabeth aber erklärte,

[1]) Die Prinzessin berücksichtigte hierbei zu wenig den Zusammenhang zwischen der blutigen Reactionspolitik vom Sommer 1849 und den Ereignissen im Spätherbst 1850.

[2]) In Cassel durfte der preußische General v. Penker Oesterreich in dem hessischen Executions- und „Pazifizirungs“-Werke unterstützen.

sie habe keinen Augenblick an den Krieg geglaubt; die Minister mochten sich zanken, aber die beiden „Familien“ (Habsburg und Hohenzollern) seien befreundet.

Trotz der tiefen Demüthigung Preußens war Fürst Felix Schwarzenberg in Wien von dem Ausgange der Dinge nicht ganz befriedigt. Sein Plan war gewesen, „Preußen zu erniedrigen und dann zu vernichten,“ zu welchem Zwecke in der Hofburg der directe Marsch der österreichischen Armee durch Hessen nach Berlin erwogen worden war. Hiergegen jedoch hatte Zar Nikolaus sein Veto eingelegt; schon im October ließ er in Wien erklären, kein Dorf dürfe seinem Schwager genommen werden, wie auch die Dinge in Hessen sich entwickeln möchten.[1]) So blieb es denn bei der Erdrosselung der hessischen „Rebellion“ wider den angestammten Fürsten und bei der Zurückschraubung aller Verhältnisse in Deutschland auf die vormärzliche Zeit.

Zu dem letzteren Zwecke fanden vom Dezember 1850 bis Mai 1851 die Ministerconferenzen in Dresden statt, an denen Anfangs Fürst Schwarzenberg persönlich theilnahm, während Manteuffel und die Minister der Mittel- und Kleinstaaten das Gefolge bildeten. In Frankfurt hatten seit dem August 1850 unter der Führung Oesterreichs sich die Gesandten von elf deutschen Staaten wieder zusammengefunden, um (wie Friedrich Wilhelm IV. sich damals ausdrückte) „Bundestag zu spielen“, während Preußen sich fernhielt und das Dreikönigsbündniß mit der Erfurter Verfassung dagegen ausspielte. Aber im Dezember 1850 war das letztere Spiel schon vollständig aufgegeben und es handelte sich einfach um die Reactivirung des alten, 1848 zusammengebrochenen Bundestages, welchem schandehalber nach dem Wunsche Preußens und der Mittelstaaten ein neuer Anstrich gegeben werden sollte. Fürst Schwarzenberg bezeichnete in der Eröffnungssitzung der Conferenz

[1]) Gr. Vitzthum, Denkwürdigkeiten, S. 10 und a. a. O.

die alte Bundesverfassung als eines der besten Werke in der Welt, aber auch diesem hafteten, wie jedem Menschenwerke, Schwächen an, die jetzt verbessert werden sollten; es freue ihn, daß zu diesem Zwecke die Bevollmächtigten aller Fürsten und freien Städte des Bundes sich hier in Dresden zusammengefunden hätten. Als die hervorragendste dieser „Verbesserungen" galt der gemeinschaftlich von Oesterreich und Preußen schon fertig gestellte Antrag auf Einsetzung einer Vollzugsbehörde des Bundes (engerer Bundesrath neben dem Plenum der Bundesversammlung), in welcher sieben Mitglieder mit 9 Stimmen vertreten sein sollten. Oesterreich und Preußen sollten von diesen neun je zwei Stimmen erhalten, so daß auf die übrigen fünf Mitglieder des engeren Rathes zum Theil nur eine halbe Stimme kam, gegen welche Halbirung vor Allem Herr v. d. Pforten im Namen Baierns heftig protestirte. Dem Fürsten Schwarzenberg sowohl wie Herrn v. Manteuffel kam dieser Protest ganz recht, denn es war Beiden mit der Idee der „Vollzugsbehörde" von Anfang an nicht Ernst gewesen; Manteuffel hatte vertraulich sogar die Aeußerung fallen lassen, er hoffe, daß der Antrag durch die Voten der Mittel- und Kleinstaaten zu Falle gebracht werden würde.[1])

In der zweiten Plenarsitzung der Conferenz wagten die Vertreter von Weimar und Frankfurt (Dr. Wegmar und Dr. Harnier) eine schüchterne Befürwortung der Herstellung einer Volksvertretung bei dem Bunde, was aber Fürst Schwarzenberg sofort mit den Worten zurückwies, derartige „revolutionäre" Projecte könnten die Conferenz um so weniger beschäftigen, als der letzteren dadurch der Boden zu practischen Reformen von vornherein entzogen werden würde.

Herr v. Manteuffel erklärte, daß mit dem Widerspruch Oesterreichs das Projekt der Schaffung einer Volksvertretung als definitiv abgelehnt zu betrachten sei. In diesem Punkte

[1]) Denkwürdigkeiten des Herzogs Ernst, Bd. II., S. 15.

hatte Manteuffel damals sämmtliche maßgebende Persönlichkeiten in Berlin, auch den Prinzen von Preußen, für sich, weil man einestheils im Stillen noch immer hoffte, zu einer günstigeren Zeit von dem „freien Unirungsrechte“ Preußens (engerer, norddeutscher Bund innerhalb des weiteren Bundes) Gebrauch machen zu können, anderntheils für die Idee einer ganz Deutschland umfassenden Volksvertretung überhaupt keine Sympathieen hatte.

Dagegen war es dem Fürsten Schwarzenberg mit seiner Forderung der Aufnahme des gesammten Staatengebietes der österreichischen Monarchie, also auch Ungarns und der italienischen Besitzungen, in den Bund vollständig Ernst, wodurch das Siebenzigmillionenreich hergestellt werden sollte. Preußen hatte, weil hierdurch der Hintergedanke eines eigenen „freien Unirungsrechtes“ innerhalb des weiteren Bundes nur gefördert und begünstigt werden konnte, nichts gegen den österreichischen Antrag einzuwenden, desto mehr der größere Theil der Mittel- und Kleinstaaten, welche die für sie in der Sache liegenden Gefahren recht wohl erkannten. Ihnen kam das Veto des Auslandes zu Hülfe. Schon um die Mitte des Januar 1851 hatte man in Berlin Kunde davon erhalten, daß England und Frankreich einen Beschluß im Sinne des österreichischen Antrags als Bruch der Verträge von 1815 betrachten würden. Kurze Zeit nachher protestirte die französische Regierung unter dem Prinz-Präsidenten Louis Napoleon förmlich gegen die Aufnahme Gesammtösterreichs in den Bund, und die beiden „Vormächte“ mußten dem äußeren Zwange nachgeben. Das Luftschloß des „Siebenzigmillionenreichs“ war zerstört.

Prinz Albert characterisirte die damalige Lage der Dinge in Europa in einem Brief an seinen Bruder, den Herzog Ernst, mit folgenden Worten: „Kaiser Nikolaus ist momentan completer Herr von Europa, Oesterreich nur ein Werkzeug, Preußen ein Düpe (Betrogener), Frankreich eine Nichtigkeit (?), England weniger als nichts, von einem unsittlichen Staatsmann (Palmerston) in den äußeren Angelegenheiten geleitet.“

Als eine Art Satyrspiel inmitten dieses kläglichen politischen Dramas mögen die Gedanken hier Erwähnung finden, für welche der phantasievolle Beust nach Eintreffen des französischen Protestes gegen die Aufnahme Gesammtösterreichs in den Bund, den Fürsten Schwarzenberg zu gewinnen suchte: Krieg gegen Frankreich, Wiedereinsetzung der Bourbonen, Abtrennung Elsaß-Lothringens, welches zu $^3/_4$ an Baiern, zu $^1/_4$ an Preußen gegeben werden würde, das dafür seinen Raub von 1815 wieder an Sachsen herauszugeben hätte. Oesterreich würde dann, auf die Mittelstaaten gestützt, der oberste Herr in Deutschland und die erste Macht in Europa sein. Fürst Schwarzenberg hörte die Darlegungen Beusts mit stolzer Ruhe an und bemerkte, man müsse vor Allem den sehr unbequem gewordenen russischen Einfluß wieder abzuschütteln suchen.

Allerhand abenteuernde Gestalten drängten sich, wie einst an den Wiener Congreß, so auch an diese Dresdener Ministerconferenz heran; indessen war hier weder Vergnügen noch Geld zu holen, und so verschwanden diese Nachtgeister ebenso rasch, wie sie gekommen waren. Die Verhandlungen schleppten sich bleiern hin; Fürst Schwarzenberg ordnete mit soldatischer Präzision Alles an, als wären alle übrigen Bevollmächtigten nur seine in verschiedenen Rangklassen stehende Beamten. Im Februar 1851 schlug Dalwigk aus Darmstadt die einfache Rückkehr zur alten Bundesverfassung vor, wogegen sich jedoch Beust und v. d. Pfordten mit theatralischer Heftigkeit wehrten. Inzwischen war Fürst Schwarzenberg längst nach Wien zurückgekehrt und Manteuffel ließ durch den dortigen preußischen Gesandten die Dresdener Conferenz als aussichtslos bezeichnen; man möge zum alten Bunde zurückkehren. Schwarzenberg hatte nichts dagegen, wollte aber die Dinge noch eine Weile gehen lassen. Mitte April war, unbekümmert um die Conferenz, der Bundestag in Frankfurt reactivirt; die Herren in Dresden wütheten inzwischen gegen eine „abscheuliche Broschüre“ über die Conferenz und die Vorgänge auf derselben; sie hatten als

Inspirator des Schriftchens nicht ohne Grund den Herzog von Coburg in Verdacht.

Auch die durch die Frankfurter Centralgewalt (Reichsverweser) und das deutsche Parlament mit Hülfe von freiwilligen Beiträgen in ganz Deutschland geschaffene deutsche Flotte fand schon auf der Dresdener Conferenz ihre Todtengräber. Herr v. Manteuffel erklärte, in Betreff der Flotte habe sich Preußen überzeugt, daß der Widerstand gegen deren Beibehaltung nicht zu überwinden sein werde; man möge sie also sofort aufgeben und die Schiffe zwischen Preußen und Oesterreich vertheilen. Das wollten aber die Mittelstaaten nicht und so beantragte Beust den Verkauf der Flotte durch Auction. Um diese in der Geschichte der Reactionsjahre besonders berüchtigt gewordene Angelegenheit gleich hier abzumachen, sei bemerkt, daß am 11. Juni 1851 Hannover, dann auch Preußen, am Bundestage zu Frankfurt den förmlichen Antrag wegen Auflösung der deutschen Flotte stellten. Graf Thun, der österreichische Präsidialgesandte, bemerkte boshaft spottend, es werde dem Bundestag schwer ankommen, auf Antrag Preußens zu erklären, „daß dem deutschen Schwan die Füße abzuschneiden seien.“ Preußen und Hannover zankten sich inzwischen um die Beute. Oesterreich wollte die Schiffe Hannover zuschanzen und nahm deßhalb noch in einem Rundschreiben vom 10. Dezember 1851 die Flotte heuchlerisch in seinen Schutz. Monatelang dauerte der Zank um die Schiffe; schließlich wurden „Eckernförde“ und „Barbarossa“ Preußen überlassen; die anderen sollten nach Beschluß vom 27. April 1852 durch den oldenburgischen Staatsrath Hannibal Fischer versteigert werden. Letzterer hat unter dem Namen „Flottenfischer“ in Deutschland einen ahasverischen Ruf erworben; er wurde, weil überall gemieden und von der Gesellschaft ausgeschlossen, bei schon vorher vorhanden gewesener Anlage zu exzentrischem Wesen schließlich verrückt.

Am 15. Mai 1851 wurde die Dresdener Conferenz geschlossen; Schwarzenberg und Manteuffel hielten in einer Vor-

und Nachmittagssitzung der Idee von Deutschlands Einheit die Leichenrede. Schwarzenberg machte noch einige scharfe Seitenhiebe gegen Preußen; Mantenffel sprach wenige unbedeutende Worte.

Schleswig-Holstein wurde an Dänemark ausgeliefert, Holstein noch platonisch geschützt, Schleswig dagegen der fanatischen Rache der Dänen vollständig preisgegeben. Graf Mensdorff (der spätere Minister) damals noch Bundescommissar in Holstein, kehrte nach Wien zurück.

Währenddessen feierte in ganz Deutschland eine wüste Reaction ihre Orgien. In Berlin wurde die Aufführung der „Stummen von Portici", weil an die mittelalterlichen Freiheitskämpfe der Neapolitaner erinnernd und folglich staatsgefährlich, verboten; aus dem „Don Juan" Mozarts mußte der Freiheitsgesang wegfallen. Die Gefängnisse waren von politischen „Verbrechern" angefüllt, die häufig nur durch falsche Denunziation von Spitzeln und Agents provocateurs zu diesem Schicksale gelangten. Der hervorragendste und schlimmste der letzteren war der bekannte Stieber, dessen Thätigkeit noch bis zum Kriege von 1870 und darüber hinaus sich erhalten hat. Obwohl wir uns nicht in Einzelheiten verlieren wollen, sei doch dieser Mensch hier kurz characterisirt. Als mittelloser Referendar hatte er in den Märztagen 1848 sich Anfangs der demokratischen, ja revolutionären Richtung angeschlossen. Bald aber witterte er heraus, wo größere Vortheile für ihn zu erreichen waren, und ließ sich von der Reactionspartei als Spitzel anwerben. In dieser Eigenschaft ging er im Sommer 1851 unter der Maske eines Landschaftsmalers mit falschem Namen und Paß nach Schlesien, fand auf seinen Touren gastliche Aufnahme in dem Hause eines liberal gesinnten Gutsbesitzers (Schöffel) verlobte sich zum Schein mit dessen Tochter und — denunzirte den Vater als Theilnehmer an der damals ausgeheckten großen Communistenverschwörung. Der Mann wurde verhaftet und in Untersuchung gezogen; der Pseudo-Bräutigam war verschwunden,

bis er vor den erstaunten Augen des Beschuldigten als „Kronzeuge“ auftrat. Auf diesem Wege gelangte Herr Stieber nach und nach zur Würde eines „Geheimen Oberregierungsrathes“ und Chefs der gesammten politischen Polizei in Preußen. Seine Hand war überall und nirgends. Er eignete sich zu großen politischen Missionen, z. B. 1866 in Sachsen (vergleiche die Lebenserinnerungen des sächsischen Staatsministers v. Friesen) ebensogut wie zur Anstiftung und Förderung von blutigen Bierkrawallen während der Sozialistenhetze der 1870er Jahre. Aus dem Sumpfe von Olmütz hervorgegangen, durfte dieser Mann noch im deutschen Hauptquartier während des Krieges von 1870 die Functionen eines ersten Polizeichefs bekleiden!

* * *

Wer an das Walten einer Nemesis in der Geschichte glaubt, kann sich daran ergötzen, daß gerade dasjenige Instrument, dessen sich die Politik des Fürsten Schwarzenberg zur Knechtung Deutschlands und zur Entwürdigung Preußens bediente — der Bundestag in Frankfurt — das Messer werden sollte, durch welches das Band der Zusammengehörigkeit zwischen Oesterreich und Deutschland nach und nach vollständig zerschnitten wurde. Anfangs langsam, gleichsam sägend und bohrend, dann schneller und schneller bis zur Katastrophe von 1866. Niemand wohl hatte im Mai 1851, nach der kaum erfolgten Reactivirung des Bundestags (s. o.) eine Ahnung davon, daß einfache „Personalien“, welche unter anderen Verhältnissen spurlos in der Geschichte vorübergegangen sein würden, das wirksamste Moment in jener Zerstörungsarbeit werden würden. Wenn es ein Zufall gewesen ist, so war es doch von sehr merkwürdigen Folgen begleitet, daß an dem kaum wieder aus dem Grabe erstandenen Bundestag in Frankfurt zwei Männer just von dem Schlage, wie Graf Friedrich von Thun-Hohenstein und Herr Otto von Bismarck-Schönhausen als Vertreter Oesterreichs und Preußens zusammentreffen sollten. In ihnen verkörperte

sich so ziemlich genau das damalige Verhältniß zwischen den beiden „Vormächten" Deutschlands. Graf Thun, ein von ungeheurem Selbstbewußtsein erfülltes Mitglied der hohen österreichischen Aristokratie, reich und vermöge seiner persönlichen Eigenschaften wie geschaffen zur „Repräsentation", nahm den Posten des Bundespräsidialgesandten ein. Herr von Bismarck war nur der Adlatus des preußischen Bundestagsgesandten v. Rochow, welchem letzterem so ziemlich alle und jede Eigenschaften fehlten, um dem gedemüthigten Preußen eine andere Stellung bei dem Bundestag als die des fügsamen Dieners Oesterreichs zu verschaffen. Blickte Graf Thun schon auf Herrn v. Rochow mit demselben Hochmuth herab, wie Fürst Schwarzenberg in Dresden auf Herrn v. Manteuffel, so steigerte sich der Abstand noch gewaltig zwischen dem Präsidialgesandten und dem einfachen „Legationsrath" v. Bismarck, welcher damals noch nicht einmal auf der Stufe eines in der großen vornehmen Welt rezipirten Mannes stand. Man erzählt sich, und die Anekdote scheint auf Wahrheit zu beruhen, daß Bismarck in der ersten Zeit seiner Thätigkeit am Bundestage einst in das Arbeitscabinet des Grafen Thun trat und diesen (es war ein heißer Sommertag) in Hemdsärmeln am Schreibtisch sitzend fand. Der Graf ließ sich nach einem kurzen „guten Morgen" in seiner Beschäftigung nicht stören und erwartete jedenfalls, daß Bismarck, wie es einem ordentlichen Subalternbeamten zukommt, geduldig so lange warten werde, bis Seine Excellenz sich nach ihm umzudrehen geruhe. Bismarck wartete auch, aber er entledigte sich seines Rockes, den er auf einen Stuhl warf, und nahm auf einem andern Sessel Platz, so daß Graf Thun, als er endlich mit Schreiben fertig war, den Herrn v. Bismarck gleichfalls in Hemdsärmeln sich gegenüber sitzen sah. „Sehr heiß heute, Excellenz", bemerkte mit der unschuldigsten Miene von der Welt Bismarck und begann sofort von seinem Geschäft zu reden. Graf Thun verstand diese Lection und unterdrückte seine Ueberraschung mit der Gewandtheit eines Weltmannes.

Später sollte der Graf noch manche ganz ähnliche Eindrücke von dem singulären Wesen seines preußischen Collegen erhalten.

Die Schilderung, welche Bismarck in seinen Bundestagsberichten an den Minister v. Manteuffel von dem Grafen Thun giebt — es ist der Brief vom 26. Mai 1851 — hat sowohl für den Briefschreiber wie für den Gegenstand der Schilderung so viel Characteristisches, daß sie hier einen Platz finden mag:

„Der Graf Thun trägt in seinem Aeußeren etwas von burschikosem Wesen zur Schau, gemischt mit einem Anflug von Wiener Roué. Die Sünden, die er in letzter Eigenschaft begehen mag, sucht er durch strenge Beobachtung der Vorschriften der katholischen Kirche in seinen oder doch in den Augen der Gräfin aufzuwiegen. Er spielt auf dem Club bis 4 Uhr Morgens Hazard (macao), tanzt von 10 bis 5 Uhr ohne Pause und mit sichtlicher Leidenschaft, genießt dabei reichlich kalten Champagner und macht den hübschen Frauen der Kaufmannschaft mit einer Ostentation den Hof, die glauben läßt, daß es ihm ebensosehr um den Eindruck auf die Zuschauer, als um das eigene Vergnügen zu thun ist. Unter dieser äußerlichen Rüstung birgt Graf Thun, ich will nicht sagen eine hohe politische Thatkraft und geistiger Begabung, aber doch einen ungewöhnlichen Grad von Klugheit und Berechnung, die mit großer Geistesgegenwart aus der Maske harmloser Bonhommie hervortritt, sobald die Politik in's Spiel kommt. Ich halte ihn für einen Gegner, der Jedem gefährlich ist, der ihm ehrlich vertraut, anstatt ihm mit gleicher Münze zu zahlen. Wie ich höre, ist Graf Thun in Beobachtung der löblichen Disziplin, welche der österreichischen Diplomatie eigen ist, gewissenhaft bemüht, das treueste Organ des Fürsten Schwarzenberg zu sein, und beweist in dieser Beziehung eine nachahmenswerthe Genauigkeit und Pflichttreue. Wenn ich mir bei der Neuheit meiner Erfahrungen ein Urtheil erlauben darf, so ist aber von den österreichischen Staatsmännern aus der Schwarzenbergischen Schule niemals zu erwarten, daß sie das Recht aus dem alleinigen Grunde,

weil es Recht ist, zur Grundlage ihrer Politik nehmen oder behalten würden; ihre Auffassung scheint mehr die eines Spielers zu sein, der die Chancen wahrnimmt, in ihrer Ausbeutung zugleich Nahrung für Eitelkeit sucht und zu letzterem Behuf die Drapirung der kecken und verachtenden Sorglosigkeit eines eleganten Cavaliers aus leichtfertiger Schule annimmt. Man kann von ihnen mit jenem herabstürzenden Dachdecker sagen: „ça va bien, pourvu que cela dure.“

Für die gesammte Diplomatie der 1850er Jahre, sehr wenige Ausnahmen abgerechnet, wozu vor Allen der Briefschreiber selbst gehörte, ist diese Schilderung vollkommen typisch. Spieler, Roué's, Tanzmeister, Intriguanten, Menschen voller Eitelkeit und Lüge, die das Leben wie Hazardspieler auffassen und mit einer gewissen Klugheit und Berechnung ihre Chancen wahrzunehmen verstehen. In den Händen solcher Leute lagen damals fast überall die Staatsgeschäfte; nicht bloß in Frankreich waren die Morny, Fleury, Persigny, St. Arnaud u. s. w. vertreten, von welch' letzterem einige Jahre später, an der Schwelle des Krimkriegs, ein gleichwertiger Zeitgenosse, General Magnan, im gemüthlichen Gespräch sagte: „La canaille crèvera en route“, die Canaille wird unterwegs crepiren.

Nehme man hierzu die mächtigsten Fürsten der damaligen Zeit. Zar Nikolaus, schon längst von Größenwahn besessen, der bald darauf völlig zum Ausbruch kommen sollte, starb während des Krimkrieges in einem paralytischen Anfall mit Schaum auf dem Munde.[1]) Friedrich Wilhelm IV. von Preußen trug den Keim der Gehirnkrankheit, an der er gestorben ist, schon seit den Aufregungen der Märztage in sich und plagte inzwischen seine Umgebung — selbst Diejenigen, für die er eine Art Freundschaft hegte — mit den unberechenbarsten Extravaganzen. Ohne jedes wahre Gefühl für die Ehre und Größe

[1]) Nach den Mittheilungen seines englischen Leibarztes soll er Gift genommen haben.

seines Landes, war er von einem ungeheueren fürstlichen Selbstbewußtsein erfüllt und betrachtete das Volk, wie schon in der Einleitung hervorgehoben, als „Canaille". Seine geistreichen Einfälle und Witze hatten nie einen tieferen Inhalt, bewegten sich vielmehr stets im Frivolen. Franz Joseph von Oesterreich hatte damals erst kaum die Zwanzig überschritten; seine erste Regierungszeit war von Revolutionsszenen auf der einen, von der Henkerwuth der Haynau, Windischgrätz, Jellacic u. s. w. auf der anderen Seite erfüllt. Die amtliche Wiener Zeitung berichtete noch im Januar 1852 fast täglich von drakonischen Urtheilen der Kriegsgerichte; Stockprügel und Ruthenstreiche, deren Zahl stets gewissenhaft angegeben wurde, gaben Zeugniß von dem „wiedererstarkten" Oesterreich. — In Frankreich war Dank der „napoleonischen Legende" und der vollendeten Unfähigkeit der Nationalversammlung ein physisch schon herabgekommener, geistig niemals hochstehender Abenteurer in den Besitz der Macht gelangt, welcher bald die Königs- und Fürstenschlösser Europas mit Jubel über die „Rettung der Gesellschaft" am 2.—4. Dezember 1851 erfüllen sollte. — An den kleineren Fürstenhöfen Deutschlands herrschte, wie Herr von Bismarck selbst in seinen Berichten vom Bundestage betont, mit wenigen Ausnahmen so ziemlich die niedrigste Selbstsucht, die „saeva habendi cupido"[1]) oder auch ungezügelte Rachsucht gegen „Rebellen". Im Zuchthaus zu Waldheim in Sachsen regnete es täglich Stockprügel an die unglücklichen politischen Gefangenen; im Zuchthaus zu Bruchsal mußten Otto von Corvin und andere hochgebildete Männer untereinander abwechselnd die bis an den Rand gefüllte Abtrittsgrube des Hofes ausschöpfen und sanken dabei oft genug vor Erschöpfung und Ekel um. Im Besitze des Verfassers ist ein noch ungedrucktes Manuscript Otto v. Corvins, in dem er seine Erlebnisse im Bruchsaler Zuchthaus schildert, darunter auch dies, daß nach den Gefangenen bei dem

[1]) Wilde Geldgierde.

ersten besten Verdacht einer Widersetzlichkeit oder einer ganz unmöglichen Flucht von den wachehabenden Soldaten geschossen wurde. Die Gerechtigkeit erfordert jedoch, zu erwähnen, daß der damalige Prinzregent von Baden (der jetzige Großherzog) von allen diesen Vorgängen in seinem Lande nichts erfuhr; sie wurden ihm sorgfältig geheim gehalten und für die Inspizirung des Zuchthauses waren ja seine Beamten da. Ob Johann Philaletes von Sachsen Kenntniß von den Ruhmesthaten seines Ministers Beust im Zuchthaus zu Waldheim hatte oder nicht, mag dahin gestellt bleiben. Seine guten Dresdener gedachten, wie Herzog Ernst von Coburg in seinen Denkwürdigkeiten auf Grund der Berichte des Ministers v. Seebach erzählt, mit Schauder der Schrecken der Maitage 1849 und segneten die Regierung, welche sie vor einer Wiederholung solcher Schrecken bewahrte. Selbst der Staatsminister v. Friesen, von dem man nach seinen „Lebenserinnerungen" im Ganzen den Eindruck erhält, daß er ein verständiger und wohldenkender Mann war, gedenkt mit pathetischem Stolze seiner persönlichen Theilnahme an den Kämpfen wider die Aufständischen der Maitage 1849, welche dem Lande Sachsen „sein heiligstes und höchstes Gut", die monarchische Verfassung, zu rauben gedachten.

In einer solchen Zeit trat Bismarck, der „diplomatische Säugling des Herrn v. Rochow", wie die Kölnische Zeitung zu seinem Gaudium ihn nannte, in seine diplomatische und politische Laufbahn ein. Der „Säugling" erwies sich jedoch schon sehr bald robuster und thatkräftiger wie der Nährvater, und spottete in seinen vertrauten Briefen an Manteuffel (s. u. A. den Bericht vom 11. Juni 1851) über die Indolenz seines Herrn Chefs und seine grenzenlose Furcht vor Oesterreich. „Nova potentia crescit," eine neue Kraft steigt empor, mochte man wohl schon damals am Bundestag sich sagen. Inzwischen blieb Bismarck in der inneren Politik noch ganz der reactionäre Junker, billigte — ob aufrichtig oder nur scheinbar, bleibe dahin gestellt — alle Maßregeln Manteuffels und warnte den-

selben nur vor der still schleichenden Macht der Büreaukratie, gab auch den ernstlichen Rath, daß die Männer der Kreuzzeitung in ihrer allzuherausfordernden und dictatorischen Sprachweise etwas gezügelt werden möchten.

Im Juli 1851 wurde Bismarck an Stelle des abtretenden Herrn v. Rochow zum Bundestagsgesandten ernannt. Höchst characteristisch ist der Bericht, in welchem v. Rochow über Aeußerungen des damals auf einige Tage in Frankfurt anwesenden Prinzen von Preußen (nachmaligen Kaisers Wilhelm) aus Anlaß dieser, zur Zeit des Gesprächs noch bevorstehenden, Ernennung berichtet: „Den Herrn v. Bismarck haben Se. K. Hoheit sehr freundlich begrüßt; als ich mit Hochdemselben zum Hotel fuhr, fragten Sie: „Und dieser Landwehrlieutenant soll Bundestagsgesandter werden?“ — Allerdings, entgegnete ich, und ich glaube, die Wahl ist gut; Herr v. Bismarck ist frisch, kräftig, und wird gewiß allen Anforderungen Ew. K. Hoheit entsprechen. Der Prinz konnte darauf nichts entgegnen und hatte im Allgemeinen eine gute Meinung von diesem ausgezeichneten Vorkämpfer für Recht und wahre preußische Gesinnung. Ich glaube, Se. K. Hoheit wünschen Herrn v. Bismarck nur mehr Jahre und graue Haare — ob man mit diesen Attributen gerade die Ansprüche des Prinzen durchsetzen kann, wage ich nicht zu entscheiden.“ —

Bei Gelegenheit einer Schilderung des maßlos arroganten und hochmütigen Wesens des Grafen Thun gegen alle Bundestagsgesandten, einschließlich des preußischen, bemerkt Bismarck am 6. September 1851: „Ich beobachte dieses seltene Exemplar von Diplomat mit der Ruhe des Naturforschers und schmeichle mir, zu seiner gesellschaftlichen Glättung wenigstens in seiner Haltung mir gegenüber schon einiges beizutragen, ohne daß unser gegenseitiges Verhältniß den freundschaftlichen und vertraulichen Character verloren hat. Unbequemer wird der geschäftliche Verkehr aber allerdings durch die Nothwendigkeit, jenem Benehmen gegenüber die amtliche Stellung zu wahren.“

Schon im November 1851 ersuchte Bismarck seinen Chef, den Minister Manteuffel, „dem Fürsten Schwarzenberg bei sich darbietender Gelegenheit die Bedingungen einer gegenseitigen Rücksichtnahme und Förderung der Interessen zu vergegenwärtigen, unter welchen allein ein bundesfreundliches Entgegenkommen Preußens auf die Dauer möglich sein kann." Dem sächsischen Gesandten von Nostitz erwiderte Bismarck auf dessen Klage, daß Preußen anscheinend jeder Stärkung der Bundesgewalt seine Unterstützung versage: so sei es wirklich, denn Preußen, dessen Stellung im Bundestage seinen natürlichen Machtverhältnissen ganz und gar nicht entspreche, könne doch bei der Haltung der Majorität des Bundestages nicht die Bêtise begehen, zur Stärkung der Macht seiner Gegner und Widersacher selbst die Hand zu bieten. v. Nostitz sprach im Laufe der Unterhaltung für seine Person die Ueberzeugung aus, daß in den gegebenen Verhältnissen Deutschlands die Nothwendigkeit preußischer Hegemonie liege. Bismarck deutet in seinem Bericht an Manteuffel an, daß Nostitz diese Aeußerung nur gethan habe, um ihn (Bismarck) über die Absichten Preußens auszuforschen.

Im Februar 1852 war unter den Bundestagsgesandten schon die Besorgniß verbreitet, Preußen könne sich eines Tages vom Bundestag ganz lossagen und auf seine Stellung als europäische Großmacht zurückziehen. Der oldenburgische Gesandte v. Eisendecher suchte hierüber Bismarck auszuforschen, welcher seinerseits in dem Berichte an Manteuffel bemerkt: „Ich habe nicht geglaubt, diesen Befürchtungen entgegentreten zu sollen, vielmehr durchblicken lassen, daß es für uns von wenig Werth sein könne, einen Gesandten in der Bundesversammlung zu haben, wenn letztere nicht mehr Gewicht als bisher auf die Stimme Preußens lege."

Der unerwartete Tod des Fürsten Schwarzenberg (März 1852) brachte nicht nur die Bundestagsdiplomatie, sondern alle Cabinete in Aufregung; nur der englische Gesandte in Frankfurt,

Lord Cowley, sagte nach kurzer Ueberlegung zu Bismarck: „au fond c'est un bonheur“ (im Grunde ist's ein Glück) und Bismarck scheint hiermit einverstanden gewesen zu sein. Man zerbrach sich allerwärts den Kopf darüber, wer der Nachfolger Schwarzenbergs in Wien sein werde; die erste sichere Nachricht in dieser Beziehung hatte eine Dame in Frankfurt, die durch ihren von der Diplomatie vielbesuchten Salon und durch ihren unruhigen, lebhaften Geist bekannte Frau v. Prints,[1]) Gattin des Oberpostmeisters gleichen Namens und Schwester des Grafen Buol-Schauenstein, damals österreichischer Gesandter in London. Dieser war der designirte Nachfolger Schwarzenbergs in der Leitung der auswärtigen Politik Oesterreichs und Bismarck erfuhr dies als einer der Ersten aus dem Munde der Frau v. Prints, welche jetzt noch um eine Stufe höher in der Rangstellung unter der Frankfurter Diplomatenwelt stieg. Sie war nach den Schilderungen Bismarcks (in den Bundestagsbriefen an Manteuffel) nicht nur ihrem Gatten, dem fürstlich Thurn und Taxis'schen Oberpostmeister, sondern sogar ihrem Bruder, dem nunmehrigen Lenker der österreichischen Politik, an Geist und Klugheit bedeutend überlegen und Bismarck würde sicherlich nichts dagegen gehabt haben, wenn er die politischen Geschäfte mit ihr, statt mit dem Grafen Buol, abzumachen gehabt hätte.

In diese Zeit (Sommer 1852) fällt die Epoche der Zollvereinskrisis, welche bis kurz vor Emporsteigen der ersten Gewitterwolken des Krimkrieges dauern sollte und die deutschen Verhältnisse in ein gährendes Chaos von politischen Umtrieben brachte, die sich unter Führung des „klein- und hochmütigen“ v. Dalwigk in Darmstadt (Urheber der sog. „Darmstädter Coalition“) bis zu ausgesprochenen Rheinbundgelüsten steigern konnten. Bei der ganzen Sache spielten die wirthschaftlichen

---

[1]) Sie lebt noch heute in jetzt recht bescheidenen Verhältnissen zu Frankfurt a. M.

und materiellen Interessen des deutschen Volkes nur eine höchst untergeordnete Rolle, so daß Bismarck mit Recht in einem Briefe vom 23. September 1852 an Manteuffel — als Ergänzung zu einer für die russische Regierung bestimmt gewesenen Denkschrift — sagen konnte: „Ganz schlagend ist es, daß nicht unser Verhalten die Revolution fördert, sondern das unserer Gegner, an deren Regierungen die letzten Jahre so eindruckslos vorübergegangen sind, daß sie offen vor ihren Unterthanen constatiren, wie das materielle Wohl derselben den Launen der Dynasticen geopfert wird. In dieser Beziehung enthält das Buch von Frantz[1]) die unleugbarsten Wahrheiten, nur sind sie, wie mir scheint, ungeschickt eingekleidet und gruppirt. Denn nur das Christenthum, welches Frantz aus seinem Calcül streicht, kann die Fürsten in würdiger Weise zu Dem machen, was Frantz vorschwebt, und sie von der Auffassung des Lebens lösen, welche sie, oder doch viele von ihnen, in der von Gott verliehenen Stellung nur die Mittel zu angenehmem und willkürlichem Leben suchen läßt. Für einen Menschen, der nicht an Pflichten glaubt, sehe ich nichts in der Welt, was ihn abhalten sollte, nach seiner Phantasie das Leben zu genießen, außer der Furcht vor Schaden an Person und Vermögen; und darüber wiegt man sich leicht in Täuschung ein, ob solcher Schaden bevorsteht."

Den Kern des Streites bei der langwierigen Zollvereinskrisis bildete das Verlangen Oesterreichs, das insbesondere von den süddeutschen Mittel- und Kleinstaaten unterstützt wurde, als gleichberechtigtes Glied in den von Preußen begründeten Zollverein einzutreten, unbekümmert darum, daß die handelspolitischen und wirthschaftlichen Verhältnisse Deutschlands wie Oesterreichs eine solche Union fast zur Unmöglichkeit machten. Graf Buol sprach dies im Laufe der Verhandlungen mit Bis-

[1]) Ein bekannter, im Dienste der preußischen Regierung arbeitender Publizist.

marck (Juni 1852) ganz offen mit den Worten aus: „Das politische Moment steht für Oesterreich obenan, nicht das materielle; Deutschlands Einigkeit sei früher ohne den jetzigen Zollverein ganz erträglich gewesen, und es sei gegen das Interesse Deutschlands, wenn Oesterreich allein in der Sonderstellung eines Nichtmitgliedes des Vereins erscheine." Demzufolge erstrebte Oesterreich im Bunde mit den Staaten der „Darmstädter Coalition" bei dem Widerstande Preußens zunächst die Sprengung des Zollvereins, der dann ja nach Wiener Auffassung unter der Führung Oesterreichs reconstruirt werden könne. Eine heutzutage fast unglaublich und unerklärlich erscheinende Unkenntniß der wirklichen Verhältnisse manifestirte sich in dieser Politik, zumal die finanziellen und wirthschaftlichen Verhältnisse Oesterreichs damals so zerrüttet waren, daß man jeden Augenblick den Staatsbankerott bevorstehend glauben mußte.

Die Verhandlungen begannen im Anfang Juni mit der außerordentlichen und vertraulichen Mission Bismarcks an den Wiener Hof, da der damalige preußische Gesandte in Wien, Graf Arnim, zur Führung dieser sehr schwierigen und delicaten Angelegenheit nicht die nöthigen Fähigkeiten besaß. Um jedes Aufsehen zu vermeiden, hatte man es so eingerichtet, daß Graf Arnim selbst um einen sechswöchentlichen Urlaub gebeten hatte, in dem Glauben, die Geschäfte würden in seiner Abwesenheit wie gewöhnlich von dem ersten Botschaftsrath fortgeführt werden. Zum Erstaunen des Grafen traf am 8. Juni Abends Herr v. Bismarck in Wien ein. „Ich begab mich," schreibt Bismarck an Manteuffel, „unmittelbar nach meiner Ankunft zum Grafen Arnim und überreichte ihm die an ihn gerichteten Depeschen. Er war schon im Bett und glaubte, daß ich als Reisender käme; die Nachricht, daß ich zu seiner Vertretung geschickt sei, überraschte ihn und er fand das Arrangement ungewöhnlich, um so mehr, da hier jetzt nichts zu thun sei." (!)

Bei dieser Gelegenheit war es auch, daß der König von Preußen den schon in der Einleitung (S. 14) erwähnten Ent-

schuldigungsbrief an den Kaiser Franz Josef schrieb, daß ein einfacher „Herr von" zum Träger einer wichtigen Mission an den Wiener Hof ausersehen sei. „Ich beauftrage," schrieb Friedrich Wilhelm IV., „mit dieser ehrenvollen Mission an Ew. Majestät meinen Gesandten am deutschen Bundestage, Herrn von Bismarck-Schönhausen, dessen Familie, eine der ältesten der Mark, fast mehr Ahnen zählt, als mein Haus, und dessen Vorfahren mit den Hohenzollern an Tapferkeit und militärischen Thaten wetteiferten."

Einstweilen fand jedoch Herr v. Bismarck trotz der größten Mühe noch gar keine Gelegenheit, sein Beglaubigungsschreiben dem jungen Kaiser zu überreichen, welcher zu einer ungarischen Staatsfeier nach Ofen-Pest gereist war und von dort weitere Ausflüge beabsichtigte, deren einzelne Stationen den Wiener Ministern angeblich ganz unbekannt waren. Da Bismarck auch ein eigenhändiges Schreiben der Königin Elisabeth von Preußen an ihre Schwester, die Erzherzogin Sophie in Schönbrunn — Mutter des Kaisers — in der Tasche trug, so wollte er sich vorerst dieses Auftrages entledigen. „Ich hatte," schreibt er an Manteuffel, „die Absicht, auch mit dem von mir überbrachten Schreiben J. M. der Königin an J. K. H. die Erzherzogin Sophie in Schönbrunn mich zu melden, um dort zu erfahren, ob und wie es thunlich sei, daß ich Sr. M. dem Kaiser nach Ungarn folge und dort vorgestellt würde, um, wenn nicht meine Creditive, doch das eigenhändige Schreiben Sr. M. des Königs zu überbringen. Diesen Weg gestattet indessen die hiesige Hofsitte nicht, wie mir Graf Arnim wiederholt und bestimmt erklärte und Graf Buol bei meiner Unterredung gestern Morgen bestätigte. Von beiden Seiten wurde mir gesagt, daß die Beschaffung einer Audienz bei der Frau Erzherzogin bei der zeitigen Abwesenheit der obersten Hofchargen zwei bis drei Tage erfordern werde. Ich habe daher den mir als vorschriftsmäßig bezeichneten Weg einschlagen müssen, wonach das Schreiben J. M. der Königin durch den Grafen Arnim an das Hof-

marschallamt übermittelt worden ist, und ich weitere Befehle der Frau Erzherzogin zu gewärtigen habe."

Man sieht, Bismarck, der Träger einer außerordentlichen und vertraulichen Mission des Königs von Preußen, wurde in Wien genau so behandelt, wie man einen Bittsteller untergeordneter Art empfängt!

Selbst in dem Verkehr mit dem Minister Grafen Buol wurde für Bismarck diese Linie eingehalten. Er mußte nach seinem ersten formellen Antrittsbesuche, den Buol nur durch Abgebung seiner Karte erwiederte, den nächsten „Empfangstag" des Ministers für die fremden Gesandten — dreimal in der Woche von 2 bis 4 Uhr Nachmittags — abwarten, um überhaupt über den Gegenstand seiner Sendung sprechen zu können. Graf Buol zeigte sich empfindlich darüber, daß er von Bismarcks Sendung nach Wien nicht vorher in Kenntniß gesetzt war, und entwickelte dann seine Ansichten in der Zollfrage etwa in der Weise, Oesterreichs volkswirthschaftliche Isolirung müsse aufhören; das sei für Deutschland ebenso nothwendig wie für Oesterreich. Da Preußen sich weigere, die dargebotene Hand zu ergreifen, so bleibe eben nichts übrig, als ruhig abzuwarten, bis Preußen sich eines Besseren besinne; das aber könne man von Oesterreich nicht erwarten, daß es den süddeutschen Staaten, die nach einer Zollunion mit Oesterreich streben, etwa anrathen solle, von diesem Verlangen Preußen gegenüber um der Erhaltung des jetzigen Zollvereins willen abzustehen. Die Verhandlungen zwischen Preußen und seinen Zollverbündeten berührten Oesterreich nicht, das Letztere möge zusehen, wie es sich mit ihnen einige.

Bismarck erwiderte, er könne nur lebhaft wünschen, daß die süddeutschen Staaten (Darmstädter Coalition) von diesen Ansichten des österreichischen Cabinets genau unterrichtet würden; Preußen könne in dieser Frage lediglich seinen volkswirthschaftlichen und finanziellen Vortheil zu Rathe ziehen; dieser bedinge einen Zollverein mit dem Südwesten durchaus nicht und der

Erhaltung desselben Opfer zu bringen, habe Preußen keinen Beruf. Man erwarte in Berlin eine ganz freie, aber nach Möglichkeit beschleunigte Entschließung der süddeutschen Zollverbündeten, um demnächst recht bald die Beziehungen zu Oesterreich reguliren zu können. Graf Buol wußte nicht recht, was er hierauf erwiedern sollte, und so blieb diese Besprechung ganz unfruchtbar.

Bismarck wollte hierauf mit dem Nachtzuge nach Pest reisen, um seine Creditive dem Kaiser zu überreichen; Graf Buol wußte dies jedoch durch die Bemerkung zu hintertreiben, Bismarck werde wegen des Zusammenströmens der Ungarn zu der kaiserlichen (Fröhnleichnams-) Prozession in Pest gar kein Unterkommen finden und, wenn auch, vom Kaiser ohne Anwesenheit des Ministers nicht empfangen werden. Aus Allem ging deutlich hervor, daß Graf Buol nicht wünschte, Bismarck ohne ihn und ohne Vorbereitung mit dem Kaiser in Berührung gebracht zu sehen. Bismarck mußte unter diesen Umständen, um sich nicht der Gefahr eines Fiaskos auszusetzen, von der Absicht, nach Pest zu reisen, abstehen, wies aber das naive Anerbieten Buols, das Schreiben des Königs durch das Ministerium an den Kaiser befördern zu lassen, mit dem Bemerken zurück, er habe den bestimmten Befehl, das allerh. Schreiben selbst zu überbringen, und müsse sich an diesen Befehl halten. Beim Abschied lud Buol Herrn v. Bismarck auf den folgenden Tag zum Mittagessen ein und Bismarck benutzte seinen gezwungenen Aufenthalt in Wien, um alte Bekanntschaften zu erneuern und neue anzuknüpfen. Dabei hatte er Gelegenheit, die Wiener „Damendiplomatie" kennen zu lernen, und macht in seinen Berichten nach Berlin einige spöttische Bemerkungen darüber, wie sehr man ihn hier zu bemuttern oder sonst für das Ewigweibliche zu interessiren suche. Es kommt aber auch in einem Briefe an Manteuffel der folgende merkwürdige Satz vor: „Der Pester „Lloyd" thut mir die unverdiente Ehre an, meine Sendung mit der von Ew. Exzellenz nach Olmütz zu

vergleichen." — So ganz grundlos oder hinkend war dieser Vergleich unter den damaligen Verhältnissen gewiß nicht.

Bei Tische theilte Graf Buol am 12. Juni Herrn v. Bismarck eine Depesche des Oberhofmarschalls Grafen Grünne aus Ofen mit, etwa des Inhalts, daß der Kaiser, im Begriff Ofen zu verlassen, Bismarck dort nicht mehr empfangen könne und Graf Buol den Brief des Königs (Friedrich Wilhelm IV.) annehmen und befördern solle. Hätte Bismarck es nur mit den Wiener Ministern und Diplomaten zu thun gehabt, so würde er auf diese wegwerfende Behandlung wohl in ähnlicher Weise geantwortet haben, wie er es in Frankfurt dem Grafen Thun gegenüber gewohnt war, aber hier handelte es sich um die persönlichen Beziehungen zwischen den beiden Monarchen, und Bismarck glaubte bei seiner Kenntniß der Natur Friedrich Wilhelms IV. die Dinge nicht auf die Spitze treiben zu dürfen, weil sonst eine neue eclatante Demüthigung Preußens, auf die man es in Wien vielleicht abgesehen hatte, unvermeidlich war. Er lehnte die Zumuthung, das Schreiben des Königs dem Grafen Buol zu übergeben, wiederholt mit dem Bemerken ab, er müsse der erhaltenen Instruction gemäß das Schreiben dem Kaiser persönlich überreichen und, wenn das nicht anginge, erst die anderweiten Befehle des Königs einholen. Im Uebrigen legte Bismarck, wie aus seinen Berichten hervorgeht, auf diese reinen Formsachen gar keinen besonderen Werth; es war ihm nur darum zu thun, die Verhandlungen nicht in ein Stadium gelangen zu lassen, welches den Vergleich zwischen der Wiener Sendung Bismarcks im Juni 1852 mit derjenigen Manteuffels nach Olmütz gerechtfertigt hätte, wie folgende Stelle in dem Berichte vom 18. Juni zeigt: „Eine Stärkung des Vertrauens der öffentlichen Meinung in Preußen zu der Festigkeit der Regierung nach Außen ist ein Gewinn, den wir jedenfalls aus der jetzigen Situation ziehen können; dieser aber wird sehr geschmälert, wenn wir in wirklich oder scheinbar unwesentlichen Punkten die einmal genommene Position aufgeben und dadurch

entstellenden Versionen über unsere Nachgiebigkeit einen Anhalt bieten. Ich würde es beklagen, wenn meine Sendung auch nur die Möglichkeit zu derartigen Verdächtigungen der Regierung böte; ich war bei Uebernahme derselben darauf gefaßt, daß sie erfolglos bleibt, und sehe das auch jetzt noch ohne Kummer voraus..... Durch dritte Hand hat man nicht verfehlt, mich auf die Gefahr meines jungen diplomatischen Rufes und auf der anderen Seite auf den durch Abschluß einer wichtigen Verhandlung zu gewinnenden Ruhm, unter perspectivischer Hindeutung auf österreichische und andere Großkreuze aufmerksam zu machen. Ich komme mir dabei natürlich vor wie jener Römer, Fabricius wenn ich nicht irre, unter den Einschüchterungen und Lockungen des Pyrrhus."

Am 24. Juni fand endlich in Ofen der langgesuchte Empfang Bismarcks durch den Kaiser Franz Joseph statt. Bismarck erhielt von des Letzteren Persönlichkeit und Wesen einen guten Eindruck, zumal der Kaiser den dringenden Wunsch aussprach, ein besseres Verhältniß als in der letzten Zeit zu Preußen hergestellt zu sehen, zu welchem Zwecke die „unanständigen Preßangriffe" in Wien aufhören sollten und Graf Buol die Weisung empfangen habe, die Zollfrage nochmals mit Bismarck zu durchsprechen und wo möglich eine gute Lösung zu finden.

Buol sagte aber in der ersten hierauf stattgehabten Unterredung, daß Oesterreich sich nicht helfen könne, es müsse eine politische Frage daraus machen, wenn es allein ausgeschlossen bleibe aus dem Verein, und es müsse eher den letzteren zerfallen lassen, als zugeben, daß er sich ohne Oesterreich consolidire.

Um dieser Angelegenheit keinen allzu großen Raum in unserer Schilderung einzuräumen, sei bemerkt, daß erst nach acht Monaten, im Februar 1853, eine Lösung der Zollvereinskrisis in der Weise zu Stande kam, daß der Verein zwar ohne den Eintritt Oesterreichs reconstruirt, Letzterem aber im Art. 25 des neuen auf 12 Jahre abgeschlossenen Vertrags der künftige Beitritt vorbehalten wurde. Welche neuen Wirrnisse und

Spannungen dieser Art. 25 im Jahre 1864 herbeiführen sollte, wird später gezeigt werden.

Einstweilen benutzte Bismarck seinen Aufenthalt in Wien und Pest zu passenden Studien in der höheren österreichischen Gesellschaft. Wir heben daraus Folgendes hervor, weil es auch mit den politischen Zuständen der Zeit im Zusammenhange steht: „Den Kreis meiner Bekanntschaften zu erweitern, wird mir augenblicklich sehr schwer. Die Geselligkeit ist beendet, fast Alles auf dem Lande oder mit dem Kaiser, nur auf dem adligen Casino in der Herrengasse findet man des Abends die spielenden und rauchenden Reste der höheren Gesellschaft. Diese gehört im Allgemeinen der altconservativen Partei an, frondirt, spricht bitter über das Ministerium, aber selten mit Einsicht. Theils Furcht vor Rügen vom Hof, theils eine phäakische Genußsucht und die Besorgniß vor Allem, was Mühe macht oder an Unruhe und an Vermögensgefahr erinnert, bewirken eine fast allgemeine Enthaltsamkeit von politischen Gesprächen, bis auf gelegentliche, dem Ministerium und besonders dem Dr. Bach[1]) applizirte Schimpfwörter der stärksten Färbung. Sonst bilden Vergnügungen und militärische Erlebnisse nebst der Person des Kaisers den alleinigen Gegenstand der Conversation.... Bach und den Justizminister Krauß habe ich auf einem Diner bei Buol kennen gelernt. Bach war für Schwarzenberg, was der Mohr für Fiesco, spielt jetzt den Cavalier, benimmt sich mit Nonchalance und läßt die Tischgesellschaft darauf warten, daß er sich fünf Minuten lang mit lärmender Ostentation den Mund ausspült und gurgelt.... Der Haß der Aristokratie, auch der militärischen, gegen Bach ist groß und durchbricht überall die Vorsicht, mit der man sonst sich ausspricht. Nur des Kaisers Name und Amt schützt ihn vor ähnlicher Behandlung, wie sie Pillersdorf[2]) erlitten, dem der General Graf

[1]) Am Meisten bekannt durch den Abschluß des Concordats mit Rom.

[2]) Einer der österreichischen Märzminister.

Hardegg in einem vornehmen Salon vor Zeugen gesagt hat: „Wie kann so ein Schurke wie Sie sich unterstehen, mit mir in einem Salon zu sein; nur aus Achtung vor den Damen speie ich Sie nicht an, aber gehen Sie hinaus.“ Letzteres geschah. In den Gesellschaften der haute volée wird Bach nicht geduldet oder gar eingeladen.“ — —

Der Krimkrieg in seinen Rückwirkungen auf die deutschen Angelegenheiten.

Mit der Ernennung Buols zum österreichischen Minister des Auswärtigen war die Stellung des Grafen Thun als Bundespräsidialgesandter unhaltbar geworden, da Thun in seinen Berichten an den Fürsten Schwarzenberg sich mehrfach wegwerfend über Buol (damals Gesandter in London) geäußert hatte, ohne zu ahnen, daß Schwarzenberg diese Berichte den Acten einverleiben und seinem Nachfolger hinterlassen würde. Man kann sich in die Stimmung des armen Präsidialgesandten hineindenken, als er im Salon der Frau v. Brints die erste Kunde von der Ernennung des Grafen Buol empfing und nun sich sagen mußte, daß die Herrlichkeit in Frankfurt für ihn bald zu Ende sein werde. Zum ersten Mal näherte er sich in sehr elegischer Stimmung dem Herrn v. Bismarck und vertraute ihm seine Schmerzen an, die unter Anderem darin bestanden, daß häusliche Verhältnisse es ihm durchaus nicht wünschenswerth machten, gerade jetzt ins Privatleben zurückzutreten. Bismarck gewährte ihm das „Solamen miseris socios habuere malorum", den Trost eines gleichartigen eigenen Schicksals, da auch ihn das Geschick damals mit starken Nadelstichen nicht verschonte. Er hatte im Lager der preußischen Diplomaten und Staatsmänner sehr viel gute Freunde, die sich, ein Jeder auf seine Art, aber Alle zusammenwirkend, ein Vergnügen daraus

machten, ihm überall ein Bein zu stellen und insbesondere bei dem König und dem Prinzen von Preußen anzuschwärzen. Zu seinen vergleichsweise noch offensten Gegnern gehörte seit kurzer Zeit auch sein früherer Chef in Frankfurt, Herr v. Rochow, jetzt Gesandter in Petersburg, dem der steigende Einfluß Bismarcks in Berlin ein Dorn im Auge war. „Graf Thun," so bemerkt Bismarck in einem Bericht vom 7. August 1852, „sagt mir, daß ihm ein Preuße aus Berlin geschrieben habe, ich hätte eine verfehlte Intrigue gemacht, um Minister zu werden; ich halte Rochow für diesen Correspondenten. Als ich diesen meinen Freund, Landsmann und Gutsnachbar zum letzten Mal sah, reisten wir auf demselben Zug nach Dresden; er war ohne meine Schuld, wie Ew. Exzellenz wissen, so ungehalten auf mich, daß er sich kaum zu der nothdürftigsten Höflichkeit überwinden konnte, und sagte mir, er sei froh, daß er meine Mission[1]) nicht habe, der Kaiser (von Rußland) habe sie ihm angeboten, er aber sie abgelehnt."

„Der Kaiser von Rußland habe sie ihm angeboten, er aber habe sie abgelehnt" — in diesen Worten, bei denen sich Herr v. Rochow gar nichts weiter dachte, spiegelt sich auf gar drastische Weise das Verhältniß des damaligen Preußen zu dem Zaren von Rußland. Hier handelte es sich um die innersten preußisch-deutschen Angelegenheiten, um derentwillen der König von Preußen seinen Bundestagsgesandten v. Bismarck in höchst persönlicher und vertraulicher Mission nach Wien sandte, und auf dem Wege dahin mußte Bismarck erfahren, daß er zu dieser Ehre erst gekommen war, nachdem Zar Nikolaus sie dem preußischen Gesandten in Petersburg, Herrn v. Rochow, zugedacht und dieser sie abgelehnt hatte! „Kaiser Nikolaus," so hatte Prinz Albert nach Olmütz (s. o.) geschrieben, „ist momentan completer Herr von Europa," aber schwerlich dürfte sich ein Staat in Europa gefunden haben, der diese Herrschaft so un-

[1]) Es war die oben geschilderte nach Wien.

bedingt und rückhaltslos anerkannte, wie Preußen. Fürst Schwarzenberg hatte auf der Dresdener Conferenz (s. S. 30) zu Herrn v. Beust geäußert, man müsse, ehe irgendwelche andere europäische Pläne in Betracht gezogen werden könnten, vor Allem „den unbequem werdenden russischen Einfluß abzuschütteln suchen"; fast zwei Jahre waren seitdem vergangen, aber noch hatten weder Oesterreich noch Preußen, Beide mißtrauisch und eifersüchtig sich beobachtend, die Kraft gefunden, auch nur einen Schritt zu diesem Ziele zu thun. Deutschland war, wie Freiherr v. Stein auf dem Wiener Congresse es ausgedrückt hatte, mehr als je „eine russische Stuterei".

Eine Schlägerei zwischen lateinischen und griechischen Mönchen am heiligen Grabe, der Streit um den silbernen Stern in Bethlehem, der Wunsch des Zaren Nikolaus, die Erbschaft des „kranken Mannes" in Constantinopel vor der Zeit zur Vertheilung zu bringen, und das Bedürfniß des neuen Kaisers der Franzosen, den Meineid und die Straßenschlächtereien des 2. Dezember 1851 durch militärische Ruhmesthaten der „grande nation" nach Außen zu einer solideren Blutkittung seiner Macht in Frankreich und Europa zu machen, wozu ihn noch ganz besonders der Aerger über das wegwerfende „mon bon ami" (statt „mon frère") in dem Erwiederungsschreiben des Zaren auf die Anzeige von der Kaiserkrönung des Staatsstreichshelden aufstachelte — alle diese Umstände vereinigt sollten zu der ersten halben Erlösung Deutschlands und Preußens vom russischen Joche führen.

In der Nacht vom 9. Januar 1853, vier Tage vor der Ernennung des Freiherrn v. Prokesch-Osten zum österreichischen Bundespräsidialgesandten an Stelle Graf Thuns in Frankfurt, entwickelte während einer rauschenden Festlichkeit im Palast der Großfürstin Helene zu St. Petersburg der Zar dem aufhorchenden englischen Gesandten Sir Hamilton Seymour zuerst, und zwar noch vorsichtig, seinen Plan, die türkischen Angelegenheiten zu einer definitiven Regelung zu bringen. „Sie kennen," sagte

der Zar zu dem Gesandten, „meine Gefühle gegenüber England. Ich habe Ihnen gesagt und wiederhole es, mein Wunsch ist, daß die beiden Reiche (Rußland und England) auf dem Fuße inniger und dauernder Freundschaft stehen sollen; ich und die englische Regierung. Ich bitte Sie, diese meine Worte nach London zu berichten. Wenn wir im Einverständnisse sind, so habe ich keinerlei Besorgnisse wegen des übrigen Europa; es ist gleichgültig, was man dort denkt und thut. Was die Türkei betrifft, so ist das eine andere Frage; sie steht vor dem Zerfall und es ist von höchster Wichtigkeit, daß wir Beide uns über die Folgen dieses Ereignisses verständigen.... Wir haben einen kranken Mann, einen sehr kranken Mann unter unseren Händen und ich sage Ihnen offen, es würde ein großes Unglück sein, wenn er verschiede, ehe wir Beide zu einem Arrangement gekommen sind. Doch es ist spät, und wir wollen das Nähere auf ein ander Mal verschieben.

Am 22. Januar rückte der Zar in seinem berühmt gewordenen Gespräch mit Sir Hamilton Seymour mit dem Plan über die Theilung der türkischen Erbschaft heraus. Es mag heute ein pikantes Interesse bieten, daß ein Theil dieses Planes seit 1877 und 1878 verwirklicht worden ist, wenn auch in anderer Weise, als Zar Nikolaus es sich dachte. Die Balkanländer Rumänien, Serbien, Bulgarien selbständige Staaten unter russischer Schutzherrschaft, Egypten und Cypern (auch Kreta) englische Dependenzen; Constantinopel bis Adrianopel natürlich russischer Besitz. Was Oesterreich anbelangt, so durfte es sich mit der Erinnerung daran trösten, daß der Zar ihm im Jahr 1849 seine starke Hand zur Bändigung Ungarns geboten hatte, und Preußen kam überhaupt bei der ganzen Sache nicht in Betracht. Es konnte sich glücklich schätzen, wenn es im Laufe des Theilungsprozesses als russischer Zuträger und Galopin benutzt wurde.

Wir müssen diese kurze Scizzirung der Entstehungsgeschichte des Krimkrieges, bei dem wir im Uebrigen uns nicht auf-

halten werden, vorausschicken, um die Rückwirkungen dieses Ereignisses auf die deutschen Verhältnisse anschaulich zu machen.

Für Preußen war die Sache im Anfange nicht viel mehr, als für den Spießbürger im „Faust", der beim Gläschen sich Sonntags davon unterhält, wenn fern von seinem Hause Krieg und Kriegsgeschrei erschallt und „hinten weit in der Türkei die Völker aufeinanderschlagen." Im Palais des Prinzen Karl (Bruder des Königs) versammelten sich allabendlich die Männer, welchen das Verdienst gebührte, Preußen „vom Ludergeruch der Revolution" immer mehr zu reinigen und zu desinfiziren; im Königsschloß amüsirte sich Friedrich Wilhelm IV. damit, den Männern der Camarilla allerhand Possen zu spielen, namentlich Radowitz und Bunsen zu Vertrauten seiner politischen Phantasieen zu machen, was aber ungefährlich war, da er seinen eigenen Worten nach[1]) in seine Gemahlin, die Königin Elisabeth, „noch verliebt wie ein Jüngling war" und nichts that, was dieser mißfallen konnte.

Während des Jahres 1853 verdüsterte sich der politische Horizont immer mehr; Oesterreich fühlte sich durch das russische Vorgehen im Orient bedroht und begann jetzt zum ersten Mal seit den Tagen von Warschau und Olmütz einzusehen, daß es in den inneren deutschen Angelegenheiten Preußen gegenüber den Bogen doch nicht überspannen und auch die bisher so verachtete öffentliche Meinung in Deutschland einigermaßen wieder zu gewinnen suchen müsse. Fast noch größere Furcht wie vor dem Zaren Nikolaus hatte Buol vor den Absichten Louis Napoleons, dessen Intimität mit Palmerston („Lord Feuerbrand") ihn besorgen ließ, daß gelegentlich der orientalischen Wirren auch in Italien für Oesterreich ein Feuerlein angezündet werden würde, wenn es in seiner Haltung gegenüber Rußland nicht vollständig den Wünschen Frankreichs und Englands sich an-

[1]) Vergleiche die Denkwürdigkeiten des Herzogs von Coburg.

passe. War es doch in Wien bekannt geworden, daß im August 1853 die Königin Victoria von England dem damals in London anwesenden Herzog von Genua (Bruder Victor Emanuels) ein prachtvolles Reitpferd mit den Worten geschenkt hatte: „Ich hoffe, daß Sie dieses Pferd reiten werden, wenn die Schlachten für die Befreiung Italiens geschlagen werden." — Napoleon seinerseits war auf die „alten Familien" des Continents schon deßhalb mit geheimem Zorn erfüllt, weil sie ihm bei seinen Heirathsplänen kurz nach der Kaiserkrönung im Dezember 1852 auf sein Anklopfen von überall her hatten Körbe zukommen lassen, worauf er als „Parvenü", wie er prahlend in einer Proclamation vom Januar 1853 sich ausdrückte, die ebenso schöne als unwissende, bigotte und intriguante Spanierin Eugenie, Gräfin von Montijo, Herzogin von Theba, als Gattin auf den neuen Kaiserthron hob.[1])

Die Peripetieen der Orientfrage während des Jahres 1853 kommen für den Zweck unserer Schilderung noch nicht in Betracht; akut wurde die Sache erst im Januar oder Februar 1854, nachdem Zar Nikolaus seine Truppen in die Donaufürsten-

[1]) Eugenie war damals 26 (der Gemahl 43) Jahre alt; sie hatte mit ihrer Mutter längere Jahre hindurch ein abenteuerndes Nomadenleben in den verschiedenen Hauptstädten Europas oder den fashionablen Bade- und Vergnügungsorten Europas geführt. In London gehörten außer vielen Anderen auch Prinz Louis (der nunmehrige Kaiser der Franzosen) und Lord Palmerston zu den Hausfreunden der Mama, und auf die junge Eugenie paßte vollkommen die französische Vorschrift: „la récherche de la paternité est interdite", wiewohl die vornehme englische Gesellschaft ihre bezüglichen Vermuthungen nach der Seite des Lord Palmerston hin lenken zu dürfen glaubte. Wenigstens wurde in den Clubs von London, als die Vermählungsfeier in Paris stattfand, die Frage aufgeworfen, „ob nicht der edle Lord bei der Vermählung eine Art schwiegervätterliche Freude empfinden könnte". In dieser Beziehung wird wohl niemals ein sicherer Aufschluß gegeben werden; die Gräfin von Montijo war zur Zeit der Geburt Eugeniens ordnungsmäßig verheirathet und: „pater est, quem nuptiae demonstrant." sagt das römische Recht.

thümer (das heutige Rumänien) hatte einrücken lassen und nicht nur die Türkei direkt bedrohte, sondern auch von dem Wiener und Berliner Hof in seiner brüsken, befehlshaberischen Weise Unterstützung gegen die kriegerischen Absichten der Westmächte (England und Frankreich) verlangte. In Wien kam die Ueberzeugung zum Durchbruch, daß man sich, koste was es wolle, von den russischen Fesseln befreien müsse, während in Berlin sowohl bei der Camarilla wie im Königsschlosse noch die russischen Sympathieen entschieden vorwalteten, weil man in Rußland das einzige sichere Bollwerk gegen die „europäische Revolution" sah. Hier mischte sich jedoch der Herzog Ernst von Coburg, der durch seinen Bruder, den Prinzen Albert in London, sowie durch seinen Oheim, König Leopold I. von Belgien, zu einer diplomatischen Reise an den Tuilerieenhof veranlaßt worden war und eine unbezwingliche Neigung fühlte, „Weltgeschichte machen" zu helfen, als eine Art Bekehrer zu modernen Ideen ein und richtete zu Anfang Februar 1854 ein langes, sehr staatskluges Schreiben an Friedrich Wilhelm IV., dessen Inhalt sich aus den folgenden Schlußworten entnehmen läßt: „Glauben Ew. Majestät, daß Niemand mehr wie ich es zu begreifen vermag, wie schwer es Ihnen fallen muß, einem geliebten Schwager (Zar Nikolaus), einem Mann von den größesten Eigenschaften, einem sonst so verehrten Alliirten so ernst entgegentreten zu müssen. Das Wohl Europas verlangt es aber und — so sehr von manchen Seiten man sich auch Mühe giebt, Ew. Majestät vom Gegentheil zu überzeugen, — der Wunsch des ganzen Volkes ist es. Sie handeln in einer gerechten Sache und Sie erfüllen die heilige Pflicht, Ihren gewaltigen Nachbar von einem Unternehmen abzuhalten, welches für ihn selbst nur verderblich werden kann. Verzeihen mir Ew. Majestät diese offene Sprache; ich fühle mich aber berechtigt dazu, als Ihr treuer Anhänger, als deutscher Fürst, als Chef eines Hauses, das unbedingt bei dieser Frage betheiligt ist (?) und dessen Ansichten ich Ihnen ausspreche."

Da Friedrich Wilhelm auf diesen Brief des „radikalen Herzogs“ nicht gleich antwortete, entschloß sich der Letztere kurz, die Antwort auf der Durchreise nach Paris sich in Berlin mündlich zu holen. Am 26. Februar kam er ohne vorherige Anmeldung in Berlin an und fand Gelegenheit, den König zu sprechen, noch ehe dieser von anderer Seite bearbeitet worden war. Merkwürdigerweise legt darauf Herzog Ernst in seinen Denkwürdigkeiten besonderes Gewicht, wiewohl er doch hätte wissen müssen, daß selbst Zusagen und Versprechungen des Königs nicht den geringsten Werth hatten, da dieser gewohnt war, seine Entschlüsse von einem Tag zum anderen zu wechseln, je nachdem man auf ihn einwirkte. Friedrich Wilhelm empfing den Herzog sehr freundlich und zeigte sich anscheinend über dessen Reise nach Paris sehr erfreut, beauftragte ihn auch, „dem Kaiser Napoleon alle Freundschaftsversicherungen zu machen und den Wunsch der regsten persönlichen Beziehungen zu überbringen.“

Mit dieser diplomatischen Errungenschaft ausgerüstet reiste der Herzog über Brüssel, nachdem ihm sein Oheim noch sehr genaue Instructionen bezüglich seines Verkehrs mit Louis Napoleon gegeben hatte, nach Paris, wo er seinen eigenen Versicherungen zufolge „als erster regierender Fürst, der an dem neuen Kaiserhofe erschien“, einen überaus glänzenden Empfang fand. Schon an der Grenze begannen die Ehrenbezeigungen und setzten sich in steigender Klimax bis zu den für ihn im Pavillon Marsan in den Tuilerien hergerichteten Zimmern fort. Es ist höchst amüsant, die bezüglichen Einzelheiten in den Denkwürdigkeiten des Herzogs nachzulesen, namentlich, wie ihn der Kaiser selbst in die Gemächer der Kaiserin führte, die ihn noch nicht so bald erwartet hatte und deßhalb in holde Verlegenheit gerieth, wie sie „dem ersten regierenden Fürsten, der am Tuilerienhof erschien“, die Honneurs machen sollte. Das fand sich aber sehr bald, der Herzog wurde mit Freundlichkeiten und Dankesworten für seinen Besuch über-

häuft, „und hatte sofort das Gefühl, daß seine Unternehmung nicht nur in politischer Beziehung als nützlich betrachtet werden konnte, sondern daß er auch persönlich eine werthvolle Anknüpfung erreicht zu haben hoffen durfte."

Anderen Tages begannen die politischen Gespräche mit dem Beherrscher Frankreichs. Er sagte, daß er nicht die Wege seines Oheims wandeln wolle, der viel zu sehr die anderen Staaten und Nationen beeinflußt und unterdrückt habe; eine solche „Thorheit" werde man ihm hoffentlich nirgends zutrauen. Was aber die gegenwärtige Verwicklung anlange, so sei der ungeheure Einfluß Rußlands, welchem er auf allen Wegen begegne, an dem ganzen Uebel schuld. Er citirte dabei, gleichsam wie zum Beispiel, die Frage über die Anerkennung seines Titels. („Mon bon ami!") Wäre Preußen und Oesterreich nicht so ganz dem russischen Machtgebot verfallen gewesen, so wäre es niemals zur Aufrollung der orientalischen Frage gekommen. „Ich liebe nicht den Krieg", sagte Napoleon, „aber er ist eine Nothwendigkeit geworden, ich wünsche, daß er sobald wie möglich geendet werde. Es ist dies aber nur möglich durch eine Allianz mit Oesterreich und Preußen, welche ich bloß nur ausschließlich zu diesem Zwecke suche. Die Neutralität der einen von diesen Mächten, Preußens scheint mir sehr gefährlich, denn sie verlängert nicht nur den Krieg, indem sie die Mittel der Action vermindert, sondern sie würde auch das unfehlbare Resultat haben, die Pforten aller Intriguen zu öffnen und neue Complicationen herbeizuführen. Zu meinem großen Bedauern und trotz meiner Wünsche könnte für mich die Nothwendigkeit eintreten, die neutrale Macht zu attakiren und die Folge davon wäre der Krieg im Herzen von Europa."

Das war, wie man sieht, ganz die Sprache, welche auch der erste Napoleon bei solchen Gelegenheiten (z. B. bei den Vorbereitungen zum Kriege von 1812) zu führen pflegte und der Bastard-Napoleonide wiederholte sie, obwohl er eben erst

sich gegen die „Thorheit“ verwahrt hatte, die Wege seines Oheims wandeln zu wollen. Vielleicht ließ sich Louis Napoleon nur deßhalb so ungenirt gehen, weil er voraussetzte, daß „der erste am Tuilerienhof erscheinende regierende Fürst“ es nicht übel nehmen werde. Das that denn auch der fürstliche Diplomat nicht, sondern „wiederholte die freundlichen Worte, deren Dolmetsch zu sein der König von Preußen ihn beauftragt hatte“.

Ein wirklicher Bevollmächtigter Preußens hätte nicht ernsthafter und eingehender die Idee einer französisch-österreichisch-preußischen Allianz und der directen Theilnahme Preußens am Kriege gegen Rußland — natürlich unter Führung Louis Napoleons — mit dem Letzteren besprechen können, wie der freiwillige Diplomat, Herzog von Coburg, es that. Er stellte zwei Punkte in den Vordergrund. Erstens müsse Preußen gegen „Gefahren“ gesichert sein und zweitens müsse man ihm „unmittelbare Vortheile“ für seine Theilnahme an der Allianz bieten. Der Kaiser erwiederte, wie der Herzog selbst berichtet, lachend: „Die Preußen werden sich doch nicht einbilden, daß sie umsonst in diesen Krieg gehen und keinen territorialen Vortheil daraus ziehen sollen? Aber was sind denn eigentlich die Wünsche Preußens? Hannover? Sachsen?“

Darauf der Herzog, daß „Preußens uneigennützige Politik“ es nicht gestatte, bestimmte Wünsche dieser Art zu hegen, „daß aber der gesunde Menschenverstand es begreiflich mache, wenn Preußen für die Zukunft einmal an eine Vereinigung seiner beiden großen Territorialmassen im Osten und Westen denken müsse“.[1])

---

[1]) Die außerordentliche Aehnlichkeit des Inhaltes dieses Zwiegesprächs mit den Ereignissen von 1866 könnte fast vermuthen lassen, daß der Herzog hier die letzteren antizipirt. Indessen versichert derselbe an anderer Stelle, daß er genau nach den sofort gemachten Aufzeichnungen referirte. In der Darstellung v. Sybel's („Begründung des deutschen Reiches,“ Bd. II., S. 170—223) sind die Denkwürdigkeiten des Herzogs Ernst wenig berücksichtigt, vielleicht weil beide Werke fast gleich-

Fast jeder Tag gab nun Gelegenheit, daß Louis Napoleon vor dem Herzog seine Ideen über die Revision der Karte Europas auskramte. Dem Herzog kam dies Alles natürlich sehr wichtig vor, ebenso wie er selbst von der Wichtigkeit seiner freiwillig übernommenen Mission überzeugt war. „Er (der Kaiser) hielt die orientalische Frage für einen Gegenstand, welcher zu Ländercompensationen sich eignete; er hielt seinen Finger auf Italien, auf Polen, er hatte die Idee eines scandinavischen Reiches für considerabel erklärt; er zweifelte nicht, daß Preußen in Deutschland vergrößert werden müßte, und er hielt den deutschen Bund für ebenso hinfällig, wie die Zustände der appeninischen Halbinsel . . . . . So überrascht, ja so erschreckt ich gewissermaßen (sic!) von dem war, was Napoleon sagte, so sicher war ich auch überzeugt, daß der Krieg, der da begonnen werden sollte, nur den Anfang einer Reihe von Unternehmungen bedeutete, denen gegenüber bestimmte Stellung zu nehmen, die einzig vernünftige Aufgabe der Großmächte sein mußte. Ich schrieb daher noch von Paris aus an den Minister von Manteuffel nach Berlin, um ihn einigermaßen zu orientiren." — Der Kern dieser „Orientirung" bestand darin, daß nach Napoleons Aeußerungen die Frage unbedingt entschieden werden müsse, ob Preußen Alliirter der Westmächte sei oder nicht. Der Kaiser gestehe als „billig" zu, daß Preußen Bedingungen seiner Theilnahme stelle.

Am folgenden Tage — wir müssen alle diese Curiosa hier erwähnen — nahm Napoleon den Herzog unter den Arm und ging mit ihm vor einem zahlreich versammelten Publikum auf der vorderen Terrasse des Tuileriengartens auf und ab spazieren, wobei er ihm seinen Operationsplan für den Krieg auseinandersetzte und dann Folgendes sagte: „Die Gelegenheit dieses Krieges müsse benutzt werden, um die Karte Europas

zeitig geschrieben wurden, vielleicht auch aus anderen Gründen. Uns kommt es hier weit mehr auf die characteristischen Einzelheiten und Interna, als auf den längst bekannten äußeren Verlauf der Dinge an.

neu zu regeln.“ Der Herzog erwiederte, Preußen könne nur eine Politik der Vergrößerung seines Einflusses in Deutschland, nicht diejenige eines unmittelbaren Ländergewinnes verfolgen, was den Kaiser schweigsam machte. Dann sagte er wie im Traume und mit einem „unnachahmlichen“ Lächeln: „Meiner Treu, es ist mir ganz einerlei, ob man mich am Rhein oder in Italien entschädigt.“ („Ma foi pour ma France ça m'est bien égal, si on me dédommage sur le Rhin ou en Italie.“)

Da der Herzog sehr viele Schwierigkeiten machte, dem Wunsche Napoleons gemäß der Träger eines eigenhändigen Schreibens des Letzteren an den König von Preußen zu werden — man versteht nicht recht, welche besondere Verantwortung hiermit verknüpft war und warum Herzog Ernst sich dagegen sträubte — so überraschte ihn der Kaiser mit der Mittheilung, daß er ja längst schon in Correspondenz mit Friedrich Wilhelm IV. stehe, wenn auch auf eine eigenthümliche Art. Der König schrieb nämlich an einen deutschen Offizier in Paris so, daß die Briefe für den Kaiser eingerichtet waren, während der Letztere durch Vermittlung desselben Offiziers ähnlich dem König antwortete.

Auf den Gang der Dinge selbst blieben natürlich diese Pariser Verhandlungen des Coburger Herzogs mit dem neuen Kaiser der Franzosen ohne jeden Einfluß; sie haben nur ein symptomatisches Interesse, weil sie zeigen, in wie grenzenlos verfahrener und zusammenhangloser Weise damals die preußische Politik gelenkt wurde und welche Drohungen sich der „Parvenü“ in den Tuilerieen gegenüber Preußen erlauben durfte, ohne befürchten zu müssen, daß ihm daraus ernste Verlegenheiten erwachsen könnten. Niemals giebt ein Staat, wie Preußen es durch Olmütz gethan, ungestraft seine Ehre preis; die Demütigungen strömen ihm dann von selbst von allen Seiten zu und es bedarf einer außerordentlichen Kraftanstrengung, damit es ihm gelinge, sich in der Welt wieder ge-

achtet zu machen. Auch Preußen sollte dies noch während des Krimkriegs hinreichend erfahren.

Noch sind wir indessen nicht an diesem Punkte angelangt; Deutschland blieb vom Januar 1854 an länger als ein Jahr hindurch der Gefahr ausgesetzt, in den Krieg gezogen zu werden, ohne daß zwischen Preußen und Oesterreich und noch weit weniger zwischen diesen und den Mittelstaaten eine feste Vereinbarung für den Kriegsfall getroffen war. Zwar hatten Preußen und Oesterreich angesichts des bevorstehenden Ablaufs des sog. Mailänder Garantievertrags am 20. April 1854 in Berlin ein „Trutz- und Schutzbündniß" abgeschlossen,[1])

[1]) Der Vertrag lautete in seinen 5 Paragraphen wie folgt:

I.

„S. K. K. Apostolische Majestät und S. M. der König von Preußen garantiren sich gegenseitig den Besitz Ihrer deutschen und außerdeutschen Länder, so daß jeder auf das Ländergebiet des Einen gerichtete Angriff, woher er auch komme, auch von dem Anderen als ein gegen das eigene Gebiet gerichtetes feindliches Unternehmen angesehen werden wird.

II.

In gleicher Weise halten sich die hohen Contrahenten für verpflichtet, die Rechte und Interessen Deutschlands gegen alle und jede Beeinträchtigung zu schützen und betrachten sich demnach zur gemeinsamen Abwehr jedes Angriffs auf irgend einen Theil ihrer Gebiete auch in dem Falle als verbunden, wenn Einer derselben im Einverständnisse mit dem Anderen zur Wahrung deutscher Interessen activ vorzugehen sich veranlaßt findet. Die Verständigung über den Eintritt des eben bezeichneten Falles, sowie über den Umfang der alsdann zu gewährenden Hülfeleistung wird den Gegenstand einer besonderen Uebereinkunft bilden.

III.

Um den Bedingungen ihres eingegangenen Schutz- und Trutzbündnisses auch die gehörige Gewähr und Kraft zu geben, verpflichten sich die beiden deutschen Großmächte, im Falle des Bedarfs, nach unter sich zu bestimmenden Epochen und auf zu bestimmenden Punkten, einen Theil ihrer Streitmacht in voller Kriegsbereitschaft zu halten. Ueber die Zeit, den Umfang und die Art der Aufstellung dieser Streitkräfte wird ebenfalls eine besondere Festsetzung erfolgen.

allein die Bestimmungen dieses „Bündnisses“ waren so auf Schrauben gestellt, die wahren Absichten der beiden Mächte schon bei Abschluß des Vertrages so wenig aufrichtig, daß schon zwei Monate später — unmittelbar nach der persönlichen Zusammenkunft des österreichischen Kaisers mit dem König von Preußen zu Teschen in Mähren — Herr v. Bismarck in einem Frankfurter Briefe den Minister Manteuffel auf das Ernstlichste warnte, sich irgendwie mit der österreichischen Politik im Orient zu identifiziren und ernsthafte Consequenzen aus dem Aprilbündniß zu ziehen. Bismarck bezeichnete die Politik des Grafen Buol, „selbst vom alleinigen Wiener Standpunkte aus betrachtet,“ als total falsch und verfehlt; früher oder später müsse Oesterreich mit Rußland über das Schicksal der Türkei sich in Güte verständigen, um nicht in drückende Abhängigkeit von Frankreich und von seinen eigenen Unterthanen mit ihren stets streitbringenden Interessen zu gerathen und gelegentlich die Rache Rußlands fürchten zu müssen. Eine volle Schwächung Rußlands, durch die es unfähig würde, sich zu rächen, ließe sich nur durch die Wiederherstellung des Polenreiches in seiner ganzen früheren Ausdehnung herbeiführen; dazu aber könne Preußen niemals seine Zustimmung geben. Für dieses sei eine Befestigung und Förderung der englischen Herrschaft zur See „gefährlicher als alle Kosacken“; Rußlands europäisches Uebergewicht im letzten Menschenalter beruhe ohne Zweifel mehr auf der Furcht der Fürsten vor der Revolution, als auf der materiellen Gewalt, die es **außerhalb** seiner

---

IV.

Die hohen contrahirenden Theile werden sämmtliche deutschen Bundesregierungen einladen, diesem Bündnisse beizutreten. — — — —

V.

Keiner der beiden hohen contrahirenden Theile wird während der Dauer dieses Bündnisses, irgend ein Separatbündniß eingehen, welches mit den Grundlagen des gegenwärtigen Vertrages nicht in vollster Uebereinstimmung stehen würde.“

Grenzen zu entwickeln im Stande sei. Graf Buol, fuhr Bismarck fort, betrachte jetzt Preußen als durch die April-convention unwiderruflich an Oesterreich gefesselt und drohe schon mit einer Separatverständigung mit den Westmächten, was nicht ernstlich gemeint sei. Wenn aber auch, „so könnten wir dieser Drohung entgegenhalten, daß Preußen der Weg nach London und Paris nicht minder offen steht wie Oesterreich, daß wir dort vielleicht willkommenere Bundesgenossen wären, als dieses, und daß es für uns ersprießlicher ist, direct und Kraft eigenen Rechtes mit den Seemächten verbunden zu sein, als durch das Medium Oesterreichs."

So war das Verhältniß zwischen den beiden deutschen Vormächten unmittelbar nach Abschluß eines „Schutz- und Trutzbündnisses", das doch seinem ganzen Inhalt nach durch schwere Kriegsgefahren von Osten wie von Westen her veranlaßt worden war! Freundschaft auf den Lippen, Feindschaft im Herzen! Auch die Mittel- und Kleinstaaten Deutschlands, die sich auf Einladung Baierns und Sachsens im Juli 1854 zu besonderen Conferenzen in Bamberg versammelten, waren vom heftigsten Mißtrauen gegen Oesterreich erfüllt; sie trauten ihm bald eine Sonderverständigung mit Rußland, bald eine solche mit Frankreich zu; jedenfalls wolle man sich in Wien die Kräfte Preußens und des Bundes nur zu spezifisch österreichischen Plänen dienstbar machen. Buol erließ anfangs eine tadelnde Circulardepesche an die zehn Bamberger Höfe wegen ihrer Sonderbündelei, machte ihnen dann wieder, um sie nicht in das preußische Lager zu treiben, den Hof, während die Wiener Regierungsblätter über „Lügen und Verdächtigungen" klagten, welche von Berlin aus systematisch gegen die Mittelstaaten verbreitet würden. „Für uns," bemerkt Bismarck in seinem Berichte vom 16. Juni 1854 an Manteuffel, „betrachte ich es jedenfalls als einen Gewinn, daß die Coalition von Rußland, Oesterreich und den Mittelstaaten, der wir auf den Wegen der deutschen Politik in den letzten

Jahren überall begegneten, sich gelöst hat, hoffentlich auf die Dauer."

Der öffentlichen Meinung Deutschlands blieb dieses trugvolle Spiel, welches die Regierungen untereinander trieben, durchaus nicht verborgen, und ein Artikel in den „Vaterländischen Heften": „Wo ist das einige Deutschland bei dem Ausbruche eines Krieges?" gab zugleich der Entrüstung und den tiefen Besorgnissen, die man in Volkskreisen hegte, beredten Ausdruck. Hatte doch schon im März desselben Jahres selbst Louis Napoleon zu dem Herzog von Coburg gesagt: „Er bewundere nur, daß die Deutschen immer noch nicht die Hoffnung auf ein einiges Reich verloren hätten. Das deutsche Nationalgefühl sei wirklich eine Macht, die viel stärker sei, als alle Armeen."[1])

Im Mai 1854 hatte Friedrich Wilhelm IV. auf directe Aufforderung des Zaren Nikolaus sowohl seinen persönlichen Freund, den Gesandten von Bunsen in London, weil dieser durch eine stark russenfeindliche mit Eroberungsplänen gespickte Denkschrift sich compromittirt hatte, wie den Kriegsminister v. Bonin entlassen, welcher gleichfalls durch „russenfeindliche Umtriebe" in Petersburg verdächtig geworden war und von der Berliner Camarilla gefaßt wurde. Herr v. Bonin erhielt ohne jede Vorbereitung die Entlassung aus dem Munde des Königs während eines Vortrags bei dem Letzteren. „Ich kann Ihnen", sagte der König nach Beendigung des Vortrags, „nur meinen

---

[1]) Das Letztere ist wohl eines der wenigen wahren Worte, die Louis Napoleon im Laufe seiner Regierungszeit ausgesprochen hat. Etwas Neues lag darin freilich nicht; schon 1444 hatte König Karl VII. von Frankreich gesagt: „Frankreich müsse das Land bis an den Rhein haben und er fürchte die deutschen Fürsten nicht, die wolle er alle schlagen, erst einen und dann den anderen, aber er fürchte die deutschen Städte und Bauern." (Brief des Canonikus Peter van Hasselt an den Trierer Erzbischof Jakob von Sirk bei Janssen: „Frankreichs Rheingelüste in früheren Jahrhunderten." S. 5.)

unbedingten Beifall zu erkennen geben, wie ich auch Allem, was Sie für Ihr Departement gethan, meine vollste Anerkennung aussprechen muß. Aber doch habe ich Ihnen zugleich zu sagen, daß die Ehe, welche bisher zwischen uns bestanden, gelöst werden muß und daß ich Ihnen eine andere Bestimmung an einem entfernteren Divisionsort geben werde." — Herr v. Bonin verneigte sich schweigend und würgte in Gegenwart des Königs seine Empfindungen herunter. Als er aber, aus dem Cabinet des Königs tretend, im Vorzimmer den Grafen Dohna, eines der berüchtigsten Mitglieder der Camarilla, traf und dieser ihm noch in brüsker Weise Vorhalt wegen seiner „russenfeindlichen" Haltung machte, da konnte Bonin nicht mehr an sich halten und es entwickelte sich ein so lautes und stürmisches Zwiegespräch, daß der König seinen dienstthuenden Kammerherrn hinausschickte, um zu sehen, was es dort gebe. Bleich vor Zorn und Aufregung verließ Bonin die königlichen Gemächer, wurde aber noch für denselben Mittag „zur Tafel befohlen", wo ihm sein Platz zwischen dem russischen Gesandten v. Budberg und einem preußischen General angewiesen wurde, dessen Pensionirung er noch kurz zuvor in seiner Eigenschaft als Kriegsminister durchgesetzt hatte und der hierfür durch lärmende Demonstrationen für Rußland sich an Bonin rächte. Als Frau v. Bonin dem Minister Manteuffel in einem Salon der Berliner vornehmen Gesellschaft Vorwürfe darüber machte, wie er seinen besten Freund (v. Bonin) ohne den geringsten Widerspruch von seiner Seite so habe mißhandeln lassen können, zuckte Manteuffel die Achseln und bemerkte trocken: „Seine Majestät hat vollkommene Freiheit, nach seinem Wunsch und Bedarf die Minister zu behalten oder zu entlassen."

Der Prinz von Preußen (nachmaliger Kaiser Wilhelm), der zwar auch kein eingefleischter Gegner Rußlands war, aber doch Preußen nicht in das Verhältniß einer unbedingten Knechtschaft gegen den Zaren gebracht sehen wollte, war über das Verfahren seines Bruders gegen v. Bonin und über die Um-

triebe der Camarilla so empört, daß er einen Brief voll der heftigsten Ausdrücke an den König schickte, worin er sich gänzlich von dessen Politik und Regierungsweise lossagte. Prinz Karl, der dritte dieser drei Brüder, in dessen Palais, wie schon oben bemerkt, die Camarilla ihre Conventikel abhielt, rieth dem König, den Prinzen Wilhelm kurzweg auf eine Festung zu schicken; der König jedoch fürchtete das Bekanntwerden des offenen Zerwürfnisses in seiner Familie und „beurlaubte" den Prinzen auf vier Wochen nach Baden-Baden. Hier beruhigte sich denn auch, fern von Berlin und dem Heerde der politischen Umtriebe, der Prinz einigermaßen und suchte nur durch dritte Hand dahin zu wirken, daß das Schutz- und Trutzbündniß vom 20. April 1854, an dessen Zustandekommen er selbst wesentlichen Antheil gehabt, nicht ganz zerrissen werde, vielmehr gemäß Art. IV. das übrige Deutschland (die Bamberger Coalition) demselben beitrete. Das geschah denn auch Ende Juli mit der von Baiern, Sachsen und Hannover eingeschalteten Bedingung, „daß S. M. der König von Preußen und S. M. der Kaiser von Oesterreich die durch Art. XI. der Bundesacte übernommene Verpflichtung durch ihre gesammte deutsche und außerdeutsche Macht erfüllen werden."

Der Beitritt der Mittelstaaten war ebensowenig ernst gemeint, wie dieses selbst. In München machte Hr. v. d. Pfordten aus seinen warmen Sympathien für Rußland, „welches noch der einzige Schutz sei, den die deutschen Regierungen hätten, gar kein Hehl und fügte hinzu, er hasse den deutschen Liberalismus wie eine Sünde; dieser wolle Rußland nur bekriegen, um das Bollwerk gegen die Revolution zu zerstören.[1])

[1]) Vergleiche die obenangeführte Bemerkung Bismarcks in dem Bericht an Manteuffel: „Rußlands europäisches Uebergewicht im letzten Menschenalter beruht ohne Zweifel mehr auf der Furcht der Fürsten vor der Revolution, als auf der materiellen Gewalt, die es außerhalb seiner Grenzen zu entwickeln im Stande ist."

So sprach dieser ehemalige Professor auf der Universität Erlangen; man kann sich leicht vorstellen, daß Beust in Dresden, Platen in Hannover, Dalwigk in Darmstadt und die ganze „souveräne" Fürstengesellschaft des „dritten Deutschland" („Trias") gar nicht von ihm abwichen. Wir werden sehen, daß Beust zwei Jahre später, fast noch während des Krimkrieges, die Karlsbader Beschlüsse in Gestalt einer „Bundesreform" erneuert wissen wollte.

Von Frankfurt aus bat Bismarck (in einem Bericht vom 25. Juli 1854) Herrn von Mantenffel, die Gesinnungen der Bamberger Coalition tapfer zur Niederhaltung österreichischer Kriegsgelüste gegen Rußland auszubeuten und die Illusion des Grafen Buol zu zerstören, als habe Oesterreich eine bedingungslose Unterstützung seiner Politik durch Deutschland zu erwarten.

Graf Buol gehörte aber zu derjenigen Classe von Menschen, die sich von einmal gefaßten Illusionen nicht zu trennen vermögen; seine ganze Politik bis zu Ende des Krimkrieges beruhte auf dem Glauben, den er auch dem würtembergischen Gesandten in Wien gegenüber aussprach, „daß in Deutschland nur Oesterreich berechtigt sei, eine selbständige Politik zu treiben", und folglich die Anderen, wenn der Bund nicht aus den Fugen gehen solle, sich ihm anzuschließen hätten.

Zu Anfang August 1854 hatten die Westmächte und Oesterreich über folgende „vier Punkte" sich geeinigt, auf deren Grundlage Oesterreich den Frieden mit Rußland vermitteln sollte, über welche hinaus aber keinerlei Zugeständnisse an Letzteres gemacht werden dürften:

1. Europäische Garantie für die Rechte der Donaufürstenthümer als türkischer Vasallenstaat, an Stelle des von Rußland erstrebten Protectorats;

2. freie Schifffahrt für alle Staaten auf der Donau bis zum Meer;

3. Revision des Londoner Vertrags von 1841 (sog. Dardanellenvertrag) im Interesse des europäischen Gleichgewichts;

4. Schutz und Förderung der Rechte der Christen in der Türkei in einer mit den Souveränitätsrechten des Sultans zu vereinbarenden Weise.

Graf Buol übermittelte durch Note vom 10. August dieses Programm als gemeinsame Forderung der drei Mächte nach Petersburg und lud zugleich Preußen, das vorher gar nicht gefragt worden war, kurzweg ein, auf Grundlage der vier Punkte an dem „Friedenswerke" theilzunehmen. In Berlin war man Anfangs im Zweifel darüber, ob man dem Aerger über das eigenmächtige Vorgehen Oesterreichs die Zügel schießen lassen oder, gute Miene zum bösen Spiel machend, einlenken solle. Die Traditionen von Olmütz überwogen schließlich, da Friedrich Wilhelm in dem Wiener Hofe noch immer die „Kaisergewalt" verehrte und sich selbst nur als den „Groß-Connetable des Reiches" betrachtete. Eine preußische Note nach Petersburg empfahl dem Zaren die vier Punkte als Ausgangspunkt für Waffenstillstand und Friedensverhandlung, wobei jedoch in Wien ausdrücklich betont wurde, daß im Falle einer ablehnenden Antwort Rußlands Preußen sich zu keinerlei feindlichen Maßregeln aus dem Aprilbündniß verpflichtet hatte.

Durch den Verlauf der Kriegsereignisse, welche in der Belagerung Sebastopols culminirten, waren die Anfangs von Rußland besetzt gewesenen Donaufürstenthümer vollständig von russischen Truppen entblößt worden. An ihrer Stelle rückten ohne Schwertstreich am 20. August 1854 österreichische und türkische Truppen in der Wallachei ein; Graf Buol stellte an Preußen und den Bund die naive Zumuthung, daß nun auch die in den Donaufürstenthümern stehenden österreichischen Truppen in den Schutz des Aprilbündnisses einbezogen würden. Die (jetzt schon fast ganz durch Gortschakoff geleitete) russische Diplomatie begegnete diesem sofort ihr bekannt gewordenen Schritte mit dem Schachzug, daß Zar Nikolaus in Berlin die Erklärung abgeben ließ, Rußland werde sich in diesem Kriege nur noch auf die Defensive beschränken und folglich die österreichischen

Truppen in der Wallachei keinesfalls angreifen. Dadurch wurde es Preußen und dem Bunde leicht gemacht, über den österreichischen Antrag als „gegenstandslos" zur Tagesordnung überzugehen — die Präsidialmacht war am Bunde selbst, dank Buols Ungeschicklichkeit, zum ersten Male unverkennbar isolirt! Man kann sich denken, welche Befriedigung Herr v. Bismarck hierüber empfand, der damals zu Putbus auf der Insel Rügen in der Umgebung des Königs weilte.

Mittelst Note vom 26. August lehnte übrigens Rußland die vier Punkte rundweg ab und der Krieg nahm vor Sebastopol, wohin Zar Nikolaus Regimenter auf Regimenter schickte, seinen blutigen Fortgang. Oesterreich bekam von den Westmächten die schärfsten Vorwürfe wegen seiner Unthätigkeit zu hören; Graf Buol wälzte die Schuld auf die Intriguen Preußens ab, das nun auch den Bund zur Auflässigkeit gegen Oesterreich gebracht habe. Louis Napoleon drohte Oesterreich mit der Befreiung Italiens vom österreichischen Joche und dem Berliner Cabinet mit der Wiederherstellung des Polenreiches. Die Mittel- und Kleinstaaten Deutschlands suchte er durch Aeußerungen der französischen Gesandten in's Bockshorn zu jagen, wenn durch Deutschlands Verhalten Rußland nicht vor Jahresschluß zum Frieden gezwungen sei, müsse man im Frühling revolutionäre Kräfte zu Hülfe rufen.[1]) Im Stillen ließ er das Gerücht verbreiten, daß in Frankreich schon 200,000 Mann zum Marsch nach Polen (durch Süddeutschland und österreichisches Gebiet) bereit ständen. In englischen Zeitungen hatte man schon im Juli lesen können, wenn die schläfrigen Deutschen nicht bald freiwillig ihre Pflichten gegen Europa erfüllten, werde man sie mit Schimpf und Schande auf den Kampfplatz schleppen; eine ähnliche Sprache führten die englischen Gesandten in Deutschland. Als Manteuffel unter dem

[1]) „Flectere si nequeo superos, Acheronta movebo," äußerte auch im Frühling 1866 Graf Bismarck zu dem sächsischen Gesandten Grafen Hohenthal.

Eindruck dieser Rotomondaden Furcht vor einer Blokade der preußischen Ostseehäfen zeigte, schrieb Bismarck (25. Juli 1854) an ihn die folgenden Worte: „An eine englische Blokade glaube ich nicht, bevor ich sie sehe; sie träfe den englischen Handel fast härter als den unsrigen, sobald wir ihm auch die deutschen Nordseehäfen schließen. Wäre sie dennoch wahrscheinlich, so fragt es sich, in welchem Verhältniß die Verluste unserer Rheder zu denjenigen stehen, welchen uns ein deutsch-russischer Krieg aussetzt. England droht uns, so lange es sich davon Erfolg verspricht; soll es an die Ausführung der Drohung gehen, so glaube ich, daß der Bramarbas sich in einen kühlen Rechenmeister verwandelt, bevor er Hand an's Werk legt. Geben wir Beweise, daß Furcht vor der Blokade ein Mittel ist, sich unsere Kräfte dienstbar zu machen, so fürchte ich, treibt man das Drohen bis zu einem Punkte, wo wir doch Front machen müssen."

Die Tartarenbotschaft von dem Falle Sebastopols (Ende September) sollte unmittelbar zu einer Wendung der Dinge nach der Friedensseite hin führen. Graf Buol überkugelte sich fast vor Freude und nützte die wachsende Furcht der Mittel- und Kleinstaaten vor der Rache Frankreichs (Entfesselung „revolutionärer Kräfte!") weidlich aus; als aber kurz darauf die Tartarenpost zur niederfallenden „Ente" wurde, wechselte auch in Wien die Stimmung wieder, zumal aus Petersburg Andeutungen kamen, daß unter gewissen Voraussetzungen über die „vier Punkte" sich verhandeln lasse. In Berlin ließ der Zar wiederholen, daß Rußland sich ganz auf die Defensive beschränken werde, während Buol (9. November) die feste Versicherung gab, Oesterreich werde ohne vorheriges Einverständniß mit Preußen und Deutschland keine Verabredungen über den Kriegsfall mit den Westmächten treffen, worauf nun Preußen das Zugeständniß machte, die österreichischen Truppen in den Donaufürstenthümern unter den Schutz des Aprilbündnisses zu stellen (Zusatzartikel vom 26. November), und das Versprechen

abgab, gemeinschaftlich mit Rußland für die Annahme der vier Punkte durch Rußland wirken zu wollen.

Wenige Tage später machte Graf Buol eine Evolution, welche nicht nur den König Friedrich Wilhelm in die äußerste Wuth versetzte, sondern auch Oesterreich zum dauernden Nachtheil ausgeschlagen ist, insofern es fortan, und zwar noch über das Jahr 1866 hinaus, sich den unauslöschlichen Haß Rußlands zuzog. *Dies ist einer der Glücksfälle in der staatsmännischen Laufbahn Bismarcks, von denen wir in der Einleitung zu diesem Buche gesprochen haben*; der Vorgang würde allein schon zeigen, daß nicht lediglich die gewiß große vorausschauende Klugheit, mit welcher Bismarck schon lange vor seiner Ministerthätigkeit die Politik Preußens beeinflußte und zum Theil lenkte, zu den Erfolgen von 1866 geführt haben. Es hat auch das Glück und vor Allem die grenzenlose Unfähigkeit seiner Gegner[1]) einen großen Antheil daran gehabt.

Heimlich und in directem Gegensatze zu den kaum in Berlin abgegebenen feierlichen Versprechungen, ließ Buol sich zum Abschlusse eines einseitigen *Kriegsbündnisses* mit den Westmächten bereden, wonach Oesterreich, wenn Rußland nicht bis zum 31. Dezember 1854 sich zur Annahme der vier Punkte als Friedensgrundlage bequemt haben werde, activ am Kriege theilzunehmen sich verpflichtete. Angeblich soll Kaiser Franz Joseph anfangs große Schwierigkeiten gemacht haben, dieses Bündniß zu ratifiziren, bis Graf Buol es durch die Vorstellung, Oesterreich könne die enormen Kosten der bisherigen Rüstungen ohne Gefahr des finanziellen Ruins nicht länger ertragen, sowie durch die Drohung mit seinem Rücktritte erzwang.[2])

---

[1]) Vergleiche die am Schlusse der Einleitung citirten Worte *Aug. Friedr. Gfrörers*.

[2]) v. *Sybel* „Begründung des deutschen Reiches", Bd. II., S. 212 und 213.

Noch ehe Buol das vollzogene Ereigniß in Berlin mittheilen konnte — der bekannte Graf Esterhazy, der „heimliche Moritz“ von 1866, war zu diesem Zwecke nach Berlin unterwegs — hatte der preußische Gesandte in Wien, Graf Arnim, den Abschluß des Kriegsbündnisses vom 2. Dezember telegraphisch seiner Regierung melden können. „Die Wirkung des Ereignisses“ (wir gebrauchen hier die Worte v. Sybels) „war heftige Aufregung nach allen Seiten. Zunächst erfuhr Rußland die Richtigkeit des einst vom Fürsten Schwarzenberg gesprochenen Wortes, Oesterreich werde die Welt durch seine Undankbarkeit in Erstaunen setzen. Fürst Gortschakoff war wie vom Donner gerührt; als Graf Buol ihm in kurzen Worten den Inhalt des Vertrags mittheilte, wollte er zuerst seine Pässe fordern, klagte, daß man ihn betrogen, daß man die russische Genehmigung der vier Punkte freundlichst vor drei Tagen angenommen,[1]) und gleich nachher ein Kriegsbündniß gegen Rußland abgeschlossen habe. Er erklärte endlich, daß er vor neuen Weisungen aus Petersburg nichts erwiedern könne, und verließ den Minister, von bleibendem Hasse erfüllt, nicht gegen die in offenem Kriege stehenden Westmächte, sondern gegen das „treulose Oesterreich.“

Höchst merkwürdig war die Wirkung des Wiener Ereignisses in Deutschland. Während an den Börsen ein colossaler Cursſturz sich zeigte und die Minister der Mittel- und Kleinstaaten beinahe von jener Krankheit befallen wurden, welche den „rothen Prinzen“ Jérome Napoleon Bonaparte („Plon-Plon“) einige Monate zuvor vom Kriegsschauplatz weggetrieben hatte, waren zwei aus ganz entgegengesetzten Motiven von hellster Freude erfüllt: der Eine von diesen war Bismarck, der nach des Bundestagsgesandten v. Fritsch Zeugniß[2]) schon im Juli geäußert haben sollte, „es werde ihn sehr freuen, wenn die

[1]) Von einer wirklichen „Genehmigung“ der vier Punkte konnte freilich in diesem Stadium der Dinge noch nicht die Rede sein, wie sich auch später zeigte.

[2]) Denkwürdigkeiten des Herzogs von Coburg, Bd. II., S. 204.

Russen bis Wien gelangen sollten," und der in diesem Stadium der Dinge den vollständigen Bankerott der österreichischen Politik voraussah, — der Andere war der deutsche Liberalismus, welcher jetzt etwas kurzsichtig Oesterreich das Einlenken in „liberale" Bahnen zutraute, weil es die einzige Macht in Deutschland war, die dem russischen Coloß mit den thönernen Füßen offen die Zähne zu zeigen wagte. Wir werden im weiteren Verlauf der Dinge sehen, daß dieses Moment nicht nur während des italienischen Krieges von 1859, sondern auch in der gährenden Zeit von 1864 bis 1866 von sehr großem Einflusse auf die Bildung einer standhaft großdeutsch-österreichischen Partei in Deutschland gewesen ist, freilich mit Zuhülfenahme noch gar mancher anderer Umstände und Erwägungen.

In Berlin drohte einen Augenblick lang ein völliger Umschlag der Politik; Friedrich Wilhelm IV. wollte unter dem Eindruck des „niederträchtigen" Verhaltens Oesterreichs sich ganz in Rußlands Arme werfen, wurde aber hiervon weit weniger von seinem Minister Manteuffel, als vielmehr durch die Vorstellungen seines Bruders, des Prinzen von Preußen, abgehalten, der längst aus seiner Verbannung nach Baden-Baden (nach der Entlassung v. Bonins, s. o.) zurückgekehrt war und die Politik der Camarilla bis zu einem gewissen Grade corrigirte, auch gelegentlich Herrn v. Manteuffel seine Meinung sagte. Stets zwischen Extremen hin- und herschwankend, wollte Friedrich Wilhelm, weil er in seinem Fürstenstolze doch gar zu sehr gekränkt war, bald nach jenen Wiener Vorgängen sogar ein selbstständiges Bündniß Preußens mit den Westmächten abschließen, „zu Pferde steigen" und vier Armeecorps an der preußisch-russischen Grenze aufstellen, wurde aber auch in diesem Entschlusse bald wieder wankend, weil man ihm zugesteckt hatte, die Westmächte betrögen ihn gerade so sehr, wie Oesterreich und alle Uebrigen, mit Ausnahme natürlich der getreuen Camarilla. Ein Brief des Königs an den Herzog von Coburg, d. d. Charlottenburg 27. Januar 1855, bezeichnet den da-

maligen Zustand der Dinge in Berlin so drastisch, daß wir die Hauptstellen daraus wörtlich anführen zu sollen glauben:

„Theuerster Herzog! Ich segne die Zeilen, die Sie dem „Herrn v. Treskow anvertraut haben. Ja, gnädigster Herr, es „sind viele Kräfte bemüht, Ew. Hoheit Handlungsweise zu ver„dächtigen.[1]) So wurde vielseitig versichert, es wäre Ihr Einfluß, „theuerster Herzog, der vor kurzer Zeit die thüringische Stimme „(am Bundestag) so unbedingt geneigt für die österreichische „Seite gemacht hätte. Aber alles ist keine Entschuldigung für „die unfreundlichen Aeußerungen, die aus meinem auswärtigen „Amte nach Gotha gelangt sind. Der Minister v. Manteuffel „verläßt mich eben. Ich hatte ihm Ew. Hoheit vortrefflichen „Brief gezeigt. War ich bestürzt von einer Sache, von der „ich gar nichts wußte, so war er bestürzt, weil er mir „kein Wort davon mitgetheilt hatte!!! König Johanns „(von Sachsen) einstige Aeußerung, „daß meine Regierung „aus einer Kette von Mißverständnissen bestehe," bestätigt auch „hier wieder ihre Richtigkeit..... Ew. Hoheit erwähnen „Usedoms Mission (nach London). Jetzt geht mein General„adjutant, Generallieutenant v. Wedell mit einem gleichen Auf„trage nach Paris. Es fragt sich, ob ihre Aufträge[2]) Ihren „Wünschen entsprechen. Von meiner Seite sind sie ehrlich, „wahr und klar, und das um so mehr, als ich ränkevolle Nego„ziazionen weder verstehe noch mag. Ich habe beiden Höfen „in unumwundenster Offenheit dargelegt, wie weit ich gehen „kann und darf, und weiß bereits, daß das weder in London „noch Paris behagt. Das thut mir leid, aber über die Grenze „hinaus, wo ich nothwendig zum Schurken werden müßte, „gehe ich fest und gewiß nicht. Ich halt' es für ehrlosest,

[1]) Der Herzog erstrebte, wie aus seinen Denkwürdigkeiten hervorgeht, eine active militärische Rolle im Kriege gegen Rußland, hatte aber seine Hauptgegner an der Königin Elisabeth, dem späteren Feldmarschall (damals noch Oberst) Edwin v. Manteuffel, sowie an der Camarilla.

[2]) D. h. die dieser ertheilten Aufträge.

„mich durch Androhen von Prügeln bewegen zu lassen, einen „Dritten zu prügeln, sondern weise lieber dem, der mir droht, „recht ordentlich die Zähne. Ein Mann von Ehre schlägt das „nothwendige Duell nicht aus, wenn er auch weiß, daß der „Gegner ein unendlich besserer Schütz und Fechter ist, als er. „Ich wünsche dringendst, daß man sich zu London und Paris „über diese unumstößliche Wahrheit keine Illusion mache. Jede „Rechnung auf anderer Basis würde ohne den Wirth gemacht „sein. Und der Wirth questionis ist weder der Bückeburger „noch der Badutzer Herr. Nach dem frechen Hintergehen durch „Oesterreich (28. November und 2. Dezember v. J.) unter„handle ich mit **der Macht nicht mehr.** Die Lehre war zu „stark. Ich trage aber darauf an, daß die Westmächte mit „mir abschließen, wie sie mit Oesterreich abschlossen[1]), versteht „sich proposition gardée der Verschiedenheit unserer Lage. „Ich biete an, mich tractatlich ganz auf die Seite der West„mächte zu stellen, wie ich es das ganze Jahr 54 thatsächlich „gethan habe (?). Ich will eine bedeutende Macht „längs der russischen Grenze aufstellen. Ich mache „aber zur unnachläßlichen Bedingung, mich zu keinerlei offen„siver Cooperation zu verpflichten, wenn nicht erstens der Casus „foederis mit Oesterreich nach dem Aprilvertrage mit Zusatz„artikel eintritt, oder zweitens Rußlands Betragen gegen Preußen „es nöthig macht. Durch diesen Zutritt Preußens bekommt „Oesterreich erst die Freiheit zur Offensive, die ohne Preußens „Zutritt eine Unmöglichkeit ist. Beherzigen Sie diese unum„stößliche Wahrheit und den reellen sehr großen Vortheil, der „in diesem Umstande liegt und in dem des Abziehens von viel„leicht 200.000 Mann, die Rußland uns gegenüberstellend, „vom eigentlichen Kriegstheater abziehen muß. Für diese sehr „reellen Vortheile verlange ich von den Westmächten die feier„

[1]) Vergleiche die oben (S. 65) citirte Stelle aus Bismarcks Bericht an Manteuffel: „daß Preußen der Weg nach London und Paris nicht minder offen steht, wie Oesterreich" u. s. w.

„liche Garantie: 1. daß Polen nicht auf revolutionärem Wege „wiederhergestellt werde und 2. daß kein Durchmarsch fran„zösischer Truppen durch deutsches Bundesgebiet (mit Ausschluß „des österreichischen) geschehe. So standen die Sachen „meinerseits, als mir die Kunde wurde, die sau„bere Triple-Alliance wolle Preußen keine Theil„nahme an den Wiener Friedensunterhandlungen „gestatten. **Das ändert Alles.** Das geht an Preußens „Ehre, Stellung und Geltung. Point d'argent, point de „Suisses. Keine Theilnahme am Friedenscongreß, kein Tractat „mit Preußen. Das steht fest."

In einer Nachschrift zu diesem Briefe spricht der König von der „jammervollen Hatz", in der er schreibe, die ihn die Schönheit des Briefes" vernachlässigen und so viele Correcturen machen lasse, von den „schauderhaften" Plänen, welche eine katholische Liga unter Führung des „Buol-Oesterreichischen Herzens" am Bunde durchzusetzen suche, und von der Gefahr, daß durch Preußens Haltung „der teutsche Bund zersprengt" werde. „Aber lieber das, als beitragen, die beschlossene Usurpation des alten Kaiserthums und der Souveränetat über Teutschland mit Hilfe französischer Hilfstruppen zur Ausführung bringen zu helfen. Mit solchem Weine ist der junge Kayser trunken gemacht worden!!! Der Rubicon ist überschritten, der Weg nach „Rom" ist offen. Gott helfe!"

Man sieht, daß sogar in dem Kopfe dieses armen Königs, der bisher so demüthig und nachgiebig gegen Oesterreich gewesen, die Furcht vor österreichischen Ränken und Kniffen, sowie vor denen einer „katholischen Liga" die Oberhand behielt und bis zur Siedehitze stieg. Das Alles aber sollte für den Augenblick auf den Gang der Ereignisse wenig oder gar keinen Einfluß üben; die Sendung Usedoms nach London blieb trotz eines 16 Seiten langen eigenhändigen Briefes Friedrich Wilhelm's an die Königin Victoria ganz erfolglos und in Paris wurde General v. Wedell von dem Minister Drouyn de Lhuys

mit der schnöden Bemerkung abgefertigt, alle diese preußischen Winkelzüge hätten ja doch keinen anderen Zweck, als den, einen französischen Einbruch in Polen zu verhindern, also Rußland an seiner verwundbarsten Stelle zu decken. Preußen wurde in Wien, London und Paris als „quantité négligeable", als eine kaum in Betracht kommende Macht behandelt.

Inzwischen nahm der Krieg seinen Fortgang; Oesterreich jedoch, welches dem Bündniß vom 2. Dezember 1854 gemäß eigentlich vom Beginn des neuen Jahres an activ am Kriege hätte theilnehmen müssen, erfuhr noch vor Jahresschluß zu seiner höchsten Ueberraschung, daß sein Todfeind, Victor Emanuel von Sardinien, auf Betreiben Cavour's durch Vertrag vom 26. Dezember in das Bündniß der Westmächte aufgenommen worden war. Graf Buol erklärte darauf, niemals könne Oesterreich an der Seite des italienischen Verschwörers seine Fahnen wehen lassen; man habe das Kaiserreich in eine unmögliche Lage gebracht und es müsse abwarten, wie die Dinge sich entwickelten. So saß denn Oesterreich, Dank Buol's Politik, nicht nur zwischen zwei, sondern zwischen vier Stühlen, hatte sich mit Rußland für immer verfeindet, Preußen und die deutschen Staaten von sich gestoßen und erntete dafür in Paris nur Spott und Hohn.

Mitten in alle diese Zänkereien fiel der Tod des Urhebers des Krieges, des gewaltigen Zaren Nikolaus, welcher länger als drei Jahrzehnte hindurch, „dank der Furcht der Fürsten vor der Revolution", wie Bismarck bezeugt, nicht durch seine thatsächliche Macht, Europa beherrscht hatte und in dieser Function jetzt durch den gekrönten Abenteurer Louis Napoleon abgelöst worden war. v. Sybel läßt sehr rücksichtsvoll den Zaren an einer „zur Lungenentzündung entwickelten Grippe" sterben[1]); in Wirklichkeit führten schreckliche Tobsuchtsanfälle, zu denen sich eine Lungenaffection gesellt haben mag, zu seiner

[1]) „Begründung des deutschen Reichs," Bd. II., S. 224.

Auflösung. Er starb in einem dieser Anfälle am 2. März 1855 mit blutigem Schaum auf dem Munde; am Tage zuvor hatte er in einem lichten Momente die Frage an die Aerzte gerichtet: „Quand serai je paralysé?“, „wann werde ich todt sein?“

Der neue Zar Alexander II. fand bei seinem Regierungsantritt die Macht Rußlands vollständig gebrochen und willigte in den Beginn der Friedensunterhandlungen, die sich den ganzen Sommer hindurch zwecklos hinauszogen und schließlich abgebrochen wurden, bis am 23. September 1855 der Fall Sebastopols der Sache eine andere Wendung gab und unter Vermittelung Oesterreichs — Preußen war und blieb ausgeschlossen — die Friedenspräliminarien vom 23. Dezember zu Stande kamen. Der Krimkrieg soll nach glaubwürdigen Schätzungen den vier kriegführenden Mächten (Rußland, Frankreich, England und der Türkei) an Todten, unheilbar Verkrüppelten und in Folge von Krankheit Gestorbenen rund eine Million Menschen gekostet haben. Sardinien, welches seinen Bündnißvertrag nur durch die Entsendung einiger Kriegsschiffe nach dem schwarzen Meere erfüllt hatte, blieb von Opfern so gut wie verschont, heimste aber wenige Jahre später die Früchte der klugen Politik Cavour's ein.

Im Sommer 1855 hatten unter dem Eindruck der Kriegsgefahr Baiern, Württemberg und Coburg-Gotha die Frage der deutschen Bundesreform durch Verhandlungen mit dem österreichischen Cabinet in Fluß zu bringen gesucht; die von Graf Buol inspirirten Wiener Blätter, sowie die Augsburger Allgemeine Zeitung betonten in Folge dessen die Nothwendigkeit der Herstellung einer *starken Kaisergewalt* — natürlich in den Händen des Hauses Habsburg — worauf v. d. Pfordten in München die höhnische Frage an den Grafen Buol richtete, „ob diese Zeitungsstimmen etwa die Ansicht der kaiserlichen Regierung ausdrückten?“ Buol hatte nicht den Muth, Ja oder Nein zu sagen, verschanzte sich vielmehr hinter die gefahrvollen

Zeiten und man hörte nichts mehr von Bundesreform, bis Beust in Dresden (October 1855) als „Privatarbeit“ eine Denkschrift circuliren ließ, in welcher die Beschneidung der Rechte der einzelnen deutschen Kammern und Landtage, sowie die Niederhaltung von unitarischen Bestrebungen in der Presse, den Kammern u. s. w. die Hauptsache war. Bismarck gab Manteuffel den kostbaren Rath, den Beust'schen Vorschlägen, welche in Wien begierig aufgenommen worden waren, mit der Bemerkung entgegenzutreten, sie röchen zu sehr nach „Karlsbader Beschlüssen“, als daß sie in der gegenwärtigen Zeit ausführbar wären, und so verrann auch dieses Satyrspiel zur „deutschen Frage“ in derselben Weise wie das vorausgegangene im Sommer.

Im Februar 1856 begann in Paris — nachdem, wie oben bemerkt, die Friedenspräliminarien schon am 23. Dezember 1855 in Wien unterzeichnet worden waren — der große Friedenscongreß, zu welchem zwar Sardinien als „kriegführende Macht“, nicht aber auch Preußen eine Einladung erhielt. Erst nachträglich geschah dies am 12. März 1856, und zwar weil Preußen doch als Unterzeichner des Londoner Vertrages von 1841 ein Interesse an der Sache habe, nicht in seiner Eigenschaft als europäische Großmacht. Louis Napoleon hatte inzwischen dem Zaren Alexander alle möglichen Rücksichten bewiesen, gewann hierdurch die russischen Sympathien und setzte es auf diese Weise durch, daß der Congreß noch vor Thorschluß dazu benutzt werden konnte, die „unhaltbaren Zustände in Italien“ zu einer fortan nicht wieder zur Ruhe kommenden europäischen Frage zu machen. Zum Erstaunen des Grafen Buol hatte damit Graf Walewski, der Nachfolger des inzwischen zurückgetretenen Drouyn de Lhuys, den Anfang gemacht und zu Buols noch größeren Aerger erhob Cavour Beschwerde gegen die Fortdauer österreichischer Besatzungen im Kirchenstaat, in Toskana, Parma ꝛc. Die feierliche Verwahrung Buols gegen die Fortsetzung „eines gar nicht hierher gehörigen Gesprächs“

hatte keinen Zweck, da der Pfeil abgeschossen war und, wie sich am Neujahrstage 1859 zeigen sollte, mit Bewilligung Louis Napoleons in Oesterreichs Fleische saß.

Am 18. März 1856 wurde Lulu, das „Kind Frankreichs" geboren, das staatsstreich-gebändigte und durch kriegerischen Ruhm der grande nation trunken gemachte Paris schwamm in einem Meer von Glanz und Wonne; am 30. März wurde der dritte Pariser Friede unterzeichnet. Louis Napoleon stand trotz seines schon damals hervorgetretenen schweren Nierenleidens auf der Höhe seiner Macht und wurde von allen Mächten Europas, Preußen eingeschlossen, heiß umworben. Er war der „Schiedsrichter Europas" geworden und wälzte in seinem Kopf die Pläne zur „Revision der Karte Europas", was ihn schließlich bis nach Mexiko, Sedan und Chiselhurst geführt hat.

Ausgang Friedrich Wilhelm's IV.

Von 1856 an ist über die Regierungsthätigkeit Friedrich Wilhelm's IV., der mehr und mehr der Gehirnkrankheit verfiel, an der er fünf Jahre später sterben sollte, nicht viel mehr zu berichten; nur die „Neuenburger Frage", die ihn beinahe in einen Krieg mit der Schweiz verwickelte, wozu er schon die Bewilligung der süddeutschen Staaten zum Durchmarsch preußischer Truppen erlangt hatte, bildete noch ein politisch wichtiges Intermezzo in der Regierungszeit dieses Königs, welche seinem eigenen Geständnisse nach (s. o. S. 76) „nur eine Kette von Mißverständnissen war." Louis Napoleon, dem sich der König bei Gelegenheit der Neuenburger Affaire ganz in die Arme warf, bewahrte ihn von der Nothwendigkeit, um einiger royalistischer Verschwörer in der Schweiz willen, die sich zu dem bewaffneten Ueberfall auf das Neuenburger Schloß vorher die Zustimmung Manteuffels und des Königs in Berlin geholt hatten, „zu Pferde zu steigen" um in denkbar ungelegenster Zeit einen Don Quixote-Feldzug wider die „Revolution" zu beginnen, welcher für Preußen sehr leicht von den gefährlichsten Folgen hätte sein können. Nichts vermag so sehr die merkwürdigen Widersprüche im Wesen Louis Napoleon's zu charakterisiren, als die Thatsache, daß er es damals unterließ, die kriegerischen Absichten Friedrich Wilhelm's IV. wider die Schweiz zur Gewinnung der Rheingrenze zu benutzen, was sehr leicht gewesen wäre, wenn er Oel in's Feuer gegossen und den damaligen jämmerlichen Zustand Deutschlands — elender, als er je in den Tagen des heiligen römischen Reichs deutscher Nation ge-

wesen — rasch entschlossen benutzt hätte. Drouyn de Lhuys, welcher während des Krimkrieges zurückgetreten war, weil Napoleon seinen weit angelegten Plan eines österreichisch-französischen Bündnisses verworfen hatte, war in diesem Falle der richtige Nationalfranzose, Louis Napoleon nur der träumerische „Tiefenbacher", als welchen ihn später Bismarck richtig bezeichnet hat. Drouyn de Lhuys wollte die Hegemonie Frankreichs in Europa auf lange Zeit hinaus sichern, indem er das Mittel zeigte, um die Einigung Italiens wie Deutschlands zu verhindern und Beide durch den Bund mit Oesterreich zu beherrschen; Louis Napoleon dagegen sägte den Ast ab, auf dem er saß, indem er Oesterreich aus Italien wie Deutschland hinauswerfen half. Ganz in die Ideen und Pläne von Drouyn de Lhuys würde es gepaßt haben, wenn im Herbst 1856 Preußen sowie die süddeutschen Staaten in einen Krieg mit der Schweiz verwickelt worden wären, worauf dann Frankreich als „Pfand für die Aufrechterhaltung der europäischen Verträge" die linksrheinischen deutschen Gebiete besetzt haben würde, geradeso wie Friedrich Wilhelm IV. Basel und Schaffhausen als „Pfand für Neuenburg" besetzen wollte. Oesterreichs Zustimmung wäre um den Preis einer Garantie für seine italienischen Besitzungen, sowie um den Preis der Vernichtung Preußens als Großmacht — was Fürst Schwarzenberg schon 1850 im Auge hatte, um nur durch das Veto des Zaren Nikolaus daran verhindert zu werden — leicht zu haben gewesen und in Europa war keine Macht, welche das vollständig isolirte Preußen geschützt hätte, während es aus eigener Kraft, in einen tollen Krieg mit der Schweiz verwickelt, sich nicht zu helfen vermocht haben würde.

Von alledem that Napoleon nichts; er fühlte sich in seinem Innersten durch das Hülfeflehen des Königs (eigenhändiger Brief vom 16. September 1856) geschmeichelt und half ihm als „ehrlicher Makler", der er in diesem Falle wirklich war, aus der selbst geschaffenen schweren Verlegenheit. Aber nicht recht verständlich ist es und gehört vielleicht zu der Doppel-

natur Bismarcks, von der wir schon in der Einleitung gesprochen haben, daß dieser sonst so kluge und scharfblickende Staatsmann, lediglich auf den guten Willen und die Ehrlichkeit Napoleons vertrauend, in einer am 2. Dezember 1856 zu Berlin unter dem Vorsitz des Königs stattgehabten Conferenz zu kriegerischen Maßregeln gegen die Schweiz rieth. „Krieg", sagte er, „wünsche kein Mensch, und Preußen werde eben deßhalb seine Bedingungen erlangen, wenn es für den entgegengesetzten Fall *an der Gewißheit des Kriegs keinen Zweifel lasse.*" — Ob wirklich Niemand in den weiteren Phasen dieses aus den elendesten dynastischen Interessen hervorgegangenen Conflictes dazu gelangen könne, den Krieg dennoch zu wünschen, ob nicht insbesondere Louis Napoleon sich zu der Politik Drouyn de Lhuys' bekehren lassen konnte, das vermochte doch damals Herr v. Bismarck durchaus nicht mit Sicherheit zu bestimmen, und so gehörte auch *sein* Rath in der Neuenburger-Frage zu dem höchst gefährlichen Spiel, das damals mit den Kräften Preußens um einer dynastischen Marotte des Königs willen getrieben wurde; er hat es *dem Glück* und nichts Anderem zu verdanken, wenn nicht nur die Kriegsgefahr, sondern die noch viel schwereren übrigen Gefahren abgewendet wurden, auf die wir oben hingewiesen haben.

Bismarck stand überhaupt damals sehr stark unter dem Einfluß des Sternes Louis Napoleons; seine berühmte Denkschrift vom 18. Mai 1857 über die Nothwendigkeit freundlicher, ja intimer Beziehungen Preußens zu Frankreich (unter der Bezeichnung „Prachtbericht" dem Staatsarchiv zu Berlin einverleibt, bei Poschinger Bd. IV. S. 264) liefert dafür ein redendes Zeugniß. Er betont darin, daß die ehemalige heilige Allianz endgültig aufgelöst sei, daß, wenn heute französische Heere in Deutschland einfielen, weder Rußland ihnen entgegenrücken, noch Oesterreich seine Bundespflichten erfüllen würde, folglich die Last der Vertheidigung ganz auf Preußen fallen werde, das aber nicht einmal auf die süddeutschen Staaten

sich verlassen könne. „Frankreich kann Württemberg und Baiern versprechen, ihnen Baden preiszugeben, welches sich vielleicht im Vorgefühl dieser Gefahr in letzter Zeit wieder Oesterreich in die Arme wirft.[1]) Es kann noch manche andere Vereinfachung des deutschen inneren Grenzwesens lockend erscheinen lassen; aber schon der Erhaltungstrieb allein weist die kleinen Souveräne gegenüber dem Mißbehagen, mit welchem die Vielherrlichkeit Deutschland erfüllt, auf außerdeutsche Anlehnung hin, und in den höchsten Kreisen von Paris hat man leicht den Eindruck, daß diese Anlehnung dort, wenn nicht schon gefunden ist, doch gesucht wird, und daß Frankreich nicht glaubt, in einem deutschen Kriege die volle Bundesarmee vor sich zu haben." — Aus diesen und den weiter entwickelten Gründen ist Bismarck für die Anbahnung eines preußisch-französischen Bündnisses, und zwar, wie aus der Denkschrift deutlich hervorgeht, mit der Spitze gegen Oesterreich.

Bismarck wurde in diesen Ansichten noch ganz besonders durch die „Rheinbundstaaten", wie er die Bamberger Triasgruppe öfters nennt, bestärkt. Ende Mai 1857 war König Max von Baiern in Paris, um — wie der französische Bundestagsgesandte Graf Monteffuy Bismarck zusteckte — für eine Zusammenkunft Louis Napoleons mit dem Kaiser Franz Joseph von Oesterreich in Pfaffenhofen oder an einem anderen Orte Baierns zu wirken. In Wien hatten Graf Benedetti (der spätere Gesandte in Berlin) und Baron Bourqueney das Drouyn'sche Project einer österreichisch-französischen Allianz wieder auf's Tapet gebracht, den Kaiser Franz Joseph und dessen Mutter, die Erzherzogin Sophie, dafür gewonnen und suchten jetzt in gleichem Sinne auf Napoleon zu wirken. Bis-

[1]) In der Streitfrage der Rastatter Bundesbesatzung, welche damals zwischen Preußen und Oesterreich schwebte, war dies durch den badischen Minister v. Meysebug zum großen Verdruße Preußens geschehen.

marck, der dies Alles erfuhr, erblickte hierin eine große Gefahr für Preußen und beschwor Manteuffel, im Gegensatz zu den Wiener Intriguen auf eine Zusammenkunft Louis Napoleons mit dem König Friedrich Wilhelm hinzuwirken. Im Kreuzzeitungslager arbeitete man damals diesen Ansichten Bismarcks entgegen und wollte nichts von französischer Einmischung in deutsche Fragen wissen, worüber Bismarck höchlich aufgebracht wurde. Er schalt (Bericht vom 3. Juli 1857) über „diese Theoretiker", welche so reden, „als ob Oesterreich gar kein Ausland für Preußen wäre und als ob dieses vollständig in Präsidial-Deutschland aufzugehen hätte." Sein ceterum censeo ist die Allianz mit Frankreich, „um in Deutschland zu besseren Verhältnissen zu gelangen". Man solle sich ja nicht, äußert er in einem anderen Berichte (7. Juli) durch das Geschrei deutscher Höfe, wie namentlich des hannover'schen, über „undeutsche Haltung" Preußens von dieser Linie abdrängen lassen; denn jene Schreier arbeiteten nur für sich und Oesterreich mit dem Hasse gegen Preußen im Herzen. „Wenn wir uns durch derartige Theorien meistern lassen, so werden wir bis zu einer Linie gedrängt werden, an der wir den Bund nicht mehr halten können, wenn wir uns nicht selbst aufgeben wollen."

So wurde Napoleon, wie schon oben bemerkt, von allen Seiten umworben und es war ein großes Glück für Preußen, daß „die Befreiung Italiens", besser gesagt die Abhängigmachung dieses Landes von Frankreich, eine fixe Idee im Kopfe des Tuilerienkaisers geworden war. Hatte er doch schon im März 1854 (s. S. 62) zu dem Herzog von Coburg bei Gelegenheit seiner Projecte zur Revision der Karte Europas gesagt: „Ma foi, pour ma France ça m'est bien égal, si on me dédommage sur le Rhin ou en Italie", und inzwischen war ihm die Entschädigung in Italien nicht nur sympathischer geworden, sondern schien ihm auch, Alles in Allem genommen, bequemer und sicherer, worüber er sich mit Drouyn de Lhuys überwarf. Der Einfluß Cavours ist schon seit

dem Friedenscongreß vom Februar und März 1856 in Paris deutlich bemerkbar.

Währenddessen machte das Wiener Cabinet eine vergebliche Anstrengung zur Wiederannäherung an Rußland. Zu Anfang Juli 1857 reiste der Bundespräsidialgesandte in Frankfurt, Graf Rechberg, angeblich zum Besuche seines Bruders, des württembergischen Standesherrn Grafen v. Rechberg-Rothenlöwen nach Stuttgart, wo er den König bestimmte, zu dem damals in Wildbad anwesenden Zaren Alexander zu gehen und dringend für eine persönliche Zusammenkunft des Letzteren mit dem Kaiser Franz Joseph zu wirken. Der Zar gab jedoch die schroffe Antwort, bevor von einer Wiederannäherung Rußlands an Oesterreich die Rede sein könne, müsse er „andere Garantien" für die österreichische Politik haben, als bisher. Der „treulose Streich" Oesterreichs im Dezember 1855 (Kriegsbündniß gegen Rußland, s. o.) war und blieb weder bei dem Zaren, noch bei seinem Rathgeber Gortschakoff vergessen, was später der preußischen Politik in hohem Grade zu Gute gekommen ist.

Die Anwesenheit des Zaren in Deutschland (bekanntlich war er mit einer darmstädtischen Prinzessin vermählt und weilte überhaupt gern in den deutschen Bergen) gab zu einem förmlichen Wettrennen der verschiedenen kleinen Fürstenhöfe in der Umgebung Frankfurts Anlaß, um einen Sonnenblick aus zarischen Augen zu erhaschen. Sehr humorvoll zeichnet Bismarck diese Situation mit den Worten: „An den benachbarten kleinen Höfen ist Alles in festlichen Vorbereitungen, in Wiesbaden wegen der schwedischen Heirath, in Darmstadt wegen des russischen Besuches und in Rumpenheim sammelt sich die landgräfliche Familie, so daß wir hier in einem Kreuzfeuer von Höflichkeitspflichten für die nächste Zeit stehen werden. Der Präsidial-College läßt seiner selten getragenen Uniform ein neues Lustre geben und die Damen üben sich in der Kunst, mit der Schleppe zu manövriren." Als aber bald darauf ein Gerücht von der bevorstehenden Zusammenkunft des Zaren und

Louis Napoleons in Baden-Baden anlangte und Glauben fand, da fuhr ein unsagbarer Schrecken in alle Bundestagsuniformen und Rechberg-Buol'schen Herzen. Bismarck schreibt am 10. Juli: „Der bloßen Thatsache einer russisch-französischen Zusammenkunft gegenüber hat man hier (am Bundestag) schon das Gefühl, daß der deutsche Bund wackelt und alle Bundesfragen bei den Collegen an Interesse verlieren; wie schnell würde die ganze Bundesverfassung auf die Bedeutung historischen Materials herabsinken, wenn ein Bündniß zu practischen Zwecken zwischen jenen Beiden erst wirklich vorläge!"

Der Tragikomödie in der hohen Politik sollte sich ein wirkliches Drama im Königsschlosse zu Berlin beigesellen. Friedrich Wilhelm IV. wurde von jener quälenden Ruhelosigkeit befallen, die stets bei Kranken seiner Gattung bei nahender Katastrophe einzutreten pflegt, und trat in solcher Stimmung eine Reise nach Wien an, um durch ein „brüderliches Gespräch" mit dem Kaiser Franz Joseph nicht nur alle Wolken am politischen Horizont zu bannen, sondern auch die eigenen persönlichen Schmerzen los zu werden. Enttäuscht und tief verstimmt kehrte er nach Berlin zurück, wo ihn ein leichter Schlaganfall traf, von dem er sich jedoch bald wieder erholte. Im September fiel während der Militärmanöver bei Halle sein elendes Aussehen auf; an einem heißen Nachmittag verließ er plötzlich das Manöverfeld, deutete seinem Gefolge an, zurückzubleiben und wollte querfeldein reiten. Plötzlich winkte er den Herzog von Coburg, der ihm gefolgt war, näher zu sich heran und dieser mußte die Zügel seines Pferdes fassen, da sie dem König entfallen waren und Beide vor einem scharfen Abhange standen. Dem König stürzten die hellen Thränen aus den Augen, er schien sprechen zu wollen, rang nach Athem und sprach, den Herzog am Arm ergreifend, die Worte: „Ich bin sehr krank, lieber Herzog, kränker als man glaubt — Sie werden mich wohl nie wieder sehen — vergessen Sie mich nicht." An demselben Tage brach bei Tisch die Geistesstörung aus; der Kranke

wurde nach Charlottenburg gebracht, wo man ihn von jeder Berührung mit der Außenwelt abhielt. Das Publikum wurde durch die offiziellen Zeitungen angelogen, der König befinde sich nach einem vorübergehenden kleinen Unwohlsein sehr wohl; sein Gesundheitszustand sei vortrefflich.

Und nun begannen im Königsschlosse die heftigsten Kämpfe und Intriguen gegen die Einsetzung einer Regentschaft, die namentlich der Königin Elisabeth höchst unsympathisch war; aber auch die Reactionspartei setzte Himmel und Hölle in Bewegung, um diesen „revolutionären" Schritt, durch den man einen König von Gottes Gnaden seiner Rechte berauben wolle, zu hintertreiben. Es gelang dies auch; als aber der Zustand des angeblich „vortrefflich sich befindenden" Königs von Tag zu Tage schlimmer wurde, erhielt der Prinz von Preußen Vollmacht zur Stellvertretung des Königs zunächst auf drei Monate; man sagt, dem König habe bei der Unterzeichnung des Documents die Hand geführt werden müssen. Der erwartete Gegensatz zwischen der Regierungsweise des Regenten und dem „System" des Königs blieb jedoch vollständig aus; der Prinz hielt sich zu einer solchen Aenderung nicht berechtigt, behielt alle Minister und beschränkte sich auf die laufenden Regierungsgeschäfte. Von Frankfurt sprach Bismarck in einem Bericht vom 27. Dezember über diese Lage der Dinge sich in folgender Weise aus: „Ich begreife, daß man die Calamität, welche durch den Zustand des Königs über das Land verhängt ist, in den Spitzen des staatlichen Organismus am unmittelbarsten empfindet. Die Unabhängigkeit der einzelnen Ressorts und der höchsten Vertreter eines jeden derselben hat sich bei uns herkömmlich in dem Maße ausgebildet, daß sie des vermittelnden und zusammenhaltenden Momentes, welches in dem lebendigen Wirken der königlichen Person liegt, nicht entbehren kann. Vom Prinzen ist letzteres nicht in dem erforderlichen Maße zu verlangen, solange er nicht das Bewußtsein hat, nur Gott und sich selbst für seine Regierungshandlungen verantwortlich zu

sein, so lange ihm bei allen Entschließungen neben den eignen Erwägungsgründen der Gedanke gegenwärtig bleiben muß, was der König dazu sagen würde, wenn er die Regierung wieder an sich nimmt. Gegen diese partielle Lähmung und Unfreiheit der königlichen Gewalt giebt es aber in unserer gegenwärtigen Lage kein Mittel."

An den mittelstaatlichen Höfen freute man sich sehr über den Marasmus in Berlin und einer der dortigen „Staatsmänner" — welcher ist nicht angegeben — äußerte zu dem Herzog Ernst: „Endlich stände Preußen tief genug, um Einiges für Deutschland hoffen zu können"; der blinde König von Hannover bezeichnete als eine dieser Hoffnungen die gänzliche Ausschließung Preußens aus dem deutschen Bunde und die entsprechende Neuconstituirung Deutschlands. In Berlin wollte Friedrich Wilhelm IV. trotz seiner Verrücktheit die Zügel der Regierung wieder ergreifen, mußte aber wegen der nothwendig gewordenen Reise in ein südliches Klima doch in die Einsetzung der Regentschaft willigen, welche bis zum 2. Januar 1861, dem Todestage des Königs, dauerte.

Am Bundestage befleißigte sich Graf Rechberg aus Furcht vor den Gefahren in Italien jetzt eines sehr versöhnlichen Auftretens gegenüber Bismarck, welcher bald nachher, man sagt aus Eifersucht Manteuffels, vom Bundestage entfernt und nach Petersburg versetzt wurde.

Das öffentliche Leben in Deutschland war bis Ende 1858 ein stagnirender Sumpf; die Prinzessin von Preußen (nachmals Kaiserin) schrieb im Sommer 1857 gelegentlich der Verlobung des Prinzen Friedrich Wilhelm (des späteren Kronprinzen) mit der Prinzessin Victoria von England die folgenden elegischen Worte: „Gott segne diese Verbindung für die geliebten Kinder, für unsere Familie und für das arme deutsche Volk, das sich naturgemäß nur im Bunde mit England aus seiner jetzigen Lage erheben kann". — Die letztere Voraussetzung war ein Irrthum, dem Bismarck schon längst entgegen

getreten war (V. o. S. 64). Wir werden sehen, daß in der kritischen Zeit von 1864 und 1865 England, der Voraussicht Bismarcks gemäß, sich entschieden auf die Seite der Gegner Deutschlands stellte und sogar Louis Napoleon zu einem Kriege gegen dieses zu hetzen suchte, wozu sich der Tuilerienkaiser aber weislich nicht hergab. Die Kronprinzessin Victoria ihrerseits stand in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit 1865 scharf auf Seiten der Gegner Bismarcks, aus dessen Politik sie die größten Gefahren für ihre Kinder befürchtete, wie dies später noch Erwähnung finden wird.

Die „neue Aera". — Der italienische Krieg. Verfassungsconflict in Preußen.

Wilhelm, Prinzregent von Preußen, seit 1861 König dieses Staates und zehn Jahre später Kaiser von Deutschland, stand bei Uebernahme der Regentschaft im 61. Lebensjahre. Auf ihn läßt sich mit voller Bestimmtheit das Wort anwenden, daß sein Charakter in dem Glühofen der Zeit gebildet wurde und zwar in dem Sinne, daß die wirklichen und großen Vorzüge seines Wesens erst in einem Alter hervortraten und noch lange wirken sollen, wo andere Sterbliche gewöhnlich schon am Ziele ihrer Laufbahn stehen und der Natur ihren Tribut abtragen müssen. War die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts vornehmlich dadurch merkwürdig, daß fast ausnahmslos jugendliche Kräfte „am sausenden Webstuhl der Zeit" saßen und der ganzen Geschichtsperiode ihr Gepräge gaben, so hat die Vorsehung es gewollt, daß in unserem Jahrhundert „die Aera der Greise" die entscheidende für die politische Verjüngung Europas geworden ist. Im schnurgeraden Gegensatz zu den durch Geburt, Erziehung und lange Gewöhnung empfangenen Neigungen haben diese Greise, soweit es überhaupt auf die persönliche Thatkraft und Einwirkung einzelner Menschen ankommt, am Meisten dazu beigetragen, die modernen Ideen in dem politischen Getriebe des Welttheils practisch zu verwirklichen, so daß eine feste, nach menschlicher Voraussicht unzerstörbare Grundlage für die Weiterentwicklung dieser Ideen gegeben ist. Wilhelm I., Bismarck, Moltke, Roon, jeder für sich bis in das reife Mannesalter und zum Theil noch darüber hinaus,

geschworene Feinde der „Revolution", haben in Deutschland wie in Italien das Prinzip der Legitimität des Königthums von Gottes Gnaden mit dem Schwerte in der Hand gestürzt und an dessen Stelle ein ganz anderes Prinzip gesetzt: „das Recht der Nation, zu athmen, zu leben und zu existiren", wie Bismarck im Herbst 1866, den vorausgegangenen Krieg rechtfertigend, die ganze Umwälzung bezeichnete. Unter Wilhelm I., welcher 1861 die seit beinahe zwei Jahrhunderten nicht mehr gebräuchlich gewesene Krönungsfeierlichkeit (in Königsberg) ausgesprochenermaßen nur zu dem Zwecke unternahm, um „die Krone vom Tisch des Herrn zu nehmen" und das Königthum von Gottes Gnaden auch durch ein äußeres Kennzeichen vor den Augen der Welt scharf und deutlich hervortreten zu lassen, ereignete sich das Merkwürdige, daß zum ersten Mal in der Geschichte Deutschlands und Europas das „monarchische Prinzip" von jeder ausschlaggebenden Bedeutung für den Gang der Dinge und für die Behandlung der internationalen Politik entkleidet worden ist, daß der Fluch „der Solidarität der monarchischen Interessen" von den Völkern Europas genommen wurde und der segensreiche Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten voraussichtlich für immer praktisch anerkannt worden ist. Die Folge davon ist gewesen, daß im Februar 1887 Bismarck mit vollster Bestimmtheit sagen konnte, was voraussichtlich keine Widerlegung durch den Gang der Weltgeschichte finden wird, daß Kriege um dynastischer Interessen willen fortan in Europa unmöglich geworden seien. Und gerade Kriege dieser Art sind es hauptsächlich gewesen, welche seit vielen Jahrhunderten die Culturländer des Welttheils verwüstet, die Völker immer von Neuem wieder auf die Schlachtbank geführt haben. Unter Wilhem I. endlich ist ganz Europa, mit alleiniger Ausnahme Rußlands und der Türkei, der bis dahin von fast allen Fürsten entweder als „teuflische Erfindung" gehaßte und offen bekämpfte oder durch trugvollen Despotismus — wie in dem

napoleonischen Frankreich — in das Gegentheil seines Zweckes verwandelte Parlamentarismus so weit zum Siege gelangt, daß keine Regierung es mehr, wie ehedem, wagen kann, ihm das absolutistische Prinzip entgegenzusetzen. Von den Völkern allein hängt es ab, überall da, wo sich noch Reste des Absolutismus zeigen, diese in dem normalen Entwicklungsgang der Dinge zu beseitigen und „die Regierung des Landes durch das Land" zur Wahrheit werden zu lassen. Es ist dies die natürliche Folge der Thatsache, daß die großen Culturvölker Europas auch politisch geeinte Nationen und Staaten geworden sind, womit ihr ganzes Wesen sich zum Besseren umgestaltet hat. Schon 1846 hatte Camillo Cavour in einer französischen Zeitschrift[1]) die Worte geschrieben: „Die Geschichte aller Zeiten beweist, daß ein Volk niemals einen hohen Grad von Intelligenz und Moralität erreichen kann, ohne das vollkommene Bewußtsein seiner Nationalität zu besitzen. Diese merkwürdige Thatsache ist eine nothwendige Folge der Gesetze, welche die menschliche Natur regieren. Unter den Ideen, für welche die Masse empfänglich ist, sind, nach der Religion, die Begriffe der Nationalität jedenfalls die edelsten und erhabensten. Wenn nun die politischen Umstände die Entwicklung dieser Begriffe verhindern und denselben eine falsche Richtung geben, so sinken die Massen in einen bedauernswürdigen Zustand der Niedrigkeit herab. Aber das ist noch nicht Alles. Bei einem Volke, das keinen Grund hat, auf seine Nationalität stolz zu sein, wird das Gefühl der persönlichen Würde nur ausnahmsweise bei einigen ausgewählten Individuen existiren. Die zahlreichen Classen, welche die untergeordnetsten Plätze in der gesellschaftlichen Sphäre einnehmen, müssen sich in ihrem Nationalitätsbewußtsein groß fühlen können, um zu dem Bewußtsein ihrer persönlichen Würde zu gelangen. Dieses Bewußtsein aber ist, wir zögern nicht

[1]) „Revue nouvelle de Paris" vom 1. Mai 1846.

es auszusprechen, für die Völker ebenso wie für das Individuum ein wesentliches Element der Moralität."

Man muß Alles dies in's Auge fassen, um den Entwicklungsgang und das Wesen des Fürsten, unter dessen Regierung die Ereignisse, welche wir zu schildern haben, sich zutragen sollten, richtig zu würdigen.

Der nunmehrige Prinzregent von Preußen hatte, wie er selbst es ausgesprochen, sich in jungen Jahren um Staatssachen wenig bekümmert, sondern nur gelernt, „eine Infanteriedivision richtig zu führen". Er blieb bis 1850 ein überzeugter Anhänger und Vorkämpfer des Militärkönigthums, in dem noch die Erinnerungen an die demüthigenden Erlebnisse der Märztage und des Sommers 1848, sowie diejenigen der blutigen Niederwerfung der „Rebellion" in der Pfalz und Süddeutschland vom Sommer 1849 aufs Lebhafteste wach waren. Sein Ideenkreis ging selten über denjenigen eines tüchtigen und pflichttreuen Generals vom alten Schlage hinaus. Da kam im Spätherbst 1850 die Schmach von Olmütz, welche nicht nur den preußischen Staat nöthigte „sich in Gala ohrfeigen zu lassen", sondern ganz speziell die preußische Armee aufs Tiefste demüthigte, indem sie Angesichts des Feindes ohne Schwertschlag das Feld räumen mußte. Von diesem Augenblicke an wurde in der Brust des Prinzen, wie aus der Correspondenz seiner Gemahlin mit Bunsen hervorgeht, der Glaube an die Heilsamkeit des alten absolutistischen Systems stark erschüttert. Er gerieth in einen Anfangs noch nicht offen hervortretenden Zwiespalt mit seinem königlichen Bruder und mußte es sich wehrlos gefallen lassen, die Zielscheibe des Hasses und der Intriguen einer übermüthigen Camarilla zu werden. Der Zwiespalt steigerte sich im Sommer 1854, wie wir gesehen haben, bis zu offenem Zerwürfniß, so daß die Camarilla es wagen konnte, dem König ein kriegsgerichtliches Verfahren gegen ihn, den Thronfolger, anzurathen, was freilich unterblieb, aber zu seiner zeitweisen Entfernung aus Berlin

führte. In der ganzen Zeit von 1854 bis 1857 war der Prinz fortwährend stiller Zuschauer einer Politik, welche den Staat Preußen zum willenlosen Werkzeug fremder Staatsmänner und Potentaten machte. Er mußte das ansehen, ohne nur mit der Miene zu zucken oder irgend einen Einfluß üben zu können. Sein Gehorsam gegen die königliche Gewalt wurde fortwährend auf die denkbar härtesten Proben gestellt, obwohl er doch dem Throne am nächsten stand und die höchsten militärischen Würden begleitete. Er sah in der Wiener Hofburg und Staatskanzlei den geschworenen Feind nicht nur jeder Machtentwicklung Preußens, sondern seiner Existenz als Großmacht überhaupt, in den meisten deutschen Kleinstaaten die Helfershelfer bei diesem Streben Oesterreichs. Unmittelbar an den Grenzen Preußens konnten namentlich zwei rücksichtslose Verfechter kleinstaatlicher Souveränität, der blinde König von Hannover und der — politisch — noch blindere Kurfürst von Hessen in Allem und Jedem Preußen Trotz und Hohn bieten, weil sie wußten, daß sie dabei stets den Rückhalt an Oesterreich und dem Bundestage hatten. So ist es denn nicht mehr als natürlich, daß auf einen Mann mit scharfem gesundem Menschenverstande, und dieses besaß der Prinz in hohem Grade, die düstere Reactionsperiode der 1850er Jahre einen ganz ähnlichen Eindruck machen mußte, wie jene bittere Klage ihn ausdrückt, die Shakespeare dem sterbenden Johann von Gaunt in den Mund legt.[1]) Auch die Macht der Monarchie Friedrich's des Großen war „gleich einem Landgut oder Meierhof in Pacht gegeben" und Aufgabe des neuen Regenten mußte es sein, dieses demüthigende Verhältniß wieder zu lösen.

Allein in dem Prinzen kämpften zu dieser Zeit noch, ja noch lange nachher, die Grundsätze und Anschauungen einer vergangenen Periode mit denen einer neuen Zeit. Mit den ersten wollte er nicht brechen, den letzteren sich nicht entschlossen

[1]) Richard II., III. Act, 1. Szene.

in die Arme werfen. Schon die erste Ansprache an das neugebildete Ministerium Hohenzollern (Oktober 1858), in welcher Viele damals den Beginn einer „neuen Aera" sahen, forderte das Unmögliche, da hiernach „von einem Bruche mit der Vergangenheit nun und nimmermehr die Rede sein und nur die sorgliche und bessernde Hand angelegt werden sollte, wo sich Willkürliches und Unzeitgemäßes zeige." Der preußische Staat war aber in jener Zeit, wie selbst Bismarck es schon längst ausgesprochen hatte, „krebsfräßig an Haupt und Gliedern" und diesen Staat so zu conserviren, wie es der Prinzregent Anfangs im Auge hate, hieß die Krebsfräßigkeit verewigen. Das Ministerium der „neuen Aera" ist an diesem Widerspruch sehr bald zu Grunde gegangen, nicht minder das ihm folgende Ministerium Bernstorff-Auerswald und es wird sich zeigen, daß die ganze unglückselige Conflictsperiode von 1862 bis 1866 wesentlich ihre Ursache in dem unüberwindlichen Widerwillen des Königs dagegen hatte, die militärischen Einsichten des „Kriegsherrn" und die Machtvollkommenheit der Krone mit den Anforderungen des constitutionellen Régimes zu versöhnen. Dreimal bot sich der Ausgleich an, die für das Land außerordentlich kostspielige und opferreiche Armee-Reorganisation auf friedlichem und verfassungsmäßigen Wege durch das Zugeständniß der zweijährigen Dienstzeit zu erlangen; dreimal wurde dies ausgeschlagen, obwohl selbst ein so sachverständiger Mann wie der Generalmajor a. D. v. Stavenhagen im Abgeordnetenhause diese Einrichtung als vollkommen praktisch und durchführbar vertheidigte, und Bismarck wenige Wochen nach seinem Amtsantritt in einem Gespräch mit Fr. Oetker über diesen Punkt äußerte: „Das wäre der Henkel, an dem sich die Sache anfassen ließe!" — Es steht heute fest, daß nicht unüberwindliche Hindernisse technischer Art, sondern die entschiedene Abneigung des Königs, in militärischen Sachen der Volksvertretung irgend einen Einfluß zu gönnen, an der Zurückweisung jenes Vergleichsvorschlags die Schuld trägt. Die

„Machtvollkommenheit der Krone" schien dem König bedroht und da gab es für ihn kein Compromiß, mochte im Uebrigen der Stand der deutschen Angelegenheiten und der europäischen Politik auch noch so sehr dazu einladen. Das geht auch aus der Bemerkung hervor, die er seinem Testamente am 31. Dez. 1866 vorausschickte: „Mögen meine Nachfolger nie vergessen, daß auch für sie eine Periode gleich der von 1861—1866 kommen kann!" Erst viel später, auf der Höhe beispielloser Erfolge stehend, ist Wilhelm I. in sehr vielen Dingen mild und nachgiebig und zugleich ehrfurchtgebietend im besten Sinne des Wortes geworden; für jetzt stand er noch überwiegend in den Anschauungen einer vergangenen Zeit, die man am Kürzesten mit dem Worte: „altpreußische Traditionen" bezeichnen kann.

Die erste und größte Aufgabe, welche der Prinzregent bei Uebernahme der Regierung sich stellte, und um derentwillen er noch vor dem Tode Friedrich Wilhelm's IV. den Plan der Heeresreorganisation faßte, war die, Preußen wieder zu der ihm gebührenden Machtstellung in Deutschland wie in Europa zu erheben, die Wirkungen der Politik von Olmütz auszutilgen. Darin stand ihm nach dem Krimkriege und nach der Herstellung sehr guter Beziehungen zu Rußland wie zu Frankreich nur noch Oesterreich mit seinem deutschen Anhang entgegen und der Gang der Weltereignisse schien Preußen auf ganz unverhoffte und unerwartete Art zu Hülfe kommen zu sollen.

Wir haben gesehen, daß schon auf dem Pariser Friedenscongreß vom März 1856 unter dem lebhaften Proteste des österreichischen Vertreters „die unhaltbare Lage der Dinge in Italien" zugleich von Walewski wie von Cavour zur Sprache gebracht worden war. In dem ganzen Zeitraum der darauf folgenden zwei Jahre that Oesterreich nicht das Geringste, um den drohenden Sturm abzuwenden oder doch wenigstens die deutlich heraufziehenden Gefahren zu mildern, was ihm mit Hülfe Englands in dieser Zeit noch gelingen konnte. Mit fatalistischem Starrsinn wurden in Wien alle Vorschläge abgewiesen, welche

darauf zielten, daß einerseits in der Lombardei und Venetien den Bevölkerungen ein erträgliches Dasein geschaffen werde, andererseits Oesterreich doch aufhören möge, den kleinen italienischen Despoten in Toscana, Modena, Parma u. s. w. seine schützende Hand zu leihen, damit jene ihre Unterthanen nach Belieben mißhandeln konnten. Gerade das Letztere, nicht der unmittelbare Länderbesitz Oesterreichs in Italien, sollte der Hebel werden, dessen sich Cavour und Louis Napoleon zur Verwirklichung ihrer Pläne bedienten; auf die österreichische Staatskunst paßt hier in vollendetem Maße das alte Wort: „Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie zuvor mit Blindheit".

Am 19. Juli 1858 kam Cavour von einer „Erholungsreise" durch die Schweiz und das südwestliche Deutschland nach Plombières, dem damaligen Aufenthaltsorte Louis Napoleons. Hier wurde an einem einzigen Tage der Kriegsplan gegen Oesterreich verabredet, wie Cavour selbst es in einem von Baden-Baden 24. Juli 1858 datirten Briefe an Victor Emanuel in so drastischer Weise schildert, daß wir uns nicht enthalten können, den Haupttheil dieses merkwürdigen Briefes wörtlich hier herzusetzen:

Baden, 24. Juli 1858.

„Sire, mein chiffrirter Brief aus Plombières kann Ew. Majestät nur eine unvollkommene Idee von meinen langen Unterredungen mit dem Kaiser gegeben haben. Darum denke ich, Ew. Majestät werden einen ausführlichen genauen Bericht mit Ungeduld erwarten, den ich sofort nach meiner Abreise aus Frankreich hiermit abstatte und durch den Attaché der Berner Gesandtschaft, Herrn Tasi, an Ew. Majestät befördern will. — Kaum war ich in das Cabinet des Kaisers eingetreten, so eröffnete dieser das Gespräch mit der Veranlassung meiner Reise. Er sagte zunächst, er wäre bereit, Sardinien bei einem Kriege mit Oesterreich aus allen Kräften zu unterstützen, voraus-

gesetzt, daß dieser Krieg für eine nicht revolutionäre Sache unternommen werde, so daß er in den Augen der Diplomatie und besonders vor der öffentlichen Meinung Frankreichs und ganz Europas gerechtfertigt erscheine. Im Auffinden dieser Kriegsursache lag die größte Schwierigkeit, um zu einem Einverständniß zu gelangen, darum hielt ich es für angezeigt, diesen Punkt vor allen anderen zu erörtern. Ich schlug zuerst vor, die seitens Oesterreichs nicht sehr getreue Befolgung unseres Handelsvertrags als Beschwerde gelten zu lassen, worauf der Kaiser mir antwortete, eine Handelsfrage von minderem Belang könne nicht Veranlassung zu einem großen Kriege geben, der die Landkarte Europas umgestalten solle. Darauf machte ich den Vorschlag, die Gründe, welche uns auf dem Pariser Kongreß gegen die ungesetzliche Ausdehnung der Macht Oesterreichs auf italienischem Gebiet zu protestiren veranlaßt hatten, von neuem hervorzuheben, nämlich den Vertrag von 1847 zwischen Oesterreich und den Herzogthümern Parma und Modena, die fortdauernde Occupation der Romagna und der Legationen, die neuen Festungsbauten von Piacenza. Auch diesen Vorschlag verwarf der Kaiser. Er bemerkte nur, wenn jene 1856 geltend gemachten Beschwerden nicht genügt hätten, eine Intervention Frankreichs und Englands herbeizuführen, würde man nicht einsehen, wie sie jetzt einen Aufruf zu den Waffen rechtfertigen können. „Außerdem — fügte er hinzu — kann ich von Oesterreich die Zurückziehung seiner Truppen aus Ancona und Bologna kaum verlangen, so lange unsere Truppen in Rom sind." Der Einwand war richtig. Ich mußte also auch auf meinen zweiten Vorschlag verzichten, und ich that dies mit um so größerem Bedauern, als derselbe eine gewisse Offenheit und Kühnheit an sich hatte, die dem edlen, großherzigen Character Ew. Majestät und

demjenigen Ihres Volkes vollständig entsprach. Meine Lage wurde peinlich, denn ich hatte nichts wirklich haltbares mehr vorzuschlagen. Der Kaiser kam mir zu Hülfe und wir durchliefen zusammen alle italienischen Staaten, um diese so schwer zu findende Kriegsursache zu suchen. Nachdem wir auf der ganzen Halbinsel erfolglos umhergewandert, verfielen wir, fast unversehens, auf Massa und Carrara und entdeckten dort, was wir so eifrig suchten. Ich schilderte dem Kaiser die unglücklichen Zustände in jenen Ländern, die ihm übrigens schon hinlänglich bekannt waren, und wir kamen dahin überein, die Einwohner zu veranlassen, eine Adresse an Ew. Majestät zu richten, in der sie um Schutz bitten und sogar die Annektirung der Herzogthümer an Sardinien fordern sollten. Ew. Majestät würde den Antrag nicht annehmen, aber als Beschützer der unterdrückten Bevölkerung auftreten und eine herausfordernde Note an den Herzog von Modena richten. Bei dem Halt, den er an Oesterreich hat, würde der Herzog wahrscheinlich in grobem Tone antworten; darauf würde Ew. Majestät Massa besetzen lassen und der Krieg würde anfangen. Da auf diese Weise der Herzog von Modena die Ursache wäre, müßte der Krieg nach des Kaisers Meinung nicht bloß in Frankreich, sondern gleicherweise in England und im übrigen Europa populär sein, denn dieser Fürst wird mit oder ohne Grund als der Leithammel des Despotismus angesehen. Außerdem hat der Herzog von Modena keinen der Regenten Frankreichs seit 1830 anerkannt, weßhalb der Kaiser gegen ihn weniger Rücksichten zu beachten hat, als gegen irgend einen anderen Fürsten. Nach Erledigung dieser ersten Frage sagte der Kaiser: Ehe wir weiter gehen, müssen wir zwei große Schwierigkeiten bedenken, auf die wir in Italien stoßen werden, ich meine den Papst und den König von Neapel. Ich muß sie schonen.

Ersteren, um das katholische Frankreich nicht gegen mich aufzubringen, und Letzteren, um uns die Sympathie Rußlands zu erhalten, welches eine Art Ehrensache daraus macht, den König Ferdinand zu beschützen. Ich antwortete ihm, was den Papst beträfe, so wäre es ein Leichtes, ihm den ruhigen Besitz von Rom durch die dort stehenden französischen Truppen zu sichern; es genüge ein Aufstand in der Romagna. Auch könnte sich der Papst, da er die Rathschläge des Kaisers nicht habe befolgen wollen, gar nicht wundern, wenn nun jene Länder die erste günstige Gelegenheit benutzten, um sich von einem verabscheuungswürdigen Regierungssystem zu befreien, das der römische Hof hartnäckig nicht verbessern will. Um den König von Neapel, fügte ich hinzu, brauche man sich nicht zu kümmern, vorausgesetzt, daß er sich nicht zu Oesterreich schlage. Es genüge, seinen Unterthanen freie Hand zu lassen, wenn sie den Augenblick benutzten, sich von seiner väterlichen Herrschaft zu befreien. Diese Antwort befriedigte den Kaiser, und wir gingen nun zur Hauptfrage über: welchen Zweck sollte der Krieg haben? Der Kaiser nahm ohne Weiteres an, man müsse die Oesterreicher ganz und gar aus Italien vertreiben und ihnen diesseits der Alpen und des Isonzo nicht einen Zoll breit Terrain lassen. Wie nun aber nachher Italien organisiren? Nach weitläufigen Erörterungen, die ich Ew. Majestät ersparen will, vereinbarten wir ungefähr folgende Grundsätze, selbstverständlich mit Vorbehalt, sie je nach den Kriegsereignissen abzuändern. Das Po-Thal, die Romagna und die Legationen würden das Königreich Oberitalien bilden, unter dem Szepter des Hauses Savoyen. Rom mit dem umliegenden Gebiete würde dem Papste verbleiben, wogegen die übrigen Theile des Kirchenstaates nebst Toscana das Königreich Mittel-Italien bilden würde. An die territorialen Grenzen des Königreichs Neapel würde

man nicht rühren. Die vier italienischen Staaten würden einen Bund nach dem Vorbild des deutschen Bundes bilden, dessen Präsidium man dem Papste geben würde, als Entschädigung für den Verlust des besten Theiles von seinem Lande. Dieses Abkommen scheint mir durchaus annehmbar. Denn, als dem Rechte nach, Herrscher über die reichste und stärkste Hälfte von Italien würden Ew. Majestät thatsächlich Herrscher über die ganze Halbinsel sein." — — — —.

Aus dem weiteren Inhalt des Briefes geht hervor, daß für das „Königreich Mittel-Italien" nebst Neapel entweder der Prinz Murat, oder die Herzogin von Parma als Regenten ausersehen waren. „Ich meinerseits," bemerkt Cavour, „schlug die Herzogin von Parma vor, welche, wenigstens als Uebergang, im Palaste Pitti thronen könnte." Der Kaiser ließ sich für diese letztere Idee gewinnen und fragte dann geradewegs, was denn Frankreich erhalten solle und ob Victor Emanuel bereit sei, Savoyen und Nizza abzutreten. Cavour ging darauf ein und räth in dem Brief seinem König, dieses Opfer zu bringen. Dann wurden der Operationsplan, die militärischen Fragen und die Geldfragen besprochen, womit es von 11 Uhr Vormittags Nachmittags 3 Uhr geworden war. Der Kaiser erhob sich und lud Cavour ein, um 4 Uhr zu einer Spazierfahrt wiederzukommen. Auf dieser Spazierfahrt wurde vom Kaiser das Project der Heirath zwischen dem Prinzen Jerome Napoleon und der Prinzessin Clotilde, der damals kaum 16jährigen Tochter Victor Emanuels, als weitere Voraussetzung — nicht „Bedingung" — des Bündnisses hingestellt. Cavour war Anfangs hierdurch etwas betroffen und machte geltend, daß es seinem König sehr schwer fallen werde, der geliebten Tochter eine Wahl aufzunöthigen, worauf der Kaiser lachend erwiderte, der Cousin sei viel besser als sein Ruf, er habe viel Geist und ein gutes Herz. Er wolle keine Bedingung aus der Heirath machen, auch gern in Betracht der Jugend der

Prinzessin noch ein Jahr oder länger damit warten; alles was er wünsche, sei, zu wissen, woran er sich zu halten habe. Cavour widmet den ganzen übrigen Theil seines Briefes, und dieser ist räumlich größer als alles Vorausgegangene, den Bitten an Victor Emanuel, seinem väterlichen Herzen um des Wohles Italiens willen dieses Opfer aufzuerlegen, was denn auch bekanntermaßen geschehen ist. Die arme Prinzessin hat mit einer langen unglücklichen Ehe zu ihrem Theil das Bündniß zwischen Frankreich und Piemont bezahlt und viel Thränen darüber vergossen.

An demselben Tage, da Cavour „auf einer Tischecke in einer Gaststube" diesen Brief schrieb, unterrichtete er Lamarmora von seinen Unterredungen in Baden-Baden mit dem Könige von Württemberg, mit dem Prinzen von Preußen, mit der Großfürstin Helene, mit Manteuffel und verschiedenen anderen deutschen und russischen Diplomaten, welche alle mehr oder weniger feindlich gegen Oesterreich gesinnt waren. Mit der festen Zuversicht, Rußland werde das Unternehmen aufrichtig unterstützen — der Zar versprach dies Ende September dem Prinzen Napoleon in Warschau — und Preußen werde eine wohlwollende Neutralität bewahren, reiste Cavour nach Turin zurück.

Der Sommer und der Herbst 1858 gingen ohne jede äußerlich erkennbare Veränderung der Lage hin; in Wien hatte man aber, theils durch den König von Württemberg, theils durch die englische Regierung Kunde von dem Zweck der Cavour'schen Reise nach Plombières und Baden-Baden erlangt und begann in aller Stille sich zu rüsten.

Am Neujahrstage 1859 erklärte Kaiser Napoleon bei der feierlichen Gratulationscour des diplomatischen Corps ganz unerwartet dem österreichischen Gesandten, Baron Hübner: „Ich bedaure, daß die Beziehungen zwischen unseren Regierungen nicht mehr so gut sind, wie früher, bitte Sie aber, dem Kaiser Franz Joseph zu versichern, daß meine persönlichen Gefühle für ihn nicht im Mindesten verändert seien."

Diese berüchtigten Worte wurden sofort vom Telegraphen durch ganz Europa getragen und erregten fast überall das Gefühl einer bevorstehenden Kriegsgefahr. Cavour war überrascht, denn noch ganz kurz zuvor hatte ihm Napoleon in Betracht der Ministerveränderung in Berlin und weil er den Gesinnungen des neuen Ministeriums (Hohenzollern) nicht traute, die äußerste Vorsicht empfohlen, wenigstens nichts zur Ausführung der Verabredungen von Plombières gethan. „Es scheint, der Kaiser will vorgehen", rief Cavour beim Lesen der Worte Napoleons aus, war aber bald, wie französische Diplomaten versichert haben, äußerst betroffen und ganz aus dem Concept gebracht. Er wußte nicht, wie er sich die Worte Napoleons deuten sollte, zumal dieser noch am Abend des Neujahrstages den bösen Eindruck vom Morgen dadurch zu verwischen suchte, daß er den in den Sälen der Kaiserin mit anderen Diplomaten zu einer Réunion anwesenden Baron Hübner mit ausgesuchter Höflichkeit behandelte.

Auch in Paris selbst machte das Vorgehen des Kaisers einen höchst ärgerlichen Eindruck, so daß der „Moniteur" vom 7. Januar eine Beruhigungsnote bringen mußte, an deren Ehrlichkeit kein Mensch glaubte. Kossuth versichert in seinen Memoiren auf Grund von Mittheilungen des Prinzen Napoleon, daß gerade damals Napoleon über die Haltung Preußens bei einem Kriege wieder zweifelhaft geworden sei; „dennoch wolle er den Krieg um jeden Preis". Prosper Mérimée, einer der feinsten Beobachter am Tuilerienhofe, bezeichnete diese Stimmung später in einem Briefe an seinen Freund Panizzi in Turin folgendermaßen: Der Kaiser wisse selbst nicht, was er wolle; heute sei er friedlich, morgen kriegerisch gesinnt, fürchte vor Allem die Deutschen und wolle jedenfalls Zeit gewinnen. Die Financiers seien über ihre Verluste durch den Rückgang der Kurse erbost und die breite Masse der Bourgeoisie wolle erst recht nichts von dem Kriege wissen.

Es begann nun das gewöhnliche trugvolle diplomatische Spiel, währenddessen General Niel (am 23. Januar) in Turin für den Prinzen Napoleon um die Hand der Prinzessin Clotilde anhielt. Folgenden Tages brachte der „Moniteur" die Meldung von der stattgehabten Verlobung und log dabei, daß diese keinerlei politischen Zweck habe, insbesondere sei das Gerücht völlig unwahr, daß die Heirath eine Bedingung des Bündnisses zwischen Frankreich und Sardinien sei. Die Königin Victoria von England beschwor in einem eigenhändigen Briefe vom 5. Februar den Kaiser, „Europa nicht in einen Krieg zu stürzen dessen Ausdehnung und Dauer unabsehbar sein würden".

Graf Buol in Wien, welcher bald nachher durch den Grafen Rechberg in der Leitung der auswärtigen Politik Oesterreichs ersetzt werden sollte, benutzte noch die letzte Zeit seiner Amtsthätigkeit zu einer grenzenlosen Betise, die ihm selbst von dem alten Metternich (der damals in Wien wohnte) das Zeugniß eintrug: „Buol sei ein Messer mit sehr scharfer Spitze, aber mit stumpfer Schneide". Er erließ nämlich (10. Februar) an alle deutsche Regierungen, mit alleiniger Ausnahme Preußens, eine Circularnote, in welcher die bundesverfassungsmäßige Hülfe Deutschlands bei dem bevorstehenden Kriege, der in Italien entstehen, aber an den Rhein sich ausdehnen werde, in Anspruch genommen wurde. In Mittel- und Süddeutschland flammte das Nationalgefühl trotz aller Sünden Oesterreichs in einer seit lange nicht dagewesenen Stärke auf; auch die Fürsten wurden davon ergriffen. „Ein großer Theil der deutschen Regenten", schreibt am 15. Februar Herzog Ernst von Coburg von Berlin aus seinem Bruder, „ist fanatisch für den Krieg. Der Herzog von Nassau hat uns eben hier verlassen. Er verlangt, wie leider so viele der Uebrigen, sofortige großartige militärische Demonstrationen. Die Lage für uns Alle — Preußen und Deutschland gegenüber — ist eine ebenso peinliche als kritische. Wir besprechen uns Tag und Nacht: Die Ereignisse gehen aber bereits wieder schneller und ich kann

versichern, daß abgesehen von dem traurigen Gefühl, sich am Vorabend eines großen Krieges zu sehen, die Lage in diesem Augenblick eine verzweifelte ist."

In den offiziellen Kreisen zu Berlin herrschte damals die Meinung vor, daß nur mit einem gedemüthigten Oesterreich pactirt werden könne, und daß folglich nur bewaffnete Neutralität mit „freier Hand" die für Preußen gebotene Politik sei. Noch Weitergehende scheuten sich (nach den hier sehr glaubwürdigen Schilderungen des Herzogs von Coburg) nicht, die Möglichkeit zu ventiliren, im Bunde mit Louis Napoleon über Oesterreich herzufallen. „In dem Wunsche, daß Oesterreich so gründlich wie möglich zu Boden geworfen werde, begegneten sich die verschiedensten Parteien."

Der Prinzregent widerstand diesen Regungen der Rachsucht und des Chauvinismus; er entschied, daß wenn Oesterreich von Frankreich angegriffen werden sollte, Preußen ihm Hülfe leisten werde. In den Tuilerieen hatte man bald Kunde von diesem Entschluße und ließ (4. März) im „Moniteur" erklären, der Kaiser habe dem König Victor Emanuel versprochen, ihn gegen jeden Angriff Oesterreichs zu schützen, nicht mehr und nicht weniger. Nach Prosper Mérimée's Zeugniß warf jedoch Louis Napoleon, um den Krieg in Frankreich populär zu machen, bei den intimen Berathungen im Tuilerienpalaste die Idee eines Feldzugs am Rhein hin; Preußen, so argumentirte er, werde schon durch Rußland niedergehalten werden, und Oesterreich sei beschäftigt, es müsse auch fortwährend die Wiederholung des ungarischen Aufstandes fürchten. Die erste Voraussetzung war falsch, die zweite traf vollkommen zu. Ungarn war zu dieser Zeit nur durch brutale Gewalt niedergehalten und lechzte nach dem Augenblick der Befreiung. Kossuth stand in fortwährender Verbindung mit Louis Napoleon und der alte Metternich, welcher wenige Monate vor seinem Tode (11. Juli 1859) noch einmal klarblickend geworden zu sein scheint, äußerte: Mit Cavour und Mazzini könne man schon fertig werden, aber Kossuth sei zu fürchten.

Am 15. März brachte der Pariser „Moniteur“ einen ebenso langen als unverschämten Artikel über die Aufregung in Deutschland; am 18. März schlug Walewski dem englischen Gesandten Lord Cowley wieder einmal die beliebte Komödie eines europäischen Congresses vor, bei welcher Gelegenheit Napoleon zu Lord Cowley wörtlich äußerte: „Frankreich fange an, über das prahlerische Auftreten Deutschlands Zeichen des Unmuths laut werden zu lassen, noch einen Monat, und das ganze Land werde nach Krieg schreien.“

Alle diese Verhandlungen waren im Grunde nichts als Dunst und Heucheleien; Cavour hatte schon im Dezember 1858 zu dem englischen Gesandten in Turin, Lord Russell, gesagt: „Ich werde Oesterreich zwingen, uns den Krieg zu erklären.“ In Wien andererseits machte sich ein Selbstbewußtsein ohne Gleichen breit. Am 9. April ließ die Hof- und Kriegskanzlei dem in Mailand stehenden General Gyulay mittheilen, „daß Oesterreich bestrebt sei, den Hauptkampf an den Rhein zu verpflanzen, sobald dies nach den politischen Umständen möglich sein werde.“ Zwei Tage später wurde Erzherzog Albrecht nach Berlin gesandt, damit dieser den Prinzregenten zum Bündniß mit Oesterreich bewege; Oesterreich wolle 200,000 Mann am Rhein aufstellen. Aber der Erzherzog erhielt die Antwort, Preußen beabsichtige sich neutral zu halten und am Kriege nur dann theilnehmen, falls die Interessen Deutschlands bedroht wären.

In Paris war mittlerweile der Wind wieder einmal umgeschlagen. In Folge eines Uebereinkommens mit England richtete Walewski am 13. April eine Depesche nach Turin, welche kategorisch die Abrüstung Piemonts verlangte. Cavour, welcher bei Empfang dieser Depesche krank zu Bette lag, gerieth in grenzenlose Aufregung. Er hielt sich, den König und Italien von Napoleon verrathen, zitterte convulsivisch am ganzen Körper und rief mit einem Faustschlag vor die Stirn aus, jetzt bleibe ihm nichts mehr übrig, als sich eine Kugel durch den Kopf zu

schießen. Folgenden Morgens besuchte ihn der Gesandte Latour d'Auvergne, dem er rundweg erklärte, Angesichts der niederträchtigen Behandlung aus Paris werde er seine Entlassung nehmen, dann aber sich eng mit der Revolutionspartei verbinden und ganz Italien in Flammen setzen; er habe Material genug in der Hand, um Napoleon vor Frankreich und ganz Europa für immer zu compromittiren; es werde sich dann zeigen, wie weit der Tuilerieenkaiser komme. Diese Drohung war wirksam. Napoleon beruhigte Cavour noch an demselben Tage durch zwei Telegramme; man möge in Turin die Dinge nur hinausziehen, irgend ein Zwischenfall werde helfen.

Oesterreich selbst lieferte diesen Zwischenfall. Am 20. April ließ Graf Buol in Paris erklären, Oesterreich werde an keinem Congreß theilnehmen, zu welchem Sardinien eine Einladung empfangen habe. Zugleich gab Buol Kenntniß von dem nach Turin betreffs der Abrüstung gerichteten Ultimatum.

Von diesem Augenblick an war für Oesterreich das Spiel verloren. England und Frankreich erklärten, daß die Verantwortung für den Krieg auf Oesterreich falle; Napoleon befahl die Zusammenziehung von französischen Truppen an der piemontesischen Grenze und in Turin traten am 23. April die Kammern zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, in welcher Cavour unter dem dröhnenden Beifall der Tribünen das Gesetz über die Vertheidigung des Vaterlandes gegen den „fremden Zwingherrn Italiens" vorlegte. Als das Gesetz angenommen war, sprach Cavour bei dem Hinausgehen aus dem Parlamentsgebäude zu Raiazzi: „Jetzt gehe ich aus der letzten piemontesischen Kammersitzung; die nächste wird die des Königreichs Italien sein!"

Der preußische Minister des Auswärtigen, v. Schleinitz, richtete am 22. April eine Note folgenden Inhaltes an sämmtliche Gesandte bei den deutschen Höfen: „Das österreichische Ultimatum an Sardinien hat uns im höchsten Grade überrascht, ja unser Bedauern erregt. Dieser unerwartete Schritt seitens

Oesterreichs schnitt, wie vorauszusehen war, jede freundschaftliche Vermittlung ab und macht den Krieg ohne zureichenden Grund so gut wie unvermeidlich .... Was uns betrifft, so sind wir fest entschlossen, uns nicht wider unseren Willen von Oesterreich in einen Krieg verwickeln zu lassen. Wir werden uns jedem Versuche dieser Art auf's Entschiedenste widersetzen; auch würde ein Druck, den man durch Stimmenmehrheit am Bundestag auf uns ausüben wollte, keinen besseren Erfolg haben. Wir werden Alles aufbieten um die Integrität des deutschen Bodens zu sichern, im Uebrigen aber gedenken wir uns völlige Freiheit unserer Beschlüsse zu wahren."

Lediglich in diesem Sinne brachte Preußen am 26. April den Antrag am Bunde ein, im Interesse der Sicherheit des Landes geeignete Vorkehrungen zu treffen, und es ergriff selbst die Initiative durch Einberufung von drei preußischen Armeecorps mit ihren Reserven.

Wäre es hiernach noch möglich, über den Sinn der preußischen Rüstungen irgend einen Zweifel zu haben, so würde dieser Zweifel durch folgenden Brief des Ministerpräsidenten Fürsten von Hohenzollern an den Herzog Ernst von Coburg d. d. 30. April 1859 beseitigt sein: [1])

„Unsere Politik der Gegenwart ist nicht mehr eine Frage des Kriegs oder des Friedens, sondern jene, ob Preußen oder Oesterreich die Initiative der Leitung der deutschen Angelegenheiten in die Hand bekommen soll. Wir erstreben das Letztere mit dem Aufwand aller nur möglichen Mittel. Um den deutschen Staaten Vertrauen einzuflößen, — denn das Vertrauen ist bei der gehobenen Stimmung Deutschlands die Hauptsache — ist heute der Befehl ergangen, die ganze Armee auf den Fuß der Kriegsbereitschaft

[1]) Herzog Ernst: „Aus meinem Leben" Bd. II. S. 477.

zu stellen. Außerdem werden die Festungen armirt. Somit treten wir der Kriegsmöglichkeit näher und erwarten in ernster und kalter Ueberlegung die weitere Entwicklung . . . . . Oesterreich darf, wird und soll uns brauchen, aber die Form und das Maß unserer Hülfeleistung kann kein Dictat, sondern muß das Ergebniß eigenster Selbstbestimmung sein . . . . Unsere Kammern werden Ende nächster Woche geschlossen. Wir verlangen noch einen Credit von 50—70 Millionen Thlr. Und damit Gott befohlen!"

Man kann sich leicht vorstellen, welche Wirkung diese preußischen Kundgebungen der offenherzigsten Art in der Wiener Hofburg und Staatskanzlei machen mußten. Die Politik von Villafranca ist schon in diesen Schriftstücken so gut wie vorgezeichnet. Am Bundestage kam es noch kurz vor dem Abgange Bismarcks nach Petersburg zu einem großen Scandal; man warf ihm vor, die preußische Regierung betreibe Mainlinienpolitik, während von Berlin aus die süddeutschen Regierungen angeklagt wurden, sie hätten Rheinbundsgelüste und wollten den Oesterreich drohenden Sturm auf Preußen ablenken.

In Wien hatte Kaiser Franz Joseph noch keine Ahnung von der furchtbaren Corruption, die in seinen Ministerien und in seiner Armeeverwaltung herrschte. Ein Jahr später sollten die bezüglichen Criminalprozesse, der Selbstmord des verhafteten Generals Eynatten, des Finanzministers Bruck, des Directors der Nationalbank, Robert, und noch vieles Andere, das aus dem stinkenden Sumpf des Betrugs, des Unterschleifs, der Bestechlichkeit, ja des förmlichen Diebstahls stieg, welches Alles in den höheren offiziellen und sozialen Kreisen der Monarchie getrieben wurde, nicht bloß dem Kaiser die Augen öffnen.

Der einzige völlig klarblickende Politiker jener Zeit war Mazzini, welcher in seinem Journal „Pensiero e Azione" den Italienern zurief: „Ihr werft Euch in einen Krieg, dessen Plan von Frankreich ausgeht und der von der piemontesischen

Regierung geführt wird. . . . . Ihr werdet in irgend einem Winkel der Lombardei im Lager stehen, wahrscheinlich zwischen Franzosen und königlichen Sabauden, während hinter Eurem Rücken der Frieden, der an Venedig Verrath begeht, abgeschlossen wird. Jenen armen Gequälten, welche rufen: „Käme der Satan und befreite uns von den Oesterreichern!“ antworte ich: „Brüder, ihr habt den Satan und die Oesterreicher zugleich; nach der ersten Schlacht werden sie sich auf dem Kampfplatz verständigen — zu eurem Unglück!“

So sollte es denn auch kommen. Bei Magenta und Solferino siegte der Lahme über den Blinden; alle Sachkundigen sind darüber einig, daß noch selten eine militärisch schlechtere und zugleich blutigere Kriegführung da gewesen ist als der Kampf zwischen der französischen und der österreichischen Armee im Sommer 1859. Bis zur Abreise Franz Josephs nach Italien, welche für den Verlauf des Krieges selbst von gar keiner Bedeutung war, war der österreichische Generalissimus Feldzeugmeister Heß „an die Befehle, die man ihm von Wien aus zukommen ließ, so streng gebunden, daß sich Tag um Tag die Fälle wiederholten, wo die eigenen Entschlüsse und Ordres durch die Weisungen der Militärkanzlei contremandirt wurden.“ [1]) Nach der Schlacht von Magenta (4. Juni) wußte zwei Tage lang Keiner von beiden Theilen, wer eigentlich gesiegt habe. Louis Napoleon, welcher in dieser Schlacht commandirt hatte und von einem österreichischen Husarenpiket beinahe gefangen genommen wäre, wenn ihn nicht Mac Mahon (später „Herzog von Magenta“) herausgehauen hätte, war noch fast gelähmt vom Schrecken und hatte wieder Ohnmachtsanfälle in Folge seines Nierenleidens. Da aber die österreichische Armee sich unerwartet nach dem Festungsniveau „rückwärts conzentrirte“, konnte Louis Napoleon seinen Einzug in Mailand halten.

[1]) Herzog Ernst: „Aus meinem Leben“ Bd. II S. 482.

In Deutschland ernüchterte die Kunde von der österreichischen Niederlage und „Rückwärtsconzentrirung“ außerordentlich. Zunächst kam die durch den General von Wilissen, welcher von dem Prinzregenten nach Wien gesandt worden war, schon paraphirte militärische Convention nicht zum Abschluß. In Frankfurt, wo inzwischen Bismarck durch den Freiherrn v. Usedom ersetzt worden war, machten der letztere und sein Adlatus Gruner kein Hehl aus ihrer Freude über die Niederlage Oesterreichs. Fürst Hohenzollern, welcher weniger von Haß gegen Oesterreich als von deutsch-nationalen Ideen geleitet wurde, ärgerte sich über Usedom, sprach von „Haugwitzen“, die bei dem Prinzregenten Einfluß gewönnen und bemerkte in einem Brief vom 22. Juni an den Herzog Ernst: „Die Unentschlossenheit ist der Fluch Preußens, aber sie muß als Thatsache acceptirt werden und jede Discussion hierüber ist nutzlos. Wir kommen zum Ziel, aber mit Umwegen und zu unserem eigenen Schaden.“ — In diesen Tagen fand zwischen dem Prinzregenten, dem Fürsten Hohenzollern und dem Herzog von Coburg eine Unterredung über die Nothwendigkeit eines Wechsels in der Besetzung des Portefeuilles der auswärtigen Angelegenheiten statt. Es stellte sich dabei heraus, daß nicht sowohl Herr v. Schleinitz, als vielmehr der Prinzregent selbst der Schwankende und Unentschlossene war. Fürst Hohenzollern brachte Bismarck als Nachfolger des Herrn v. Schleinitz in Vorschlag. Der Prinzregent antwortete, Bismarck müsse sich erst ganz verändern, ehe er zur Leitung der äußeren Politik berufen würde. „Denn das fehlte jetzt gerade noch“, schloß der Prinz, „daß ein Mann das Ministerium übernimmt, der Alles auf den Kopf stellen wird.“ Unwillkürlich gedenkt man dabei des Ausrufes, welchen der Prinz im Mai 1851 in Frankfurt gethan hatte, als ihm v. Rochow die bevorstehende Ernennung Bismarcks zu seinem Nachfolger mittheilte: „Und dieser Landwehrlieutenant soll Bundestagsgesandter werden?!“

Am 24. Juni wurde die Schlacht von Solferino geschlagen. Sie war eine der blutigsten des Jahrhunderts; auf jeder Seite bedeckten über 18,000 Todte und Verwundete das Schlachtfeld; sie blieben zum größten Theil noch bis zum folgenden Morgen liegen, so daß sich dem Kaiser Franz Joseph, als er einen Umritt über das Schlachtfeld hielt, ein Anblick grauenhaften Elendes bot, der ihm die Thränen aus den Augen trieb. Er soll, wie General Benedek später erzählt hat, ausgerufen haben: lieber eine Provinz verlieren, als noch einmal so gräßliche Dinge erleben. Die Armee ging nach dem Festungsviereck zurück; die Lombardei war aufgegeben.

Graf Meusdorff-Pouilly (der spätere Minister), welcher in dieser Schlacht eine Cavalleriedivision commandirte, hat selbst eine vernichtende Kritik der österreichischen Kriegsführung geliefert. „Mit drei schwachen Cavallerieregimentern hielt ich von 8 Uhr Morgens bis 5 Uhr Nachmittags die ganze feindliche Cavallerie und ihre im Centrum aufgestellte zahlreiche Artillerie im Schach, so daß sie nicht vorzurücken wagten. Hätte ich das Doppelte gehabt und nur einige Batterien schweren Kalibers, so würde ich diesen Theil durchbrochen haben. . . . Die Franco-Sarden gestehen selbst ein, daß sie 18,000 Mann verloren haben. Dabei eine glühende Sonne, wie man sie nur in den Ebenen Italiens kennt, so daß Leute während des Gefechts vom Sonnenstich wahnsinnig wurden. Ich selbst sah einen solchen Mann, der seinen Rock weggeworfen hatte, im Kanonenfeuer herumtanzen und die Cavallerie mit Erdschollen bewerfen. Nimmt man dazu, daß von den neu angekommenen Corps viele Leute kaum aus dem Waggon gestiegen waren, eben erst unter die Fahnen berufen, im Waggon erst unterrichtet werden mußten, wie die neuartigen Gewehre zu laden sind, und daß weder Offizier noch Gemeiner das sehr schwierige, einem Maulbeerbaumwald ähnliche Terrain Italiens kannten, so läßt sich Manches erklären. . . . Mögen die Manen der vielen Gefallenen denen, die inzwischen gemächlich am

Schreibtisch sitzend, politische Windeier legen, manchmal als Traumgestalten die Ruhe der Nächte stören."

Es ist eine merkwürdige Geschichte der Ironie, daß sieben Jahre später Graf Mensdorff den letzteren Ausspruch als gegen sich selbst gerichtet betrachten durfte. „In Oesterreich", so äußerte Bismarck zu Anfang der 1860er Jahre, „hat man nichts gelernt und viel vergessen."

Beide Kaiser waren nach Solferino des Krieges müde und verständigten sich durch ihre Adjutanten — die Minister erfuhren davon nichts — zunächst über einen Waffenstillstand. Es leidet gar keinen Zweifel, daß ganz hauptsächlich die Furcht vor der Einmischung Preußens sowohl Napoleon wie Franz Joseph bestimmten, so rasch wie möglich den Frieden von Villafranca zu schließen, wobei der Erstere sein Italien gegebenes Versprechen: „Frei bis zur Adria!" brach und der Letztere ohne viel Besinnen die Lombardei opferte. Prosper Mérimée schrieb am 30. Juni an seinen Freund Panizzi in Turin: „Die Dummen, die manchmal ganz gescheute Ideen haben, sagen, es werde eine persönliche Uebereinkunft zwischen den beiden Kaisern getroffen werden, und der österreichische, um seine üble Laune auszulassen, werde Preußen beleidigen und sich für seine Verluste auf Unkosten der kleinen deutschen Staaten entschädigen. Das wäre komisch genug!" Als einen der hauptsächlichsten Beweggründe für Louis Napoleons Friedenswünsche bezeichnet Mérimée „die Haltung Deutschlands". — Der Deputirte Darimon schrieb über den ganzen Krieg in seiner „Histoire de douze ans": „Alles entstand aus der Laune des Kaisers. Er hat den Krieg gemacht, während in Paris die Partisane der österreichischen Politik waren. Er war gezwungen, Frieden zu schließen. Der Kriegsminister schickte keine Truppen, keine Munition mehr und der Minister des Auswärtigen, ein Feind Italiens, jagte dem Kaiser Schrecken ein."

Cavour rief, als ihm der Cabinetschef des Kaisers, Pietri, die Nachricht von dem Frieden von Villafranca brachte,

in Gegenwart Kossuth's aus: „Ich bin entehrt. Aber ich sage es Ihnen (zu Kossuth gewandt) und ich sage es vor diesem Herrn (auf Pietri deutend), der es dem Kaiser schon berichten wird: Aus diesem Frieden wird nichts! Dieser Vertrag wird nicht vollzogen werden! Ich werde Solaro della Margherita die eine Hand reichen und Mazzini die andere; Verschwörungen werde ich veranstalten, zum Revolutionär werde ich werden, aber dieser Vertrag soll nicht ausgeführt werden. Nein! Tausendmal nein! Nie und nimmer!... Der Kaiser der Franzosen geht fort. Mag er gehen. Aber ich und Sie, Herr Kossuth, wir bleiben. Nicht wahr? Wir beide werden machen, was der französische Kaiser nicht gewagt hat. Zum Teufel! Wir werden doch nicht auf halbem Wege stehen bleiben?" Kossuth: „Zählen Sie auf mich, Herr Graf."

Für Preußen war die Wirkung von Villafranca die, daß man wieder einmal, wie 1850, den schon gezückten Degen in die Scheide stecken mußte. Die ganze Actionspolitik, von der man sich soviel versprochen hatte, war ein Hieb in die Luft; die colossalen Mobilisirungskosten waren umsonst ausgegeben. Die Stimmung des Prinzregenten ist in folgendem Brief an den Herzog Ernst von Coburg gekennzeichnet:

„Berlin, 14. Juli 1859.

„Wie anders hat sich nun Alles gestaltet!! Es ist Friede, aber was für einer! Und ich muß zuvörderst meine in Marsch gesetzten Truppen halten, dann in die Garnisonen zurückkehren lassen und zuletzt demobilisiren. Somit ist also auch das Corps, welches ich Dir zugedacht hatte, das fünfte, von dieser Maßregel betroffen..... Nun ist Alles in Wasser zerronnen. Aber die Reihe wird nun bald an uns kommen und zwar auf eine viel ernstere Art, als wenn wir in 5—6 Wochen mit unseren 300,000 Mann vom Rhein aus losgebrochen wären, denn meiner Ueberzeugung nach wären die eisernen Würfel für

uns gefallen, wenn uns der Waffenstillstand keinen Frieden resultirte. Ich endige mit dem Proverbe: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Dein treuer Freund
Wilhelm."

Gegen wen die in den letzten Worten des Briefes enthaltene Drohung sich richtete, läßt sich schwer bestimmen; wahrscheinlich hatte der Prinzregent ebensowohl Frankreich wie Oesterreich im Auge. In den Reihen der leitenden preußischen Staatsmänner war offener Zwiespalt ausgebrochen. Während Usedom in Frankfurt alle Schuld des kläglichen Ausganges der preußischen Operationen auf den Minister v. Schleinitz warf, jammerten Fürst Hohenlohe und Max Duncker über den abscheulichen neuen „Thugut" von Oesterreich, „welcher einen Frieden von Campo Formio schloß, ehe noch ein Frieden von Basel verschuldet war." Lord Palmerston in London höhnte: „Johnny was just going to settle stately und bleibt wie ein dummer Junge mit offenem Maule stehen .... für Oesterreich ist die verlorene Lombardei ein Gewinn, die verlorenen Schlachten bleiben aber."

Allgemein war die Furcht vor einer intimen Annäherung zwischen Frankreich und Oesterreich verbreitet. Prinz Albert schrieb darüber am 18. Juli 1859: „Ein Bund zwischen Oesterreich und Frankreich wäre eine entsetzliche Gefahr für Deutschland, würde den Rheinbund herstellen und Preußen vernichten, Napoleon allmächtig machen."

* * *

Aus dem oben mitgetheilten Brief des Prinz-Regenten vom 14. Juli 1859 geht klar hervor, welche Gedanken ihn bei der unmittelbar nach dem italienischen Krieg aufgenommenen Heeres-Reorganisation leiteten. Die alte Heeres-Verfassung von 1814 und 1815 hatte den Schwerpunkt der Kriegsbereitschaft in die Landwehr gelegt, deren erstes Auf-

gebot, mit der Linie vereinigt, die active Feldarmee bildete, während das zweite Aufgebot für die Besatzung der Festungen und die innere Landesvertheidigung bestimmt war. Jährlich wurden, der Bevölkerung von 1815 entsprechend (etwas über 10 Millionen) rund 40,000 Rekruten in die Armee eingestellt, so daß mit der steigenden Bevölkerungszahl immer mehr waffenfähige und wehrpflichtige junge Leute, 1859 etwa 25,000, zurückgestellt werden mußten und dienstfrei blieben. Diese wollte der Prinzregent jetzt herangezogen wissen und gleichzeitig die Landwehr entlasten, was an sich — da unter der Letzteren naturgemäß viele Familienväter waren — gewiß ein gesunder und richtiger Gedanke war. Aber er erforderte schwere pecuniäre Opfer, da hiermit eine Vermehrung der Friedenspräsenz um 39 Infanterie- und 10 Cavallerieregimenter verbunden war. Die öffentliche Meinung sowohl wie das Abgeordnetenhaus waren Angesichts der verfehlten politischen Actionen und Mobilmachungen von 1850 und 1859 von tiefem Widerwillen gegen jede Vermehrung „der Paraderegimenter mit ihren adligen Lieutenants, die überall durch Grobheit und Hochmuth die Bürger belästigten", erfüllt, welche vermeintlich die finanziellen Kräfte des Staates im Frieden aufzehrten und doch nicht dazu dienten, Preußen eine angesehene Stellung in der Welt, ja nicht einmal in Deutschland zu verschaffen, wo es auch nicht die bescheidensten nationalen Wünsche zu verwirklichen vermöge. Schon 1857 hatte Bismarck (Bericht an Manteuffel vom 7. Juli) diese Stimmung als etwas sehr naturgemäßes bezeichnet, indem er schrieb: „Ich will nicht sagen, daß unsere Stellung am Bunde schon unhaltbar wäre; sollten wir aber berufen sein, innere oder äußere Stürme zu bestehen, so macht es bei einer eitlen Nation, wie wir sind, einen bedenklichen Unterschied, ob vermöge der auswärtigen Stellung, die wir haben, das preußische Nationalgefühl gedrückt oder befriedigt ist; das Eine wie das Andere wird es heutzutage ziemlich genau in dem Verhältniß sein, in welchem das Land glaubt,

daß wir abhängig oder unabhängig von Oesterreich uns bewegen, und ich zweifle nicht, daß es unseren inneren Zuständen wohlthun würde, wenn sich im Lande der Eindruck auffrischte, daß die Regierung eine feste Stellung Oesterreich gegenüber einnimmt."

Es ist eines der geschichtlichen Räthsel, welche an die Conflictsperiode von 1861—1866 sich knüpfen, daß in dieser ganzen Zeit weder der König noch seine Minister, Bismarck obenan, diese Worte des einstigen Bundestagsgesandten auch nur im Geringsten beachtet haben, daß sie vielmehr den Schwerpunkt bei dem ganzen Conflicte stets auf die „Machtvollkommenheit der Krone" im Gegensatz zu den Verfassungsrechten des Parlaments legten. (Vergl. das in der Einleitung, S. 16, Gesagte).

Nicht minder fehlerhaft und folgenschwer war die Art und Weise, wie die Heeresreorganisation von Beginn an durchzuführen gesucht wurde. Der hoffnungsvolle Eindruck, welchen die „neue Aera" Anfangs im Lande machte, war bald verrauscht, obwohl an Stelle des zurückgetretenen Fürsten Hohenzollern der „liberale" Graf Schwerin getreten war, dessen Liberalismus sich vorzugsweise in einer weitgehenden Nachsicht gegen die im Stillen frondirende Bureaukratie aus der Zeit Friedrich Wilhelm's IV. manifestirte. Man sah schon im Jahre 1861 nichts mehr von „neuer Aera" in Preußen, und als gar im März 1862 das ganze „liberale" Ministerium verschwand und einem vorwiegend conservativen Cabinet unter dem Vorsitz des erzreactionären Fürsten Hohenlohe-Ingelfingen, seither Präsident des Herrenhauses, Platz machte, da war das Vertrauen zwischen Krone und Volksvertretung längst dahin, der Conflict schon so brennend geworden, daß das Abgeordnetenhaus aufgelöst werden mußte. Die „Heeresreform" war inzwischen durch eine Hinterthür (Frühjahr 1860) in das Staatsleben eingeführt worden, da die neuen Regimenter auf dem Verordnungswege gebildet und die Kosten dafür in das Extraordinarium des Etats eingesetzt worden waren. Das Ab-

geordnetenhaus, welches den Weg der friedlichen Verständigung über die Sache auf Grundlage der zweijährigen Dienstzeit suchte (Commissionsbericht, erstattet von dem Abg. General a. D. v. Stavenhagen) ließ sich von dem Finanzminister v. Patow bewegen, die Kosten vorläufig für ein Jahr, ohne jede Verpflichtung für die Fortdauer der Einrichtung, zu bewilligen. Alles, hatte Herr v. Patow in der Commission gesagt, bleibe provisorisch, Alles könne, wenn der Landtag die Mittel verweigere, wieder reduzirt werden. Als im nächsten Jahre der an Stelle v. Bonin's getretene Kriegsminister Albrecht v. Roon kurz und rund erklärte, die einmal formirten 117 neuen Bataillone würden nun und nimmermehr wieder aufgelöst werden — worin natürlich das Herrenhaus der Regierung auf das Eifrigste zustimmte — da sagten die Gemäßigten (sog. „Altliberale") unter Hinweis auf die von dem Finanzminister v. Patow im vorigen Jahre abgegebenen Erklärungen, die Regierung hätte doch jedenfalls vor der Bewilligung des ersten Credits sich deutlicher und bestimmter erklären müssen. Welche Naivetät, replizirten die Eifrigen; wollt ihr denn schlechterdings nicht sehen, daß Alles schlau ersonnen war, um Euch zu betrügen?

So begann dieser welthistorische Verfassungsconflict, der erst mit dem Kriege von 1866 beendet wurde und ohne welchen Herr v. Bismarck vielleicht in Jahren noch nicht zur Lenkung des Staatsruders berufen worden wäre. „Das fehlte noch", hatte der Prinzregent noch im Juni 1859 gesagt, „daß ein Mann das Ministerium übernimmt, der Alles auf den Kopf stellen wird!" (s. S. 114).

Wir stehen am Schlusse der düsteren Periode des Jahrzehnts von 1850—1860, dessen Begebnisse wir schildern mußten, um das volle Verständniß für das nun Kommende möglich zu machen. Aber die letzten Tage des Jahrzehnts brachten in das politische Getriebe noch ein Moment, das in den Cabineten nicht beachtet wurde, obwohl es für immer in der Geschichte des deutschen Volkes leuchten wird. Es war die unvergleichlich

schöne Säcularfeier der Geburt Friedrich Schiller's; eine Feier, wie sie in gleicher Innigkeit und Hingebung nie ein anderes Volk seinen großen Dichtern dargebracht hat. Am 10. November 1859 vollzog sich unter dem Eindruck dieses großen Nationalfestes in der Seele des deutschen Volkes eine Wandlung, die Jedem unvergeßlich bleiben wird, der den Tag miterlebt hat. An die Stelle trüber Resignation, die ein Jahrzehnt lang nach dem Zusammensturz der kurzen Erhebung von 1848 auf dem größten Theil der Nation gelastet hatte, trat fortan das mächtige und unzerstörbare Gefühl der inneren Einheit und Untrennbarkeit eines Volkes, das nicht die Drangsale und Leiden von Jahrhunderten, nicht die niederträchtige Selbstsucht einer vaterlandslosen Fürstenpolitik, nicht das rücksichtslose und brutale Spiel, welches ganz Europa mit ihm trieb, nicht schreckliche Enttäuschungen aller Art, nicht Verwüstungen und Kriege von Außen, nicht Kerker und blutige Verfolgungen im Innern von seiner Bestimmung und seinem Sterne hatten abwendig machen können. Die Schillerfeier, welche nicht nur in Deutschland selbst bis in die kleinsten Orte, sondern auch in fernen Welttheilen, wo irgend nur Deutsche sich zusammenfanden, froh und freudig begangen wurde, war der Rütlischwur der deutschen Nation. Von jenem Tage an, einem wunderschönen Spätherbsttag, an dem hoch vom blauen Himmel herab die leuchtende Sonne den glitzernden und funkelnden Reif des Winters küßte, wo ein einziger mächtiger Glockenklang über Alldeutschland zu ertönen schien und ernsten Männern die Thränen der Rührung und der Begeisterung über die Wangen rieselten, datirt die Wiedergeburt der deutschen Nation. Und wenn auch später blutig roth der Tag sich färbte; kein einziger Rückschritt trat mehr ein, bis zur Stunde, da die Thore des Kyffhäusers sich öffneten und die Raben entschwunden waren, welche die Volkssage über der Gruft Barbarossa's kreisen ließ.

Die Aera Bismarck.

Erste Ministerthätigkeit Bismarcks.

Das neue Jahrzehnt begann für den Prinzregenten und seine Umgebung mit einer stark an Rathlosigkeit und Erbitterung grenzenden Stimmung. In der auswärtigen Politik und der deutschen Frage hatten die Erlebnisse während des italienischen Krieges einen überaus entmuthigenden Einfluß geübt, der noch durch ärgerliche Reibungen im Ministerium selbst verschärft wurde. Der Ministerpräsident Fürst Hohenzollern und der Minister des Auswärtigen v. Schleinitz standen sich sehr kühl gegenüber; von einem innerlichen Zusammenwirken Beider konnte keine Rede sein. Der Prinzregent seinerseits war äußerst übeler Laune und sagte Jedermann, der irgend Gelegenheit hatte, mit ihm über Politik zu sprechen, daß er abdanken müsse, wenn die Militärvorlage im Landtage verworfen würde; die Opposition, das fühle er aus Allem heraus, sei nicht gegen die Sache, sondern persönlich gegen ihn gerichtet. Aus der Correspondenz zwischen dem Kronprinzen und dem Herzog von Coburg (März 1860) geht hervor, „daß das rothe Gespenst die Träume des Prinzregenten beunruhigte", zumal gerade in diese Zeit die erste Thätigkeit des im Herbst 1859 in Gotha und Frankfurt begründeten Nationalvereins fiel. Der Prinzregent wußte nicht recht, was er zu dieser, zum ersten Male seit den Jahren 1848 und 1849 wieder auftauchenden Volksbewegung sagen sollte. Auf der einen Seite mußte es ihm sympathisch sein, daß der Verein, wenn auch nicht ausgesprochenermaßen, so doch thatsächlich, die führende Stellung Preußens in Deutschland

erstrebte, auf der anderen erschien es ihm als ein drohendes Zeichen, das an Stelle der unter sich uneinigen, ja gegenseitig oft feindlichen Regierungen, welche ihre Ohnmacht in der Förderung der nationalen Angelegenheiten genügend documentirt hatten, die Volksmassen selbst sich der Sache bemächtigen wollten. Alle Schrecken des Revolutionsjahres 1848 stiegen vor seinem Auge wieder empor; indessen ließ er sich doch, eingedenk der trüben vormärzlichen Erfahrungen, zu keinen Unterdrückungsversuchen gegen den Verein hinreißen.

Im April 1860 suchte der Prinzregent auf Anrathen des Herzogs von Coburg, der in dieser Zeit einen großen persönlichen Einfluß übte, mit den Führern der gemäßigten Opposition in der Kammer in Fühlung zu treten. Er wünschte zu erfahren, welche Opfer er bringen müsse, um eine Verständigung in der Militärfrage herbeizuführen, und beauftragte den Herzog förmlich, sich hierüber zu informiren.

In den Conferenzen, welche Herzog Ernst mit den beiden Vincke, Graf York und Anderen hatte, betonten die Letzteren, daß über die Armeereform sich schon leichter sprechen lasse, wenn nur die innere Politik etwas mehr Vertrauen einflöße. Die meisten Oberpräsidenten im Lande gehörten der ausgesprochen feudal-reactionären Richtung an und müßten durch populäre Persönlichkeiten ersetzt werden; in Berlin lasse der Polizeipräsident nicht einmal den Schatten einer städtischen Selbstverwaltung aufkommen und regiere hier wie ein französischer Präfect; eine Reihe von Männern, welche in Deutschland die höchsten Sympathieen genößen, müßten immer noch als politische Flüchtlinge im Ausland leben. Der Herzog erhielt eine Liste von Namen, welche dem Prinzregenten in Erinnerung gebracht werden sollten. Diese bescheidenen Wünsche fanden jedoch bei dem Prinzregenten eine geradezu schroffe Abweisung. „Als ich", erzählt der Herzog, „auf die Amnestie zu sprechen kam, warf er einen kurzen Blick in die von mir bereit gehaltene Liste und rief, er werde nie Menschen amnestiren, welche den

Degen gegen ihn gezogen; dies wäre sträfliche Schwäche. Er kam dann wieder auf die Greuel der badischen Revolution zu sprechen, welche er nie vergessen könne, und erzürnte sich besonders über Kinkel. Ueberhaupt wollte er von einer Rückkehr der Flüchtlinge nichts hören.[1]) Die Menschen seien seit 1848 unverbesserlich. Er gehe auf keine Compromisse ein. Die Kammer sei zu Uebergriffen geneigt. Er dürfe besonders in seiner Stellung als Prinzregent den Rechten der Krone nichts vergeben." [2])

Man muß diese vollständig beglaubigten Vorgänge sich gegenwärtig halten, um die Entstehungsgeschichte des Verfassungsconflicts in Preußen richtig zu würdigen. Wäre diese unglückselige Angelegenheit nicht gewesen, welche Sympathieen hätte der Staat Preußen in den Jahren 1861—1866 durch friedliche Förderung des deutschen Einheitswerkes in den Volksmassen sich erwecken können, wie leicht wäre es gewesen, die Wiener Hofburg und Staatskanzlei mit ihrem gesammten Fürstenanhang in Deutschland zu isoliren!

Es kam der Sommer 1860 heran, in dessen Beginn Louis Napoleon das Bedürfniß fühlte, sich Preußen zu nähern, da er überall in Europa ein Gegenstand des Mißtrauens und des Argwohns war. Graf Pourtalès, der schon aus Friedrich Wilhelm's IV. Zeit bekannte preußische Diplomat, befürwortete in Berlin dringend den Plan einer Zusammenkunft Napoleons mit dem Prinzregenten; bereits hatte auch König Max von Baiern seinen Besuch in Baden-Baden während des üblichen Sommeraufenthaltes des Prinzen dort angemeldet, der König von Württemberg wollte gleichfalls kommen und so lud der Regent auch den Kaiser Napoleon ein, indem er die bevor-

---

[1]) Einer dieser Flüchtlinge (Lothar Bucher) wurde wenige Jahre später „die rechte Hand Bismarcks" in den wichtigsten Fragen der auswärtigen Politik.

[2]) Herzog Ernst: „Aus meinem Leben", Bd. III S. 21 und 22.

stehende Zusammenkunft durch Circular den deutschen Höfen bekannt machte. Die Wirkung dieser Nachricht war, wie wenn man mit einem Stock in einen Ameisenhaufen sticht. Besonders der blinde König von Hannover war außer sich vor Aufregung; er reiste spornstreichs nach Berlin, drang sofort nach seiner Ankunft dortselbst noch spät Abends in das Schlafzimmer des Prinzregenten ein und beruhigte sich erst, als dieser ihn einlud, bei allen Besprechungen in Baden-Baden persönlich zugegen zu sein. So gestaltete sich der Besuch in Baden-Baden zu einem förmlichen Fürstencongreß (15.—18. Juni 1860), bei welchem der Prinzregent und Louis Napoleon die Hauptpersonen, die vier Könige von Sachsen, Hannover, Baiern und Württemberg, die Großherzoge von Baden, Weimar und Hessen-Darmstadt, die Herzöge von Nassau und Coburg die Staffage bildeten. Für den Gang der Politik kam auf diesem Congresse außer dem Austausch friedlicher und beruhigender Redensarten, zu denen namentlich die Versicherung des Prinzregenten gehörte, daß er den Schutz des deutschen Bundesgebietes und die Achtung vor den Rechten der einzelnen Landesherren als die erste Aufgabe der europäischen Politik Preußens betrachte, nichts heraus. Aber am Schlusse des Congresses, am Morgen nach der Abreise Louis Napoleons, ereignete sich im alten Schlosse, wohin der Prinz die Fürsten noch zu einer Schlußansprache geladen hatte, eine Szene hochkomischer Art. Der Prinz hatte seine Ansprache gehalten, der König von Baiern darauf erwiedert, als König Wilhelm von Württemberg ganz unvermuthet mit der Versicherung herausfuhr, er und die übrigen deutschen Fürsten würden den Prinzregenten in seinen Bemühungen für Reform der Bundes-Militärverfassung auf's Kräftigste unterstützen, falls er nur die Hand zu besserer Bekämpfung gewisser „revolutionärer Elemente", welche die Souveränitätsrechte der Fürsten frech bedrohten, bieten wollte. Eine deutliche Anspielung in der Rede und ein giftiger Seitenblick auf den anwesenden Herzog von Coburg, welcher bekanntlich

den Nationalverein unter seine schützenden Flügel genommen hatte und mit den Führern desselben in fortwährender Verbindung stand, sagten genugsam, was der König unter den zu bekämpfenden „revolutionären Elementen" verstand. Die übrigen drei Könige secundirten ihm auf's Eifrigste, insbesondere fuhr der blinde Georg von Hannover in lebhafter Bewegung mit seiner Rechten in der Luft herum, bis er die Hand des Prinzregenten erfaßt hatte; dieser jedoch wich den Liebesbewerbungen der fürstlichen Vettern mit der Bemerkung aus, er könne doch nicht gut hier eine Frage discutiren, die nur die Ministerien unter sich auszumachen hätten; man sollte doch seiner eben erst gegebenen Versicherung trauen, daß er es als seine Aufgabe betrachte, die Rechte der Bundesgenossen zu schützen. Damit war das Intermezzo und der ganze Congreß beendet; ein Nachspiel bildete noch die Correspondenz des Herzogs mit den vier Königen über den so sehr gefürchteten, von dem Herzog theils als harmlos, theils als verdienstvoll gepriesenen Nationalverein. Der Prinzregent, welchem der Herzog von dieser Correspondenz Mittheilung machte, begnügte sich, zu antworten, er werde in Preußen nur dann gegen den Nationalverein vorgehen, wenn derselbe sich zu Handlungen verleiten ließe, die gegen seine (des Prinzen) Auffassung von den nothwendigen Grundlagen des Staatslebens stritten. „Wir können keine Repetition der Volksbeglückung von unten her gebrauchen", lauteten die Schlußworte des charakteristischen Briefes.

Dem Fürstencongreß in Baden-Baden folgte am 26. Juli 1860 eine Zusammenkunft zwischen Kaiser Franz Joseph und dem Prinzregenten in Teplitz, welche ebenso bedeutungslos war, wie der Congreß in Baden-Baden, nur daß die Gegnerschaft zwischen Oesterreich und Preußen sich hier abermals, wenn auch in sehr höflichen und „brüderlichen" Formen, dokumentirte. Kaiser Franz Joseph verlangte die Hülfe Preußens für den Fall erneuter Angriffe gegen Oesterreich in Italien, der Prinzregent die Zustimmung Oesterreichs zu den preußischen

Vorschlägen betreffs der Bundes-Militärreform, wofür hier wiederum Franz Joseph die vorausgehende Garantie Preußens für Venetien forderte, und so ging man mit den Versprechungen „gegenseitigen guten Willens", aber ohne jede sachliche Uebereinstimmung oder gar Verbindlichkeit auseinander. Auch auf dem Congreß in Warschau (November 1860), an welchem die beiden Kaiser von Rußland und Oesterreich, der Prinzregent von Preußen, Graf Rechberg, der Fürst von Hohenzollern, sowie Herr v. Bismarck als preußischer Gesandter in Petersburg theilnahmen und welcher durch die Agonie der Mutter des Zaren Alexander unterbrochen wurde, ging Oesterreich mit Vorschlägen wegen einer europäischen Oberaufsicht über die Neuordnung der Dinge in Italien hausiren, fuhr aber damit gänzlich ab.

Bald darauf trat Fürst Hohenzollern, dem der Prinzregent den Vorwurf der Lauheit in der Militärfrage machte, von dem Ministerpräsidium zurück, um zunächst durch den Grafen Schwerin ersetzt zu werden; auch Schleinitz gab das Portefeuille des Auswärtigen an den bisherigen Gesandten in London, Grafen Bernstorff ab; das preußische Abgeordnetenhaus, welches die Discussion der deutschen Frage auf seine Tagesordnung gesetzt hatte, wurde wegen dieses „Uebergriffes" am 11. März 1861 aufgelöst und die Dinge entwickelten sich — der Prinzregent war inzwischen durch den Tod seines Bruders seit dem 2. Januar König geworden — im Sinne der Conflictsverschärfung weiter, bis zu Anfang März 1862 der definitive Austritt der liberalen Minister Auerswald, Schwerin, Patow, Bernuth, Pückler erfolgte und nur Roon, v. d. Heydt, sowie Graf Bernstorff zurückblieben. Den Vorsitz im Ministerium übernahm, wie schon oben erwähnt, der Präsident des Herrenhauses, Fürst Hohenlohe-Ingelfingen, an die Stelle der Verabschiedeten traten (18. März 1862) fünf Erzconservative, die Herren v. Jagow, v. Mühler, v. Holzbrink, die Grafen von Lippe und Itzenplitz.

In die deutschen Angelegenheiten kam durch den Uebermuth Dänemarks und des Kurfürsten von Hessen um diese Zeit wieder etwas Bewegung. Graf Rechberg in Wien mußte schandehalber, nachdem der Kurfürst durch fortwährende chicanöse Verordnungen Stände und Land reizte und der öffentlichen Meinung ganz Deutschlands Trotz bot, dem preußischen Vorschlag zustimmen, daß der Bundestag eine Aufforderung an den Kurfürsten erlasse, die Verfassung von 1831 vorbehaltlich des Wegfalls der den Bundesgesetzen widersprechenden Bestimmungen wieder in Wirksamkeit zu setzen. Die kleineren Höfe erachteten einen solchen „Eingriff in die Souveränitätsrechte eines Bundesgenossen" für höchst bedenklich, so daß unter stiller Connivenz Oesterreichs ein Begräbniß des Antrages in den Bundestagsausschüssen zu befürchten war. Da kam König Wilhelm auf den Gedanken, durch Sendung seines Generaladjutanten nach Cassel, welcher der Träger eines eigenhändigen Briefes des Königs sein sollte, eine directe und persönliche Pression auf den Kurfürsten auszuüben. Es sollte ihm vorgestellt werden, wieviel besser es für ihn sei, freiwillig dem Wunsche der beiden Großmächte zu entsprechen, als erst den Zwang eines Bundesbeschlusses abzuwarten. Das Wiener Cabinet, welches von dieser Absicht des Königs in Kenntniß gesetzt wurde, weigerte sich mitzuthun, worauf der sofort von der Sachlage unterrichtete Kurfürst erst recht trotzig wurde und die berüchtigte Verordnung am 26. April 1862 erließ, welche alle Bürger von dem Wahlrecht ausschloß, die nicht vorher die octroyirte Verfassung von 1860 anerkannt hätten. Ein Schrei der Entrüstung erhob sich darüber im ganzen Lande und die Casseler Wahlmänner richteten eine Beschwerde gegen diese Vergewaltigung an den Bundestag. Der Kurfürst lachte darüber; bald aber wurde ihm gezeigt, daß Preußen sich nicht weiter verhöhnen lassen wolle, und am 11. Mai ging General Willisen mit dem eigenhändigen Brief des Königs nach Kassel ab. Zugleich ließ Bernstorff in Wien erklären, daß eine fortgesetzte Weigerung des Kurfürsten ernste Folgen nach sich ziehen werde.

Dem Verfasser ist aus mündlichen Mittheilungen des verstorbenen Cabinetsraths des Kurfürsten, v. Goddäus, bekannt, daß dem Kurfürsten von Wien, Dresden und Hannover aus angerathen worden war, der preußischen Pression in keinem Falle nachzugeben, sondern zu erklären, daß nur ein Bundesbeschluß für ihn maßgebend sein könne; mehr als den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Cassel und Berlin riskire er bei der ganzen Sache nicht. Natürlich war der Kurfürst sehr bereit, diesem Rath zu folgen. General Willisen hatte die größte Mühe, überhaupt zu ihm zu gelangen; als er endlich am 12. Mai um 8 Uhr Abends so weit war, fand er im Vorzimmer die beiden Minister Abée und v. Goddäus, welche bei der Audienz zugegen sein sollten. Eine sehr draftische Szene entwickelte sich gleich nach dem Eintritt des Generals in das Cabinet des Kurfürsten; dieser behielt das ihm überreichte Schreiben des Königs Wilhelm in der Hand und sprach kein Wort. Auf die Frage Willisens, ob S. K. H. den Brief nicht öffnen wollten, platzte der Kurfürst wüthend heraus: „Ist gar nicht Stil" und warf den Brief auf einen vor dem Spiegel stehenden Tisch, unterbrach Willisen's Versuch zu sprechen mit einer Fluth zorniger Bemerkungen, unter Anderem auch, König Wilhelm möge nur nach den Dingen im eigenen Lande sehen; dort werde er bald Schlimmeres thun müssen, als jetzt in Hessen geschehe. Willisen erklärte, er müsse nunmehr die Mittheilung machen, daß S. M. der König beabsichtige, den diplomatischen Verkehr mit Hessen abzubrechen, worauf der Kurfürst erwiedert, das könne er nicht hindern; aber es sei doch ein sonderbares Verfahren, Gesandte abzuberufen, weil in inneren Fragen des Nachbarlandes nicht Alles geschehe, was man in Berlin wünsche. Die Audienz war beendet.

Der preußische Gesandte v. Sydow in Cassel forderte unter Androhung des Bruches als Genugthuung für den beleidigenden Empfang des Generals Willisen und die formelle Nichtachtung des königlichen Handschreibens die sofortige Ent-

lassung der hessischen Minister und in Berlin ordnete der König die Marschbereitschaft zweier Armeecorps an, worüber in Wien und Frankfurt ungeheure Aufregung entstand. Es traf sich, daß gerade zu dieser Zeit Herr v. Bismarck, soeben aus Petersburg nach Paris versetzt, in Berlin anwesend war. Graf Bernstorff frug ihn um seine Meinung, was geschehen solle. Bismarck antwortete: „der Umstand, daß der Kurfürst einen königlichen Brief auf einen Tisch geworfen hat, ist ein wenig geschickter Casus belli; wollen Sie aber Krieg, so ernennen Sie mich zu Ihrem Unterstaatssekretär, dann mache ich mich anheischig, Ihnen binnen vier Wochen einen deutschen Bürgerkrieg bester Qualität zu Stande zu bringen." Bernstorff fuhr entsetzt zurück[1]). Aber die preußische Drohung hatte doch den Erfolg, daß am Bundestage die von Oesterreich und Preußen beantragte Aufforderung an den Kurfürsten wegen Wiederherstellung der Verfassung von 1831 beschlossen wurde, worauf die hessischen Minister ihre Entlassung nahmen und der Kurfürst dem Frankfurter Beschlusse nachgab. Wir werden sehen, daß zur vollen Durchführung des Rechtszustandes in Hessen erst noch die Feldjägersendung Bismarcks nach Cassel nothwendig war.

Bismarcks Ernennung zum preußischen Gesandten in Paris erregte in Wien, wie aus der Correspondenz des Ministers Thouvenel mit dem Botschafter Grammont hervorgeht, lebhafte Beunruhigung. Am 30. Mai 1862 schreibt Grammont an Thouvenel: Die Ernennung mißfalle in Wien, Rechberg fürchte die Umtriebe Bismarcks. „Wenn Herr v. Bismarck", habe Rechberg geäußert, „eine vollständige diplomatische Schule durchgemacht hätte, würde er einer der ersten, vielleicht der erste Staatsmann Deutschlands sein; er sei muthig, fest, voll Feuer und etwas exaltirt, aber unfähig, irgend eine vorgefaßte Idee Gründen höherer Art zu opfern, ein Parteimensch im vollen Sinne des Wortes und gegen Oesterreich feindlich gesinnt;

---

[1]) v. Sybel. „Begründung des deutschen Reichs", Bd. II. S. 421.

darum sehe man in Wien die Ernennung nicht ohne Unruhe." — Grammont beruhigte Rechberg damit, daß Thouvenel, der ruhige und bedächtige Staatsmann, schon Wasser genug in den gährenden Most Bismarcks schütten werde. „Auf jeden Fall", wiederholte Rechberg, „haben wir keinen Freund an ihm." — Am 14. Juni schreibt Grammont von Carlsbad aus an Thouvenel, Preußen habe die hessische Sache wieder aufgenommen und bedränge den Kurfürsten sehr zum großen Aerger der Kleinstaaten, welche hierin ein böses Präcedens sähen. Auch Oesterreich sei ärgerlich und wolle nicht mehr mitmachen; bezügliche Noten seien zwischen Wien und Berlin gewechselt. Am österreichischen Hofe hetze der Herzog von Braunschweig gegen den König Wilhelm; man werde noch etwas erleben, wenn erst Bismarck Minister sei.

Ueber die kurze diplomatische Thätigkeit Bismarcks in Paris gibt ein sehr urtheilsfähiger Franzose[1]) folgende Schilderung: „Für Herrn v. Bismarck war Paris geradeso wie vorher Frankfurt und Petersburg ein Beobachtungsposten und eine practische Schule. Er bereitete sein Terrain vor und pflanzte durch Aeußerungen, die man anfangs als extravagant taxirte, den Keim zu Manchem, was bald genug aufgehen sollte. Man hörte ihn stets mit Vergnügen an, denn er war amüsant in hohem Grade, frei von Vorurtheilen und brachte seine Indiscretionen mit einer unnachahmlichen naiven Kraft an. Das Bild, welches er von den kleinen deutschen Höfen entrollte, der geistvolle Spott, den er über diese Krähwinkel ausgoß, mußte Jeden ohne Ausnahme erquicken und er stieß auf keinen Widerspruch, wenn er die Nothwendigkeit betonte, diese Rumpelkasten einer vergangenenen Zeit endlich den modernen Ideen anzupassen. Er erzählte von seinen Kämpfen am Bundestage und brachte spielend den Meisten die Ueberzeugung bei, daß Frankreich von der kleinlich-schäbigen und vorurtheils-

[1]) Rothan, „La politique française en 1866", pag. 36.

vollen Politik des Wiener Hofes nichts zu hoffen habe, während Preußen, sobald es nur sich selbst zurückgegeben sei, die Ausdehnung des französischen Machtbereichs und Einflusses nach allen Seiten hin, wo französisch gesprochen werde, sehr gern sehen würde. Seine Theorieen, Systeme, Prinzipien und Lehrmeinungen paßten sich stets mit wunderbarer Genauigkeit den Bedürfnissen des Augenblicks an. Er gab bei jeder passenden Gelegenheit seinen Sympathieen für Frankreich und seiner Bewunderung für den Kaiser einen überzeugenden Ausdruck und steckte damit seine Zuhörer in den Sack; er erinnerte daran, daß man ihn während des italienischen Krieges an den süddeutschen Höfen eine „europäische Calamität" genannt habe, weil er es gewesen, welcher am stärksten auf die Neutralität Preußens drang. Während er so unseren Manien schmeichelte, studirte er unser ganzes Wesen, fühlte dem Kaiserreich den Puls und versicherte sich, daß wenn die Stunde zur Ausführung seiner Pläne komme, wir ihn nicht hindern könnten und wollten. Er schuf sich nicht, wie andere fremde Diplomaten es oft gethan, einen Schweif von Anhängern, sondern befriedigte möglichst Alle, um seine eigentlichen Bemühungen auf diejenigen zu conzentriren, welche der Ueberzeugung lebten, daß die Schwierigkeiten des Kaiserreichs im Innern nur durch Ableitung nach Außen gehoben werden könnten. Zu der Presse stand er, gleich Cavour, in guten Beziehungen und bereitete, kurz gesagt, Alles zu der künftigen Action vor."

Die Ernennung Bismarcks zum Ministerpräsidenten lag, wie wir sehen, schon lange vor dem 22. September 1862 in der Luft; sie würde schon im März 1861, ja vielleicht schon 1860 erfolgt sein, wenn der König nicht eine geheime Scheu vor diesem Mann gehabt hätte, der als Minister „Alles auf den Kopf stellen werde". Aber im September 1862 war der Conflict mit dem Abgeordnetenhause schon zu einer solchen Schärfe gelangt, der König so erbittert und hülfebedürftig, daß er seine früheren Bedenken überwand und auf Anrathen von Roon's den Mann des rücksichtslosen Kampfes an's Staatsruder berief.

Sein ostentatives Regierungsprogramm entwickelte Bismarck, überzeugt, daß dies der beste Weg zur Verbreitung an den deutschen Höfen sei, in einem Privatbrief vom 4. October 1862 an Beust in Dresden. „Ich habe", heißt es darin, „nicht das Bedürfniß, Preußen in die Bahnen der sardinischen Politik zu bringen; selbst wenn man es wollte, würden die Mittel zur Durchführung fehlen. . . . . Im Innern wird es meine erste Sorge sein, gegen die wachsenden Ansprüche des Parlaments zu reagiren, das vom Parlamentarismus angesteckte Beamtenthum zu reinigen, und die Rechte der Krone zu wahren. Ich halte dies für möglich, ohne mich aus den Bahnen zu entfernen, welche die Verfassung vorschreibt."

Ziemlich verschieden hiervon klingt die Unterredung, welche wenige Tage später (am 15. October 1862) Friedrich Oetker aus Cassel mit Bismarck hatte[1]). Oetker empfing schon aus den ersten Aeußerungen des Ministerpräsidenten den Eindruck, daß derselbe die deutschen Angelegenheiten noch um viele Grade höher stelle als seine Vorgänger. Einen bestimmten Plan habe er noch nicht; er wolle die Dinge fassen, wie sie eben laufen. Bismarck entwickelte dann seine Ansichten in Betreff des Handelsvertrags mit Frankreich und des deutschen Zollvereins. Man sei fest entschlossen, auf jede Folge hin, auch auf die einer „vollständigen Isolirung" am Handelsvertrag mit Frankreich (der am 2. August 1862 ohne Mitwirkung der anderen Zollvereinsstaaten abgeschlossen war) festzuhalten und eine Umbildung der Zollvereinsverfassung zu erstreben, damit das Veto der Einzelnen hinwegfalle. Dabei solle eine „Vertretung der Bevölkerung" stattfinden, woraus mit der Zeit, mit den Jahren, denn auf einmal lasse sich so etwas nicht erzwingen, eine bedeutungsvolle politische Consequenz hervorgehen könne.[2])

[1]) Fr. Oetker: „Lebenserinnerungen", Bd. III. S. 335 folg.

[2]) Den gleichen Gedanken hatte Bismarck schon am 15. März 1858 von Frankfurt aus in einem Schreiben an einen Abgeordneten entwickelt. S. Poschinger „Preußen im Bundestag", Bd. IV. S. 298.

Die Souveränität der Fürsten komme dabei nicht allzu empfindlich in Betracht. Ob alsbald eine Gesammtgesetzgebung für alle Vereinsstaaten in Handelsangelegenheiten und ähnlichen Dingen erzielt werden könne, lasse er vorläufig dahin gestellt. Sehr wichtig bei diesem Plane sei natürlich Kurhessen. Die Stellung Preußens zu der hessischen Verfassungsangelegenheit werde unverändert bleiben; er beabsichtige im Gegentheil noch einen verstärkten Druck auf den Kurfürsten auszuüben. Inzwischen waren schon mehrere Besuchsanmeldungen erfolgt; Oetker hatte sich bereits erhoben, aber Bismarck hielt ihn noch zurück; er hatte augenscheinlich noch etwas auf dem Herzen, worauf er Werth legte. Es werde, fuhr er fort, Oetker doch interessiren, etwas über die innere Frage in Preußen zu vernehmen, was aber sehr confidentiell sei. Er habe der Sache die jetzt vorliegende Richtung gegeben, um vorläufig einen gewissen Abschluß zu erzielen. Die Stimmung sei auf allen Seiten eine solche, daß eine Verständigung jetzt unmöglich erscheine; die Zeit werde helfen. Er denke nicht daran, den Conflict zu verschärfen, hege vielmehr die feste Hoffnung, daß sich in wenigen Monaten ein Weg zur Ausgleichung werde eröffnen lassen. Als Oetker auf eine Mittelzahl in Betreff der drei- bezw. zweijährigen Dienstzeit hinwies, entgegnete Bismarck lebhaft: „Das ist der Henkel, an dem sich die Sache wird fassen lassen; es bedarf aber einiger Zeit.“ Dann klagte er, daß so viel Verkehrtes in die Oeffentlichkeit komme. So habe Frese seine Aeußerungen (in der Sitzung der Budgetcommission vom 30. September) vielfach entstellt veröffentlicht, namentlich auch den Zusammenhang gestört, in dem er von „Blut und Eisen“ gesprochen habe; „Blut“ sei hier gleich Soldaten gebraucht worden. Oetker schob hier ein, wie er selbst ganz der Ansicht sei, daß man ohne „Blut und Eisen“, viel Blut sogar, nicht an's Ziel der deutschen Frage kommen werde, was Bismarck wie in Gedanken verloren anhörte. Dann fuhr er fort: er sei der junge Mensch nicht mehr, der sich 1848 den Barrikaden

gegenübergestellt habe; Jedem hafte seine Erziehung an, aber in Frankfurt seien ihm die Augen aufgegangen. ... Uebrigens habe er das Ministerium übernommen, gerade um Extremes zu verhüten; die Herren von der Opposition irrten sich, wenn sie an ein liberales Ministerium dächten, nach ihm würden vielmehr die Herren v. Manteuffel[1]) u. s. w. kommen und die Sache könne dann leicht mit „Karlsbader Beschlüssen" enden. Er strebe aufrichtig nach Ausgleichung, es müsse ein Weg gefunden werden.

Schon in der Einleitung haben wir auf den merkwürdigen Widerspruch hingewiesen, der zwischen diesen Worten Bismarcks, an deren Aufrichtigkeit sich doch nicht zweifeln läßt, und seinem wirklichen Verhalten der Volksvertretung gegenüber lag. Zwei Dinge können hier als Erklärung dienen, wiewohl sie zur vollständigen Klarstellung der Politik Bismarcks gerade in dieser Periode gewiß nicht ausreichen. Der König war, wie wir gesehen haben, allen Compromissen in der Militärfrage, wie überhaupt in der inneren Politik auf's Entschiedenste abgeneigt; bei ihm stand die Wahrung der „Machtvollkommenheit der Krone" gegenüber den vermeintlichen Uebergriffen der Volksvertretung, die sich durch den Vorschlag der zweijährigen Dienstzeit auch in die technische Seite der Militärverwaltung hatte mischen wollen, im Vordergrund aller Erwägungen. Er wurde in diesen Ansichten durch sein Militärcabinet und den Kriegsminister v. Roon auf's Eifrigste unterstützt; die beiden letzteren Factoren hatten für die Bundesreformfrage und alles damit Zusammenhängende gar keinen Sinn; der König selbst war in dieser Beziehung degoutirt und wollte, wie er mehrfach äußerte, erst dann nach Außenhin kräftiger auftreten, wenn die Heeresreform gesichert sei. Bismarck war nun von ihm wesentlich in der Eigenschaft als Kampfesminister, nicht mit Rücksicht auf

[1]) Damit war offenbar der bekannte General Manteuffel (nicht der frühere Minister) gemeint.

die auswärtige Politik, berufen, die erst im Januar 1863 in Folge des polnischen Aufstandes wieder eine größere Bedeutung gewann und zwar, wie wir sehen werden, in einer für die liberalen Bestrebungen in Preußen höchst unglücklichen Richtung. So war die Stellung und die Anschauungsweise des Königs, auf welche Bismarck, selbst wenn seine eigenen Ansichten hiervon abgewichen wären, Rücksicht zu nehmen hatte. Aber er selbst — und dies ist der zweite Punkt, den wir zu berücksichtigen haben — war zu Beginn seiner Ministerthätigkeit noch lange nicht zu der von ihm später vertretenen Einsicht gelangt, „daß das constitutionelle Leben aus einer Reihe von Compromissen besteht." Die äußerst dehnbare und in vielen Punkten unklare preußische Verfassung von 1850 war für ihn, wie schon sein Bericht aus Frankfurt vom 29. September 1851 sagt, „nur das Gefäß, dem erst die Persönlichkeiten, welche regieren, den Inhalt verleihen." 1862 wie 1851 huldigte er dem Satze: „Die Regierungsgewalt ist in Preußen, sobald nur Krone und Minister einig sind, stärker und fester als in irgend einem Lande der Welt; so lange Sr. Majestät der Entschluß zum Befehlen nicht abgeht, wird die Neigung zu gehorchen, auch da sein."

In diesem Sinne sind die Conferenzen aufzufassen, welche Bismarck kurz nach seinem Amtsantritt mit Simson und anderen Führern der Altliberalen zum Zwecke einer möglichen Verständigung über die Heeresreformfrage hatte. Sie führten zu nichts, weil der einzige mögliche Ausgleich — die zweijährige Dienstzeit — auf die schroffste Ablehnung von Seiten des Königs und des Kriegsministers v. Roon gestoßen sein würde. Kurz entschlossen etablirte Bismarck mit Hülfe des Herrenhauses (11. October 1862) das budgetlose Regiment mit der bekannten Lückentheorie, und von diesem Augenblick an spitzte sich der Streit um die Militärreform zu der Frage zu, ob in Preußen das „starke Königthum" im Sinne der Krönungsfeierlichkeit von Königsberg oder das constitutionelle System den Ausschlag geben solle. In Bezug auf die deutschen Angelegenheiten und die aus-

wärtige Politik huldigte Bismarck dem in der Unterredung mit Oetker betonten Satze: „man müsse die Dinge fassen, wie sie eben laufen.“

Und in dieser Beziehung läßt sich nicht sagen, daß Bismarck irgend eine Gelegenheit versäumt hätte, Preußens Einfluß zur Geltung zu bringen; von Anfang an trug seine auswärtige Politik den Stempel der Kühnheit und der Energie. Am 24. November 1862, also zwei Monate nach seinem Amtsantritt, erfolgte die bekannte Feldjägersendung nach Cassel, welche sehr verschieden von der unter Bernstorff vorausgegangenen des Generals Willisen (S. 132.) war. Diesmal wurde dem Kurfürsten keine Gelegenheit gegeben, einen eigenhändigen Brief des Königs uneröffnet auf den Tisch zu werfen; ein gewöhnlicher Feldjäger brachte an den Minister v. Dehn-Rothfelser die Drohung, daß wenn nicht sofort in Hessen dem vieljährigen Hader zwischen Krone und Land ein Ziel gesetzt und geordnete verfassungsmäßige Zustände hergestellt würden, Preußen sich genöthigt sehen werde, „das von dem Interesse Kurhessens und Deutschlands nicht verschiedene eigene Interesse durch eigene Mittel zu wahren und hierbei zu beharren, bis unter Zuziehung der Agnaten des Kurhauses dauernde Bürgschaft gegen die Wiederkehr ähnlicher Mißstände wie die jetzigen gewonnen sind.“ Man sieht, Bismarck spielte nicht mehr, wie seine Vorgänger, mit dem hölzernen Säbel der Bundestagsintervention, sondern kehrte die Löwentatze heraus, vor welcher der sonst so trotzige und eigensinnige Kurfürst sofort zu Kreuze kroch. Ein erster Schritt zur Austilgung der Schande von Olmütz war geschehen. Unbeschreiblich war damals der Jubel in Hessen, groß die Befriedigung in allen liberalen Kreisen Deutschlands, während an den kleinen Fürstenhöfen eine bis zum Unheimlichen sich steigernde Furcht vor kommenden Dingen entstand. Nicht umsonst hatte wenige Monate zuvor der Herzog von Braunschweig in Wien gesagt, „man werde noch Etwas erleben, sobald nur erst Bismarck Minister sei!“

Die gleiche Aufmerksamkeit wandte Bismarck der Schleswig-Holsteinischen Frage zu, die jedoch erst ein volles Jahr später zu einer Action reif werden sollte. Der folgende Brief, welchen Bismarck am 22. Dezember 1862 an einen ungenannten Freund richtete,[1]) bezeichnet im Voraus die spätere Entwicklung der Dinge nach dem Tode Friedrichs VII. von Dänemark:

„Es ist gewiß, daß die ganze dänische Angelegenheit nur durch einen Krieg in einer für uns erwünschten Weise gelöst werden kann. Der Anlaß zu diesem Kriege läßt sich in jedem Augenblick finden, welchen man für einen glücklichen zur Kriegführung hält. Alsdann aber kommt es viel mehr auf die Stellung der außerdeutschen Großmächte zur Sache, als auf die Intriguen der Würzburger Regierungen und deren Einfluß auf die Stimmung in Deutschland an. Den Nachtheil, das Londoner Protocoll von 1852 unterzeichnet zu haben, theilen wir mit Oesterreich und können uns von dieser Unterschrift ohne kriegerischen Brauch nicht lossagen. Kommt es aber zum Kriege, so hängt von dessen Ergebniß auch die künftige Gestaltung der dänischen Territorialverhältnisse ab. Es läßt sich nicht vorhersehen, welche Entwicklung den deutschen Bundesverhältnissen in der Zukunft beschieden ist. So lange sie aber annähernd dieselben bleiben wie bisher, kann ich es nicht für ein preußisches Interesse halten, einen Krieg zu führen, *um im günstigsten Falle in Schleswig-Holstein einen neuen Großherzog einzusetzen*, der aus Furcht vor preußischen Annexionsgelüsten am Bunde gegen uns stimmt, und dessen Regierung ein bereitwilliges Object österreichischer Umtriebe sein würde, ungeachtet aller Dankbarkeit, die er Preußen für seine Erhebung schulden möchte."

---

[1]) „Politische Briefe Bismarcks", Berlin 1890, Bd. III. S. 49.

Eine Denkschrift, welche Bismarck am 25. Dezember 1862 (also am Weihnachtstage) dem König über die durch den Handelsvertrag mit Frankreich geschaffene Zollvereinskrisis vorlegt, bezeichnet in merkwürdiger Weise das Doppelgesicht der Bismarck'schen Politik nach Außen und nach Innen. Während er bezüglich der ersteren mit vollkommener Klarheit die stets hinterlistige und preußenfeindliche Haltung Oesterreichs mit seinem Bundestagsanhang schildert, so daß Preußen bei etwaigen Gefahren von Außenher stets auf sich selbst angewiesen sein werde, ja sogar eine Schwenkung der „Bundesgenossen" zum Feinde befürchten müsse, sobald die Sonderinteressen der Fürsten dies wünschenswerth machen, ist er zugleich — und dies characterisirt die ganze Conflictsperiode von 1862—1866 — von den heftigsten Vorurtheilen gegen die einheimische liberale Opposition erfüllt. Er sagt unter Anderem:

„Ich glaube nicht zu weit zu gehen, wenn ich behaupte, daß es eines der glücklichsten Ergebnisse für uns sein würde, wenn wir unsere Befreiung aus dem Netze der Bundesverträge erlangen könnten. Bestände der Bund nicht, so würden sich die naturgemäßen Beziehungen Preußens zu seinen minder mächtigen Nachbarn von selbst in der Weise gestaltet haben, wie diejenigen Oesterreichs zu den früheren italienischen Kleinstaaten. Die Ueberzeugung von der Richtigkeit dieser Ansicht ist bisher von allen Schattirungen der liberalen Parteien im Landtage und in der Presse vertreten, und sogar behauptet worden, daß der Bund oder doch der Bundestag gar nicht mehr zu Recht bestehe. Wenn in jüngster Zeit die Oppositionspresse gegen die Königliche Regierung für den Bund, und sogar in einer ehrvergessenen Weise für die preußenfeindlichen Bestrebungen der Würzburger Coalition Partei nimmt, und dabei offenbar nach einem gemeinschaftlichen Plane von dem Centralcomité der Fortschrittspartei geleitet wird, so liegt in diesen un-

patriotischen Bestrebungen unserer Gegner nur ein neuer Fingerzeig für die Richtigkeit der aufgestellten Ansicht. Die revolutionäre Partei fürchtet sich davor, daß von Königlicher und conservativer Seite das auch von ihr erkannte politische Bedürfniß einer würdigeren Gestaltung der Beziehungen Preußens zu Deutschland befriedigt werden könne. Sie sieht vorher, daß das Vorgehen der Regierung nach dieser Richtung dem preußischen Nationalgefühl eine Anregung geben und Spaltung in das Lager der Opposition bringen werde. Sie will sich selbst die Operationen auf diesem günstigen Terrain vorbehalten."

So tief man vom historischen Standpunkte aus diese Sprache des späteren Begründers der deutschen Einheit beklagen muß, ist doch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß Bismarck damit vorzugsweise den Zweck verband, den König für seinen Actionsplan Oesterreich und den deutschen Mittel- und Kleinstaaten gegenüber zu gewinnen, ihn gleichsam vorwärts zu treiben, damit nicht „die revolutionäre Partei" das so günstige Terrain occupire. Wir werden sehen, wie schwankend in dieser Beziehung der König noch zur Zeit des Fürstentages in Frankfurt war und welcher Anstrengungen auf Seiten Bismarcks es bedurfte, ihn aus dem Netze der österreichisch-mittelstaatlichen Politik fern zu halten. Darlegungen der obigen Art konnten also ihren bestimmten, auf die Eigenart des Königs berechneten Zweck haben.

Noch im Dezember 1862 hatte Bismarck seine beiden berühmten Unterredungen mit dem österreichischen Botschafter, Grafen Karolyi in Berlin, die in dem Satze gipfelten, daß „Preußens Beziehungen zu Oesterreich nothwendig entweder besser oder schlechter werden müßten"; der jetzige Zustand sei nicht zu ertragen. Da Graf Karolyi den Inhalt dieser Unterredungen sofort durch die Wiener Blätter ausposaunen ließ und insbesondere die Bismarck'sche Metapher von der „Verlegung des Schwerpunktes Oesterreichs nach Ofen" zum Lärmschlagen

ausnutzte, so gab Bismarck in einer Circularnote an die preußischen Gesandtschaften vom 24. Januar ein authentisches Resümé von dem Inhalt der Unterredungen. Diese begannen mit der obigen Erklärung Bismarcks, daß nach seiner Ueberzeugung die Beziehungen Preußens zu Oesterreich unvermeidlich entweder besser oder schlechter werden müßten. Wolle Oesterreich zu dem Ersteren nicht die Hand bieten, so werde Preußen sich auf die andere Alternative vorzubereiten haben. Graf Karolyi trug in dieser Beziehung einen unverwüstlichen Optimismus zur Schau, indem er die Gewißheit aussprach, daß in einem für Oesterreich gefährlichen Kriege beide Großstaaten sich dennoch unter allen Umständen als Bundesgenossen wiederfinden würden. Bismarck bezeichnete dies als einen gefährlichen Irrthum, über den vielleicht erst zu spät beiden Cabineten die Augen aufgehen würden. Die Hülfe, zu welcher Preußen im italienischen Kriege bereit gewesen, sei nur die Nachwirkung früherer intimer Verhältnisse. „Sollten aber letztere sich nicht neu anknüpfen und beleben lassen, so würde unter ähnlichen Verhältnissen ein Bündniß Preußens mit einem Gegner Oesterreichs ebenso wenig ausgeschlossen sein, wie im entgegengesetzten Falle eine treue und feste Verbindung beider deutschen Großmächte gegen gemeinschaftliche Feinde.“ Oesterreich habe die Wahl, seine gegenwärtige antipreußische Politik mit dem Stützpunkte einer mittelstaatlichen Coalition[1]) fortzusetzen

[1]) Dies war die von Bismarck schon in der Denkschrift an den König vom 25. Dezember 1862 erwähnte sog. Würzburger Coalition, deren geradezu phantastisches Programm in antipreußischem Sinne in Bd. III. S. 120 folg. der Denkwürdigkeiten des Herzogs von Coburg mitgetheilt wird. Die einzelnen Punkte dieses Programmes athmen jedoch eine so fanatische Preußenfeindschaft und zum Theil sogar eine so ehrlose Gesinnung („Hoffnung auf die Gutheißung von Seiten des Kaisers der Franzosen“), daß man hier geneigt ist, an eine Mystification zu glauben, wiewohl Bismarck selbst schon in seinen Frankfurter Berichten häufig von „Rheinbundfürsten“ spricht, denen er auch das Schlechteste zutraut.

oder eine ehrliche Verbindung mit Preußen zu suchen. Zu letzterer zu gelangen, sei Bismarcks aufrichtiger Wunsch. Dieselbe könne aber nur durch das Aufgeben der preußenfeindlichen Thätigkeit Oesterreichs an den deutschen Höfen gewonnen werden. — Graf Karolyi erwiederte, daß es für das Kaiserhaus nicht thunlich sei, seinen traditionellen Einflüssen auf die deutschen Regierungen zu entsagen. — Ja, bemerkte Bismarck, im Sinne der Tradition, die erst Fürst Schwarzenberg 1850 geschaffen hat; früher war sie nicht vorhanden. Preußen werde jetzt zu zeigen haben, daß Oesterreich und die Mittelstaaten seine Geduld überschätzten und seine Entschlossenheit unterschätzten.

Die zweite Unterredung fand am 13. Dezember einige Tage nach der ersten statt, und zwar aus Anlaß einer Depesche des Hrn. v. Usedom aus Frankfurt über die Behandlung der Delegirtenfrage am Bunde. Bismarck erklärte dem Grafen Karolyi geradewegs, daß wenn man am Bundestage fortfahre, Preußen in verfassungswidriger Weise majorisiren zu wollen, die Consequenz dieses Verhaltens *der Bruch des Bundes* sein werde. Herr v. Usedom habe dies schon dem Präsidialgesandten v. Knebeck erklärt, indessen hierauf eine höchst unbefriedigende Antwort erhalten. Gehe die Majorität in Frankfurt auf dem bisherigen Wege weiter vor, so werde Preußen dies als einen Bruch der Bundesverträge ansehen, seinen Gesandten abberufen und den Bund für Preußen nicht mehr als rechtmäßig bestehend anerkennen. Die preußischen Garnisonen in den Bundesfestungen würden zwar nicht zurückgezogen werden, aber ihre Befehlshaber würden der Autorität der Bundesversammlung die Anerkennung versagen.

In dieser Darstellung Bismarcks kommt, wie man sieht, die Wendung nicht vor, „Oesterreich möge seinen Schwerpunkt nach Ofen verlegen"; die Wiener Regierung ließ aber in ihren durch französische und deutsche Blätter erfolgten Veröffentlichungen über beide Unterredungen gerade dies in den Vordergrund treten und fügte noch manches Andere hinzu, welches Bismarck in

seiner Circulardepesche vom 24. Januar 1863 als „grobe Entstellungen" bezeichnet. Schon am 28. Januar beantwortete Graf Rechberg diese Depesche nun auch seinerseits in einer höchst gereizten Weise. „Wenn man uns", heißt es u. A. in dem österreichischen Schriftstück, „von Berlin aus die Alternative stellt, entweder uns aus Deutschland zurückzuziehen, den Schwerpunkt unserer Monarchie, wie der preußische Minister meinte, nach Ofen zu verlegen oder im nächsten europäischen Conflicte Preußen an der Seite unserer Gegner zu finden, so wird die öffentliche Meinung Deutschlands über solche Gesinnung urtheilen; die Ereignisse werden sie richten, wenn sie zur That werden sollten. Uns aber kommt es zu, den Vorwand, den man sich in Berlin zurechtlegen zu wollen scheint, rechtzeitig als einen solchen zu kennzeichnen."

Es ist eine der merkwürdigsten Erscheinungen in der Laufbahn Bismarcks, daß er gerade zu dieser Zeit sowohl nach Innen als nach Außen Conflicte auf Conflicte häufte, von denen wenigstens ein Theil hätte vermieden werden können. Während er Oesterreich gegenüber eine Sprache führte, wie sie zwischen zwei Großmächten nur am Vorabend eines Krieges üblich ist, verschärfte sich im Innern von Tag zu Tag der Conflict mit dem Abgeordnetenhause und wurde die öffentliche Meinung in Deutschland fast geflissentlich vor den Kopf gestoßen. In Preußen erfolgte das Verbot der Blätter des Nationalvereins und dieser, welcher anfangs als der Ausbund aller Feindschaft gegen Oesterreich gegolten, nahm eine drohende Stellung gegen das Ministerium Bismarck an.

Am Unbegreiflichsten aber war die gefahrvolle Isolirung, in welche Bismarck den Staat Preußen durch die berüchtigte Cartell-Convention mit Rußland vom 8. Februar 1863 zur Unterdrückung des polnischen Aufstandes brachte. Wir haben schon in der Einleitung hervorgehoben, daß Bismarck hier in keiner Weise, wie selbst v. Sybel es hinstellen möchte, die Ereignisse des Jahres 1866 vorschauend im Auge gehabt haben

kann, denn er verletzte durch diesen Schritt alle Welt, mit alleiniger Ausnahme des unzuverlässigen und schwachen Zaren Alexander, holte sich bei den Russen keinen Dank, trieb Frankreich so sehr auf die Seite Oesterreichs, daß bei größerer Entschlossenheit der Wiener Staatmänner ein österreichisch-französisches Kriegsbündniß gegen Preußen sehr leicht herbeigeführt werden konnte, und mußte schon ganz kurze Zeit nach Abschluß der Convention froh sein, daß diese „ein todter Buchstabe geblieben war", wie er selbst in einem Gespräche mit dem englischen Gesandten Sir A. Buchanan sich ausdrückte.

Der polnische Aufstand brach im Januar 1863, nachdem er im Grunde schon längst vorbereitet gewesen, aus Anlaß der brutalen und gesetzwidrigen Rekrutenaushebung in Warschau aus. In Rußland standen sich bezüglich der Behandlung der polnischen Angelegenheiten zwei Parteien gegenüber, diejenige der extremen Altrussen, welche eine unbedingte und rücksichtslose Unterdrückung Polens, seine vollständige Verschmelzung mit Rußland förderte; auf der anderen Seite eine gemäßigte Partei unter Führung des Ministers Gortschakoff, des Großfürsten Constantin und des polnischen Aristokraten Marquis Wielopolski, welche die Errichtung eines autonomen Polen unter russischer Oberhoheit und Secundogenitur anstrebten. Gerade diese letztere Eventualität war dem Grafen Bismarck, wie selbst v. Sybel zugiebt,[1]) ein Dorn im Auge und er entschloß sich deßhalb, ihr vorzubeugen. Auf die erste Nachricht von dem polnischen Aufstande wurde General Alvensleben mit einem eigenhändigen Schreiben des Königs an seinen Neffen, den Zaren Alexander, nach Petersburg gesandt; über den Kopf des Ministers Gortschakoff hinaus sollte dieser ein Zusammenwirken der preußischen und der russischen Truppen zur Niederwerfung des Aufstandes verabreden. „Unserer Ansicht nach", hieß es in der Instruction für Alvensleben, „ist die Stellung der beiden Höfe der pol-

[1]) „Begründung des deutschen Reiches", Bd. II. S. 489.

nischen Revolution gegenüber sachlich diejenige zweier Bundesgenossen, die von einem gemeinschaftlichen Feinde bedroht werden."

Zar Alexander war rasch für diese Ansichten gewonnen, wiewohl im russischen Volke, wie Alvensleben selbst nach Berlin berichtete, die Meinungen darüber sehr getheilt waren, ob Rußland überhaupt ein Interesse an der Beherrschung Polens habe. *Auf Befehl des Zaren*, nicht aus eigenem Antrieb, ja sogar sehr gegen seinen Willen, mußte Gortschakoff die von Preußen vorgeschlagene Militärconvention mit dem General Alvensleben abschließen. Aber er fügte einen Nachtrag hinzu, der im Grunde das Ganze wieder aufhob, indem derselbe die Convention auf tägliche Kündigung von beiden Seiten stellte. Und am Tage nach der Unterzeichnung theilte Gortschakoff, *„welchem Alvensleben's Sendung in jeder Beziehung abscheulich war"*, um sich für den Verdruß, der ihm Preußen in Petersburg gemacht, zu rächen, dem französischen Botschafter, Herzog von Montebello, den Text der Convention zur Berichterstattung nach Paris mit.[1])

In Frankreich war gerade jetzt an Stelle Thouvenels Drouyn de Lhuys, der eifrige Partisan einer österreichisch-französischen Allianz, wieder Minister des Auswärtigen geworden. Er äußerte, als ihm die Nachricht von der preußisch-russischen Convention zukam und die öffentliche Meinung ganz Frankreichs darüber in heftige Erregung gerieth: „Die polnische Sache war bisher eine lokale, durch die preußische Convention ist sie eine europäische geworden", und bemerkte dem preußischen Botschafter, Hrn. v. d. Goltz gegenüber, nur durch Bismarcks Entlassung könne ein gutes Verhältniß zwischen Preußen und Frankreich wiederhergestellt werden. Auch der englische Gesandte in Berlin, Sir Andrew Buchanan, machte Hrn. v. Bismarck lebhafte Vorstellungen über das Geschehene

[1]) v. Sybel, Bd. II. S. 492.

und fragte, ob in der Convention auch die Ueberschreitung der Grenze durch die beiderseitigen Truppen zugelassen sei? Bismarck bejahte dies mit der bestimmten Erklärung, daß Preußen ein unabhängiges Polen an seiner Grenze nimmermehr dulden würde. Wie aber, frug Sir Andrew, wenn der immerhin mögliche Fall einträte, daß die Russen aus Polen hinausgeschlagen werden, was würdet Ihr dann thun? Dann, erwiederte Bismarck, müßten wir das Königreich selbst zu besetzen suchen, um das Aufkommen einer uns feindlichen Macht zu verhindern. Dies wird Europa niemals dulden, rief lebhaft der englische Gesandte. „Wer ist Europa?" frug Bismarck. „Verschiedene große Nationen", antwortete Sir Buchanan, worauf Bismarck ironisch frug: „Sind sie bereits darüber einig?" Die Unterredung schloß ohne jedes Resultat.

Herr von Bismarck aber, der inzwischen beinahe die Hälfte der preußischen Armee in Kriegsbereitschaft hatte setzen lassen, mußte schon am 22. Februar, also genau zwei Wochen nach Abschluß der Convention, die Ueberraschung erleben, daß der russische Gesandte in Berlin, v. Oubril, bei ihm erschien, um Namens seiner Regierung die Beseitigung der wichtigsten Clausel der Convention — derjenigen, welche den beiderseitigen Truppenführern Vollmacht zur Ueberschreitung der Grenze gab — zu fordern. Bismarck mußte mit schwerem Zorn sich fügen und die entsprechende Instruction an den Truppencommandanten in Posen veranlassen, worauf er zwei Tage später zu seiner noch größeren Ueberraschung erfuhr, daß das russische Verlangen auf einer Intrigue Gortschakoffs beruhte, der hier hinter dem Rücken des Zaren gehandelt hatte. Indessen war es zu spät, Recriminationen zu erheben und Bismarck erklärte in Oubrils Gegenwart dem englischen Gesandten, die Convention werde fortan ein todter Buchstabe sein. Um so besser, antwortete Buchanan, damit ist eine schwere Gefahr beseitigt.

Eine wirkliche Gefahr für Preußen war schon vorher durch die Unentschlossenheit Oesterreichs beseitigt. Drouyn de Lhuys

hatte in Wien und London die Absendung einer identischen Note der drei Mächte vorgeschlagen, in welcher Frankreich, Oesterreich und England ihr tiefes Bedauern über den Abschluß der Convention und die Hoffnung aussprechen sollten, daß Preußen die baldige Kündigung derselben in seinem Interesse finden möchte. Aus Mißtrauen gegen Napoleon verweigerte Oesterreich der identischen Note seine Unterschrift; das Gleiche that dann auch England und so unterblieb diese Sommation an Preußen, welche ohnehin durch Gortschakoffs obenerwähnten Schachzug bald gegenstandslos geworden sein würde. Bismarck hat bald darauf dem Grafen Karolyi seine lebhafte Anerkennung über dieses Verhalten seiner Regierung ausgesprochen; das Verhältniß zu Frankreich jedoch blieb längere Zeit hindurch ein so gespanntes, daß Bismarck im April 1863 aus Anlaß eines sehr verbreiteten und glaubhaften Gerüchtes in London erklären ließ, Preußen werde einer etwaigen schwedisch-französischen Landung in Kurland nöthigenfalls mit den Waffen entgegentreten. Die Westmächte und Oesterreich hatten inzwischen in Petersburg fortwährend diplomatische Schritte zu Gunsten Polens gethan, wodurch Zar Alexander so aufgeregt und erbittert wurde, daß er Mitte Juli in einem eigenhändigen Schreiben an König Wilhelm den Antrag zu gemeinsamer Kriegserklärung gegen Frankreich und Oesterreich vorlegte.

„Der Vorschlag", bemerkt etwas cynisch v. Sybel hierzu,[1]) „hatte für Preußen verlockende Seiten. In Oesterreich war keine Spur von Kriegsbereitschaft vorhanden, dabei der innere Hader mit Ungarn so heftig wie jemals: wenn der König also auf den russischen Gedanken einging, so wurde das beinahe wehrlose Oesterreich in kürzester Frist überfluthet und niedergeworfen, ehe ein französisches Regiment zu seiner Hülfe erscheinen könnte; Preußen hatte dann freie Hand in Deutschland und auch von dem inneren Hader über die Heeresreform wäre

[1]) „Begründung des deutschen Reiches" Bd. III. S. 518.

keine Rede mehr. Andererseits waren auch die gewichtigsten Bedenken gegen den Antrag unverkennbar. Es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß Frankreich mit aller Macht so rasch wie möglich in den Kampf eintreten würde. Dann würde nach aller Wahrscheinlichkeit Preußen allein die größte Last des Krieges zu tragen und schließlich einen Frieden auf sich zu nehmen haben, wie er zwischen Frankreich und Rußland vielleicht ganz nach Gortschakoffs alter Gesinnung vereinbart würde. In diesem Falle, sagte Bismarck, würde Rußland am längeren Hebelarme sitzen."

Der König lehnte ab. Wir haben die obige Stelle aus dem v. Sybel'schen Werke deßhalb wörtlich angeführt, weil sie zeigt, wie gerechtfertigt damals die Forderung des preußischen Abgeordnetenhauses war, daß die Regierung in der polnischen Frage eine strenge Neutralität einhalte. Bismarck hatte über den Inhalt der Convention dem Abgeordnetenhause jede Auskunft schroff verweigert; hinsichtlich aller sonstigen Verhandlungen war das Haus nur auf Hörensagen und Zeitungsberichte angewiesen und dennoch tadelt v. Sybel die Haltung des Abgeordnetenhauses nachträglich mit den Worten: „Bei der glühenden Erbitterung des Verfassungsstreites kam kein Gedanke auf, daß ein solcher Beschluß das Ansehen Preußens im Auslande schädigte." — Wir glauben, daß im Gegentheil die Lehre hieraus zu ziehen ist, in welch' furchtbare Gefahren ein Land gestürzt werden kann, wenn die auswärtige Politik ohne Controle der Volksvertretung geleitet wird. Preußen hätte bei einem Kriege, den es im Jahr 1863 aus Anlaß der polnischen Frage unternommen, höchst wahrscheinlich sein Jena geradeso gefunden, wie sieben Jahre später das französische Empire sein Sedan. Das ganze Verhalten Bismarcks in dieser Periode ist von keinem Gesichtspunkte aus zu billigen oder auch nur entschuldbar. Der Aufstand in Russisch-Polen ging Preußen gar nichts an; die Sendung Alvenslebens nach Petersburg und der Abschluß der Convention war eine frivole Einmischung

in die Angelegenheiten eines fremden Staates, dessen leitender Minister Gortschakoff selbst mit Recht hierüber erbost war. Mit Ausnahme des Zaren Alexander wollte Niemand in Rußland von der aufdringlich angebotenen preußischen Hülfe etwas wissen und es ist durchaus falsch, was v. Sybel und Oncken behaupten, daß durch die Cartell-Convention von 1863 das Freundschafts-band mit Rußland geknüpft worden sei, welches die wohl-wollende Neutralität dieses Reiches beim Kriege von 1866 zur Folge hatte. Rußland wurde hierbei höchstens durch Haß gegen Oesterreich, nicht im Mindesten durch zärtliche Freundschaft gegen Preußen geleitet. Es hatte durchaus kein Interesse daran, Oesterreichs Stellung in Deutschland verstärken zu helfen oder ihm seine italienischen Besitzungen zu erhalten; eher das Gegentheil.

Inzwischen war Preußen im April 1863 nach allen Seiten hin isolirt; Napoleon und Drouyn de Lhuys grollten ihm wegen seines Verhaltens in der polnischen Frage, England war degoutirt und machte aus seiner Abneigung kein Hehl, Oesterreich war wie immer feindlich gesinnt und Italien noch kein selbstthätiger Factor in der europäischen Politik. In Deutschland wandte sich die öffentliche Meinung immer mehr von der Bismarck'schen Politik ab und am preußischen Hofe selbst machten der Kron-prinz und andere einflußreiche Persönlichkeiten im Stillen alle Anstrengungen, um den König womöglich von Bismarck zu trennen. Einen höchst merkwürdigen Beleg hierfür giebt die damalige Correspondenz des Kronprinzen mit dem Herzog Ernst von Coburg. Letzterer hatte auf des Kronprinzen Wunsch eine Denkschrift über die innere und äußere Lage Preußens ausge-arbeitet, welche diese Lage in den düstersten Farben schildert, insbesondere „die ebenso unglückliche als überflüssige" russisch-preußische Convention tadelte und mit den Worten schloß:

„Welche Stellung nimmt dem Allem gegenüber Preußen ein? Es steht verlassen vom preußischen Volk, dieses mehr als zur Hälfte im feindlichen Lager; die deutschen Regierungen ent-

weder geradezu feindlich oder wenigstens gleichgültig; ohne Allianz mit England, gegenüber dem nahezu verbündeten Frankreich und Oesterreich als katholischer Allianz, und Rußland zweifelhafter, jedenfalls ohnmächtiger Freund! Ist diese Stellung beneidenswerth und erwünscht? Und würde Preußen zu derselben gelangt sein, wenn der König, über den Parteien stehend, den Anfangs betretenen Weg wirklich beschritten hätte? Wer möchte das behaupten! Jetzt ist diese Stellung politisch mehr als bedenklich, strategisch unhaltbar."

Ohne Vorwissen des Herzogs legte der Kronprinz diese Denkschrift dem König vor. Dieser las sie aufmerksam und machte zu den bemerkenswerthesten Stellen derselben Randnoten, welche der Herzog in seinen Denkwürdigkeiten [1]) wörtlich mittheilt. Es geht daraus hervor, daß der König auf keine Aenderung seiner Politik, die er jetzt von Bismarck vertreten fand, sich einlassen wollte, die deutsche Reformfrage für vertagt hielt, und im Uebrigen nichts von der Zukunft fürchtete, denn, so bemerkte der König wörtlich: „Sobald eine Gefahr droht, ist Preußen wiederum von Allen gesucht, das lehrt die Geschichte."

Diese kleine Episode liefert nebenbei den Beweis, daß zu dieser Zeit noch keine Trübung in dem Verhältniß zwischen König Wilhelm und dem Kronprinzen eingetreten war, wie es bald darauf aus Anlaß des Verfassungsconflictes geschehen sollte. Der Kronprinz theilte die Randbemerkungen des Königs, die er eigenhändig abschrieb, dem Herzog mit und beklagte lebhaft, daß es außer seiner Macht stehe, an der Lage der Dinge etwas zu ändern.

Ganz im Gegensatz zu der Voraussetzung des Königs, daß die deutsche Reformfrage so gut wie vertagt sei, bereitete zwei Monate später der Wiener Hof die große Theaterszene des Frankfurter Fürstentags vor.

Diese merkwürdige Episode österreichischer Politik ist bis in die neueste Zeit ziemlich unaufgeklärt geblieben; erst jetzt

[1]) Bd. III. S. 282. 283.

läßt sich an der Hand der Enthüllungen, welche aus deutschen und französischen Quellen geflossen sind, darüber urtheilen. Es ergibt sich da ganz unzweifelhaft, daß das österreichische Reformproject weit weniger dem aufrichtigen Wunsche der Wiener Staatsmänner, die deutschen Angelegenheiten einer dauernden Besserung auf gesunder und lebensfähiger Grundlage entgegenzuführen, seine Entstehung verdankt, als vielmehr dem gerade damals besonders stark sich geltend machenden Bedürfniß, Oesterreichs Stellung in Deutschland dem Auslande gegenüber stärker erscheinen zu lassen, als sie wirklich war — den Glauben zu erwecken, daß bei einem Conflicte des Kaiserstaats, sei es mit Rußland, sei es mit Frankreich oder Italien, ganz Deutschland hinter ihm stehen werde. Zugleich war es auf eine Captivirung der öffentlichen Meinung in Deutschland abgesehen, falls Preußen der so „kräftig" in die Hand genommenen Bundesreformangelegenheit auch diesmal Hindernisse bereiten sollte. In dieser Rechnung würde man sich in Wien nicht getäuscht haben, wenn zur Zeit des Fürstentags noch die Schleinitz oder Bernstorff die auswärtige Politik Preußens geleitet hätten; Bismarck wußte sie jedoch durch sein energisches und zielbewußtes Auftreten zu Schanden zu machen.

Durch seine schwankende und unsichere Politik in der polnischen Frage, welche eine ziemlich genaue Copie derjenigen zur Zeit des Krimkrieges war, hatte Oesterreich sich zwischen zwei Stühle gesetzt, dem Haß Rußlands neue Nahrung gegeben und Napoleon in seinen Plänen gestört. Man fühlte die daraus entstehenden Gefahren, zu denen noch das tiefe Zerwürfniß mit Ungarn kam schon im Mai 1863 und sann hin und her, wie dem geschwächten Ansehen Oesterreichs wieder aufzuhelfen sei. Im Ministerium standen sich Graf Rechberg und Minister v. Schmerling in mühsam verhehlter Eifersucht gegenüber; der erstere hatte „gar keine liberalen Neigungen", der letztere hoffte mit Hülfe der liberalen und constitutionellen Springfedern ein centralistisches Oesterreich möglich und lebens-

fähig zu machen. Erzherzog Rainer, ein wohlwollender, aber wenig thatkräftiger Mann, hatte die formelle Präsidentschaft des Cabinets inne. Schmerling bewahrte sich noch von seiner Stellung als weiland Reichsminister der deutschen Centralgewalt in Frankfurt her sehr viel Sinn für die deutsche Bundesreform und wußte dem Kaiser dies nahe zu legen. Der wirkliche geistige Urheber des Fürstencongresses in Frankfurt war jedoch nicht, wie v. Sybel[1]) annimmt, der holsteinische Graf Blome (Schwiegersohn des Ministers Buol), auch nicht der Herzog von Coburg oder gar Max v. Gagern, sondern der sächsische Diplomat Graf Vitzthum von Eckstädt, welcher zwei Jahre vorher das Project in einer Broschüre: „Oesterreichs und Preußens Mediatisirung, eine monarchisch-parlamentarische Lösung des deutschen Problems" mit den Worten vorgezeichnet hatte:

> „Wir fragen: wenn heute Kaiser Franz Josef einen deutschen Fürstentag ausschriebe und seine hohen Bundesgenossen einlüde, in Regensburg oder in Frankfurt zu erscheinen, um mit Sr. K. K. Apostolischen Majestät die Gegenwart und die Zukunft des gemeinsamen Vaterlandes zu berathen, wer würde ausbleiben? Der König von Preußen? Vielleicht; aber wie lange? — Ist denn kein Dalberg da?"

In seinen 1889 erschienenen Denkwürdigkeiten (S. 22) bemerkt Graf Vitzthum hierzu: „Graf Rechberg war kein Dalberg. Als er sich zwei Jahre darauf entschloß, seinen Kaiser zu bewegen, dem angeregten Gedanken eines Fürstentages Folge zu geben, war es zu spät. Herr v. Bismarck hatte mit kräftiger Hand die Leitung des preußischen Staates übernommen und König Wilhelm, dem Rathe seines neuen Ministerpräsidenten folgend, erschien nicht nur nicht in Frankfurt, sondern vereitelte durch sein Veto die matten Reformbestrebungen des kaiserlichen Cabinets."

---

[1]) „Begründung des deutschen Reiches", Bd. II, S. 520 ff.

Schon Ende Mai 1863 hatte der Herzog von Coburg Wind von den Absichten des Wiener Cabinets bekommen, die deutsche Reformfrage wieder auf die Tagesordnung zu setzen, und beschloß sofort, unter dem Vorwand einer nothwendigen Inspection seiner in Oesterreich gelegenen Güter eine Informations- und Agitationsreise nach Wien. Aber er wollte vorher durch seine Räthe v. Meyern und Francke das Terrain in Wien sondiren lassen. „Augenscheinlich", bemerkt er, „waren in der österreichischen Hauptstadt zweierlei Richtungen vorhanden, wovon die eine (Rechberg?) sich mehr an die Traditionen der alten Metternich'schen Staatskunst, die andere (Schmerling?) an die besseren Erinnerungen aus der Zeit der österreichischen Reichsverweserschaft in Frankfurt anlehnte. An übermäßiger Klarheit des Wollens schien weder auf der einen noch auf der anderen Seite ein Ueberfluß zu sein."

Der erste der beiden Abgesandten des Herzogs erfuhr bald, daß ein vollständiges Reformproject bereits durch den Geheimrath v. Biegeleben, der im auswärtigen Ministerium die deutschen Angelegenheiten als seine Domäne behandelte und in der Krisis von 1864—1866 einen sehr unheilvollen Einfluß zuerst auf Rechberg und dann auf Mensdorff geübt hat, ausgearbeitet worden war. Der Herzog machte sich auf den Weg nach Wien und hatte mehrfache Unterredungen mit dem Kaiser Franz Joseph, der ihm beim Abschiede (15. Juni) die Versicherung gab, „daß er persönlich Alles aufbieten wolle, um mit dem König von Preußen in der Bundesreformfrage gemeinschaftlich vorgehen zu können." Aber der Erzherzog Rainer, welchen der Herzog am folgenden Tage sprach, bemerkte in seiner gemüthlich-offenen Weise, man möge sich ja nicht zuviel von den im Werke begriffenen Reformen versprechen; es sei eine stark rückschrittliche Tendenz, welche das Uebergewicht gewinne. „Auch Herr v. Schmerling war kleinlaut und bereits mit Vorahnungen erfüllt, daß es ihm schwerlich gegönnt sein werde, bei den zu erwartenden Conferenzen noch einmal in

die alte Reichsstadt zu kommen. Er machte den Eindruck eines abgearbeiteten müden Mannes, dem sich anmerken läßt, daß seine Thätigkeit durch entgegenstehende Einflüsse gelähmt ist." — Dem Staatsrath Francke gab einer der Räthe des Ministeriums ganz offenherzig die Versicherung, es wäre eigentlich mehr die polnische als die deutsche Frage, welche derzeit die österreichische Politik beherrsche; man fürchte insbesondere Rußland, weil man sich den Westmächten zu sehr genähert habe und suche wohl aus diesem Grunde ein besseres Verhältniß zu Deutschland. „Es machte den Eindruck, als ob die Aufstellung der Bundesreform mehr ein Schachzug in der allgemeinen europäischen Politik, als eine auf sich selbst gestellte politische Action sein sollte."

Volle sechs Wochen gingen seit dieser Einweihung des Herzogs von Coburg in die Wiener Reformpläne darüber hin, ehe der Kaiser und sein Ministerium sich entschlossen, der preußischen Regierung auch nur die geringste Mittheilung von dem Vorhaben zu machen. „Ich habe niemals erfahren", bemerkt der Herzog in seinen Denkwürdigkeiten, „welche Hindernisse die von dem Kaiser von Oesterreich beabsichtigt gewesene Verständigung zwischen den beiden deutschen Großmächten vereitelt haben; der äußere Gang der Thatsachen dagegen ist verhängnißvoll genug gewesen, indem der Kaiser bekanntlich erst am 2. August in die Möglichkeit versetzt wurde, den König von Preußen in Gastein aufzusuchen, wo sich der letztere zur Nachkur befand. Da aber die formelle Einladung zum Fürstencongreß schon vom 31. Juli datirte und am 3. August gleichzeitig dem König von Preußen wie allen übrigen deutschen Fürsten überreicht wurde, so konnte Herr v. Bismarck mit Recht später den Vorwurf erheben, Oesterreich habe keinerlei ernsten Versuch gemacht, sich mit Preußen über die Reformfrage vorher zu verständigen."

Am 2. August lud, wie obenerwähnt, Kaiser Franz Joseph den König Wilhelm persönlich zu dem auf den 16. August nach

Frankfurt anberaumten Fürstencongreß ein. Beide Monarchen hatten darüber eine lange, nach v. Sybel's Darstellung in durchaus freundlichem Ton geführte Unterredung, von welcher König Wilhelm auf die Bitte Franz Joseph gleich nach der Abreise des Kaisers (3. August) ein schriftliches Resümé abfaßte. „Er trete", so faßte König Wilhelm seine Ansicht von der Sache zusammen, „der Darstellung von der Nothwendigkeit einer Bundesreform vollständig bei, halte aber die Berufung eines Fürstencongresses an und für sich, und vollends auf einen so nahen Termin wie der 16. August, für bedenklich. Denn die Fürsten könnten sich bis dahin auf eine so wichtige Entscheidung nicht gründlich vorbereiten und auch nach einer längeren Bedenkzeit scheine die nothwendige Erwägung bei der Arbeitsfähigkeit eines so gestellten Collegiums unmöglich. Es sei also eine vorbereitende Erörterung des Entwurfs durch eine Ministerconferenz vorzuziehen, deren Ergebnisse dann durch eine Fürstenversammmlung sanctionirt werden könnten."

Noch ehe der König irgend eine Antwort auf seine mündlichen Einwendungen und Bedenken erhalten hatte, wurde ihm zu seiner Ueberraschung am Abend des 3. August, sechs Stunden nach der Abreise Franz Josephs von Gastein, durch einen kaiserlichen Adjutanten die offizielle, vom 31. Juli datirte Einladung nach Frankfurt auf den 16. August überreicht. Er ließ darauf am 4. das Resümé nebst einem Privatschreiben an den Kaiser abgehen, worin er sein Bedauern aussprach, der Einladung schon aus Gesundheitsrücksichten nicht folgen zu können. An demselben Tage erfolgte auch die amtliche Ablehnung. Nichtsdestoweniger wurden von Wien aus die Einladungen an alle deutschen Höfe abgeschickt.

Man kann sich den Eindruck leicht vorstellen, welchen dieser Vorgang auf den Minister Bismarck machte. Er war über die Entstehungsgeschichte des Congreßprojects offenbar nicht so vollständig unterrichtet, wie es längst vorher der Herzog von Coburg gewesen war, denn er schrieb noch am 16. August

an den preußischen Bundestagsgesandten v. Sydow in Frankfurt: „ich betrachte das österreichische Reformprojekt als eine Schaumwelle, mit welcher Schmerling (?) mehr noch ein Manöver der inneren Politik, als einen Schachzug antipreußischer Diplomatie beabsichtigt. Er arrangirt dem Kaiser eine glänzende Geburtstagsfeier mit weißgekleideten Fürsten, und fingirt ihm Erfolge der constitutionellen Aera Oesterreichs. Von dem Dampf der Phrasen entkleidet, ist des Pudels Kern ein so dürftiger, daß man dem Volke nicht practisch vordemonstriren sollte, wie nicht einmal das zu Stande kommt .... Einen Einfluß auf die Verhandlungen zu erhalten, empfiehlt sich jetzt noch nicht; wir müssen die Weisheit der Reformen sich erst ungestört offenbaren lassen."

In der Rechberg'schen Denkschrift zu dem Reformproject kam folgende merkwürdige Stelle vor, welche den Bundestag eigentlich damals schon zu den Todten warf: „Der gegenwärtige Zustand der deutschen Bundesverhältnisse ist schlechthin chaotisch. Der Boden des Bundes schwankt unter den Füßen dessen, der sich darauf stellt, der Bau der vertragsmäßigen Ordnung der Dinge in Deutschland zeigt überall Risse und Spalten, und der bloße Wunsch, daß die morschen Wände den nächsten Sturm noch aushalten mögen, kann ihnen die dazu nöthige Festigkeit nimmermehr zurückgeben." — Man möchte fast glauben, daß Rechberg hier eine Art prophetische Anwandlung gehabt hat.

Als am 16. August die Fürsten in Frankfurt zusammentraten, befand sich König Wilhelm zur Nachkur in Baden-Baden, wohin er auch den Ministerpräsidenten v. Bismarck berufen hatte. In Frankfurt hatten die Großherzoge von Baden und Weimar, sowie der Herzog von Coburg sich zu einem Antrage verständigt, daß der König durch eine Fürstendeputation zu bitten sei, sich noch nachträglich zum Fürstentag einzufinden. Gleich in der ersten Sitzung stellte denn auch der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin diesen Antrag,

welchem der König von Sachsen unter dem Vorbehalte beistimmte, „daß dem Könige von Preußen zugleich mitgetheilt werden müsse, die Fürsten hätten die vom Kaiser von Oesterreich vorgelegte Reformacte für eine entsprechende Basis der Berathungen erachtet und würden sich nicht abhalten lassen, auch ohne ihn den Congreß fortzusetzen." — Während König Max von Bayern diesen Vorbehalt eifrig unterstützte, wurde von anderen Seiten lebhafter Widerspruch dagegen erhoben, welcher indeß keine Berücksichtigung fand. Der Vorbehalt fand in abgeschwächter und passender Form Aufnahme in das von 24 Fürsten unterzeichnete Schreiben an den König, dessen Ueberbringung nach Baden-Baden König Johann von Sachsen unternahm.

Hier hatte Bismarck schwere Kämpfe mit seinem König zu bestehen, welcher schon vor Ankunft des fürstlichen Couriers aus Frankfurt sehr stark mit sich im Zweifel gewesen war, ob es nicht doch besser sei, zum Fürstentag zu gehen. In München hatte ihn die bayrische Königin Marie, in Wildbad seine besonders verehrte Schwägerin, die Königin-Wittwe Elisabeth, stark in diesem Sinne zugeredet. Es war ein kritischer Moment für Bismarcks Politik. Er erklärte rundweg, wenn der König befehle, werde er mit ihm nach Frankfurt, dann aber nicht mehr als Minister nach Berlin gehen. Der König wurde in hohem Grade nervös und war bei Ankunft des Königs Johann entschieden unwohl. Er drückte für seine Person die lebhafte Neigung aus, zu kommen, erklärte jedoch, erst mit seinem Minister berathen zu müssen. In der nachfolgenden Unterredung mit Bismarck rief er aus: „Dreißig Fürsten als Einlader, ein König als Cabinetscourier, wie kann man da ablehnen?" In dieser Lage der Dinge zeigte sich der überlegene Geist Bismarcks. Er wußte den König zu überzeugen, daß der Gang nach Frankfurt nur ein zweites verschleiertes Olmütz sein werde, daß Preußen sich nicht in das unausbleibliche Fiasco der Fürstentagsverhandlungen hineinziehen lassen dürfe

und so wurde nach vielem Zaudern und Widerstreben der ablehnende Brief geschrieben, gesiegelt und dann den abreisenden Sachsen gegeben. „In Bismarcks Innern", berichtet v. Sybel, „kochte der Zorn über die lange Spannung; als hinter den Sachsen sich die Thür geschlossen, zerschlug er einen auf dem Tische stehenden Teller mit Gläsern; ich mußte etwas zerstören, sagte er, jetzt habe ich wieder Athem."

Die Verhandlungen des Fürstentags, welche volle vierzehn Tage dauerten und durch ihren oft confusen Inhalt nichts weniger als erbaulich und imponirend waren, schildert der Herzog von Coburg ausführlich in seinen Memoiren; wir halten es für überflüssig, darauf näher einzugehen. Nur das Wort des Großherzogs von Baden: „Jede fruchtbare Thätigkeit des Bundes sei unmöglich, so lange zwei Großmächte demselben angehören" sei hier erwähnt, nicht minder auch der von dem Herzog (Bd. III. S. 334 flgnd.) geführte Nachweis, daß der wichtige Artikel 5 der Reformacte, nach welchem der Vorsitz im Directorium und Bundesrathe unbedingt und für immer an Oesterreich übertragen wurde, eigentlich nur durch eine Protokollfälschung und Ueberrumpelung scheinbare Sanction durch die Fürstenversammlung gefunden habe.

Der Fürstentag hatte durch das Fernbleiben Preußens und durch die Vorbehalte, welche insbesondere eine Reihe norddeutscher Fürsten an ihre Zustimmung zu der Reformacte knüpften — sie waren, falls Preußen ablehnte, an nichts gebunden — sein vollständiges Fiasco erlitten; nichtsdestoweniger hatte Oesterreich seinen Zweck einer Demonstration nach Außenhin erreicht, was sich auch in einer rührsamen Szene zwischen dem Kaiser Franz Joseph und der damals auf Schloß Rosenau bei Coburg anwesenden Königin Victoria von England zeigte. Der Kaiser hatte die britische Monarchin am 3. September auf der Rückreise nach Wien besucht; während seines zweistündigen Aufenthaltes auf Schloß Rosenau sagte ihm die Königin viel Schmeicheleien über den glänzenden

Congreß in Frankfurt, dann aber bemerkte sie, daß sie noch eine persönliche Bitte auf dem Herzen habe: die mütterliche Sorge für ihre Kinder in Berlin (Kronprinz und Kronprinzessin) mache es ihr zur Herzensangelegenheit, dem Kaiser dieselben zu empfehlen. Welcher Art auch die sachlichen Gegensätze zwischen der preußischen und der österreichischen Politik sein möchten, das Eine hoffe sie doch unter allen Umständen, daß der Kaiser die Stellung und die Rechte ihrer theuren Kinder in Berlin gewiß niemals beeinträchtigen lassen werde." Der Kaiser war durch diese Ansprache überrascht und wußte nicht recht, was er darauf erwiedern sollte; er half sich dann durch einige verbindliche Redensarten. — Drei Tage vorher hatten auch König Wilhelm und Bismarck der Königin auf ihrer Rückreise nach Berlin ihren Besuch abgestattet, wobei es zu keinen politischen Erörterungen kam.

Die Reformacte des Frankfurter Fürstentags war Preußen mit der Bitte nachträglicher Zustimmung mitgetheilt worden. Bismarck erstattete in Folge dessen seine bekannte Denkschrift vom 15. September, und der König machte durch Schreiben an die Bundesfürsten vom 22. September jede Erörterung über die ihm gemachten Vorschläge von einer Verständigung über folgende Punkte abhängig: 1. das Veto Preußens und Oesterreichs mindestens gegen jeden Bundeskrieg, welcher nicht zur Abwehr eines Angriffs auf das Bundesgebiet übernommen wird. 2. die volle Gleichberechtigung Preußens mit Oesterreich zum Vorsitze und zur Leitung der Bundesangelegenheiten. 3. eine Volksvertretung, welche nicht aus Delegation der Kammern, sondern aus direkten Wahlen nach Maßgabe der Bevölkerung der einzelnen Staaten hervorgeht und deren Befugnisse zu beschließender Mitwirkung in Bundesangelegenheiten Gegenstand der Verhandlung, jedenfalls aber ausgedehnter zu bemessen sein würden, als in dem vorliegenden Entwurf einer Reformacte der Fall ist."

Daß Oesterreich sich hierauf nimmermehr einlassen werde, war allgemein bekannt und so blieb denn von der ganzen

glänzenden Theaterszene des Frankfurter Fürstentags nichts weiter als das offizielle Zeugniß der österreichischen Regierung übrig, daß der deutsche Bund einem morschen, baufälligen und wurmstichigen Haus gleiche, durch dessen zahllose Risse und Spalten der Wind wehe, und das beim nächsten Sturme rettungslos zusammenstürzen müsse.

Uebrigens hatte gleichzeitig mit dem Fürstentag ein von etwa 300 Abgeordneten aus allen Theilen Deutschlands besuchter Abgeordnetentag in Frankfurt berathen, welcher die österreichische Reformacte als ungenügend verwarf und ein deutsches Parlament forderte. Sehr merkwürdig bleibt der Umstand und ist nur durch den Verfassungsconflict in Preußen und die daran in allen freisinnigen Kreisen damals geknüpfte Erbitterung gegen Bismarck zu erklären, daß man 1863 so wenig als später im Mai 1866 den preußischen Vorschlag auf Herstellung eines aus allgemeinen und direkten Wahlen hervorgehenden Parlaments ernst nahm, vielmehr als „Finte“ betrachtete. Dieser verhängnißvolle Irrthum hat viel dazu beigetragen, daß die deutschen Angelegenheiten im Sommer 1866 erst durch das Schwert ihre Lösung fanden.

Schleswig-Holstein bis zum Gasteiner Vertrag.

Seit länger als zwölf Jahren hatte das kleine Dänemark, unterstützt von den auswärtigen Großmächten, der europäischen Reaction und von der Erbärmlichkeit der Zustände in Deutschland, den deutschen Bund an der Nase herumgeführt, die Rechte Holsteins und Schleswigs mißachtet und dem deutschen Nationalgefühl Hohn und Trotz geboten. Ein Meer von Tinte war in den verschiedenen Cabineten Europas über Schleswig-Holstein vergossen und zuletzt wußte kaum noch irgend Jemand in dem Labyrinth diplomatischer Unterhandlungen sich zurechtzufinden. Den schleswig-holsteinischen Handel, so äußerte im Sommer 1863 spöttisch Lord Palmerston im englischen Parlamente, hätten eigentlich nur drei Menschen in Europa begriffen; der erste derselben sei Prinz Albert gewesen, der sei todt, der zweite ein dänischer Staatsmann, der sei verrückt geworden, der dritte sei er (Palmerston) selbst und der habe den ganzen Wust vergessen. Er wisse nur soviel noch, daß der deutsche Bund Rechte über Holstein und Lauenburg habe, über Schleswig dagegen so wenig wie über Spanien und Marokko, und daß, wenn Dänemark deßhalb angegriffen werde, es nicht allein gelassen werden würde.

Diese Erklärung des Lord Feuerbrand war im Juli 1863, kurz vor dem Frankfurter Fürstentag, abgegeben worden, nachdem am 9. Juli der Bundestag sich zu dem heroischen Entschlusse einer Bundesexecution gegen Dänemark aufgerafft hatte, welches zuletzt durch das Patent vom März desselben Jahres die Rechte der Herzogthümer in herausfordernder Weise verletzte. Es war

darin ein neues Verfassungsgesetz für Dänemark-Schleswig angekündigt, welches unter Aussonderung Holsteins die vollständige Einverleibung Schleswigs in die dänische Gesammtmonarchie aussprechen werde. In Kopenhagen erklärte das eiderdänische, durch und durch chauvinistische Ministerium Hall, welchem der König Friedrich VII. in allen Dingen den Willen ließ, daß Dänemark sich der Bundesexecution mit den Waffen in der Hand widersetzen würde; von einer Zurückziehung des Märzpatentes könne keine Rede sein. Orla Lehmann, der Minister des Inneren, sprach das schändliche Wort: „er werde den Schleswigern mit blutigen Striemen es auf den Rücken schreiben, daß sie Dänen sind", der Kopenhager gebildete und ungebildete Pöbel, von jeher fanatisch deutschfeindlich, jubelte dazu und selbst der indolente König Friedrich, welcher ganz unter der Herrschaft seiner dritten Frau (Gräfin Danner, geborene Raßmussen) stand, äußerte übermüthig, er suche keinen Streit, aber sein Heer sei schlagfertig, um etwa kommende deutsche Executionstruppen hinauszuwerfen; sein Panzerschiff Rolf Krake werde nächstens einmal der Stadt Danzig einen Besuch machen. Dem dänischen Uebermuth stand die Schwerfälligkeit, Uneinigkeit und Unentschlossenheit des offiziellen Deutschland gegenüber. Als am 26. August, noch während des Fürstentags in Frankfurt, die Antwort Dänemarks auf den Bundesbeschluß vom 9. Juli einlief, in welcher die Aufhebung des Märzpatents verweigert, die Ausführung der Exekution aber ziemlich unverblümt als Kriegsfall bezeichnet wurde, zeigte sich in schlagender Weise die Untauglichkeit der bundestäglichen Maschinerie zu energischem Vorgehen. Bismarck hatte in den vorausgegangenen Verhandlungen mit Wien vorgeschlagen, aus Rücksicht auf Europa weder preußische noch österreichische Truppen in erster Linie zu der Execution zu verwenden, sondern nur Truppen aus den Mittel- und Kleinstaaten, damit der bundespolizeiliche Character der Maßregel recht augenfällig gewahrt werde. Das wahre Motiv dieses Vorschlags, zu welchem Graf Rechberg alsbald sein volles Ein-

verständniß aussprach, ist jedoch in dem oben (S. 141) mitgetheilten Privatbrief Bismarcks vom 22. Dezember 1862 ausgesprochen, wie er ja auch schon am 15. März 1858 in einem Bericht an Manteuffel davor warnte, daß Preußen jemals diplomatisch oder militärisch sich *für den Bund* in Schleswig-Holstein engagire und diesem zu der Glorie verhelfe, die dort lebenden Deutschen in den Zustand voller Zufriedenheit mit ihren heimischen Zuständen versetzt zu haben.

In den Verhandlungen der Bundestagsausschüsse über das Executionsverfahren gegen Dänemark suchten Hannover und Oldenburg nach allerhand Vorwänden, um sich abzudrücken, wobei Hamburg ihnen mit tiefen Seufzern über die vielleicht bevorstehende Blokade der Elbemündungen secundirte. Graf Platen, der hannoversche Minister, stöhnte über die Möglichkeit, daß die kleine Schaar Hannoveraner, welche auf Bundeskosten ausrücken sollte, von den Dänen in die Pfanne gehauen werden würde, denn sagte er, wir haben kein Geld, um die dagegen nöthige Reserve selbst an der Grenze aufzustellen; wir können uns dem Unheil nicht aussetzen, wenn nicht Preußen ein entsprechendes Hülfscorps mobilisirt.

Monatelang zogen sich die Berathungen am Bundestage hin; die englische Regierung wurde nicht müde, von dem Betreten des gefahrvollen Weges einer Execution gegen Dänemark abzurathen, aber der Bund schien diesmal doch zeigen zu wollen, daß er noch lebe und lebensfähig sei, zumal Oesterreich es in seinem Interesse fand, hier noch die Nachwirkungen des Fürstentags ausstrahlen zu lassen. Am 1. October 1863 wurde mit 14 gegen 3 Stimmen der Ausschußantrag angenommen: „Die hohe Bundesversammlung möge die Höfe von Oesterreich, Preußen, Sachsen und Hannover zur Uebernahme der Execution in der Weise ersuchen, daß jede der beiden letzteren Regierungen einen Civilcommissär und 3000 Mann Truppen nach Holstein sende, die beiden ersteren (Preußen und Oesterreich) aber für den Fall eines Widerstandes die nothwendige Unterstützung

bereit hielten; dies sei Dänemark anzuzeigen, unter Stellung einer dreiwöchentlichen Frist zur Abwendung der Maßregel durch Folgeleistung gegen den Bundesbeschluß vom 9. Juli."

Es thut uns leid, sagen zu müssen, daß Bismarck in diesem Stadium der Dinge eine stark machiavellistische Politik befolgte. Preußen hatte dem obigen Beschlusse zugestimmt; es hätte also logischerweise auch zu dessen Ausführung die Hand bieten müssen. Statt dessen geschah das Gegentheil. Mag immerhin zu dem Entschlusse Bismarcks, die thatsächliche Ausführung der Execution zu verhindern, das in letzter Stunde gegebene Versprechen eines einflußreichen Dänen — Baron Blixen-Finecke, Schwager des Thronerben Prinzen Christian — im dänischen Reichsrathe die Zurücknahme des Märzpatents durchsetzen zu wollen, sowie die abermalige Dazwischenkunft des englischen Ministeriums etwas beigetragen haben, die eigentlichen Motive des Verhaltens Bismarcks lagen auf ganz anderem Gebiete, wie die folgende Instruction an den Bundestagsgesandten v. Sydow vom 16. October 1863 beweist:

„Die Herausforderung, welche in der dänischen Bekanntmachung vom 30. März enthalten war, legte dem deutschen Bunde die Nothwendigkeit einer bestimmten Gegenwirkung auf. Wenn letztere den deutschen Ansprüchen vollständig entsprechen sollte, so war der Bundeskrieg die allein richtige Form für dieselben . . . . . Da aber die Gesammtlage Europas es widerrieth, in diesem Augenblick einen Bundeskrieg zu beginnen, so wurde zu dem Auskunftsmittel gegriffen, das 1858 begonnene Executionsverfahren wieder aufzunehmen. Wir haben uns die Halbheit dieser Maßregel und die Mißlichkeit ihres practischen Erfolges für die Sache der Herzogthümer niemals verhehlt, konnten es aber nicht für angemessen halten, derselben einseitig entgegenzutreten, so lange sie von der Mehrzahl der deutschen Regierungen mit einer Lebhaftigkeit befürwortet wurde, welche aus einer theils wirklichen, theils angenommenen Unklarheit über die von der Execution zu erwartenden Resultate entsprang.

Die Schwierigkeiten, die es für uns hatte, der Execution offen entgegenzutreten, die Verwicklungen, welchen vorzugsweise Preußen in Folge derselben ausgesetzt sein würde, wurden von unseren Gegnern in Deutschland mit Klarheit erkannt und behufs ihrer Ausbeutung wandten frühere Gegner der Sache der Herzogthümer den letzteren ihre lebhafte Theilnahme zu. Diese scheint bei den gleich uns den Folgen eines dänischen Krieges ausgesetzten Seestaaten (Hannover u. s. w.) im Erkalten begriffen zu sein, während Oesterreich und die süddeutschen Binnenstaaten um so entschiedener ein entschlossenes Vorgehen gegen Dänemark betreiben. Inzwischen hat die vertrauensvolle Sicherheit der Beziehungen der Bundesstaaten untereinander in Folge der Vorgänge, welche durch Oesterreichs Reformbestrebungen in's Leben gerufen wurden, eine Erschütterung erlitten, vermöge deren der gegenwärtige Moment zu solchen gemeinsamen Unternehmungen, die zu europäischen Verwicklungen führen können, wenig geeignet erscheint. In dieser Lage der Dinge ist es nicht unsere Aufgabe, die Execution um ihrer selbst willen zu fordern, wenn sich zu ihrer Verhütung ehrenvolle Auskunftsmittel darbieten oder wenn sich ihr, ohne unser Verschulden, im Schooße der Bundesversammlung Hindernisse entgegenstellen."

Für Herrn v. Sydow mußte der Schwerpunkt des ganzen Erlasses in den letzten sechs Worten liegen. Die Hindernisse, welche „ohne Verschulden Preußens" im Schooße der Bundesversammlung entstehen möchten, war er zu schaffen berufen; es handelte sich nur darum, den Bundestag weiter schnarchen zu lassen und das war am Ende nicht schwer. Bismarck betrachtete, wie wir durch seine eigenen Schriftstücke gezeigt haben, es als den preußischen Interessen geradewegs zuwiderlaufend, wenn mit Hülfe des deutschen Bundes in Schleswig-Holstein geordnete und die dortigen Deutschen zufriedenstellende Zustände hergestellt würden. Er schloß sich den bezüglichen

Beschlüssen des Bundestags zwar scheinbar an, da etwas Anderes doch nicht gut möglich war; insgeheim jedoch arbeitete er, wie der obige Erlaß zeigt, der Ausführung dieser, mit Preußens Zustimmung zu Stande gekommenen Beschlüsse entgegen. Im Interesse der historischen Wahrheit darf man bei aller Erkenntniß der faulen und oft hinterlistigen Politik Oesterreichs und seines Anhanges, doch auch diese Seite der Bismarck'schen Thätigkeit nicht vergessen, um die Stimmungen zu verstehen, welche während der Zeit von 1863—1866 Deutschland durchströmten und manche Verblendung hervorriefen. Es war eben noch die Zeit nicht gekommen, in welcher auch für die sogenannte hohe Politik große Prinzipien und geläuterte Anschauungen maßgebend sein konnten. Die Deutschen hatten noch kein Vaterland im politischen Sinne und damit blieben auch die Schleswig-Holsteiner noch unter dem Fluche, den sie schon seit 1848 getragen: ein Spielzeug der Cabinetspolitik zu sein.

Zuweilen jedoch ereignet es sich in der Weltgeschichte, daß die Vorsehung selbst in anscheinend wunderbarer Weise die Geschicke der Völker lenkt. Ein solcher Moment sollte gerade jetzt für die Schleswig-Holsteiner und für das ganze deutsche Volk nahe sein.

Auf seinem Schlosse Glücksburg schwankte um die Mitte des Monats October 1863 König Friedrich VII. von Dänemark rücksichtlich der Herzogthümerfrage zwischen Furcht und Entschlossenheit. Er war am 15. October zum letzten Mal nach Kopenhagen gekommen, um den Ministerberathungen wegen der neuen dänischen Gesammtverfassung beizuwohnen und gab Angesichts der Demonstrationen in der Hauptstadt den chauvinistischen Beschlüssen des Ministeriums Hall leicht nach. Aber am 19. October auf sein Schloß zurückgekehrt, wurde er wieder von Sorge erfüllt, durch den Widerstand gegen die Bundesbeschlüsse in Frankfurt in einen Krieg verwickelt zu werden, und fiel dem Baron Blixen-Fineke, der ihn vor der Sanctionirung der neuen Verfassung warnte, mit den Worten um den Hals,

er sei sein Retter; nimmermehr werde er diese unglückliche Verfassung, auch wenn der Reichstag sie annähme, sanctioniren. Gleichwohl wurde in Kopenhagen die ablehnende Antwort nach Frankfurt redigirt und abgesandt; im dänischen Reichstag begannen die oft stürmischen Debatten über die Verfassung; die Abgeordneten wurden von den Ministern insgeheim mit der Versicherung bearbeitet, man habe durch directe Verhandlungen mit Bismarck Kenntniß von dem festen Entschluß Preußens erlangt, es nie zu einem ernsten Conflict mit Dänemark kommen zu lassen, und Blixen-Fineke, welcher vor den Folgen der Annahme der Verfassung warnte, mußte sich in der Kopenhagener Presse die wüthendsten Angriffe als „Reichsfeind", „Landesverräther", „Zwischenträger des Auslandes" u. s. w. gefallen lassen. Unter solchen Umständen kam am 13. November die entscheidende Abstimmung des Reichstags über die neue Verfassung; das Ministerium Hall siegte mit 40 gegen 16 Stimmen. Unermeßlicher Jubel erscholl in den Straßen von Kopenhagen; man hatte keine Ahnung davon, daß mit diesem Schritte die Herzogthümer für Dänemark verloren sein sollten. Noch an demselben Tage eilte Hall nach Schloß Glücksburg, um die königliche Unterschrift zu dem Verfassungswerk zu holen. Er fand den König Friedrich an einer Kopfrose auf den Tod erkrankt und in lichten Augenblicken auf diesen Tod vorbereitet. „Ich will nicht zeichnen", rief er aus, „Christian (sein Nachfolger, der sog. Protokollprinz) mag es thun." So erfüllte Friedrich VII. das dem Baron Blixen gegebene Versprechen, er werde nie diese unglückselige Verfassung sanctioniren, auch wenn der Reichstag sie annehme.

Mit dem Tode Friedrich's VII. war der Mannsstamm des dänischen Königshauses erloschen und da in den Herzogthümern das salische Gesetz (Recht der weiblichen Erbfolge) nicht bestand, waren diese, wie damals selbst die Berliner Kreuzzeitung es in ihrem feudalen Jargon nannte, „in's Freie gefallen." Die Dänen hielten sich jedoch an das Londoner Protokoll von

1852 — jenes schmachvolle Abkommen, durch welches Preußen und Oesterreich die alten Landesrechte der Herzogthümer preisgegeben und den Prinzen Christian, den sog. „Protokollprinz", als Thronfolger nicht nur für Dänemark, sondern auch für die Herzogthümer anerkannt hatten — und spielten das „europäische Recht" gegen das schleswig-holsteinische Landesrecht aus. Ueberdies hatte ja der Herzog von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, welcher nunmehr zur Thronfolge in den Herzogthümern berufen gewesen wäre, im Jahr 1852 gegen eine klingende Abfindung Dänemark gegenüber auf seine Rechte in Schleswig-Holstein verzichtet und es mochte sonderbar klingen, daß an seinerstatt jetzt sein Sohn, Erbprinz Friedrich von Augustenburg, in einem Manifest verkündete, daß er Kraft seines agnatischen Erbrechts, nachdem sein Herr Vater zu seinen Gunsten (?) verzichtet, als Herzog Friedrich VIII. die Regierung Schleswig-Holsteins antrete. Indessen manifestirte sich ganz unabhängig von diesen juristischen Streitpunkten und unentwirrbaren Formalien der Volkswille in den Herzogthümern auf die glänzendste und imponirendste Weise. Kaum war die Kunde von dem Tode Friedrichs VII. dorthin gelangt, als unter brausendem Jubel von Altona bis zur Schleswig-Jütländischen Grenze der Ruf: „Los von Dänemark!" erscholl und in ganz Deutschland einen gewaltigen und begeisterten Widerhall fand. Der nationale Gedanke loderte mit einer solchen Kraft von der Weichsel bis zum Rhein empor und conzentrirte sich so mächtig in der schleswig-holsteinischen Frage, an welche seit dem Waffenstillstand von Malmö die Erinnerungen deutscher Schmach und deutschen Rechtsverraths von Seiten vaterlandslos gesinnter Fürsten sich knüpften, daß die jetzigen deutschen Regierungen recht wohl einsehen mußten, nur das Zusammengehen mit dem nationalen Geist und den nationalen Forderungen schütze sie noch vor dem Hinweggefegtwerden bei dem ersten besten Sturme, wie dies ja auch Rechberg in seiner Denkschrift zum Fürstentags-Reformproject unwillkürlich angedeutet hatte.

In Kopenhagen war am 18. November dem König Christian IX. die Zustimmung zu der neuen Verfassung, vor welcher die Gesandten von Oesterreich und Preußen ihn auf's dringendste gewarnt hatten, von dem Minister Hall mit den Worten abgepreßt worden: „Sire, wenn Sie nicht unterzeichnen, kann ich für Ihr Leben und das Leben Ihrer Familie keine Bürgschaft übernehmen", wobei er auf die Volkshaufen hinwies, welche schreiend und tobend sich unter den Fenstern des Palastes umhertrieben. Der alte General de Meza, welchen der König gleichsam zum Schutz gegen das Ministerium zu sich berufen hatte, rief ihm zu: „Majestät, mit meinem Kopfe stehe ich für Sie ein; thun Sie ruhigen Sinnes, was recht ist; mit Ihren braven Holsteiner Bataillonen jage ich dieses Gesindel in alle Winde." König Christian verließ das Zimmer, um den Rath seiner Schwiegermutter, der Prinzessin Charlotte, einzuholen. Diese entschied sich für die dänischen Wünsche und damit war die Sache für den König entschieden. Er warf Deutschland und dem schleswig-holsteinischen Landesrechte den Fehdehandschuh hin, um dem Willen der dänischen Chauvinisten und des Kopenhagener Pöbels zu genügen.

Mit diesem Acte hatte Dänemark alle Voraussetzungen und Versprechungen, welche dem Londoner Vertrag von 1852 zu Grunde lagen, auf das Eclatanteste gebrochen. Nichts wäre natürlicher gewesen, als daß nun auch Oesterreich und Preußen von diesem schmachvollen Vertrag, welcher einer der schlimmsten Ausgeburten der Reactionspolitik der fünfziger Jahre gewesen und welcher stets als ein Zeichen der Erniedrigung Deutschlands vor dem Auslande angesehen worden war, sich losgesagt hätten; allein sowohl Rechberg in Wien, wie Bismarck in Berlin widerstrebten dieser in ganz Deutschland durch die Kammern, die Presse und die öffentliche Meinung in seltener Uebereinstimmung und Begeisterung erhobenen Forderung, der sich diesmal auch die Regierungen fast aller Mittel- und Kleinstaaten anschlossen. Jetzt oder nie, so fühlte man damals mit richtigem

Instinkt in ganz Deutschland heraus, war der Augenblick gekommen, den viel mißhandelten Bruderstamm für immer von dänischer Herrschaft zu befreien, eine der Perlen des alten Reichs für das große deutsche Vaterland wieder zu gewinnen. Die Person des Erbprinzen von Augustenburg kam dabei nicht weiter in Betracht, als daß er das passendste Bindeglied zwischen dem erklärten Volkswillen in Deutschland wie in den Herzogthümern und dem damals noch stark in Betracht kommenden monarchischen Legitimitätsprinzip war, zumal bis auf verschwindende Ausnahmen das ganze schleswig-holsteinische Volk ihm zujubelte. Von den deutschen Fürsten war Herzog Ernst von Coburg-Gotha der erste, welcher ihn förmlich anerkannte; die badische Regierung folgte diesem Schritte, indem sie ihrem Bundesgesandten (v. Mohl) gestattete, auch von dem Herzog Friedrich Vollmacht zur Vertretung der Herzogthümer am Bunde anzunehmen; Bayern protestirte durch seinen Gesandten v. d. Pfordten förmlich gegen die indirecte Anerkennung Christians IX. als Herzog von Holstein und Lauenburg durch Fortsetzung des „Executionsverfahrens" und verlangte statt dessen Occupation Holsteins durch den Bund; die meisten übrigen Bundesstaaten waren im Begriff, sich auf den gleichen Standpunkt zu stellen und den neuen Herzog anzuerkennen. Zum ersten und letzten Mal seit seinem Bestehen war dem Bundestag Gelegenheit gegeben, sich zum Organ der Ausführung des Volkswillens in ganz Deutschland zu machen, nach Innen und Außen Ansehen und Einfluß zu gewinnen.

Allein gerade dies wollte Bismarck nicht, wie aus seinen mehrfach von uns citirten Briefen und Schriftstücken hervorgeht, und von *seinem* Standpunkte aus kann man dies ja erklärlich finden, wiewohl hier die spezifisch preußische Politik im Gegensatz nicht nur zu den nationalen Wünschen, sondern auch zu den wirklichen nationalen Interessen Deutschlands trat. Denn blos von dem Eigensinn und der Verblendung Dänemarcks, auf deren Dauer Bismarck in diesem Stadium der

Dinge noch nicht rechnen konnte, hing es ab, ob der dänische König die ihm noch immer von Preußen und Oesterreich offen gehaltene Brücke, mittels deren er wieder zur dauernden Herrschaft über die Herzogthümer gelangen konnte, betreten werde oder nicht. Bismarck selbst hat am 16. Mai 1864 (am Tage nach der endlichen Lossagung Preußens von dem Londoner Vertrag) das Bedenkliche seiner vorausgegangenen schleswig-holsteinischen Politik, die ganz allein auf die Karte der dänischen Verblendung gesetzt war, in einem Privatbriefe indirect mit den Worten zugestanden: „Je länger ich in der Politik arbeite, desto geringer wird mein Glaube an menschliches Rechnen. ... Im Uebrigen steigert sich bei mir das Gefühl des Dankes für Gottes bisherigen Beistand zu dem Vertrauen, daß der Herr auch unsere Irrthümer zu unserem Besten zu lenken weiß." (Man vergleiche hiemit, was wir über das merkwürdige Glück Bismarcks in der Einleitung gesagt haben.)

Völlig auf der Höhe der dänischen Verblendung aber stand oder ragte noch darüber hinaus die Blindheit der österreichischen Politik, welche sich auch hier wieder in offenbaren Gegensatz nicht nur zu den national-deutschen Interessen und der mit überwältigender Kraft in ganz Deutschland hervorgetretenen Volksstimmung, sondern zu dem Bunde selbst stellte. Feige Furcht vor dem Auslande und noch größere Furcht vor dem Gespenst der „Revolution" leiteten hier allein die Handlungsweise der Wiener Staatsmänner. Als am 24. November in Wien ein Unterhändler des Herzogs von Coburg (v. Löwenfels) als Ueberbringer eines Briefes an den Kaiser Franz Joseph erschien, in welchem dieser beschworen wurde, sich in der schleswig-holsteinischen Sache zum Träger des National- und Rechtsgefühls aller Parteien in Deutschland zu machen, da kam dieser Sendbote schön an. „Ich bin auf's Höchste empört", fuhr Rechberg los, „und der Kaiser sehr entrüstet, daß Samwer als Agent des Herzogs Friedrich sich erdreistet hat, die Proclamation des Herzogs an den Präsidenten des (österreichischen) Abgeordneten-

hauses zur Vertheilung zu schicken. Diese Handlungsweise ist unerhört! Eine solche Wühlerei kann nicht geduldet werden! Hat der Herzog Friedrich Mittheilungen zu machen, so haben diese an den Kaiser oder dessen Minister zu geschehen, aber nicht in solcher Weise, hinter dem Rücken der Regierung. Der Kaiser ist sehr aufgebracht und muß dieses Verfahren dem Herzog Friedrich, der für seine Agenten einzustehen hat, sehr und mit Recht verübeln."

Der wahre Grund dieses Zornes stellte sich im weiteren Verlauf des Gespräches heraus, in welchem Rechberg betonte, der Zar von Rußland könne als Angehöriger des Hauses Holstein-Gottorp Ansprüche auf die Herzogthümer erheben, falls man sich nicht an das Londoner Protokoll halte; die Augustenburger stammten aus einer unebenbürtigen Ehe und der Verzicht des Vaters des Erbprinzen im Jahr 1852 habe auch des Letzteren Ansprüche, wenn sie überhaupt beständen, beseitigt. Was würde man sagen, wenn dereinst der Kronprinz von Oesterreich sein Anrecht auf die Lombardei unter dem Vorwand wieder geltend machen würde, daß nur sein Vater 1859 die Abtretung ausgesprochen hätte? Uebrigens gehöre auch Schleswig dem deutschen Bund nicht an und könne nur durch einen Eroberungskrieg von Dänemark losgetrennt werden, zu dem sich Oesterreich mit Rücksicht auf die daraus zu erwartenden europäischen Verwicklungen nicht hergeben werde.

Das war der österreichische Standpunkt zur schleswig-holsteinischen Frage im November 1863; auch die Eröffnungen, welche der Kaiser Herrn v. Löwenfels machte, wichen davon trotz größerer Milde und Courtoisie in der Form nicht ab. Er betrachtete die ihm angemuthete Lossagung vom Londoner Vertrag von 1852 als eine „Rechtsverletzung", zu der ihn auch die Rücksicht auf das Nationalgefühl in Deutschland nicht bringen könne.

Am 18. November erschien der Erbprinz von Augustenburg in Berlin, um für seine Sache zu wirken. Vom König wurde

er, soviel sich ermitteln läßt, nicht empfangen; Bismarck erklärte ihm kurz, daß er ihm keine Rathschläge ertheilen könne, da Preußen an das Londoner Protokoll gebunden sei. In Wien war dieser Standpunkt Preußens schon bekannt und es herrschte darüber in der Staatskanzlei so große Freude, daß alle bisherigen Differenzen über Bundesreform u. s. w. vergessen schienen. Graf Rechberg ließ seinem Collegen Bismarck durch den Gesandten Karolyi den Wunsch aussprechen, daß man dem in einer recht übelen Lage befindlichen neuen König von Dänemark einige Zeit zur Ueberlegung und Orientirung lasse und deßhalb den Vollzug der Execution einstweilen aufschiebe. Wenn aber diese stattfinde, würde man dankbar sein, wenn Preußen die ganze Reserve für die Execution allein stellen wolle, da die Entsendung eines so kleinen Corps in so weite Ferne für Oesterreich mancherlei militärische Unbequemlichkeiten habe. Uebrigens müsse man dem Augustenburger Lärmen energisch entgegentreten und den Bundestag zur raschen Anerkennung König Christians zwingen.

Zu den vielen Räthseln der schleswig-holsteinischen Politik Bismarcks gehört es gewiß, daß er die Abgeneigtheit Oesterreichs, sich activ in die Herzogthümerfrage zu mischen, nicht von vornherein dazu benutzte, Oesterreich auch wirklich fernzuhalten und so vor den Augen aller Welt Preußen allein die führende Stellung in dieser brennendsten und alle Gemüther leidenschaftlich bewegenden nationalen Frage zu verschaffen. Welch' ein Vortheil mußte hierin für Preußens Stellung in Deutschland liegen, wie viele Verwicklungen, die schließlich zu dem Kriege von 1866 führten, wären hierdurch verhütet worden! Die Rücksicht auf das Ausland konnte es nicht sein, welche Bismarck abhielt, auf diesem Wege die Befreiung der Herzogthümer vom dänischen Joche zu erstreben, denn von allen europäischen Mächten war nur England — und auch hier eigentlich nur das Ministerium Russel, keineswegs die gesammte öffentliche Meinung und am Wenigsten die Königin — ein ent-

schiedener Vertreter der dänischen Rechte auf die Herzogthümer. Louis Napoleon, welcher gerade jetzt durch Englands Widerstreben gegen seinen schon Anfangs November wieder hervorgeholten Congreßplan erbost war, interessirte sich nicht um eines Pfifferlings Werth für die Aufrechterhaltung der dänischen Herrschaft in den Herzogthümern; er hatte gerade in dieser Zeit das lebhafte Bedürfniß einer Allianz mit Preußen, welche ihm schon seit Jahren vorgeschwebt hatte, und kam nicht nur selbst, sondern auch durch seinen Minister Drouyn de Lhuys, wie die Gespräche mit dem preußischen Gesandten v. d. Goltz[1]) und indirekt auch spätere offizielle Actenstücke beweisen, Preußen in der schleswig-holsteinischen Frage so weit wie nur irgend möglich entgegen. Louis Napoleon sprach offen den Wunsch einer Allianz mit Preußen aus; Drouyn de Lhuys äußerte, die beste Lösung würde die sein, Schleswig-Holstein zu einer preußischen Provinz und nicht zu einem selbständigen Herzogthum zu machen. „Als er bei diesen Aeußerungen", berichtet v. Sybel, „auf Compensationen deutete, und Goltz sogleich darauf bemerkte, daß Preußen keine Provinzen zu vergeben hätte, äußerte der Minister, daß er nicht an territoriale Abtretungen denke; die Compensationen könnten in einer Geldzahlung an Dänemark, in der Verleihung einer hohen preußischen Stellung an Augustenburg, in guten Diensten an befreundete Mächte bei anderen Fragen bestehen."

Was war unter diesen „guten Diensten" zu verstehen? In der That nur die preußisch-französische Allianz, welche Napoleon damals nach dem in der polnischen Frage erlittenen Fiasco zur Hebung und Wiederbelebung seines Ansehens nach Innen und Außen sehr gut brauchen konnte, und welche ja Bismarck schon in seinen Berichten vom Bundestage als eine sehr wünschenswerthe Combination hingestellt hatte. Allein

[1]) Vergl. v. Sybel „Begründung des deutschen Reiches" Bd. III, S. 167 ff.

König Wilhelm war von einem unausrottbaren Widerwillen gegen die Allianz mit Frankreich erfüllt; erst sieben Monate zuvor (am 14. April 1863) hatte er in den Randbemerkungen zu der Denkschrift des Herzogs von Coburg für den Kronprinzen die bezeichnenden Worte niedergeschrieben: „An eine solche Allianz habe ich nie gedacht und werde ich nie denken. Gegen wen soll sie denn gehen?“ — In vollkommener Uebereinstimmung hiermit rief der König bei Empfang der wichtigen Berichte aus Paris aus: „Wie kommt Goltz dazu, ohne meine Autorisation von der Möglichkeit einer französischen Allianz zu reden?“

v. Sybel sucht diese Denkungsweise des Königs, auf welche Bismarck unter allen Umständen Rücksicht zu nehmen hatte, wollte er sich in der leitenden Stellung am Staatsruder erhalten, mit folgenden Worten zu erklären: „Der König hatte trotz all der bisherigen politischen Spannung ein warmes Herz für seinen kaiserlichen Neffen von Oesterreich; er hielt es freilich nicht für erlaubt, einem solchen Gefühle ein Interesse des preußischen Staates zu opfern, aber es war ihm eine Freude überall, wo auf dieser Seite sich Pflicht und Neigung vereinigen ließ. Im Verhältniß zu Napoleon war von dem Allen das Gegentheil vorhanden; er würde auch mit diesem abschließen, wenn das Staatswohl es erforderte, aber es würde ein von stetem Mißtrauen erschwertes Opfer sein. Drouyn de Lhuys' Hindeutung auf eine preußische Annexion Schleswig-Holsteins ließ der König platt zu Boden fallen; seit Jahren hatte in dieser Sache der Wunsch auf Wahrung der deutschen Ehre und auf Befreiung der deutschen Lande seine Seele erfüllt; ein eigennütziger Gedanke war ihm dabei nicht gekommen und wenn sich, was er lebhaft wünschte, das Londoner Protokoll beseitigen ließ, war er bereit, sich mit Augustenburg zu verständigen.“

Diesen ziemlich unlogischen, ja widerspruchsvollen Ausführungen des berühmten Geschichtsschreibers, zu dessen Schatten-

seiten die Schönfärberei gehört, läßt sich entgegenhalten, daß im Spätherbst 1863, unmittelbar nach dem Tode des Königs Friedrich von Dänemark, die öffentliche Meinung ganz Deutschlands **jeder** Lösung der schleswig-holsteinischen Frage, sofern nur das Hauptziel — die definitive Losreißung der Herzogthümer von Dänemark und die dauernde Verbindung derselben mit Deutschland — erreicht wurde, mit Freuden zugestimmt haben würde, also auch der Annexion an Preußen, da der Augustenburger für alle deutschen Patrioten der damaligen Zeit nur Mittel zum Zweck war. Ferner kann es keinem Zweifel unterliegen, daß eine offene preußisch-französische Allianz im Spätherbst 1863 für die national-deutschen Interessen jedenfalls weit ungefährlicher gewesen sein würde, als die späteren geheimen Verabredungen von Biarritz, zu denen Bismarck mit Rücksicht auf den unausbleiblichen Bruch mit Oesterreich genöthigt war. Wie man also auch die Dinge betrachten mag, so läßt sich nicht leugnen, daß es der preußischen Politik in der schleswig-holsteinischen Frage unmittelbar nach dem Tode König Friedrichs von Dänemark an Entschlossenheit, Klarheit und Offenheit fehlte und der günstigste Moment, die Sache zum Vortheil Preußens wie Deutschlands rasch einer glücklichen Lösung zuzuführen, versäumt wurde. Dynastische Gefühle des Königs Wilhelm auf der einen Seite und der damals noch vorhandene Widerwille Bismarcks dagegen, sich ausschließlich auf die Strömungen des Volksgeistes und des Nationalwillens zu stützen, gaben hier im Gegensatze zu einer gesunden „Realpolitik" den Ausschlag.

Im preußischen Abgeordnetenhaus beantragten am 1. Dez. die Abgeordneten v. Stavenhagen und Virchow: „Die Ehre und das Interesse Deutschlands verlangen, daß sämmtliche deutsche Staaten die Rechte der Herzogthümer schützen, den Erbprinzen von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein anerkennen und ihm in der Geltendmachung seiner Rechte wirksam zu unterstützen."

Namens der Staatsregierung gab Herr v. Bismarck hierauf eine ausführlich motivirte Erklärung ab, der wir die folgenden Stellen entnehmen: „Für Preußens Stellung zur Sache ist zunächst der Londoner Vertrag von 1852 maßgebend. Die Unterzeichnung derselben mag beklagt werden, aber sie ist erfolgt, und es ist ein Gebot der Ehre wie der Klugheit, an unserer Vertragstreue keinen Zweifel aufkommen zu lassen.... Damit aber die Verträge für uns diesen Werth und diese Geltung haben, ist es nothwendig, daß sie von dänischer Seite gewissenhaft ausgeführt werden. Daß dies bisher nicht geschehen ist, darf ich als allseitig unbezweifelt ansehen und halte mich der Aufzählung der Einzelheiten überhoben. Die Entscheidung über die Frage, ob und wann wir durch Nichterfüllung der dänischen Verpflichtungen in den Fall gesetzt sind, uns vom Londoner Vertrag loszusagen, muß die Regierung sich vorbehalten; sie kann dieselbe weder dem deutschen Bunde überlassen, noch sie hier zum Gegenstande von Erklärungen machen. (!) Wir haben mit der österreichischen Regierung Verabredungen getroffen, welche eine übereinstimmende Haltung beider Mächte in Betreff des Londoner Vertrags und seiner Consequenzen einstweilen sicher stellen.... Wir sehen, so lange wir den Londoner Vertrag nicht als hinfällig betrachten, in König Christian den Erben des Rechts und des Unrechts seiner Vorgänger. Demzufolge bestehen die Beweggründe fort, durch welche der Executionsbeschluß vom 1. October hervorgerufen wurde, während durch die Umstände eine beschleunigte Ausführung desselben geboten erscheint. Zu diesem Behuf haben wir in Gemeinschaft mit Oesterreich dem Bunde die erforderlichen Anträge zur sofortigen Vollziehung der Execution gestellt. Wie auch die Entscheidung hierüber in Frankfurt ausfallen möge, unter allen Umständen wird Preußen nach Maßgabe seiner Stellung als europäische Großmacht und als Bundesglied für das deutsche Recht in den Herzogthümern und für sein eigenes

Ansehen im Rathe der Großmächte mit besonnener Festigkeit einstehen. In Erfüllung dieser Aufgabe rechnet die Regierung auf die bereitwillige Unterstützung des Landes und seiner Vertreter. Zum Behuf unserer bundesbeschlußmäßigen Mitwirkung bei der Execution wird sie die erforderlichen militärischen Vorkehrungen zu treffen haben, und wegen Beschaffung der dazu nöthigen Geldmittel dem Landtage Vorlage machen."

Die Debatte hierüber gestaltete sich äußerst stürmisch. In voller Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung ganz Deutschlands wurde das Festhalten am Londoner Vertrag und die Anerkennung des Successionsrechtes Christian's IX. auf die Herzogthümer, nachdem Dänemark allen seinen Verpflichtungen offen Hohn gesprochen, als eine wissentliche und absichtliche Preisgebung des zweifellosen Rechtes der Herzogthümer, wie der zweifellosen Interessen Deutschlands bezeichnet und Bismarck beschuldigt, daß er aus Hinneigung zu Rußland (?) eine undeutsche Politik verfolge. Bismarck setzte diesen Vorwürfen eine stoische Ruhe entgegen; der Antrag Stavenhagen-Virchow wurde vom Abgeordnetenhause mit großer Mehrheit angenommen.

An demselben Tage richteten die Gemeindecollegien in München eine Adresse an den in Rom weilenden König Max, worin er gebeten wurde, mit Rücksicht auf die kritische Lage der Dinge in Deutschland alsbald in sein Land zurückzukommen. Der König antwortete telegraphisch, daß er sofort die Anstalten zur Abreise getroffen habe und wurde in München, da er in der schleswig-holsteinischen Frage sich ganz auf den Standpunkt der Volkswünsche stellte, jubelnd empfangen. — Der Großherzog von Baden sagte am 2. Dezember in seiner Thronrede zur Eröffnung des Landtages: „Ein edler Bruderstamm im Norden, lange geprüft und bewährt in vielen Leiden, ist durch das Recht eines zweifellosen Erbganges sich selbst und seinem großen Vaterlande zurückgegeben. Eine einseitig festgesetzte Erbfolgeordnung, welche weder das Recht der Stände,

noch die Ansprüche der Nationalität beachtet, droht ihn auf's Neue dem Verbande des neuen Vaterlandes zu entfremden. Meine Regierung hat nicht gezögert, zu thun, was das gute Recht fordert, und sie wird auch fernerhin, getragen von der erhebenden Einmüthigkeit aller Parteien mit Muth und Entschlossenheit die heiligen aber ernsten Pflichten erfüllen, welche dem deutschen Volke dort erwachsen sind. Ich weiß, daß die Sache in Ihrem Herzen mächtigen Wiederhall findet und daß für deutsches Recht und deutsche Ehre selbst die Uebernahme der schwersten Opfer Ihre Zustimmung findet."

In dem gleichen Sinne sprachen sich fast alle Kammern und Regierungen des übrigen Deutschland aus; nur die württembergische Regierung machte den Vorbehalt, daß die Mittelstaaten „nicht ohne oder gar gegen Preußen und Oesterreich" vorangehen und damit die schweren Folgen und Wechselfälle eines europäischen Conflicts auf sich laden könnten." Der Minister v. Hügel, welcher diese Erklärung abgab, stand seit Jahren unter dem Einfluß Rechbergs. In Nürnberg traten am 6. Dezember die Ausschüsse des Nationalvereins, wie des großdeutschen Reformvereins zusammen, um auf den 21. einen Abgeordnetentag aus ganz Deutschland nach Frankfurt auszuschreiben. Auf diesem erschienen 491 deutsche Volksvertreter aus allen Ländern und sprachen sich einmüthig auf das Energischste für die völlige Trennung der Herzogthümer von Dänemark aus. Ein Ausschuß von 36 Mitgliedern, aus Großdeutschen und Kleindeutschen bestehend, wurde zur Leitung der Bewegung für Schleswig-Holstein eingesetzt. Aus den Herzogthümern war inzwischen eine große Deputation nach dem Inneren von Deutschland gekommen, um den Beistand der Nation für ihre Sache zu erbitten; sie wurde überall mit unbeschreiblichem Jubel empfangen.

Geradezu schnöde, das Auftreten Bismarck noch übertrümpfend, war die Haltung der österreichischen Regierung. Graf Rechberg antwortete am 4. Dezember auf die Interpellation Rechbauers und Genossen kurzweg, Oesterreich halte im Ein-

verständniß mit Preußen an dem Londoner Protokoll und dem Erbrecht des Dänenkönigs über die Herzogthümer fest. Eine Deputation des Wiener Gemeinderathes, welche dem Kaiser das Eintreten für die Rechte der Herzogthümer an's Herz legen wollte, wurde höchst ungnädig empfangen. Wie in den Zeiten des ärgsten absolutistischen Regimentes erlaubte die Regierung keinerlei Volksversammlungen für Schleswig-Holstein, den schon bestehenden Vereinen wurde die Besprechung der schleswig-holsteinischen Frage verboten, alle Sammlungen untersagt und die Statthalter in den Provinzen erhielten die Weisung „die Bewegung sorgfältig zu überwachen."

Es war unter diesen Verhältnissen der Bevölkerung im übrigen Deutschland gewiß nicht zu verdenken, daß sie in Versammlungen, in der Presse u. s. w. das Verhalten der beiden Großmächte in der schleswig-holsteinischen Frage geradezu als „infam und vaterlandsverrätherisch" bezeichnete. Denn beide Großmächte gingen erklärtermaßen darauf aus, die Herzogthümer wie 1849 und 1852 für immer wieder unter dänische Herrschaft zurückzubringen; die „Bundesexecution" sollte nach ihrem Willen nichts weiter bezwecken, als den König von Dänemark zur Rücknahme des Märzpatents und der Novemberverfassung zu zwingen. Gab er, was sehr leicht geschehen konnte, diesem Zwange nach, dann waren die Herzogthümer auf unabsehbare Zeit für Deutschland verloren und die schmachvolle Politik der 1850er Jahre triumphirte auch jetzt! Fürwahr, Bismarck konnte mit Recht später sagen, „daß der Herr *auch unsere Irrthümer* zu unserem Besten wendet"; was aber Oesterreich betrifft, so war seine Politik, wie wir alsbald noch an weiteren Beispielen sehen werden, gerade in dieser kritischen Zeit nicht nur undeutsch, sondern auch — wir müssen das scharfe Wort gebrauchen — ebenso perfid, als selbst vom Standpunkte der österreichischen Interessen aus betrachtet dumm und verblendet.

Unter dem Drucke einer identischen Note Preußens und Oesterreichs vom 4. Dezember verwarf am 7. der Bundestag

den Antrag seines Ausschusses, die am 1. Oktober beschlossene Execution „nunmehr auf den Schutz aller Rechte, deren Wahrung dem Bunde unter den gegenwärtigen Verhältnissen obliegt, auszudehnen und sofort in Vollzug zu setzen", mit 8 gegen 7 Stimmen, wobei Luxemburg sich der Stimmabgabe enthielt und die 15., 16. und 17. Kurie, die Liliputstaaten und die vier freien Städte umfassend, mit Preußen und Oesterreich gingen, offenbar aus feiger Furcht vor den Folgen einer Opposition gegen diese. Statt des Ausschußantrages wurde der Beschluß angenommen, daß die Execution mit der Erbfolgefrage nichts zu schaffen habe und daß die Ausführung der Execution den Regierungen von Oesterreich, Preußen, Sachsen und Hannover zu übertragen sei.

Im preußischen Abgeordnetenhause kam es am 18. Dez., als Bismarck einen Credit von 12 Millionen Thalern zur Ausführung der mit der „Execution" verbundenen militärischen Maßregeln verlangte, abermals zu einer überaus heftigen Debatte. Die Commission schlug Verwerfung des geforderten Credits vor und statt dessen den Erlaß einer — vom Abgeordnetenhaus auch mit 207 gegen 107 Stimmen angenommenen — Adresse an den König, welche bitten sollte, „sich vom Londoner Vertrag loszusagen, den Erbprinzen von Augustenburg als Herzog anzuerkennen und dahin zu wirken, daß der deutsche Bund demselben in der Besitzergreifung und Befreiung seiner Erblande wirksamen Beistand leiste". Bismarck mochte fühlen, daß er im Interesse Preußens selbst doch nicht allzu schroff dem deutschen Nationalgefühl und zugleich dem Willen der heimischen Volksvertretung entgegentreten dürfe. Er versicherte, „daß kein Fuß breit deutscher Erde verloren gehen, kein Titel deutschen Rechtes verloren gehen solle", was hier eine hohle Phrase war, da Preußen ja an dem angeblichen, in Wirklichkeit nicht vorhandenen Erbrecht des Dänekönigs über die Herzogthümer festhielt. Dann ging er einen Schritt weiter, indem er darauf hinwies, daß die Politik der Regierung „den

Uebergang zu dem Programm, welches die Adresse aufstelle, keineswegs ausschließe"; der Krieg hebe bekanntlich alle Verträge auf und die Dinge lägen so, „daß wir jeden Tag, wenn wir den Krieg haben wollen, ihn haben können"; man brauche nur die Saiten etwas straffer anzuziehen. Auch dies war falsch, denn Christian IX. konnte, gestützt auf Preußen und Oesterreich, denen in diesem Falle ganz Europa beigepflichtet und wohl oder übel auch der deutsche Bund gefolgt sein würde, dem „Krieg" jeden Tag durch einfache Zurücknahme der Novemberverfassung aus dem Wege gehen. Dann war für Preußen genau dieselbe Lage, derselbe Zwang zur „Demobilisirung" geschaffen, wie 1859 nach dem Frieden von Villafranca.

Und Bismarck selbst arbeitete darauf hin, daß diese Lage geschaffen werde. In einem Gespräch vom 12. Dezember mit dem englischen Gesandten Lord Wodehouse, welches v. Sybel mittheilt[1]), hatte er dem König Christian folgende Rathschläge zukommen lassen: „Es ist Sache der Dänen, auf welche Art sie ihr Unrecht gut machen wollen; wir müssen darauf bestehen, daß Schleswig am 1. Januar von der Wirksamkeit des Gesetzes (d. h. der Novemberverfassung) ausgenommen ist. Der König, setzte er vertraulich hinzu, wird sich wohl zu einem Staatsstreich und jedenfalls zu einem Ministerwechsel entschließen müssen: mit einem friedliebenden und stabilen Regiment würden wir gute Nachbarschaft halten, eine revolutionäre und deutschfeindliche Regierung aber unter der Herrschaft der Straßendemokratie ist für uns ein gefährlicher und unerträglicher Nachbar, mit welchem der Krieg unvermeidlich würde." — Es war nicht Bismarcks Verdienst, daß in Kopenhagen diese Rathschläge, welche der englische Premier Lord Russel auf's Lebhafteste unterstützte, unbeachtet blieben und so wenigstens vorerst der Weg der „Execution" noch offen blieb.

---

[1]) „Begründung des deutschen Reiches", Bd. III. S. 187.

Aus den Berichten Bismarcks an den König aus dieser Zeit geht klar hervor, daß er im Widerspruch zu seinem sonstigen Wesen gerade in der schleswig-holsteinischen Frage höchst schwankend und unsicher war. Am 10. Dezember bezeichnete er dem König die drei Wege, welche Preußen einschlagen könne, „wenn am 1. Januar 1864 die neue dänische Verfassung in Kraft tritt." Der erste wäre die völlige Lossagung von dem Londoner Vertrag und Krieg gegen Dänemark, wodurch man der öffentlichen Meinung Deutschlands gerecht werden, aber „insbesondere mit England in gefährliche Spannung gerathen würde." Der zweite Weg bestände in der Lossagung vom Londoner Protokoll ohne den Beginn einer kriegerischen Action. Dieser Weg würde jedoch nur bis zur Eider führen und Schleswig schutzlos lassen. „Bleibt der dritte Weg. Oesterreich und Preußen äußern sich gar nicht über den Londoner Vertrag, sondern gehen zur Action über, um die Erfüllung der dänischen Verpflichtungen von 1852 zu erzwingen. Also am 1. Januar ein Ultimatum in diesem Sinne vom Bunde, oder wenn dieser nicht will, von beiden Großmächten oder auch gar kein Ultimatum und sofortiges Einrücken, um das Streitobject, dessen Dänemark sich eben bemächtigen will, dem Gegner zu entziehen. Das wäre Krieg mit Dänemark, welcher denn auch rasch und energisch zu führen wäre; die anderen Mächten hätten dabei keinen Titel zur Einmischung; höchstens Schweden käme vielleicht in das Feld. Unsere Stellung in der Conferenz würde durch den Besitz des Streitobjectes nicht ungünstiger werden."

Der dritte von den hier bezeichneten Wegen war die „Inpfandnahme Schleswigs" — nicht etwa im Sinne der dauernden Losreißung der Herzogthümer von Dänemark, sondern „um die Erfüllung der dänischen Verpflichtungen von 1852 zu erzwingen", also erst recht die Herzogthümer bei Dänemark zu lassen. Graf Rechberg, welchem Bismarck durch Karolyi seine Absichten hatte mittheilen lassen, ging auf dieselben als-

bald ein; er sagte: „um der verbrecherischen Narrheit der Mittelstaaten einen Riegel vorzuschieben, müßten Oesterreich und Preußen in der Besetzung Schleswigs den Augustenburgern zuvorkommen und die Entscheidung der gefährlichen Frage in die eigene Hand nehmen, um hiermit auch für Schleswig die Integrität der dänischen Monarchie zu bewahren[1]). In diesem Sinne instruirte Rechberg am 19. Dezember den österreichischen Gesandten Grafen Karolyi in Wien.

Sowohl Bismarck als der König sympathisirten nicht im Geringsten für die hochgehende Bewegung in Deutschland, im Gegentheil war gerade dem König dadurch bei allem persönlichen Wohlwollen für den Prinzen von Augustenburg „die Sache desselben stark verleidet".

Inzwischen überschritten, nachdem am 12. Dezember die vier Executionsregierungen an Dänemark die Aufforderung gerichtet hatten, binnen sieben Tagen seine Truppen aus Holstein zurückzuziehen, die sächsischen und hannoverischen Abtheilungen unter dem Oberbefehl des Generals Hake unbehindert die holsteinische Grenze, besetzten zuerst Wandsbeck und von dort sich ausdehnend noch vor Jahresschluß das ganze Herzogthum. Die dänischen Truppen räumten in dem Maßstab, als die Bundestruppen vorrückten, das Land und überließen diesen jede Stellung wie bei einer Wachablösung. Die Bevölkerung ihrerseits rief überall den Herzog Friedrich als Landesherrn aus und verjagte die dänischen Beamten und Geistlichen, welche dem König Christian den Huldigungseid geleistet hatten. Zwar erließen beiden Bundeskommissäre, v. Könneritz (Sachsen) und Nieper (Hannover), hiergegen Verbote, welche aber Seitens des Volkes unbeachtet blieben, so daß um die Weihnachtszeit Herzog Friedrich unter unbeschreiblichem Enthusiasmus der Bevölkerung seinen Einzug in Kiel halten und dort eine förmliche Landesregierung organisiren konnte, zu der auch die

[1]) v. Sybel, Bd. III, S. 197.

Bundescommissäre rasch in vertraulichen Verkehr traten. Die Execution nahm von Anfang an, wie dies später der sächsische Minister v. Beust mit Recht betont hat, den Charakter einer Occupation des Landes an.

Die beiden Großmächte ihrerseits ignorirten diese Lage der Dinge vollständig und stellten am 28. Dezember beim Bundestage gemeinsam den Antrag, der Bund möge Schleswig in Pfand nehmen für die Erfüllung der dänischen Verpflichtungen von 1852, was gleichbedeutend mit der Anerkennung des Dänenkönigs als Herzog von Schleswig-Holstein war. Noch am 22. Dezember hatte der preußische Bundesgesandte v. Sydow vergeblich davor gewarnt, daß Preußen sich mit der öffentlichen Meinung ganz Deutschlands, den Beschlüssen des Abgeordnetentags (am 21.) und dem Willen fast sämmtlicher Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten setze. Der einzige jetzt noch praktische Weg sei die Zerreißung des Londoner Protokolls; „sonst stehe unmittelbar die Revolution oder, was vielleicht noch schlimmer wäre, ein Gefühl tiefer politischer Verzweiflung bevor." Am 23. Dezember stellte Bayern den Antrag auf schleunige Prüfung der Erbfolgefrage, so daß binnen acht Tagen darüber Bericht zu erstatten wäre; Darmstadt erweiterte im Einverständniß mit Sachsen diesen Antrag dahin, daß Schleswig zum Schutze aller Rechte Deutschlands von den Bundestruppen besetzt werde. Als am 27. Dezember dem Präsidialgesandten eine englische Note überreicht wurde, welche den Bund aufs Dringendste vor „übereilten Schritten" warnte und die Veranstaltung einer Conferenz in London vorschlug, an welcher nicht nur die Unterzeichner des Londoner Vertrags von 1852, sondern auch der Bund vertreten sein würde, konnte der badische Gesandte v. Mohl seine patriotische Erregung über den anmaßenden Ton der englischen Note nicht unterdrücken und brach in die Worte aus, „man möge die Note in den Acten des Ausschusses begraben, wenn man ein Papier überhaupt annehmen wolle, das für Neuseeländer ge-

schrieben zu sein scheine." Der bayerische Gesandte v. d. Pfordten sagte, nach einem solchen Vorgange werde hoffentlich keine einzige Stimme in der Versammlung sich noch für den Londoner Vertrag erklären.

Wie um diese Stimmung der mittelstaatlichen Regierungen zu verhöhnen, stellten Preußen und Oesterreich noch am Sylvestertage, immer noch auf dem Boden des Londoner Vertrags und des angeblichen Erbrechts Christians IX. von Dänemark stehend, bei dem Bunde den Antrag, derselbe möge den Erbprinzen von Augustenburg auffordern, sofort Kiel und das Herzogthum Holstein zu verlassen, nöthigenfalls Zwangsmaßregeln gegen ihn ergreifen. Aber die Zeit war vorüber, in der sich die Mittelstaaten den Geboten der „Vormächte" ohne Weiteres fügten. Ganz im Gegensatz zu der früheren Langsamkeit wurde schon 48 Stunden später über den preußisch-österreichischen Antrag Beschluß gefaßt und derselbe mit 9 gegen 7 Stimmen verworfen. Es ergab sich das bis dahin unerhörte Factum, daß beide Großmächte von den übrigen deutschen Staaten vom Bunde „majorisirt" werden konnten; der Beschluß vom 2. Januar, welcher die Abweisung des österreichisch-preußischen Antrags aussprach, enthielt zugleich die indirecte Anerkennung des Augustenburgers als Herzog von Schleswig-Holstein.

Rechberg, den man am Bundestage nur noch „den Neger des Herrn von Bismarck" nannte, war außer sich vor Zorn über diese Unbotmäßigkeit der bisherigen Vasallen der österreichischen Politik. Er erließ am 10. Januar eine geharnischte Note an die bayrische Regierung folgenden Inhalts: „Wo der Bundestag innerhalb seiner gesetzlichen Competenz Beschlüsse fasse, würden Oesterreich und Preußen keinen Einspruch dagegen erheben. Aber Beschlüssen gegenüber, welche ohne Rücksicht auf Gesetz und Verfassung nach politischer Convenienz in freiem Belieben gefaßt werden, (es war damit der bayrische Antrag vom 23. Dezember gemeint) würden die beiden Mächte sich nimmermehr majorisiren lassen. Das Thronfolgerecht des

Königs Christian IX. auf Schleswig-Holstein sei unbestreitbar; auch der Bund habe damit 1852 sein Einverständniß ausgesprochen. (!) Die Verwerfung der hierauf bezüglichen großmächtlichen Anträge am Bunde würde eine Sprengung der deutschen Solidarität bedeuten; die schleswig-holsteinische Frage würde ihre Lösung entweder mit Ehre und Gewinn oder mit Schmach und Verlust für Deutschland finden, je nachdem Deutschland die Grenzen der Gesetzlichkeit einhalten würde oder nicht."

Die „Gesetzlichkeit" bestand nach Rechbergscher Auffassung in diesem Falle in dem Festhalten am dänischen Erbrecht, „die Ehre und der Gewinn" in der Fügsamkeit gegen die anmaßenden Forderungen des Auslandes, insbesondere Englands; wo aber die „Schmach und der Verlust" sitzen sollten, würden selbst die Schreiber der Wiener Staatskanzlei nicht herauszufinden vermocht haben, es sei denn, daß sie die österreichische Politik selbst und deren Consequenzen so bezeichnet hätten.

Kürzer drückte sich Bismarck in einem Erlaß an den Bundestagsgesandten v. Sybel aus: „v. d. Pfordtens Arbeit erscheint mir parteiisch und oberflächlich. Wir können einer solchen Behandlung völkerrechtlicher Transactionen, an denen wir theilgenommen (i. e. des Londoner Protokolls) nicht dulden. Wir sind ebensowenig wie Oesterreich gesonnen, uns in dieser wichtigen Frage der Führung des k. bayerischen Bundestagsgesandten (!) zu überlassen; ich wünsche, daß Sie dies zur Richtschnur Ihrer Aeußerungen in den Ausschüssen machen und den Standpunkt der Großmächte mit der Energie vertreten, mit welcher wir ihn nöthigenfalls durchzuführen entschlossen sind."

Man sieht, die beiden Großmächte warfen den Bund, der nicht ihrem Willen folgen wollte, in einem Augenblicke zum werthlosen Gerümpel, wo er — zum ersten Mal seit langer Zeit, ja überhaupt während seines Bestehens — sich voll und

ganz zum Schützer der nationalen Interessen und zum Vollstrecker des klar und deutlich allüberall in Deutschland sich aussprechenden Nationalwillens machen wollte! Herr v. Sybow, dies erkennend und die Bismarck'sche Politik offenbar nicht mehr verstehend, antwortete auf den obigen Erlaß tief bekümmert, er und Kübeck (der Präsidialgesandte) redeten in den Ausschüssen ganz nach den erhaltenen Vorschriften. Aber in Frankfurt sei nichts zu bewirken; die Gesandten der Gegner hätten bindende Instructionen, mit deren Inhalt die meisten auch persönlich einverstanden seien. Vor Allem König Max von Bayern sei ganz fest in seiner Politik, einmal, weil er bei jeder anderen eine allgemeine Revolution befürchte, dann, weil er den europäischen Mächten nicht die Befugniß einräumen wollte, über Thron- und Erbrechte deutscher Fürstenhäuser zu entscheiden. Nicht einmal die bloße Personalunion der Herzogthümer mit Dänemark würde beim Bundestage noch zur Anerkennung zu bringen sein.

Ebenso schroff wie dem Bundestag und der öffentlichen Meinung in Deutschland trat Bismarck der heimischen Volksvertretung in der schleswig-holsteinischen Frage gegenüber. Als die Führer der Majorität im Abgeordnetenhause erklärten, das Haus werde sich nicht dazu herbeilassen, 12 Millionen Thaler Kriegskredit für eine Politik zu bewilligen, welche erklärtermaßen der Losreißung der Herzogthümer von Dänemark widerstrebe und diese vielmehr unter irgend einer Form wieder an Dänemark ausliefern wolle, bemerkte Bismarck kühl: „Dann werden wir das Geld nehmen, wo wir es finden" — ohne im Geringsten dem Abgeordnetenhaus die Ueberzeugung zu verschaffen, daß das letzte Ziel der Regierungspolitik doch mit den national-deutschen Interessen Hand in Hand gehe.

Es bleibt ein vollkommenes Räthsel, das auch v. Sybel nicht und ebensowenig irgend ein anderer Vertheidiger Bismarcks aufzuklären vermocht hat, was denn eigentlich im Dezember 1863 und Januar 1864 die wahren Ziele seiner schleswig-holsteinischen

Politik waren, wenn sie nicht in der That rein dynastisch-reactionärer und volksfeindlicher Natur gewesen sind. Was Oesterreich betrifft, mit welchem Bismark in diesem Stadium der Dinge auf das Intimste verbunden war und mit dem er treulich Hand in Hand ging, so giebt v. Sybel den antideutschen und cynischen Character jener Politik ganz offen mit den Worten zu: „Das preußische Abgeordnetenhaus lehnte die Anleihe ab, weil Preußen von Deutschland abfalle und seine Großmachtstellung mißbrauche. Alle Welt lebte eben der Ueberzeugung, *welche allerdings, was Oesterreich anging, nicht unbegründet war*, der Zweck der angekündigten Besetzung Schleswigs sei kein anderer, als Auslieferung der Herzogthümer an den Dänenkönig und Protokollprinzen Christian. Ganz in derselben Weise machten sich die Eiderdänen Muth; die wahren Gegner, sagten sie, welche die deutschen Großmächte treffen wollten, seien die Mittelstaaten und die Revolution, durch die zur Zeit Oesterreich, Preußen und Dänemark gleichmäßig bedroht würden; *die Sache werde demnach ganz so wie 1850 verlaufen*."

v. Sybel gibt sich viele Mühe, was außer ihm auch andere Vertheidiger der Bismarck'schen Politik quand même gethan haben, den Glauben zu erregen, Bismarck habe eben felsenfest auf den dänischen Starrsinn gerechnet, welcher es möglich machen werde, den Londoner Vertrag zu zerreißen und die Herzogthümer für Deutschland zu gewinnen, ohne mit den europäischen Mächten in Conflict zu gerathen. Diese Annahme erweist sich aus dem doppelten Grunde als falsch, weil erstens gerade in jener Zeit König Christian von Dänemark auf dem Punkte stand, dem Rathe zu folgen, welchen Bismarck ihm durch Lord Wodehouse hatte zukommen lassen (s. S. 185), nämlich wenn nöthig mit Hülfe eines Staatsstreichs sich von der ihm aufgedrungenen Novemberverfassung zu befreien, wodurch Oesterreich und Preußen sofort jeder Grund zu weiterem Vorgehen entzogen worden wäre, und weil zweitens von den europäischen Mächten nur *England* eine entschieden dänenfreundliche Haltung einnahm, während

Frankreich ziemlich rückhaltlos für die Rechte Deutschlands sich aussprach, Rußland sich ganz passiv verhielt und selbst nach v. Sybels Ansicht um Dänemarks willen sich nicht mit Preußen überworfen haben würde. Es war also ebensowenig ein stichhaltiger Grund vorhanden, auf den Starrsinn Dänemarks zu bauen, wie einen europäischen Conflict zu befürchten, wenn Preußen sich in dieser Sache, gestützt auf die einmüthigen Wünsche ganz Deutschlands und auf sämmtliche Bundesregierungen mit alleiniger Ausnahme Oesterreichs, sich zum Bannerträger der nationaldeutschen Interessen machen wollte.

„Zwischen dem 24. und 28. Dezember", so bemerkt mit Recht Herzog Ernst von Coburg in seinen Denkwürdigkeiten[1]), „wurde in Kopenhagen um die ganze Entwicklung Deutschlands recht eigentlich gewürfelt, denn wie die deutschen Großmächte nach ernstlicher Erfüllung der von Dänemark im Jahr 1852 gegebenen Versprechungen auf Grundlage des Londoner Protokolls zu einem Casus belli (Grund zum Kriege) hätten kommen können, war kaum abzusehen. Am 26. Dezember standen die Dinge in dieser Beziehung in Kopenhagen recht eigenthümlich. Der Reichsrath sollte einberufen werden, um die Suspendirung der Novemberverfassung zu genehmigen, man sprach von einem Staatsstreich. Der König erklärte, den Frieden aufrecht erhalten und die Verfassung der Herzogthümer wiederherstellen zu wollen. Es war sehr begreiflich, daß man in den schleswig-holsteinischen Kreisen dadurch sehr beunruhigt ward. Indessen war man in Dänemark weit entfernt, die alten Pläne der Gesammtmonarchie aufzugeben, und am 28. Dezember trat ebenso überraschend ein Ministerium Monrad in's Amt. Der dänische Gesandte in Berlin, v. Quade, übernahm das auswärtige Ministerium. Der General de Meza wurde zum Commandirenden der activen Armee ernannt und der König selbst begab sich nach Schleswig, wo er am 2. Januar in Flensburg

[1]) Bd. III, S. 385 u. 386.

eintraf. Die Kriegspartei hatte alle Versicherungs- und Friedensabsichten mit einem Male zerstört, die englischen und französischen Vermittlungsversuche waren definitiv gescheitert."

Sehr merkwürdig, und bis auf den heutigen Tag ebenfalls noch nicht völlig aufgeklärt, war die französische Politik in diesem Stadium der Dinge. Wir haben oben (s. S. 177 und 178) gezeigt, daß schon unmittelbar nach dem Tode Friedrichs VII. von Dänemark Louis Napoleon und sein Minister Drouyn de Lhuys Preußen rundweg die Annexion der Herzogthümer vorgeschlagen und zu diesem Zwecke eine Allianz mit Frankreich angeboten hatten, ohne daß dabei irgendwie von Gebietscompensationen die Rede war, auf welche Preußen sich ja auch nicht eingelassen haben würde. Der König und Bismarck ließen diese Anerbietungen jedoch platt zu Boden fallen und beharrten bei dem Londoner Protokoll und dem dänischen Erbrecht. Als hierüber eine Spaltung im Bunde — Oesterreich und Preußen auf der einen, sämmtliche Mittelstaaten und fast alle Kleinstaaten auf der anderen Seite — ausgebrochen war, richtete das Tuilerienecabinet am 8. Januar 1864 mit Uebergehung der beiden Großmächte eine Circularnote an die deutschen Mittel- und Kleinstaaten, worin das Londoner Protokoll ein ohnmächtiges Werk genannt, die Theilnahme des deutschen Bundes an der von England vorgeschlagenen Conferenz als wünschenswerth bezeichnet und Frankreichs Zustimmung zu der Conferenz hiervon ausdrücklich abhängig gemacht wurde. Was war der Zweck dieses auffallenden Schrittes der Tuilerienregierung? v. Sybel giebt unbestimmte Andeutungen von einer „Erneuerung des Rheinbundes", allein für diese Absicht Louis Napoleons, welche damals geradezu phantastisch und kindisch gewesen wäre, ist keinerlei Beweis erbracht. Im Gegentheil läßt sich annehmen, was auch französische Schriftsteller später betont haben und selbst v. Sybel an mehreren Stellen seiner Darstellung zugiebt, daß Louis Napoleon hier von seiner instinctiven Vorliebe für das Nationalitätenprinzip, von seinem Haß

gegen die „Verträge von 1815“, die ja die Grundlage des Londoner Protokolls von 1852 bildeten, und von seinem Widerwillen gegen die egoistische Politik Englands geleitet war, welche Dänemark aus dem alleinigen Grunde protegirte, weil man in England durch die Verbindung der Herzogthümer mit Deutschland das Aufkommen einer deutschen Seemacht in der Ost- und Nordsee befürchtete. Als Lord Russel im Januar 1864 Frankreich zu einer gemeinsamen Action mit England drängen wollte, durch welche „Dänemark in seinem Widerstande gegen eine Zerstückelung materielle Unterstützung gewährt werden sollte“, lehnte der Kaiser dies ab und Drouyn de Lhuys motivirte diese Ablehnung folgendermaßen: „Der Kaiser erkennt die Wichtigkeit des Londoner Vertrags an, insofern derselbe bezweckt, das Gleichgewicht und den Frieden Europas zu bewahren. Während die französische Regierung diesem Zwecke des Vertrags ihren vollen Beifall zollt, muß sie dennoch anerkennen, daß die Umstände eine Aenderung desselben nöthig machen können. Der Kaiser ist stets geneigt gewesen, große Rücksichten auf die Gefühle und Bestrebungen der Nationalitäten zu nehmen. Man kann unmöglich verkennen, daß die nationalen Gefühle und Bestrebungen Deutschlands auf eine engere Vereinigung mit den Deutschen Schleswig-Holsteins gerichtet sind. Dem Kaiser würde jedes Mittel widerstreben, mit welchem er die Verpflichtung übernähme, mit den Waffen die Wünsche Deutschlands zu bekämpfen. . . . . Schleswig und England liegen fern von einander. Aber der Boden Deutschlands und derjenige Frankreichs berühren sich und ein Krieg zwischen den beiden wäre der unheilvollste und gewagteste, den das Kaiserreich unternehmen könnte. Neben diesen Erwägungen kann der Kaiser nicht umhin, sich zu erinnern, daß er in Europa zum Gegenstande des Mißtrauens und Verdachtes bezüglich seiner angeblichen Vergrößerungsprojecte nach dem Rhein hin gemacht worden ist. Ein Krieg an der Rheingrenze begonnen, würde diesen grundlosen und ungerechtfertigten An-

schuldigungen noch größere Kraft verleihen. . . . . Wenn später das Gleichgewicht ernstlich bedroht würde, dürfte der Kaiser geneigt sein, neue Maßregeln im Interesse Frankreichs und Englands zu ergreifen. Für jetzt aber will er seiner Regierung die volle Freiheit des Handelns bewahren."

Diese Depesche allein schon würde in Verbindung mit den vorausgegangenen Eröffnungen an den preußischen Gesandten v. d. Goltz in Paris und mit der Circularnote an die deutschen Mittelstaaten vom 8. Januar beweisen, daß die angebliche Furcht Bismarcks vor „europäischen Conflicten" im Falle der Lossagung von dem Londoner Vertrag niemals vorhanden war, zumal unter allen Fehlern, die man Bismarck vorwerfen kann, feige Furcht vor fern liegenden Möglichkeiten gewiß nicht eingeschlossen war. Viel näher mochten wohl die dänischen Chauvinisten seinen wahren Motiven kommen, als sie behaupteten, daß Preußen und Oesterreich mit ihrer schleswig-holsteinischen Politik „nur die deutschen Mittelstaaten und die Revolution treffen wollten, durch die zur Zeit Oesterreich, Preußen und Dänemark gleichmäßig bedroht werde."

Am 14. Januar 1864 wurde im Bunde der preußisch-österreichische Antrag auf „Inpfandnahme Schleswigs" für die Erfüllung der dänischen Verpflichtungen von 1852 mit allen gegen 6 Stimmen — nur Kurhessen, Mecklenburg und die Kleinstaaten der 16 Kurie stimmten mit den Großmächten — verworfen, worauf v. Kübeck und Sydow sofort die Erklärung abgaben, daß Preußen und Oesterreich nunmehr unabhängig vom Bunde als europäische Großmächte die Inpfandnahme vollziehen würden. Seinem inneren Wesen nach war der Bund durch diese Erklärung eigentlich schon gesprengt, und daß Oesterreich hierzu die Hand bot, hat der preußische Staatsanzeiger vom 6. Juni 1866 mit berechtigtem Hohne als den Beweis für die grundsatzlose und bundesfeindliche Politik des Wiener Cabinets hervorgehoben. Denn durch den Vertrag vom 16. Januar, durch welchen nun Preußen und Oesterreich sich zu

gemeinsamer Action in Schleswig verpflichteten, wurde ausdrücklich festgesetzt, daß wenn im Laufe der Kriegsereignisse „die jetzt bestehenden Vertragsverhältnisse hinfällig werden würden, die Höfe von Oesterreich und Preußen die künftigen Verhältnisse der Herzogthümer nur in gegenseitigem Einverständnisse (mit Ausschluß des deutschen Bundes) feststellen und jedenfalls die Frage über die Erbfolge nicht anders als in gemeinsamem Einverständniß entscheiden werden."

Diese österreichisch-preußische Convention vom 16. Januar 1864 war mit ihren Consequenzen die eigentliche Erzeugerin des Krieges von 1866, wie es immer der Fall sein muß, wenn zwei unversöhnliche Rivalen mit durchaus verschiedenen Interessen sich zu einer gemeinsamen Action vereinigen. Die Bundestagssitzung vom 14. Januar 1864 sprengte unter Mitwirkung und auf Betreiben Oesterreichs den Bund schon moralisch, so daß $2^1/_2$ Jahre später, am 14. Juni 1866, eigentlich nur die thatsächliche und logische Consequenz hiervon gezogen wurde. Es war selbst für die Zeitgenossen nicht schwer, diesen Gang der Dinge vorauszusehen. Schon im Dezember 1863 hatte Louis Napoleon zu dem italienischen Gesandten in Paris, Ritter Nigra, gesagt: „Wir werden es dahin bringen, daß Preußen und Oesterreich sich mit Kanonen beschießen."

Noch am Tage des Abschlusses der Convention richteten die beiden Mächte eine gemeinschaftliche Sommation an die dänische Regierung, binnen 48 Stunden die Verfassung vom 18. November 1863 aufzuheben; Dänemark nahm sich zwölf Tage lang Zeit, um auf diese Sommation zu antworten, und zwar in ablehnendem Sinne. Inzwischen hielt man es doch auch für nöthig, gegen den Bundestag wenigstens formell etwas mildere Seiten aufzuziehen. Preußen und Oesterreich gaben am 17. Januar durch ihre Gesandten eine gemeinsame Erklärung ab, daß ihr vom Bunde unabhängiges Vorgehen in

Schleswig nur die Sicherung der Rechte des deutschen Bundes auch in diesem Theile der Herzogthümer zum Zwecke habe und die durch den Bund angeordneten Executionsmaßregeln in Holstein nicht behindere. „Aber die beiden Regierungen", schloß die Erklärung, „überlassen sich hierbei allerdings der zuversichtlichen Hoffnung, daß ihrem, die Wahrung der Interessen Deutschlands, sowie derjenigen Schleswigs bezweckenden Vorgehen das bereitwillige und bundesfreundliche Entgegenkommen derjenigen ihrer hohen Verbündeten, deren Bundesgebiete hierdurch berührt werden, und der Bundesverwaltung in Holstein und Lauenburg nicht fehlen werde."

Der Schlußsatz dieser Erklärung ließ klar den Zweck derselben erkennen. Daß sie nicht aufrichtig und offen war, geht schon aus der Verschweigung des zwischen den beiden Mächten am 16. Januar getroffenen Abkommens hervor, wonach, wenn die Kriegsereignisse den Londoner Vertrag hinfällig machen sollten, nur die beiden Großmächte, nicht auch der Bund, in gemeinsamem Einverständniß über das Schicksal der Herzogthümer zu entscheiden haben würden, wie es ja später auch durch Hinauswerfen der Bundestruppen aus Holstein, durch den Gasteiner Vertrag u. s. w. thatsächlich geschah. Die angeblich beabsichtigte „Sicherstellung der Rechte des deutschen Bundes auch in Bezug auf Schleswig" war eine auf gutgläubige Kinder berechnete Redensart und machte in der That nirgends einen ernsthaften Eindruck.

Ebensowenig konnte die an demselben Tage von Bismarck an die deutschen Regierungen erlassene Circulardepesche, worin die Politik Preußens in der schleswig-holsteinischen Frage erläutert wurde, die beabsichtigte Beruhigung hervorrufen. „Es scheine", hieß es darin, daß der Entschluß der Großmächte, Schleswig zu occupiren, eine ganz mißverständliche Auffassung hervorgerufen habe; die Großmächte thäten dies neben dem Bunde, nicht gegen denselben, weßhalb auch kein Grund vorliege, sich dieser Action nicht von Bundeswegen anzu-

schließen oder gar derselben bei dem Durchmarsch durch Holstein Hindernisse in den Weg zu legen. Die Depesche erörterte dann die verschiedenen Möglichkeiten der künftigen Ordnung der Herzogthümerfrage, wobei die Personalunion mit Dänemark unter Erhebung Rendsburgs zur Bundesfestung „und mit den anderweitigen nöthigen Garantieen" als die passendste Lösung der ganzen Frage bezeichnet wurde. An demselben Tage verlangte auch die österreichische Regierung von ihrem Parlamente einen Credit zur Ausführung der „schleswig'schen Expedition" und wurde dem Commandanten der Bundestruppen in Holstein, General Hake, von den beiden Großmächten zugemuthet, sich, um „mögliche Collisionen zu vermeiden", ohne Weiteres unter das Obercommando des Befehlshabers der preußisch-österreichischen Truppen, Feldmarschall Wrangel, zu stellen, was Hake sofort und entschieden verweigerte. Indessen räumten die sächsischen Truppen Kiel und concentrirten sich im westlichen Theil des Landes, um den Truppen der beiden Großmächte den Durchmarsch nach Schleswig zu ermöglichen. Am 21. Januar rückten die großmächtlichen Regimenter auf dem Marsch nach Schleswig in Hamburg, Lübeck, Oldenburg und Holstein ein, ohne vorher die Einwilligung der betreffenden Regierungen oder der Bundescommissäre nachzusuchen. Die Bundescommissäre protestirten, Hamburg und Lübeck beschwerten sich in Berlin, Oldenburg beim Bunde; Bismarck und Rechberg kümmerten sich nicht darum. Der Bundestag seinerseits billigte am 22. Januar das Verhalten des Generals Hake und stimmte in einer verclausulirten Erklärung dem Vorgehen der Großmächte in Schleswig zu, „vorausgesetzt daß sie" (wie in der Erklärung vom 19. Januar versprochen), „den Rechten des Bundes und dem Vollzuge der Bundesbeschlüsse in Bezug auf die Herzogthümer Holstein und Lauenburg in keiner Weise zu nahe treten" . . . . . „Ebenso, hieß es am Schluße, ist es selbstverständlich, daß eine bleibende Besetzung holsteinischer Gebiete

den Bundestruppen allein vorbehalten bleibt." — Wir werden sehen, wie lange dieser Vorbehalt in Wirksamkeit verblieb.

Am 22. Januar begann im preußischen Abgeordnetenhause die Debatte über den von der Regierung verlangten Kriegscredit von 12 Millionen Thaler und wurde am folgenden Tage beendet; nie hat sich im Lauf der ganzen Conflictsperiode das Mißtrauen und der leidenschaftliche Gegensatz zwischen Regierung und Volksvertretung so heftig geäußert wie bei diesem Anlasse. Mit der überwältigenden Majorität von 275 gegen 51 Stimmen (letztere der feudalen und dem größeren Theile der katholischen Fraction angehörig) wurde der verlangte Credit verworfen und nach dem Antrage von Schulze-Delitzsch die Erklärung beschlossen: „In Erwägung, daß Preußen gemeinsam mit Oesterreich am Bunde erklärte, es werde sich dem Bundesbeschlusse vom 14. Januar widersetzen, die schleswig-holsteinische Sache in die eigene Hand nehmen und die Besetzung Schleswigs als europäische Großmacht ausführen; in Erwägung, daß Preußen damit von Deutschland abfällt und seine Großmachtstellung mißbraucht; in Erwägung, daß diese preußisch-österreichische Politik kein anderes Ergebniß haben kann, als die Herzogthümer abermals an Dänemark auszuliefern; in Erwägung, daß die angedrohte Vergewaltigung den wohlberechtigten Widerstand der übrigen deutschen Staaten und damit den Bürgerkrieg in Deutschland herausfordert, erklärt das Haus der Abgeordneten, daß es mit allen ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln dieser Politik entgegentreten werde."

Zwei Tage später wurde die Landtagssession durch eine Namens des Königs vom Ministerpräsidenten v. Bismarck abgegebene Erklärung geschlossen, welche Letztere an Heftigkeit derjenigen des Abgeordnetenhauses nicht nachstand, sie vielmehr noch übertraf. Es sind darin alle angeblichen Sünden der Volksvertretung — Versuch der Usurpation von Rechten, die ihr nicht gehören, zum Nachtheil der Krone und „ohne Rück-

sichtnahme auf das Wohl und die Interessen des Landes; Beschlüsse, welche die Schwächung und Zerrüttung der preußischen Armee zur Folge gehabt haben würden; endlich Verweigerung der Geldmittel zum Schutz der Rechte und der Ehre des Landes" — aufgezählt. Der letzte Vorwurf namentlich wurde in folgender Weise motivirt: „Der feindselige Character dieser Beschlüsse, in welchen sich das Bestreben ausdrückt, die auswärtige Politik der Regierung einem verfassungswidrigen Zwange zu unterwerfen, ist durch Resolutionen erhöht worden, durch welche die Mehrheit des Abgeordnetenhauses in der von ihr willkürlich aufgestellten Voraussetzung kriegerischer Verwicklungen zwischen Preußen und anderen Staaten des Bundes im Voraus gegen das preußische Vaterland Partei genommen hat. Ein solches Auftreten des Hauses der Abgeordneten kann auf die Befestigung und Entwicklung unserer Verfassungszustände nur verderblich einwirken und es muß einstweilen auf die Hoffnung einer Verständigung verzichtet werden. Die Regierung Sr. Majestät wird sich aber unter allen Umständen für verpflichtet halten müssen, mit ganzer Kraft und in voller Ausübung der königlichen Rechte für die Erhaltung des Staates und für das Wohl und die Ehre Preußens einzustehen. Sie hält an der Ueberzeugung fest, daß sie hierbei in der patriotischen Gesinnung des Landes eine ausreichende und wachsende Unterstützung finden werde."

Dem preußischen Abgeordnetenhause, dem damals auch Herr v. Sybel angehörte, welcher mit der Majorität ging und stimmte, sind später die schwersten Vorwürfe wegen seines Verhaltens gemacht worden; der mildeste derselben, in den auch dieser Geschichtsschreiber, damit sich selbst verurtheilend, einstimmt, ist Mangel an politischem Fernblick und völlige Verkennung der Bismarck'schen Ziele. Wenn man aber die damalige Lage der Dinge unbefangen und vorurtheilslos würdigt, so sind alle diese Vorwürfe ungerecht; das Abgeordnetenhaus konnte gar nicht anders handeln und die in der obigen Erklärung Bismarcks

erhobenen Anklagen waren sammt und sonders unbegründet, sowohl was die innere preußische Politik als was die auswärtige betrifft. Nirgends war das Abgeordnetenhaus bis jetzt den Rechten der Krone zu nahe getreten; diese Behauptung war eine Phrase. Geradezu unwahr und durch den Ursprung des Militärconflicts — vergleiche den Bericht des Abgeordneten Generals v. Stavenhagen in der Session von 1860 — widerlegt war die schwere Anklage, daß die Beschlüsse des Hauses in der Militärfrage die Schwächung und Zerrüttung der preußischen Armee zur Folge gehabt haben würden, wenn die Regierung sich denselben angeschlossen hätte. Das Abgeordnetenhaus war bereit, die Kosten für sämmtliche durch die Reorganisation geschaffenen neuen Regimenter zu bewilligen, wenn nur die Regierung in der Frage der Abkürzung der Dienstzeit ihm entgegengekommen wäre, was Bismarck selbst in seiner Unterredung mit Oetker (s. S. 137) als möglich zugegeben hat. Jede Unterhandlung hierüber wurde indeß lediglich aus dem Grunde zurückgewiesen, weil König Wilhelm schon als Prinzregent keinerlei Einmischung der Volksvertretung in militärische Dinge dulden, überhaupt sich nicht auf Compromisse in der inneren Politik einlassen wollte. (Vergleiche die Unterredung zwischen dem Prinzregenten und dem Herzog von Coburg S. 127.)

Was nun gar den Vorwurf Bismarcks gegen das Abgeordnetenhaus betrifft, „daß es in verfassungswidriger Weise die auswärtige Politik der Regierung einem Zwange unterwerfen wolle", so war derselbe geradeso unbegründet, wie die Behauptung, daß nur die Regierung und nicht das Abgeordnetenhaus „das Wohl und die Ehre Preußens" bei ihren Beschlüssen im Auge gehabt hätten. Das Abgeordnetenhaus wollte einfach keine Gelder für eine militärische Expedition und für eine Politik bewilligen, welche erklärtermaßen darauf abzielte, die Herzogthümer abermals, wie 1850, an Dänemark zu überliefern; es erfüllte in der Erinnerung an die Schmach von 1850 und 1851 nur eine patriotische Pflicht,

indem es gelobte, „mit allen ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln dieser Politik entgegenzutreten.“

„Die Londoner Verträge“, so erklärte zu derselben Zeit der 36er Ausschuß des Abgeordnetentags in Frankfurt, „ein Denkmal früherer Schmach, nichtig von Anbeginn, überdies von Dänemark vielfach gebrochen, sind durch den Tod Friedrichs VII. und durch das Aufleben der Augustenburgischen Erbfolge inhaltlos geworden. Zwölf Jahre lang ließ man sie von Dänemark mit Füßen treten. Jetzt wo ihr Vollzug der Sache der Herzogthümer tödtlich wäre, setzt man Heere in Bewegung, um diesen Vollzug zu erzwingen. Preußen und Oesterreich, indem sie von dem König von Dänemark die Ausführung der Verträge fordern, welche sein Vorfahr als Herzog von Schleswig-Holstein geschlossen hat, erkennen damit auch ihn in dieser Eigenschaft an, stellen sich auf den rechtlosen Boden des Londoner Protokolls, ergreifen Partei für die Feinde der Herzogthümer und Deutschlands.“

Eine preußische Volksvertretung, welche damals zu einer solchen Politik die Hand geboten, Gelder zur Durchführung derselben bewilligt hätte, würde das Object des Hasses und der Verachtung aller deutschen Patrioten geworden sein. Den „geheimen Plan“ Bismarcks in Betreff der Herzogthümer kannte kein Mensch. Selbst in den später veröffentlichten Berichten an den König und in der Correspondenz mit dem Bundestagsgesandten v. Sydow trat derselbe nirgends hervor. Der Letztere selbst war von der Politik, die er am Bundestage zu vertreten hatte, tief bekümmert und hatte am 21. Dezember 1863 vergeblich seinem Chef vorgestellt: „der einzige jetzt noch practische Weg sei die Zerreißung des Londoner Protokolls; sonst stehe unmittelbar die Revolution oder, was vielleicht noch schlimmer, ein Gefühl tiefer politischer Verzweiflung bevor.“ — Alle diese Warnungen schlug Bismarck in den Wind; er ließ es, wie der Herzog von Coburg vollkommen richtig bemerkt, geschehen, daß zu Kopenhagen in der entscheidenden Zeit

über die ganze Entwicklung Deutschlands so recht eigentlich gewürfelt wurde.

Und was das Auffallendste war, Bismarck legte im völligen Widerspruch mit seinem sonst so entschlossenen und stolzen Wesen in der schleswig-holsteinischen Frage eine so weitgehende Nachgiebigkeit gegen das anmaßende Auftreten der englischen Regierung — diese war die einzige unter allen europäischen Großmächten, welche sich der dänischen Interessen mit Wärme, ja Leidenschaftlichkeit annahm — an den Tag, daß man ein Seitenstück hierzu nur in dem Verhältniß Preußens zu Rußland unter Friedrich Wilhelm IV. finden kann. Wir haben gesehen, wie überaus anmaßend England schon zur Zeit des Krimkrieges gegen die Deutschen auftrat: „die man noch mit Schimpf und Schande auf den Kampfplatz schleppen werde, falls sie nicht freiwillig ihre Pflicht gegen Europa erfüllten“ (s. S. 71) — und nun wiederholte sich diese rücksichtslose deutschfeindliche Arroganz des Inselreichs in einer Frage, wo die höchsten nationalen Interessen Deutschlands auf dem Spiele standen! Das englische Ministerium ging bis zu dem Versuche, Louis Napoleon zu einem Kriege gegen Deutschland zu hetzen, was dieser jedoch rundweg ablehnte (s. S. 195). Nirgends in den Depeschen Bismarcks vom November 1863 bis Februar 1864, nirgends auch in seinen Unterredungen mit den englischen Diplomaten aus jener Zeit findet sich eine Spur von kräftiger Zurückweisung der englischen Arroganz; ganz wie Jemand, der sich zu rechtfertigen sucht, nicht im Vollbewußtsein der eigenen Machtstellung und Rechte, verkehrte Bismarck mit der englischen Regierung; er ging sogar in der äußeren Form so weit, daß seine nach London gerichteten Depeschen meist in englischer Sprache geschrieben waren.[1])

Da war denn doch selbst das kleine Sachsen von größerem und berechtigtem Selbstgefühl gegen England erfüllt. Als Lord

[1]) Vergl. „Politische Briefe Bismarck's“ Berlin 1890 bei Hugo Steinitz.

John Russel — den bald darauf Graf Derby im Parlamente mit Zettel dem Weber verglich, der sich das Löwenfell umhängt — zu Anfang Januar 1864 durch den englischen Gesandten in Dresden eine überaus grobe Note wegen des Verhaltens der Bundestruppen und der Bundescommissäre in Holstein an den Minister v. Beust richten ließ, gab dieser die englische Grobheit mit Zinseszinsen zurück und wies durch seine Antwort vom 5. Januar jede englische Einmischung „in Dinge, die einer fremden Regierung durchaus nichts angehen", auf das Entschiedenste zurück. Das merkwürdige Schriftstück, welches Lord John ruhig einsteckte, schloß mit den Worten: „Die Warnung, welche die Regierung Ihrer Majestät uns zukommen lassen will, ist wohl geeignet, die Aufmerksamkeit der Regierung des Königs auf sich zu lenken. Letztere wird sich der ernsthaftesten Prüfung derselben nicht entziehen. Sie werden mir aber gestatten, Ihnen bemerklich zu machen, daß kein wirksameres Mittel als die Androhung von Gewalt gedacht werden kann, um eine Regierung, welche mit Eifer auf ihre Ehre und Würde hält, zu veranlassen, den Folgen einer von Pflichtgefühl dictirten Entscheidung ruhig die Stirn zu bieten."[2])

Das deutsche Volk zeigte in diesen Tagen hochgehender patriotischer Begeisterung, wie leicht es zu vergeben und zu vergessen vermag. Freiherr v. Beust, in den 1850er Jahren allen Liberalen in Deutschland nicht ohne Grund verhaßt, errang sich durch seine Haltung in der schleswig-holsteinischen Frage eine Popularität, von der er selbst früher keine Ahnung haben konnte; er erntete Beifall und Lob, weil er sich zum rückhaltlosen Interpreten des Nationalwillens und der Nationalinteressen machte.

Zwar hat Bismarck seine Fehler in dieser Zeit später vollauf wieder gut gemacht und es ist anzuerkennen, daß er selbst sie im Mai 1864 als „Irrthümer, welche Gott zu unserem

---

[2]) Schultheiß, Europäischer Geschichtskalender Jahrgang 1864 Seite 42.

Besten lenkt", bezeichnete; aber die historische Wahrheit erfordert doch, an diese Fehler und ihre hauptsächliche Ursache zu erinnern. Der leidenschaftliche und unversöhnliche Conflict mit der heimischen Volksvertretung wirkte wie ein Fluch auch auf die auswärtige Politik Preußens zurück; ein Staat, in welchem Regierung und Volk in tiefgehendem Gegensatz zu einander stehen, ist nur in den seltensten Fällen im Stande, eine kraftvolle Politik nach Außen zu verfolgen, gleichwie ja schon eine Familie unter ähnlichen Verhältnissen der inneren Zerrüttung ihre Stellung nach Außen nicht aufrecht zu erhalten vermag! Wir sehen Preußen in der kritischen Zeit des Winters 1863—64 mit seiner ganzen auswärtigen Politik lediglich auf das innige Einverständniß mit Oesterreich angewiesen — demselben Oesterreich, welches kaum fünf Monate zuvor durch den Fürstentag in Frankfurt abermals den Versuch gemacht hatte, Preußen für immer um die ihm gebührende Stellung in Deutschland zu bringen, und welches unter allen europäischen Großmächten von jeher der erbittertste und zäheste Gegner Preußens gewesen war! Während im August 1863 Bismarck den trugvollen, lediglich nach österreichischen Interessen zugeschnittenen Bundesreformprojecten die Idee eines aus allgemeinen und directen Wahlen hervorgehenden deutschen Parlamentes entgegengesetzt hatte, welches allein das passende Gegengewicht gegen das verderbliche Spiel und Widerspiel der dynastischen und particularistischen Interessen am Bunde bieten könne, setzte er sich vier Monate später mit dem in seltener Einmüthigkeit ausgesprochenen Nationalwillen ganz Deutschlands in den schroffsten Gegensatz. Welches waren die Elemente, auf die er sich bei solcher Lage der Dinge daheim stützte? Nicht das preußische Volk und seine Vertretung, sondern ganz allein das kleine Häuflein der Feudalen und der Ultramontanen im Abgeordnetenhause und jenes „Herrenhaus", das zum größten

Theil aus gleichgesinnten Mitgliedern zusammengesetzt war und dessen gänzliche Unfähigkeit, eine selbständige Haltung im preußischen Staatsleben einzunehmen, er schon in seinen Berichten vom Bundestage (u. A. in dem Bericht vom 29. Sept. 1851) schlagend und drastisch hervorgehoben hatte. Vor den Ultramontanen dagegen hatte er schon am 8. Dezember 1852 Herrn von Manteuffel mit den bezeichnenden Worten gewarnt: „Mit der ultramontanen Partei ist kein sicherer Bund zu flechten, da sie jede Concession bis zur völligen Unterwerfung (des Staates) hin, nur als eine aufmunternde Abschlagszahlung annehmen wird". Für Feudale und Ultramontane war natürlich das Zusammengehen mit Oesterreich, mochten darunter die nationaldeutschen Interessen noch so sehr leiden, der Inbegriff aller politischen Weisheit nach dem Sprüchlein: „Preußen, Oesterreich Hand in Hand, Deutschland sonst aus Rand und Band" — für den Verfasser der Denkschrift an den König vom 15. September 1863, betreffend den Fürstentag und das österreichische Bundes-Reformproject, hätte dagegen logischerweise das Streben maßgebend sein müssen, Preußen im Gegensatz zu der volksfeindlichen Politik des Wiener Hofes zum Repräsentanten und Vollstrecker des Nationalwillens, der Nationalinteressen zu machen. Nicht einmal die vielangerufene „Realpolitik" stand Herrn v. Bismarck in den Anfangsstadien seiner schleswig-holsteinischen Politik zur Seite, denn schon im März 1864, unmittelbar vor dem Beginn der Londoner Conferenz, beugte sich, wie wir sehen werden, das gesammte Ausland, England eingeschlossen, vor dem Nationalwillen Deutschlands, dem man nicht Trotz zu bieten wagte; ganz zuletzt, und später als das Ausland, thaten dies auch die beiden deutschen Großmächte, Oesterreich mit kleinlichem Zorn und Widerwillen, Preußen in der endlich gewonnenen Erkenntniß, daß die ganze Idee der Wiederauslieferung der Herzogthümer an Dänemark, sei es in welcher Form immer, nur ein häßliches Produkt unbegründeter Furcht vor „europäischen Conflicten" gewesen war.

Wir haben diese Betrachtung hier einfließen lassen, weil es uns erstens bei allem Respect vor der später bewiesenen Genialität und Thatkraft Bismarcks um die historische Wahrheit zu thun ist, und weil zweitens die große Lehre nirgends unbeachtet bleiben sollte, daß Absolutismus und volksfeindliches Regiment im Innern eines Großstaates stets gleichbedeutend mit der Schwächung desselben nach Außen ist und sein muß. Der Krieg von 1866, in welchem Preußen so glänzende Erfolge errang, kann nicht als eine Widerlegung dieser Regel betrachtet werden, denn er war nur die logisch gegebene Correctur der Fehler von 1863—64, aus denen auch der Gasteiner Vertrag von 1865 hervorging. Hätte nach dem Tode Friedrich's VII. von Dänemark Preußen sich entschlossen und kühn an die Spitze der nationalen Bewegung in Deutschland gestellt, es würde nicht nur der gesammte Militärconflict im Innern mit einem Schlage beseitigt gewesen sein, sondern Preußen hätte es auch in der Hand gehabt, das deutsche Verfassungswerk aus der Paulskirche mit dem erblichen Kaiserthum der Hohenzollern an der Spitze ohne Bruderkrieg und ohne „Mainlinie" zu verwirklichen. Ein merkwürdiges Spiel des Schicksals, nicht die innere Nothwendigkeit der Dinge, hat es gewollt, daß Preußen einen entgegengesetzten Weg zur Herstellung der deutschen Einheit einschlug.[1]) Wir kehren nun zum geschichtlichen Verlauf der Ereignisse zurück.

[1]) Die gleiche Ansicht spricht auch Biedermann in seinen „dreißig Jahren deutscher Geschichte", Bd. II. S. 400 mit den Worten aus: „Nach allen offenkundigen Thatsachen und selbst nach den seitdem preußischerseits bekannt gemachten diplomatischen Verhandlungen — bei welcher Bekanntmachung man doch gewiß das für die damalige preußische Politik Sprechende nicht zurückgehalten haben wird — erscheint uns der Weg, den einzuschlagen damals (im Winter 1863—64) die öffentliche Meinung die preußische Regierung drängte, nicht so von Haus aus ungangbar und gefahrvoll, wie man von manchen Seiten ihn dargestellt hat." — Herr v. Sybel hat freilich eine andere Ansicht vertreten, die aber durch die von ihm selbst angeführten Thatsachen widerlegt wird.

Am Morgen des 1. Februar überschritten die preußisch-österreichischen Truppen an mehreren Stellen die Eider und rückten in Schleswig ein; Eckernförde wurde ohne Kampf von den Preußen besetzt, während die dänischen Truppen sich von Stellung zu Stellung bis zum Dänenwerk („Danewirke") zurückzogen. Am 3. Februar erstürmten die Oesterreicher Jagel und den Königsberg; am folgenden Tage fanden die siegreichen Kämpfe bei Missunde (mit den Preußen unter Prinz Friedrich Karl) und bei Oversele (mit den Oesterreichern unter Generallieutenant v. Gablenz) statt, wodurch das Dänenwerk für die unter dem Befehl des Generals de Meza stehenden dänischen Truppen unhaltbar wurde. Nach einem am 4. Februar abgehaltenen Kriegsrath räumten die Dänen am Abend des 5. Februar ihr „Danewirke"; um Mitternacht war der Ausmarsch vollendet und General de Meza bewerkstelligte seinen Rückzug hinter die Düppeler Schanzen und nach der Insel Alsen, verfolgt von den Oesterreichern, die ihn am 6. Febr. bei Oeversee unweit Flensburg erreichten und in einem ziemlich blutigen Gefecht schlugen. Die Dänen hatten hier einen Verlust von etwa 200 Todten und Verwundeten, sowie 676 Gefangenen; auf österreichischer Seite blieben 430 todt oder verwundet. Der starre Eigensinn des alten Wrangel verhinderte die Ausnützung dieser verhältnißmäßig leicht errungenen Siege; zum ersten Mal in der preußischen Geschichte tritt hier der berühmte Moltke auf den Plan. Er wollte schon vor der Besetzung des Dänenwerks durch eine Umgehung der feindlichen Stellung die Vernichtung des dänischen Heeres herbeiführen, wodurch der Krieg in sechs Tagen zu Ende oder doch die Besetzung Düppels und Alsens, Jütlands und Fünens ein militärischer Spaziergang gewesen sein würde. In Wrangel's Kopf fand aber ein solcher „reglementwidriger" Plan keinen Platz und Oberst v. Blumenthal (der später in den Kriegen von 1866 und 1870 berühmt gewordene Heerführer) schrieb mit zorniger Resignation an Moltke: „Es sind wohl nur wenige Menschen

im Stande, einen einfachen Gedanken ebenso einfach auszuführen. Die dänische Armee thut uns den Gefallen, daß wir sie durch eine Umgehung in die schlimmste Lage bringen können; statt dessen rennen wir an der stärksten Stelle so energisch gegen sie an und machen ihr so bange, daß sie bei Zeiten zum Rückzug bläst. Die Dänen waren am 4. Februar klüger als wir: wir kamen mit unserer Umgehung zwei Tage zu spät."

Ueber den Fall des Dänenwerks, das man in Kopenhagen für „uneinnehmbar" gehalten hatte, kam es in der dänischen Hauptstadt zu wüthenden Straßen-Tumulten, bei welchen die Königin selbst und eine ihrer Töchter insultirt wurde. Eine Ironie der Geschichte hat es mit sich gebracht, daß schleswig-holsteinische Soldaten, von denen damals noch zwei Regimenter in Kopenhagen standen, den Königspalast und die Ministerialgebäude gegen die andrängenden dänischen Volksmassen schützen mußten; es war der letzte Sclavendienst, den Schleswig-Holsteiner ihren dänischen Zwingherren zu leisten hatten. General de Meza wurde der Volkswuth sammt seinem Generalstabschef Kaufmann zum Opfer gebracht und durch General Lüttichau in dem Oberbefehl ersetzt.

Den militärischen Operationen der großmächtlichen Truppen ging von Anfang an ein höchst charakteristisches politisches Zwischenspiel zur Seite. In ganz Schleswig war die dänische Herrschaft ebenso verhaßt, wie in Holstein, so daß mit dem Einrücken der Preußen und Oesterreicher in den Augen des Volkes auch die dänische Herrschaft zu Ende war; überall wurde Herzog Friedrich als Landesherr proklamirt und, wie in Holstein, mit der Verjagung der dänischen Beamten begonnen. Aber während in Holstein die Bundescommissäre mit dieser Volksstimmung sympathisirten und ihr mindestens kein Hinderniß in den Weg legten, etablirten in Schleswig die großmächtlichen Commissäre — Freiherr v. Zedlitz für Preußen, Graf Revertera für Oesterreich — ein strammes Regiment im Sinne der aus Berlin und Wien erhaltenen Instructionen.

Eine Proclamation Wrangels vom 7. Februar zeigte den Schleswigern die Einsetzung der beiden genannten Civilcommissäre an und verbot „politische Demonstrationen", sowie „jeden Versuch, irgend einer anderen Autorität als der der alliirten Regierungen Eingang zu verschaffen", bei nachdrücklicher Strafe, während am folgenden Tage Freiherr v. Zedlitz durch eine Bekanntmachung sämmtlichen im Lande befindlichen Beamten „Schutz und Unterstützung gegen jede Bedrohung durch irregeleitete Massen" zusagte, alle politischen Vereine, öffentliche Demonstrationen und Kundgebungen politischer Art verbot und insbesondere betonte, daß unter keiner Bedingung der Entscheidung der Successionsfrage irgendwie vorgegriffen werden dürfe. Das Volk bekümmerte sich jedoch sehr wenig um diese Ukase; in Flensburg erklärte Lehrer Hansen dem Feldmarschall Wrangel in's Gesicht, die dänischen Beamten „müßten" fort und wenn sich alle Welt gegen die Schleswiger verschwöre. In der That wurde noch an demselben Tage (7. Februar) auch in Flensburg Herzog Friedrich von der Bevölkerung als Landesherr proclamirt.

Einen ganz ähnlichen Krieg wie gegen die Bevölkerung Schleswigs führten die großmächtlichen „Inpfandnehmer Schleswigs" gegen die Bundestruppen und Bundesautoritäten in Holstein. Am 3. Februar nahm auf Befehl Wrangels ein preußischer Telegraphenbeamter von der Telegraphenstation Rendsburg Besitz und verlangte sämmtliche Stationen an der Bahn; der Bundesgeneral Hake gab darauf den holsteinischen Beamten je zwölf Mann von seinen Truppen zum Schutz, worauf die Besetzung der Stationen unterblieb. Am 9. Februar erklärte Wrangel dem General Hake, daß es „für die Sicherheit und Freiheit der Kriegsoperationen für ihn von zwingender Nothwendigkeit werde", Altona, Neumünster und Kiel mit je 4 Bataillonen seiner Truppen zu besetzen, was Hake „auf Grund der von Bundeswegen erlassenen Instructionen" zurückwies. Inzwischen hatten die vereinigten Bundestagsausschüsse

durch Erlaß vom 9. Februar den Bundescommissären in Holstein dringend empfohlen, „den Bedürfnissen der in Schleswig operirenden alliirten Armee und der dorthin nachrückenden preußisch-österreichischen Truppen in Bezug auf Transportmittel u. s. w. nach Möglichkeit zu entsprechen", worauf am 11. die Bundescommissäre v. Könneritz und Nieper antworteten, „daß sie in allen Fällen, wo das Obercommando der verbündeten Armee ihre Vermittlung überhaupt in Anspruch genommen habe, an einem Entgegenkommen von ihrer Seite es wahrlich nicht hätten fehlen lassen", und daß sie im Falle eines Mißtrauens auch von Seite der Bundesversammlung lieber ihre Entlassung von einem Auftrage erbitten wollten, „der von gewisser Seite her unausgesetzt die gehässigste und verdächtigendste Kritik erfahre." Schon am folgenden Tage ließ Wrangel trotz des Protestes der Bundescommissäre die Stadt Altona durch ein Bataillon Preußen besetzen. Eine telegraphische Depesche aus Frankfurt wies die Commissäre an, „das preußische Militär aufzunehmen"; die Bürger fügten sich den Einquartirungsbefehlen, während die Hauptwache von Altona in den Händen der Bundestruppen blieb. Am Bundestage zu Frankfurt kam es am 13. über die Conflicte zwischen Wrangel und den Bundesautoritäten zu einigen ganz nutz- und zwecklosen Debatten, wobei nur noch Sachsen eine halbwegs entschiedene Haltung einnahm. Der Bundestag war von den beiden Großmächten schon lahmgelegt und es ließ sich unschwer erkennen, daß alle jene militärischen Zwischenfälle in Holstein nur den Zweck hatten, die Mittel- und Kleinstaaten im Hinblick auf die gerade jetzt von dem bayrischen Vertreter v. d. Pfordten als Berichterstatter der vereinigten Ausschüsse gestellten Anträge einzuschüchtern. Diese Anträge sprachen Folgendes aus: 1. daß der Londoner Vertrag von 1852 niemals eine verbindliche Kraft für den deutschen Bund gehabt habe, 2. daß derselbe außerdem auch durch das eigene Verhalten Dänemarks hinfällig geworden sei, 3. daß der von dem König Christian IX. zum Bundestagsgesandten für Holstein und Lauen-

burg ernannte Freiherr v. Dirking-Hornfeld aus diesem Titel nicht angenommen werden könne, 4. daß der Ausschuß für die holstein-lauenburgische Verfassungsangelegenheit zu beauftragen sei, über die Erbfolge in diesen Herzogthümern so bald als möglich zu berichten, ohne dabei den Londoner Vertrag zur Grundlage zu nehmen. — Oesterreich und Preußen beantragten als Minderheit im Ausschusse: 1. diesen Antrag zu verwerfen, 2. den Ausschuß zu beauftragen, auf die Prüfung der Erbfolgefrage einzugehen. (Es sollte also der Londoner Vertrag nicht, wie v. d. Pfordten es wollte, von vornherein als ungültig erklärt werden). An die verschiedenen Bundesregierungen richteten am 13. Februar Oesterreich und Preußen abmahnende Noten gegen die Anträge v. d. Pfordtens; am folgenden Tage besetzten, wie um dem diplomatischen Spiel und Widerspiel in Frankfurt eine kräftige militärische Illustration zu geben, die Preußen auch Neumünster und Kiel, obwohl erst drei Wochen zuvor ein Bundesbeschluß die bestimmte Erwartung ausgesprochen hatte, „daß eine bleibende Besetzung holsteinischer Gebiete den Bundestruppen allein vorbehalten bleibe." Der Bund war schon so eingeschüchtert, daß er nicht einmal einen Protest wagte; General v. Hake conzentrirte die hannoversche Brigade um Altona. Um den Mittelstaaten ein Avis zu geben, was sie bei fernerer Opposition gegen die Großmächte allenfalls zu erwarten hatten, kündigten Berliner gouvernementale Blätter am 15. Februar die bevorstehende Mobilisirung des 6. preußischen Armeecorps und dessen Aufstellung in der Lausitz gegen Sachsen an. Man kann sich denken, welchen Eindruck dieses Spielen mit der Idee eines Bruderkrieges in Deutschland, noch ehe der Kampf gegen Dänemark beendet und in Kopenhagen die Hoffnung auf bewaffnete Einmischung der europäischen Mächte zu Gunsten Dänemarks erloschen war, auf die öffentliche Meinung in Deutschland machen mußte. Bismarck that in dieser Periode unbegreiflicherweise Alles, um sich zum „bestgehaßtesten Manne" in Deutschland zu machen und die Volksstimmung im eigenen Lande

gegen sich aufzuregen. Fast in allen deutschen Kammern, soweit sie versammelt waren, wurden flammende Anträge zu Gunsten der bedrohten Rechte der Herzogthümer und gegen die Politik der beiden deutschen Rechte gestellt und angenommen; in Hannover geschah dies am 20. Februar auf Antrag Rudolph v. Bennigsen's, welcher damals ein so erbitterter Gegner der Bismarck'schen Politik war, daß er es Friedrich Oetker, wie dieser in seinen „Lebenserinnerungen" mittheilt, als eine Art Verrath an der Volkssache anrechnete, mit Bismarck in persönlichen Verkehr getreten zu sein.

Aus diesem chaotischen Zustand der Dinge suchten die Mittel- und Kleinstaaten durch eine am 18. und 19. Februar in Würzburg stattgehabte Ministerconferenz einen Ausweg, an welcher die Vertreter von Bayern, Württemberg, Sachsen, Baden, Hessen-Darmstadt, Nassau, Braunschweig, Weimar und Coburg-Gotha theilnahmen. Es ist im Hinblick auf die Ereignisse von 1866 eine merkwürdige Ironie des Schicksals, daß Kurhessen und Hannover die Theilnahme an der Würzburger Conferenz abgelehnt hatten, offenbar, weil sie Preußen nicht reizen wollten und weil überdies in Hannover der Minister Graf Platen sowohl wie der blinde König Georg gegen die Person des Augustenburgers eingenommen waren. General Manteuffel war aus Berlin am Tage der Eröffnung der Würzburger Conferenz (18. Februar) in außerordentlicher Mission nach Hannover gesandt worden. Die Würzburger Regierungen kamen zu dem Beschlusse, den positiven Ausspruch des Bundes in der Erbfolgefrage so dringend wie möglich zu beschleunigen und ferner am Bunde auf Einberufung der holsteinischen Stände und Verstärkung der Bundestruppen in Holstein durch weitere Truppen, welche unter den Bundesgeneral zu stellen seien, anzutragen. Es waren gute Vorsätze, zu deren Ausführung die Kraft fehlte. In Cassel erklärte der Minister Abée offen, daß der ganze schleswig-holsteinische Handel am Besten durch einfache Annexion der Herzogthümer an Preußen geordnet werden könne, und mußte

sich dafür, sowie für die Nichttheilnahme an der Würzburger Conferenz eine Mahnung des 36er Ausschusses gefallen lassen, welche mit den Worten schloß: „die Zeit ist eine sehr ernste und die schleswig-holsteinische Sache von höchster, vielleicht noch nicht vollständig gewürdigter Bedeutung. Die Folgen, wenn wider Treu und Glauben die Entscheidung dieser Sache durch die Mitschuld Kurhessens noch länger verschleppt oder gar gegen Recht und Gerechtigkeit entschieden werden sollte, werden schwer und unausbleiblich sein." Man konnte damals noch nicht ahnen, daß gerade die Fürstenhäuser von Kurhessen und Hannover weit schlimmer wegkommen sollten, als die „Würzburger Regierungen."

Am 25. Februar fand am Bundestage die Abstimmung über die v. d. Pfordten'schen Anträge statt und ergab ein höchst merkwürdiges Resultat. Die beiden ersten Punkte, welche die Nichtigkeit des Londoner Vertrags betonen sollten, blieben mit 7 Stimmen in der Minorität; Punkt 3 und 4, mit denen sich die Großmächte allenfalls einverstanden erklären konnten, weil sie nur einen dilatorischen Character hatten, wurden mit 9 Stimmen — Hannover und Kurhessen waren hinzugetreten — angenommen. Die Großmächte hatten wieder Oberwasser am Bunde und nutzten diese veränderte Lage der Dinge sofort zu dem Antrage aus, daß auch die Bundestruppen in Holstein von Bundeswegen unter den Oberbefehl des Commandanten der preußisch-österreichischen Armee, Feldmarschall Wrangel, zu stellen seien, worüber am 3. März die Abstimmung stattfand. Die Würzburger Coalition fiel dabei schon auseinander; Sachsen und Hessen-Darmstadt sprachen sich für den großmächtlichen Antrag unter der Voraussetzung aus, daß die holstein-lauenburgische Verfassungsfrage überhaupt nicht mehr abgesondert von der Sache Schleswigs behandelt und der Bundeskrieg an Dänemark erklärt werde, in welchem dann die Großmächte naturgemäß die Führung haben würden; dieser Ansicht schloß sich auch Hannover an. Zu dieser vernünftigen Schlichtung des bisherigen Haders und Streites am Bundestage kam es jedoch nicht; eines-

theils weil Oesterreich derselben widerstrebte und, um Bayern womöglich für den Rechbergischen Standpunkt in der Herzogthümerfrage zu gewinnen, eigens den Erzherzog Albrecht nach München sandte; dann aber und hauptsächlich wegen des plötzlich eingetretenen Todes des Königs Max von Bayern. Am 8. März erkrankte der König; in Folge einer ganz unbedeutenden Verwundung wurde die linke Brustseite von einem Rothlauf ergriffen, welcher Blutvergiftung herbeiführte, so daß schon am 10. Mittags der Tod erfolgte. Ein Bericht des preußischen Gesandten in München, Grafen Arnim, spricht die Ansicht aus, daß die politischen Aufregungen und Kämpfe dieser Tage, insbesondere die Mission des Erzherzogs Albrecht, die ohnehin schon vorhandene Kränklichkeit des Königs in bedeutendem Maaße verschlimmert und die Widerstandskraft des Körpers gegen die hinzugekommene neue Krankheit gebrochen hätten. „Sein Herz", urtheilt Arnim über den König, „war voll von Wohlwollen und sein Geist geläutert durch ernstes Streben und durch den stets von ihm gesuchten Verkehr mit den edelsten geistigen Größen seiner Zeit. Was an ihm nicht genügte, hatte größtentheils seinen Grund in seiner Kränklichkeit."

Inzwischen hatte England am 21. Februar neuerdings den Zusammentritt einer Conferenz zur Wiederherstellung des Friedens und zwar ohne im Voraus bestimmte Conferenzbasis vorgeschlagen. Oesterreich und Preußen erklärten im Allgemeinen sich dazu bereit; Dänemark stellte die übermüthige Forderung, daß das Londoner Protokoll als Grundlage für die Conferenzverhandlungen genommen werde, so daß also die Conferenz in keinem Falle eine Lostrennung der Herzogthümer von Dänemark hätte aussprechen können! Wäre es auf Rechberg allein angekommen, so würde selbst in diesem Stadium der Dinge noch ein solch' schmachvolles Zugeständniß gemacht worden sein; allein Bismarck stellte sich jetzt endlich auf den gegenseitigen Standpunkt. Die dänische Hartnäckigkeit und Verblendung kam ihm höchst gelegen, weil dadurch der Zusammentritt der

Conferenz noch bis zu der bald bevorstehenden Einnahme der Düppeler Schanzen hinausgeschoben werden und inzwischen das Einrücken der österreichisch-preußischen Truppen in Jütland — also auf rein dänisches Gebiet, wozu das Wiener Cabinet durch eine außerordentliche Mission Manteuffels nicht ganz leicht bewogen worden war — vollzogen werden konnte. (8. März). Auch der deutsche Bund wurde am 23. März von England eingeladen, einen Vertreter zur Conferenz zu schicken und es war Bismarck leicht, den langsamen Geschäftsgang am Bundestage zu einer Verzögerung der Wahl des Bundesvertreters zu benutzen. Inzwischen drängte Rechberg noch fortwährend auf Anerkennung des Prinzips der Integrität der dänischen Gesammtmonarchie, fand aber damit weder bei dem König noch bei Bismarck noch irgendwelche Sympathieen, *zumal in dieser Zeit der Gedanke an eine künftige Annexion der Herzogthümer an Preußen zum ersten Mal in Berlin Wurzel schlug*, wenn auch noch in sehr schwacher Weise. Louis Napoleon, gleichmäßig von Haß gegen England, wie von Antipathieen gegen Oesterreich erfüllt und nach einer Allianz mit Preußen sich sehnend, hatte durch seinen Minister Drouyn de Lhuys dem preußischen Gesandten v. d. Goltz wiederholt die Idee der Annexion der Herzogthümer an Preußen nahe legen lassen und am 20. März in einer Note nach London den Vorschlag gemacht, *die Entscheidung über das künftige Loos der Herzogthümer der Bevölkerung dieser Länder selbst zu überlassen und zu diesem Zwecke eine völlig freie Abstimmung zu veranstalten*. Auf die Wiener Staatskanzlei wirkte dieser „revolutionäre" Vorschlag wie ein Tarantelstich; Graf Rechberg beging die Bêtise, dagegen förmlich zu protestiren, während Bismarck erklärte, auch über diese Art der Lösung des Streites lasse sich sprechen; vorerst müsse aber der Krieg bis zum Zusammentritt der Conferenz seinen Fortgang nehmen. Um Napoleons „gefährlichen" Plänen ein Paroli zu biegen, schwenkte nun auch Rechberg von

seinem geliebten Londoner Vertrag ab und legte in Berlin die Idee der Constituirung der Herzogthümer als selbständiges Bundesland unter einem preußischen Prinzen nahe. Zu förmlichen Verhandlungen hierüber kam es jedoch nicht; alles dies waren vorübergehende Erscheinungen, die der Hexenkessel des diplomatischen Getriebes an die Oberfläche brachte.

Bismarck selbst war endlich soweit gekommen, daß er in einem Gespräche mit dem englischen Gesandten Sir Andrew Buchanan vom 19. März kurz und bündig erklärte, die Abmachungen von 1851—52 seien durch den Krieg hinfällig geworden und Dänemark könne unmöglich erwarten, im Jahr 1864 dieselben Friedensbedingungen zu erlangen, die ihm bei Beendigung des Kriegs von 1848 bewilligt worden seien. Eine geradezu nichtswürdige Note dagegen, welche zugleich den Bund, das deutsche Volk und die deutschen Regierungen vor dem Auslande denunzirte, während darin den beiden Großmächten Oesterreich und Preußen die Rolle eines wohlwollenden Wächters über die dänischen Interessen zugetheilt wurde, erließ Graf Rechberg am 20. März an die österreichischen Gesandten bei den europäischen Regierungen. Niemals hat eine deutsche Regierung, als welche das Wiener Cabinet damals doch noch gelten wollte, offener und cynischer sich auf den Standpunkt fremder Interessen, im Gegensatz zu den deutschen, gestellt, wie Graf Rechberg in dieser Note. Das beschämende Actenstück[1]) begann mit der Erklärung, daß wenn Dänemark billige Conzessionen hätte machen wollen, der Krieg niemals ausgebrochen wäre und noch jetzt könnte der Friede wieder hergestellt werden, sobald nur Dänemark in jene Conzessionen einwilligen wollte. Aber es halte im Widerspruch mit seinen übernommenen Verpflichtungen an der Durchführung der Verfassung vom 18. November fest und wolle diese Verfassung auch in Schleswig eingeführt wissen.

[1]) siehe: Schultheiß, Europäischer Geschichtskalender. Jahrgang 1864 S. 77.

Der deutsche Bund sei im Begriffe gewesen, Schleswig mit Truppen zu überziehen, wenn nicht Preußen und Oesterreich in ihrer Eigenschaft als europäische Mächte und Unterzeichner des Londoner Vertrags von 1852 sich beeilt hätten, dem Bunde zuvorzukommen. Wenn dies nicht geschehen wäre, „würde die Leitung der Angelegenheit in die Hände der Partei gefallen sein, welche die dänische Monarchie zerstückeln will"; „die Mächte, welche sich für die Erhaltung der dänischen Monarchie interessiren, hätten sich Verwicklungen gegenüber gesehen, die für das Gleichgewicht im Norden Europas viel drohender gewesen sein würden." Die militärische Intervention Oesterreichs und Preußens habe diese Gefahr vorläufig in den Hintergrund gedrängt, leider sie bei dem Widerstande Dänemarks, seine Verpflichtungen zu erfüllen, nicht ganz beseitigt. „Es hängt somit", heißt es dann wörtlich, „von den nichtdeutschen Mächten ab, zur Beruhigung der erhitzten Leidenschaften in Deutschland beizutragen und den Conflict mit Dänemark auf dem Boden zu erhalten, auf dem er sich gegenwärtig befindet. Oesterreich und Preußen werden dann ihrerseits desto leichter dahin gelangen, sich nicht von der in Deutschland herrschenden Bewegung überfluthen zu lassen, eine Aufgabe, die immer schwieriger wird, je länger der Streit sich hinzieht. Die Berathungen des Bundestags zeigen außerdem zur Genüge, welche Anstrengungen die Höfe von Wien und Berlin machen müssen, um ihre Bundesgenossen zu verhindern, dem Streite ernstere Dimensionen zu geben."

Bis jetzt betrachtete also Graf Rechberg den Krieg in Schleswig, in welchem schon österreichisches und preußisches Blut genug geflossen war, nur als eine freundschaftliche Neckerei mit Dänemark, dem eigensinnigen, verzogenen Liebling; Oesterreich und Preußen mußten mit großer Anstrengung, ihre „Bundesgenossen" in Deutschland verhindern, „dem Streite ernstere Dimensionen zu geben", das heißt, das deutsche Recht voll und

ganz zu wahren. Das Schmachvollste an dieser Depesche war, daß sie bezweckte, die für dänische Interessen sich entweder gar nicht oder doch nur sehr lau interessirenden nichtdeutschen Mächte — mit Ausnahme der englischen Regierung rührte Niemand einen Finger für die Erhaltung der „dänischen Integrität!“ — zur Intervention in den deutsch-dänischen Streit aufzumuntern und ihnen die Aufrechterhaltung des „Gleichgewichts im Norden Europas“ nahezulegen.

Mit einer solchen Regierung, die nach dem vollkommen richtigen Ausdruck des 36er Ausschusses wahrlich nicht mehr werth war, eine deutsche zu heißen, ging damals Herr v. Bismarck im Widerspruch mit der öffentlichen Meinung ganz Deutschlands, im Widerspruch auch mit der heimischen Volksvertretung, zusammen. Der passendste Moment, die Scharte von Olmütz auszuwetzen und Deutschland mit Ausschluß Oesterreichs neu zu constituiren, wäre im Frühjahr 1864 dagewesen; daß er nicht benutzt wurde, war lediglich eine Folge der traurigen innerpreußischen Zustände in jener Zeit.

Während die Kriegsereignisse langsam ihren Fortgang nahmen, Jütland besetzt wurde und von Zeit zu Zeit kleinere Gefechte stattfanden, benutzte die Bevölkerung von Schleswig wie Holstein jede Gelegenheit, um ihren entschiedenen Willen: „Los von Dänemark!“ kundzugeben. In Schleswig traten am 7. April 300 Notable des Landes zusammen und wählten, da die Versammlung von den preußisch-österreichischen Civilcommissären verboten wurde, 40 Delegirte, meist frühere Ständemitglieder, welche einstimmig der holsteinischen Declaration der Landesrechte beitraten und ein Comité bestellten, um sich mit den Holsteinern zu verständigen. Diese am 5. April von 49 Mitgliedern der holsteinischen Ständeversammlung in Kiel beschlossene Declaration war für die Londoner Conferenz bestimmt und erklärte im Voraus jede etwaige Entscheidung der europäischen Mächte über die Zukunft der Herzogthümer, sofern nicht vorher eine Befragung des Landes stattfinde, für unverbindlich

und ungültig; dem König Christian IX. von Dänemark stehe keinerlei Recht auf die Thronfolge in den Herzogthümern zu; rechtmäßiger Thronfolger sei einzig und allein der Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, für den die Bevölkerung Gut und Blut einzusetzen entschlossen sei. Dieser Erklärung trat sofort das Consistorium der Universität Kiel, dann eine Versammlung von Geistlichen, ein von 37 Städten des Landes beschickter Städtetag in Neumünster, eine Versammlung von Gutsbesitzern in Kiel, endlich ein großer Theil der Lehrerschaft bei; etwa 250 Beamte, welche Ende November 1863 dem König Christian IX. gehuldigt hatten, kamen am 17. April in Neumünster zusammen, um diese Huldigung zurückzunehmen und davon in Kopenhagen Anzeige zu machen.

Der Zusammentritt der Londoner Conferenz, zu welcher der Bundestag in Frankfurt unter Zustimmung der beiden Großmächte den sächsischen Minister v. Beust als seinen Delegirten wählte, war auf den 12. April bestimmt; es gelang jedoch Bismarck, die Eröffnung noch hinauszuschieben, und am 18. April, einem herrlichen Frühlingstage, fand das bedeutsame Ereigniß der Erstürmung der Düppeler Schanzen durch die Preußen unter dem Prinzen Friedrich Karl statt. Zehn Tage später, am 28. April, räumten die Dänen die Festung Friedericia, welche von den Oesterreichern unter Gablenz besetzt wurde, womit das ganze Festland der Herzogthümer in den Händen der Alliirten und des deutschen Bundes war.

Groß war in Deutschland die Freude über diese militärischen Erfolge; sie wurde nur getrübt durch die immer noch fortdauernde Unsicherheit über die Absichten der beiden Großmächte. Wie mächtig aber der Nationalwille auf das Ausland wirkte, wie sehr er für die vollständige Befreiung der Herzogthümer vom dänischen Joch ausschlaggebend gewesen ist, das zeigen auf's Schlagendste die diplomatischen Berichte und sonstigen politischen Aeußerungen von Gewicht aus der Zeit vom Ende April 1864. Es wäre, so berichtete der französische Militär-Attaché in Berlin,

Graf Clermont-Tonnerre, nach Paris, schlechterdings unmöglich geworden, die Herzogthümer bei Dänemark zu erhalten; selbst die Personalunion würde nicht mehr zu erzwingen sein. An eine Verbindung der Herzogthümer mit Dänemark in irgendwelcher Form sei gar nicht mehr zu denken, schrieb der gegen Wrangels anfänglichen Einspruch von Bismarck im Hauptquartier zugelassene Correspondent der Londoner Times. Lord Cowley, der englische Botschafter in Paris, gestand dem Grafen Goltz: was man auch sagen mag, bei uns in England verbreitet sich mehr und mehr die Ueberzeugung, daß die Schleswig-Holsteiner von Dänemark los sein wollen und daß es ganz unenglisch sein würde, sie trotzdem unter Dänemarks Herrschaft zurückzuzwingen. Auch die Königin Victoria erklärte in einem Gespräch mit dem damals in London anwesenden König Leopold von Belgien ihr Einverständniß mit dieser Auffassung. Im Parlament erhob ein einflußreiches Mitglied, Bernal Osborne, seine Stimme gegen die verkehrte, der Zeiten des Wiener Congresses und der heiligen Allianz würdige Politik des Cabinets Palmerston-Russell. Es sei, führte er aus, ebenso ungerecht wie unklug, den Herzogthümern die Thronfolge des Londoner Protokolls gegen ihren Willen aufnöthigen zu wollen und dafür Englands Ansehen auf's Spiel zu setzen. „Welche Irrthümer auch", schloß Osborne seine schöne Rede, „zur Zeit noch bei uns verbreitet sein mögen, ich vertraue doch, daß der Tag kommen wird, an dem wir bedauern, daß Deutschland von uns aufgereizt, Dänemark gehätschelt und England gedemüthigt wurde."

Ganz bestimmt sprach sich damals Louis Napoleon zu Gunsten der Rechte der Herzogthümer aus; wir haben gesehen, daß er in einer nach London gerichteten Note vom 20. März die freie Abstimmung der Bevölkerung der Herzogthümer über ihr künftiges Schicksal als die passendste Lösung erklärte. Die Motive dieses Vorschlages lagen, wie auch v. Sybel zugibt, hauptsächlich in Napoleons Hasse gegen die englische wie gegen die österreichische Politik, aber welcher Vorurtheilsfreie hätte

damals nicht diesen Haß getheilt, wer vermöchte heute noch auch nur ein Wort der Vertheidigung für die Politik des Grafen Rechberg und des Lord Russell zu finden?

In einem Gespräche, welches Drouyn de Lhuys am 9. April mit dem preußischen Gesandten v. d. Goltz hatte, entwickelte er seine und des Kaisers Ansicht, daß der 1852 geschaffene Zustand offenbar unhaltbar geworden sei, daß auch das System der Personalunion schließlich keinen der beiden Theile befriedigen werde und somit nur noch die völlige Lostrennung der Herzogthümer, bis auf einen Dänemark zu überlassenden Streifen im Norden, übrig bleibe. Darüber seien aber die Bevölkerungen zu hören, gleichviel ob durch Plebiszit oder durch die Volksvertretung. Wenn deren Votum auf einen selbständigen Staat unter dem Augustenburger Prinzen ginge, so würde Frankreich sich nicht widersetzen, obgleich es die Schöpfung eines neuen Kleinstaates nur bedauern könne. Fiele aber das Votum für einen Anschluß an Frankreich aus, so würde Napoleon es auf der Conferenz zu dem seinigen machen. Er verlange dafür keine, auch nicht die geringste Landabtretung, sondern würde sich mit Compensationen begnügen, welche ihm ein offenes und kräftiges Einverständniß auf anderen Gebieten zu gewähren geeignet seien.

Alle diese Combinationen scheiterten an dem Widerwillen König Wilhelms, sich in der schleswig-holsteinischen Frage auf Frankreich zu stützen und sich gänzlich von England zu trennen. Es ist für den heutigen Leser eine schwer begreifliche Sache, wie sehr damals auch in Berlin die Macht des anmaßenden Inselreichs überschätzt wurde; Bismarck selbst, der schon zur Zeit des Krimkrieges über Englands Drohungen gelacht und gerathen hatte, sich darum nicht im Geringsten zu bekümmern, scheint diese Schwäche nicht gehabt zu haben, wohl aber König Wilhelm und die ganze königliche Familie. Das geht ziemlich deutlich aus der Correspondenz zwischen König Leopold von Belgien und dem König Wilhelm hervor. Der Erstere schrieb, die deutschfeindliche Aufregung in London werde durch Ein-

flüsterungen von „gewisser“ Seite her genährt, für welche es freilich ein Hochgenuß wäre, England auf Deutschland schlagen zu sehen (!!) und dann mit plötzlicher Energie für die eigenen Zwecke einzugreifen; Preußen möge also fest mit Oesterreich zusammenstehen und sich nicht etwa mit den Freunden des in England verabscheuten Augustenburgers einlassen. König Wilhelm erwiderte, daß er zwar warme Sympathieen für den Prinzen habe, aber allerdings sich fragen müsse, ob Preußen verpflichtet sei, allein zu dessen Gunsten sich einem europäischen Kriege und vielleicht einem Rückzuge nach Olmützer Muster auszusetzen. Wo in diesem Stadium der Dinge die Gefahr eines „europäischen Krieges“ liegen sollte, ist ebensowenig begreiflich, wie daß es dem König hätte verborgen sein können, daß nur in dem vom König Leopold empfohlenen „festen Zusammenstehen mit Oesterreich“ die natürliche Voraussetzung eines „Rückzuges nach Olmützer Muster“ lag, auf welchen ja das Wiener Cabinet offen hindrängte. „Wie Bismarck darüber dachte“, sagt v. Sybel, „wissen wir.“ Das wissen wir leider nicht; seine Politik schwankte zwischen entschlossenem Vorgehen und temporisirender Vorsicht; alles stand damals eben unter dem Banne des inneren Conflictes. Die Besprechungen mit Louis Napoleon und seinem Minister Drouyn de Lhuys wurden zwar fortgesetzt, führten aber zu keinem greifbaren Resultat.

Die Eröffnung der Conferenz fand am 25. April statt; sofort stellten die Neutralen den Antrag auf Abschluß eines Waffenstillstandes. Die Deutschen erklärten, darüber an ihre Regierungen berichten zu wollen; als selbstverständlich betrachteten sie es, daß bei einem Waffenstillstande die Feindseligkeiten zu Wasser wie zu Lande sofort aufzuhören hätten, also auch die Blokade der deutschen Häfen durch Dänemark einzustellen sei. Mit fast unglaublichem Uebermuth protestirten die dänischen Vertreter jedoch gegen die letztere Voraussetzung; Bismarck erklärte dem gegenüber, daß die Fortdauer der Blokade während eines Waffenstillstandes für Deutschland geradezu ehrenrührig

sein würde; Preußen weise eine solche Bedingung auf jede Gefahr hin zurück. Dem mußte sich nun auch Rechberg anschließen, aber erst nach langen Verhandlungen, in denen der dänische Trotz noch mehrmals sich zu zeigen Gelegenheit fand, kam in der Conferenzsitzung vom 9. Mai die Uebereinkunft eines Waffenstillstandes vom 12. Mai bis 12. Juni auf Grundlage des zeitigen militärischen Besitzstandes („uti possidetis") zu Stande.

Von jetzt an beginnt die preußische Politik in der schleswig-holsteinischen Frage immerhin ein erfreulicheres Antlitz zu zeigen als vorher. König Wilhelm hatte bei einem Besuch in Schleswig, der unmittelbar nach der Erstürmung der Düppeler Schanzen stattfand, sich von der Verzweiflung der Einwohner bei jedem Gedanken an die Wiederkehr dänischer Herrschaft überzeugt und demzufolge in Besprechungen mit dem französischen Gesandten Talleyrand in Berlin seinen unwiderruflichen Entschluß kundgegeben, keinen einzigen deutschen Bezirk wieder an Dänemark herauszugeben, also mindestens alles Land bis Apenrade für Deutschland zu behaupten. In Rendsburg kamen am 8. Mai 40,000 Männer aus allen Theilen Schleswig-Holsteins zusammen und gaben die begeisterte Erklärung ab, daß sie den letzten Blutstropfen für Befreiung ihres Landes von dänischer Herrschaft opfern würden. An den Minister v. Beust, als Vertreter des Bundes auf der Conferenz, wurde an demselben Tage eine mit den Unterschriften von 1350 deutschen Volksvertretern, darunter 183 Preußen und 46 Oesterreicher, bedeckte Adresse abgesandt, welche feierlich Protest erhob gegen jeden Beschluß über die Herzogthümer ohne oder gegen deren Willen. Endlich setzte am 11. Mai der frühere Minister Graf Arnim-Boytzenburg in Preußen eine Adresse an den König in Umlauf, welche die Bitte um vollständige Trennung der Herzogthümer von Dänemark enthielt, sei es als selbständiger Staat unter Preußens Schutz, sei es als Theil des preußischen Staates selbst. Die Adresse erhielt in wenigen Tagen über 30,000 Unterschriften und konnte dem König überreicht werden. Bismarck begann jetzt Freude

an der von ihm bisher so sehr verabscheuten Volksbewegung zu empfinden. Er befahl dem preußischen Commissär v. Zedlitz, in ganz Schleswig die Agitation gewähren zu lassen, ja zu begünstigen, auch wenn sie den Augustenburger ausrufe. „Die ganze Meute soll läuten!“ sagte er. Der preußische Gesandte Bernstorff in London schrieb nach Berlin: „Wenn wir ohne oder gar gegen Oesterreich die vollständige Trennung der Herzogthümer von Dänemark auf der Conferenz begehren müßten, so wäre Oesterreichs Einfluß in Deutschland für immer vernichtet.“ Wir fügen hinzu, daß dies schon vorher hätte erreicht werden können, wenn Bismarck dies gewollt und — die feige Politik des Wiener Cabinets geschickt benutzend — Preußen an die Spitze der nationalen Bewegung in Deutschland gesetzt hätte.

In der Conferenzsitzung vom 12. Mai gab der preußische Vertreter v. Bernstorff im Namen aller deutschen Mächte die Erklärung ab, daß der Londoner Vertrag von 1852 als hinfällig betrachtet werden müsse; Deutschland sei zur Erwägung jeder neuen Combination bereit, welche zu einem festen und dauernden Frieden führen könne, ohne wohlerworbene Rechte zu verletzen. Das österreichische Cabinet, welches noch immer die Personalunion der Herzogthümer mit Dänemark in Reserve hatte, um auf diese Weise jede Combination zu verhindern, durch welche Preußen einen Vortheil im äußersten Norden Deutschlands erlangen könne, war nur schwer für diese Erklärung zu bewegen gewesen, mußte sich aber mit verhaltenem Aerger dem überwältigenden Druck fügen, welchen zugleich die öffentliche Meinung in Deutschland und der Gang der Ereignisse ausübte. Es konnte schandehalber nicht dänischer sich gesinnt zeigen, nicht rücksichtsloser gegen die Bevölkerung Schleswig-Holsteins auftreten, als die außerdeutschen europäischen Mächte, und schloß sich sonach der preußischen Erklärung mit dem stillen Hintergedanken an, jeder Art definitiver Lösung der Herzogthümerfrage in den Weg zu treten, welche irgend eine Machterweiterung Preußens mit sich

bringen konnte. In Kopenhagen blieb diese tiefgehende Eifersucht zwischen Oesterreich und Preußen natürlich kein Geheimniß; sie stärkte den dänischen Uebermuth bis zu dem Grade, daß in der Conferenzsitzung vom 17. Mai der dänische Vertreter Quaade im Namen seiner Regierung die Erklärung abgab, jede Lösung, selbst die der Personalunion unter dem Szepter Christian's IX., zurückweisen zu müssen, welche nicht die Verträge von 1852 zur Grundlage habe. Unter dem Eindruck dieses offenen Hohnes auf die thatsächliche Lage der Dinge, wie sie durch den Gang der Ereignisse geschaffen war, vertagte sich die Conferenz bis zum 28. Mai.

Der weitere Verlauf der Conferenzverhandlungen kommt für den Zweck unserer Schilderung nicht mehr in Betracht; diese so geräuschvoll in Szene gesetzte, von vornherein ohnmächtige Diplomatenversammlung ging am 25. Juni 1864 unverrichteter Sache auseinander und es begann der zweite Abschnitt des Feldzuges gegen Dänemark oder des „deutsch-dänischen Krieges", wie von Vielen diese Expedition genannt wird, welche ohne den Eigensinn Wrangels und bei energischer Durchführung des Moltke-Blumenthal'schen Planes in sechs Tagen mit sehr geringen Opfern hätte beendet sein können. In der Nacht vom 29. Juni setzte eine preußische Truppenabtheilung in Kähnen über den Alsensund und zwang die auf der Insel Alsen verschanzten Dänen, unter starken Verlusten sich nach Fünen einzuschiffen. Gleichzeitig wurden die letzten noch auf Jütland befindlichen dänischen Truppen durch die Oesterreicher von der Halbinsel vertrieben; der „tappere Landsoldat", wie die Dänen ihren Troupier im Liede besungen haben, hatte von Anfang bis zu Ende des Feldzuges keine Gelegenheit gefunden, sich auch nur ein einziges Lorbeerreis zu erringen. Da jede Hoffnung auf europäische Hülfe geschwunden war und selbst die Thränen, welche Lord Russell in einer Unterredung mit dem preußischen Gesandten Bernstorff über das bittere Schicksal Dänemarks vergoß, anderwärts keine Nachahmung fanden, hat

dieser kleine Staat, nachdem er 14 Jahre lang ungestraft die Rechte der Herzogthümer mit Füßen treten und Deutschland hatte verhöhnen dürfen, endlich am 12. Juli 1864 um Frieden. Ein Waffenstillstand wurde abgeschlossen und nicht ohne scharfen Streit über die Friedensbedingungen, worüber es zweimal zur Drohung mit dem Abbruch der Verhandlungen kam, erfolgte am 1. August die Unterzeichnung der Präliminarien, in denen Dänemark alle seine Rechte auf Schleswig, Holstein und Lauenburg an den König von Preußen und den Kaiser von Oesterreich abtrat, zugleich sich verpflichtend, „die Verfügungen, welche Preußen und Oesterreich über die Herzogthümer treffen würden, anzuerkennen." Die Herzogthümer sollten einen sehr erheblichen Theil der dänischen Staatsschuld (29 Millionen dänische Reichsthaler) übernehmen — dieses Unrecht wurde ihnen noch in letzter Stunde zugefügt — dagegen forderten Oesterreich und Preußen keine Kriegskostenentschädigung von Dänemark. Am 30. October 1864 kam auf dieser Grundlage der Wiener Friede zu Stande.

„Los von Dänemark" waren jetzt die Herzogthümer, aber was aus ihnen werden sollte, wußte zur Zeit noch kein Mensch; sie waren nach dem Wortlaut des Friedensvertrages vermöge der Fiction, daß sie vorher Eigenthum des Königs Christian IX. gewesen seien, nunmehr Eigenthum des Königs von Preußen und des Kaisers von Oesterreich geworden, welche nach Bismarcks bekannter Erklärung im Abgeordnetenhause gelegentlich des lauenburgischen Kaufgeschäftes nicht einmal den heimischen Volksvertretungen Rechenschaft darüber schuldig waren, was sie mit Land und Leuten zu thun gedachten. Dem deutschen Bunde erst recht nicht, denn durch den geheimen Vertrag vom 16. Januar 1864 hatten die Cabinete von Wien und Berlin sich verpflichtet, über das künftige Loos der Herzogthümer nur im gemeinsamen Einverständniß mit Ausschluß des Bundes zu entscheiden, der ja auch bald nach dem Wiener Frieden ganz aus den Herzogthümern herausgeworfen wurde.

Schon vor Abschluß des Wiener Friedens begann Bismarck unter steter Connivenz des Grafen Rechberg, die Feindseligkeiten wider den Bund und die Mittelstaaten. Am 21. Juli richtete Prinz Friedrich Karl von Preußen an den Bundesgeneral Hake in Holstein die brüske Anzeige, daß er Befehl habe, sich zum Herrn von Rendsburg zu machen und deßhalb die sofortige Räumung der Stadt von den Bundestruppen verlange. General Hake erklärte, daß er nur der Uebermacht und der Gewalt weiche, und zog seine 4 Compagnieen Soldaten in aller Eile, wie vor einem heranrückenden Feinde, aus der Stadt zurück, welche von 6000 Preußen besetzt wurde. Während in den mittel- und kleinstaatlichen Kammern lärmende Proteste gegen diese „abermalige preußische Gewaltthat" erhoben wurden, faßte der schon vollständig eingeschüchterte und seiner Ohnmacht sich bewußte Bundestag die Sache kühler auf. In der Sitzung vom 28. Juli wurde nach einer stolzen und schroffen Erklärung Preußens — welche besagte, daß die Besetzung Rendsburgs durch das wüste politische Treiben in Holstein nöthig geworden sei und eine „Warnung" für Alle, die es angehe, sein solle — die Prüfung der Rendsburger Vorgänge an einen Ausschuß verwiesen. Mündlich bemerkte der Gesandte v. Sydow, den Bundestruppen als solchen habe keine Kränkung zugefügt werden sollen und es stehe nunmehr, da Preußen im militärischen Besitz des Platzes sei, ihrer Rückkehr nach Rendsburg nichts entgegen. Die sächsische Regierung erklärte, daß sie eingedenk der früheren Vorfälle in Altona und der Erfolglosigkeit ihrer damaligen Beschwerden gar keinen Antrag stelle, vielmehr die Anregungen nichtbetheiligter Bundesregierungen abwarten wolle. Davon aber ließ keine der „nichtbetheiligten" Regierungen etwas merken und es knüpfte sich im Laufe der Wochen und Monate noch eine groteske Tragikomödie an den Rendsburger Vorgang. Am 27. November rückten nach trugvollen und höhnischen Verhandlungen mit Hannover und Sachsen ein Bataillon Hannoveraner und zwei Compagnieen Sachsen unter militärischen Ehrenbezeugungen von Seiten der

preußischen Truppen wieder in Rendsburg ein; kaum aber hatte diese kleine „Reichsarmee" Quartier gefunden, als Herr von Bismarck (29. November) in drohendem Tone und kategorisch von Sachsen und Hannover die sofortige Räumung von Holstein und Lauenburg von „Bundestruppen" verlangte, die dort nach Aufhören der gegen Christian IX. von Dänemark beschlossen gewesenen „Execution" gar nichts mehr zu suchen hätten. Hannover, dessen König und Minister (Graf Platen-Hallermund) im Innersten ihres Herzens längst den Augustenburger wegen seiner Intimität mit den Männern des Nationalvereins und anderen „Demokraten" verabscheut hatten und dem benachbarten Großherzog von Oldenburg die Erbfolge in Schleswig-Holstein wünschten — Hannover gab der preußischen Aufforderung sofort nach und erklärte sich zur Räumung bereit. Sachsen dagegen erklärte, es habe im Auftrag des Bundes seine Truppen nach Holstein geschickt und nur in Folge eines Bundesbeschlusses werde es dieselben zurückberufen. Da gleichzeitig vier preußische Armeedivisionen in der Nähe von Berlin als erklärte Drohung gegen Sachsen conzentrirt waren, die offiziösen Berliner Blätter vom Einmarsch in Sachsen sprachen und Prinz Friedrich Karl einen sehr provozirenden Trinkspruch bei Gelegenheit einer Truppenrevue durch den König ausbrachte, so faßten König Johann und sein Minister Beust den kühnen Entschluß, Sachsen durch schleunige Rüstungen gegen die bevorstehende Invasion in Vertheidigungszustand zu setzen. Sämmtliche Beurlaubten wurden zu den Fahnen einberufen, der Transport aller Staatskassen nach Dresden angeordnet, von wo sie auf die Feste Königstein gebracht werden sollten; kurz, man konnte sich schon jetzt an die Pforten des „Bruderkriegs" gestellt sehen. Indessen ging der Sturm im Glase Wasser diesmal noch vorüber und die Sache fand ihren sehr melodramatischen Abschluß durch Einstellung der Kriegsmaßregeln in Sachsen und Rückberufung auch der Truppen aus Holstein nachdem Hannover schon am 1. Dezember in dieser Beziehung mit gutem Beispiele vorangegangen war und der Bund

durch Beschluß vom 5. Dezember, dem preußisch-österreichischen Verlangen gemäß mit 9 gegen 6 Stimmen (in der Minorität befanden sich Bayern, Hessen-Darmstadt, Württemberg, Sachsen, die sächsischen Herzogthümer, Nassau und Braunschweig) das Aufhören sowohl der Execution wie der Occupation erklärt und beschlossen hatte. Eine österreichische Circulardepesche an die deutschen Regierungen vom 3. Dezember fügte der Hinausmanövrirung des Bundes aus den Herzogthümern noch den Hohn hinzu, der „competenzmäßigen" Entscheidung des Bundes über die Erbfolgefrage solle dadurch in keiner Weise vorgegriffen werden, während doch dasselbe Oesterreich durch zwei feierliche Verträge (denjenigen vom 16. Januar 1864 und den Wiener Frieden vom 30. October) Preußen gegenüber sich verpflichtet hatte, daß über das künftige Loos der Herzogthümer ganz allein im Einverständniß der beiden Großmächte Entscheidung getroffen werden solle!

Der Bund hatte jetzt geradesoviel Gewalt in Holstein, wie Dänemark; das heißt, beide waren aus den meerumschlungenen Herzogthümern hinausgeworfen worden und Oesterreich hatte durch Vernichtung jeder politischen Bedeutung des Bundes den Ast abgesägt, auf dem es in Deutschland saß. In derselben Zeit, wo Graf Rechberg einen leidenschaftlichen und ganz aussichtslosen Streit mit Preußen wegen der 1852 vorbehalten gewesenen Aufnahme Oesterreichs in den preußisch-deutschen Zollverein führte, worüber er selbst am 24. November 1864 fiel, um dem General Grafen Mensdorff-Pouilly in der nominellen Leitung der auswärtigen Politik des Kaiserstaates Platz zu machen — in derselben Zeit that dieser „Neger des Herrn von Bismarck", wie ihn ein Bundestagsdiplomat nicht unzutreffend genannt hat, Alles und Jedes, um Oesterreich in Deutschland politisch vollständig ohnmächtig zu machen, und auch nach Außenhin zu isoliren. Die Erklärung für dieses räthselhafte Verhalten Oesterreichs — „Politik" kann man es kaum nennen — hat im Dezember 1864 der bekannte

Botschafter Fürst Richard Metternich in Paris dem sächsischen Diplomaten Grafen Vitzthum=Eckstädt gegenüber mit folgenden Worten zu geben versucht: „Es sind die im Jahr 1863 in Frankfurt gemachten Erfahrungen, die uns in die Sackgasse der preußischen Allianz getrieben haben. Jedesmal, wenn ich das Zusammengehen mit dem deutschen Bunde befürwortete, erhielt ich aus Wien die Antwort, die deutschen Fürsten hätten damals erklärt, ohne Preußen nichts thun zu können. Das habe verstimmt, und jetzt wolle nun Oesterreich auch lieber mit Preußen gehen." Aber alles das, so fügte Metternich hinzu, werde doch zu nichts Anderem führen, als zu dem schließlichen Bruche und Kriege zwischen Preußen und Oesterreich.

Wer war nun der an Rechbergs Stelle getretene neue Leiter der auswärtigen Politik Oesterreichs in einer Zeit, da man überall schon die Sturmvögel des nahen Krieges schwirren hören konnte? Dem Namen nach allerdings Graf Mensdorff, in Wirklichkeit der ungarische Magnat Graf Moritz Esterhazy, im Volksmunde „der heimliche Moritz" genannt, einer der verhängnißvollsten Figuren in der österreichischen Politik jener Zeit. Er war der Schüler des alten Fürsten Metternich gewesen, hatte in Folge dessen einen weit über seine Fähigkeiten hinausgehenden Ruf in den Hofkreisen und in der Aristokratie erlangt und wurde Jahre hindurch als österreichischer Botschafter in Rom verwendet, wo er schon durch mancherlei Sonderbarkeiten auffiel, unter Anderem dadurch, daß er monatelang ohne Ursache seine Berichterstattung aussetzte und gar nichts von sich hören ließ. Nach dem Sturze Metternichs verließ er den römischen Posten und ging eine Zeitlang auf seine großen ungarischen Güter, bis ihn der Kaiser als „ungarischer Minister am königlichen Hoflager" in seine unmittelbare Umgebung berief und zu seinem Vertrauten machte. Seine Sonderbarkeiten, namentlich seine oft starke nervöse Aufregung behielt er bei, bis die letztere kurz nach 1866 sich bis zur Tobsucht steigerte und er unter die Aufsicht eines Irrenarztes gestellt werden mußte. Er blieb

unheilbar. Ob schon in den Jahren 1864 bis 1866, wo er einen maßgebenden Einfluß auf den Gang der österreichischen Politik geübt hat, „der heimliche Moritz“ im Zustande latenter Geistesstörung gewesen ist, diese Frage ist später oft aufgeworfen, natürlich von keiner Seite mit Sicherheit beantwortet worden. Als Graf Vitzthum nach der Katastrophe von Königgrätz Mensdorff an die verhängnißvolle Rolle erinnerte, welche Moritz Esterhazy von 1864—1866 gespielt, erwiderte Mensdorff: „Niemand hat das schwerer empfunden als ich. Aber was wollen Sie, ich verstand von der Politik gar nichts, hatte es auch dem Kaiser wiederholt gesagt. Ich war jedoch General der Cavallerie, mein Kriegsherr hatte mir befohlen, den Ministerposten zu übernehmen und so mußte ich es denn mir wohl oder übel gefallen lassen, daß mir ein geschulter Diplomat (!) zur Seite gestellt wurde, der den Muth nicht hatte, die volle Verantwortlichkeit nach allen Seiten hin zu übernehmen.“

Dies waren also die Wiener Staatsmänner, welche in gährender, entscheidungsreicher Zeit einem Bismarck gegenüber den diplomatischen Kampf führen sollten! Selbst der ziemlich beschränkte Herzog von Grammont, damals französischer Gesandter in Wien, sagte unter solchen Umständen im Dezember 1864 zu dem obenerwähnten Grafen Vitzthum: „Ich habe es immer gesagt und bin jetzt mehr als je davon überzeugt, daß Niemand anders als Bismarck Herr der Lage ist, was er auch vollständig weiß. Von Tag zu Tag befestigt sich in ihm die Idee der Annexion der Herzogthümer; von Tag zu Tag wird man in Wien schwächer. Man thäte am Besten, die Dinge vollständig gehen zu lassen. Wenn Preußen Sorge trägt, die Bevölkerung für sich zu gewinnen, so daß sie schließlich befragt werden kann, wird man weder in England noch in Frankreich einen Widerspruch (gegen die Annexion) erheben. Man hütet sich zwar, das offen zu sagen, aber jeder halbwegs Eingeweihte kann es wissen.“

Die Annexionsidee war, wie wir gesehen haben, schon in den ersten Stadien der ganzen Verwicklung Preußen von dem Tuilerienhofe nahe gelegt; sie stieß damals auf die Gewissensbedenken des Königs Wilhelm, der noch an den Grundsätzen der Legitimität festhielt, sowie auf dessen fast instinctive Abneigung gegen ein Bündniß mit dem napoleonischen Frankreich. Im Lauf eines Jahres änderte sich diese Stimmung aus mehrfachen Gründen. Erstens war das „Erbrecht" des Augustenburgers oder „Friedrich's des Sachten", wie man in Preußen den Titel eines Herzogs „Friedrich VIII." spottend umgewandelt hatte, in der That nicht über jeden Zweifel erhaben, es traten vielmehr der Großherzog von Oldenburg (als Cessionar der russischen Linie des Hauses Holstein-Gottorp) und der Prinz Friedrich Wilhelm von Hessen-Rumpenheim als Neben-Prätendenten auf; zweitens entdeckte Bismarck durch eine wunderbare Fügung Gottes im Herbst 1864 auch brandenburgische Erbansprüche und ließ diese durch die preußischen Kronsyndici gründlich prüfen (Circulardepesche an die deutschen Regierungen vom 24. Dezember 1864); drittens war dem König die Person des Augustenburgers wegen seiner „demokratischen" Umgebung und Verbindungen — der Prinz nahm in diesem Falle „das Gute, wo er es fand" und hatte auch die Unvorsichtigkeit begangen, gleich am Anfang seiner fingirten „Thronbesteigung" den Tuilerienkaiser um seine wohlwollende Unterstützung zu bitten — nach und nach unsympathisch geworden; viertens hatte das österreichische Cabinet durch eine vertrauliche Depesche vom 21. Dezember 1864 die Einverleibung der Herzogthümer in den preußischen Staat unter der Bedingung einer ihm zu gewährenden Vergrößerung seines eigenen deutschen Gebietes selbst angetragen und fünftens war durch den früher in dänischen Diensten gestandenen holsteinischen Baron v. Scheel-Plessen in den Herzogthümern selbst seit dem November 1864 die Annexionspropaganda zwar mit sehr schwachen Kräften begonnen;

allein Bismarck huldigte dem Satze: „man soll die Stimmen wägen und nicht zählen“ und berücksichtigte, daß im Himmel mehr Freude ist über einen Bekehrten, als über tausend Gerechte.

Vom historischen Standpunkte aus wird heute gewiß Niemand das Auftauchen und die allmähliche Befestigung der Annexionsidee in Preußen tadeln; sie war die natürlichste und richtigste Lösung der ganzen Streitfrage, während die Bildung eines neuen ganz- oder halb-souveränen Kleinstaates an der so exponirten deutschen Nordgrenze eine offenbare Schädigung der national-deutschen Interessen gewesen sein würde. Allein der allerpassendste Zeitpunkt, sowohl die Bevölkerung der Herzogthümer wie den größten Theil des deutschen Volkes für den Annexionsgedanken zu gewinnen, waren die Monate November und Dezember 1863 gewesen, sofern nur Preußen sich damals an die Spitze der hochgehenden nationalen Bewegung hätte stellen und das Ministerium Bismarck statt des vergiftenden Verfassungsconfliktes im Inneren und der rücksichtslosen Kampfespolitik gegen die heimische Volksvertretung eine volksthümliche Haltung hätte einnehmen wollen. Daß Bismarck sich nicht hierzu entschließen konnte, schwächte seine Stellung gegen das Ausland, wie wir gesehen haben, in hohem Grade, brachte ihn in die Irrgänge einer von tausend Wechselfällen abhängigen diplomatischen Campagne, welche ohne die Verblendung und Hartnäckigkeit Dänemarks sehr leicht den dauernden Verlust der Herzogthümer für Deutschland hätte zur Folge haben können und bei einer verständigeren und zielbewußteren Politik des Wiener Hofes Preußen in die alte Abhängigkeit von Oesterreich zurückgeführt haben würde, weil mit dem abermaligen Preisgeben der Herzogthümer an Dänemark es mindestens für lange Zeit mit dem „deutschen Beruf“ Preußen aus gewesen wäre. Fürwahr, Bismarck hatte vollauf Ursache, Gott zu danken, daß die Vorsehung auch seine Irrthümer zum Besten lenkte.

Während Bismarck schon mit allen Kräften bemüht war, die Herzogthümerfrage einer für Preußen günstigen Lösung

entgegenzuführen, waren selbst am preußischen Hofe sehr einflußreiche Kräfte thätig, seiner Politik, die man für gefahrvoll und unrichtig hielt, entgegenzuarbeiten. In dieser Beziehung ist der nachstehende Brief an den Minister v. Beust, welchen Graf Vitzthum auf Seite 71 seiner Denkwürdigkeiten mittheilt, von großem Interesse:

„London, 26. Januar 1865.

. . . . Die liebenswürdige Lady X., eine der Damen der Königin Victoria, ist soeben von einer wohl kaum zu ihrem Vergnügen unternommenen Reise nach Berlin und Darmstadt über Paris zurückgekehrt. Ihr verdanke ich die nachstehenden vertraulichen Notizen.

In Osborne (am englischen Hofe) ist man entschieden augustenburgisch und ebenso entschieden antibismarckisch. Die Kronprinzessin von Preußen und deren Gemahl theilen diese Gesinnung. Von einer Aussöhnung mit dem Machthaber (d. h. Bismarck) sei nicht die Rede, dessen Herrschaft das Leben Wilhelm's I. kaum überdauern werde. Die Kronprinzessin sei von der Gefahr durchdrungen, welche die jetzige Richtung der preußischen Politik für die Zukunft ihrer Kinder haben könnte. Sie betrachte den Gewalthaber (Bismarck) als „the blind tool of the German radicals." Sie klage, daß bei „the infatuation of the poor king" ihr eigener und des Gatten Widerstand auf Kosten der Popularität Beider erfolgen müsse. Man habe die Augen offen, lobe im Stillen unsere (Sachsens) Haltung und hoffe auf den Vetter Alexander (Mensdorff)[1] . . . .

. . . In Paris hat Lady X. die Kaiserin Eugenie sehr betrübt gefunden. Sie habe ihr ihr Herz ausgeschüttet über

[1] Graf Mensdorff-Pouilly war mit dem englischen Königshause verschwägert.

Margot (Marguerite Bellanger, die Geliebte Napoleons), welche den Kaiser affichire, und bestätigt, daß Napoleon neulich bei Margot, die in der Nähe des Arc de l'Etoile wohnt, von einer Ohnmacht befallen bewußtlos nach den Tuilerieen geschafft worden sei und mehrere Stunden gebraucht habe, um wieder zu sich zu kommen. Dies habe Eugenie so erschreckt, daß sie selbst zu Margot gefahren, um dieser Paris zu verbieten, nicht als Gattin, sondern als Mutter und Kaiserin. Die Betreffende soll hierauf wirklich nach Brüssel und von da nach dem Haag gegangen sein, um dem Prince Citron[1]) die Zeit zu vertreiben. Man sagt jedoch, sie habe es dort nicht lange ausgehalten und sei nach Paris zurückgekehrt. Die Versöhnung mit dem Prinzen Napoleon soll eine Folge dieser Ohnmacht sein.[2]) Viel Dauer verspricht man sich jedoch davon nicht, obwohl auch Walewski mit dem Prinzen wieder ausgesöhnt ist. Gräfin Walewski steht jetzt hoch in der Gunst der Kaiserin. Der Kaiser soll sie jedoch sehr kühl behandeln. Uebrigens steht das kaiserliche Ehepaar selbst auf dem besten Fuße trotz aller Margots. Ich begegnete Beiden in den Champs Elysées Arm in Arm ganz bourgeoisement spazieren gehend. Mit dem Gehen geht es freilich nicht zum Besten, doch sah Er ganz wohl aus. Sie grüßte holdselig, auch Er schien mich zu erkennen . . . .

. . . . Lord Russell hat mir in der Unterredung, die ich soeben mit ihm hatte, die obstehenden Notizen der

---

[1]) Spottname, welchen die Pariser dem Prinzen von Oranien (Prince d'Orange) Thronfolger der Niederlande, beigelegt hatten. Er war ein sehr liederlicher Geselle und ist später an seiner durch Ausschweifungen herbeigeführten Entkräftung gestorben.

[2]) Ein politisch wichtiger Umstand aus dem Grunde, weil der „rothe Prinz" in der schleswig-holsteinischen Sache aus Haß gegen Oesterreich ganz auf Seite Preußens stand.

Damen-Diplomatie bestätigt . . . . Auch er glaubt, Bismarck arbeite der Diplomatie in die Hände. So lange der König lebe, sei jedoch an keine Lösung der constitutionellen Frage (soll wohl heißen des Verfassungsconflicts) in Preußen zu denken. Der junge Hof sei in entschiedener Opposition, ganz für den Augustenburger und gegen jede Annexion." . . . . .

Es ist hier der passendste Ort, des Zwischengetriebes in der hohen auswärtigen Politik Erwähnung zu thun, soweit es zum Verständniß der damaligen Sachlage nöthig ist. Louis Napoleon, der durch das verfehlte mexikanische Abenteuer seinen Stern immer tiefer sinken sah, von körperlicher Hinfälligkeit geplagt wurde und gar zu gern seinen Franzosen einen neuen Beweis seines „Prestiges" in Europa geboten hätte, sah mit Unmuth, daß seine Bemühungen um Herstellung eines intimen Verhältnisses zu Preußen an entscheidender Stelle in Berlin keinen Fortgang nehmen wollten. Da brach der oben erwähnte preußisch-sächsische Conflict aus und Napoleon ließ aus diesem Anlasse in Dresden und München leise anklopfen, ob man sich nicht den französischen Schutz für Erhaltung der Selbständigkeit der deutschen Mittelstaaten sichern wolle? Sowohl v. d. Pfordten als Beust nahmen jedoch Anstand, das gefahrvolle Gebiet solcher Unterhandlungen zu betreten, und bemerkten dem Versucher, daß in der gegenwärtigen Zeit jede deutsche Regierung, welche in den begründeten Verdacht gerathe, Rheinbundspolitik zu treiben, ihren Untergang besiegeln würde. Trotz dieser patriotischen Versicherungen wurde jedoch der mehrfach erwähnte Diplomat Graf Vitzthum (damals sächsischer Gesandter in London) von Hrn. v. Beust im Dezember 1864 nach Paris gesandt, um zu sondiren, ob nicht eine französisch-österreichische Allianz mit der Spitze gegen Preußen gerichtet, sich herstellen lasse. Wir wissen aus den vorausgegangenen Abschnitten dieser Schilderung, daß Drouyn de Lhuys, welcher im Herbst 1864 wieder Minister des Auswärtigen am Tuilerieenhofe war, eine derartige Allianz

schon 1856 zu seiner Lieblingsidee machte und darüber seinen Einfluß wie sein Portefeuille verloren hatte; Herr v. Beust konnte also voraussetzen, daß sein Vorschlag auf dieser Seite nicht ungünstig aufgenommen werden würde. Graf Vitzthum gab sich denn auch die redlichste Mühe, im Sinne Beust's zu wirken; allein Drouyn de Lhuys selbst hatte das Vertrauen zu Oesterreich verloren. Er sagte nach Vitzthum's Bericht an Beust am 17. Dezember 1864 Folgendes:

„Frankreich hat, ich gebe es zu, unter dem gegenwärtigen Régime nur rein zufällige Gelegenheitsallianzen gehabt. Wir würden uns gar nichts besseres wünschen können, als in einer dauernden Allianz mit einer Großmacht das Mittel zur ernstlichen Beruhigung Europas zu finden. Wir würden entschlossen auf's Ziel losgehen, das heißt, uns auf jede Gefahr hin mit derjenigen Macht verbünden, welche ihrerseits bereit ist, den Pakt ernst zu nehmen und zu halten. Aber wir können warten. Platonische Allianzen conveniren uns nicht; wir müssen Vortheile haben. Das scheint Ihnen vielleicht cynisch, aber es ist die Wahrheit. Wenn ich von Vortheilen spreche, so verstehe ich darunter nicht gerade Gebietsgewinn, aber wirkliche, reelle Vortheile. Wir haben die englische Allianz während des Krimkrieges gehabt; sie war für den Krieg gut, hat uns aber sonst nicht viel genützt. Dann war eine kurze Zeit lang von der russischen Allianz die Rede; wir fanden keine richtige Grundlage dafür und Polen liegt zwischen uns und Rußland. Von allen Allianzen würde uns die österreichische am Besten zugesagt haben; sie wissen, es war mein Traum. Ich habe daran so zähe festgehalten, daß ich darüber das Portefeuille verlor; mein Grund war, daß wir mit Hülfe dieser Allianz die großen Fragen der Zukunft am Besten hätten lösen können. Aber Oesterreich, ich muß es sagen, ist nicht mehr das Oesterreich des Fürsten Schwarzenberg; seit dem Tode dieses Staatsmannes treibt es nur negative Politik und weiß nicht mehr was es will. So oft wir glaubten, mit ihm zusammengehen zu können, ist es uns

entwischt (échappé); es geht bis zu einem gewissen Punkte mit und stößt dann auf Hindernisse, die es selbst geschaffen hat. Wenn jemals die Ideen, welche Sie mir entwickelt haben, in Wien Wurzel schlagen, wenn uns ernsthafte Vorschläge gemacht werden sollten, werden wir sie gewiß mit Vergnügen anhören und prüfen und wenn nur irgend eine Chance sich bietet, uns zu verständigen, könnte Großes erreicht werden. Allein für den Augenblick sehe ich nichts, was zu derartigen Hoffnungen berechtigen könnte. Wir müssen uns damit begnügen, den Ereignissen aufmerksam zu folgen. Die einzige jetzt auf der Tagesordnung stehende Frage von Bedeutung ist diejenige der Herzogthümer. Es versteht sich von selbst, daß wenn Andere sich damit vergrößern wollen, wir Compensationen verlangen müssen, um das Gleichgewicht aufrecht zu erhalten.[1]) Die Allianz mit Preußen, welche dem Kaiser sympathisch ist, erscheint mir sehr schwierig. Wir haben, wie man zu sagen pflegt, das Senkblei nach dieser Richtung hin ausgeworfen, aber geschehen ist nichts, wie ich Ihnen nicht erst versichern zu müssen glaube. Wenn die Herzogthümerfrage aus der Discussion geschieden werden könnte, an der wir uns für jetzt nicht betheiligen wollen;[2]) wenn Oesterreich es fertig bringt, seine Position in Deutschland wiederherzustellen und die Mittelstaaten fest an sich an zu knüpfen, deren Interessen mit den seinigen identisch sind, so wäre da eine Macht, mit der Frankreich ein Bündniß wohl eingehen könnte. Aber für den Augenblick sehen wir nicht klar genug und müßten fürchten, uns zu compromittiren, wenn wir unsere Politik schärfer accentuiren und eine Frage zu einer europäischen machen wollten, die gegenwärtig eine innere deutsche Frage ist

[1]) Diese persönliche Ansicht des Hrn. Drouyn de Lhuys wurde, wie wir später sehen werden, nicht unbedingt von Napoleon getheilt. Der „rothe Prinz" insbesondere arbeitete ihr konsequent und mit Erfolg entgegen.

[2]) „La France n'a rien à y voir; nous nous déciderons après", hatte Louis Napoleon während des deutsch-dänischen Krieges an Drouyn de Lhuys aus Vichy telegraphirt.

und folglich uns nicht interessirt. Was die Besprechungen mit Herrn v. Bismarck betrifft, so haben sie, wie ich kaum versichern zu müssen glaube, nicht den Character gehabt, den man ihnen beilegt."

In all' diesem sprach Drouyn de Lhuys nur seine persönlichen Ansichten aus und man darf nicht vergessen, daß er am Hofe einflußreiche Gegner (insbesondere Rouher und den Prinzen Napoleon) hatte, von denen er jederzeit befürchten mußte, aus dem Sattel gehoben zu werden. Napoleon selbst hatte, wie Rothan in seinem interessanten Buche: „La politique française en 1866" darlegt, eigentlich gar keine feste Politik, sondern nur zwei Lieblingsideen: Die Zerstörung der Verträge von 1815 und die Befreiung Venetiens von der österreichischen Herrschaft. Diesen zwei fixen Ideen opferte er die spezifisch französischen Interessen, weßhalb er auch später von Bismarck selbst ein Träumer, ein „Tiefenbacher" genannt worden ist. (Siehe Moritz Busch: „Unser Reichskanzler".)

Den Kaiser konnte Graf Vitzthum nicht ohne Zeugen sprechen und mußte sich damit begnügen, den Botschafter Richard Metternich über seine Ansichten auszuholen, Dieser sagte kurzweg: „für mich ist hier nichts zu thun, als zuzuwarten. Die orientalische Frage schläft; wecken wir sie nicht. Die deutsche Frage kümmert mich nicht, die italienische ist nicht reif. . . . . Was die Herzogthümer anlangt, so würde Oesterreich meiner Ansicht nach am Besten thun, seinen Bevollmächtigten abzuberufen und Preußen allein die volle Verantwortung für alle Gewaltacte zu überlassen. Frankreich thut Alles, um das österreichisch-preußische Bündniß zu zerreißen. Das ist ebenso evident, als der Wunsch des Tuileriencabinets, Preußen möge sich die Herzogthümer annectiren. Jemehr sich diese Annexion wider den Willen der Bevölkerung vollzieht, desto angenehmer wird es den Franzosen sein, welche einfach von diesem Präcedenzfalle Act nehmen würden, um im gegebenen Augenblicke davon Gebrauch zu machen."

Mit dem Obigen stimmen auch die Berichte überein, welche der preußische Gesandte Graf v. d. Goltz in Paris zu Anfang 1865 nach Berlin sandte. Napoleons stete Sorge war hiernach, Preußen möchte für Ueberlassung der Herzogthümer dem Wiener Hof am Ende Kriegshülfe zur Behauptung Venetiens zusagen; er rieth dementsprechend fort und fort, Preußen solle die Annexion durch Abstimmung des schleswig-holsteinischen Volkes und unter Rückgabe des nördlichen Schleswig an Dänemark sofort vollziehen; allmählich ließ er selbst die Bedingung des Plebiszits fallen und verhieß, keine Compensationen für Frankreich zu begehren, wenn Preußen auf irgend eine Weise, nur unter Rückgabe des äußersten Nordens, die Herzogthümer sich aneignete. „Wenn wir wollten", schrieb v. d. Goltz zu Anfang Februar, „würden wir sehr leicht Napoleons Allianz gegen Oesterreich haben können. Ich meine, fügte er am 8. Februar hinzu, nicht gerade einen förmlichen Vertrag, nicht daß wir uns Napoleon gegenüber engagirten, sondern daß wir nur bei Zeiten seine Absichten in authentischer Weise constatiren sollten."

In einem Gespräche, welches Bismarck am 16. Februar mit dem Botschafter Benedetti in Berlin hatte, drückte dieser die Besorgniß aus, daß Preußen sich schon wegen der Herzogthümer mit Oesterreich verständigt und diesem Gegenkonzessionen gemacht haben könnte. Bismarck beruhigte Benedetti hierüber vollständig; die preußischen Forderungen in Wien seien zur Zeit nur deßhalb so gering, um keine Verpflichtungen gegen Oesterreich eingehen zu müssen. Von Frankreich allein hänge es ab, Preußen nicht in diese Nothwendigkeit zu versetzen. Eine solche Eventualität liege glücklicherweise bei Lebzeiten der jetzigen Souveräne Frankreichs und Preußens außerhalb aller Wahrscheinlichkeit. Im Gegentheil gebe gerade das freundschaftliche Verhalten des Kaisers Napoleon Preußen die Möglichkeit, seine Forderungen an Oesterreich den eigenen Bedürfnissen entsprechend zu bemessen, und sichere so dem Kaiser die Dankbarkeit Preußens.

Durch eine Depesche vom 20. Februar warnte Bismarck den Gesandten v. d. Goltz, irgend einen schriftlichen Beweis von den Unterhandlungen mit Napoleon aus den Händen zu geben, weil man nicht wissen könne, welchen Gebrauch davon der Kaiser je nach Umständen machen werde: Das Bündniß mit Frankreich ist nur ein Nothanker für den Fall, daß das Wiener Cabinet uns einen billigen Abschluß versagt. Dann, nachdem sein Bündniß sich für uns als werthlos erwiesen hätte, oder wenn es durch Oesterreichs Initiative sich löste, würden wir, vor Deutschland und Europa gerechtfertigt, offen mit Frankreich abschließen können. Verglichen mit den Verhältnissen, die ein Versuch, uns der eventuellen Absichten Frankreichs zu vergewissern, erst schaffen würde, halte ich den gegenwärtigen Stand der Dinge für den günstigeren. Jede von beiden Mächten, Frankreich wie Oesterreich, hält sich der Möglichkeit gewärtig, daß wir uns der anderen weiter als bisher geschehen nähern könnten und der Druck einer solchen Besorgniß hat mehr Wirkung, als das eingetretene Uebel selbst. Oesterreich würde in dem ausgebrochenen Kriege gezwungen sein, einen Muth zu gewinnen, welchen gegenüber der Besorgniß vor einem Kriege zu fassen, ihm erfahrungsmäßig schwer fällt. . . . . Ich beobachte die Vorsicht, Herrn Benedetti nichts zu sagen, was nicht in Wien, und dem Grafen Karolyi nichts, was nicht in Paris wieder gesagt werden kann. . . . Ich halte das österreichische Bündniß nicht für ausgenutzt und glaube, daß wir, indem wir Wien zwischen der Hoffnung auf unsern Beistand und der Furcht vor dem Uebertritt auf Seite der Gegner Oesterreichs erhalten, bessere Geschäfte machen, als wenn wir Oesterreich ohne Noth zwingen, sich auf unwiderruflichen Bruch mit uns einzurichten. Es scheint mir zweckmäßiger, die einmal bestehende Ehe trotz kleiner Hauskriege einstweilen fortzusetzen, und wenn die Scheidung nothwendig wird, die Verhältnisse zu nehmen wie sie dann sind, als schon jetzt das Band unter allen Nachtheilen zweifelloser Perfidie zu zerreißen ohne die

Sicherheit, jetzt bessere Bedingungen in einer neuen Verbindung zu finden als später. . . . . Wir wissen bestimmt, was wir wollen: die Annexion, wenn sie ohne Krieg zu erreichen ist oder wenn vor der Entscheidung andere Ursachen den Krieg herbeiführen; jedenfalls aber ein Verhältniß, welches die Festungen und Kriegshäfen, sowie die Verfügung über die Streitkräfte und andere Rechte in den Herzogthümern in unsere Hand giebt. Für die Differenz dieser beiden Lösungen den Krieg mit europäischen Großmächten aufzunehmen, scheint mir mit dem Werth des Objekts nicht im Verhältniß zu stehen. Gegen die Herabdrückung unserer Ansprüche unter die zweite aber würden wir den Degen ziehen und der vollen Sympathie des Landes sicher sein."

Diese Instruction an den Gesandten v. d. Goltz war zwei Tage vor der definitiven Formulirung der preußischen Forderungen (Depesche nach Wien vom 22. Februar 1865) geschrieben und man darf somit unbedingt annehmen, daß in diesem Stadium der Dinge die Bismarck'sche Politik klar, deutlich und aufrichtig war. Gab Oesterreich in der schleswig-holsteinischen Frage den berechtigten Forderungen Preußens nach, so wäre höchst wahrscheinlich die Bundesreformfrage offiziell wenigstens vertagt worden und eine Gelegenheit zum Kriege gegen Oesterreich würde sich auf lange Zeit hinaus nicht geboten haben. Man sieht hier an einem merkwürdigen Beispiele, daß große weltgeschichtliche Ereignisse, wenn sie auch das Product einer lange vorausgegangenen Entwicklung sind, immerhin durch den Verstand oder Unverstand einzelner Menschen — in diesem Falle waren es die österreichischen Staatsmänner, welche ihrerseits unter dem Druck einer fatalistischen Verblendung standen — in's Rollen gebracht zu werden pflegen. Freilich kann auch der Wiener Hof sich auf die Stimmungen berufen, welche zu jener Zeit in den deutschen Volkskreisen gerade in dieser Frage dominirend waren. Man lese die Kundgebungen des 36er Ausschusses oder die Rede, welche der spätere kgl. preußische

Staats- und Finanzminister Dr. Miquel auf dem Nationalvereinscongreß zu Eisenach am 31. October 1864 hielt, in der die etwaige Annexion der Herzogthümer an Preußen als „ein nationales Unglück" bezeichnet wurde — und man wird schon etwas milder über die Blindheit der österreichischen Staatsmänner der 1860er Jahre urtheilen. Aber zu berücksichtigen bleibt immerhin, daß selbst der österreichische Botschafter in Paris, Fürst Richard Metternich, wie seine oben mitgetheilten Aeußerungen beweisen, es für das Beste gehalten hätte, wenn Oesterreich sich gar nicht mehr mit der schleswig-holsteinischen Frage befaßte, seinen Bevollmächtigten und seine Truppen abrief „und Preußen allein die volle Verantwortung für alle Gewaltacte überließ." Fürst Metternich konnte eben von der Ferne aus die Dinge unbefangener beurtheilen.

Die Forderungen Preußens vom 22. Februar umfaßten folgende Punkte: 1) Ewiges und unauflösliches Schutz- und Trutzbündniß des neu zu bildenden Staates Schleswig-Holstein mit Preußen. 2) die schleswig-holsteinischen Truppen werden mit der preußischen Armee verbunden und leisten dem König von Preußen den Fahneneid; der König kann ihnen Standquartier entweder in Schleswig-Holstein oder in Preußen anweisen. 3) Preußische Truppen können auch nach Schleswig-Holstein verlegt werden und dort frei circuliren. 4) Das Bundescontingent für Holstein steht im Frieden unter den Befehlen des Königs von Preußen. 5) An Preußen werden folgende Gebietstheile der Herzogthümer ganz abgetreten: a. die Stadt Sonderburg mit einem für die Festungsanlagen nothwendigen Umkreis. b. die Festung Friedrichsort nebst entsprechendem Gebiet. c. an den beiden Mündungen des projektirten Nordostseekanals ein für die Anlage von Kriegshäfen genügendes Gebiet (hierunter war der Kieler Hafen einbegriffen). 6. Oberaufsicht Preußens über den Nordostseecanal. 7) Schleswig-Holstein tritt für immer dem Zollverein und dem preußischen Zollsystem bei. 8) Das Post- und Telegraphenwesen in den

Herzogthümern wird mit dem preußischen verbunden. — „Die Uebergabe der Herzogthümer an den künftigen Souverän", so lautete der Schluß der preußischen Denkschrift, „erfolgt nach Sicherstellung der Ausführung aller dieser Bedingungen. Kommen letztere nicht zur Ausführung, so tritt Preußen in die ihm aus dem Wiener Frieden zustehenden Rechte wieder ein und behält sich die Geltendmachung aller ihm sonst in den Herzogthümern zustehenden Ansprüche vor."

Schon am 5. März lehnte das österreichische Cabinet die preußischen Forderungen in Bausch und Bogen ab und schloß, wie die Note brüsk sich ausdrückte, „eine Phase der Verhandlungen, in der eine definitive Verständigung überhaupt nicht möglich erscheint." — Der Verfasser dieser unverständigen Note, deren Absendung man bald darauf in Wien doch bereute, war der vom giftigsten Preußenhaß beseelte Geh. Rath v. Biegeleben, die rechte Hand Mensdorffs in der Behandlung der deutschen Angelegenheiten und in der österreichischen Politik jener Zeit eine fast ebenso unheilvolle Persönlichkeit wie Graf Moritz Esterhazy.

Ganz im Gegensatz zu der schroffen österreichischen Ablehnung sprach sich am 9. März die offizielle „Hannover'sche Zeitung" rückhaltlos für die preußischen Forderungen aus und drei Wochen später stimmte auch Herzog Friedrich in einem Schreiben vom 31. März an seinen Bevollmächtigten zu Berlin, Hrn. v. Ahlefeldt, dem Februarprogramm unter dem Vorbehalt einiger unwesentlicher Aenderungen zu; die Gestaltung des Heerwesens, gab er zu bedenken, würde sich wohl am Besten durch ein nach dem Muster der Coburger Convention geschaffenes Verhältniß regeln lassen. Nutzen hat dem Herzog dieses Entgegenkommen nicht gebracht; Bismarck scheint ihn schon damals nicht ernsthaft genommen zu haben und als künftigen Souverän der Herzogthümer konnte er ihn offiziell schon deßhalb nicht betrachten, weil Preußen wenige Tage zuvor (am 24. März) seine eigenen Erbansprüche am Bundestage angemeldet hatte.

Während dieser Unterhandlungen mit dem Wiener Cabinet setzte es in den Herzogthümern selbst fast Tag für Tag heftigen Zank und Streit zwischen dem österreichischen und dem preußischen Civilcommissär (v. Halbhuber und v. Zedlitz). Einer arbeitete dem Anderen direct entgegen und man sagte sich gelegentlich die schönsten Artigkeiten in's Gesicht. Als Herr v. Zedlitz das Recht für sich in Anspruch nahm, den Sitzungen der in der Stadt Schleswig etablirten Landesregierung für die Herzogthümer beizuwohnen, protestirte v. Halbhuber dagegen und man einigte sich nur sehr schwer dahin, daß beide Civilcommissäre zusammen in den Sitzungen der Landesregierung erscheinen dürften, nicht aber einer allein. Es war ein Verhältniß, wie bei einer doppelt verschlossenen eisernen Geldkiste, zu welcher zwei Hüter je einen Schlüssel haben; ohne den einen kann auch der andere die Hand nicht hineinstecken. Als am 24. März die preußische Flottenstation in Danzig nach Kiel verlegt wurde, ohne daß Oesterreich vorher befragt worden war, erhob Halbhuber auch hiergegen im Auftrage seiner Regierung einen fulminanten Protest, um den man sich jedoch in Berlin einfach nicht kümmerte, sondern die preußischen Schiffe kurzweg in Kiel stationirte. Auch am Bundestage gab es wieder Zank ganz in der hergebrachten Weise. Preußen bestritt in einer Note vom 24. März dem Bunde die Competenz, über den von Baiern, Sachsen und Hessen-Darmstadt eingebrachten Antrag: „Die hohen Regierungen von Oesterreich und Preußen zu ersuchen, die Herzogthümer Holstein und Lauenburg nunmehr dem Herzog Friedrich in eigene Verwaltung zu übergeben", einen Beschluß zu fassen und stellte „entschlossene Abwehr" gegen alle Majoritätsbeschlüsse, die etwa gegen Preußen zu Stande gebracht werden sollten, in Aussicht. Nichtsdestoweniger wurde drei Tage später der Antrag auf Betreiben Oesterreichs mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen, worauf der preußische Bundestagsgesandte noch in der Sitzung selbst erklärte, Preußen werde sich diesem Beschluß nicht fügen. Das Erbrecht des Augustenburgers sei nicht nachgewiesen;

Preußen habe weit größere Rechte in den Herzogthümern, sowohl nach dem Wiener Friedesvertrag als vermöge der bereits angemeldeten Erbrechte des Brandenburgischen Hauses.

Eine höchst characteristische Unterredung fand um dieselbe Zeit zwischen dem österreichischen Civilcommissär v. Halbhuber und dem bekannten holsteinischen Grafen A. Baudissin statt. „Seien Sie überzeugt", sagte Halbhuber zu dem Grafen, „daß Niemand anders als Herzog Friedrich die Herzogthümer regieren wird; Preußen ist der Olmützer Lection zu wohl eingedenk, als daß es Widerstand wagen wird." — „Und wenn es", fragte Baudissin, „dennoch so unbesonnen sein würde?" — „Dann schlagen wir es todt", rief Halbhuber, „ganz Deutschland steht auf unserer Seite und im Augenblicke unserer Kriegserklärung würde auch eine französische Armee den Rhein überschreiten."

So zogen sich die Dinge bis um die Mitte des Monats April hin, wo Preußen (17. April) endlich in einer Note nach Wien die Einberufung der schleswig-holsteinischen Stände nach dem Wahlgesetz von 1848 in Vorschlag brachte, damit diesen Gelegenheit geboten werde, sich über die Zukunft des Landes auszusprechen. — Wir haben nichts dagegen, antwortete das Wiener Cabinet am 29. April, würden aber die Einberufung der Stände nach dem Wahlgesetz von 1854 vorziehen, um sich mit diesen über die Anwendung des Wahlgesetzes von 1848 zu verständigen. — Auch gut, antwortete Bismarck, wir unsererseits würden aber dem Wahlgesetz von 1848 das Prinzip des allgemeinen und directen Wahlrechts für die zu berufende Versammlung vorziehen. — Nein, versetzte (12. Mai) das Wiener Cabinet, das Wahlgesetz von 1848 muß es sein. — Ach nein, antwortete Bismarck am 24. Mai, wir beharren nunmehr um der „Rechtscontinuität" willen auf der Einberufung der Stände von 1854. — Sei es denn, versetzte Oesterreich (1. Juni) also Einberufung der Stände von 1854! — Man glaubte in Wien, das Katz- und Mausspiel jetzt zum Nachtheile Bismarcks beendet

und diesen matt gesetzt zu haben, verrechnete sich aber damit sehr. Statt an die Einberufung der Stände zu denken, worum es ihm gar nicht zu thun war, forderte Bismarck in einer Note vom 12. Juni von Oesterreich wiederholt die Vertreibung des Augustenburgers aus Holstein, wo er den Landfrieden in bedenklicher Weise störe. Oesterreich lehnte fast umgehend (15. Juni) diese Forderung ab und verlangte nun seinerseits eine Verminderung der preußischen Truppen in Holstein. An die Einberufung der Stände dachte kein Mensch mehr; Herzog Friedrich erließ in der Kieler Zeitung eine pathetische Erklärung, daß er lebend das Land nicht verlassen werde.

Während dieses nur dem äußeren Schein dienenden diplomatischen Spieles fand am 29. Mai in Berlin unter dem Vorsitz des Königs eine sehr wichtige Conseilsitzung statt, an der auch der Kronprinz und General Moltke theilnahmen.

Der König eröffnete nach v. Sybels Bericht die Verhandlung mit der Bemerkung, daß der dänische Krieg von Anfang an allerdings als eine nicht bloß preußische, sondern als eine nationale Sache aufgefaßt worden sei; niemals aber habe man Oesterreich darüber im Zweifel gelassen, daß Preußen eine Entschädigung für seine Opfer fordern werde. Es frage sich nun, ob man zu diesem Zwecke die Annexion der Herzogthümer oder das Programm vom 22. Februar in's Auge fassen solle? Bismarck ergriff hierauf das Wort, indem er mit dem Satze begann, daß Preußen durch die neue Ordnung der Dinge mindestens nicht schlechter gestellt werden dürfe, als es früher während der dänischen Herrschaft über die Herzogthümer gestanden. Eine solche Verschlechterung aber würde in der Schöpfung eines neuen, von Preußen unabhängigen Mittelstaats liegen, bei der jetzigen Feindseligkeit Dänemarks, gegen welche die schleswig-holsteinische Armee nicht ausreiche, Preußen also stärker belastet werde. Um hiergegen gesichert zu sein, böten sich drei Wege dar. Der erste wäre Beschränkung auf die Forderungen vom 22. Februar. Er hätte den Vorzug, daß diese Minimal-

forderung, besonders wenn wir etwa auf den preußischen Fahneneid und die völlige Verschmelzung der schleswig-holsteinischen Truppen mit der preußischen Armee verzichteten, auf friedlichem Wege zu erreichen wäre. Freilich würden dann die Herzogthümer mit einer Staatsschuld von 80 Millionen Thaler belastet, die öffentliche Meinung in Preußen werde das Ergebniß als einen Rückschritt betrachten und die in diesem Zustand unausbleiblichen Reibungen schließlich doch zur Annexion führen. Der zweite Weg würde uns den Besitz der Herzogthümer durch eine Entschädigung Oesterreichs und durch eine Geldabfindung der Prätendenten verschaffen. Da jedoch Oesterreich territoriale Entschädigung begehrt, S. Majestät aber keine Gebietsabtretung will, so ist dieser Gedanke nicht weiter zu verfolgen. Endlich der dritte Weg heißt formelle Forderung der Annexion. Hier wäre die wahrscheinliche Folge der Ausbruch des Krieges mit Oesterreich. Die europäische Lage erscheint im Augenblicke dafür günstig, da sowohl Rußlands als Frankreichs Neutralität zu erhoffen ist, ja das russische Cabinet Andeutungen gemacht hat, daß es die Rechte Oldenburgs vertreten würde, wenn Oesterreich die Ansprüche Augustenburgs zur Geltung brächte. Ein Krieg mit Oesterreich wird früher oder später doch nicht zu vermeiden sein, nachdem die Politik die Niederhaltung Preußens von der Wiener Regierung wieder aufgenommen worden ist. Allein den Rath zu einem großen Kriege gegen Oesterreich können wir S. Majestät nicht ertheilen; der Entschluß kann nur aus der freien königlichen Ueberzeugung selbst hervorgehen. Würde ein solcher gefaßt, so würde das gesammte preußische Volk ihm freudig folgen.

Gegen die kriegerische Tendenz dieser Auseinandersetzungen legte der Finanzminister v. Bodelschwingh seinen Wunsch auf friedliche Ausgleichung dar. Der Kriegsminister v. Roon, an sich nicht kriegsscheu, war doch einem Bruche mit Oesterreich politisch abgeneigt. Er bezeichnete die Annexion allerdings als

das erstrebenswertheste Ziel, gab jedoch anheim, ob man nicht für jetzt als erste Station des Weges am Februarprogramm festhalten solle. Der Unterrichtsminister v. Mühler widersprach dieser Auffassung; die Schutzherrschaft habe die Athener einst zum peleponnesischen Kriege geführt, die einfache Einverleibung sei besser. Der Justizminister Graf Lippe trat dem bei und kündigte an, daß nach dem bald zu erwartenden Gutachten der Kronjuristen weder Oldenburg noch Augustenburg begründete Ansprüche auf die Thronfolge in den Herzogthümern beibringen könnten. Der Minister für Landwirthschaft v. Selchow, fand es bei dieser Sachlage gerathen, ohne langes Zaudern die Annexion zu begehren und durchzusetzen, worauf indessen Graf Eulenburg, der Minister des Innern, wieder in's Fahrwasser Roons zurücklenkte, daß im Streben nach dem Besitze Schleswig-Holsteins zu beharren sei, die Annexion aber nicht sofort angekündigt zu werden brauche. Anderseits warnte der Kronprinz vor den schweren Gefahren der Annexion und dem Unheil eines Kriegs mit Oesterreich, welcher Deutschland zerfleischen und die Einmischung der Fremden herbeiführen würde; alle diese Schwierigkeiten würden mit der Einsetzung des Erbprinzen v. Augustenburg verschwinden, denn dieser sei durchaus preußisch gesinnt und zur Annahme der Februarbedingungen bereit. Gegen dieses großmüthige Vertrauen erhob jedoch Graf Eulenburg nach der Erklärung des Erbprinzen vom 31. März mehrfache Bedenken, und Bismarck bemerkte, daß ein österreichischer Krieg nicht als Bürgerkrieg betrachtet werden könne; Oesterreich habe seinerseits stets das französische Bündniß gesucht, und werde es in derselben Stunde annehmen, in welcher Frankreich es bewilligte. Der König hörte alle diese Darlegungen ruhig an und sagte: „Wohl hätten wir auch ohne Oesterreich die Herzogthümer gewiß erobert; sein Bündniß aber hat uns den europäischen Krieg ferngehalten.“ Darauf wandte er sich zu Moltke mit der Frage: „Was ist die Meinung der Armee?“ — „Meine persönliche Ansicht ist“, erwiederte Moltke,

„daß die Annexion die einzige heilsame Lösung für Schleswig-Holstein wie für Preußen ist. Der Gewinn ist so groß, daß er einen Krieg verlohnt. Gerechtfertigte Ansprüche Oesterreichs sind zu befriedigen; gelingt das nicht, so müssen wir zum Kriege entschlossen sein. Soviel ich weiß, geht die Meinung des Heeres auf Annexion. Ich halte eine siegreiche Durchführung des Krieges für möglich; auch die numerische Uebermacht am entscheidenden Punkte kann erreicht werden, wenn der Theil der Landwehr, der sonst für die jetzt nicht bedrohten Festungen bestimmt ist, mit in das Feld rückt."

Der König schloß die Sitzung mit der Erklärung, daß er sich seine Entschließung vorbehalte. Seine Ansichten neigten sich denjenigen des Kronprinzen zu und es blieb vorerst bei den Februarforderungen. Der Gedanke, den General v. Manteuffel in außerordentlicher Mission nach Wien zu schicken, war einen Augenblick lang vor dieser Conseilsitzung in der Seele des Königs aufgetaucht und wurde jetzt wieder aufgegeben.

Das Wiener Cabinet muß auf einem Wege, den wir hier nicht näher bezeichnen können, rasch von dem Verlauf dieser Conseilsitzung und von den Stimmungen, welche der Bismarck'schen Strömung entgegentraten, in Kenntniß gesetzt worden sein, denn es versuchte jetzt, und zwar anfänglich auf nicht ganz ungeschickte Weise, einen Keil zwischen den König und Bismarck zu schieben. Noch hatte sich, wie wir aus der Conseilsitzung gesehen haben, die Stellung des letzteren nicht zu der ausschlaggebenden Höhe und Sicherheit erhoben, daß darüber die engen dynastischen Beziehungen besonderen Schaden gelitten hätten, welche zwischen Haus Hohenzollern und Haus Habsburg bestanden; dem König widerstrebte ein definitiver Bruch mit seinem kaiserlichen Neffen zu Wien und dem Kronprinzen wie dessen Gemahlin war die ganze „waghalsige" Politik Bismarcks, sowohl die innere wie die äußere, in der Seele zuwider. Unter solchen Umständen entschloß man sich

in Wien, die am 5. März so brüsk abgebrochenen Verhandlungen über die preußischen Februarforderungen wieder aufzunehmen und versah dementsprechend den Grafen Karolyi durch Note vom 5. Juni mit entsprechenden Instructionen. Bismarck war über die Schwenkung des Wiener Cabinets einigermaßen überrascht, zumal er gerade jetzt begonnen hatte, die italienische Karte gegen Oesterreich auszuspielen. Das Königreich Italien war damals zwar von Preußen, noch aber nicht von Oesterreich und den deutschen Mittelstaaten anerkannt; es befand sich auch nach der Verlegung der Residenz von Turin nach Florenz (Septemberconvention 1864 mit Frankreich) politisch, finanziell und militärisch in einer höchst peinlichen Lage und suchte naturgemäß überall nach Stützpunkten, um aus dieser Lage herauszukommen. Napoleon hatte dem im September 1864 von Victor Emanuel in vertraulichster Mission nach Paris gesandten General Lamormora (damals Präfect der neapolitanischen Provinzen, später Ministerpräsident in Florenz) die Zusicherung gegeben, daß er Italien zum Besitze Venetiens verhelfen werde, falls dieses nur den ernsten Willen zeige, nicht an Rom und den Kirchenstaat Hand zu legen, und er rechnete bei der Durchführung dieses Versprechens, wie schon oben gezeigt, stark auf Preußen und das immer schärfer werdende Zerwürfniß dieser Macht mit Oesterreich. Gegen die Mitte Mai hatte denn auch mit der offenbaren Spitze gegen Oesterreich Bismarck den deutschen Zollvereinsstaaten den Abschluß eines Handelsvertrags mit dem Königreich Italien in Vorschlag gebracht, was natürlich die vorausgehende förmliche Anerkennung Italiens einschloß. Württemberg, Bayern und Sachsen sträubten sich bei aller Erkenntniß der Zweckmäßigkeit des Handelsvertrages selbst gegen diesen Schritt, dessen feindselige Tendenz gegen Oesterreich sie leicht durchschauten. Hatte doch Bismarck schon im April 1865 den preußischen Gesandten in Florenz, Grafen Usedom, beauftragt, zu sondiren, wie nach seiner Ansicht Italien sich im Falle eines Bruchs mit Oester-

reich verhalten werde, ob es für Preußen eingreifen und dazu vorher Frankreichs Zustimmung einholen werde? Usedom antwortete am 26. April, er könne mit voller Sicherheit erklären, daß bei einem großen Kriege Preußens gegen Oesterreich Italien auf der Stelle mit 250.000 Mann Venetien angreifen werde. Napoleon würde dies nach seiner ganzen italienischen Politik nicht hindern können und wollen, womit ja auch die Berichte des Grafen v. d. Goltz aus Paris übereinstimmten.

Einstweilen ließ Bismarck alles dies sich nur zur Information dienen und antwortete am 25. Juni — also erst nach drei Wochen — auf die oben erwähnte österreichische Depesche vom 5., er finde den Inhalt derselben etwas zu unbestimmt; doch möge dieselbe immerhin als Anknüpfungsfaden zu weiteren Erörterungen dienen.

Aber ehe noch solche Erörterungen stattfanden, hatte sich ein neuer Differenzpunkt gefunden, welcher Bismarck voll und ganz ausnützte. Oesterreich hatte seine Zustimmung zur Austreibung des Augustenburgers aus Holstein abgelehnt; der Herzog selbst ließ sich sogar durch ein Privatschreiben des Königs Wilhelm nicht bewegen, „die Schwierigkeiten der Lage durch seine persönliche Entfernung aus den Herzogthümern zu vermindern", und hatte vielmehr kühl ablehnend geantwortet, was den König in hohem Grade verletzte, da der Prinz noch immer preußischer Offizier und als schlesischer Gutsbesitzer preußischer Unterthan war. General Herwarth v. Bittenfeld sandte aus den Herzogthümern Proben von der aufreizenden Sprache der Augustenburgischen Presse gegen die preußischen Truppen mit stachlichen Hindeutungen auf den König selbst, und so konnte denn Bismarck zu seiner lebhaften Genugthuung sehen, daß die österreichischen Bemühungen, zwischen seine Politik und die Ansichten des Königs einen trennenden Keil zu schieben, schon im Beginn gescheitert waren. Dazu kam, daß auf den 6. Juli, den Geburtstag des Prinzen, große Massendemonstrationen in allen Theilen der Herzogthümer vor-

bereitet wurden und jede Nachricht von dieser Seite her dazu beitrug, den Aerger des Königs zu vermehren. Gerade in diesem Momente reichte der Justizminister Graf Lippe das Gutachten der Kronjuristen über die erbrechtliche Frage ein, welches dem Augustenburger jeden Anspruch auf die Thronfolge in den Herzogthümern absprach und in hohem Grade dazu beitrug, die Gewissensbedenken gegen die von Bismarck und Moltke sowie einem Theil der Minister vertretene Annexionspolitik abzuschwächen und zu beseitigen.

Am 21. Juni folgte Bismarck dem Könige zur Kur nach Carlsbad in Böhmen. Von dort aus richtete Bismarck unter dem 3. Juli eine Depesche nach Wien, worin er auf den erneuten Versuch Oesterreichs, über die preußischen Februarforderungen zu verhandeln, zwar einging, aber als künftigen Souverän statt des Augustenburgers nunmehr den Großherzog von Oldenburg verlangte, was gleichbedeutend mit der Ablehnung der Unterhandlungen über die von Oesterreich am 10. Juni gemachten Vermittlungsvorschläge war, in welchen das Wiener Cabinet schon stark über die bisherigen Conzessionen hinausging und namentlich den militärischen Anschluß der Herzogthümer an Preußen zugab. Eine Karlsbader Depesche vom 11. Juli nach Wien schilderte dann in den lebhaftesten Farben die Lage in Schleswig-Holstein und erhob Anklagen gegen die dortige Presse, Vereine, Beamte und Universität, die sämmtlich unter dem Schutze des österreichischen Civilcommissärs v. Halbhuber ihr preußenfeindliches Treiben auf die Spitze trieben. Bei Verweigerung österreichischer Mithülfe zur Beseitigung solcher Zustände werde Preußen durch einseitiges Vorgehen sich selbst helfen. Das Wiener Cabinet beklagte in seiner Antwort diese in Aussicht gestellte Selbsthülfe, wodurch die schon eingeleitete Verständigung völlig vereitelt werden würde, und sagte gewissenhafte Handhabung der Gesetze in Schleswig-Holstein gegen jeden Uebergriff als selbstverständlich zu; indessen müsse es an dem

Erbfolgerecht des Augustenburgers, das ja sowohl Oesterreich wie Preußen auf der Londoner Conferenz anerkannt hätten, festhalten.

Bismarck legte auf alle diese diplomatischen Kreuz- und Querzüge, welche nur dazu bestimmt waren, die Zwischenpausen des Dramas auszufüllen, kein Gewicht. Am 15. Juli erklärte er dem gleichfalls zur Cur in Carlsbad anwesenden französischen Botschafter in Wien, Herzog von Grammont, ganz offen, daß er den Krieg mit Oesterreich wünsche und daß Preußen mit Güte oder Gewalt die Suprematie in Deutschland erlangen werde.

Unter solchen Auspizien ging der Aufenthalt des Königs in Carlsbad zu Ende und man rüstete sich zu der historischen Nachkur in Gastein. Auf der Reise dorthin fand ein Ministerconseil in Regensburg statt, in welchem außer sämmtlichen Ministern auch die preußischen Gesandten in Wien und Paris, Werther und v. d. Goltz, beschieden waren. Vorher hatte Bismarck an den Generalinspector der Artillerie, v. Hindersin, die Frage gerichtet, ob die Artillerie in einem solchen Zustande sei, daß man den Krieg mit Oesterreich riskiren könne?, was dieser bejahte. Ebenso antwortete der Kriegsminister v. Roon auf eine Frage Bismarcks, daß binnen vier Wochen 250,000 Mann in Böhmen einrücken, 46,000 Mann in Westdeutschland operiren und 200,000 Mann Ersatz- und Reservetruppen die Festungen besetzt halten könnten. „Ich lege also", schrieb Roon an Bismarck, „Ihrer Politik keine Fesseln an; Sie wissen, daß ich einen Krieg mit Oesterreich nicht liebe, aber ich weiß, daß er unter Umständen eine politische Nothwendigkeit sein kann und man ihn daher auf alle Chancen hin unternehmen muß." — Von dem Handelsminister Grafen Itzenplitz war die Mittheilung eingetroffen, daß die Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft die ersten Kriegsmittel mit etwa 20 Millionen Thaler für die Regierung verfügbar machen werde. In Verbindung mit den Mitteln des Staatsschatzes konnte hiernach ohne An-

leihe oder Papiergeldemission der Kriegsfond auf 60 Millionen Thaler gesteigert werden. An den General Herwarth von Bittenfeld ging die Instruction ab, sofort einige der lautesten „Augustenburgischen Schreier" auszuweisen bezw. zu verhaften, (die Redacteure Frese und Mai wurden die ersten Opfer dieses Erlasses), sodann Alles vorzubereiten, um auf eine weitere königliche Ordre den Erbprinzen von Augustenburg zu verhaften, ihn an Bord der im Kieler Hafen stationirten preußischen Corvette Vineta zu bringen und durch diese nach Pillau in Ostpreußen überführen zu lassen. Sobald an Herwarth diese Ordre abginge, würde der erste Act der Mobilmachung, der Ankauf der erforderlichen Pferde, angeordnet werden.

Im Regensburger Cabinetsconseil vom 21. Juli wurde die Absendung eines Ultimatums nach Wien beschlossen, das folgenden Inhalt hatte: Ablehnung jeder Verhandlung über die Zukunft der Herzogthümer, bis dort die Autorität hergestellt und jede Agitation beseitigt ist. Wenn dies geschehen, so ist Preußen bereit, über des Oldenburgers Einsetzung zu unterhandeln. Die Augustenburger Candidatur sei vollständig ausgeschlossen, so lange der Erbprinz in seiner usurpatorischen Stellung beharrt. Würde Oesterreich die Herstellung der Ordnung in den Herzogthümern ablehnen, so würde Preußen sich im Zustande der Nothwehr befinden und einseitig durch General Herwarth v. Bittenfeld die erforderlichen Maßregeln ergreifen lassen. Weitere Entschlüsse, so hieß es in dem Ultimatum, hängen von dem beabsichtigten Besuche des Kaisers Franz Joseph in Gastein, sowie von dem Ergebniß der Zusammenkunft beider Monarchen ab.

Um den Krieg selbst war es Bismarck in diesem Stadium der Dinge wahrscheinlich noch nicht zu thun; dazu waren die Rüstungen Preußens noch lange nicht genügend. Wohl aber that er Alles, um Oesterreich einzuschüchtern und bediente sich zu diesem Zwecke, wie wir oben gesehen haben, dritter Personen als Mundstück; erst des Herzogs von Grammont, dann des

bayrischen Ministers v. d. Pfordten, den er zu einer Unterredung nach Salzburg eingeladen hatte. Ueber das Resultat dieser Zusammenkunft wurde aus anscheinend authentischen Quellen später folgende Mittheilung gemacht. Bismarck eröffnete die Unterredung mit der Erklärung, daß seiner festen Ueberzeugung nach der Krieg zwischen Preußen und Oesterreich sehr wahrscheinlich und unmittelbar bevorstehend sei, und er halte es deßhalb für die Mittelstaaten dringend geboten, jetzt schon zu einer solchen Eventualität Stellung zu nehmen. Es handle sich, wie er die Sache auffasse, um ein Duell zwischen Preußen und Oesterreich allein und die Sache werde in hohem Grade vereinfacht, wenn das übrige Deutschland den passiven Zuschauer dieses Duells abgebe. Das könne es mit voller Beruhigung; Preußen habe niemals daran gedacht, und denke auch jetzt noch nicht daran, sein Machtgebiet über die Mainlinie hinaus zu erstrecken. Lange werde übrigens die Entscheidung nicht auf sich warten lassen. Oesterreich sei weder gerüstet, noch habe es die Mittel, sich zu rüsten. Ein einziger Stoß, eine Hauptschlacht — und Preußen werde in der Lage sein, die Bedingungen zu dictiren... Hr. v. d. Pfordten machte den Einwurf, daß er denn doch keine Häuser auf die unbedingte Achtung der Neutralität von Seiten der in Krieg gerathenen Großmächte bauen möchte und daß beispielsweise Preußen sich leicht veranlaßt sehen könne, jene Hauptschlacht auf sächsischem Boden zu schlagen. — Bismarck erklärte sofort, daß eine Localisirung des Krieges und zwar durch einen Stoß von Schlesien her, nicht bloß beschlossen, sondern auch ausführbar sei, nicht bloß nach seinem Urtheil, dem Urtheil eines bloßen Laien, sondern nach dem bereits eingegangenen und auf reiflichster Erwägung beruhenden Gutachten der competentesten militärischen Autoritäten. Den Mittelstaaten sei zudem in der Proclamirung ihrer bewaffneten Neutralität noch ein Mittel mehr zur Localisirung des Krieges gegeben. Bayern speziell werde wohl zu erwägen haben, daß es der

natürliche Erbe der Stellung Oesterreichs in Süddeutschland sei. Hr. v. d. Pfordten erklärte, zur Zeit noch nicht in der Lage zu sein, Namens seiner Regierung auf diese schwerwiegenden Eröffnungen einzugehen, und er lehne es auch ab, seine Privatansicht darüber zu äußern.

In dieser dem wirklichen Kriegsausbruche nicht ganz ein Jahr vorausgegangenen Besprechung interessirt besonders die Bemerkung Bismarcks: „Bayern speziell werde wohl zu erwägen haben, daß es der natürliche Erbe der Stellung Oesterreichs in Süddeutschland sei." Das wurde von diesem Augenblicke an die fixe Idee v. d. Pfordtens, welche sicherlich am Meisten zu der perfiden Art der bayrischen Kriegsführung, wie der bayrischen Politik im Sommer 1866 beigetragen hat.

Von den deutschen Mittelstaaten war in diesem Stadium der Dinge vor Allem Sachsen auf dem Plan. Beust und der mehrerwähnte Graf Vitzthum waren dem König Wilhelm und Bismarck sozusagen auf den Fersen gefolgt um Alles zu beobachten und in Wien vorzubeugen, daß man sich dort nicht durch die Drohungen Preußens einfangen lasse. König Johann von Sachsen war damals in Tegernsee und billigte die von Beust und Vitzthum für den Kaiser Franz Joseph und seinen Minister Mensdorff ausgearbeitete Denkschrift. Die Vorschläge dieser Schrift bestanden darin, daß Oesterreich mit der unschuldigsten Miene von der Welt in Frankfurt erklären solle, es habe den Krieg mit Dänemark an der Seite Preußens nur für den Bund und zur Wahrung der Rechte des Bundes geführt; daß es jetzt bereit sei, auf seine aus dem Wiener Frieden resultirenden Rechte zu Gunsten des Bundes und seines Throncandidaten, des Herzogs Friedrich von Augustenburg, zu verzichten und — wenn der Bund willens sei, die Einsetzung des Herzogs, allenfalls mit den aus der geographischen Lage der Herzogthümer folgenden Zugeständnisse an Preußen, jetzt durchzuführen — sich zu diesem Zwecke mit allen seinen Machtmitteln dem Bunde zur Verfügung zu stellen, vorausgesetzt, daß auch der Bund

seine Kräfte entschlossen diesem Programm weihe. „Entgegengesetzten Falles würde die k. k. Regierung zu ihrem Bedauern genöthigt sein zu erklären, daß sie ihre Aufgabe in den Herzogthümern als beendet ansehen, ihre Truppen zurückziehen und die Verantwortlichkeit für alle weiteren Folgen dem deutschen Bunde und den deutschen Regierungen allein überlassen müsse."

Am 5. August hatte Beust seine erste Unterredung hierüber mit dem Grafen Mensdorff; er scheint nicht viel ausgerichtet und vielmehr schon den Eindruck erhalten zu haben, daß Oesterreich sich nachgiebig gegen Preußen zeigen werde, denn Tags darauf suchte Vitzthum, welcher mit Mensdorff persönlich auf vertrautem Fuße stand, den Mahnungen Beust's mit folgenden Worten nachzuhelfen: „Wenn Ihr jetzt in die Falle geht und Euch verführen laßt, den deutschen Bund ganz zu opfern, so wird Oesterreich vielleicht auf kurze Zeit den Frieden erkaufen, aber dann um so sicherer den Krieg heraufbeschwören und vielleicht in Folge davon seine Stellung in Deutschland ganz verlieren."

Mensdorff, der an dem ganzen schleswig-holsteinischen Streit längst kein Gefallen mehr hatte, schien von der Wahrheit der Vitzthum'schen Worte durchdrungen und für seine Person ganz geneigt, dem sächsischen Rathe zu folgen, der ja auch mit den Ansichten des Fürsten Richard Metternich in Paris übereinstimmte (s. S. 241). Aber wir wissen, daß Mensdorff nur nomineller Leiter der österreichischen Politik war; der wirkliche Rathgeber des Kaisers war Graf Moritz Esterhazy („der heimliche Moritz") und dieser hatte schon den österreichischen Gesandten in München, Graf Blome, dazu ausersehen, den Kaiser nach Gastein oder Salzburg behufs der Conferenzen mit König Wilhelm und seinem Minister Bismarck zu begleiten. Man sah in der Wiener Hofburg ein, daß man Krieg jetzt nicht führen könne — die Armee war so gut wie gar nicht gerüstet — wollte auf der anderen Seite Schleswig-Holstein nicht ohne „Compensation" preisgeben und verfiel auf den

unter solchen Umständen sehr naheliegenden Ausweg des Temporisirens.

Als Kaiser Franz Joseph am 7. August den Minister v. Beust empfing, konnte dieser zu seiner großen Befriedigung bemerken, daß die sächsische Denkschrift auf dem Schreibtisch des Kaisers lag; auch hörte der Kaiser mit großer Aufmerksamkeit die Gründe an, welche Beust zu Gunsten der von ihm empfohlenen Politik entwickelte. Allein Alles das waren Aeußerlichkeiten; Beust ging aus der Audienz so klug heraus, wie er hineingetreten war.

Andererseits waren auch die Nachrichten, welche Bismarck von seinen Gesandten in Florenz, Paris, München ꝛc. empfangen hatte, einigermaßen geeignet, ihn doch zur Vorsicht zu mahnen. Usedom berichtete neuerdings aus Florenz, Italien werde sicherlich eine gute Gelegenheit zur Eroberung Venetiens nicht ungenutzt lassen, aber eine feste Allianz mit Preußen keinenfalls ohne Bewilligung Napoleons eingehen. Dieser sage sich, daß eine solche Allianz sehr wohl die Wirkung haben könne, Italien von Frankreich zu emanzipiren, was dem Kaiser äußerst unwillkommen sein würde. Auch machten ihm (Usedom) die Aeußerungen Lamarmora's — der inzwischen Ministerpräsident geworden war — den Eindruck, als ob er von dem Verdacht nicht loskommen könne, daß das Berliner Cabinet Italien nur als Schreckbild gegen Oesterreich benutzen und dann nach Erlangung seiner Zwecke sich rasch mit Oesterreich aussöhnen würde.

Am Tuilerieenhofe waren inzwischen die Verhältnisse so geworden, wie sie immer entstehen, wenn ein körperlich hinfälliger und somit auch schon geistig geschwächter Despot noch immer der Mittelpunkt des Staatslebens ist, das heißt einfach chaotisch. Drouyn de Lhuys, der Minister des Auswärtigen, war in Paris ähnlich daran, wie Mensdorff in Wien; das heißt, er mußte sich immer sagen, daß seine An- und Absichten von seinen Gegnern in der Umgebung des Kaisers

durchquert werden könnten. Napoleon selbst, von seinem Steinleiden und von dem mißlichen Stand der mexikanischen Affaire gequält, gerieth immer mehr unter den Pantoffel seiner Gemahlin, welche ihn — wie u. A. die Szene nach der Ohnmacht im Hause von Marguerite Bellanger zeigt — mit kluger Vorsicht und unendlicher Rücksicht auf seine Schwächen zu lenken wußte. Das war dem preußischen Gesandten v. d. Goltz bekannt und so entschloß sich dieser, einmal an der „rechten Stelle", das heißt bei Madame Eugenie, anzuklopfen. Er berichtete an Bismarck über ein langes Gespräch mit der Kaiserin. Die hohe Dame hatte sehr vertraulich, ja herzlich geredet; Goltz war von ihrer anmuthigen Gunst entzückt; Bismarck aber legte auf dergleichen nur sehr geringes Gewicht. Der Kaiser, hatte Frau Eugenie geäußert, werde sich in den Streit der beiden deutschen Mächte sicher nicht einmischen; unter der Voraussetzung des Nationalitätsprinzips und der Selbstbestimmung des Volkes sei er für die preußische Annexion der Herzogthümer; er werde beim Ausbruch des Krieges Italien nicht hindern, auf eigene Gefahr daran Theil zu nehmen, jedoch werde Italien wahrscheinlich erst dann losschlagen, wenn sich der Charakter und die Ziele des Krieges deutlich ausgesprochen hätten; jedenfalls könne man dem Beginne eines Kampfes zwischen Preußen und Oesterreich nur mit Sorge über dessen unberechenbare Folgen entgegensehen. Die Frage des Grafen v. d. Goltz, ob Napoleon durch einen förmlichen Vertrag sich zur Neutralität verpflichten würde, verneinte sie bestimmt. Die Ansichten des Kaisers seien bekannt; er begehre für Frankreich keine Vergrößerung, sondern Ruhe und Frieden, aber unmöglich könne er sich auf alle Fälle die Hände binden.

Aus München berichtete Prinz Reuß unter dem 11. August, daß v. d. Pfordten (der junge König Ludwig bekümmerte sich um Politik gar nicht) zwar sehr ärgerlich über den Erbprinzen von Augustenburg sei, welcher seine Mahnungen nicht einmal einer Antwort würdige, aber mit um so größerer Spannung

das Ergebniß der Gasteiner Verhandlungen erwarte; käme es unglücklicherweise zum Bruche, so würde es Bayern unmöglich sein, neutral zu bleiben und mit Gewißheit könne er erklären, daß sämmtliche Mittelstaaten sich in demselben Falle befinden würden.

Für Bismarck entstand somit die Schicksalsfrage, „ob wir nicht lieber unsere Forderungen an Oesterreich mäßigen und uns mit den immer nicht unbedeutenden Vortheilen begnügen sollen, die wir auf friedlichem Wege erlangen können." General Manteuffel hat später den Gasteiner Vertrag dahin erläutert, derselbe habe nur eine Probe sein sollen; in drei Monaten müsse man klar sehen, ob Oesterreich es ehrlich mit Preußen meine; wenn es nicht geschähe, so würde Krieg erfolgen, unter Abschluß sonst unliebsamer Allianzen.

So kam am 14. August 1865 nach zweitägigen Conferenzen zwischen Bismarck und dem österreichischen Bevollmächtigten Grafen Blome der Abschluß der berühmten Gasteiner Convention zu Stande. Die wichtigste Bestimmung derselben war in Art. 1 enthalten, welcher folgenden Wortlaut hatte: „Die Ausübung der von den hohen vertragsschließenden Theilen durch Art. 3 des Wiener Friedensvertrages vom 30. October 1864 gemeinsam erworbenen Rechte wird, unbeschadet der Fortdauer dieser Rechte beider Mächte an die Gesammtheit beider Herzogthümer, in Bezug auf Schleswig auf S. M. den König von Preußen, in Bezug auf Holstein auf S. M. den Kaiser von Oestereich übergehen." Durch Artikel 9 wurde Lauenburg gegen eine klingende Summe von $2^1/_2$ Millionen dänischer Reichsthaler, zahlbar in Berlin vier Wochen nach Bestätigung der Gasteiner Uebereinkunft, vom Kaiser von Oesterreich an den König von Preußen abgetreten. Die übrigen Bestimmungen des Vertrags waren nebensächlicher Natur und interessiren heute nicht mehr, da sie lediglich die Handhabung des „Condominiums" bis zur definitiven Entscheidung über das Loos der Herzogthümer zum Gegenstand haben, und außerdem den größten Theil der preußischen Februarforderungen enthielten.

Herr v. Bismarck war über das Erreichte im Innersten seines Herzens zufrieden, noch mehr der König, der sich wie von einem Alpdruck erleichtert fühlte. Eine frappirende, aber nicht vollständig beglaubigte Szene nach Unterzeichnung der Convention berichtet Graf Vitzthum auf S. 101 seiner Denkwürdigkeiten: „Die Tinte der Namensunterschrift des österreichischen Bevollmächtigten war noch nicht trocken, als der preußische Ministerpräsident mit gewohnter Aufrichtigkeit dem Grafen Blome zurief: „Nun, das hätte ich auch nicht geglaubt, daß ich einen österreichischen Diplomaten finden würde, der mir Das unterzeichnete!" So wenigstens hat Graf Blome kurze Zeit darauf in Paris erzählt; sehr glaubwürdig klingt die Sache nicht.

Die Nachricht von dem Abschlusse des Gasteiner Vertrags erregte überall das größte und merkwürdigerweise fast ausnahmslos peinliches Aufsehen. Am Meisten war natürlich die italienische Regierung nach den mit Usedom geführten Unterhandlungen (s. o.) enttäuscht und erbittert. Lamarmora schreibt darüber in seinem Buche: „Etwas mehr Licht" Folgendes: „Die Gasteiner Convention wurde zu derselben Zeit geschlossen, als ich mich für einige Tage nach Piemont begab, um mit dem König über unsere auswärtige Politik zu conferiren; bei meiner Rückkehr nach Florenz traf ich meinen Generalsecretär auf der Station (Bahnhof), welcher mir erzählte, daß er während meiner kurzen Abwesenheit verschiedene Conferenzen mit dem preußischen Gesandten Usedom gehabt habe. Dieser habe ihm versichert, von Berlin seien die besten Nachrichten eingetroffen; die Einigung mit Oesterreich sei unmöglich, ja der Bruch stehe nahe bevor und der Krieg könne nicht ausbleiben, wenn Italien seine Allianz zusagte. Dann fügte der gute Mann bei, indem er sich die Hände rieb: „Theurer General, die Erwerbung Venetiens ist in Ihre Hand gegeben." Von Ihnen hängt Alles ab, sagte mir Graf Usedom." — „Sie irren sich", antwortete ich, „Preußen und Oesterreich stehen auf dem Punkte, sich zu verständigen." —

„Unmöglich", erwiderte der Beamte, „unmöglich nach Allem, was mir der preußische Gesandte in diesen Tagen sagte und versicherte." — Am folgenden Tage (fügt Lamarmora hinzu) erhielt ich die Nachricht, daß Oesterreich und Preußen die Gasteiner Convention geschlossen hatten. Der preußische Gesandte verließ Florenz und ließ sich zwei Monate lang nicht mehr sehen."

Am 19. August fand die Zusammenkunft der beiden Monarchen in Salzburg und am 20. die Ratification des Vertrags durch dieselben statt, worauf Beide, wie damals die Zeitungen berichteten, sich herzlich umarmten und in warmen Worten Glück zu der stattgehabten Verständigung wünschten, welche in redlichem Einvernehmen und gegenseitiger Zuvorkommenheit ausgeführt werden solle. Natürlich werde es jetzt schlechterdings unmöglich sein, daß der Erbprinz von Augustenburg irgendwelche Prätendentenhandlungen in Holstein ausübe und anders wie als einfacher Privatmann auftrete. Auch der „heimliche Moritz", welcher den Kaiser nach Salzburg begleitet hatte, vereinte sich mit Bismarck in dem Ausspruch der Erwartung, daß fortan beide Mächte in fester Eintracht und conservativem Sinne die Angelegenheiten Gesammtdeutschlands leiten würden. Preußischerseits wurde General Manteuffel zum Gouverneur von Schleswig, Seitens Oesterreichs der Feldmarschalllieutenant v. Gablenz — also zwei Kriegskameraden vom vorigen Jahre — zum Statthalter von Holstein ernannt; statt des anstößigen Hrn. v. Halbhuber erhielt Gablenz den Ministerialrath v. Hofmann als Gehülfen beigesellt. König Wilhelm stattete gleich nachher der in Ischl weilenden Kaiserin einen Besuch ab und verließ erleichterten Herzens das österreichische Gebiet. Wenige Wochen später wurde Hr. v. Bismarck in den Grafenstand erhoben.

Die Sprache der unabhängigen Wiener Blätter übertraf an Heftigkeit der Empfindungen noch diejenige der meisten deutschen Zeitungen; jene erklärten die „Demüthigung" Oester-

reichs für um so schmählicher, je patriotischer die öffentliche Meinung das Cabinet zu muthiger und stolzer Entschlossenheit ermahnt hätte. In den Herzogthümern waren alle Anhänger des Augustenburgers außer sich. „Wir sind preußisch geworden", sagte man in Schleswig; „wir werden nächstens wie Lauenburg verkauft werden", hieß es in Holstein. Der 36er Ausschuß berief auf den 1. October einen neuen Abgeordnetentag nach Frankfurt, zu dem er insbesondere die Mitglieder aus Oesterreich und Preußen einlud, und welchem er dann eine Reihe von sehr scharfen Resolutionen vorlegte, des Inhalts, daß der Gasteiner Vertrag alle Rechtsordnung und Rechtssicherheit in Deutschland vernichte, mithin als Rechtsbruch von der Nation verworfen werde und namentlich für die Bevölkerung der Herzogthümer unverbindlich sei. Indessen betheiligten sich an dem von 272 Abgeordneten besuchten Tage nur ein Oesterreicher und acht Preußen, von denen sechs die Erklärung abgaben, daß sie als Preußen den Anträgen nicht beitreten könnten und sich deßhalb der Abstimmung enthielten. Andere fortschrittliche Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses hatten ihr Nichterscheinen in Frankfurt mit der Erklärung motivirt, daß die Mehrheit der preußischen Volksvertretung niemals Beschlüssen zustimmen werde, welche gegen die Macht und die Zukunft des preußischen Staates gerichtet seien. Dieser Abgeordnetentag hatte dann die bekannte Drohnoten-Affaire gegen den Frankfurter Senat (6.—8. October 1865) zur Folge, in welchem Oesterreich wiederum preußische Handlangerdienste leistete, insofern das Wiener Cabinet die Drohung des Grafen Bismarck unterstützte, daß Preußen in Frankfurt „durch eigene Machtmittel" Ordnung schaffen werde, falls der Senat nicht den Willen oder die Kraft besitze, aufrührerischen Kundgebungen am Sitze des Bundestags entgegenzutreten und diese niederzuhalten. Im Juli 1866 bildete diese Versammlung des Abgeordnetentages einen der schwerwiegendsten Anklagepunkte in dem „Sündenregister" Frankfurts.

In Paris fühlte man sich durch das unerwartete Ereigniß des Gasteiner Vertrags um so mehr gekränkt, als Graf v. d. Goltz noch wenige Tage zuvor in dem oben erwähnten Gespräch mit der Kaiserin eine Art Neutralitätsvertrag für den bevorstehenden Krieg zwischen Oesterreich und Preußen vorgeschlagen hatte, und man in dem Glauben stand, von Hrn. v. Bismarck gefoppt worden zu sein. Der Gesandte v. d. Goltz konnte freilich in voller Aufrichtigkeit erklären, daß wenn hier eine Düperie stattgefunden habe, nicht das Tuilerieencabinet, sondern er selbst der Düpirte sei. Drouyn de Lhuys wählte statt ruhigen und kühlen Schweigens den Weg einer heftigen Protestation gegen den Gasteiner Vertrag. „Was wollen eigentlich die beiden deutschen Großmächte?“ frug er in einer Circularnote an die französischen Gesandten vom 29. August. „Wollten sie die alten Verträge bestätigen? Augenscheinlich nicht! Die Wiener Verträge, welche die Verhältnisse der dänischen Monarchie regelten, sind längst werthlos geworden; der Londoner Vertrag von 1852 ist zerrissen; die Interessen des deutschen Bundes und seines Throncandidaten für die Herzogthümer sind geopfert, die letzteren selbst, welche „auf ewig ungetheilt“ bleiben sollten, sind jetzt erst recht getrennt und haben zwei verschiedene Herren; bei der Trennung ist kein Unterschied zwischen dem deutsch- und dem dänisch-redenden Theil der Bevölkerung gemacht worden, wie überhaupt nach keinem Rechte des Volkes gefragt. Auf welchen Prinzipien beruht also das österreichisch-preußische Uebereinkommen? Wir bedauern, hier nichts anderes als die bloße Gewalt zu entdecken, keine andere Rechtfertigung zu finden, als das politische Belieben der beiden Vertragsschließenden. Das ist eine Praxis, deren das moderne Europa nachgerade entwöhnt ist und man muß die Vorbilder hierzu in den traurigsten Zeiten der Geschichte suchen.“

Diese Note war nur ein schwacher Abguß der wüthenden Ausfälle fast der gesammten Pariser Presse, der sich in diesem Falle auch die englische anschloß. Der Eindruck der französischen

Note wurde noch dadurch verschärft, daß sie — offenbar im Wege einer absichtlichen Indiscretion — durch ein Brüsseler Blatt veröffentlicht wurde, noch ehe das Berliner Cabinet auf anderem Wege davon Kenntniß erlangte; bald auch traf aus Dresden und Hannover die Nachricht ein, daß die dortigen französischen Gesandten die Note durch Vorlesen zur amtlichen Kenntniß der betreffenden Regierungen gebracht hatten. Als ob es mit diesen Aergernissen nicht genug sei, erfolgte am 14. September die Veröffentlichung einer Circulardepesche Lord John Russel's, die sich dem Inhalte der französischen in Allem anschloß und an derber Grobheit sie wo möglich noch übertraf. Diesmal handelte der englische Premier im Einverständniß mit der Königin Victoria, welche aus ihrem Zorn über die Bismarck'sche Politik in Privatgesprächen gar kein Hehl mehr machte. Schließlich gesellte sich auch der alte „intime Feind" Bismarcks, Fürst Gortschakoff in Petersburg, der allgemeinen Entrüstung über den Gasteiner Vertrag bei und ließ in den Petersburger Blättern Tag für Tag Ausfälle gegen die cynische und gewaltthätige Politik der beiden deutschen Großmächte veröffentlichen.

Eine besondere Perfidie gegen Bismarck persönlich gestattete sich Napoleon, indem er am 7. September bei seiner Abreise zu längerem Aufenthalte nach Biarritz zwar den preußischen Gesandten v. d. Goltz und einen jüngeren preußischen Diplomaten, Sohn des Generals v. Radowitz, einlud, die kaiserliche Familie nach Biarritz zu begleiten, aber mit keinem Worte den Wunsch aussprach, auch Hrn. v. Bismarck dort zu sehen, wiewohl er wußte, daß dieser auf eine derartige Einladung warte.

Zum ersten Mal seit langer Zeit hatte Bismarck das Gefühl, mit seiner Politik in eine Sackgasse gerathen zu sein. Wir haben schon dargelegt, daß es ihm am preußischen Hofe selbst nicht an Gegnern fehlte, welche ihn je eher je lieber von der Leitung der preußischen Politik entfernt gesehen haben würden; als Ersatzmann für ihn stand schon der Gesandte in Paris, Graf v. d. Goltz, im Hintergrund, was Bismarck recht

wohl wußte und deßhalb auch kein übermäßiges Vertrauen gegen v. d. Goltz hegte. Die allgemeine Isolirung, in welche Preußen durch den Abschluß der Gasteiner Convention gerathen war, wurde gegen den — damals noch — „bestgehaßten Mann in Deutschland" nach Kräften ausgenutzt, zumal ein energisches Vorgehen gegen Oesterreich in der Herzogthümerfrage, was ja doch über kurz oder lang unvermeidlich war, die wohlwollende Unterstützung von Seiten Frankreichs zur unbedingten Voraussetzung hatte. Die Circulardepesche des Hrn. Drouyn de Lhuys vom 29. August schien nun in letzterer Beziehung alle Combinationen Bismarcks zu zerstören. Er beklagte sich in Gesprächen mit dem französischen Gesandten Benedetti auf's Lebhafteste über das eingetretene Mißverständniß und legte die Schuld ganz dem Gesandten v. d. Goltz zur Last, welcher es versäumt habe, dem Kaiser und seiner Regierung die Bedeutung des Gasteiner Vertrags richtig darzulegen, und der augenscheinlich hier eine schuldvolle Unterlassung begangen habe. In zwei aus Gastein datirten Briefen habe er den Grafen ausdrücklich beauftragt, dem Kaiser und seinem Minister zu versichern, daß bei der Regelung der Herzogthümerfrage das Nationalitätenprinzip unbedingt gewahrt und die erste passende Gelegenheit ergriffen werden würde, um diejenigen nördlichen Districte Schleswigs, welche vorwiegend von Dänen bewohnt seien, an Dänemark zurückzugeben. Die Gasteiner Convention, das müsse doch Jeder einsehen, sei im Grunde nichts als eine Revanche für Olmütz und Frankreich habe am wenigsten Grund, darüber aufgebracht zu sein, da Preußen ohne Frankreichs wohlwollende Unterstützung gar nicht in der Lage sein werde, die Vortheile der Convention für sich auszunutzen, vielmehr andernfalls in drückende Abhängigkeit von Rußland und Oesterreich gerathen werde. (Nach Rothan's Darstellung in „la politique française en 1866" soll Bismarck bei dieser Gelegenheit schon Andeutungen auf künftige Gebietserweiterungen Frankreichs, wobei insbesondere auf Belgien und Luxemburg

hingewiesen wurde, gemacht haben. Thatsache ist, daß in jener Zeit offiziöse Berliner Blätter in angeblichen Correspondenzen aus Paris, London und Brüssel den Zuständen in Belgien eine höchst verdächtige Aufmerksamkeit widmeten und dabei namentlich durchschimmern ließen, daß der größte Theil der belgischen Bevölkerung nach Sprache und Sitten weit weniger Niederländer als vielmehr Franzosen seien.)

Am Empfindlichsten hat Bismarck die verletzende Veröffentlichung der Drouyn'schen Depesche berührt, noch ehe davon ihm selbst Kenntniß gegeben war; denn gerade dies ließ vermuthen, daß der französische Minister es darauf abgesehen habe, einen Strich durch die beabsichtigte Reise Bismarcks nach Biarritz zu machen, auf die er gerade jetzt doppelten Werth legte. Der König wollte nichts mehr davon hören, da er sich durch die brüsken Provocationen aus Paris in seiner persönlichen Würde gekränkt fühlte und allen Ernstes Hrn. v. Bismarck erklärte, die einzige richtige Politik sei fortan ein offenes und ehrliches Zusammengehen mit Oesterreich, welche Rücksicht er an die Spitze aller Bestrebungen gesetzt zu sehen wünsche. Bismarck seinerseits ließ Herrn Benedetti gegenüber die Bemerkung fallen, er habe die Gasteiner Convention nicht zuletzt aus dem Grunde abgeschlossen, damit der König einmal nach dem Prinzip: „similia similibus curamus“ recht gründlich die Annehmlichkeiten der österreichischen Allianz kennen lerne und für immer davon geheilt werde.

Alles vereinigte sich somit, um Bismarck aufs Dringendste wünschen zu lassen, daß er durch persönliche Einwirkung auf Louis Napoleon die eingetretene Erkaltung wieder gut machen könne. In diesem Wunsche begegnete er sehr bald den Absichten Louis Napoleons selbst. Dieser erklärte in Gesprächen mit v. d. Goltz das Drouyn'sche Vorgehen als das Ergebniß eines Mißverständnisses; er, der Kaiser, sei bei den Zeitungsnachrichten über die Gasteiner Convention empfindlich berührt worden über die Nichtbeachtung aller Prinzipien der napoleo-

nischen Politik und habe Drouyn beauftragt, eine Verwahrung an die Gesandten zu schicken; den Wortlaut des darauf erlassenen Rundschreibens aber habe er nicht gekannt und am wenigsten eine Mittheilung desselben an die Höfe oder gar an die Zeitungen gewollt. Auch habe er schon am 20. September den Minister angewiesen, etwas zur Abschwächung des Rundschreibens zu thun. In der That sandte Drouyn de Lhuys unter dem 23. September eine Depesche nach Berlin, worin er mit Genugthuung von dem „rein provisorischen" Character des Gasteiner Vertrags Act nahm und die Hoffnung aussprach, daß er bei der definitiven Lösung der Herzogthümerfrage Grund haben werde, den preußischen Wünschen ohne Rückhalt zuzustimmen und dadurch die Verbindung der beiden Mächte noch enger zu ziehen. Gleichzeitig kamen die ermuthigendsten Berichte des Grafen v. d. Goltz aus Biarritz und so genehmigte der König nach langem Schwanken die Reise Bismarcks nach dem Pyrenäenbad unter der Bedingung, daß dort zur Zeit keinerlei bindende Abmachungen mit Frankreich getroffen würden. Bismarck reiste am 30. September über Paris nach seiner „Verjüngungsquelle" ab und in ganz Deutschland empfing man den Eindruck, daß über das Schicksal der Herzogthümer, wie über den Gang der deutschen Angelegenheiten überhaupt weniger in Deutschland selbst als vielmehr in Biarritz entschieden werden würde.

Biarritz.

Ueber die welthistorisch wichtigen Verhandlungen von Biarritz, welche vom 4. bis 12. October 1865 dauerten, schwebt heute noch ein gewisses Dunkel, welches auch durch die Mittheilungen nicht hinreichend aufgeklärt wird, die v. Sybel aus dem preußischen Staatsarchiv (Bericht Bismarcks vom 11. Oct. an den König) machen durfte. Eine interessante, zumeist allerdings auf Schlußfolgerungen beruhende Schilderung dieser merkwürdigen Episode aus Bismarcks staatsmännischer Laufbahn giebt Rothan in seinem schon mehrmals von uns citirten Buche: „la politique française en 1866" und wir benutzen sie mit der Vorsicht, welche bei französischen Darlegungen dieser Art nöthig ist, obwohl Rothan unstreitig zu den scharfblickendsten und nüchternsten Beobachtern der damaligen Zeitgeschichte gehört, was seinen Schilderungen in hohem Grade zu Gute kommt.

Als Bismarck am 30. September 1865 Berlin verließ, um sich über Paris nach Biarritz zu begeben, ließ er eine ziemlich verworrene Lage der Dinge hinter sich. Im Inneren der auf's Schärfste zugespitzte Verfassungsconflict, nach Außen eine Politik, welche ein zweifelhaftes Mittelding zwischen kriegerischen Tendenzen und friedlichen Absichten war. Der Gasteiner Vertrag hatte die bis zum Aeußersten gespannten Beziehungen zu Oesterreich für den Augenblick vor dem definitiven Bruch bewahrt, allein an ein dauerndes Allianzverhältniß zu dieser Macht, ja nur an die Möglichkeit eines dauernden Friedens mit derselben glaubten außer dem König Wilhelm nur sehr wenige Eingeweihte, welche in der Lage waren, die Politik

nicht bloß nach Aeußerlichkeiten zu beurtheilen. Bismarck hatte seinen Plan einer definitiven Auseinandersetzung mit Oesterreich durch die Waffen nur aufgeschoben, aber nicht aufgehoben und Vielen kam das Wort in Erinnerung, welches der belgische Staatsmann Baron Nothomb schon im Jahr 1862 über den neuen Ministerpräsidenten Preußens gesprochen hatte: „Wird er ein Richelieu oder ein Alberoni sein?“ Im Herbst 1865 vervollständigte Benedetti diese Frage an die Zukunft durch den Satz: „Wie die Dinge zur Zeit liegen, hat Herr v. Bismarck nur die Wahl, entweder einer der größten Minister aller Zeiten zu werden oder seine Laufbahn elend als starrsinniger Monomane zu beschließen; das Eine wie das Andere hängt davon ab, wie die Probleme sich lösen, die er sich gestellt hat.“

Im September 1865 war die bis dahin so feste Stellung Bismarcks zu dem Könige einigermaßen wankend gemacht, dank den Einflüssen einer österreich-freundlichen Partei am Hofe, welche vor Allem von dem Wagniß eines Krieges nichts wissen wollte, in dem es sich möglicherweise um die Existenz Preußens selbst handeln konnte. Man kritisirte sein Vorgehen und bezeichnete seine Combinationen als leichtsinnig. Die Gasteiner Convention sei ein Mißgriff und eine Oesterreich gestellte Falle, die sich gegen ihren Urheber selbst richten werde. Bismarck selbst hatte solche Urtheile zu hören bekommen und darauf in seiner drastischen Weise geantwortet: „Warte man es doch ab. Ich habe Oesterreich an die Kette gelegt, an der es bissig werden und sein wahres Wesen zeigen wird.“

Die kühnen Combinationen Bismarcks wurden nicht einmal von allen seinen Collegen im Ministerium, geschweige denn von der sonstigen Umgebung des Königs verstanden. Man discutirte die Vortheile und Nachtheile eines Wechsels im Ministerium, sprach vom General Manteuffel, dem eifrigsten Partisan der Allianz mit Oesterreich, ja selbst vom Grafen v. d. Goltz in Paris, welcher damals, allerdings in kluger und vorsichtiger Weise, in seiner Eigenschaft als Botschafter

eine Art Gegengewicht gegen die offizielle Politik Bismarcks bildete. Dazu kamen die nachgerade ermüdend werdenden Aergernisse und Aufregungen des Verfassungsconflictes.

Unter solchen Verhältnissen unternahm Bismarck die Reise nach seiner „Verjüngungsquelle" bei einem abscheulichen Herbstwetter, das zum Badeaufenthalt nicht gerade einlud. „Ich will mich nicht", äußerte er, von der Lage der Dinge in Europa sprechend, vor seiner Abreise, „in das Amt des lieben Gottes einmischen, aber ich gehöre zu denen, welche ihre Stunde zu erwarten und Ebbe und Fluth zu unterscheiden wissen."

Der vorjährige Aufenthalt Bismarcks in Biarritz war nicht gerade ermuthigend gewesen. Er sagte damals zu Jedem, der es hören wollte: „Mit diesen Leuten ist nichts anzufangen." Drouyn de Lhuys hatte es fertig gebracht, bei Louis Napoleon Vorurtheile gegen Bismarcks Aufrichtigkeit nicht nur, sondern auch gegen die Art und Weise seines ganzen Wesens wach zu rufen; er sei „une personnage moquable", der man sich nicht anvertrauen dürfe. „Herr v. Bismarck", sagte Napoleon damals, „scheint hierhergekommen zu sein, um mir Alles anzubieten, was ihm nicht gehört."

Aber 1865 fand Bismarck für seine Thätigkeit schon ein weit günstigeres Feld vor. Die Saison war schon weit vorgerückt, das Wetter, wie schon bemerkt, abscheulich. Die Stürme waren vorherrschend und man sah Bismarck bald in Gesellschaft des russischen Fürsten Orloff, bald allein und nachdenkend seine Spaziergänge machen. Eines Tages jedoch promenirte er mit dem Kaiser, wobei sich ein seltsames Begebniß zutrug, welches Prosper Merimée in seinen Briefen erwähnt. Ein höherer Hofbeamter des Kaisers hatte den Einfall gehabt, sich auf eine weit in's Meer hinausragende Felsplatte zu setzen und von diesem gefährlichen Platze aus dem Spiel der Wogen zuzusehen. Plötzlich kam eine Sturzwelle und spülte den Unvorsichtigen vor den Augen des Kaisers und Bismarcks in die Fluthen; alle Bemühungen, ihn zu retten, blieben vergebens. Louis

Napoleon war an diesem ganzen Tag schweigsam und von düsteren Gedanken erfüllt.

Die Gespräche zwischen Bismarck und Napoleon fanden meist auf der Terrasse vor der kaiserlichen Villa nach Beendigung eines Dejeuners statt, zu welchem Bismarck geladen war. Man hatte dort den Blick auf den Ozean auf der einen und die Pyrenäenkette auf der anderen Seite; die Unterhaltung dehnte sich je nach dem körperlichen Befinden Napoleons aus. Sein Steinleiden wurde immer heftiger und ließ ihm oft nur Zwischenpausen zwischen Schmerz und leidlichem Wohlbefinden. In diesen Pausen liebte er es, sich nach Faustischer Art theils durch Erörterung von politischen Plänen, theils durch Zuschauen bei landwirthschaftlichen Verbesserungen auf seinen Domänen zu zerstreuen. Nichtsdestoweniger war er, wenn man es so nennen kann, regierungsmüde und fühlte schwer die Fehler, welche er in den letzten Jahren begangen. Eine 1870 in den Tuilerienpapieren gefundene, von ihm selbst geschriebene Note, welche als Directive für die subventionirte Regierungspresse dienen sollte, giebt Zeugniß von dem Ekel, den ihm der Servilismus im gesetzgebenden Körper, die Paschawirthschaft der Präfecten und sonstigen höheren Beamten einflößte; er scheint schon 1865 eine Ahnung davon gehabt zu haben, was ihm fünf Jahre später bevorstand. Aber alles das blieben Träumereien; er wurde Fatalist und ließ sich von den Ereignissen fassen, statt selbstthätig in dieselben einzugreifen; wo er es — wie bei der Affaire von Mexiko — that, beging er einen ungeheuren, nicht wieder gut zu machenden Mißgriff.

Die schönen Tage von Aranjuez, des Pariser Congresses von 1856, waren längst vorüber; neun Jahre erst waren vergangen und es blieb nach einem Thiers'schen Worte „kein Fehler mehr zu begehen". Das von Louis Napoleon erfundene Nationalitätenprinzip verfolgte ihn wie ein Gespenst und richtete sich direct gegen die realen Interessen Frankreichs. Der Stern des Kaisers war rasch im Erbleichen begriffen; er selbst hatte

den Glauben an sein früheres Glück verloren. In einem Gemüthszustande dieser Art sind die Menschen nur zu sehr geneigt, Plänen und Perspectiven Auge und Ohr zu öffnen, welche ihnen eine Rückkehr zu Glanz und Glück versprechen können, und unter solchen physischen und moralischen Bedingungen trat der überlegene Geist Bismarcks gleich dem Versucher in der Bibel an den alternden Cäsar des 2. Dezember heran.

Was Bismarck mit Napoleon gesprochen, hat der Letztere mit in's Grab genommen und auch Bismarck, der sonst nicht gerade geizig mit historischen Enthüllungen aus seiner staatsmännischen Laufbahn gewesen ist, hat es nicht für gut gefunden, den Schleier des Geheimnisses zu lüften, denn der amtliche Bericht an den König vom 11. October 1865 bezeichnet trotz seiner Ausführlichkeit offenbar nur die erlangten Resultate, keineswegs den Inhalt der vertrauten Gespräche mit Napoleon.

Bismarck berichtet zunächst über seinen Aufenthalt in Paris und über seine dortigen Besprechungen mit französischen Staatsmännern. Bei dem Staatsminister Rouher, dessen Einfluß bei dem Kaiser er höher anschlägt, als denjenigen Drouyn de Lhuys', fand er eine den preußischen Interessen durchaus günstige Stimmung vor. Rouher sowohl wie Drouyn de Lhuys suchten den ärgerlichen Eindruck der Circulardepesche vom 29. August zu verwischen, worauf denn auch Bismarck gern einging. Dann kam Drouyn auf sein Lieblingsthema, die Annexion der Herzogthümer an Preußen und die Frankreich zu gewährenden „Compensationen" zu sprechen. Bismarck bat ihn, sich über den letzteren Punkt offen auszusprechen. Drouyn habe nun jede Begehrlichkeit nach preußischen oder anderen deutschen Landestheilen auf das Bestimmteste in Abrede gestellt und auf verschiedene Territorien mit französisch redender Bevölkerung hingedeutet (nach späteren französischen Darstellungen soll umgekehrt Bismarck solche Andeutungen gemacht haben, was ja auch gar nicht unwahrscheinlich ist und sich sogar noch im August 1866 wiederholte); Bismarck erwiederte — hier muß man berücksichtigen,

daß es sich um einen offiziellen Bericht an den König, keineswegs um Mittheilungen vertraulicher Art handelt — man könne der Geschichte der Zukunft ihren Lauf nicht vorzeichnen, sondern nur ihre Entwicklung abwarten und benutzen; hoffentlich werde dies in einer für Preußen wie Frankreich gleich befriedigenden Weise geschehen.

Nachdem Bismarck die Ueberzeugung ausgesprochen, daß Drouyn's Aufrichtigkeit sehr viel zu wünschen übrig lasse, geht er zu der Berichterstattung über seinen Aufenthalt in Biarritz über. Am Tage nach seiner Ankunft hatte er Audienz beim Kaiser, welcher die ganze Schuld über das ärgerliche Circular vom 29. August auf Drouyn de Lhuys schob und dann im weiteren Fortgang des Gesprächs Bismarck mit einiger Feierlichkeit die Gewissensfrage vorlegte, ob Preußen Oesterreich keine Garantie in Bezug auf Venetien geleistet habe? Bismarck verneinte das ganz bestimmt und bat den Kaiser, an seine Aufrichtigkeit zu glauben, zumal ja solche Verabredungen doch nicht lange geheim bleiben könnten und er gewiß nicht als Lügner dastehen wolle. Auch halte er für die Zukunft ein solches Abkommen für unmöglich, da Preußen sich nicht in die Lage bringen könne, jeden Augenblick in einen von Oesterreich gewollten Krieg hineingezogen zu werden. Der Kaiser kam dann auf die von dem französischen Geschäftsträger, Hrn. v. Lefebvre in Berlin angeregten Pläne in Bezug auf Belgien zu sprechen, bei denen dieser seine Instructionen überschritten habe (?). Er, Napoleon, hege keine Projecte, durch welche der europäische Friede gestört werden könne; man müsse die Ereignisse nicht machen wollen, sondern reifen lassen; dieselben würden nicht ausbleiben und den Beweis liefern, daß Preußen und Frankreich diejenigen Staaten in Europa seien, die mit ihren Interessen am Meisten aufeinander angewiesen seien. Er, der Kaiser, werde dann jederzeit bereit sein, die Freundschaft und die Sympathie zu bethätigen, von der er für Preußen erfüllt sei. Auf welchem Wege gedenke man in Berlin sich mit Oesterreich

wegen Holsteins auseinanderzusetzen? Bismarck erwiederte, daß man hoffe, Holstein durch eine Geldentschädigung zu erwerben und zu erhalten. Der Erwerb der Herzogthümer sei für Preußen keine Machtstärkung, sondern lege im Gegentheil die Kräfte dieses Staates nach mehr als einer Richtung hin fest, namentlich in der nothwendigen Defensivstellung nach Norden hin. Dieser Erwerb sei nur ein erster Schritt für die Erfüllung der Aufgaben, welche die Geschichte dem preußischen Staate gestellt habe; bei deren Weiterverfolgung werde er stets freundschaftlicher Beziehungen zu Frankreich bedürfen. Es liege im Interesse der französischen Politik, den Ehrgeiz Preußens in Erfüllung nationaler Aufgaben zu ermuthigen; denn ein strebsames Preußen werde stets hohen Werth auf Frankreichs Freundschaft zu legen haben, während ein entmuthigtes seinen Schutz in defensiven Bündnissen gegen Frankreich suchen müsse. Der Kaiser erklärte, daß ihm diese Argumentation einleuchtend und sympathisch sei.

In einer zweiten Unterredung, nach einem Dejeuner, erkundigte sich der Kaiser angelegentlich, welche Haltung Preußen Angesichts der Wirren in den Donaufürstenthümern einzunehmen gedenke? Diese Länder könnten in einem gegebenen Augenblicke recht wohl dazu dienen, Oesterreich für die Abtretung von Venetien zu entschädigen. Bismarck erwiederte, Preußen habe kein directes Interesse an den Donaufürstenthümern, könne aber dort nichts thun, was Rußland vor den Kopf stoßen würde, was dem Kaiser einleuchtete.

Bismarck schloß diesen Bericht an den König mit den Worten, daß nach seinen Wahrnehmungen die Stimmung des Tuilerienhofes gegen Preußen „als eine uns äußerst günstige bezeichnet werden dürfe".

In St. Cloud hatte Bismarck Anfangs November weitere Unterredungen mit Napoleon. Dieser sprach wiederholt sein Einverständniß mit der Erwerbung der Herzogthümer für Preußen durch Geldabfindung Oesterreichs aus; nur sei es zweckmäßig,

die Annexion durch irgendwelches Organ des Landes nachher sanctionirt zu sehen; die Frage der Abtretung des nördlichsten Districts an Dänemark könne der Zukunft vorbehalten bleiben. Napoleon fügte dann die Aufforderung hinzu, der König möge ihm vertraulich schreiben, sobald ihm die Umstände ein engeres und speziellres Einvernehmen der beiden Regierungen zu erfordern schienen; es werde dann leicht sein, zu einem Verständniß zu gelangen. Dagegen erklärte er ohne Anregung von Seiten Bismarcks, daß ein Bündniß mit Oesterreich im Falle eines Conflicts in Deutschland für ihn eine Unmöglichkeit sei. Einen Versuch in dieser Richtung, welchen Fürst Metternich bei ihm vor Gastein gemacht, habe er abgelehnt.

Dies ist der offizielle Bericht Bismarcks an den König; es liegt jedoch auf der Hand, daß darin der Inhalt der Unterredungen in Biarritz und St. Cloud nur sehr theilweise wiedergegeben wird. Nach französischen Quellen, denen man Glauben schenken darf, insbesondere nach dem mehrfach citirten Buche Rothan's, stellte Bismarck dem Kaiser vor, daß keine der Fragen, welche nach dessen Absicht dem (durch Englands Schuld gescheiterten) Congreß von 1863 hatten vorgelegt werden sollen, bis jetzt gelöst sei: „Neue Schwierigkeiten sind seitdem hinzu gekommen; die scandinavischen Dinge sind in Bewegung gerathen, in den Donaufürstenthümern ist nichts stabil. Ein erhabenes Versprechen ist an den Ufern des Mincio zu erfüllen und Preußen hat die deutsche Frage aufgeworfen .... Ohne die Unterstützung Frankreichs kann es diese nicht lösen. Sein Ehrgeiz beschränkt sich auf die Herzogthümerfrage, auf die Herstellung eines Zusammenhangs seiner beiden Gebietshälften im Osten und Westen durch eine unbedeutende Grenzberichtigung und Bildung eines norddeutschen Bundes, der Niemanden beunruhigt und wofür es stets Frankreich zu Dank verpflichtet bleiben wird. Ein starkes und homogenes Preußen würde ein steter Schutzwall gegen die Fortschritte Rußlands sein und namentlich die orientalische Politik Frankreichs besser unter-

stützen können als bisher. Was Oesterreich betrifft, so mag es sich mit den deutschen Calabresern (d. h. den Südstaaten) herumbalgen; der deutsche Bund wäre in zwei Hälften mit verschiedenen Interessen getheilt. Frankreich würde sich zu einem solchen Resultat nur zu beglückwünschen haben und es braucht, um dasselbe herbeizuführen, nur ein aufmerksamer und wohlwollender Zuschauer zu sein. Als Gegendienst fordern wir weiter nichts als die Zustimmung zu einer preußisch-italienischen Allianz, ohne welche ja an eine Erwerbung Venetiens für Italien nicht zu denken ist."

Rothan behauptet bestimmt, und es ist dies auch keineswegs unwahrscheinlich, daß Bismarck vor den Augen Napoleons wie in einem Zauberspiegel den Erwerb von Belgien, Luxemburg und der französischen Schweiz habe tanzen lassen, was er ja auch schon früher gethan und damit Eindruck nicht nur bei Napoleon, sondern auch bei vielen maßgebenden Personen seiner Umgebung gemacht hatte. Dem König Leopold von Belgien war dies keineswegs unbekannt geblieben und dieser Grund reichte für ihn, um im Winter 1863—64 ein fanatischer Parteigänger der dänenfreundlichen Politik Englands und ein ebenso erbitterter Gegner der Annäherung Preußens an Frankreich zu sein. Wäre es nach Leopolds Wünschen gegangen, so würde die ganze schleswig-holsteinische Angelegenheit mit der Auslieferung der Herzogthümer an Dänemark geendet haben, wie aus mehrfachen Stellen seiner Correspondenz deutlich hervorgeht.

Unter den französischen Staatsmännern von 1865 nahm Graf Walewski, „der Zügelhalter der kaiserlichen Politik", wie man ihn in Paris nannte, entschiedenen Anstoß an den Vertraulichkeiten in Biarritz und St. Cloud. Er galt — eine seltene Ausnahme in der Diplomatie — als ein Muster von Aufrichtigkeit; der englische Minister Lord Clarendon hat ihm das Zeugniß ausgestellt, daß er aus Walewski's Munde während dessen mehrjähriger Thätigkeit als Botschafter in London nie eine

Lüge gehört habe. Walewski stellte dem Kaiser vor, daß die Besprechungen in Biarritz compromittirend für die französische Politik seien und namentlich England und Rußland mißtrauisch machen würden. Napoleon möge sich auch hüten, nicht von Herrn von Bismarck überlistet zu werden. „Ich wundere mich", antwortete ihm Napoleon, „daß Sie mit Ihrem sonst so scharfsichtigen Geiste nicht die Vortheile erkennen, welche ein Krieg zwischen Preußen und Oesterreich für uns haben wird. Glauben Sie mir, eine so gute Gelegenheit, unsere Interessen wahrzunehmen, wird nur selten sich bieten." Bismarck seinerseits hat diese Hintergedanken Louis Napoleons von Anfang an durchschaut, denn er sagte einige Monate später zu dem italienischen General Govone: „Der Kaiser wünscht lebhaft einen Krieg zwischen uns und Oesterreich, weil man an der Spitze einer Armee wie der französischen immer Profit aus einer solchen Lage der Dinge ziehen kann."

Uebrigens war es bei Napoleon zur fixen Idee geworden, Venetien an Italien zu bringen, weil er dadurch einerseits seine Versprechungen von 1859 zu erfüllen gedachte, andererseits Rom und den Kirchenstaat für den Papst zu retten hoffte, was er um der Clerikalen in Frankreich willen um jeden Preis thun mußte. Oft genug hatte er im Lauf der letzten Jahre bei dem Wiener Hof Versuche gemacht, diesen zur friedlichen Abtretung Venetiens zu bewegen, sei es gegen eine Geldentschädigung, sei es im Wege anderer Compensationen, war aber mit solchen Vorschlägen stets auf entschiedenen Widerstand gestoßen, was ihn erbitterte und mehr und mehr für die sonst ihm nicht gerade sympathische Idee einer preußisch-italienischen Allianz einnahm. Indessen durfte Napoleon, wenn er seinen Zweck erreichen wollte, nicht allzusehr mit Bismarck liirt erscheinen, wodurch er Oesterreich vor dem Wagniß eines Krieges zurückgeschreckt haben würde. Während er also heimlich dem Berliner Cabinet das Zugeständniß der italienischen Allianz machte, verschwendeten sein Minister Drouyn de Lhuys und

sein Botschafter Herzog von Grammont Sympathiebezeigungen an die österreichische Regierung und escomptirten gleichsam im Voraus die österreichischen Siege. Es ist ein historisches Räthsel, daß man in Wien dieses Doppelspiel nicht durchschaute.

Was Preußen betrifft, so mußte Bismarck sich sagen, daß seine kriegerische Politik ein furchtbares Hazardspiel für den Fall einer möglichen Niederlage war. Als Gewinn stand ihm die Erwerbung der Herzogthümer und die Hegemonie über Norddeutschland bevor; der Verlust im unglücklichen Falle war gar nicht zu berechnen und würde wahrscheinlich in der gänzlichen Vernichtung des preußischen Staates bestanden haben, aus dessen Gebiet Sachsen, Hannover und Bayern sich bereichert haben würden, während Frankreich Hand auf das linke Rheinufer gelegt hätte. Die Erklärung dafür, daß Bismarck trotz dieses ungeheuren Einsatzes eine kriegerische Politik verfolgte und schließlich den König hierfür zu gewinnen wußte, lag in seiner außerordentlich genauen Kenntniß der Machtmittel und Streitkräfte nicht nur Oesterreichs, sondern auch Frankreichs, dessen Heereswesen durch die mexikanische Expedition und die Lässigkeit des Kriegsministers Marschall Randon auf's Tiefste herabgekommen war. Wir werden sehen, daß in der kritischen Zeit nach der Schlacht bei Königgrätz, als Drouyn de Lhuys auf eine energische Interventionspolitik drang, kaum 40,000 Mann gut ausgerüstete Truppen verfügbar waren, worin der Hauptgrund des Fallenlassens der Drouyn'schen Pläne lag. Vilbort, der französische Historiograph des 1866er Krieges, bemerkt in Bezug auf Oesterreich, er habe sich fast täglich überzeugen können, daß Graf Bismarck und General Moltke über Alles, was in Wien vorging, so genau unterrichtet waren, als ob der Eine Premierminister des Kaisers, der Andere Generalissimus der österreichischen Armeen gewesen seien. Das Kundschafterwesen haben Bismarck und Moltke sowohl im Kriege von 1866 wie in demjenigen von 1870 auf eine vordem noch nie erreichte

Höhe und Ausbildung gebracht; hierin lag eine der wesentlichsten Bedingungen der preußischen Erfolge, da alle Schwächen des Gegners wie in einem offenen Buche vor den Augen des politischen wie des militärischen Lenkers der Dinge ausgebreitet lagen.

Als Bismarck am 7. November 1865 aus Biarritz und St. Cloud nach Berlin zurückkehrte, stand in seiner Seele der Plan zum Kriege fest; er war entschlossen, die Existenz seines Staates, aber auch die eigene, daran zu setzen, den unentwirrbaren Knäuel der deutschen Frage mit dem Schwerte zu zerhauen.

Der durch die Gasteiner Convention geschaffene Scheinfriede war der kurzbeinigste aller je dagewesenen Friedensschlüsse dieser Art. General Manteuffel, dessen characteristische Beurtheilung des Gasteiner Vertrags wir oben citirt haben, machte den Anfang mit der Aufwühlung der still gewordenen Gewässer. Als Herzog Friedrich bei einem Besuche seines Vetters, des Herzogs Karl auf der Karlsburg im Schleswig'schen, auf der Durchreise in Eckernförde von der dortigen Bevölkerung mit allerhand festlichen Demonstrationen, Fahnen, Ansprachen und dergleichen, gefeiert wurde, erließ General Manteuffel ein Schreiben an ihn, daß er bei der ersten besten Wiederholung derartiger Vorkommnisse verhaftet und auf eine preußische Festung gebracht werden würde; zugleich beschwerte sich Manteuffel bei dem Freiherrn v. Gablenz, daß es immer noch nicht gelungen sei, dem Prinzen das Bewußtsein von seiner rein privaten Stellung beizubringen. Die Eckernförder Bürger wurden wegen ihrer Augustenburgerei mit starker Strafeinquartierung, ähnlich wie die Kurhessen 1850 mit „Strafbayern", bedacht und in Hadersleben hielt Manteuffel eine Ansprache an die dortigen Beamten, deren Schluß als ein ziemlich scharfes Avis nach Wien aufgefaßt werden konnte. „Der König Christian IX.", hieß es in dieser Rede, „hat seine Rechte an die Herzogthümer S. Majestät dem Kaiser von Oesterreich und

S. Majestät meinem allergnädigsten König übertragen. Das ist die einzige Basis, auf welcher die gesetzliche Ordnung in diesem Lande aufgebaut werden kann. Wer dieser Basis zuwiderhandelt, der hat es mit mir zu thun. . . . . Und noch Eins, wir fürchten den Krieg nicht, er ist unser Metier. Ich gehe morgen nach der Königsau und werde mir meine sieben Fuß Erde einmal ansehen." — Fast zu derselben Zeit erklärte die Kreuzzeitung in Berlin die preußischen Forderungen vom 22. Februar 1865 für einen „überwundenen Standpunkt"; die Annexion sei die einzig denkbare Lösung der schleswig-holsteinischen Frage.

Inzwischen spielte sich noch am Bundestage zu Frankfurt eine Episode ab, welche die ganze Ohnmacht des Bundes darlegen und selbst den bisher eifrigsten mittelstaatlichen Regierungen Anlaß geben sollte, die Flinte in's Korn zu werfen. Am 4. November stellten Bayern, Sachsen und Hessen-Darmstadt einen neuen Antrag in der schleswig-holsteinischen Frage, welcher in zwei Punkten darauf gerichtet war: 1. Preußen und Oesterreich um baldige Einberufung einer aus freien Wahlen hervorgehenden Landesvertretung der Herzogthümer zu ersuchen, damit dieselbe bei der definitiven Lösung der bezüglich der Zukunft des Landes noch schwebenden Fragen mitwirke; 2. daß die preußische und die österreichische Regierung auf Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund hinwirken. Erst nach vierzehn Tagen gaben die beiden Großmächte hierauf die Erklärung ab, daß man zwar noch immer an die Einberufung der Stände denke, aber den geeigneten Zeitpunkt dafür sich selbst vorbehalte, und daß zweitens über die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund für jetzt gar keine Erörterung stattfinden könne. Mit 8 gegen 7 Stimmen wurde denn auch der bayrisch-sächsisch-hessische Antrag nach dem Verlangen der Großmächte im „holstein-lauenburgischen Verfassungsausschuß" begraben, worauf die drei Antragsteller die entrüstete Erklärung abgaben, „daß sie ihre Aufgabe und Thätigkeit in dieser Auge-

legenheit innerhalb der Bundesversammlung als abgeschlossen betrachten und sich fortan auf eine laute und entschiedene Verwahrung gegen jede, der Grundlage des Rechtes fremde Abmachung beschränken werden." — Mit anderen Worten, es erklärten nunmehr auch Bayern, Sachsen und Hessen-Darmstadt, der Bund möge sich begraben lassen.

In den Herzogthümern begann der Krieg zwischen den beiden „Waffengenossen" Manteuffel und Gablenz vorerst in boshaften Anspielungen, wie die von F. M. L. v. Gablenz bei einem Besuche in Wilster (23. November) gesprochenen Worte: „Ich will hier im Lande nicht als türkischer Pascha regieren", was alle Welt als auf den siebenfüßigen General Manteuffel gemünzt ansah und in Holstein wie Schleswig bejubelt wurde. Als Antwort hierauf richtete Manteuffel in Schleswig das „Pascharegiment" erst recht ein, indem er, gestützt auf die von Dänemark in der schlimmsten Zeit des Willkürregiments dem Lande octroyirte Verfassung, alle mündlichen und schriftlichen Petitionen über allgemeine Landesangelegenheiten verbot und alle Vereinigungen zu solchem Zwecke strafbar erklärte. Nachdem sämmtliche unabhängigen Zeitungen Holsteins wie Schleswigs schon am 19. November verboten waren, vervollständigte dieser Manteuffel'sche Ukas die Mundtodtmachung des Landes. Manteuffel erreichte gleichwohl seinen Zweck nicht. Die Bevölkerung fügte sich zwar und schwieg, aber die stille und energische Opposition im Lande tönte laut aus Holstein herüber, wo Gablenz der Bevölkerung, der Presse und den Beamten jeden Spielraum gewährte, der sich mit den thatsächlich geschaffenen Verhältnissen irgendwie vereinigen ließ. Im Gegensatz zu Manteuffel, der in Schleswig eine scharfe Purifikation des Beamtenstandes in preußischem Sinne vorgenommen hatte, ließ Gablenz in Holstein die durchweg augustenburgisch gesinnten Beamten sämmtlich in ihren Aemtern und beschränkte weder das Vereinsrecht noch die Presse oder das Petitionsrecht. Der Augustenburger blieb unangefochten im Lande und es

konnte keinen grelleren Gegensatz geben wie das Manteuffel'-Regiment in Schleswig und das Gablenz'sche in Holstein. Das Verhältniß zwischen den beiden Großmächten war genau dasselbe, wie es vor der Gasteiner Convention gewesen war. Mit diesen Aussichten trat Deutschland in das Jahr 1866 hinüber.

Die Parteien in Deutschland zu Beginn des Jahres 1866.

Fünfzig Jahre hindurch war das deutsche Volk, die kurze Unterbrechung des Jahres 1848 ausgenommen, von der übergroßen Mehrheit seiner Regierungen auf die abscheulichste Weise mißhandelt, in seinen gerechtesten und bescheidensten Forderungen auf ein nationales Dasein niedergehalten und verhöhnt worden. Zaunkönige, deren geistige Beschränktheit auf gleicher Höhe mit ihrem Souveränetätsdünkel stand und welche unfähig waren, sich mit dem Gedanken eines großen und mächtigen deutschen Vaterlandes auch nur entfernt vertraut zu machen, deren Charactereigenschaften und Lebensinhalt auf einer so niedrigen Stufe stand, daß sie unwillkürlich den schärfsten Spott jedes denkenden Ausländers herausforderten[1]), waren mit Hülfe des Bundestags im Stande, nicht nur jeden politischen und nationalen Fortschritt in Deutschland zu hemmen, sondern auch durch List oder Gewalt ihren Unterthanen die längst erworbenen Rechte im eigenen Heimathländchen vorzuenthalten. Das wirthschaftliche Leben in den meisten Kleinstaaten konnte trotz Zollverein und Eisenbahnen keinen Aufschwung nehmen, weil auf fast allen Verkehrsgebieten fort und fort die Hemmnisse eines unsäglich kleinlichen Particularismus, ja selbst die persönlichen Launen der Fürsten und ihrer Minister

[1]) Wir erinnern nur an Disraeli's nnd Thackeray's Schilderungen, sowie an die bekannte Operette: „Großherzogin von Gerolstein". Desgleichen an Bismarcks Urtheil (S. 37 und 42 dieses Buches).

sich geltend machten. In Zwergstaaten, die man mit einem schnellen Pferde in einem einzigen Tage von einem Ende bis zum andern durchmessen konnte, war das Zweikammersystem — eine Adelskammer und eine aus den Abgeordneten von Bürgern und Bauern gebildete Kammer — die Regel; an der Spitze des „Staatsministeriums" stand gar manchmal ein Fürst oder Prinz aus den im Lande ansässigen „standesherrlichen" Familien, deren Legitimitätsdünkel kaum geringer war, als der des souveränen Landesfürsten.[1]) Wie mit den Rechten der Bevölkerung umgesprungen wurde, davon lieferte nicht nur der Kurfürst von Hessen, sondern auch gar Mancher seiner Mitfürsten im übrigen Deutschland schlagende Beweise; ja man kann sagen, daß die kurhessischen Zustände, wenn sie nicht in dem politischen Schachspiel zwischen Preußen und Oesterreich eine besonders markante Rolle gespielt hätten, sich kaum von denjenigen in anderen deutschen Kleinstaaten unterschieden haben würden. In Nassau trat am 30. März 1865 der eben gewählte Präsident der II. Kammer, Herr Nast, sein Amt mit einer Rede an, in der u. A. Folgendes gesagt war:

„Die Hoffnung, es werde sich die Regierung von der Unhaltbarkeit ihres Systems überzeugen, sei nicht in Erfüllung gegangen; bei den vorletzten Wahlen sei die Wahlfreiheit auf unverantwortliche Weise geschmälert

[1]) Am 23. September 1865 überreichte der preußische Major Graf Theodor Stolberg-Wernigerode im Palast Farnese zu Rom in Gegenwart der Minister und des Hofes dem verjagten „Re bomba" von Neapel im Namen und als Zeichen der Huldigung des deutschen Adels einen silbernen, mit kostbaren Steinen besetzten Ehrenschild mit folgender Ansprache: „Nachdem Ew. Majestät und Ihre Majestät die Königin vor vier Jahren aus den Händen des Fürsten von Sayn-Wittgenstein eine von mehreren hundert deutschen Edelleuten unterzeichnete Adresse entgegenzunehmen geruhten, wodurch wir uns erlaubten, Ihnen den Tribut unserer Ehrfurcht darzubringen, zum Zeugniß, daß wenn uns nicht heilige Bande bei unseren eigenen Fürsten zurückgehalten hätten, wir Alle mit dem Schwert in der Hand herbeigeeilt wären, um uns an der heldenmüthigen Vertheidung von Gaëta zu betheiligen und dort für das legitime Prinzip zu sterben. . . . ." ꝛc. ꝛc.

worden, aber bei der letzten Wahl sei es noch schlimmer hergegangen; von der Ausübung eines verfassungsmäßigen Rechts der Wahlfreiheit sei an vielen Orten nicht mehr die Rede gewesen, das freie Wahlrecht, ja sogar das freie Hausrecht, sei von den Behörden verkümmert und nicht mehr geachtet worden; man müsse aus diesem unheilbringenden Zustand, einem Zustand der polizeilichen Bedrückung, jetzt heraustreten."

Als Antwort auf solche Klagen und die vollkommen gerechtfertigten Beschlüsse, wodurch die mißbräuchlich mit Hülfe der Polizei zu Stande gebrachten Wahlen der meisten „regierungsfreundlichen und conservativen" Mitglieder der Kammer von der Majorität der letzteren für ungültig erklärt worden waren, löste die Wiesbadener Regierung den Landtag einfach auf und etablirte dasselbe budgetlose Regiment, wie es seit Jahren in Preußen bestand.

In demselben Ländchen wurde auch in allen übrigen Dingen das Bismarck'sche Regiment in Preußen bis zur lächerlichsten Carrikatur nachgeahmt. Eine „Heeres-Reorganisation" wurde gegen den Widerspruch der II. Kammer in der Art durchgeführt, daß auf eine „Armee" von kaum 3000 Mann nicht weniger als sieben Generale kamen, also auf etwa 400 Soldaten ein General. Ein homerisches Gelächter erhob sich darüber am ganzen Rhein, zumal im benachbarten Hessen-Darmstadt (vergl. die geistvolle Schrift: „Leben und Thaten des Generals Lederer vom Knopfe") ähnliche Militärzustände herrschten. Der Abg. Schenk wurde im klaren Widerspruch gegen das Verfassungsrecht — die rechtsgültige Verfassung von 1849 war von der Regierung einseitig aufgehoben und um deren Reactivirung drehte sich hauptsächlich der Streit mit der Landesvertretung — wegen seiner Aeußerungen in der Kammer gerichtlich zur Verantwortung gezogen; man mußte jedoch diesen Knebelungsversuch bald fallen lassen. Gegen die Wiederwahl des Abg. Braun im Kreise Rüdesheim ging die Regierung mit gewaltsamen Mitteln, Einbrüchen in das Hausrecht u. s. w., vor. Weil anderwärts im Ländchen die Beamten

nicht gleiche „Energie“ entfaltet hatten wie im Kreis Rüdesheim, fanden nach Abschluß der Wahlen zahlreiche Strafversetzungen, ja sogar Dienstentlassungen statt. Zweimal nahm der Herzog die von der Kammer an ihn gerichtete Adresse einfach nicht an. Prinz Wittgenstein, der „Staatsminister“, thronte in diesem schönen Ländchen, das doch eigentlich nur ein Liliputstaat war, wie ein Zeus in den Wolken und schützte alle Feudalrechte, z. B. das 1848 aufgehobene, später rechtswidrig wieder hergestellte Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden, mit äußerster Energie gegen die Beschlüsse der II. Kammer.

Die Lage Deutschlands zu Ende 1865 war mit einem Worte eine geradezu trostlose. Der Aufschwung, welchen der nationale Geist unmittelbar nach dem Tode König Friedrichs VII. von Dänemark und der damit verbundenen Ereignisse genommen hatte, war nun seit länger als zwei Jahren auf die härteste Probe gestellt worden; Preußen und Oesterreich hatten trotz der — ganz wesentlich durch die Verblendung und den Eigensinn Dänemarks herbeigeführten — Befreiung der Herzogthümer vom dänischen Joch alles nur irgend Mögliche gethan, um jede selbständige Regung des deutschen Geistes gewaltsam niederzuhalten und der Bevölkerung der Herzogthümer selbst keinen Einfluß auf die Regelung ihrer zukünftigen Verhältnisse zu gestatten. Das Bundesland Lauenburg, in welchem allerdings ein überwiegend feudaler Landtag sich für den Anschluß an Preußen ausgesprochen hatte, war „gleich einer Viehheerde“, wie damals selbst die gemäßigtesten Liberalen in Deutschland sich ausdrückten, von dem Kaiser von Oesterreich für baare $2^1/_2$ Millionen dänischer Reichsthaler an die Krone Preußen verkauft worden, welche der heimischen Volksvertretung das Recht bestritt, sich irgendwie in diese Sache einzumischen, da es sich nur um einen Privatbesitz der Krone, ähnlich wie einst bei dem Fürstenthum Neuenburg in der Schweiz, handle. Freilich bestimmte ein Artikel der preußischen Verfassung: „der König kann nicht Herrscher fremder Reiche sein“, allein Bismarck

bewies mit Berufung auf verschiedene Staatsrechtslehrer und sogar auf eine Stelle in Shakespeare's Dramen, daß Lauenburg kein „Reich" im Sinne der Verfassung sei; als der Landtag trotzdem die Erwerbung Lauenburgs für verfassungswidrig erklärte und eine bezügliche Protestresolution faßte, kümmerte sich Graf Bismarck darum ebensowenig wie um alle anderen Beschlüsse des Abgeordnetenhauses, da er ja die $2^1/_2$ Millionen Thaler ohne die Hülfe des letzteren beschaffen konnte. Hatte doch selbst kurz vor dem Gasteiner Vertrag der Handelsminister Graf Itzenplitz es als ein Leichtes erklärt, 20 Millionen Thaler für die ersten Kosten eines Krieges mit Oesterreich ohne Hülfe des Abgeordnetenhauses flüssig machen zu können. Das Regiment des Grafen Bismarck in Preußen war in den Augen der öffentlichen Meinung ganz Deutschlands nichts anderes als der erklärte Ausdruck absoluter königlicher Gewalt, vor der selbst unzweifelhaft verfassungsmäßige Rechte biegen oder brechen mußten, einer vermeintlich ungemessenen Militärliebhaberei, der die materiellen Interessen des Landes rücksichtslos geopfert würden, eines „bornirten Junkerthums" — die „Kreuz-Zeitung" selbst hatte diese „patriotische Bornirtheit" als einen großen Vorzug gepriesen — auf welches sich die preußische Regierung im Herrenhause und in einer fast verschwindenden Minorität des Abgeordnetenhauses allein stützte und das sich nur deßhalb der königlichen Macht als Stütze darbot, weil es sie in seinem eigenen Interesse auszubeuten gedachte, geradeso wie in dem traurigen Jahrzehnt von 1850 bis 1860. „Die Zustände in Preußen", sagt ein unparteiischer Historiker[1]), „waren in der That nichts weniger als verlockend für das übrige Deutschland und die Urtheile, die damals über dieselben in ganz Deutschland, sozusagen einstimmig gefällt wurden, haben auch heute noch von ihrer Begründung nichts

[1]) „Ueberblick der Ereignisse des Jahres 1866" in Schultheiß' Geschichtskalender von 1866.

verloren. Die Verfolgung der Presse, die z. B. in Königsberg alles Maß überschritt, die Beschränkung der Gemeindefreiheit durch umfassende und beharrlich fortgesetzte Nichtbestätigung der von den Stadtverordneten in die Magistrate Gewählten in einer langen Reihe von Städten, was am Ende zu einer totalen Beseitigung aller Gemeindefreiheit, der Unterlage aller politischen Freiheit überhaupt, führen mußte, endlich Erscheinungen, wie der Obertribunalsbeschluß vom 29. Januar 1866, welcher mit Hülfe von beigezogenen „Hülfsrichtern" unter offenbarer Beugung des klaren Verfassungsrechtes, sogar die Redefreiheit der Volksvertreter im Abgeordnetenhause unter die Controle und Aufsicht der Staatsanwälte stellte — Alles dies war, von vielem Anderen ganz zu schweigen, wahrlich nicht geeignet den preußischen Ansprüchen auf die Leitung von ganz Deutschland den Weg zu ebnen. Statt moralischer Eroberungen, von denen früher soviel gesprochen wurde, war Preußen fast geflissentlich bemüht, ebensoviel moralische Niederlagen in Deutschland einzuheimsen."

In den wichtigsten und entscheidenden Punkten der allgemeinen Politik unversöhnliche Feinde, zwischen denen nach beiderseitiger Ueberzeugung nur das Schwert den Ausschlag geben konnte, gingen Preußen und Oesterreich doch mit rührender Eintracht überall da zusammen, wo es sich um Bekämpfung der „Revolution" handelte, worunter man jede oppositionelle Regung des Volksgeistes verstand. Noch im October 1865 hatten der preußische Unterstaatssecretär v. Thile und der österreichische Minister Graf Mensdorff — genau zu derselben Zeit als Graf Bismarck in Biarritz den Strick drehte, welcher Oesterreich um den Hals geworfen sollte — in identischen Noten die Regierung der freien Stadt Frankfurt mit Sequestration der Regierungsgewalt in dieser kleinen Republik bedroht, weil sie es nach den bestehenden Gesetzen nicht verhindert hatte und nicht verhindern konnte, daß auf dem dort abgehaltenen Abgeordnetentag vom 1. October einige scharfe Reden

gegen die preußische Politik gehalten waren und „subversive Bestrebungen", wie es in den beiden Noten hieß, sich hatten geltend machen können. Freilich nahm man in Wien, als der Senat von Frankfurt gegen solch' ungerechte, das Bundesrecht nicht nur wie das Recht jedes Deutschen mißachtende Bedrohung protestirte, den begangenen dummen Streich wieder zurück; allein der Schritt stand doch nur im Einklang mit der gesammten Richtung der österreichischen Politik seit dem Herbst 1863 und sehr zutreffend konnte ein Frankfurter Mitarbeiter der Augsburger Allgemeinen Zeitung[1]) folgende prophetische Worte in diesem Blatt veröffentlichen: „Glaubt das österreichische Cabinet in seiner deutschen Politik den rechten Weg zu gehen, nun wohl — habeat sibi. Die Hauptfolgen wird Oesterreich selbst zu tragen haben. Das Schlimmste, was uns begegnen kann, ist, daß wir preußisch werden wie Schleswig-Holstein. Wir können das aushalten, wenn es so sein muß; ob es Oesterreich aushalten kann, ist nicht unsere Sache. Aber man soll uns mit den offiziösen Redewendungen von der innigen Verbindung mit Oesterreich verschonen, welche für unsern Verstand anfangen, beleidigend zu werden. Man sage uns gerade heraus: „Oesterreich hat mit sich selbst zu thun und kann sich nicht um Deutschland bekümmern. Seht da draußen, wie Ihr mit Preußen durchkommt. Die höchste Freundschaft, die wir euch erweisen können, ist, daß wir eurem Uebergang unter preußische Herrschaft durch ein dazwischen geschobenes Condominium eine mildere Form geben helfen" — nun so wissen wir, woran wir sind! Aber man verschone uns mit jenen Liebkosungen, als handle es sich, wenn wir widersprechen, um das Schmollen von Liebenden, da wir Männer sind, die Politik treiben und ebenso mit den trugvollen offiziösen Versicherungen des Festhaltens am Föderativsystem!"

Das hier geschilderte Verfahren der Regierungen hatte

[1]) Der verstorbene Dichter Friedrich Hornfeck.

natürlich seine starke Rückwirkung auf die in Deutschland vorhandenen Parteien und deren Haltung. Soweit die allgemeinen deutschen Fragen in Betracht kamen, standen sich als geschlossene Parteien der großdeutsche Reformverein und der Nationalverein gegenüber, von denen der erste für den von Oesterreich beschützten und ausgebeuteten Particularismus der Mittelstaaten, der zweite für die preußische Hegemonie arbeitete. Seit dem Jahr 1864 hatte jedoch Oesterreich dem einen, Preußen dem andern den Boden unter den Füßen entzogen: Oesterreich, indem es sich mit Preußen gegen die Mittelstaaten und den immer mehr gedemüthigten und lahmgelegten deutschen Bund verband; Preußen, indem es nicht nur dem Selbstbestimmungsrechte des schleswig-holsteinischen Volkes, das der Nationalverein soweit thunlich und mit den nationalen Bedürfnissen vereinbar aufrecht erhalten wollte, gewaltsam entgegentrat, sondern auch im eigenen Lande ein an vollständige Willkür streifendes absolutistisches Regiment herzustellen suchte. Selbst die entschiedensten Freunde der preußischen Hegemonie in Deutschland konnten es kaum mehr wagen, diesen Standpunkt offen und ehrlich zu vertreten, wollten sie nicht von vornherein eines Fiasco sicher sein. Auf der Generalversammlung des Nationalvereins in Eisenach vom 29. bis 31. October bezeichnete Miquel, seit 1890 Staats- und Finanzminister in Preußen, die etwaige Annexion der Herzogthümer an Preußen als ein „nationales Unglück", dem man mit allen Kräften sich widersetzen müsse. Um nicht innerhalb des Vereins, welcher doch immerhin eine große Bedeutung für das politische Leben Deutschlands hatte, eine tiefgehende Spaltung eintreten zu lassen, mußte man sich nach dreitägigen stürmischen Debatten mit vorher sorgfältig ausgearbeiteten Resolutionen begnügen, welche die entscheidenden Fragen der künftigen Neugestaltung Deutschlands ganz bei Seite ließen!

Freilich that in Berlin die gouvernementale Presse Alles, was nur irgend geeignet war, den deutsch-nationalen Geist zu

verhöhnen und ein geradezu abschreckendes Bild von der zukünftigen Gestaltung Deutschlands, wenn man dafür die vorausgesetzten Pläne Bismarcks als Ausgangspunkt nahm, zu zeichnen. Wir setzen als Beispiel die folgende Auslassung des feudalen „Publizist", dessen Beziehungen zur Regierung notorisch waren, vom 21. September 1865 hierher:

„Woran wir in den sieben Jahren des Bestehens unseres Blattes festgehalten haben, das ist folgendes: *Preußen muß in Deutschland herrschen bis zur Maingrenze.* Heute liegt die Frage so: Deutschland mit oder ohne Oesterreich. Mit dem „deutschen Parlamente" und dem „deutschen Volke" (!) ist genau so wenig los wie mit dem deutschen Bundestage. Will Preußen seine Grenzen, sei es unmittelbar oder mittelbar, an den Main vorschieben, so hat es dabei nichts zu erwarten, weder von einem deutschen Parlamente *noch von einem deutschen Volke.* Ob wir auch einer landläufigen Phrase damit in's Gesicht schlagen, so sagen wir doch: es *giebt kein „deutsches Volk".* Nun denn, Preußen darf sich an diesen Widerstand der allezeit zungenfertigen, aber niemals opferwilligen Opposition in den klein-deutschen Parlamenten nicht kehren. Es *muß* die Grenzen seiner *militärischen* Herrschaft bis an den Main verlegen; es muß dies, wenn mit Oesterreich darüber keine Einigung zu erzielen ist, selbst auf die Gefahr *eines Krieges* mit Oesterreich thun. Mit einem Worte: unsere Politik *ist das Aufgehen Deutschlands in Preußen* und *damit* die Umgestaltung Preußens zu Deutschland."

Es ist leicht zu ermessen, welchen Eindruck derartige Aeußerungen, die man als den Ausdruck der Bismarck'schen Politik betrachten durfte, im nichtpreußischen Deutschland, namentlich in Süddeutschland, machen mußten. Das also war des künftigen Krieges Ziel: daß es kein deutsches Volk mehr geben sollte, sondern nur ein bis zur Maingrenze vergrößertes Preußen! Hatte sich Oesterreich bei dem deutschen Volke compromitirt, ja verächtlich gemacht, so sammelte sich in den Gemüthern gegen das offizielle Preußen der Conflictsjahre ein geradezu leidenschaftlicher Haß an; man malte sich das Bild, unter solcher Herrschaft stehen zu müssen, in den denkbar schreckhaftesten Farben aus und wurde dabei durch die fortwährenden

Kampfszenen im Abgeordnetenhause zwischen Regierung und Volksvertretung aufs Wirksamste unterstützt. Was man auch im entgegengesetzten Sinne sagen mag, der Mensch, wenigstens der civilisirte und gebildete Mensch, wird des fortwährenden Zankes und Streites, wie er nun seit Jahren in Preußen ganz resultatlos für die höheren Zwecke des Staatslebens tobte, bald bis zum Ekel und Ueberdruß müde. Die Vorstellung setzte sich immer mehr in den Gemüthern fest, daß Bismarck den Bürgerkrieg in Deutschland weit weniger um großer nationaler Ziele willen, die ja (s. o.) seine eigenen Preßorgane cynisch ableugneten, als vielmehr zu dem Zwecke suchte, um aus der völlig unhaltbar gewordenen inneren Lage Preußens herauszukommen. In der That läßt sich behaupten, daß Bismarck nach dieser Seite hin in eine vollständige Sackgasse gerathen war. Er hatte den Widerstand des Abgeordnetenhauses gegen das verfassungswidrige budgetlose Regiment seit nun fast vier Jahren nicht nur nicht zu brechen vermocht, sondern durch die gehässigen und willkürlichen Maßregeln gegen Presse, Vereine, Gemeindefreiheit, ja selbst gegen die Redefreiheit im Parlamente — wobei das höchste Gericht des Landes sich servil und brauchbar wie weiland die Stafford'sche „Sternkammer" in England erwiesen hatte — nur noch zu immer stärkerer Kraft entflammt. Der sonst in Preußen so starke monarchische Sinn machte allmählich einer fast revolutionären Stimmung Platz, was wenigstens dem kronprinzlichen Paar sehr ernste Besorgnisse einflößte, weshalb es auch gerade in der kritischen Zeit des bevorstehenden Bruches mit Oesterreich nichts weniger als auf Seiten Bismarcks stand. Dieser hatte überhaupt am Hofe mehr Gegner, als man im Publikum ahnte, und mußte sehr geschickt manövriren, um den fast siebenzigjährigen König vor Einflüssen zu bewahren, die mit der Politik des Ministers in directem Widerspruch standen. Sicherlich würde das Regiment Bismarck ohne den eingetretenen Krieg das Jahr 1866 nicht überdauert haben, denn im Grunde hatte

seine „Kampfespolitik“ im Inneren Fiasco gemacht und wir werden sehen, daß auch seine auswärtige Politik noch ganz kurz vor dem Ausbruch des Krieges selbst um ein Haar bei dem König zu scheitern drohte.

Dieser Zustand der Dinge in Preußen hat es hauptsächlich verschuldet, daß zu Beginn des Jahres 1866 bis zum Ausbruch des Krieges selbst diejenigen Parteien in Mittel- und Süddeutschland, welche von der österreichischen Politik nichts weniger als erbaut waren und derselben unter anderen Umständen sicherlich keine Heeresfolge geleistet haben würden, nach und nach immer mehr in das österreichisch-bundestägliche Fahrwasser hineingetrieben und sogar für die oben geschilderten Sünden der Kleinstaaterei aus Haß gegen das Bismarck'sche Preußen unempfindlich gemacht wurden. Vom Standpunkte der Volksinteressen aus wäre es sicherlich das Richtige gewesen, wenn namentlich die demokratischen und entschieden freisinnigen Elemente das wachsende Zerwürfniß zwischen Preußen und Oesterreich, die Ohnmacht des Bundestags und der mittel- und kleinstaatlichen Regierungen für Verwirklichung des Parlamentsgedankens ausgenutzt und auf die Cabinete mit ihren rein dynastischen Interessen gar keine Rücksicht genommen hätten; seit 1848 war kein so günstiger Augenblick dagewesen, um der Machtlosigkeit der Einzelfürsten einen energischen und zielbewußten Volkswillen gegenüberzustellen, wie ihn das Frühjahr 1866 bot. Aber diese Einsicht machte sich nur in den Köpfen sehr weniger klardenkender Männer geltend; bei den meisten Tagespolitikern, Wortführern in der Presse, Vereinen und Kammern, waltete die Leidenschaft, nicht die Kühle politischer Berechnung vor. „Der preußische Parlamentsantrag“, sagt der schon oben von uns citirte Historiker, war ein Markstein, von Preußen in richtiger Berechnung zum voraus mitten in die kommenden Ereignisse hineingesetzt, für den Augenblick hatte er nur die Bedeutung eines Ferments; weder am Bundestage, noch in der öffentlichen Meinung war

ihm eine Stätte bereitet. Die entschiedene und allgemeine Abneigung, die im übrigen Deutschland, das die nationale Befriedigung auf einem ganz anderen Wege erstrebte, herrschte, trieb die Mittelstaaten mehr und mehr auf die Seite Oesterreichs. Ebendahin trieb auch der natürliche Instinct des Beharrens, der sich unmittelbar vor großen Krisen noch überall und zu allen Zeiten in weiten Kreisen geltend gemacht hat. Die Ungewißheit, ob und welches Ziel die einmal entfesselten Kräfte der Gewalt erreichen oder finden würden, während es unzweifelhaft ist, daß der Weg dahin durch Blut und Opfer und Leiden aller Art führt, söhnt momentan mit dem Bestehenden aus und drängt dazu, sich scheu vor dem Kommenden an das Bestehende noch einmal krampfhaft anzuklammern, auch wenn man weiß, daß es morsch und faul ist und eine haltbare Stütze nimmermehr gewährt. Jeder Einsichtige hatte längst erkannt, die öffentliche Meinung selbst war davon durchdrungen, daß der alte Bund einer legalen Reform gar nicht fähig sei, daß jede Reform, die der Bundestag in die Hand nahm, entweder scheitern oder sich als bloße Scheinreform herausstellen werde, daß wenn die Reform den Bedürfnissen der Nation wirklich entsprechen sollte, ganze Arbeit gemacht und damit begonnen werden mußte, vor allem gerade den Bundestag, diese Hauptstütze des unberechtigten Particularismus, zu den Todten zu werfen, zu denen er thatsächlich längst gehörte. Dennoch wurde der Bund und selbst der Bundestag momentan sogar bei der sog. demokratischen Partei fast populär, weil er gegen Preußen verwendet werden konnte, dessen Ziele unklar und jedenfalls nicht auf der Linie demokratischer Tendenz lagen. Die Partei tröstete sich damit, die Reform der Bundesverfassung werde nach der Besiegung Preußens um so ungehinderter in Angriff genommen und durchgeführt werden können. Einen ähnlichen Trost hatten die Organe derselben Partei bezüglich Oesterreichs bei der Hand, dem man sich, obwohl dort die Verfassung sistirt war und augenblicklich so ziemlich ganz absolut

regiert wurde, gegen Preußen anschließen oder richtiger gesagt unzweifelhaft unterordnen mußte: tagtäglich erwarteten sie den Sturz des sog. Grafenministeriums und seine Ersetzung durch ein liberales Cabinet aus den Häuptern des ehemaligen Reichsraths. Wer sich einen freieren Blick bewahrt hatte und mit den realen Kräften zu rechnen gewohnt war, die den wechselnden politischen Erscheinungen und Combinationen zu Grunde lagen und am Ende doch in dieser oder jener Form den Ausschlag geben, ließ sich von solchen Illusionen allerdings nicht leiten. Nicht Wenige immerhin erkannten in Preußen trotz Bismarck und des Junkerthums, auf das er sich momentan allerdings fast ausschließlich stützte, den modernen Staat, der seit dem Sturze Napoleons in der inneren Entwicklung aller Kräfte keiner anderen europäischen Macht nachstand und die meisten wo nicht alle verhältnißmäßig um Kopfeslänge überragte, der seine Volkszahl, und zwar eines nüchternen, thätigen, an Disziplin gewöhnten Volkes, seit 50 Jahren fast verdoppelt hatte und dies namentlich dadurch, daß er, wenn auch mit einigen Schwankungen und momentanen Mißgriffen oder Rückfällen in veraltete Ideenströmungen, doch im Ganzen und Großen fortdauernd in Anerkennung jeder geistigen Kraft dem Fortschritte der Wissenschaft auf allen Gebieten des Staatslebens mit großer Anstrengung gerecht zu werden gesucht hatte und seiner ganzen Anlage und damit auch seinem eigentlichen Berufe auf die Dauer unmöglich untreu werden konnte. Dagegen vermochten sie nichts von alledem in Oesterreich zu erkennen. Bis zum Jahre 1848 war Oesterreich vom Fürsten Metternich in einer politischen Stagnation und politischen Versumpfung festgehalten worden, die in der Geschichte nicht ihres Gleichen hat. Durch eine furchtbare Revolution gewaltsam daraus aufgerüttelt, machte es seither die entgegengesetztesten Versuche bald auf absolutistischem, bald auf liberal-constitutionellem Wege, sein verlorenes Gleichgewicht und seine erschütterte europäische Machtstellung wieder zu gewinnen, allein

bisher wenigstens ohne Erfolg. Die Ursache lag vornehmlich darin, daß die leitenden Staatsideen in Oesterreich unter den wechselnden äußeren Formen doch immer dieselben blieben, daß diese Ideen nicht die unserer Zeit, sondern die des Mittelalters waren, wie sie im 17. Jahrhundert für Oesterreich restaurirt worden waren, daß Oesterreich den modernen Staat verwarf und dafür von den Anhängern einer entschwundenen Zeit als der einzig conservative Staat in Europa und zwar mit Recht gepriesen wurde. Oesterreichs Stellung in Deutschland und in Italien hing mit diesen Ideen historisch und politisch aufs Engste zusammen. Sie mußten nothwendig durch jede Erschütterung dieser Stellung ebenfalls erschüttert, durch jede Sicherung oder gar Erweiterung derselben neu gestärkt werden. Man weiß, welche ausschweifende Pläne und Hoffnungen auf Reaction und Restauration im Jahre 1859 an den gehofften und erwarteten Sieg Oesterreichs geknüpft wurden, während seine Niederlage den Oesterreichern das Octoberdiplom und die Februarverfassung einbrachte. Wer in der Weltgeschichte große Strömungen erkennt, die anscheinend den Stempel der Nothwendigkeit vor sich her tragen und denen sich die ganze Masse vereinzelter Erscheinungen beugen und unterordnen muß, konnte von einem Siege Oesterreichs im Jahr 1866 nichts anderes gewärtigen, als von einem solchen im Jahr 1859 zu gewärtigen gewesen wäre. Soviel ist wenigstens für Oesterreich selber sicher, daß der seither erfolgte Ausgleich mit Ungarn nicht eingetreten und die Februarverfassung sicherlich nicht reactivirt, sondern ohne allen Zweifel definitiv aufgehoben worden wäre, da die Regierung, neu erstarkt und ihren Standpunkt wiederum wie vor 1849 in der auswärtigen Politik und der europäischen Machtstellung des Staates findend, weder Ungarns noch der Februarverfassung und ihrer Anhänger bedurft hätte. Diese und ähnliche verständige Erwägungen der gegenseitigen Stellung Preußens und Oesterreichs widersprachen jedoch der bereits eingetretenen Strömung im übrigen Deutsch-

land, namentlich aber in Süddeutschland, wo man theilweise ganz bewußt nichts mehr von verständigen Erwägungen hören, sondern sich lediglich gemüthlichen Erregungen hingeben wollte."

Unter solchen Stimmungen und Strömungen der öffentlichen Meinung näherte sich immer mehr der Zeitpunkt, in welchem der faule und trügerische Friede des Gasteiner Vertrags dem definitiven Bruche zwischen den beiden deutschen Großmächten Platz machen sollte. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß gerade der „Preußenhaß", der sich in Folge des Bismarck'schen Conflictsregimentes in dem größten Theile des nichtpreußischen Deutschland breit machte, wesentlich dazu beitrug, Oesterreich zu dem Wagniß eines Doppelkrieges zu ermuthigen, der schon seine militärischen, geschweige denn seine finanziellen und moralischen Kräfte bei weitem überstieg. Die Lage der Dinge in Oesterreich schilderte damals ein jetzt ziemlich vergessener politischer Agent und Kundschafter verschiedener Höfe (Staatsrath Klindworth) dem sächsischen Gesandten Graf Vitzthum in London[1]) in folgender Weise: „Im Inneren dauere das Intriguenspiel fort. Moritz Esterhazy sei Herr der Lage, leite hinter den Coulissen die Marionetten (Minister). Er allein habe das Ohr des Kaisers. Er allein wähle aus den Berichten der Botschafter und Gesandten das, was Seiner Majestät vorgelegt wird. Wird er sich entschließen, als Premierminister amtlich hervorzutreten? Das sei ungewiß. Vor der Hand habe er sich eingestandenermaßen absichtlich mit Nullitäten und mit dienstwilligen Werkzeugen umgeben.... Als Ausgang aller dieser Intriguen sei der Dualismus im Kaiserstaate; d. h. ein zwischen Wien und Pest hin- und herschwankendes Regiment, unvermeidlich. Die Ungarn dächten nicht daran, Conzessionen zu machen. Nur von ihren Präten-

[1]) S. dessen Denkwürdigkeiten S. 151 ff. Die Characteristik Esterhazys findet sich S. 232 dieses Buches mitgetheilt.

sionen, nicht von ihren Gegenleistungen, sei die Rede. . . . . Eine wandernde Commission, die das eine Jahr in Wien, das andere in Pest zu tagen haben werde, scheine die besten Chancen zu haben. Auswärtiges Amt und Armee wünsche man als Reichsangelegenheiten in der Hand zu behalten. Vom Kaiser allein solle es abhängen, ob er die in seiner jeweiligen Residenz weilenden ungarischen Minister zu Reichsministern machen wolle oder nicht. Man tappe übrigens ganz im Dunkeln, habe nichts Positives vorzuschlagen und wenn diese Rathlosigkeit fortdauere, stehe der Zerfall der Monarchie zu befürchten. . . . . Anlangend die auswärtige Politik, so wisse der Kaiser aus des Königs Munde (in Salzburg), daß dieser jede territoriale Entschädigung Oesterreichs in Schlesien (für die gutwillige Abtretung der österreichischen Rechte in Schleswig-Holstein) als unmöglich abgelehnt habe. Dies habe seine Wirkung nicht verfehlt. Esterhazy sei jetzt ganz antipreußisch, wünsche aber den status quo in den Herzogthümern zu erhalten, solange die innere ungarische Frage noch nicht gelöst sei. . . . Wichtiger als die Aussöhnung mit Ungarn sei die Aussöhnung mit Deutschland. Hier sei Entschlossenheit dringend geboten und der Augenblick zum Handeln gekommen. Die Entschädigungssumme von 40 Millionen Thaler, welche Preußen für Holstein offerirt, habe man in Wien abgelehnt. Territoriale Compensationen seien nicht zu erlangen. Sonach bleibe nichts übrig als Schleswig, wo die Bundescompetenz zweifelhaft, unter Protest Preußen zu lassen, aber in Holstein energisch vorzugehen, die Stände zu berufen, Friedrich VIII. einsetzen zu lassen und den Bundestag zu reactiviren. In diesem Sinne habe er (Klindworth) nach Wien geschrieben und wolle er jetzt dort wirken. Die Frage sei nur, ob Oesterreich in Frankfurt auf eine Majorität rechnen könne. Daß der König von Preußen den Grafen Bismarck fallen lassen werde, wenn dies das einzige Mittel den Frieden zu erhalten, sei unzweifelhaft. . . . In Bezug auf Italien sei jede Verstän-

digung mit Florenz, ja selbst die bloße Anerkennung des Königreichs Italien, ein Ding der Unmöglichkeit. Man habe in Wien die Hoffnung, nach Napoleons Tode Mailand und die Lombardei zurückzuerobern, keineswegs aufgegeben. Esterhazy spiele den heißblütigen Katholiken und hoffe dadurch seinen kaiserlichen Herrn immer mehr für sich zu gewinnen. Unlängst habe derselbe nach dem Vorgange des französischen Botschafters Herzog Grammont[1]) den abenteuerlichen Gedanken gehabt, die französischen Truppen in Rom durch österreichische und spanische zu ersetzen und so das Protectorat über das Papstthum zu gewinnen."

So war das Oesterreich von 1866 beschaffen, dem sich in jener gährenden haßerfüllten, leidenschaftlichen Periode sogar die süddeutschen Demokraten in die Arme werfen! Dem Verfasser dieses Buches ist ein merkwürdiges Beispiel von dieser Verblendung aus persönlicher Erfahrung bekannt. Eine große, damals in Mittel- und Süddeutschland sehr einflußreiche Zeitung von erklärter demokratischer Richtung wurde von einem ihrer klarblickendsten und geistvollsten Mitarbeiter beschworen, doch in dieser kritischen, vielleicht für Jahrhunderte entscheidungsschwangeren Zeit ohne jede Gefühlspolitik und Voreingenommenheit lediglich die Volksinteressen zu vertreten und sich nicht in das Schlepptau der österreichischen Politik nehmen zu lassen, deren Sieg für Deutschland noch verderblicher sein werde, als derjenige Bismarcks. Es wurde über diesen viele Seiten langen Brief, welcher ein Meisterstück klarer Politik war und jedem practischen Staatsmanne Ehre gemacht haben würde, eine langdauernde Redactionsberathung abgehalten, der auch der Verfasser dieses Buches als jüngstes Mitglied der Redaction beiwohnte. Das Resultat war, daß der blinde Haß gegen

[1]) Siehe auch des Letzteren Privatbrief vom 15. September 1862 in Thouvenel „Le Secret de l'Empereur".

Bismarck überwog und die Rathschläge des Warners, der in seinem Briefe auch die vollständige Niederlage Oesterreichs in dem Kriege mit Preußen auf's Bestimmteste voraussagte, ganz unbeachtet blieben! Wenige Monate später konnten sich freilich die betreffenden Persönlichkeiten sagen: „Quem Deus vult perdere, prius dementat.“

Allianzverhandlungen mit Italien und Vorbereitungen zum Kriege.

Wir haben gesehen, daß Bismarck schon kurz vor Abschluß des Gasteiner Vertrags durch den Botschafter Grafen Usedom in Florenz Unterhandlungen wegen Abschlusses eines Kriegsbündnisses mit Italien gegen Oesterreich hatte anknüpfen lassen, welche damals mit einer bitteren Enttäuschung des Florentiner Cabinets und mit einer nicht unbedenklichen Bloßstellung Usedoms geendet hatten. Diesen unangenehmen Eindruck wußte jedoch Bismarck so ziemlich wieder dadurch zu verwischen, daß er die deutschen Zollvereinsstaaten zum Abschluß eines Handelsvertrags mit Italien, selbstverständlich auch zu der bis dahin aus Rücksicht auf Oesterreich noch vermiedenen förmlichen Anerkennung des neuen Königreichs, zu bewegen wußte, wogegen sich namentlich Hannover bis zum letzten Augenblick sträubte, aber aus Furcht vor Preußen sich doch schließlich fügte. Nach dem Gasteiner Vertrag brachte Bismarck in den Biarritzer Unterhandlungen die Allianzidee mit Italien wieder mit Erfolg aufs Tapet und hatte die Zustimmung Napoleons dazu erlangt. Die Sache ruhte bis zum Februar 1866, wo sie von Neuem aufgegriffen wurde.

Vom Standpunkte Preußens wie Italiens aus konnte es keine natürlichere, durch die beiderseitigen Interessen besser dictirte Allianz geben wie diese. Beide Staaten hatten ein gemeinsames Ziel: Die Beseitigung der österreichischen Macht und Herrschaft in Deutschland wie in Italien; nirgends colli-

dirten ihre sonstigen Interessen. Schon Graf Cavour hatte bei Gelegenheit des Pariser Congresses von 1856 dem preußischen Minister v. Manteuffel „die bemerkenswerthen Aehnlichkeiten dargelegt, welche zwischen dem historischen Berufe Preußens und Italiens bestehen.“ Bei seiner Rückkehr nach Berlin sprach Manteuffel, der doch sonst kein Freund revolutionärer Pläne war, im tiefsten Vertrauen zu einzelnen Persönlichkeiten seine Bewunderung über das staatsmännische Genie Cavours aus; er sei unzweifelhaft die bedeutendste Persönlichkeit des ganzen Congresses gewesen. Merkwürdigerweise findet sich nirgends eine Spur davon, daß Bismarck und Cavour, zwei in vieler Beziehung so congeniale Naturen, in näheren Verkehr miteinander getreten sind. Dagegen steht es fest, daß zur Zeit des Aufenthaltes Cavours in Plombières, wo er mit Napoleon den Kriegsplan gegen Oesterreich verabredete irgendwelche Beziehungen zwischen Manteuffel und Cavour bestanden haben müssen, da der letztere in seinen Berichten an den König Victor Emanuel die zuversichtliche Erwartung der „wohlwollenden Neutralität Preußens“ ausspricht[1]) und von dem bald darauf erfolgten Rücktritt Manteuffels in Preußen Anfangs sehr peinlich berührt wurde, wie aus seiner Correspondenz mit Lamormora u. s. w. hervorgeht. Auch läßt sich leicht nachweisen, daß die Annäherung Preußens an das Turiner Cabinet schon bis zum Jahr 1858 zurückreicht und nur durch die schwankende und unentschlossene Politik des Ministers v. Schleinitz (des Nachfolgers Manteuffels im auswärtigen Amt) unterbrochen wurde. Als im Jahr 1860 v. Schleinitz in einer höchst nutzlosen Note nach Turin Einwendungen gegen das „revolutionäre Vorgehen“ der piemontesischen Regierung machte, gab Cavour die merkwürdige und fast prophetische Antwort, „daß Preußen und Italien nothwendigerweise noch dahin gelangen würden,

[1]) Vergl. auch die S. 111 angeführten Schilderungen des Herzogs von Coburg.

gemeinschaftlich ihre Prinzipien und ihre Unabhängigkeit zu vertheidigen, von welcher Seite aus auch die Gefahren und Verwicklungen sich erheben würden." Ja, er deutete sogar an, daß beide Staaten noch darauf angewiesen sein könnten, eine Allianz zu schließen, „wenn Frankreich nach Vollendung der italienischen Einheit sich von der Politik von 1859 abwenden und diese in ihr Gegentheil verkehren werde.[1])

Es war dem Grafen Bismarck vorbehalten, diesen Gedanken Cavours zu verwirklichen; aber es bedurfte dazu merkwürdigerweise gerade der Anregung von französischer Seite. Als im October 1864 das italienische Ministerium offen und kühn vor den Kammern „die venetianische Frage" aufwarf, da erkannte Bismarck schon deutlich, daß dies nicht ohne Zustimmung Louis Napoleons geschehen sein konnte, und daß Letzterer dabei auf das nahe bevorstehende Zerwürfniß zwischen Preußen und Oesterreich rechnete. Hatte doch Lamormora in seiner Rede vom 13. November (Antwort auf die Interpellation des Marquis Pepoli, eines Verwandten Napoleons) ganz ungenirt geäußert: „daß Oesterreich, wenn es wohlberathen sei, sich bei Zeiten auf friedlichem Wege einer Provinz entäußern werde, welche im Falle eines Krieges nur eine Ursache der Schwächung und Lähmung seiner Macht sein könne."

Ein Jahr ging hierüber hin. Obwohl das Wiener Cabinet durch diese Herausforderung von Seiten des italienischen Ministers anfänglich in nicht geringe Aufregung gebracht wurde, machte es doch bald auch hier wieder das Wort des ersten Napoleon wahr: „daß Oesterreich stets um ein Jahr, um eine Armee und um eine Idee im Rückstande ist." Es vermochte nicht zu begreifen, daß hinter Lamormora Louis Napoleon stand, welcher dem gährenden italienischen Nationalgefühl Venedig als Opfer darbringen wollte, um auf solche Weise —

[1]) Rothan, „La politique française en 1866", pag. 69.

vermeintlich — Rom und den Kirchenstaat für den Papst zu retten und damit sich selbst von den immer peinlicher werdenden Verlegenheiten der „römischen Frage“ zu befreien. Schon damals hätte das Wiener Cabinet sich leicht davon überzeugen können, daß eine der französischen Zusicherungen, wodurch Italien zu der Septemberconvention von 1864 (Verlegung der Hauptstadt von Turin nach Florenz betr.) gebracht worden war, gerade in der bestimmten Aussicht auf die Gewinnung Venetiens bestand; allein es that nichts, um diese Gefahr zu beschwören, welche in dem Momente des kriegerischen Conflictes mit Preußen actuell werden mußte. Als Bismarck im November 1865 aus Biarritz nach Berlin zurückkehrte, äußerte er fröhlich zu Personen seines Vertrauens: „Dies Italien ist für uns eine Armee werth.“

Die Verhandlungen, welche zum Abschluß der preußisch-italienischen Allianz führten, erhielten ihren eigentlichen Anstoß jedoch nicht durch die Verwicklungen in Deutschland, sondern durch ein davon ganz unabhängiges, rein zufälliges Ereigniß: die Revolution in Bukarest, welche den Fürsten Cusa stürzte und die Donaufürstenthümer „in's Freie brachte.“ Der italienische Gesandte in Paris, Ritter Nigra, hat im Juni 1866 in einer für den Prinzen Carignan bestimmten Denkschrift diese Episode in folgender Weise geschildert: Am 24. Februar 1866 empfing man in Paris die Nachricht von dem Sturze des Fürsten Cusa. Sofort erwirkte ich mir eine Audienz bei dem Kaiser und machte ihn auf die vortreffliche Gelegenheit aufmerksam, die venetianische Frage durch Austausch der Donaufürstenthümer an Oesterreich zur Lösung zu bringen. Noch an demselben Tage erhielt ich ein Telegramm des Generals Lamormora, welcher mich im gleichen Sinne instruirte und hinzufügte, daß man in Berlin sich sehr kriegerisch gesinnt zeige und dem italienischen Ministerium neue Eröffnungen gemacht habe. Der Kaiser Napoleon war der Ansicht, daß jener Tausch wohl ein Mittel zur Lösung der venetianischen Frage sein könne, indessen wisse er, daß Oesterreich gutwillig nicht darauf eingehen werde

und daß es deßhalb zweckwidrig sein werde, directe Vorschläge nach dieser Richtung hin zu machen. Um Oesterreich dieser Idee geneigt zu machen, müsse ein Zwang angewendet werden; deßhalb müsse Italien auf die Vorschläge Preußens eingehen und ein Schutz- und Trutzbündniß mit diesem Staate abschließen. „Ich meinerseits, fügte Napoleon hinzu, werde es übernehmen, dem Wiener Cabinet Vorschläge in der bezeichneten Richtung hin zu machen.“ Nigra setzte den Minister Lamormora sofort telegraphisch von diesen Aeußerungen Napoleons in Kenntniß, worauf Lamormora den General Garone beauftragte, alsbald unter passender Wahrung des Incognitos nach Berlin zu gehen und im Verein mit dem Grafen Barral Unterhandlungen wegen des Abschlusses eines Offensiv- und Defensivbündnisses anzuknüpfen. Währenddessen hatte Napoleon durch den Botschafter Latour d'Auvergne in London und durch den Herzog von Grammont in Wien das Terrain betreffs des Austausches der Donaufürstenthümer gegen Venetien sondiren lassen. Lord Clarendon nahm das Project nicht so günstig auf, wie man nach früheren Aeußerungen der englischen Staatsmänner hätte annehmen können, und in Wien stieß Grammont auf ersichtliches Mißtrauen und großes Widerstreben. Auch Fürst Gortschakoff, welcher Wind von der Sache bekommen hatte, gab zu verstehen, daß Rußland sich dem Plane mit allen Kräften widersetzen werde. Unter solchen Auspizien begann in Paris die Conferenz wegen der Donaufürstenthümer, auf welcher Italien im Verein mit Frankreich die Wahl eines fremden Fürsten befürwortete. Aber der geringe Erfolg, welchen der Kaiser in Wien und London mit seinen Vorschlägen gefunden hatte, entmuthigte ihn auch jetzt noch nicht und er fuhr fort, das italienische Ministerium zum Abschlusse eines Bündnisses mit Preußen zu drängen, zu welchem Zweck auch Italien sich für den Krieg vorbereiten sollte. Aber Preußen wollte zu dieser Zeit noch nichts von einem förmlichen Kriegsbündniß wissen; Graf Bismarck hielt dafür den

Stand der Dinge in Deutschland noch nicht geeignet und schlug Italien den Abschluß eines Friedens- und Freundschaftsvertrages vor, welcher jederzeit in ein Schutz- und Trutzbündniß umgewandelt werden könne, sobald dazu die Zeit gekommen sei. Lamormora und Nigra waren der Ansicht, daß Italien durch einen solchen Vertrag nichts gewinne, sondern lediglich seine Geschicke einseitig an die Politik Preußens binden werde, welches sich dann jederzeit — wie zu Gastein geschehen — mit Oesterreich verständigen und Italien der Rache dieses mächtigen Feindes preisgeben könne. Es sei deßhalb der Weg der directen Verhandlungen zwischen Frankreich, Oesterreich und uns vorzuziehen. Der Kaiser, dem Nigra dies auseinandersetzte, war gleichwohl der Ansicht, daß der von Bismarck vorgeschlagene Vertrag große Vortheile und keine Gefahren für Italien haben werde; „es sei, sagte er zu Nigra, doch ersichtlich, daß Bismarck jenes Vertrages bedürfe, um den König Wilhelm, der noch immer widerstrebe, zum Krieg gegen Oesterreich zu bewegen."

Hier müssen wir die Schilderung von dem weiteren Verlauf der preußisch-italienischen Verhandlungen unterbrechen, um an einer neuerdings veröffentlichten Mittheilung über die Fürstenwahl in Rumänien zu zeigen, welch' großen Werth Bismarck in jener Epoche auf die definitive Erledigung dieser Angelegenheit legte, damit nicht doch noch am Ende vielleicht das von Louis Napoleon patronisirte Tauschgeschäft Rumänien-Venetien zu Stande komme und Italien solchergestalt an dem preußisch-österreichischen Conflicte ganz desinteressirt werde. Die „deutsche Revue" veröffentlichte in ihrem Januarheft 1892 Mittheilungen „Aus dem Leben König Karl's von Rumänien" nach den Aufzeichnungen eines Vertrauensmannes des letzteren, worin folgender Bericht über die Besprechungen vom 19. April 1866 vorkommt, aus dem deutlich hervorgeht, wie vorsichtig um diese Zeit Bismarck noch in seiner politischen Taktik auch gegenüber dem König Wilhelm sein mußte:

„Vormittags kam Legationsrath v. Kendell, um den Prinzen (Karl von Hohenzollern) im Auftrage des Ministerpräsidenten v. Bismarck zu bitten, ihn zu besuchen; Bismarck selbst sei durch ein Fußleiden an's Haus gefesselt, sonst würde er den Prinzen aufgesucht haben. Prinz Karl setzte seinen Besuch auf 12½ Uhr an und ging vorher zum Kronprinzen, der aber so beschäftigt war, daß sie für den Abend ein Rendezvous verabredeten. Herr v. Bismarck begann die 1½ stündige Unterredung mit der Bemerkung, daß er nicht als Staatsmann, sondern, falls der Prinz es gestatte, als Rathgeber und Freund sprechen wolle. Ein Volk habe ihn einstimmig zu seinem Fürsten erwählt — er rathe ihm, den kühnen Entschluß zu fassen, direkt nach Rumänien abzureisen; und als der Prinz von der Genehmigung des Königs, seines Familienoberhauptes und obersten Kriegsherrn, sprach, meinte der Minister, der Prinz brauche in diesem Falle die königliche Genehmigung ja nicht direct zu erbitten, sondern nur Urlaub in's Ausland: Seine Majestät sei so fein, daß sie ihn verstehen und die Absicht durchfühlen würde. Vom Auslande aus möge der Prinz dann um seinen Abschied einkommen und sich im strengsten Inkognito nach Paris zum Kaiser Napoleon begeben; es gäbe ja Mittel, denselben ganz im Geheimen zu sprechen. Nur durch Napoleon würde er seine Absicht erreichen können; vor der Pariser Konferenz aber würde die Sache sich eine Ewigkeit hinziehen, da Rußland und die Pforte die Wahl eines Hohenzollernprinzen energisch bekämpfen, und Preußen nicht in der Lage sein würde, dieselbe direkt zu unterstützen. Bismarck sagte dabei Folgendes: „Die geographische Lage Preußens und unsere ganze Politik haben uns stets von der orientalischen Frage fern gehalten; wir haben bei den verschiedenen Beschlüssen immer nur unsere Stimme als Großmacht geltend gemacht. Deshalb müßte ich als preußischer Minister-Präsident gegen Ihre Wahl stimmen, so schwer es mir auch würde, denn ich dürfte jetzt keinen Bruch mit Rußland herbeiführen und unsere Staatsinteressen zu Gunsten eines Familieninteresses engagiren. Ein eigenmächtiges Handeln Ihrerseits jedoch würde dem Könige aus der für ihn peinlichen Situation helfen und ich bin überzeugt, daß er dieser Idee, die ich ihm gern mündlich mittheilen möchte, nicht abgeneigt sein würde. Sind Ew. Durchlaucht einmal in Rumänien, dann ist die Frage viel leichter zu lösen: die Conferenz steht dann vor einem fait accompli, und die zunächst betheiligten Mächte werden zwar zuerst protestiren, aber schließlich eine Thatsache, die nicht mehr rückgängig zu machen ist, anerkennen müssen. Dann sprach Herr v. Bismarck noch von einer eventuellen Familienverbindung mit einer dem Zarenhause nicht fernstehenden Prinzessin und rieth dem Prinzen, daß er Kaiser Alexander brieflich erklären solle,

er sehe in Rußland die mächtigste Stütze Rumäniens. Von Oesterreich wäre nichts zu befürchten, da er es für einige Zeit zu beschäftigen gedenke. Preußen würde, falls es sich einem fait accompli gegenüber sähe, dasselbe anerkennen. Ueber die Stimmung in Rumänien selbst ließen sich authentische Details bei der Deputation einholen, welche bereits auf dem Wege zum Prinzen sei. Zum Schluß bemerkte Herr v. Bismarck, daß im Falle des Mißlingens der ganzen Sache, der Prinz sich dieses Coups stets als eines pikanten Abenteuers erinnern werde, da er selbst dabei nichts Ernstliches auf's Spiel setze. Diese Auffassung konnte der Prinz sich allerdings nicht ganz zu eigen machen. Um 4 Uhr begab der Prinz sich zum Könige, der ihn auf's Herzlichste empfing, aber mit Bismarcks Ansicht, die der Prinz ihm mittheilte, nicht einverstanden war; im Gegentheil, er betonte die Schwierigkeiten, die dem Unternehmen entgegenstünden, und hielt es für klüger, die Entscheidung der Pariser Conferenz abzuwarten. Auch sei es eines Fürsten aus dem Hause Hohenzollern unwürdig, sich unter die Oberhoheit eines Sultans zu stellen. Der Prinz erwiderte, daß er die türkische Suzeränität für den Augenblick anzuerkennen bereit sei, doch mit dem stillschweigenden Vorbehalt, sich von derselben durch Waffengewalt zu befreien und dem Lande, das ihn heute erwählt, die völlige Unabhängigkeit auf dem Schlachtfelde zu erobern. Er bäte den König, überzeugt zu sein, daß, wo und in welcher Lage er sich auch befände, er stets seinem Namen Ehre machen werde. Der König gewährte ihm Urlaub nach Düsseldorf, schloß ihn beim Abschied in die Arme und seine letzten Worte waren: „Gott behüte dich!" Nachmittags um 5 Uhr fuhr der Prinz zum Kronprinzen nach Potsdam. Dieser sprach sich dahin aus, daß er im Ganzen nicht gegen das Unternehmen und überzeugt sei, der Prinz wäre der Aufgabe gewachsen. Nach herzlichem Abschied von ihm und der Kronprinzessin reiste Prinz Karl Abends mit dem Eilzuge nach Düsseldorf ab."

Am 10. Januar 1866 war Graf Karolyi, der österreichische Botschafter in Berlin, nach längerer Abwesenheit dorthin wieder aus Wien zurückgekehrt. Er hatte sehr bestimmte Instructionen gegen die preußischen Wünsche in Schleswig-Holstein empfangen; man war in Wien namentlich über die Zettelungen mit Italien erbost und setzte auf die französischen Vorspiegelungen von der angeblichen Sympathie Louis Napoleons für Oesterreich ein geradezu kindisches Vertrauen. Die Minister-Marionetten

folgten ganz den Weisungen des Grafen Esterhazy („heimlicher Moritz"), der allein das Ohr des Kaisers hatte, wozu noch kam, daß Graf Mensdorff hinsichtlich der deutschen Angelegenheiten ausschließlich auf die Rathschläge und Darlegungen des fanatischen Preußenfeindes Geh. Rath v. Biegeleben angewiesen war. Der letztere entfaltete um diese Zeit auch eine ganz besonders rege Preßthätigkeit in Deutschland und suchte auf geschickte Weise einflußreiche Zeitungen im österreichischen Sinne zu beeinflussen[1]), wodurch der Zorn der preußischen Regierung in nicht geringem Maße gereizt wurde.

Der zwischen den beiden Cabinetten aufgehäufte Zündstoff gab sich schon in der preußischen Thronrede zur Landtagseröffnung am 15. Januar deutlich zu erkennen. Zwar wurde darin noch more solito von den „friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen zu allen auswärtigen Staaten" gesprochen, allein in Bezug auf Schleswig-Holstein ausdrücklich bemerkt, „daß Preußen in dem Besitze Schleswig's und der in Holstein gewonnenen Stellung ein ausreichendes Pfand dafür erhalten habe, daß die Entscheidung über die Zukunft der Herzogthümer nur in einer den deutschen Nationalinteressen und den berechtigten Ansprüchen Preußens entsprechenden Weise erfolgen werde." ... „Gestützt auf die eigene, durch das Gutachten der Kronsyndici bestärkte rechtliche Ueberzeugung ist Se. Maj. der König entschlossen, dieses Pfand bis zur Erreichung des angedeuteten Zieles unter allen Umständen festzuhalten." — Mit anderen Worten, die Februarforderungen von 1865 waren schon ein überwundener Standpunkt

[1]) An die „Neue Frankfurter Zeitung", welche damals für Süddeutschland maßgebend war, gelangten unaufgefordert aus dem Ministerium in Wien vom Januar 1866 an sehr interessante Correspondenzen mit der Unterschrift β. Die genannte Zeitung war auf diese Weise in der Lage, die wichtigsten Actenstücke, z. B. die Bismarck'sche Depesche vom 26. Januar nach Wien, zuerst unter allen deutschen Blättern zu veröffentlichen.

und die Annexion der Herzogthümer, gemäß dem Gutachten der Kronsyndici, das erklärte Ziel der preußischen Politik, wobei man sich um Oesterreichs Widerstreben gar nicht mehr bekümmerte. In dieser Beziehung bemerkte, etwas den Ereignissen vorgreifend, die Thronrede: „Der König weiß sich in diesem Entschluß von der Zustimmung seines Volkes getragen."

Jede verwickelte und gespannte Lage pflegt durch einen zufälligen äußeren Anlaß zu dem entscheidenden Punkte gebracht zu werden. In dem vorliegenden Falle verrichtete diesen Dienst die — von dem Statthalter v. Gablenz nach anfänglicher milder Abmahnung doch zugelassene — Massenversammlung schleswig-holsteinischer Männer in Altona am 23. Januar 1866. 3—4000 Männer aus allen Bezirken beider Herzogthümer nahmen daran Theil und forderten energisch die Einberufung einer schleswig-holsteinischen Ständeversammlung; am Schlusse wurde ein dreimaliges Hoch auf den „rechtmäßigen geliebten Landesfürsten, Herzog Friedrich", ausgebracht. Auch süddeutsche politische Notabilitäten, namentlich Metz, der Wanderprediger des Nationalvereins und Mitglied des 36er Ausschusses, nahmen an der Versammlung Theil und überbrachten derselben den Gruß und die wärmsten Sympathieen Süddeutschlands.

Liebäugelte sonach das Wiener Cabinet mit diesen antipreußischen Kundgebungen, so sagte sich jetzt Bismarck: „Ich will auch Augen machen!", und in der That, die Augen, die er machte, schossen Blitze, an denen sich die Brandfackel des Kriegs von 1866 entzünden sollte. In einer Depesche am 26. Januar kündigte er dem Wiener Cabinet Frieden und Freundschaft in einer Weise auf, daß fernerhin ein Zurückweichen Preußens ohne die Gefahr einer Demüthigung nach dem Muster von Olmütz nicht mehr möglich war.

Diese berühmte Depesche, welche das weithin sichtbare Zeichen für den Entschluß Preußens zum Kriege war, bezeichnete die eben erwähnte Altonaer Versammlung als „eine entscheidende Wendung, bei welcher es sich herausstellen muß,

welchen Charakter das Wiener Cabinet seinen Beziehungen zu uns (Preußen) geben will". In drohendem und geradezu beleidigendem Tone wurde die österreichische Politik in Holstein und das Verhalten des Statthalters v. Gablenz als gegen Preußen hinterlistig und feindselig bezeichnet. Scheinbar habe man von der obigen Massendemonstration abgemahnt, um sie im Stillen erst recht zu begünstigen und zuzulassen.

„Der Plan zu dieser Versammlung zeigt, wie man im Lande die Erklärungen der Landesregierung und des Statthalters über die Berufung der Stände aufgefaßt und verstanden hatte, und die Zulassung derselben hat leider bewiesen, daß dies ein richtiges Verständniß war. Es erscheint fast unbegreiflich, daß es zu diesem Punkte hat kommen können, wenn wir auf die Tage von Gastein und Salzburg zurückblicken. Ich durfte damals annehmen, daß S. Majestät der Kaiser von Oesterreich und seine Minister ebenso klar wie wir über den gemeinsamen Feind der beiden Mächte, die Revolution, sähen, und wir glaubten, über die Nothwendigkeit und den Plan des Kampfes gegen denselben einig zu sein. Auf diese Ueberzeugung gestützt, machten wir in Wien den Vorschlag des Vorgehens in Frankfurt[1]), auf welchen das kaiserliche Cabinet einging, dem es aber bald die Spitze abzubrechen suchte und dessen Wirkung dadurch in Nichts verlaufen ist. Dieses Verhalten war wohl geeignet, uns bedenklich zu machen, indessen konnten wir doch diese Lauheit und Zurückhaltung noch einer gewissen Passivität und der Nachwirkung früherer Traditionen zuschreiben. Wir durften daher, wenn uns auch diese Erfahrung für die Zukunft zur Vorsicht mahnte, uns doch enthalten, besorglichere Folgerungen aus demselben zu ziehen. Das gegenwärtige Verhalten der kaiserlichen Regierung in Holstein trägt einen anderen Character. Wir müssen es geradezu als ein aggressives bezeichnen und die kaiserliche Regierung steht nicht an, genau dieselben Mittel der Agitation gegen uns ins Feld zu führen, welche sie mit uns gemeinsam in Frankfurt hat bekämpfen wollen. (Folgt eine sehr heftige Kritik der Altonaer Versammlung, wobei das Verhalten des österreichischen Statthalters, der nach den Absichten der Wiener Regierung handele, sehr deutlich als hinterlistig bezeichnet wird. Preußen werde sich eine Verschlechterung des gemeinsamen Besitzes, wie sie durch diese Agitation bewirkt wird, nicht gefallen lassen. Den König habe es überaus schmerzlich berührt, revolutionäre und

[1]) Mittelst der bekannten Drohnoten an den Senat.

jedem Thron feindliche Tendenzen unter dem Schutze des österreichischen Doppeladlers entfaltet zu sehen.)... „Die Regierung S. M. des Königs bittet das kaiserliche Cabinet im Namen der beiderseitigen Interessen, den Schädigungen, welche das monarchische Prinzip, der Sinn für öffentliche Ordnung und die Einigkeit beider Mächte durch das jetzt in Holstein gehandhabte System leiden, ein Ziel zu setzen. . . . . Eine verneinende oder ausweichende Antwort auf unsere Bitte würde uns die Ueberzeugung geben, daß die kaiserliche Regierung nicht den Willen habe, auf die Dauer gemeinsame Wege zu gehen, sondern daß ein, wie wir hofften, überwundener traditioneller Antagonismus gegen Preußen in ihr mächtiger ist, als das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der gemeinsamen Interessen . . . . Es ist ein unabweisbares Bedürfniß für uns, Klarheit in unsere Verhältnisse zu bringen. Wir müssen, wenn die von uns aufrichtig angestrebte intime Gemeinsamkeit der Gesammtpolitik beider Mächte sich nicht verwirklichen läßt, für unsere ganze Politik volle Freiheit gewinnen und von derselben den Gebrauch machen, welchen wir den Interessen Preußens entsprechend halten."

Diese Depesche — ein förmlicher Absagebrief an Oesterreich — wurde von den Berliner gouvernementalen Blättern unter den heftigsten Angriffen gegen das Wiener Cabinet commentirt, welches aus Haß gegen Preußen einen Bund mit der „Demagogie" geschlossen habe. In Wien war man über die wahre Bedeutung dieser Anklagen längst nicht mehr im Unklaren und hatte die Furcht vor der „Revolution", welche einst den Grafen Rechberg zum willenlosen Schleppträger der preußischen Politik gemacht hatte, vollständig verloren. Die Antwort des Grafen Mensdorff am 7. Februar beschränkte sich denn auch nicht bloß auf eine motivirte Zurückweisung der preußischen Anklagen, sondern sprach sehr deutlich die in Wien herrschende Ueberzeugung aus, daß Alles das nur Vorwand für den in Berlin beschlossenen Bruch mit Oesterreich sei. Bitter wurde in der Mensdorff'schen Depesche beklagt, daß Oesterreich um der Allianz mit Preußen willen sein Verhältniß zu den deutschen Mittelstaaten verschlechtert habe, die nun u. A. durch die Anerkennung des Königreichs Italien Vergeltung geübt hätten. (!)

Wenn Oesterreich einer preußischen Annexion der Herzogthümer nicht zustimmen wolle — sei das etwa in den Augen des Berliner Cabinets schon ein feindseliges Verhalten gegen Preußen? Am Schlusse der Depesche bemerkt Graf Mensdorff, daß der einzige Zweck seiner Erörterungen eine Verwahrung dagegen sei, als ob Oesterreich die Schuld an der Verwirklichung des vom Grafen Bismarck angedrohten Bruches trage; von einer Aenderung der schleswig-holsteinischen Politik des Wiener Cabinets war also in keiner Weise die Rede.

Die Antwort Bismarcks auf diese Absage bildete ein am 28. Februar möglichst ostentativ abgehaltener Ministerrath, an dem der König und der Kronprinz theilnahmen und zu dem auch der preußische Botschafter in Paris, Graf v. d. Goltz, der Gouverneur von Schleswig, General Manteuffel, der Chef des Generalstabs v. Moltke, der Chef des Militärcabinets, Oberst Treskow, und der Generaladjutant v. Alvensleben zugezogen wurden.

Der König eröffnete die Verhandlungen des Ministerraths mit einem kurzen Vortrag, in welchem er hervorhob, die Schwierigkeiten in Holstein seien nur ein einzelnes Symptom des österreichischen Bestrebens, Preußen niederzuhalten, sowie der Gehässigkeit, selbst im Einverständniß mit aufrührerischen Preßorganen gegen den bisherigen Verbündeten zu wirken; dieses Verhältniß müsse, selbst auf die Gefahr eines Krieges hin, endlich beseitigt werden. Oesterreich und Preußen im Bunde beherrschten die europäische Situation, wie sich dies 1864 gezeigt habe. Man habe noch beim Gasteiner Vertrage auf die Erhaltung dieses Verhältnisses, auf eine ehrliche Einigung hoffen können; diese Hoffnung sei schon nach wenigen Wochen untergraben und jetzt völlig vernichtet worden. Der Besitz der Herzogthümer sei in ganz Preußen nationaler Wunsch; ein Zurückgehen von dieser Forderung würde das Ansehen der Regierung nach Innen und Außen schwächen und Oesterreichs Uebergriffe gegen uns in

Deutschland steigern. Wir wollen, schloß der König, keinen Krieg provoziren, aber wir müssen auf unserem Wege vorwärts gehen, ohne vor einem Krieg zurückzuschrecken.

Bismarck legte darauf in geschichtlichem Rückblick die gegen Preußen gerichteten Bestrebungen Oesterreichs dar, namentlich auch seine wiederholten Bemühungen um eine französische Allianz gegen Preußen.[1]) Der Krieg mit Oesterreich werde jedenfalls erfolgen müssen; es sei klüger, ihn in der jetzigen vortheilhaften Lage anzunehmen, als es Oesterreich zu überlassen, sich die günstige Stunde zu wählen. Der Bruch sei durch die österreichische Depesche vom 7. Februar vorhanden. Der Kriegsminister v. Roon schloß sich der Ansicht Bismarcks mit dem Ausdruck der Hoffnung an, daß die zum Kriege erforderlichen Geldmittel nicht fehlen würden. Aehnlich sprachen Itzenplitz, v. Selchow und v. Mühler. Der Finanzminister v. Bodelschwingh erkannte das verletzende Verhalten Oesterreichs an, hielt aber an dem Wunsche fest, daß sich noch ein rettender Ausgleich finden möge. Der Minister des Innern, Graf Eulenburg, bezeichnete den Krieg mit Oesterreich als ein Mittel, um aus den inneren Schwierigkeiten herauszukommen, worauf Bismarck kühl erwiderte, daß die inneren Zustände einen Krieg nicht nöthig machten, immerhin aber dazu beitrügen, ihn günstig erscheinen zu lassen. Nachdem dann Graf v. d. Goltz über die ihm vom Kaiser Napoleon gemachten Zusicherungen — absolute Neutralität bei einem Kriege zwischen Preußen und Oesterreich, wahrscheinliches Einvernehmen bei einer weiteren Ausdehnung des Kampfes, Einwilligung Frankreichs in die Annexion der Herzogthümer — referirt hatte, erhielt Moltke das Wort, um die militärischen Machtverhältnisse näher zu entwickeln. Seine Darlegungen gipfelten darin, daß die unerläßliche Vorbedingung für einen voraussichtlich sicheren Erfolg das

[1]) Diese Anklage ließ sich nicht beweisen; sie war nur auf die Stimmung des Königs berechnet, der zwischen Kriegsentschlossenheit und Neigung zu seinem kaiserlichen Neffen in Wien schwankte.

active Vorgehen Italiens sei; dann würde Oesterreich mit höchster Anstrengung 240.000 Mann in Böhmen aufzustellen vermögen, welcher Preußen, ohne die Landwehr in das Feld zu bringen, eine gleiche Zahl entgegensetzen können, während 50.000 Mann gegen Bayern und die übrigen Süddeutschen verfügbar blieben. Manteuffel rieth unbedingt zum Kriege, in dem man sich ja eigentlich schon befinde. Gegen Moltke bemerkte Bismarck, er sei nicht der Meinung, daß Bayern bereits sicher als Feind zu betrachten sei. In Uebereinstimmung aber mit dessen Ansicht über die Wichtigkeit des italienischen Eingreifens schlug er vor, Moltke selbst nach Florenz zu senden, um ein Bündniß abzuschließen, durch welches Italien sich verpflichte, Oesterreich anzugreifen, sobald Preußen losschlage, und beide Theile bis zur Erlangung der vereinbarten Objekte auf jeden Separatfrieden verzichteten. Oesterreich, setzte er hinzu, werde den Ernst eines solchen Schrittes nicht verkennen und dann neue Verhandlungen über die deutsche Frage, wie sie durch den Tod Fredericks VII. von Dänemarck unterbrochen wurden, vielleicht besseren Eingang finden.

Der Kronprinz verharrte als zuletzt Abstimmender allen diesen Erörterungen gegenüber auf seinem schon 1865 kundgegebenen Standpunkte. Der Krieg gegen Oesterreich sei ein Bruderkrieg und die Einmischung des Auslandes in denselben gewiß.

Der König entschied nach Erwägung der vernommenen Ansichten dahin: Der Besitz der Herzogthümer sei eines Krieges werth, jedoch solle der Ausbruch desselben nicht übereilt werden, da eine friedliche Erlangung des Objectes, wenn möglich, immer wünschenswerther sei. Die Entscheidung über Krieg und Frieden werde daher von Oesterreichs fernerem Verhalten abhängen, und preußischerseits zur Zeit nur diplomatische Einleitung zu treffen sein, um für den Fall des Kriegs günstige Chancen zu gewinnen. Er wünsche, sagte zum Schlusse der König, den

Frieden, sei aber, wenn es sein müsse, zum Kriege entschlossen, welchen er, nachdem er Gott gebeten, ihm den rechten Weg zu zeigen, für einen gerechten halte.

Nicht ohne Grund hatte in diesem Conseil der Minister des Innern, Graf Eulenburg, den Krieg als das wirksamste Mittel bezeichnet, aus der schwierigen inneren Lage herauszukommen. Diese war geradezu trostlos und würde bei längerer Fortdauer das monarchische Gefühl des preußischen Volkes vollständig zerstört oder doch wenigstens die Abdankung des Königs nöthig gemacht haben, welcher in dem Verfassungsconflicte sich ganz mit seinem Minister Bismarck identifizirt hatte. Nicht nur in der Sache, sondern auch in der Form war der Verkehr zwischen Volksvertretung und Regierung, wie auch die von Bismarck verlesene Thronrede beim Schlusse des Landtags vom 23. Februar 1866 betonte, nahezu eine Unmöglichkeit geworden. Diese Thronrede enthielt die heftigsten und schwersten Anklagen gegen das Abgeordnetenhaus, u. A. die der mehrmaligen Verfassungsverletzung durch Eingriffe in die Rechte der Krone — es war dies, wie wir schon gezeigt haben, ein absolut unbegründeter Vorwurf — und motivirte den Schluß der Landtagssession mit der Besorgniß, „daß das Land auf dem vom Hause eingeschlagenen Wege ernsteren Zerwürfnissen entgegengeführt und eine Ausgleichung der bestehenden auch für die Zukunft erschwert werden würde." — Dies zu verhüten, habe der König befohlen, die Sitzungen des Landtags zu schließen. So wenig wurde das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses geachtet, daß am 21. Januar der Regierungsvertreter in der Budgetcommission jede Erklärung über den im „Staatsanzeiger" veröffentlichten Nachweis betr. die Verwendung der Staatseinnahmen von 1865 (das von der Krone einseitig erlassene Budget) und über den Verbleib des Geldes aus dem mit der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft abgeschlossenen Geschäft kurzweg verweigerte. Zum ersten Mal in der constitutionellen Aera Preußens kam es vor, daß nur eine kleine Minderheit

des Abgeordnetenhauses — die Feudalen und Ultramontanen — in das von dem Präsidenten am Schlusse der Session ausgebrachte Hoch auf den König einstimmte, während die übergroße Majorität demonstrativ schwieg. Am Tage zuvor war ein Antrag Reichensperger auf Erlaß einer Adresse an die Krone mit allen gegen die Stimmen der Katholiken abgelehnt worden, was in der Thronrede vom folgenden Tage besonders scharf gerügt wurde. Zu der Feierlichkeit des Schlusses der Landtagssession im weißen Saale des königlichen Schlosses hatte sich keiner der Präsidenten des Abgeordnetenhauses eingefunden, von den Mitgliedern nur die Feudalen und einige Ultramontane; Bismarck verlas die Thronrede vor fast leeren Wänden. Mit ausgesuchter Rücksichtslosigkeit ließ sich unmittelbar nach dem Schluß des Landtags die Regierung sofort die Räume des Abgeordnetenhauses, sowie alle Landtagsmaterialien übergeben; es war eine Art Cromwellscene. Die Stimmung in allen liberalen Kreisen des Landes grenzte an Wuth, zumal die Feudalen des Herrenhauses in einer Adresse an die Krone das berüchtigte Obertribunalserkenntniß gegen den Abg. Twesten, wodurch die verfassungsmäßige Redefreiheit des Abgeordnetenhauses mit Hülfe der Stimmen von „Hülfsrichtern" vernichtet worden war, als eine rettende That gepriesen und die schmählichen Worte hinzugefügt hatten: „Ew. Majestät haben das Schwert von Gott empfangen zur Strafe über die Uebelthäter, und nicht ohne Verwirrung des Rechtsbewußtseins im ganzen Lande, nicht ohne den Verlust seiner Freiheit, nicht ohne die Gewißheit seines Untergangs würden Allerhöchstdieselben der Uebung dieser Pflicht durch Allerhöchstderen Gerichte und deren unparteiische Rechtspflege sich entziehen können." — Zu den Unterzeichnern dieser Adresse gehörte auch der Präsident des Obertribunals, Uhden, und der Vizepräsident desselben, Götze, die wohl auch die Verfasser waren. In Berlin wurden die sämmtlichen nicht bestätigten Stadträthe von der Stadtverordneten-Versammlung wiederum gewählt, von der Re-

gierung abermals nicht bestätigt. Das Vorsteheramt der Königsberger Kaufmannschaft (Handelskammer) erklärte geradewegs, gar keine Wahl mehr vornehmen zu wollen, da die Regierung durch consequente Nichtbestätigung der Gewählten die Wahl vergeblich mache. Am Königsgeburtstag wurde in Königsberg die übliche Beflaggung und Illumination des Börsengebäudes diesmal von der Handelskammer unterlassen und deßhalb gegen die Mitglieder eine Untersuchung wegen „Ehrfurchtsverletzung gegen den König" (Majestätsbeleidigung) eingeleitet. Kurz, wohin man auch im Lande blickte, loderte der Verfassungsconflict und zeigte sich eine nicht bloß regierungsfeindliche, sondern geradezu antidynastische Stimmung, welche namentlich dem Kronprinzenpaar die ernsthaftesten Besorgnisse einflößte und die gewaltsame Politik Bismarcks verhaßt machte. Ob bei den Berechnungen und Plänen der auswärtigen Politik Bismarcks diese starke Anspannung des inneren Conflictes eine Rolle gespielt hat, läßt sich selbst heute noch weder mit Bestimmtheit bejahen noch verneinen; gewiß ist, daß er nach dem Kriege in vertrautem Kreise äußerte: „Die Oesterreicher zu schlagen, war keine Kunst. Ich wußte, daß sie nicht gerüstet waren und daß ich auf die preußische Armee zählen konnte. Die Schwierigkeit war, meinen König über den Graben zu bringen. Daß mir dies gelungen, ist mein Verdienst und dafür darf ich den Dank des Vaterlandes beanspruchen." [1])

Bald nach dem Ministerrath vom 28. Februar richtete König Wilhelm auf Bitten des Gesandten v. d. Goltz am 3. März ein eigenhändiges Schreiben an den Kaiser Napoleon, worin gesagt war, der Augenblick eines speziellen Einvernehmens sei gekommen; Goltz sei beauftragt, dem Kaiser mit rückhaltloser Offenheit die preußische Beurtheilung der Lage und die dadurch für Preußen erforderliche Haltung darzulegen; Napoleons Auf-

[1]) Graf Vitzthum, Denkwürdigkeiten S. 192.

fassung dieser Ansichten werde der König mit der durch die Umstände gebotenen Discretion aufnehmen. Es war ersichtlich, man wünschte in Berlin zu erfahren, ob und unter welchen Bedingungen Napoleon sich im Kriegsfall zu unbedingter Neutralität verpflichten würde.

Es bezeichnet die seltsame Regierungsweise im napoleonischen Empire, daß v. d. Goltz nach seiner Ankunft in Paris (5. März) zwar zunächst den Minister Drouyn de Lhuys besuchte und mit diesem über die brennende Frage sprach, aber kein Wort von dem Briefe des Königs an den Kaiser sprach, was dieser nachher vollständig billigte. Trotz seiner Krankheit, die ihn zeitweise ganz unfähig zu Geschäften und ernsten geistigen Anstrengungen machte, wollte Louis Napoleon doch sein gewohntes System fortsetzen, d. h. über die Köpfe seiner Minister hinaus, die von den wichtigsten Verhandlungen und Entschlüssen oft keine Kenntniß erhielten, regieren. Ganz diesem System entsprechend gestaltete sich denn auch die Unterhaltung zwischen dem Kaiser und v. d. Goltz. Wir können uns die Wiederholung der Einzelheiten ersparen; in der Hauptsache drehte sich dieselbe um die für Frankreich nöthigen „Compensationen", wenn Preußen durch den Krieg zu einem erheblichen Machtzuwachs gelange. Es war zunächst von Belgien und der französischen Schweiz die Rede, was aber Napoleon in Betracht des zu erwartenden Widerstandes der dortigen Bevölkerungen nicht einleuchten wollte; dann machte er eine Anspielung auf das linke Rheinufer, was Goltz schweigend anhörte, da er ja keine Instructionen in dieser Beziehung hatte. Napoleon schloß die Unterredung mit der Zusage, daß die preußische Regierung auf seine wohlwollende Neutralität und der König auf seine sympathische Freundschaft zählen könne; über ein bestimmtes Compensationsobject vermöge er sich jetzt noch nicht zu äußern, hoffe aber, sich dereinst mit dem König darüber leicht zu verständigen. Das war denn auch im Wesentlichen der Inhalt der Antwort Louis Napoleons (vom 7. März) auf das Schreiben des Königs.

Goltz berichtete dazu: „ich halte es für einen Gewinn, daß der Kaiser durch Hinausschieben der Verhandlung es uns erspart, ihn durch Versagen eines Begehrens schon heute zu verletzen; er wird für die Annexion der Herzogthümer keine Compensation, bei weiterem Machtzuwachse Preußens aber höchst wahrscheinlich die Grenzen von 1814 fordern." Darauf erwiderte Bismarck (nach v. Sybels Darstellung) umgehend, nach dem unerschütterlichen Entschlusse des Königs könne niemals von einer Ueberlassung deutschen Bodens an Frankreich die Rede sein; Napoleon, der das Nationalitätsprinzip zum obersten Grundsatz seiner Politik mache, könne doch Preußen nicht zumuthen, sich durch Abtretung deutscher Bevölkerung an Frankreich unmöglich zu machen. Bismarck wies den Botschafter an, seinerseits die weitere Berührung der Frage zu vermeiden und französische Andeutungen darüber mit dem Hinweis auf die tödtliche Verletzung des deutschen Nationalgefühls abzulehnen.

Mit den Berichten des Generals Govone über seine Unterredungen mit Bismarck, ferner mit denjenigen Benedetti's und des Grafen Clermont-Tonnerre stimmen diese Darlegungen v. Sybels nicht ganz überein; das Wahrscheinliche ist, daß Bismarck den Kaiser Napoleon sich in alle möglichen Hoffnungen und Erwartungen einwiegen ließ, ohne seinerseits ein bestimmtes Engagement einzugehen. Eine andere als diese „dilatorische" Behandlung der heikelen Angelegenheit war auch gar nicht möglich, wenn Bismarck auf die für seine Pläne unbedingt nöthige Unterstützung („wohlwollende Neutralität") Frankreichs rechnen wollte. Einige Tage nach den obigen Verhandlungen meldete v. d. Goltz, daß der italienische Botschafter Nigra ihm einen Auftrag Napoleons mitgetheilt habe, den König Victor Emanuel zu möglichst raschem Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses mit Preußen zu ermahnen. Damit war die Sache wegen des italienischen Bündnisses in ein für Preußen günstiges Stadium getreten.

Befördert wurden Bismarcks Wünsche durch die Haltung Oesterreichs. Ganz nach dem Muster des Berliner Ministerraths vom 28. Februar und noch darüber hinausgehend fanden in der Zeit vom 7. bis 13. März Tag für Tag unter dem Vorsitze des Kaisers Sitzungen des Marschallrathes statt, zu welchem die Commandanten aller 4 Armeen und sämmtlicher 12 Armeecorps, die Adjutanten und Generalstabschefs dieser Armeen und Armeecorps, endlich einige in Wien befindliche militärische Notabilitäten, wie der alte Feldmarschall Heß und mehrere Offiziere des großen Generalstabs einberufen waren. Auch nach dem Schlusse der Sitzungen des Marschallrathes dauerten die militärischen Conferenzen in Wien noch fort, weßhalb der Chef der italienischen Armee, F.-Z.-M. Benedek, seine Wiederabreise nach Italien verschob. Das ungarische Landescommando erhielt am 15. März Befehl, sofort einen beträchtlichen Theil der Pest-Ofener Garnison nach Böhmen abzusenden. Bereits verbreitete sich das Gerücht, daß Benedek bestimmt sei, den Oberbefehl über die Armee in Böhmen („Nordarmee") zu übernehmen, und richtete Graf Mensdorff (am 16. März) eine Depesche an die österreichischen Gesandten bei den deutschen Mittelstaaten, worin gesagt war, daß das Wiener Cabinet eine Anfrage nach Berlin wegen der kriegerischen Absichten der dortigen Regierung richten werde; falls die Antwort nicht befriedigend ausfalle, müsse der Bund angerufen und die Kriegsbereitschaft der Bundescontingente in Aussicht genommen werden. Ein lärmendes Nichtsthun mit der Feder!

Genau um diese Zeit war General Moltke im Begriff, in geheimer Mission nach Florenz zu gehen, wie Bismarck es in dem Ministerrath vom 28. Februar vorgeschlagen hatte; schon waren die Vorbereitungen zur Reise getroffen, als unerwartet ein höherer italienischer Offizier in Berlin eintraf. Es war der General Govone, welcher, wie einst Cavour, incognito durch die Schweiz gereist war und unter dem Vorwand, die preußische Heeres-Organisation kennen zu lernen, mit der Re-

gierung des Königs Wilhelm in Verbindung treten sollte. Er schlug geradenweges den Abschluß eines Bündnisses vor, welches den Krieg gegen Oesterreich auf eine bestimmte und nicht zu weit hinausgeschobene Zeit festsetzen würde. Dies konnte jedoch dem Grafen Bismarck namentlich in Rücksicht auf den König, der noch immer nicht alle Brücken zum Frieden abbrechen wollte, nicht zusagen. Er erklärte Govone, gern werde er einen Vertrag in Voraussicht bestimmt zu bezeichnender Ereignisse abschließen, aber noch seien die Beziehungen Preußens zu Oesterreich nicht auf dem Punkte angelangt und auch die Vorbereitungen in Deutschland selbst nicht weit genug vorgeschritten, um sofort zur Anwendung von Gewalt zu schreiten. „Der Plan des Herrn v. Bismarck", so berichtete Govone am 14. März nach Florenz, „besteht darin, von jetzt an binnen drei Monaten die deutsche Frage in ihrer ganzen Ausdehnung auf's Tapet zu bringen und eine solche Reform der Bundesverfassung zu verlangen, daß Oesterreich sich der Unterwerfung oder dem Kriege gegenübergestellt sieht. Alsdann würde Preußen, da es sich um eine innere deutsche Angelegenheit handelt, deren Entscheidung nicht hinausgeschoben werden kann, in den Augen Europas gerechtfertigt sein und keinen Widerstand von Außen zu befürchten haben. Dieser Plan (fügt Govone hinzu) ist an sich ziemlich verwickelt, hat aber für uns den offenbaren Nachtheil, daß er Italien ganz von den Entschlüssen Preußens abhängig machen würde. Herr von Bismarck verlangt unsere Heeresfolge, um seinen König besser beeinflussen zu können, und er bietet als Entgelt für diese unsere Unterordnung eigentlich nichts weiter als die Verpflichtung, die venetianische Frage im Gefolge des Krieges zu lösen."

Das Mißtrauen war gegenseitig. In Berlin hatte man Italien im Verdacht, daß es zugleich mit Preußen und — durch Vermittlung Dritter, namentlich von Drouyn de Lhuys — mit Oesterreich unterhandle, und in Florenz befürchtete man, Preußen wolle durch das Schreckbild eines Doppelkrieges nur

die Herzogthümer von dem Wiener Cabinet herauspressen. General Lamormora erinnerte sich der Vorgänge beim Abschluß des Gasteiner Vertrags (s. S. 264), während Graf Usedom behauptete, Lamormora habe damals durch Vermittlung des Herrn Landau, Agenten des Hauses Rothschild, in Wien alle vertraulichen Unterhandlungen wegen eines preußisch-italienischen Bündnisses denunziren lassen, um wo möglich die friedliche Abtretung Venetiens zu erlangen. General Govone seinerseits sprach in seinen vertraulichen Berichten nach Florenz die Ueberzeugung aus, Bismarck wolle Italien binden, ohne selbst unwiderruflich zum Kriege entschlossen zu sein; deßhalb schlage er einen ungenügend präzisirten Eventualvorschlag vor, aus dem man je nach Umständen machen könne, was man wolle. Ganz im Character des Italieners schlug seinerseits Govone deßhalb vor, Bismarck an Schlauheit zu übertrumpfen, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen und inzwischen Oesterreich durch die Furcht vor einem preußisch-italienischen Bündniß zur Abtretung Venetiens zu bewegen. „Die Viper muß den Charlatan beißen" („la vipera avrà morsicato il ciarlatano") fügte Govone characteristisch hinzu. Wir werden sehen, daß die Hoffnung Govones, Italien könne mit Oesterreich zu einem Arrangement gelangen, nicht so phantastisch war, wie es aussah.

Inzwischen waren die deutschen Mittelstaaten, insbesondere der Dresdner Hof, durch das Erscheinen des italienischen Unterhändlers in Berlin allarmirt worden und Graf Bismarck, dem jedes Vorwärtsdrängen von dritter Seite nur willkommen war, ermangelte nicht, die sächsischen Befürchtungen auf eine in dieser ernsten Zeit doppelt humorvolle Weise zu steigern. Bei einem Diner im Hause eines Gesandten fügte es sich, daß Bismarck seinen Platz neben der Gemahlin des sächsischen Gesandten Grafen Hohenthal erhielt. Im Laufe des Diners frug ihn ängstlich die Gräfin: „Ist es denn wirklich wahr, Excellenz, daß Sie uns bekriegen, Oesterreich aus Deutschland hinauswerfen und sich Sachsens bemächtigen wollen?" —

„Ganz gewiß, theuerste Gräfin," versetzte Bismarck, „es ist dies mein steter Gedanke gewesen, seit ich Minister bin, und ich habe mich seit lange auf dessen Ausführung gerüstet. Jetzt ist der Moment gekommen; Sie werden bald genug die Kanonen donnern hören." — „Geben Sie mir," versetzte die Gräfin erbleichend, „da Sie denn doch einmal so offenherzig sind, einen freundschaftlichen Rath, falls Ihre schrecklichen Voraussagungen sich erfüllen sollten. Ich habe zwei Besitzungen, die eine in Böhmen, die andere bei Leipzig; wohin flüchten wir uns mit den Kindern am besten im Kriegsfalle?" — „Wenn ich Ihnen rathen soll," versetzte Bismarck, „so gehen Sie nicht nach Böhmen, Sie würden dort schrecklichen Dingen ausgesetzt sein, da gerade in der Nähe Ihrer dortigen Besitzung die Kämpfe sich entwickeln werden. Gehen Sie ruhig nach Sachsen; Sie werden in Ihrem Schlosse Knautheim nicht einmal von Einquartierung belästigt werden, denn es liegt nicht auf der Etappenstraße der preußischen Armeeen."

Die Gräfin Hohenthal berichtete diese Unterhaltung mit Bismarck brühwarm nach Dresden und Hr. v. Beust fiel darauf sofort hinein. Schon am 19. März konnte ein Artikel der „Kreuzzeitung" die aggressiven Rüstungen Oesterreichs und Sachsens denunziren; am 20. gingen aus den preußischen Plätzen am Rhein 100 gezogene Geschütze in die Festungen an der schlesischen und sächsischen Grenze ab und am folgenden Tage stellte die amtliche Provinzialcorrespondenz gegenüber den Maßnahmen Oesterreichs und Sachsen auch preußische Rüstungen „und Allianzen nach anderer Seite hin" in Aussicht.

Daneben lief der Depeschenwechsel zwischen Wien und Berlin, sowie zwischen Preußen und den Mittelstaaten. Am 17. März richtete Graf Karolyi, der österreichische Gesandte in Berlin, die schon vorher angekündigte Frage an den Grafen Bismarck, ob sich der Berliner Hof wirklich mit dem Gedanken trage, die Gasteiner Convention gewaltsam zu zerreißen und

den „grundgesetzlich verbürgten Frieden zwischen deutschen Bundesstaaten zu unterbrechen"? Bismarck antwortete, wie vorauszusetzen war, auf diese naive Anzapfung in seiner „dilatorischen" Weise weder mit Ja noch Nein, worauf das Wiener Cabinet telegraphisch den deutschen Höfen mittheilte, man habe eine „einigermaßen befriedigende" Antwort erhalten und deßhalb die beabsichtigten Schritte am Bunde einstweilen sistirt.

Aber am 24. richtete Bismarck eine Circulardepesche an die deutschen Regierungen, in welcher er die Frage stellte, ob und in welchem Maße Preußen auf ihre Mithülfe bei Herstellung geordneter und Dauer verbürgender Zustände in Deutschland zählen dürfe, welches im Fall einer kriegerischen Niederlage Preußens sehr leicht das Schicksal Polens haben könne. Keine einzige der befragten Regierungen entsprach dem Ansinnen Bismarcks; die meisten verwiesen an den Bund, Hannover und Kurhessen antworteten ausweichend. Am 28. März ordnete eine königl. Cabinetsordre die Kriegsbereitschaft der ganzen preußischen Armee an.

In Wien wollte man schon am 27. März Kunde haben, daß der Vertrag zwischen Preußen und Italien zum Abschluß gekommen sei, das war jedoch ein Irrthum. Bismarck war noch nicht so weit, obwohl er gerade um diese Zeit dem französischen Gesandten Benedetti auf eine von diesem gestellte Frage, wie die Dinge eigentlich stünden, erwiderte: „Ich habe es fertig gebracht, einen König von Preußen zu bestimmen, seine intimen Beziehungen zum Hause Oesterreich zu lösen, einen Allianzvertrag mit dem revolutionären Italien einzugehen und nöthigenfalls Arrangements mit dem französischen Kaiserthum zu treffen. In Frankfurt werde ich eine Reform der Bundesverfassung mit einem Parlament auf breitester demokratischer Basis beantragen. Ich bin stolz auf dieses Resultat; ob ich davon die Früchte ernten werde, weiß ich nicht. Wenn der König mich im letzten Augenblick im Stiche läßt, habe ich doch einen Abgrund zwischen Preußen und Oesterreich gegraben

und die Liberalen, welche an's Ruder kommen, werden die von mir begonnene Arbeit vollenden müssen."

Einstweilen jedoch stimmten gerade die Liberalen dem Werke Bismarcks nicht zu. Die Kölnische Zeitung — damals das tonangebende Oppositionsblatt für ganz Preußen — sprach sich entschieden gegen den Krieg aus, forderte den wohlhabenden Bürgerstand im Gegensatz zur Kreuzzeitung, welche alle Friedensdemonstrationen für Landesverrath erklärte, eifrig zu Petitionen gegen den Krieg auf und verlangte mit Nachdruck den Rücktritt des Ministeriums Bismarck, wobei sie sich von höchst einflußreichen Kreisen am Hofe unterstützt wußte.

Oesterreich protestirte gegenüber der preußischen Circulardepesche vom 24. März an die deutschen Regierungen gegen die ihm untergelegten kriegerischen Absichten und erklärte seinen festen Entschluß, sich seinerseits nicht in Widerspruch mit Art. 11 der deutschen Bundesacte zu setzen. Der bayrische Minister v. d. Pfordten mahnte mittelst identischer Depesche vom 31. März sowohl in Wien wie in Berlin zum Frieden, da doch unmöglich einige Differenzen über den Gasteiner Vertrag und über das Schicksal der Elbherzogthümer, worüber noch gar nicht verhandelt sei, eine Ursache zum Kriege sein könnten. In Berlin wenigstens wußte man, welcher Werth auf diese Mahnung des bayrischen Ministerpräsidenten zu legen sei; hatte er doch in vertraulichem Gespräch mit dem preußischen Gesandten schon im Februar für Bayern eine führende Stellung in Süddeutschland verlangt, falls durch den Krieg der deutsche Bund gesprengt werden solle. Der Traum v. d. Pfordten's war, Bayern zu einer Art Großmachtsstellung zu erheben, zu welchem Zwecke er, wie wir sehen werden, die perfideste Schaukelpolitik nicht nur bis zum Kriege, sondern auch während desselben nicht scheute. Der junge König Ludwig, bei dem sich schon damals die Keime seiner späteren Geisteskrankheit ganz unmerklich und für die Meisten noch nicht verständlich zeigten, bekümmerte sich

um Staatsangelegenheiten so gut wie gar nicht; v. d. Pfordten entschied allein über die bayrische Politik.

Nach und nach begann auch Württemberg militärische Vorbereitungen zu treffen, während Preußen in Antwort auf die bayrische Depesche vom 31. März durch Circularnote vom 6. April in aller Form erklärte, „daß den Absichten S. M. des Königs nichts ferner liege als ein Angriffskrieg gegen Oesterreich". — Dann liegt ja, antwortete das Wiener Cabinet schon am folgenden Tage, auch gar kein Grund zu weiteren Rüstungen vor; warum nehmt ihr die Mobilisirungsordre für die ganze preußische Armee nicht zurück?

Zwei Tage später, am 9. April, stellte nun Preußen wirklich am Bundestage den Antrag auf Einberufung eines deutschen Parlaments aus direkten Wahlen und allgemeinem Stimmrecht behufs Reform der Bundesverfassung. Für den Zusammentritt des Parlaments sollte ein fester Termin schon jetzt bestimmt, die Vorlagen für dasselbe aber bis dahin durch Verständigung der Regierungen unter einander festgestellt werden.

Bismarck hatte die österreichischen Friedensversicherungen in den ihm ergebenen Zeitungen auf überraschende Weise commentiren lassen, indem er Tag für Tag in vollkommen zutreffender Weise alle militärischen Maßnahmen und Anordnungen des Wiener Cabinets veröffentlichen ließ. „So präzis und richtig", bemerkt Vilbort in seinem Buche über den böhmischen Feldzug, „waren diese Angaben, daß sie nur durch Verrath geliefert sein konnten. Die Notizen der Berliner Blätter gaben genau den Marsch jedes Regimentes, ja jedes Bataillons an. Man konnte in Wien keine Bewegung machen, ohne daß Bismarck davon sofort Kenntniß hatte."

Nach langen Schwierigkeiten war zu Anfang April zwischen Bismarck auf der einen und den italienischen Bevollmächtigten Barral und Govone auf der andern Seite der Entwurf eines

Allianzvertrags paraphirt worden, welcher vorher nach Florenz gesandt wurde und die Zustimmung Lamormoras fand, nachdem der Kaiser Napoleon dringend zur Unterzeichnung gerathen hatte, wozu man sich in Florenz — immer noch in der Hoffnung, mit Oesterreich zu einem Arrangement wegen Venedigs kommen zu können — nur schwer entschloß. Noch in der letzten Stunde ergab sich eine Differenz, welche nur durch die rasche Entschlossenheit Bismarcks gehoben wurde. Der König widerstrebte, wie wir wissen, einem so gearteten Bündniß mit Italien, daß dadurch Preußen unter allen Umständen zum Kriege gegen Oesterreich verpflichtet wurde, während auf der anderen Seite Italien Preußen nicht traute und sich Anfangs nur auf einen beide Theile vollständig bindenden Vertrag einlassen wollte. Hiervon kam man zwar auf den dringenden Rath Napoleons später zurück und begnügte sich mit dem Ausweg, daß die eventuelle Kriegsverpflichtung Italiens drei Monate nach Abschluß des Vertrags erlöschen sollte, falls bis dahin Preußen nicht den Krieg an Oesterreich erklärt habe, bestand aber desto hartnäckiger darauf, daß in der Einleitung nicht von einem „Friedens- und Freundschaftsvertrag", sondern von einer förmlichen „Offensiv- und Deffensiv-Allianz" die Rede sei. Als man am 8. April zur Unterzeichnung des Vertrags schreiten wollte, bemerkte Barral, daß gleichwohl die erste Bezeichnung gebraucht sei, und erhob Einspruch. Bismarck, welcher einer weiteren Hinausschiebung der Angelegenheit unbedingt vorbeugen wollte, nahm es auf sich, ohne zuvor eingeholte Genehmigung des Königs die Aenderung in dem Namen des Vertrags vorzunehmen, woraus ihm noch kurz vor Ausbruch des Krieges Unannehmlichkeiten erwachsen sollten. Für den Augenblick konnte er sich jedoch mit Recht sagen, daß nicht die äußere Bezeichnung, sondern der Inhalt einer Urkunde deren Bedeutung bestimme, und stimmte der von Barral verlangten Aenderung ohne Weiteres zu. Die Urkunde hatte nun folgenden Wortlaut:

„Ihre Majestäten, der König von Preußen und der König von Italien, beseelt von dem Wunsche, die Garantieen des allgemeinen Friedens zu befestigen, und in Rücksicht auf die Bedürfnisse und berechtigten Bestrebungen ihrer Völker, haben, um die Artikel einer Offensiv- und Defensiv-Allianz zu regeln, zu ihren mit Instruction versehenen Bevollmächtigten ernannt (folgen die Namen Bismarck, Barral und Govone.)

Art. 1. Es wird Freundschaft und Bündniß zwischen S. M. dem König von Preußen und S. M. dem König von Italien bestehen.

Art. 2. Wenn die Unterhandlungen, welche S. M. der König von Preußen mit den anderen deutschen Regierungen in Absicht auf eine den Bedürfnissen der deutschen Nation entsprechende Reform der deutschen Bundesverfassung eröffnet hat, scheitern sollten und in Folge dessen S. M. in die Lage käme, die Waffen zu ergreifen, um seine Vorschläge zur Geltung zu bringen, so wird S. italienische Majestät, nach der von Preußen ergriffenen Initiative, sobald sie davon benachrichtigt sein wird, in Kraft des jetzigen Vertrags den Krieg gegen Oesterreich erklären.

Art. 3. Von diesem Augenblicke an wird der Krieg von Ihren Majestäten mit allen Kräften geführt werden, welche die Vorsehung zu ihrer Verfügung gestellt hat, und weder Italien noch Preußen werden Frieden oder Waffenstillstand ohne gegenseitige Zustimmung schließen.

Art. 4. Diese Zustimmung kann nicht verweigert werden, wenn Oesterreich eingewilligt hat, an Italien das lombardisch-venetianische Königreich und an Preußen österreichische Landstriche, die an Bevölkerung diesem Königreiche gleichwerthig sind, abzutreten.[1])

Art. 5. Dieser Vertrag erlischt drei Monate nach seiner Unterzeichnung, wenn in diesen drei Monaten der in Art. 2 vorgesehene Fall nicht eingetreten ist, nämlich, daß Preußen nicht den Krieg an Oesterreich erklärt hat.

Art. 6. Wenn die österreichische Flotte, deren Rüstung sich jetzt vollzieht, vor der Kriegserklärung das Adriatische Meer verläßt, wird S. italienische Majestät eine hinlängliche Anzahl von Schiffen in die Ostsee senden, die dort Station nehmen werden, um zur Vereinigung mit der preußischen Flotte bereit zu sein."

---

[1]) Mündlich wurde zu diesem Artikel erläutert, daß Preußen beabsichtige, statt einer solchen Landerwerbung Zugeständnisse in der deutschen Frage anzunehmen.

So lautete dieser welthistorische Vertrag, durch welchen vorerst nur Italien, nicht auch Preußen, Kriegsverpflichtungen übernahm, die allerdings auf die Dauer von drei Monaten beschränkt blieben. Nur nach langem Sträuben hatte sich Italien zu einem so einseitigen Abkommen entschlossen; Lamormora und Victor Emanuel folgten hier ganz dem Rathe Louis Napoleons.

Vom Abschluß des italienischen Bündnisses bis zum Kriege.

Ob es dem Grafen Bismarck mit dem Antrag vom 9. April am Bunde, ein constituirendes Parlament aus allgemeinen Wahlen und directem Stimmrecht nach Frankfurt einzuberufen, völliger Ernst war oder ob dies nur einen Schachzug in seiner dem Kriege zustrebenden Politik bildete, dies ist heute noch eine vielbestrittene Frage. Für den völligen Ernst des Vorschlages spricht zunächst die spätere uneingeschränkte Verwirklichung des Parlamentsgedankens durch Preußen, dann die schon 1863 vorausgegangene Entwicklung desselben von Seiten Bismarcks in der berühmten Denkschrift an den König über den Frankfurter Fürstentag und die dort verhandelten Bundesreformanträge; endlich auch, was nicht gering anzuschlagen ist, mehrfach vertrauliche und offenbar aufrichtig gemeinte Aeußerungen Bismarcks, zu denen er keine Veranlassung gehabt haben würde, wenn ihm der Parlamentsgedanke nicht längst als ein Mittel zur Hebung der Machtstellung Preußens in Deutschland vorgeschwebt hätte. Wir erinnern an seine Unterredung mit Friedrich Oetker über ein künftiges Zollparlament (s. S. 136) und an seinen Frankfurter Brief vom 15. März 1858 an einen ungenannten preußischen Abgeordneten (ebendas. Note), besonders aber an den folgenden Brief an den englischen Minister Lord John Russel, als dieser Herrn v. Bismarck in seiner aufdringlichen Manier beschworen hatte, von dem Gedanken eines deutschen Parlaments, das aus directen Volks-

wahlen hervorgehe, abzustehen, weil ein solches Parlament, wie 1848, „der Revolution Thür und Thor öffnen würde." Bismarck antwortete darauf folgendes:[1])

Berlin, 8. October 1863.

„Was das Parlament betrifft, so beruht unser Standpunkt nicht auf einer politischen Theorie, sondern auf materiellen preußischen Interessen, welche mit denjenigen der Mehrheit der deutschen Nation identisch sind. Nicht die deutschen Regierungen, sondern das deutsche Volk in überwiegendem Theile hat mit uns gleiches Interesse. Preußen braucht ein Gegengewicht gegen die dynastische Politik der Regierungen und kann dasselbe nur in der Nationalvertretung finden. . . . . Selbst der geringste Census würde noch bessere Garantien gegen revolutionäre Ueberschreitungen bieten, als manches Wahlgesetz, aus welchem die einzelnen Landesvertretungen jetzt hervorgehen, bessere Garantien namentlich, als der Wahlmodus in Preußen."

Alles dies spricht für die Aufrichtigkeit des Bismarck'schen Parlamentsantrags vom 9. April, selbst wenn man in Betracht zieht, daß er in Preußen selbst mit der Volksvertretung seit Jahren auf dem Kriegsfuße stand und zwar zum größten Theil durch eigene Schuld. Auf der anderen Seite jedoch konnte es diesem klarblickenden Staatsmann unmöglich unbekannt sein, daß zu dieser Frist sein Vorschlag weder bei der öffentlichen Meinung Preußens und Deutschlands — die er von sich gestoßen hatte — Unterstützung finden, noch die Regierungen ihn annehmen würden. Das Wahrscheinlichste also scheint uns das zu sein, daß Bismarck zwar den Parlamentsgedanken selbst keineswegs als Spielwerk betrachtete, daß er aber für den Augenblick davon nur Gebrauch machte, um Oesterreich und die ihm zuneigenden deutschen Mittel- und Kleinstaaten in arge Verlegenheit zu bringen, welche seinen kriegerischen Plänen zu Gute kam, worauf auch Art. 2 des Bündnißvertrags mit Italien ziemlich deutlich hinweist. Nichtsdestoweniger war es

[1]) „Politische Briefe Bismarcks aus den Jahren 1849—1889." Berlin 1890. S. 97.

ein nicht wieder gutzumachender Fehler namentlich von Seiten der süddeutschen Demokratie, daß sie im Punkte des Parlamentes Bismarck nicht beim Worte nahm, sondern über den preußischen Antrag vom 9. April mit Hohn und Spott zur Tagesordnung überging, wodurch es Oesterreich und den übrigen Regierungen leicht gemacht wurde, den Antrag in der gewohnten Weise am Bundestag geschäftlich hin- und herzuzerren und denselben in einem Ausschuß zu begraben, nachdem darüber in Augsburg unter den Auspizien v. d. Pfordtens und Beust's mit wichtiger Miene „mittelstaatliche Ministerconferenzen" gehalten worden waren. Einzig die II. badische Kammer erwarb sich das Verdienst, einstimmig das Eingehen auf den preußischen Antrag zu fordern; die übrigen deutschen Landesvertretungen blieben theilnahmlos. Von den deutschen Regierungen war nur der Herzog von Coburg, wie er in seinen Denkwürdigkeiten hervorhebt, nicht nur sofort für den Parlamentsvorschlag gewonnen, sondern sah darin auch einen entscheidenden Grund für seine Stellungnahme in dem bevorstehenden Kriege an der Seite Preußens, was übrigens auch schon durch die Militärconvention mit Preußen bedingt war. Sogar an dem sonst so befreundeten Hofe von Karlsruhe, sagt v. Sybel, konnte man sich nicht entschließen, den Antrag ernst zu nehmen und erwog, welche verderblichen Pläne hinter demselben lauern möchten. In Hannover, wo man eben einen stillen Versuch machte, die Mannschaftsstärke der Bataillone erheblich zu erhöhen, bezeichnete Graf Platen den Antrag geradezu als einen unglückseligen, und König Georg sagte dem preußischen Gesandten, es sei ganz schauderhaft, daß in solcher Weise durch directe Volksabstimmung auf die Fürsten und die Regierungen gedrückt werden sollte. Sachsen, Württemberg und Baden — in dem letzteren Staate war der entschieden großdeutsch gesinnte und auch durch Verwandtschaftsverhältnisse mit Oesterreich liirte Freiherr v. Edelsheim Ministerpräsident — erwogen miteinander die Frage, ob man nicht die Bundesreform nach dem Antrage

Preußens durch gründlich auszuarbeitende Gegenvorschläge verschleppen und gefahrlos machen könne. Nur v. d. Pfordten in München hielt an seiner von uns geschilderten Schaukelpolitik fest und gab sich große Mühe, das Wiener Cabinet zu überreden, daß man wenigstens in eine seriöse Erwägung des preußischen Antrages eintrete; zugleich sistirte er die eben begonnenen bayrischen Rüstungen und unterstützte bei den Mittelstaaten Preußens Wünsche über die geschäftliche Behandlung des Antrages im Bundestage. Bismarck (sagt v. Sybel) glaubte aus diesem Verhalten noch einmal auf die Möglichkeit einer Allianz mit Bayern schließen zu können und ließ eine Andeutung über den künftigen bayrischen Oberbefehl in Süddeutschland (gerade wie vor dem Gasteiner Vertrage) nach München gelangen. Prinz Reuß, der preußische Gesandte in München, warnte jedoch dringend vor einer solchen Täuschung; im Kriegsfalle würde Bayern unter allen Umständen zu Oesterreich und gegen Preußen stehen; selbst wenn die Regierung preußische Sympathieen hätte, würde sie bei der unendlichen Erbitterung der Volksmassen nicht wagen, ihnen Folge zu geben.

Wir halten es für überflüssig, den weiteren Peripetieen des preußischen Antrages am Bunde zu folgen, da die Verhandlungen des Bundestages von jetzt an mehr und mehr den Character einer Komödie annahmen; der letztere selbst war nur die spanische Wand, hinter der die Acteure der Geschichte die Ereignisse vorbereiteten. Von den Verhältnissen im Wiener Cabinet giebt der folgende Brief Zeugniß, welchen um diese Zeit Graf Mensdorff an seinen Vetter Herzog Ernst von Coburg richtete: „Meine Stellung mitten zwischen dem krausen Wirrwar von inneren und äußeren Schwierigkeiten ist recht aufreibend. Den guten Willen und auch ziemlich viel Ausdauer besitze ich, aber der täglich wiederkehrende Kampf ist tödtend. Wohl brauchte man manchmal einen erleuchtenden Strahl von oben, woher alles Gute kommt. Bin ich abgenutzt, so falle ich eben wie ein welkes Blatt ab; mein Wahlspruch

aber bleibt: „fais ce que dois, advienne que voudra.“ — Man glaubt aus diesen melancholischen Betrachtungen des Ministers schon die Vorahnung des Ausganges der Dinge für Oesterreich herauszulesen.

Hatte der Bundestag und die Politik der Mittelstaaten kaum noch eine Bedeutung für den Gang der Dinge, so war desto wichtiger für Preußen das jetzt — trotz des preußisch-italienischen Bündnisses vom 8. April — beginnende Intriguenspiel zwischen Wien, Paris und Florenz.

Wenige Tage nach dem preußischen Parlamentsantrage am Bunde machte das Wiener Cabinet durch den Grafen Karolyi in Berlin Vorschläge wegen einer gegenseitigen Entwaffnung. Bismarck hielt es nicht für zweckmäßig, einer Discussion hierüber auszuweichen. Die Nachrichten, welche er aus Paris und Florenz empfing, waren eher beunruhigend, als zu entschlossenem Vorgehen ermuthigend. Vergebens hatte Graf v. d. Goltz sich bemüht, von Napoleon in bindender Form eine Zusicherung rücksichtlich seines Verhaltens nach dem Kriegsausbruch zu erlangen, wovon König Wilhelm noch immer seine definitive Einwilligung zum Kriege gegen Oesterreich abhängig machte. In Berlin war neben dem Gesandten Benedetti ein äußerst scharfsichtiger und mißtrauischer französischer Diplomat, der Militär-Attaché Graf Clermont-Tonnerre, fortwährend bemüht, das Tuileriencabinet vor allzugroßem Vertrauen gegen Preußen zu warnen. Er denunzirte kurz nach Abschluß des preußisch-italienischen Vertrags einen angeblichen Brief des Königs Wilhelm an seinen Neffen, den Zaren Alexander von Rußland, worin formell versichert worden, daß alles Gerede von einem Bündnisse Preußens mit Italien unwahr sei; der König denke gar nicht an einen solchen Schritt. Diese Meldung fand in Paris und Florenz Glauben und machte um so größeren Eindruck, als man noch keineswegs auf die Hoffnung ganz verzichtet hatte, Oesterreich zur friedlichen Abtretung Venetiens bewegen zu können. Die Berichte des Gesandten

v. d. Goltz athmeten nicht ganz mehr die frühere Zuversicht in die Haltung und die Pläne Napoleons, welcher, wie gesagt, allen Zumuthungen, bindende Verpflichtungen einzugehen, auswich. Bismarck nahm deßhalb die österreichischen Entwaffnungsanträge schon um deßwillen freundlich auf, weil dadurch Zeit gewonnen wurde, und versicherte, daß ihm alle kriegerischen Angriffspläne gegen Oesterreich fern lägen. Während Deutschland und Italien sich mit Armeen bedeckten, protestirte man allerseits gegen jegliche böse Absicht; wenn Worte den Frieden hätten erhalten können, wäre es gewiß geschehen. Italien, welches schon 100,000 Soldaten an der Grenze nach Oesterreich hin aufgehäuft hatte, erklärte laut, man werde ihm doch nicht den Wahnsinn zutrauen, Oesterreich angreifen zu wollen; Oesterreich seinerseits konnte mit noch größerem Rechte fragen, was in aller Welt in diesem Augenblicke es denn bewegen könne, Italien zu überfallen; Preußen versicherte feierlich, daß es nur zum Zwecke seiner Vertheidigung rüste, und die deutschen Mittelstaaten hatten bei ihren — mit Ausnahme Sachsens äußerst schwächlichen und lahmen — Rüstungen nur „die Sicherung des Bundesfriedens" gemäß Art. 11 der deutschen Bundesacte im Auge. Kurz und gut, Jeder war unschuldig, weil auf keiner Seite die Rüstungen vollendet waren und auch die politische Lage noch Keinem gestattete, ohne die schwerste Gefahr loszubrechen. Dazu kamen in Preußen die immer massenhafter werdenden Friedensdemonstrationen — in Köln und der Rheinprovinz verweigerte man sogar die Annahme der preußischen Bankbillete im gewöhnlichen Verkehr, so lange die Kriegsgefahr nicht beseitigt sei — und die energischen Bemühungen der Königin-Wittwe Elisabeth, sowie des Kronprinzenpaares und der Königin Victoria von England, den König von dem letzten entscheidenden Schritt abzuhalten, ihn wieder in friedliche Bahnen zu drängen.

Dennoch lagerte sich über ganz Europa eine schwere Wolke der Unruhe; man fühlte deutlich, daß große Ereignisse im

Anzuge seien. Ueberall stockten die Geschäfte und allen Friedensversicherungen standen die deutlich in die Augen fallenden Thatsachen entgegen. Auch in Frankreich vermehrten sich die finanziellen Katastrophen und regte sich die öffentliche Meinung von Tag zu Tag mehr auf, zumal man wußte, daß das Ziel der Bismarck'schen Politik nicht bloß der Erwerb der Elb-Herzogthümer, sondern auch die Hegemonie über Deutschland mindestens bis zur Mainlinie sei, wie dies die Berliner offiziösen Blätter längst offen angekündigt hatten. Wie könne Frankreich, frugen selbst sehr gemäßigte und regierungsfreundliche Männer in Paris und anderwärts, einem solchen Gange der Dinge zustimmen, die preußischen Kriegsrüstungen zulassen, wenn nicht der Kaiser im geheimen Einverständnisse mit Preußen sei und vorhabe, Frankreich selbst in den Krieg zu verwickeln? Das aber wollte damals die überwiegende Mehrheit der Franzosen nicht; man hatte gerade jetzt an dem mexikanischen Abenteuer genug und wollte schon um der Geschäfte willen endlich Ruhe und Frieden haben.

Indessen blieb Napoleon in seiner einmal eingeschlagenen Politik unerschütterlich; die offiziöse Presse wiederholte Tag für Tag, daß Frankreich „mit einer Armee von 600,000 Soldaten in der Hand" (!) den Streitigkeiten der Nachbarn in der günstigsten Position von der Welt zuschauen könne; gerade die Einmischung in diese Streitigkeiten würde eine weit ungünstigere Lage herbeiführen. Was Italien anlange, so überlasse man ihm ganz die Gefahren und das Risiko eines Krieges gegen Oesterreich und habe dies dem Florentiner Cabinet genugsam betont. Daß dies eine offenbare Lüge war und Napoleon im Gegentheil — freilich über die Köpfe seiner Minister hinweg — Italien geradezu zum Abschluß eines Kriegsbündnisses mit Preußen gedrängt hatte, wissen wir aus den vorausgegangenen Schilderungen.

Das Programm des Kaisers und seiner Regierung ließ sich nach den Versicherungen der offiziösen Presse und Rouhers

im gesetzgebenden Körper auf folgende drei Sätze zurückführen: loyale Neutralität, friedliche Politik, vollständige Freiheit der Action. Daß diese drei Sätze einen Widerspruch in sich selbst bildeten, fühlte die öffentliche Meinung leicht heraus und die Oppositionsblätter sagten nicht mit Unrecht, man hülle sich auf Seiten der Regierung in widerspruchsvolle und hohle Phrasen, um eine uneingestandene Politik zu verbergen, wenn man überhaupt eine Politik habe.

Unter diesen Eindrücken hielt Thiers am 3. Mai seine berühmte Rede im gesetzgebenden Körper, welche nicht nur dort, sondern im ganzen Lande einen außerordentlichen Eindruck machte. Sie war an einzelnen Stellen geradezu prophetisch und sagte voraus, daß die Vollendung der italienischen Einheit und die Zusammenfassung der Kräfte Deutschlands in der Hand Preußens den Sturz Frankreichs von seiner führenden Stellung in Europa unbedingt zur Folge haben werde: „Preußen wird nicht mit einem Schlage die 50 Millionen Deutsche unter seinem Szepter vereinigen, o nein, dazu bedarf es mehrerer Etappen, die jetzt schon vorgezeichnet sind. Wenn dieser Krieg für Preußen erfolgreich sein wird, und ich glaube daran, sofern man ihm freie Hand läßt, dann wird sich, denken Sie an meine Worte, ein großes Phänomen vollziehen, nach dem schon seit einem Jahrhundert die Entwicklung der Dinge strebt: das Reich Karl's V., welches einst seinen Mittelpunkt in Wien hatte, wird diesen Mittelpunkt fernerhin in Berlin haben; es wird dicht an unseren Grenzen stehen, auf uns lasten, uns umklammern und — um die Analogie zu vollenden — das neue Reich Karl's V. stützt sich zwar nicht mehr auf Spanien, aber auf dem einig gewordenen Italien. Das, meine Herren, ist die Zukunft, welche die Politik der Regierung für Frankreich vorbereitet; es bedarf keiner Prophetengabe, um dies zu sehen. Die italienische Einheit, ich kann es nicht genug wiederholen, diese italienische Einheit, welche Frankreich geschaffen hat, mußte unvermeidlich zur deutschen Einheit führen und

beide reichen sich über die Alpen hinweg die Hand. Dieses Phänomen, das ich Ihnen vor Jahren schon vorausgesagt habe, verwirklicht sich jetzt vor Ihren Augen. Und unsere Politik sollte blindlings einen solchen Gang der Dinge unterstützen, ihn nicht aufhalten, so lange es noch Zeit ist? Mag den Franzosen noch so sehr die italienische Freiheit am Herzen liegen, durchstreifen Sie ganz Frankreich und zeigen Sie mir irgend eine Stadt, einen Flecken, ein Dorf, wo eine solche Politik populär ist! Nein, noch ist gesunder Menschenverstand in Frankreich genug vorhanden, um einer solchen selbstmörderischen Politik entgegenzutreten, die um so kleinlicher und schmachvoller (honteux) sein würde, wenn damit der Hintergedanke verbunden ist, einen Lappen Land für Frankreich zu erwerben, wofür die Zukunft Frankreichs geopfert wird. . . . Welches Mittel bietet sich für uns dar, die Macht zurückzuhalten, welche den Frieden Europas bedroht? Ich denke nicht an Krieg; aber Frankreich soll nicht der Gehülfe Preußens bei diesem Werke sein; es bedarf nur unseres entschiedenen Protestes und man wird in Berlin vor dem Wagniß zurückscheuen. . . . Ist es denkbar, daß Italien, indem es sich mit Preußen einläßt, dabei ohne die Zustimmung der Regierung Frankreichs handelt? Und ist es dann zu verwundern, daß Herr v. Bismarck, der bei all' seiner Kühnheit und Verwegenheit ein sehr kluger Staatsmann ist, aus der Thatsache, daß Italien sich mit ihm verbündet, auch auf das Einverständniß und die spätere Hülfe Frankreichs schließt? . . . Brauchen wir zuzulassen, daß Italien, für welches wir das Blut von 50,000 Franzosen und an Geld etwa 400 Millionen Francs geopfert haben, jetzt eine Politik einschlägt, welche Frankreichs Zukunft bedroht? . . . Auch nach dieser Seite bedürfte es nur der einfachen Erklärung, daß Italien ganz allein auf sein eigenes Risiko hin den Krieg unternimmt und wir es im Falle einer Niederlage in keiner Weise gegen Oesterreich schützen werden, so würde man in Florenz noch zehnmal überlegen, ob man sich auf das Wagniß

eines Krieges einlassen soll. Das ist die klare, offene und entschiedene Politik, die ich empfehle; sie wird, wenn der Friede unmöglich geworden ist, doch die Gefahren des Krieges für uns bedeutend mindern. . . ."

Der Rede Thier's folgte ein gewaltiger Beifallssturm fast der ganzen Kammer, der Majorität wie der Opposition. Die Wirkung war geradezu phänomenal und der Sprechminister Rouher in äußerster Verlegenheit, was er ihr entgegensetzen solle. Er drang auf rasche Beendigung der Discussion und unterstützte diesen Wunsch durch ein angeblich soeben eingegangenes Telegramm aus Florenz, wonach Italien die förmliche und offizielle Verpflichtung übernommen habe, Oesterreich nicht anzugreifen. Die plötzlich wieder zahm gewordene Kammer gab nach und die Discussion wurde geschlossen.

Nichtsdestoweniger war die Wirkung der Thiers'schen Rede im Lande selbst so groß und nachhaltig, daß Napoleon sich entschloß, ihr eine Gegen-Manifestation zu setzen. Es war dies die berühmte Antwort auf eine Ansprache des Maires von Auxerre bei Gelegenheit einer Festlichkeit in diesem Städtchen am 6. Mai 1866. Die Szene war im Voraus arrangirt und hallte in ganz Europa wieder, ganz ähnlich wie vor sechs Jahren die Neujahrsworte von 1859 an den österreichischen Gesandten Baron Hübner.

„Ich sehe mit Vergnügen", sagte Napoleon, „daß die Erinnerungen an das erste Kaiserreich in Ihrem Gedächtniß nicht erloschen sind. Glauben Sie mir: auch ich habe von dem Oberhaupt meiner Familie die Gefühle für diese energisch-patriotischen Bevölkerungen geerbt, die in guten und schlimmen Tagen dem Kaiser treu zur Seite standen. Ich habe außerdem gegenüber dem Yonne-Departement eine alte Schuld zu tilgen; es war eines der ersten, welche mir im Jahr 1848 ihre Stimmen gaben, denn es begriff, wie die Mehrheit des französischen Volkes, daß seine Interessen die meinigen sind, daß ich gleich ihm jene Verträge von 1815 verabscheue, die man heute zur Grundlage unserer auswär-

tigen Politik machen will. Ich danke Ihnen für Ihre Gefühle; in Ihrer Mitte athme ich frei auf, denn bei den arbeitsamen Bevölkerungen der Städte und des Landes treffe ich den wahren Geist Frankreichs an."

Der Eindruck der Rede von Auxerre war in Berlin sehr verschieden. Auf die Anhänger der Kriegspolitik wirkte sie, wie namentlich die Aeußerungen der offiziösen Presse zeigten, ermuthigend, und verwischte fast wieder den Eindruck der Thiers'schen Rede; für die Schwankenden und Bedenklichen dagegen war sie eine Warnung von nicht geringem Gewicht, denn die Vernichtung der Verträge von 1815 schloß augenscheinlich auch die Wiederherstellung der französischen Grenzen von 1814 in sich ein. Der schon erwähnte Graf Clermont-Tonnerre, französischer Militärattaché in Berlin, schrieb über die Sache nach Paris: „Man übersetzt hier die Rede von Auxerre folgendermaßen: Schlagt Euch, soviel Ihr wollt, wenn Ihr nun einmal darauf versessen seid, aber ich versichere Euch im Voraus, daß keine Neugestaltung zugelassen wird, in der nicht zugleich Alles verschwindet, was seit fünfzig Jahren den Patriotismus aller Franzosen verletzt."

Man frug sich am Berliner Hofe wie im Lande mit Besorgniß, ob nicht Napoleon im Augenblick des Kriegsausbruches sich einmischen und die gegebene Lage im Sinne der französischen Rheingelüste benutzen werde; mehr als je erschien den Meisten der Krieg mit Oesterreich als ein wahres Hazardspiel um die Existenz Preußens. Die Friedenspetitionen im ganzen Lande mehrten sich von Tag zu Tag; Bismarck jedoch blieb unerschütterlich. „Ich weiß", sagte er zu Benedetti, „daß man mich in Preußen, in Deutschland, in Frankreich verabscheut und haßt, aber das Glück ist launenhaft wie die Menschen. Mein Vertrauen auf die preußische Armee ist unbegrenzt; sie wird uns über alle unsere Feinde triumphiren lassen."

In Frankreich war der Eindruck der Thiers'schen Rede durch das Manifest von Auxerre keineswegs vollständig beseitigt

worden; die Unruhe im Lande stieg von Tag zu Tag und ergriff schließlich auch Napoleon, welcher herausfühlte, daß die Allianz zwischen Preußen und Italien am Ende doch bedenkliche Folgen für Frankreich haben könne. Seinem Programm, Italien zum Besitz Venetiens zu verhelfen, blieb er treu, aber er verdoppelte seine Bemühungen, Oesterreich zur friedlichen Abtretung dieser Provinz zu bewegen. Schon am 4. Mai, am Tage nach der Thiers'schen Rede, hatte er den italienischen Gesandten Nigra zu einer wichtigen Unterredung in die Tuilerien berufen. Wir lassen darüber den Letzteren (in seiner an den Prinzen Carignan gerichteten Denkschrift vom Juni 1866) selbst reden:

„Oesterreich hatte eingewilligt, die Initiative zur Entwaffnung in Deutschland zu ergreifen, aber es weigerte sich, das Gleiche in Venetien zu thun, was dem Grafen Bismarck den erwünschten Vorwand bot, auch für Preußen die Entwaffnung abzulehnen. Darauf wechselte das Wiener Cabinet rasch seine Tactik und wollte Preußen isoliren, indem es dasselbe von Frankreich und Italien zu trennen suchte. Inmitten der fortschreitenden Rüstungen und während der König von Preußen noch immer an dem Entschluß festhielt, sich nicht gegen seinen Willen durch Italien zum Krieg drängen zu lassen, ließ der Kaiser Napoleon am 4. Mai mich zu sich bescheiden und theilte mir die Bereitwilligkeit Oesterreichs mit, Venetien unter der Bedingung abzutreten, daß Frankreich und Italien in dem bevorstehenden Kriege neutral blieben und Oesterreich kein Hinderniß in den Weg legten, sich an Preußen durch die Eroberung Schlesiens zu entschädigen. Die Abtretung würde an Frankreich erfolgen, welches seinerseits Venetien uns übergeben würde. Die beiden Thatsachen der Abtretung Venetiens und der Eroberung Schlesiens müßten jedoch gleichzeitig sich vollziehen, das Eine die Vorbedingung des Anderen sein. Der Kaiser erklärte mir, daß der Vorschlag in formeller Weise gemacht worden sei und frug mich, ob wir im Stande seien,

die Preußen gegenüber eingegangenen Verpflichtungen zu lösen. Indem ich diese Mittheilung im tiefsten Geheimniß dem General Lamormora zur Kenntniß brachte, verhehlte ich ihm nicht, daß ungeachtet des unbestimmten Textes unseres Allianzvertrags mit Preußen und der demselben in Berlin gegebenen Auslegung der neue österreichische Vorschlag doch seine großen Bedenklichkeiten für uns habe. Wir würden zunächst uns dem Vorwurf der Unehrlichkeit aussetzen, dann durch die Bedingung der indirecten Abtretung Venetiens (zuerst an Frankreich, von dem erst Italien es erhalten würde) eine neue Dankesverpflichtung gegen Frankreich auf unsere Schultern laden und schließlich Venetien auch nur dann bekommen, wenn es Oesterreich gelänge, Schlesien zu erobern. Lamormora beauftragte den General Govone, sich sofort nach Paris zu begeben und mit mir über die Auslegung des Vertrags vom 8. April zu conferiren. Inzwischen jedoch war es Hrn. v. Bismarck gelungen, den König zu bestimmen, daß der Krieg an Oesterreich erklärt werde, sobald das letztere Italien angreifen würde, wodurch uns jeder Vorwand genommen wurde, den Vertrag vom 8. April zu kündigen, der noch bis zum 8. Juli lief. Der Kaiser Napoleon, stets von Wohlwollen gegen uns erfüllt, lehnte den österreichischen Vorschlag ab und wandte sich statt dessen der Congreßidee zu."

Inzwischen waren die österreichischen Vorschläge nach Paris in Berlin kein Geheimniß geblieben und hatten dort die lebhaftesten Beunruhigungen erzeugt. „Man ist hier," meldete Barral am 6. Mai von Berlin nach Florenz, „in großer Sorge um die Unterhandlungen zwischen Wien und Paris, wodurch Italien desinteressirt werden soll, und will wissen, daß das Wiener Cabinet Napoleon sogar die Rheingrenze angeboten habe." Bismarck hatte in dieser kritischen Zeit fast täglich Besprechungen mit dem französischen Gesandten Benedetti, gegen den er sich sehr verächtlich über die Italiener und ihre punische Treue aussprach. Er wußte, daß Oesterreich im Sinne habe,

Preußen die Abtretung Venetiens bezahlen zu lassen, und sagte zu Benedetti: „Wenn Ihr Kaiser uns im Stiche läßt und uns zur Entwaffnung gegenüber Oesterreich zwingt, so wird dadurch eine Lage geschaffen, welche in jedem Falle für Frankreich ungünstig ist. Mit Preußens Stellung in Deutschland ist es dann aus und das Haus Habsburg wird Herr in Deutschland sein. . . . Aber wenn der König meinem Rath folgt, unternehmen wir selbst einen Verzweiflungskampf, um dies zu verhüten, und proklamiren die Verfassung von 1849 aus der Paulskirche."

Um diese Zeit muß Napoleon wahrhaft phantastische Pläne gehabt haben, denn Nigra berichtete unter'm 11. Mai nach Florenz: „Folgendes sind nach meinen genauen Ermittlungen die Ideen des Kaisers: Vereinigung Venetiens mit Italien, Schlesiens mit Oesterreich; Preußen würde dagegen die Elbherzogthümer und einige deutsche Länder erhalten, die es sich selbst auswählen mag; am Rhein würden drei oder vier kleine Staaten gebildet, welche zum deutschen Bunde gehören. Die durch Preußen depossedirten deutschen Fürsten können nach den Donaufürstenthümern gehen. Der Ehrgeiz vieler französischer Politiker beschränkt sich darauf, einen neutralen Staat zwischen der Lauter und der holländischen Grenze gebildet zu sehen."

Auch v. Sybel bestätigt, daß dies in großen Zügen das Congreßprogramm Napoleons war, welches im Falle des Gelingens Frankreich anstatt Landgewinns leitenden Einfluß in Deutschland verhieß. Mit einer solchen Erneuerung des Rheinbundes, glaubte er, könnten alle französischen Politiker zufrieden sein. Höchst wahrscheinlich würden ja auch die Verhandlungen des Congresses, zu welchem Drouyn de Lhuys schon am 8. Mai durch eine Depesche nach London die erste Anregung gab, sich über den 8. Juli (an welchem Tage das preußisch-italienische Bündniß bei Nichtausbruch des Krieges erlosch) hinausziehen und dann gemäß Lamormoras Andeutung Italien freie Hand haben, nach Erlangung Venetiens neutral zu bleiben. Jeden-

falls hätte der Kaiser durch die Berufung des Congresses dem französischen Volke sein aufrichtiges Streben zur Erhaltung des Friedens dargethan.

Es bezeichnet die unendliche Verworrenheit der damaligen französischen Politik, daß zu derselben Zeit, wo der Congreßgedanke durch offizielle Depeschen lancirt wurde, Drouyn de Lhuys den preußischen Botschafter, Grafen v. d. Goltz, bat, die etwas verbrauchte Congreßidee nicht gar zu ernst zu nehmen; ein festes Einvernehmen mit Preußen und Italien sei dem Kaiser viel erwünschter. Man belog sich dann gegenseitig über die Mittel, zu einem solchen Einvernehmen zu gelangen; die neue Rheinbundsidee wagte Drouyn de Lhuys noch nicht direct zur Sprache zu bringen und auch der Kaiser selbst, mit welchem Goltz am folgenden Tage eine Unterredung hatte, kam über unklare und vage Andeutungen nicht hinaus.

Auf den Bericht über diese Gespräche instruirte Bismarck den Grafen v. d. Goltz, in dem Bestreben auf eine dem Congreß vorausgehende Verständigung zwischen Preußen, Frankreich und Italien fortzufahren, aber keine bindende Verpflichtung einzugehen. Es kam dabei nichts Anderes heraus, als daß man sich gegenseitig in allerhand Listen und Vorspiegelungen zu überbieten suchte, wobei, wie der Erfolg gezeigt hat, nicht Louis Napoleon, sondern Herr v. Bismarck der Meister war. Ueberdies besaßen Preußen und Italien an dem stets österreichisch und papistisch gesinnten Minister Drouyn de Lhuys einen heimlichen Gegner, der nur durch den Kaiser und durch den Einfluß des Prinzen Napoleon in Schach gehalten wurde. Seine Ideen fanden jedoch mit Unterstützung der Kaiserin Eugenie insoweit Eingang, als Napoleon die Wiederherstellung des Kirchenstaates in seinem alten Umfang als eines der Resultate des Krieges in Aussicht nahm; ja selbst die Restauration des Königreichs Neapel schwebte einen Augenblick lang dem Geiste Napoleons vor, damit auf solche Weise Italien stets in Abhängigkeit von Frankreich erhalten bleibe. Die ganze französische

Politik von 1866 bietet mit einem Worte das Bild eines intriguenvollen Doppelspiels, bei welchem schließlich Louis Napoleon der betrogene Betrüger war.

An die Wahrscheinlichkeit, durch den Congreß den Krieg zu verhindern und zu einer friedlichen Lösung der Streitfragen zu gelangen, glaubte in der zweiten Hälfte des Monats Mai 1866 kaum irgend ein Mensch. „Der wahre Beweggrund zum Congresse," schrieb der italienische Botschafter, Marquis d'Azeglio in London, „ist Zeit zu gewinnen und die Dinge über den 8. Juli hinaus zu verschleppen." Weder England noch Rußland hatten auch nur annähernd das gleiche Interesse an dem Congreß wie Frankreich. Der Zar von Rußland hatte sich auf Bitten seiner Schwester, der Königin Olga von Württemberg, zwar in einem eigenhändigen Schreiben an den König Wilhelm gewandt, worin er ihn zu einer maßvollen Politik gegenüber den süddeutschen Staaten mahnte, im Uebrigen aber sah Rußland dem bevorstehenden Kriege zwischen Oesterreich und Preußen eher mit geheimer Sympathie, als mit Uebelwollen gegen Preußen entgegen. Dabei war nicht, wie v. Sybel und andere Geschichtsschreiber annehmen, die „Dankbarkeit" gegen Preußen für seine Haltung im Krimkriege und während des polnischen Aufstandes im Spiele, sondern ganz allein das russische Interesse. Wenn Louis Napoleon die Verträge von 1815 verabscheute, so haßte Rußland noch weit mehr den Pariser Vertrag von 1856 und hoffte ihn bei diesem Anlasse leichten Kaufes loszuwerden. England hatte für Italien nur sehr platonische Sympathieen; so lange die belgische Neutralität nicht in's Spiel kam, wollte es, wie Marquis d'Azeglio am 11. Mai nach Florenz schrieb, von anderen Mitteln zur Erhaltung des Friedens, als denen einer sanften Ueberredung, nichts wissen und seine Politik in keiner Weise engagiren, wie dies zwei Jahre zuvor mit großem Fiasco Lord Russell gethan hatte. Es war ihm gleichgültig, ob in Deutschland Preußen oder Oesterreich die führende Stellung hatten, und gegen die Annexion der Elb-

herzogthümer an Preußen hatte außer der Königin Victoria, welche den Augustenburger noch immer begünstigte, aber keinerlei Druck auf die amtliche Politik ausübte, kaum Jemand im Inselreiche etwas einzuwenden.

Was Oesterreich anlangt, so hatte der Congreß für dieses gar keine andere Bedeutung, als die gutwillige Abtretung seiner italienischen Provinz, wodurch es ihm möglich gewesen sein würde, seine Kräfte ausschließlich gegen Preußen zu concentriren. Aber es konnte unmöglich auf dem Congreß für die — Napoleon gegenüber gestellten — Entschädigungsansprüche durch Eroberung Schlesiens plaidiren, und Venetien an Italien zu verschenken, ja selbst gegen eine Geldentschädigung abzutreten, das erschien dem Kaiser Franz Joseph und seinem Rathgeber Esterhazy mit der Würde Oesterreichs völlig unvereinbar. „Ja, wir wollen Venetien abtreten," hatte in einem Kronrath Esterhazy gesagt, „aber erst raufen!" Der letztere Ausdruck ist ziemlich verbürgt; er klingt nur für Diejenigen etwas seltsam, welche an das ungarisch-deutsche Idiom nicht gewöhnt sind. Es finden sich in dieser eigenartigen Sprache gar mancherlei Kraftausdrücke, die für ein deutsches Ohr nicht conventionell sein würden.

Italien war die einzige Macht, welche den Congreß mit philosophischer Ruhe acceptiren konnte, da ja die Abtretung Venetiens unter allen Umständen eine der Grundlagen des Congresses bieten sollte. „Wenn der Congreß," schrieb Ritter Nigra nach Florenz, „irgend ein Resultat haben soll, so muß es die Cession Venetiens sein."

Nicht entfernt so günstig war die Position des Berliner Cabinets gegenüber der Congreßidee. Es erstrebte die Annexion der Elbherzogthümer und eine Bundesreform im Sinne des Ausschlusses Oesterreichs mindestens aus der norddeutschen Machtsphäre. Daß Oesterreich nicht gutwillig dazu seine Zustimmung geben werde, war für Bismarck klar und gerade deßhalb wäre er gern zu einer festen Verständigung mit Frank-

reich für den Fall des Scheiterns des Congresses gelangt. Wir haben jedoch gesehen, daß dies unmöglich war, weil Preußen dem napoleonischen Empire das Gewünschte nicht bieten konnte und wollte. „Herr v. Bismarck", hatte längst Louis Napoleon in vertrautem Gespräch geäußert, „bietet uns Alles an, was ihm nicht gehört und was für uns keinen Werth hat." Mit Recht mußte deßhalb Bismarck vermuthen, daß die Congreßidee nur eine Falle für Preußen sei; es sollte auf dem Congreß selbst eine Niederlage erleiden, um dann ganz auf die französische Allianz und die französischen Begehrlichkeiten angewiesen zu sein. Nichtsdestoweniger erklärte sich Bismarck bereit, den Congreß zu beschicken, indem er mit bitterem Humor gegen Benedetti bemerkte, daß unter allen Mächten Preußen diejenige sei, an welche das französische Vertrauen mit ganz besonderer Sparsamkeit ausgemessen werde. „Es gibt," schreibt der französische Diplomat Rothan in seinem schon mehrfach citirten Buche, „nichts Lehrreicheres und wenn man will Spannenderes, als die Lectüre der in dieser Zeit zwischen Paris, Florenz und Berlin gewechselten Depeschen. Sie bilden ein wahres Drama von Intriguen, Zweideutigkeiten und Wechsel zwischen Hoffnungen und Befürchtungen; die Stunde der Enttäuschungen war für Napoleon noch nicht gekommen, aber sie stand nahe bevor und bald sollte Paris, welches bis dahin das Centrum der europäischen Politik gewesen, vollständig verlassen sein; statt daß von dort Rathschläge und Verhaltungsmaßregeln ausgingen, bildeten fernerhin Klagen und Recriminationen das A. und O. aller offiziellen Kundgebungen."

Am 28. Mai war man so weit gelangt, daß die förmlichen Einladungen zu den Pariser Friedensconferenzen von den neutralen Mächten mittelst identischer Noten in Wien, Berlin, Florenz und Frankfurt übergeben werden konnten, nachdem man vorher sich der prinzipiellen Annahme von Seite Oesterreichs, Preußens und Italiens vergewissert hatte. Der Zusammentritt der Conferenz war auf den 12. Juni bestimmt.

Als Gegenstand der Berathung wurde bezeichnet: „auf friedlichem und diplomatischem Wege die Elbherzogthümerfrage, die des italienischen Streites und endlich die der deutschen Bundesreform zu lösen, soweit diese das europäische Gleichgewicht berühren könnte.“ Der übrige Inhalt der Einladungsnote bestand in freundlichen Ermahnungen zum Frieden, brachte aber nicht einmal mehr die Entwaffnung in Vorschlag, sondern nur „die Suspendirung der Vorbereitungen zum Kriege.“

Gegen die Hinausschiebung des Zusammentritts der Conferenz bis zum 12. Juni — wir haben gesehen, daß gerade dieser Aufschub eine Intrigue Napoleons war — hatte Graf Bismarck lebhafte Einwendungen zu machen. Er bemerkte, daß jeder Tag die militärische Lage zum Nachtheil Preußens verändere und daß man ihm doch nicht zumuthen könne, nur im Interesse des Gegners, der seine Angriffsrüstungen vervollständige, zu arbeiten. Die Generale seien bereits über die Langsamkeit der Diplomatie ungehalten und wollten nicht für den Erfolg des Feldzugs bürgen, wenn man Oesterreich und seinen Alliirten gestatte, ihre Rüstungen zu vollenden und die numerische Ueberlegenheit zu erlangen. Am 29. Mai schrieb Benedetti schadenfroh nach Paris: „Herr v. Bismarck ist durch den Congreß in große Verlegenheit gebracht. Derselbe kann möglicherweise alle seine ehrgeizigen Pläne über den Haufen werfen und ihn zwingen, seine Demission zu geben, worauf ohnehin die Stimmung im ganzen Lande und zum Theil auch bei Hofe hindrängt.“

Am Morgen des 4. Juni war Benedetti bei Bismarck und Beide im lebhaftesten Gespräche über das Kommende begriffen als ein Kanzleibeamter dem Herrn v. Bismarck eine eben eingetroffene Depesche überreichte. Dieselbe enthielt die lakonische Anzeige der drei neutralen Mächte, daß sie auf die Conferenz verzichteten, *da Oesterreich seine Theilnahme von der doppelten Bedingung abhängig gemacht habe, erstens, daß dort keine Gebietsfrage debattirt*

werde und daß zweitens jede Macht im Voraus auf Gebietsvergrößerungen verzichte. Bismarck brach nach dem Durchlesen des Briefes in einen Freudenruf aus. „Also endlich! Das ist der Krieg!" Am 7. Juni meldete der französische „Moniteur", daß die Unterhandlungen wegen der Conferenz abgebrochen seien.

Der folgenschwere Entschluß des Wiener Cabinets war in einem unter Vorsitz des Kaisers abgehaltenen Ministerrath vom 1. Juni gefaßt worden. Oesterreichs innere Lage war damals so kritisch, wie kaum jemals seit 1848 und außer Bismarck gab sich keine der auswärtigen Regierungen vollständige Rechenschaft davon. Die Ungarn waren entschlossen, um jeden Preis das Wiener Regiment von sich zu werfen und nur eine dynastische Personalunion mit Oesterreich einzugehen; sie warteten auf den Krieg wie die Italiener und Bismarck hatte schon intime Verbindungen mit Kossuth, Klapka und anderen revolutionären Größen Ungarns angeknüpft. Zwar hatte am 29. Mai der Bürgerausschuß zu Pest eine Loyalitätsadresse an den Kaiser gerichtet, welche jedoch die wahre Stimmung des Landes nicht ausdrückte. Auch außerhalb Ungarns war der Nationalitätenkampf und die Auflehnung gegen den Wiener Centralismus seit 1859 wieder aufs Lebhafteste entbrannt; die Regierung ging von einem System zum anderen über, ohne irgend etwas als stete Unruhe im Centrum wie in den Provinzen zu erreichen. So rathlos war man in den maßgebenden Kreisen (vergleiche u. A. den S. 338 mitgetheilten Brief des Grafen Mensdorff), daß der Krieg relativ noch als das kleinere Uebel erschien, da er im Falle eines Sieges zur Befestigung der Autorität des Kaisers nach Innen und — mittelst gutwilliger Abtretung Venetiens, zu der man sich später entschließen wollte — zu einer Allianz mit Frankreich führen konnte.

Fürwahr, man konnte in diesem Stadium der Dinge sagen, daß Bismarck keine besseren Gehülfen zur Ausführung

seiner Pläne hatte, als seine Gegner. Die Ablehnung des Congresses durch Oesterreich stärkte von Neuem seine Position bei dem König gegenüber den von allen Seiten gegen ihn gerichteten Angriffen, und machte es ihm insbesondere möglich, die ganze Schuld an dem Kriegsausbruch auf Oesterreich zu wälzen. Es war ihm, gleich dem Stierkämpfer, gelungen, den Feind kühl und langsam bis zu dem Punkte zu reizen, daß er sich selbst in das ihm entgegengestreckte Schwert stürzte.

Graf Mensdorff hatte die Ablehnung der Conferenz in den Instructionen an die Gesandten zu Paris, London und St. Petersburg motivirt. Es war darin gesagt worden, „daß die kaiserliche Regierung eine Geldentschädigung für Venetien nicht annehmen könne, da seine Ehre und Würde dies verböten." (Bei dem Verkauf des Herzogthums Lauenburg durch den Gasteiner Vertrag war von dieser Ehre und Würde nichts zu bemerken). Nachdem so die Geldentschädigung unwiderruflich verweigert worden, blieb nur die Gebietscompensation. Mit Bezug darauf sagte Graf Mensdorff: „Wenn unglücklicherweise der Krieg ausbräche, wenn die Vorsehung Oesterreichs Fahnen segnen und durch militärische Erfolge die Befestigung seiner Macht herbeiführen sollte, dann würde Oesterreich, seine Erfolge mit Mäßigung benutzend, darein willigen können, auf eine seiner alten Besitzungen zu verzichten. Im Interesse der allgemeinen Herstellung des Friedens würde es geneigt sein, Konzessionen zu machen, welche es auf Drohungen hin nicht bewilligen könnte, ohne eine Schwäche zu zeigen, die nur seine Gegner ermuthigen und ihre Forderungen verdoppeln würde."

Die Unaufrichtigkeit dieser Phrasen lag auf der Hand; jeder Verständige mußte sehen, daß hinter der in Aussicht gestellten Abtretung Venetiens andere Gebietserwerbungen verborgen lagen, „wenn die Vorsehung Oesterreichs Fahnen segnen sollte", was man in Wien als eine ganz selbstverständliche Verpflichtung der Vorsehung ansah.

Bismarck war schon im Begriff, einen entscheidenden Schritt zu thun und den König zu bestimmen, daß General Manteuffel den Befehl zum Einmarsch in Holstein erhalte, als ihm durch Vermittlung des Herzogs von Coburg eine seltsame Kunde aus Paris und Wien zukam. Danach sollte zwischen Napoleon und dem Kaiser von Oesterreich ein Geheimvertrag abgeschlossen sein, nach welchem der Letztere sich verpflichtete, Venetien an Frankreich abzutreten, wofür Oesterreich sich durch die Eroberung Schlesiens entschädigen werde; Napoleon würde zu diesem Zwecke Italien zur Neutralität in dem bevorstehenden Kriege bestimmen, so daß Oesterreich alle seine Kräfte in Böhmen gegen Preußen conzentriren könne.

Irgend etwas Wahres mußte an dieser Mittheilung sein, da am 1. Juni der französische Botschafter in Wien, Herzog Grammont, in aller Eile nach Paris gereist war und drei Tage später, ohne mit v. d. Goltz und Nigra zu verkehren, auf seinen Posten zurückkehrte. Beide letztgenannten Diplomaten suchten vergeblich, hinter das Geheimniß der Grammont'schen Reise zu kommen, und glaubten zu bemerken, daß am Tuilerienhofe der österreichische Einfluß, trotz der Ablehnung des Congresses, wieder Oberwasser bekommen habe. König Victor Emanuel beklagte sich in einem an seinen Schwiegersohn, den Prinzen Napoleon, gerichteten Telegramm bitter über die hinter seinem Rücken wegen Italiens mit Wien geführten Unterhandlungen und der Prinz machte sich, wie ein später in den Tuilerienpapieren aufgefundener Brief an den Kaiser vom 12. Juni zeigt, zum eifrigen Anwalt Italiens. „Die Sprache einflußreicher Personen aus Ihrer Umgebung", hieß es in diesem Briefe, „ist wahrlich nicht geeignet, Italien zu beruhigen, da sie ganz den Oesterreichern günstig ist. Auch Graf v. d. Goltz sprach gestern mit mir darüber. Der König von Italien, den man vollständig im Ungewissen über den Stand der Dinge läßt, muß fürchten, daß man ihn ohne alle Garantieen wegen Venetiens um die Früchte der Allianz mit Preußen bringen

will; besonders beunruhigt ihn das Schweigen Ew. Majestät über Oesterreichs Propositionen. Ich habe ihn nicht aufklären können, da ich selbst nichts weiß. Nigra schreibt dem General Lamormora, daß es ihm genau ebenso ergehe. Diese Unklarheiten beunruhigen in Florenz höchlich und können die ernstesten Folgen haben."

In Wirklichkeit war unter dem 9. Juni ein Vertrag zwischen dem Tuileriencabinet und dem Wiener Hof paraphirt, welcher am 12. Juni unterzeichnet wurde[1]) und im Wesentlichen bestimmte, daß Frankreich vollständige Neutralität in dem bevorstehenden Kriege bewahre und Alles thun werde, um Italien zu gleicher Haltung zu bestimmen. Dagegen verpflichtete sich Oesterreich, Venetien an Frankreich abzutreten und nichts gegen die Weitercession dieser Provinz an Italien einzuwenden, auch in jedem Falle den status quo vor dem Kriege in Italien zu respektiren. Es verpflichtete sich ferner, auf die Alleinherrschaft (Hegemonie) in Deutschland zu verzichten und nur im Einverständnisse mit Frankreich eine Gebietsvergrößerung für sich zu erzwingen. (Die Eroberung Schlesiens war nach mündlicher Verabredung zugestanden.) Napoleon seinerseits übernahm die Verbindlichkeit, bei der Abtretung Venetiens an Italien diesem Folgendes aufzuerlegen: 1. die unbedingte Respectirung der weltlichen Herrschaft des Papstes. 2. die Anerkennung und Unverletzlichkeit der neuen Grenzen zwischen Oesterreich und Italien. 3. Eine Geldentschädigung für das Festungsviereck und Uebernahme eines Theiles der österreichischen Staatsschuld nach Verhältniß der Bevölkerungsziffer Venetiens. Endlich verpflichtete sich Napoleon, die italienischen Völkerschaften Herr ihrer Geschicke sein zu lassen, wenn in Italien sich eine Reaction gegen die italienische Einheit geltend machen sollte; Oesterreich würde dagegen für die depossedirten Fürsten seines

[1]) Rothan „la politique française en 1866", pag. 168, 169.

Hauses die Entschädigungen nicht in Italien, sondern anderswo suchen.

Dies waren die Bestimmungen des österreichisch-französischen Vertrages vom 12. Juni, während kurz vorher Louis Napoleon (ausweislich der preußischen Depesche vom 29. Juli 1870) folgende Vorschläge in Berlin hatte machen lassen: 1. Im Falle des Congresses gemeinsame Forderung der Vereinigung Venetiens mit Italien und der Elbherzogthümer mit Preußen. 2. Im Falle des Scheiterns des Congresses Offensiv- und Defensivbündniß zwischen Preußen und Frankreich; Kriegserklärung dreißig Tage nach Abschluß desselben an Oesterreich. 3. Der Friede soll unter den folgenden Bedingungen geschlossen werden: a) Vereinigung Venetiens mit Italien. b) Annexion deutscher Länder an Preußen nach dessen Wahl bis zur Höhe von 7 bis 8 Millionen Seelen und Bundesreform im Sinne der preußischen Hegemonie bis zur Maingrenze. c) Frankreich würde dagegen das Gebiet zwischen Mosel und Rhein, dann die linksrheinischen Besitzungen Bayerns und Hessen-Darmstadts, Birkenfeld und Meisenheim erhalten.

So wirkte die Tuilerienpolitik angeblich für den Frieden; in Wirklichkeit schürte sie, nach allen Seiten hin falsches Spiel treibend, den Krieg zugleich in Florenz, Berlin und Wien. Sie trieb Italien an, sich mit Preußen gegen Oesterreich zu verbünden; hetzte Preußen, wenn es noch nöthig gewesen wäre, zur Zerstörung des deutschen Bundes und gaukelte Oesterreich die Eroberung Schlesiens im Austausch gegen Venetien vor. Der alternde Despot im Tuilerienschlosse sollte sich in den selbstgelegten Schlingen fangen.

Am 2. Juni machte in Berlin General Govone seinen Abschiedsbesuch bei Bismarck und frug ihn während einer einstündigen Unterredung im Parke des auswärtigen Amtes, ob es denn gar nicht möglich sei, Preußens Verhältniß zu Frankreich durch Bewilligung eines guten Trinkgeldes ein für allemal festzustellen? Ich dachte, hat Bismarck später erzählt, an den

Wucherer bei Sheridan, der seinem geplagten Schuldner darlegt, wie gern er ihm Ausstand und Nachlaß bewilligte, leider aber würde er selbst von einem unerbittlichen Gläubiger gedrängt, der ihm jede Freigebigkeit unmöglich mache, und so antwortete ich Govone, wenn es allein von mir abhinge, so würde ich vielleicht um des guten Zweckes willen etwas Landesverrath treiben, und da ich viel mehr Preuße als Deutscher sei, irgend ein Stück rheinisches Land südlich der Mosel an Frankreich abtreten. Aber es gehe eben nicht, der König erlaube mir das nicht, und sollte es sich vollends um das ganze linke Rheinufer, um Mainz, Coblenz, Köln handeln, so würde auch ich dem König rathen, lieber sich mit Oesterreich über Schleswig-Holstein zu verständigen und vieles Andere aufzugeben. In ähnlichem Sinne sprach Bismarck mit Benedetti: der wahre Stand der Dinge schon um jene Zeit scheint uns durch den folgenden Brief des Grafen Clermont-Tonnerre aus Berlin vom 20. Juni 1866 gezeichnet zu sein:

„Niemand hier macht sich eine Illusion darüber, welch' tiefer Haß aus dem gegenwärtigen Kriege erwachsen wird. Die preußische Regierung weiß selbst am Besten, daß am Tage nach einem glücklichen Friedensschluß erst recht die auswärtigen Verwicklungen entstehen werden; aber es rechnet darauf, um eine Ableitung für die inneren Streitigkeiten und Leidenschaften in Deutschland zu finden. Es wird den Siegern ein Leichtes sein, die Erregung, welche den gegenwärtigen Krieg überdauern wird, gegen Frankreich zu lenken; wenigstens sind sie davon überzeugt, wie ich durch eine Thatsache beweisen kann, deren Authentizität ich verbürge. Der König sagte vor einigen Wochen zu einem hier accreditirten süddeutschen Diplomaten: „Wenn wir auch jetzt uns bekriegen werden, wird doch bald ein von uns gemeinsam geführter anderer Krieg uns wieder versöhnen". Dieses Wort bedarf keines Commentars. Wir stehen gegenwärtig erst vor dem ersten Theile der Ausführung der preußischen Pläne...

Auf die Mithülfe der deutschen Mittelstaaten beginnt Herr v. Bismarck zu verzichten und verschiebt diese auf eine spätere Zeit. Sein Zweck ist für jetzt, unsere Unthätigkeit zu erlangen, indem er uns alle möglichen Gebietserwerbungen und sonstigen Vortheile vorspiegelt, aber gleichzeitig Vorkehrungen trifft, daß dies sich nicht verwirklicht . . . Rußland ist trotz aller Bravaden ein stiller Alliirter Preußens; man kann das aus den Gesprächen eingeweihter russischer Persönlichkeiten heraushören. Der gegenwärtige Krieg, die Erwählung eines Hohenzollernprinzen zum Fürsten von Rumänien ꝛc. seien nothwendige Uebel, die man hinnehmen müsse, um nicht Wichtigeres auf's Spiel zu setzen."

Man beachte, daß dieser Brief am 20. Juni 1866, zwölf Tage vor der Schlacht bei Königgrätz und zwei Monate vor Abschluß der preußisch-süddeutschen Bündnisse mit Bayern, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt geschrieben wurde und man wird dem Scharfblick des Briefschreibers alle Gerechtigkeit angedeihen lassen.

Während all dies hinter den Coulissen der Diplomatie vorging, wurde am 11. Juni zur Beruhigung der Franzosen das bekannte Schreiben des Kaisers Napoleon an den Minister Drouyn de Lhuys veröffentlicht, in welchem das Scheitern der Conferenz beklagt und u. A. Folgendes gesagt wird: „Wir könnten nur an eine Ausdehnung unserer Grenzen denken, wenn die Karte von Europa zum ausschließlichen Vortheil einer Großmacht verändert würde und wenn Grenzgebiete durch ihren frei ausgedrückten Wunsch die Annexion an Frankreich fordern. Andernfalls halte ich es unseres Landes würdiger, jeder Gebietserweiterung den unschätzbaren Vortheil, in guter Eintracht mit unseren Nachbarn zu leben, vorzuziehen, indem wir ihre Unabhängigkeit und ihre Nationalität achten. . . . Der Conflict hat drei Ursachen: Die schlecht begrenzte geographische Lage Preußens, den Wunsch Deutschlands nach einer Verfassung, die mehr seinem Bedürfniß entspricht, und die Nothwendigkeit für

Italien, seine nationale Unabhängigkeit sicherzustellen. . . . Was uns betrifft, so hätten wir für die zum deutschen Bunde gehörigen Staaten zweiten Ranges ein engeres Aneinanderschließen, eine kräftigere Organisation, eine wichtigere Rolle gewünscht; für Preußen mehr Abrundung und Kraft im Norden; für Oesterreich die Erhaltung seiner großen Stellung in Deutschland. Wir würden außerdem gewünscht haben, daß Oesterreich gegen eine verhältnißmäßige Entschädigung Venetien an Italien cedirt hätte." . . . Am Schlusse des Briefes erklärt Napoleon, daß Frankreich eine „aufmerksame Neutralität" bewahren und verlangen werde, daß keine der Frankreich berührenden Fragen ohne dessen Zustimmung gelöst werde. Eitle Worte, die bald unter dem dröhnenden Schritt der Weltgeschichte verhallen sollten!

Letzte Vorgänge in Deutschland bis zum Kriegsausbruch.

In Oesterreich hatten die leitenden Kreise von der zweiten Hälfte des Monats Mai an alle Friedenswünsche und Friedensbestrebungen vollständig abgestreift; man beschäftigte sich nur noch mit den Vorbereitungen zum Kriege und wurde darin von der öffentlichen Meinung, soweit sie durch die Tagespresse zum Ausdruck kam, auf's Lebhafteste unterstützt. Einzig der Abgeordnete Kuranda, Herausgeber der „Ostdeutschen Post", machte Opposition und sollte dafür in einen Hochverrathsprozeß verwickelt werden, den man aber klüglich wieder fallen ließ. In einem feurigen Tagesbefehl vom 12. Mai an seine Soldaten escomptirte der zum Oberbefehlshaber der Nordarmee ernannte Feldzeugmeister Benedek den künftigen Sieg „im Vertrauen auf unsern allmächtigen Herrgott und auf mein altes Soldatenglück." Während in Preußen die Friedenspetitionen kein Ende nehmen wollten — nur Magistrat und Stadtverordnete von Breslau machten durch eine kriegerische Adresse an den König eine höchst merkwürdige und dem König wohlthuende Ausnahme — wetteiferten die österreichischen „Völker" in Loyalitätskundgebungen an den Kaiser; es war aber viel Phrase und Heuchelei dabei, so namentlich von Seiten der Czechen, welche die Verwirklichung ihrer Sonderwünsche im Auge hatten. In Floridsdorf bei Wien wurde seit dem 18. Mai durch 20.000 Arbeiter an der Herstellung eines verschanzten Lagers und eines Brückenkopfs an der Donau gearbeitet, falls wider Erwarten die Preußen

nicht im ersten Waffengange in Böhmen auf's Haupt geschlagen werden sollten.

Gleichzeitig begann die österreichische Pression auf die deutschen Mittelstaaten, damit sie sich in dem bevorstehenden Conflicte voll und ganz auf Seite Oesterreichs stellen sollten. Mit Ausnahme Sachsens, das schon seinen Bund mit Wien geschlossen hatte, stellten am 19. Mai sämmtliche auf der Bamberger Conferenz vertreten gewesenen 9 Staaten am Bundestag den gemeinsamen Antrag auf gleichzeitige Abrüstung sämmtlicher Bundesglieder und zwar an einem von der Bundesversammlung zu vereinbarenden Tage. In derselben Sitzung brachte Oesterreich in drohendem Tone ein Mißtrauensvotum gegen Hannover ein, „das seine Bundespflichten vernachläßigen zu wollen scheine"; in Kurhessen war zwei Tage zuvor auf österreichisches Drängen der im Verdacht preußischer Gesinnungen stehende Kriegsminister v. Ende plötzlich ohne sein Ansuchen entlassen worden. So wenig bekümmerten sich die Einzelregierungen um den beim Bunde gestellten Entwaffnungsantrag, daß jetzt erst recht die Rüstungen begannen; so forderte die württembergische Regierung von dem am 23. Mai eröffneten Landtag einen Kriegskredit von 7.700.000 Gulden und berief sich gegenüber den Anklagen des Grafen Bismarck auf die Priorität der preußischen Rüstungen. In der Bundestagssitzung vom 24. Mai stellte der preußische Gesandte dem Abrüstungsantrage der sog. Bamberger Regierungen, dem er selbst im Namen seiner Regierung ohne Weiteres beitrat, die Erklärung entgegen, es sei in hohem Grade zu verwundern, daß auch Württemberg sich diesem Friedensantrage angeschlossen habe, da gerade dieser Staat neben Sachsen sich durch provokatorische Rüstungen auszeichne. „Preußen, schon jetzt die durch die Haltung einiger Bundesglieder heraufbeschworenen Leiden und Verkehrsstockungen in Deutschland würdigend, habe rechtzeitig den Weg eingeschlagen, auf welchem einem Kriege vorgebeugt und sichere Bürgschaften gegen die Wiederkehr des unnatürlichen

Verhältnisses gewonnen werden könnten, daß Deutsche gegen Deutsche unter Waffen stehen. Preußen beantragte am 9. April die Berufung eines Parlamentes in der Gewißheit, daß das Parlament den Frieden sichert. Im einträchtigen Zusammenwirken der Regierungen und des Volkes für die Befriedigung der großen Bedürfnisse der Nation wäre der Zwiespalt gelöst und die sicherste Bürgschaft des künftigen Bundesfriedens gefunden worden. Es hat sich gezeigt, daß die deutschen Volksstämme eine Ausgleichung ihrer Interessen auf friedlichem Wege erstreben und die Verfolgung künstlich trennender Sonderinteressen auf dem Wege kriegerischer Cabinetspolitik nicht gut heißen. Die schleunige Berufung eines Parlaments ist das beste und vielleicht das einzige Mittel, den Bundeskrieg und dessen verhängnißvolle Folgen zu verhüten. Die preußische Regierung erneut die ernste Mahnung an ihre Bundesgenossen, dem deutschen Volke das Elend des inneren Krieges zu ersparen, indem sie zu schleuniger Beschlußfassung über den preußischen Parlamentsantrag schreiten."

In Bayern war am 23. Mai Prinz Karl zum Höchstcommandirenden der bayerischen Armee, General v. d. Tann zu seinem Generalstabschef ernannt worden. Das trugvolle Spiel der v. d. Pfordten'schen Politik erhält seine treffendste Illustration durch die später bekannte gewordene Thatsache eines Geheimbündnisses mit Oesterreich, welches den übrigen Bundesgliedern sorgfältig verschwiegen blieb. Dem Minister v. d. Pfordten schwebte, wie auch sein späterer Antrag am Bundestage (14. Juni) zeigt, eine bewaffnete Neutralität des Bundes vor, welche Bayern freie Hand gelassen haben würde, je nach dem Ausgange des Ringens zwischen Oesterreich und Preußen bei den Verhandlungen über die Neugestaltung Deutschlands sein Gewicht in die Wagschale zu werfen. Dieser Plan wurde jedoch durch das rasche Vorgehen Preußens gegen Hannover, Kurhessen und Sachsen und durch dessen Kriegserklärung gegen den Bund vereitelt. Die bayrische Regierung

mußte sich nun zu einer Wahl entschließen, zumal sie jetzt auch von Oesterreich an den früheren Ausspruch v. d. Pfordtens gemahnt wurde: „Wer von den beiden Großmächten zuerst die Feindseligkeiten beginnt, der hat Bayern zum Feinde!“ Das bayrische Cabinet ließ also wohl oder übel die Politik der freien Hand fahren, handelte aber gleichwohl nicht als Glied des Bundes, das sich nur als ein Theil des Ganzen betrachtet, sondern schloß in selbständiger Weise jenen Bündnißvertrag mit Oesterreich ab, der zwar schon vom 14. Juni datirt war, aber erst am 30. Juni durch den förmlichen Austausch der beiderseitigen Ratificationen perfect wurde. In diesem Bündnißvertrag — „Militärconvention“ wurde das Ding später beschönigend von der amtlichen „Bayrischen Zeitung“ genannt — war ausdrücklich festgesetzt worden, daß Oesterreich Bayern seinen territorialen Besitzstand garantire und dafür einstehe, daß etwa nöthige Gebietsabtretungen nur gegen entsprechende anderweitige Entschädigung erfolgen würden. Dieser Vertrag wurde, wie gesagt, nicht nur von den Verhandlungen im Bundespalais zu Frankfurt sorgfältig ferngehalten, sondern auch den Regierungen der übrigen noch am Bunde festhaltenden Staaten verheimlicht. Demungeachtet erhielten diese, namentlich Baden, noch vor Ablauf des Monats Juni davon Kenntniß und man kann sich die Wirkung dieser Entdeckung leicht vorstellen. Wo sollte die eventuelle „Entschädigung“ für bayrische Gebietsabtretungen anders herkommen, als von den Bayern umgebenden Bundesländern, speziell von Baden und Württemberg, und welches Vertrauen konnten diese zu dem Oberbefehl des Prinzen Karl von Bayern (auch über das zu bildende VIII. Bundesarmeecorps) haben? Die Augsburger Zeitung hat später diesen Vorgang mit den folgenden Worten characterisirt: „Wie konnte ein Mitglied des deutschen Bundes einen Vertrag mit Oesterreich abschließen, der Bayern separatim sein Gebiet garantiren sollte? Es hatte sich doch auf den Standpunkt des Bundesrechts gestellt. Wußte der Minister nicht, daß

die Bundesacte alle einzelnen Bundesgebiete garantirt? Und wenn ihm ein Zweifel an der Macht des Bundes bei den Chancen des Krieges gekommen war, mußte er dann nicht um so mehr alle anderen Bundesgenossen zur gemeinsamen Garantie ihres Besitzes auffordern, anstatt ein separates Bündniß zu schließen? Das tiefste Mißtrauen gegen eine solche Politik mußte dadurch bei den Bundesgenossen hervorgerufen werden. Man theilte ihnen den Vertrag nicht mit, sie erfuhren ihn erst später durch Oesterreich selbst — und es war wohl sehr natürlich, daß Baden in diesem Vertrage eine Auffrischung längst vergessener Ansprüche auf Theile seines Gebiets sah."

Wir werden bald sehen, welche Wirkung dieses perfide Doppelspiel Bayerns auf die Kriegsführung am Main und in Süddeutschland haben sollte, und kehren jetzt zu den ostentativen Verhandlungen in den Einzelländern und am Bunde zurück. In Frankfurt hatte am 20. Mai eine Abgeordnetenversammlung aus ganz Deutschland stattgefunden, zu der sich jedoch kein einziger Oesterreicher und aus Preußen nur 18 Mitglieder einfanden, während Frankfurt, Baden, Nassau, Kurhessen u. s. w. jedes das Doppelte dieser Anzahl (Hannover nur 3) stellten, so daß die Verhandlungen dieses Abgeordnetentages in der That wenig Werth hatten. Die gefaßten Beschlüsse liefen auf einen Protest gegen „den nur dynastischen Zwecken dienenden Cabinetskrieg", sowie auf bewaffnete Neutralität der südwestdeutschen Staatengruppe hinaus, „um gegebenen Falles für die Integrität des deutschen Gebietes einzustehen". — Am Bundestag wurde am 23. Mai der mittelstaatliche Antrag vom 19. auf allseitige Abrüstung einstimmig angenommen; Oesterreich und Preußen erklärten, in der nächsten Sitzung die Voraussetzungen mittheilen zu wollen, unter denen sie abrüsten würden. Hannover erklärte gegenüber dem österreichischen Mißtrauensvotum vom 19. und bezüglich seiner Verhandlungen mit Preußen, daß es seinen Bundespflichten gewissenhaft nachkommen werde.

Fast in allen Kammern der Einzelstaaten wurden währenddessen von den Regierungen Kriegskredite verlangt, immer unter der erlogenen Versicherung, „daß damit keinerlei Parteinahme für einen oder den anderen der zunächst streitenden Theile beabsichtigt sei," sondern nur die Erfüllung der Bundespflichten und der Treue gegen das gemeinsame Vaterland. Nur die sächsische Thronrede vom 27. Mai machte eine Ausnahme, indem sie ganz offen die Rüstungen Sachsens als eine Wirkung der preußischen Drohungen hinstellte. Sie erklärte, daß die sächsische Politik lediglich auf Erhaltung des Landesfriedens gerichtet gewesen sei: „Dazu war es aber unerläßlich, einige Vorkehrungen zu treffen, um unsere Wehrkraft unversehrt dem Bunde zur Verfügung stellen zu können. Wegen dieser Vorkehrungen (von Preußen) mit militärischen Maßregeln bedroht, habe ich den Bund in versöhnlichem Sinne um seine Mitwirkung angegangen, aber nunmehr auch mein Heer unter die Waffen gerufen, um von keinem unvorhergesehenen Angriffe überrascht werden zu können; denn auch der Mindermächtige würde sich entehren, wenn er unberechtigten Drohungen nicht mit männlichem Muth entgegenträte."

Als diese Thronrede gehalten wurde, war das Uebereinkommen mit Oesterreich wegen Cooperation der sächsischen Truppen mit der österreichischen Nordarmee schon abgeschlossen und lechzten, wie aus den Denkwürdigkeiten des Grafen Vitzthum hervorgeht, die Mitglieder der sächsischen Aristokratie schon nach Krieg, in der Hoffnung, daß derselbe zur Herausgabe des „preußischen Raubes von 1814" führen, Sachsen wieder eine Großmacht wie zur Zeit des polnischen Königreiches werden würde. Nur die Städte Leipzig und Chemnitz machten eine Ausnahme von dem fanatischen Preußenhaß, der damals in ganz Sachsen herrschte, und gaben dieser, wie man es in Dresden bezeichnete, „landesverrätherischen" Gesinnung in Adressen an den König Ausdruck.

In der Bundestagssitzung vom 1. Juni wies die württembergische Regierung — welche hier nur den Plänkler für die österreichische Politik machte — die preußischen Anklagen vom 24. Mai, „daß Württemberg neben Oesterreich und Sachsen mit provokatorischen Rüstungen begonnen habe," durch folgende Erklärung zurück:

„Als die k. württembergische Regierung den Antrag auf Wahrung des Bundesfriedens in Verbindung mit einer Mehrzahl anderer deutschen Regierungen stellte, vermied sie jede Erörterung über die Frage der Priorität der Rüstungen, da solche bei den allseitig behaupteten Absichten eines rein defensiven Verhaltens nicht von Bedeutung erschien. Wenn diesem gegenüber die k. preußische Regierung auf jene Frage zurückkommt, so kann die k. württembergische Regierung zuvörderst den Ausdruck ihres größten Erstaunens darüber nicht zurückhalten, daß gerade die königlich preußische Regierung keinen Anstand nimmt, sie als eine solche zu bezeichnen, welche unter Beiseitesetzung bundesgesetzlicher Bestimmungen durch ihr Vorgehen die preußischen Rüstungen veranlaßt habe. Der k. württembergischen Regierung wäre es sehr leicht, den Nachweis zu liefern, daß von ihr auch nicht eine vorbereitende Maßregel ergriffen war, als bereits die in der k. preußischen Depesche vom 24. März angekündeten Rüstungen (Preußens) in vollem Gange waren; allein sie findet in dem gegen sie erhobenen Vorwurfe hierfür nicht den genügenden Grund. (!) Sie glaubt sich aber schuldig zu sein, den im Schoße der Bundesversammlung öffentlich im Angesichte Deutschlands gegen sie geschleuderten Vorwurf einer Verletzung ihrer Bundespflicht und dadurch verschuldeter Theilnahme an der Herbeiführung der jetzigen traurigen Lage Deutschlands öffentlich als einen unberechtigten auf das Entschiedenste zurückzuweisen."

Dem groben Tone dieses Protestes lag keineswegs eine aufrichtige Indignation über den von Preußen der württembergischen Regierung gemachten Vorwurf zu Grund, denn schon am 19. April hatte der Württembergische Staatsanzeiger auf den ihm vom „Frankfurter Journal" gemachten Vorwurf des „Liebäugelns mit Oesterreich" in folgender übermüthiger Weise geantwortet: „Das zu errathen ist keine Kunst, da wir selbst noch nie ein Hehl daraus gemacht haben. Nur den Ausdruck „Aeugeln" müssen wir uns verbitten. Wir sehen

mit beiden Augen offen und fest nach Oesterreich hin, nicht aus Privatliebhaberei, sondern weil uns der politische Vortheil dorthin weist. Wir bedürfen Oesterreichs ebensosehr als es unser bedarf, und nur mit ihm können wir daher auf dem Fuße der Gleichheit und Gegenseitigkeit uns abfinden. Auch dieses wollen wir heute nicht weiter ausführen; wir haben es schon gethan und werden Gelegenheit haben, es noch ferner zu thun. Nur noch die Frage: Es gibt Blätter, die gerade gegenwärtig wieder mit einem Auge nach Preußen und seinen Reformvorschlägen schielen. Haben sie unter den gegenwärtigen Conjuncturen die Stirne, sich ebenso offen und ehrlich dazu zu bekennen?"

Dieser wüsten Politik des damaligen württembergischen Ministerpräsidenten Freiherrn v. Varnbüler entsprach denn auch sein bekannter Ausspruch in der Kammer, „daß Preußen im Falle seiner (erhofften) Niederlage allerdings das „Vae victis!" nicht erspart bleiben werde", sowie die erweislich von ihm in Frankfurt (bei dem Nachhausegehen aus einer Abendgesellschaft bei dem Senator v. Bernus) um die gleiche Zeit gethane Aeußerung: „Lieber französisch wie preußisch!" So weit war man damals in Deutschland in Folge der gährenden Leidenschaften gekommen.

In derselben Bundestagssitzung vom 1. Juni 1866 stellte Bayern den Antrag auf Entfernung der preußischen und österreichischen Truppen aus der Bundesstadt Frankfurt a. M., sowie aus den Bundesfestungen Mainz und Rastatt, und gab endlich Oesterreich folgende überaus wichtige Erklärung ab:

„In Folge des Bundesbeschlusses vom 24. v. Mts. ist der Gesandte beauftragt worden, die nachfolgende Erklärung abzugeben: Die hohen Regierungen des deutschen Bundes sind im Besitze vielfacher Beweise für die ausdauernde Friedensliebe, welche der k. österreichische Hof in seinen Verhandlungen mit Preußen über die Zukunft der Elbherzogthümer an den Tag gelegt hat. Oesterreich blickt auf seine langmüthigen, trotz mancher Verkennung beharrlich fortgesetzten Bestrebungen, ein Einver-

ständniß mit Preußen zu Stande zu bringen, mit um so ruhigerem Bewußtsein zurück, je tiefer und allgemeiner in der Nähe der Gefahr die Schwere des Unglücks gefühlt wird, welches ein Bruch zwischen beiden deutschen Großmächten und ein innerer Krieg über Deutschland heraufbeschwören würde. S. Majestät der Kaiser Franz Joseph ist in seinen Zugeständnissen an Preußen so weit gegangen, als es Oesterreichs Würde und angestammte Stellung in Deutschland, als es des deutschen Bundes Recht und Verfassung nur irgend gestatteten. Allein der Berliner Hof hat nicht nur unberechtigte Forderungen aufgestellt, sondern auch unglücklicher Weise in stets steigendem Maße die Neigung bethätigt, diese Forderungen mit Hintansetzung aller anderen Rücksichten und zuletzt selbst mit gewaltsamen Mitteln durchzusetzen. Sowie Preußen schon kurz nach dem Abschlusse des Wiener Friedensvertrages die Räumung Holsteins durch die Truppen Sachsens und Hannovers mit Eigenmacht zu erzwingen gedroht hatte, so behandelte es auch gegenüber Oesterreich, seinem Bundesgenossen in dem im Namen deutschen Rechtes gegen Dänemark unternommenen Kriege, die schließliche Lösung der Verwicklung nur als eine bloße Frage der Macht, und trat selbst nicht vor dem beklagenswerthen Entschlusse zurück, sich auf die Hilfe auswärtiger Gegner des Kaiserstaates zu stützen. Schon zur Zeit der Gasteiner Convention hatte die preußische Regierung sich der Allianz des Florentiner Hofes gegen Oesterreich zu versichern getrachtet, und sie erneuerte dieses Bestreben, als später das kaiserliche Cabinet die unbillige Forderung, Holstein nach den Dictaten der preußischen Annexionspolitik zu verwalten, ablehnte, und man in Berlin anfing, über kriegerische Eventualitäten Rath zu halten.

Von zwei Seiten gefährdet, ungewiß, ob der erste Angriff im Süden oder im Norden erfolgen werde, hat Oesterreich sich in Vertheidigungsstand gesetzt, um das Seinige zu behaupten, und die treuen Völker der Monarchie, einig in sich, des guten Rechts sich bewußt, nach dauerhaftem Frieden verlangend, tragen willig und entschlossen die neuen schweren Opfer, welche der Ruf des bedrohten Vaterlandes von ihnen fordert.

Solches war die Veranlassung der Rüstungen Oesterreichs; aus dieser Veranlassung ergeben sich von selbst die Voraussetzungen, unter welchen die kaiserliche Regierung die Rückkehr zum Friedensstande beschließen könnte.

Was jedoch die militärischen Vorkehrungen gegen Italien betrifft, so sind sie nicht Gegenstand dieser Erklärung, nachdem die hohen antragstellenden Regierungen mit Recht ihre Absicht auf die in der Richtung gegen Bundesgenossen vorgenommenen Rüstungen eingeschränkt haben. Der kaiserliche Hof hat dieser Begrenzung des Antrages um so sicherer

gewärtig sein dürfen, als er durch die Vertheidigung seiner italienischen Besitzungen zugleich die Pflicht erfüllt, den Territorialbestand des deutschen Bundes zu schützen. Es handelt sich sonach nur um die Heeresaufstellung gegen Preußen. Was diese betrifft, so würde der kaiserliche Hof bereit sein, sie rückgängig zu machen, sobald Oesterreich weder auf eigenem Gebiete, noch in Holstein, noch auf dem Gebiete seiner Bundesgenossen einen Angriff von Seiten Preußens zu besorgen hätte und ihm gegen die Wiederkehr der entstandenen Kriegsgefahr genügende Sicherheit geboten wäre.

Der gesammte deutsche Bund bedarf nicht weniger wie Oesterreich dieser Sicherheit. Sie hängt im Allgemeinen davon ab, daß in Deutschland nicht eine Politik der Gewalt, sondern Recht und Vertrag regiere, und daß auch Preußen, wiewohl europäische Macht, den grundsätzlich verbürgten Frieden des Bundes, wie dessen verfassungsmäßige Beschlüsse achte. Sie ist insbesondere dadurch bedingt, daß die schleswig-holsteinische Frage, aus welcher der gegenwärtige Conflict hervorgegangen ist, nicht nach den einseitigen Ansprüchen Preußens, sondern nach Recht und Gesetz des deutschen Bundes und im Einklange mit dem Landesrechte der Herzogthümer ihre Lösung erhalte. Der kaiserliche Präsidialgesandte ist demnach beauftragt, der hohen Bundesversammlung unter Bezugnahme auf die Erklärung Oesterreichs und Preußens in der Sitzung vom 24. August v. J. die Anzeige zu erstatten, daß die kaiserliche Regierung ihre Bemühungen, einen definitiven bundesgemäßen Abschluß der Herzogthümerfrage durch ein Einverständniß mit Preußen vorzubereiten, für jetzt als vereitelt betrachte, und daß sie in dieser gemeinsamen deutschen Angelegenheit alles Weitere den Entschließungen des Bundes anheimstelle, welchen von Seiten Oesterreichs die bereitwilligste Anerkennung gesichert ist.

Der kaiserliche Gesandte ist in den Stand gesetzt, dem betreffenden Ausschusse auf dessen Wunsch jede zur Aufklärung der rechtlichen und factischen Sachlage dienliche Mittheilung über den Verlauf der seitherigen Verhandlungen zu machen. Der Gesandte hat schließlich mit der vorstehenden Erklärung die weitere Anzeige zu verbinden, daß dem kaiserlichen Statthalter in Holstein soeben die erforderliche Specialvollmacht zur Einberufung der holsteinischen Ständeversammlung übersendet worden ist, damit die gesetzliche Vertretung des Landes, um dessen Schicksal es sich handelt, und dessen Wünsche und Rechtsanschauungen einen der berechtigten Factoren der Entscheidung bilden, nicht länger der Gelegenheit entbehre, ihre Ansichten auszusprechen."

Preußen erklärte diesen Schritt Oesterreichs und namentlich die Einberufung der holsteinischen Stände als eine Provocation zum Kriege, Verletzung des Gasteiner Vertrags und als einen Angriff auf seine Souveränetätsrechte. Eine Circularnote an sämmtliche europäische Mächte erhob Protest gegen das Verfahren Oesterreichs und stellte thatsächlichen Widerstand Preußens in unmittelbare Aussicht. Am 8. Juni rückten denn auch preußische Truppen von Schleswig aus in alle von den Oesterreichern nicht besetzten Theile Holsteins ein; General Gablenz, der Statthalter von Holstein, zog sich mit der Brigade Kalik und dem österreichischen Kanzleipersonal nach Altona zurück, von wo aus er Protest gegen den Einmarsch preußischer Truppen in Holstein erhob.[1]) Dem Namen nach war die „Landesregierung Holsteins" nach Altona verlegt, in Wirklichkeit ist von ihr dort keine Amtshandlung mehr vorgenommen worden. Wäre Gablenz in Holstein geblieben, um der preußischen Occupation Widerstand

---

[1]) Vilbort giebt in seinem Buche: „l'Oeuvre du Comte de Bismarck" folgende Schilderung von diesem tragikomischen Rückzuge der Oesterreicher aus Holstein: „Eine breite, von Bäumen beschattete Straße trennt Hamburg von der holsteinischen Stadt Altona, die damals von dem General Gablenz mit der Brigade Kalik besetzt war. Die Oesterreicher gingen ohne Waffen in den Straßen Altona's spazieren; augenscheinlich dachte Niemand an einen Kampf. In Kiel hatten die Preußen den Oesterreichern das Geleit gegeben und ihnen dabei die österreichische Nationalhymne vorgespielt; der General Manteuffel schien in seinen Beziehungen zum General Gablenz das famose: „Bitte, meine Herren, zuerst zu schießen", wiederholen zu wollen. Auch in Altona war nicht ein einziges besorgtes Gesicht zu sehen. . . . Im ersten Stockwerk eines Hauses von bescheidenem Aussehen erwartete General Gablenz die Ordre, sich auf Stade in Hannover zurückzuziehen oder die Preußen anzugreifen; in einem anderen Hause, welches nichts weniger als einem Schloße ähnlich sah, ruhte sich der Souverän in partibus, Prinz Friedrich von Augustenburg, von einer äußerst schnellen Reise aus. Als der Prätendent die Nachricht von dem Einrücken der Preußen in Holstein erhielt, hatte er den kürzesten Weg eingeschlagen und seine Frau und seine Kinder in Kiel zurückgelassen. Die Altonaer machten sich darüber lustig."

zu leisten, so würde der erste Kanonenschuß im Kriege von 1866 wahrscheinlich in Holstein, statt in Böhmen gefallen sein; zugleich aber hätte Oesterreich seine kleine Truppenmacht im Norden Deutschlands von jeder Hülfe abgeschnitten und sie nutzlos aufgeopfert, während sie durch den vorgenommenen zeitigen Rückzug zur Verstärkung der Hauptmacht dienen konnte. General Gablenz motivirte seinen Rückzug nach Altona durch eine trockene „Bekanntmachung" vom 7. Juni im holsteinischen Verordnungsblatt, General Manteuffel dagegen, der preußische Commandant in Schleswig, richtete an eine Deputation von acht Personen, darunter der bekannte spätere Oberpräsident v. Scheel-Plessen, die ihm auf Schloß Gottorp aufwarteten, folgende characteristische Ansprache: „Seit dem Antritt meines Amtes bin ich Euch mit Offenheit entgegengekommen und wende mich auch heute mit Offenheit an Euch. Die Souveränetät des Königs über Holstein ist gefährdet, und die Interessen Eueres Landes sind in Frage gestellt, denn die Berufung des Landtages eines der Herzogthümer kann nur Behufs Ablehnung einer Gesammtvertretung statthaben. Ich bin beauftragt, Eure Rechte zu wahren und hierzu ist die Verlegung der Truppen nach Holstein erfolgt. Diese militärischen Maßregeln tragen einen reinen Defensivcharacter. Ich habe Euren Gesetzlichkeitssinn achten gelernt und gebe einen Beweis davon, indem ich die Herzogthümer von Truppen entblöße. Ihr werdet nun zeigen, daß nicht die Furcht, sondern die Loyalität den Character Eures bisherigen Verhaltens veranlaßte. Ihr habt mich kennen gelernt und wisset von meiner Treue für die Interessen Eures Landes. Ihr nehmt meine Worte mit Vertrauen auf und Ihr zweifelt nicht an Preußens Macht und Willen. Glaubt an Beide!"

Schlag auf Schlag folgten nun die gegenseitigen Anschuldigungen Preußens und Oesterreichs wegen Vertrags- und Friedensbruches. In der Bundestagssitzung vom 9. Juni gab der preußische Gesandte v. Savigny eine Erklärung ab, worin

„die Insinuation" der österreichischen Regierung, als ob Preußen die Annexion der Elbherzogthümer mit Gewalt habe durchführen wollen, wiederholt als wahrheitswidrig zurückgewiesen wurde; die Uebertragung der schleswig-holsteinischen Sache an den Bund sei ein Vertragsbruch gegen Preußen und der Bund zur Entscheidung dieser Sache in keiner Weise competent. Indessen wolle die preußische Regierung auch jetzt noch sich bereit zeigen, die Angelegenheit auf friedliche Weise zu lösen, wenn dieselbe im Zusammenhang mit dem preußischen Bundesreformproject behandelt werde. Den Inhalt dieses Reformprojectes gab nun auch endlich der königlich preußische Staatsanzeiger auf Grund eines preußischen Circular-Erlasses an die Regierungen vom 10. Juni wie folgt an:

„Die österreichischen und niederländischen Landestheile sind vom Bundesgebiet ausgeschlossen. Die Legislative übt ein Bundestag mit einer periodischen, direct nach dem Reichswahlgesetz von 1849 gewählten **Nationalvertretung** aus. Die Umgestaltung des Bundestages ist mit dem Parlament zu vereinbaren. Zu einer Kriegserklärung, welche im Fall einer feindlichen Invasion unter allen Umständen erfolgen muß, ist sonst die Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der Bevölkerung erforderlich. Die Kriegsmarine der Nord- und Ostsee steht unter preußischer Leitung. Kiel und Jahde werden deutsche Bundeskriegshäfen. Für die Erhaltung der Marine trägt die gesammte Bevölkerung unter Feststellung eines Präcipuums für die Uferstaaten bei. Die Landmacht zerfällt in eine Nordarmee und eine Südarmee unter dem Oberbefehl der Könige von Preußen und Bayern als Bundesoberfeldherrn im Krieg und Frieden. Für jedes Bundesheer wird mit der Nationalvertretung ein Budget vereinbart. Die Beziehungen des Bundes zu Deutsch-Oesterreich werden mit dem einzuberufenden Parlament vereinbart."

Wir glauben hier die merkwürdige Unterredung einschieben zu sollen, welche am 4. Juni — also wenige Tage vor diesen Vorgängen am Bundestage — der vielgenannte Correspondent des Pariser „Siècle", Herr Vilbort, mit dem Grafen Bismarck über das Parlamentsproject und die ganze damalige Lage der Dinge hatte. Herr Vilbort war anfänglich bei den Beamten

des Auswärtigen Amtes, denen er sein Gesuch um Einführung bei dem Ministerpräsidenten vorbrachte, schlecht angekommen. Graf Bismarck, so wurde ihm gesagt, sei zu dieser Frist mit Arbeiten so überhäuft, daß er überhaupt Niemanden empfange, nicht einmal seine vertrautesten Räthe. Herr Vilbort ließ sich jedoch nicht abschrecken und richtete an den Ministerpräsidenten selbst ein sehr geschickt abgefaßtes Schreiben, in welchem er ihn um eine Unterredung bat. Schon zwei Stunden nach Abgabe des Briefes im Ministerium erhielt Herr Vilbort eine schriftliche Einladung des Grafen Bismarck, ihn heute (4. Juni) um 10 Uhr Abends in seinem Arbeitskabinet zu besuchen. Man sieht, welchen großen Werth Bismarck damals auf die Beeinflussung der öffentlichen Meinung in Frankreich legte, wozu ihm das angesehene Journal „Siècle“ und dessen äußerst gewandter und scharfsichtiger Correspondent nur nützen konnte. Bismarck empfing den Journalisten in seiner jovialen Manier. Er erhob sich, reichte Herrn Vilbort die Hand und bat ihn, in einem Lehnstuhl ihm gegenüber Platz zu nehmen, bot ihm auch sofort eine Cigarre an, welche angenommen wurde.

„Herr Minister,“ begann Vilbort nach seinem Bericht die Unterredung, „ich lasse es mir angelegen sein, das französische Publikum über Alles, was in Deutschland geschieht, bestmöglichst zu unterrichten. Gestatten Sie mir also, mit völliger Offenheit zu Ihnen zu reden. Ich erkenne gern an, daß Preußen in seiner auswärtigen Politik heute Ziele zu verfolgen scheint, die der französischen Nation ganz außerordentlich sympathisch sind, nämlich: Italien endgültig von Oesterreich zu befreien und Deutschland auf der Grundlage des allgemeinen Stimmrechts zu constituiren. Aber existirt nicht zwischen Ihrer preußischen und deutschen Politik ein flagranter Widerspruch? Sie proclamiren ein Nationalparlament als einzige Quelle, aus welcher die Wiedergeburt Deutschlands hervorgehen könne, als alleinige höchste Gewalt, die fähig ist, die neuen Geschicke Deutschlands zu erfüllen — und gleichzeitig behandeln Sie die

zweite Berliner Kammer nach der Manier Ludwig's XIV., als er, die Reitpeitsche in der Hand, in's Parlament trat. Wir in Frankreich halten es nicht für zulässig, daß zwischen dem Absolutismus und der Demokratie eine enge Verbindung möglich sei. Und um die volle Wahrheit zu sagen, in Paris hat die öffentliche Meinung Ihr Parlamentsproject nicht ernst genommen; man hat darin lediglich eine Art ersonnene Kriegsmaschine gesehen und glaubt allgemein, daß Sie der Mann dazu sind, das Werkzeug wieder zu zerbrechen, nachdem Sie es gebraucht — an dem Tage, wo es lästig oder unnütz würde."

„Das muß ich gestehen", erwiderte Bismarck, „Sie gehen den Dingen auf den Grund. In Frankreich, ich weiß es, erfreue ich mich derselben Unpopularität wie in Deutschland. Ueberall macht man mich verantwortlich für eine Situation, die ich nicht geschaffen habe, sondern die sich mir, wie Allen aufgedrängt hat. Ich bin der Sündenbock der öffentlichen Meinung, aber mir macht das keine Qual. Ich verfolge mit vollkommen ruhigem Gewissen ein Ziel, das meiner Meinung nach meinem Lande wie Deutschland nützlich ist. Was die Mittel anlangt, so habe ich die genommen, die sich mir geboten haben, aus Mangel an anderen. Ueber die innere Lage in Preußen wäre viel zu sagen. (Bismarck verbreitete sich hier über den „Individualismus" und die Oppositionslust, welche bei den Deutschen vorherrschend seien; die Armee sei die einzige „disziplinabele" Macht). . . . Der Preuße, der sich auf einer Barrikade den Arm zerschlagen ließe, würde ganz beschämt in seine Wohnung zurückkehren und seine Frau würde ihn als Einfaltspinsel behandeln; in der Armee jedoch ist er ein bewundernswürdiger Soldat und schlägt sich wie ein Löwe für die Ehre seines Landes. Diese uns von den Umständen auferlegte Nothwendigkeit einer großen bewaffneten Macht haben unsere Oppositionsmänner nicht anerkennen wollen. Aber der König hielt an der Armee-Reorganisation wie an seiner Krone fest, weil er in seiner tiefsten Seele sie für unentbehrlich hielt.

In diesem Punkte konnte ihn Niemand zu einer Nachgiebigkeit oder zu einem Vergleiche bestimmen. Bei seinem Alter — er ist fast 70 Jahre — und mit seinen Traditionen verrennt man sich in eine Idee, zumal wenn man sie für gut hält. Uebrigens theile ich hinsichtlich der Armee seine Anschauung . . . Sechszehn Jahre sind es her, ich lebte als Gutsbesitzer auf dem Lande, als mich der allerhöchste Wille als Gesandten an den Frankfurter Bundestag berief. Ich war in der Bewunderung, ja ich möchte sagen in der Verehrung der österreichischen Politik auferzogen worden. Ich brauchte nicht viel Zeit, um meine Illusionen über Oesterreich aufzugeben und ich wurde sein erklärter Gegner. Die Erniedrigung meines Vaterlandes (Olmütz), Deutschland fremden Interessen geopfert, eine hinterlistige und perfide Politik, alles das war nicht dazu angethan, mir zu gefallen. Ich wußte nicht, daß ich in der Zukunft noch einmal eine Rolle spielen sollte; doch faßte ich seit jener Zeit die Idee, deren Verwirklichung ich heute verfolge: Deutschland dem österreichischen Einfluß zu entziehen oder wenigstens den Theil Deutschlands, welcher durch seinen Geist, seine Religion, Sitten und Interessen mit den Geschicken Preußens verbunden ist — Norddeutschland. In den Projecten, die ich vorgeschlagen habe, ist keine Rede davon, Throne umzustürzen, diesem sein Herzogthum, jenem seine kleine Domäne zu nehmen. Der König würde überdies dazu nicht die Hand bieten (?). Und dann hat er Familienbeziehungen, die Vetternschaft, eine Menge feindlicher Einflüsse, gegen die ich jederzeit anzukämpfen hatte. Alles dies hat mich ebensowenig wie die Opposition, mit der ich in Preußen zu ringen hatte, abhalten können, mich mit Leib und Seele dieser Idee zu widmen: Norddeutschland in seiner logischen und natürlichen Gestalt unter Führung Preußens constituirt zu sehen. Um dieses Ziel zu erreichen, würde ich Allem trotzen, der Verbannung und selbst dem Schaffot. Und ich habe zum Kronprinzen gesagt, der durch seine Erziehung und seine

Neigungen weit eher der Mann der parlamentarischen Regierung ist: Was thut's, wenn man mich hängt, wenn nur der Strick, mit dem ich gehangen werde, Ihren Thron fest an das neue Deutschland knüpft." . . . In dem inneren preußischen Conflict bin ich dem Könige gefolgt. Daß ich aber von Natur oder aus System ein Gegner der Nationalvertretung, der geschworene Feind des Parlamentarismus sei, das ist eine ganz willkürliche Unterstellung. Ich habe mich nicht vom Könige trennen wollen, als er mit der Berliner Kammer im Streite lag, als diese eine Politik durchkreuzte, welche sich Preußen als Nothwendigkeit aufdrängte. Niemand aber ist berechtigt mir die Beleidigung zuzufügen, als gedächte ich mit meinem Parlamentsproject Deutschland zu mystifiziren." — —

Die Wahrheit der letzten Worte haben die späteren Ereignisse bewiesen. Für den Augenblick jedoch war das Parlamentsproject, wie Bismarck wohl wußte, allerdings eine „Kriegsmaschine", mit welcher er zwar die Fürsten vor den Kopf stieß, aber im Volke, insbesondere in Norddeutschland, sehr viel Anhänger gewann, wie sich bald zeigen sollte. Um Bayern von der feindlichen Liga der Mittel- und Kleinstaaten zu trennen, machte das neue Bundesreformproject den Vorschlag, daß „die Landmacht des Bundes in eine Nord- und eine Südarmee unter dem Oberbefehl der Könige von Preußen und von Bayern als Bundesoberfeldherren im Kriege wie im Frieden getheilt wird." Bismarck hat mit diesem Schachzug zwar Bayern nicht zu sich herüberzuziehen vermocht, aber jedenfalls soviel erreicht, daß die bayrische Kriegführung in Süddeutschland während der Monate Juni und Juli 1866 so ziemlich Alles zu wünschen übrig ließ und nichts als ein Scheinkrieg war. Dem Minister v. d. Pfordten schwebte mindestens noch bis zur Schlacht bei Königgrätz das Phantom einer bayrischen Hegemonie in Süddeutschland vor, die ihm Bismarck schon in Salzburg, kurz vor der Gasteiner Convention, vorgespiegelt hatte. Der junge König Ludwig II

befaßte sich weit weniger mit Politik als mit Musik, wofür ein characteristisches Beispiel in den letzten Tagen des Monats Mai sich bot. Die bayrischen Kammern waren auf den 27. Mai einberufen worden. Herr v. d. Pfordten hatte die Thronrede abgefaßt, worin er die Mobilisirung der Armee ankündigte und erklärte, daß „Bayern in der Lage sein müßte, wie es ihm Pflicht und Ehre geböten, das Recht des Bundes, die Interessen der deutschen Nation und seine Unabhängigkeit aufrecht zu erhalten." Die Thronrede war wunderschön stylisirt, aber plötzlich waren Hof und Minister in großer Bestürzung. Der König war verschwunden und drei Tage lang suchte man Seine Majestät vergeblich. Endlich fand man seine Spur: er war nach Zürich gereist, um seinen „göttlichen Wagner" zu besuchen, der kurz vorher in einem Anfall fürstlicher Mißlaune von ihm verbannt worden war, ohne den er aber nicht leben konnte.

Schon am Tage nach Versendung des letzten preußischen Reformentwurfs an die deutschen Regierungen stellte Oesterreich (11. Juni) bei dem Bundestage mit Rücksicht auf das gewaltsame Vorgehen Preußens in Holstein den Antrag auf Mobilisirung sämmtlicher Bundestruppen. Folgendes sind die wichtigsten Stellen dieses Antrages, dessen drei Tage später erfolgte Annahme durch den Bundestag den Ausbruch des Krieges zur Folge hatte:

„Preußen hat zum Schutze vermeintlich verletzter Rechte den Weg der Selbsthülfe betreten. Es liegt demnach der im Artikel XIX der Wiener Schlußacte vorgesehene Fall vor und die Bundesversammlung ist berufen, der unternommenen Selbsthülfe Einhalt zu thun. Nach diesem gewaltthätigen Vorgehen, dem Preußens umfangreiche Rüstungen zur Seite stehen, kann nur in der Aufbietung aller übrigen verfügbaren militärischen Kräfte des Bundes eine Gewähr des Schutzes für die innere Sicherheit Deutschlands und die bedrohten Rechte seiner Bundesglieder gefunden werden. Die Kaiserliche Regierung erachtet die schleunige Mobilmachung sämmtlicher nicht zur preußischen Armee gehörigen Armeecorps des Bundesheeres für nothwendig. Bedürfte diese Maßregel noch weiterer Begründung, so findet sie dieselbe in der Haltung der königlich preußischen

Regierung gegenüber den Beschlüssen, welche in letzter Zeit und bei stets steigender Gefahr von der Bundesversammlung zur Wahrung des Bundesfriedens gefaßt worden sind. Dem aus Anlaß der Bedrohung Sachsens gefaßten Beschlusse vom 9. Mai: „die königlich preußische Regierung anzugehen, daß durch geeignete Erklärung dem Bunde volle Beruhigung gewährt werde", hat die königlich preußische Regierung nicht entsprochen. Die Antwort Preußens auf den Beschluß vom 24. Mai kann nicht für befriedigend erkannt werden, da es die in jenem Beschlusse in Aussicht genommene gleichzeitige Abrüstung abgelehnt hat. Bei beiden Anlässen hat die königlich preußische Regierung sich zum Richter über den deutschen Bund aufwerfend, ihr Verhältniß zu diesem Staatenbunde und ihre weiteren Entschließungen davon abhängig erklärt, daß derselbe Preußens Forderungen erfüllen wolle und könne. Aus all diesen Gründen erscheint der kaiserlichen Regierung für die hohe Bundesversammlung die unvermeidliche Nothwendigkeit heranzutreten, diejenigen dringlichen Maßregeln zu ergreifen, welche sie in die Lage setzen, die ihr obliegenden Verpflichtungen zu erfüllen." (Folgt der Antrag auf Mobilmachung sämmtlicher Bundescorps spätestens innerhalb 14 Tagen.)

Die Beschlußfassung über diesen Antrag wurde auf den 14. Juni festgesetzt; nur der preußische Gesandte v. Savigny beantragte, wahrscheinlich um zum letzten Mal etwas Komisches im Palais auf der Eschenheimergasse vorzubringen, „Verweisung an einen Ausschuß". Seit fünfzig Jahren war dies gleichbedeutend mit der Leichenbestattung jedes auf solche Weise im Bundestag behandelten Antrags gewesen; Herr v. Savigny hat dabei wohl ein stilles Lächeln nicht unterdrücken können. Nachträglich wurde er von Berlin aus telegraphisch angewiesen, gegen jede geschäftliche Behandlung des österreichischen Antrages zu protestiren.

In den Tagen zwischen dem 11. bis 13. Juni hatte Gablenz mit seiner Brigade Kalik den Weg aus Holstein nach Süddeutschland zurückgelegt; am Abend des 13. Juni kamen die Oesterreicher in Frankfurt an und fraternisirten hier, künftiger Ruhmesthaten harrend, mit der Civilbevölkerung. Bereits fünf Tage vorher war die preußische Bundesbesetzung Frankfurts (das 31. Infanterieregiment) in früher Morgenstunde

von dort nach Wetzlar abgerückt, wobei von irgend einer Seite die Lüge ausgeheckt wurde, daß die Frankfurter die preußischen Soldaten aus den Fenstern verhöhnt und „mit faulen Aepfeln beworfen" hätten. In den Julitagen bildete dies einen der Vorwände für die Mißhandlung Frankfurts durch die Generale Vogel von Falkenstein und Manteuffel. Zwei Tage später folgte die österreichische Besatzung, um über Hanau und Aschaffenburg zur Nordarmee in Böhmen dirigirt zu werden, von wo sie jedoch müde und abgehetzt wieder zurückgeschickt wurde, um mit dem VIII. Bundesarmeecorps sich zu vereinigen und nutzlose Rundmärsche durch den Vogelsberg und die Wetterau vorzunehmen.

Der 14. Juni brachte um die Mittagsstunde die entscheidende Abstimmung am Bundestage. Der österreichische Antrag vom 11. wurde mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen, jedoch unter Zurückweisung des Punktes 4 (sofortige Ernennung des Oberbefehlshabers über die mobilisirten Streitkräfte) und unter folgender von Bayern beantragten wichtigen Aenderung:

„Die königlich bayerische Regierung, welche noch immer an der Hoffnung der Erhaltung des Friedens festhält, stimmt den Anträgen, insoweit sie die Mobilisirung des 7., 8., 9. und 10. Bundes-Armeecorps betreffen, bei, da sie im Hinblick auf die fortdauernden Rüstungen Oesterreichs und Preußens, deren Differenzen inhaltlich der beiderseitigen Erklärungen vom 1. d. M. noch immer ungeschlichtet sind, die hohe Bundesversammlung ebenso für verpflichtet wie berechtigt erachtet, in der beantragten Weise die erforderlichen Vorsichtsmaßregeln zu treffen, um etwaigen Störungen des Bundesfriedens gegenüber die ihr obliegenden Verpflichtungen

[1]) Es stimmten für den Antrag mit der ihm von Bayern gegebenen Aenderung: Oesterreich, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Kurhessen, Großherzogthum Hessen, Braunschweig-Nassau (Braunschweig in der Kurie dagegen) und die 16 Kurie (Lichtenstein, Reuß, Lippe 2c.) Dagegen stimmten außer Preußen: Mecklenburg, Oldenburg, sächsische Häuser und freie Städte (Frankfurt innerhalb der Kurie für den Antrag); Baden und Luxemburg gaben so verklausulirte Abstimmungen ab, daß sie der Minorität zugezählt wurden.

zu erfüllen. Dabei vermag sich indessen die königliche Regierung die Motivirung des Antrages mit dem erfolgten Bruche der Gasteiner Convention nicht anzueignen, da diese Convention weder für die königliche bayerische Regierung, noch für den Bund existirt."

Der große Unterschied zwischen dieser Erklärung Bayerns, welche die Grundlage des Bundesbeschlusses bildete, und dem österreichischen Antrag vom 11. Juni springt sofort in die Augen. Der Antrag Oesterreichs richtete seine Spitze ausschließlich gegen Preußen und dessen Annahme wäre somit allerdings ein feindlicher Act gegen Preußen gewesen; durch die von Bayern beantragten Aenderungen aber war einstweilen nichts weiter als die bewaffnete Neutralität des Bundes in dem bevorstehenden Kampfe zwischen dessen beiden mächtigen Gliedern proclamirt.

Aber Herr v. Savigny hatte im Voraus seine Instruction aus Berlin empfangen, welche sowohl den Fall der Ablehnung, wie denjenigen der Annahme des österreichischen Antrages im Auge hatte. Den dritten Fall — die Amendirung des österreichischen Antrages durch Bayern — hatte Graf Bismarck nicht vorausgesehen, und auf daß mitten in dem Ernst der Lage auch die Ironie der Weltgeschichte ihren Platz finde, mußte es dem Herrn v. Savigny passiren, daß er nach Verkündigung des Abstimmungsresultats sich in den vor ihm liegenden Papieren vergriff und diejenige preußische Erklärung vorzulesen begann, welche auch für den Fall der Ablehnung des österreichischen Antrages, nur mit anderer Motivirung, den Austritt Preußens aus dem Bunde verkündete. Herr v. Savigny bemerkte indeß rasch seinen Irrthum und verlas nun die richtige Erklärung, der wir folgendes entnehmen:

Nachdem das Vertrauen Preußens auf den Schutz, welchen der Bund jedem seiner Mitglieder verbürgt hat, durch den Umstand tief erschüttert worden war, daß das mächtigste Glied des Bundes seit drei Monaten im Widerspruch mit den Bundesgrundgesetzen zum Behufe der Selbsthilfe gegen Preußen gerüstet hat, die Berufung der königlichen Re-

gierung aber an die Wirksamkeit des Bundes und seiner Mitglieder zum Schutze Preußens gegen willkürlichen Angriff Oesterreichs nur Rüstungen anderer Bundesmitglieder ohne Aufklärung über den Zweck derselben zur Folge gehabt haben, mußte die königliche Regierung die äußere und innere Sicherheit, welche nach Art. 2 der Bundesacte der Hauptzweck des Bundes ist, bereits als in hohem Grade gefährdet erkennen. Diese ihre Auffassung hat der vertragswidrige Antrag Oesterreichs und die eingehende, ohne Zweifel auf Verabredung beruhende Aufnahme desselben durch einen Theil ihrer bisherigen Bundesgenossen nur noch bestätigen und erhöhen können. Durch die nach dem Bundesrechte unmögliche Kriegserklärung gegen ein Bundesglied, welche durch den Antrag Oesterreichs und das Votum derjenigen Regierungen, welche ihm beigetreten sind, erfolgt ist, sieht das königliche Kabinet den Bundesbruch als vollzogen an. Im Namen und auf allerh. Befehl S. Majestät des Königs seines allergnädigsten Herrn erklärt der Gesandte daher hiermit, daß Preußen den bisherigen Bundesvertrag für gebrochen und deßhalb nicht mehr verbindlich ansieht, denselben vielmehr als erloschen betrachtet und behandeln wird. Indeß will S. Majestät der König mit dem Erlöschen des bisherigen Bundes nicht zugleich die nationalen Grundlagen, auf denen der Bund auferbaut gewesen, als zerstört betrachten. Preußen hält vielmehr an diesen Grundlagen und an der über die vorübergehenden Formen erhabenen Einheit der deutschen Nation fest und sieht es als eine unabweisliche Pflicht der deutschen Staaten an, für die Letztere den angemessenen Ausdruck zu finden. Die königliche Regierung legt ihrerseits die Grundzüge einer neuen, den Zeitverhältnissen entsprechenden Einigung hiermit noch vor, und erklärt sich bereit, auf den alten, durch eine solche Reform modificirten Grundlagen einen neuen Bund mit denjenigen deutschen Regierungen zu schließen, welche ihr dazu die Hand reichen wollen. Der Gesandte vollzieht die Befehle seiner allerhöchsten Regierung, indem er seine bisherige Thätigkeit hiermit nunmehr für beendet erklärt."

Nachdem Hr. v. Savigny geendet, erklärte der österreichische Gesandte, Hr. v. Kübeck, wörtlich Folgendes:

„Der deutsche Bund ist nach Artikel I der Bundesacte ein unauflöslicher Verein, auf dessen ungeschmälerten Fortbestand das gesammte Deutschland sowie jede einzelne Bundesregierung ein Recht hat, und nach Artikel V der Wiener Schlußacte kann der Austritt aus diesem Vereine keinem Mitgliede desselben freistehen. Indem Präsidium sich gegenüber der von dem königlich preußischen Gesandten eben erfolgten beklagenswerthen Erklärung auf den gefaßten zu Recht bestehenden Beschluß bezieht,

Namens der hohen Versammlung auf obige Grundgesetze hinweist und die Motive der preußischen Erklärung als rechtlich unzulässig und factisch unbegründet erklärt, muß dasselbe in förmlichster und nachdrücklichster Weise alle Rechte und Zuständigkeiten des Bundes wahren, welcher in vollkommen bindender Kraft fortbesteht. Präsidium behält der hohen Bundesversammlung alle weiteren Entschließungen vor und ladet hochdieselbe ein, sich diesem feierlichen Proteste anzuschließen."

Nachdem sich die Bundesversammlung dem Proteste angeschlossen hatte, äußerte Hr. v. Kübeck weiter:

„Die Verantwortlichkeit für die schwere Verwickelung, welche in Folge des Schrittes der preußischen Regierung für Deutschland eintritt, trifft diese allein. Die bundestreuen Regierungen werden ihre Pflichten gegen einander und gegen die deutsche Nation zu erfüllen wissen, indem sie auf dem Boden des Bundesrechts zusammenstehen."

Was weiter noch in dieser Sitzung des Bundestags vorging, erzählt der Verfasser der „Tagebuchblätter eines deutschen Staatsmannes" in folgender Weise: „Nachdem Hr. v. Savigny die Austrittserklärung verlesen und seine Amtsführung als damit geschlossen bezeichnet hatte, entfernte er sich nicht etwa, sondern vernahm die nunmehr nach der Reihe folgenden Proteste und Erklärungen der übrigen Gesandten, von denen sofort der bayrische den Nagel auf den Kopf traf, indem er hervorhob, daß die Motivirung der preußischen Erklärung auf die Abstimmung Bayerns und auf den herbeigeführten Bundesbeschluß in keiner Weise passe. Erst als der württembergische Gesandte in seiner emphatischen Weise von dem allgemeinen Erstaunen sprach, den dieser Schritt der preußischen Regierung in ganz Deutschland hervorrufen werde, und der preußischen Regierung das Recht bestritt, wiederum die Behauptung aufzustellen, als habe Württemberg in Uebereinstimmung mit Oesterreich gerüstet, — erst da empfand Hr. v. S., daß er schon längst nicht mehr an seinem Platze sei; er unterbrach daher den württembergischen Gesandten, was wieder von diesem lebhaft urgirt ward, und entfernte sich, ohne aus seiner bisherigen collegialischen Stellung die so nahe liegende Veran-

lassung zu nehmen, seine Person von seinem Amte zu trennen. Dies soll die andern Gesandten peinlich berührt, aber nicht überrascht haben."

Mit der Abstimmung am Bundestage vom 14. Juni war der Krieg entschieden. Gleichwohl richtete Bismarck am folgenden Tage noch ein Ultimatum an sämmtliche norddeutschen Staaten, insbesondere Sachsen und Hannover, ein Bündniß mit Preußen zum Zwecke der Neuconstituirung Deutschlands nach Maßgabe der preußischen Reformvorschläge vom 10. Juni abzuschließen. Folgendes waren die nach Dresden und Hannover gerichteten Bedingungen, welche noch an demselben Tage angenommen oder abgelehnt werden mußten: „Die königlichen Truppen werden sofort auf den Friedensfuß zurückgeführt; Hannover (Sachsen) stimmt der Berufung des norddeutschen Parlaments zu und schreibt die Wahlen dazu aus, sobald es von Preußen geschieht; Preußen gewährleistet dem Könige von Hannover (Sachsen) sein Gebiet und seine Souveränetätsrechte nach Maßgabe der Reformvorschläge vom 10. d. M. — Ganz ähnlich lauteten die Bedingungen in Kassel.

Die Antwort der drei Fürsten erfolgte noch an demselben Tage und lautete, unter Berufung auf die noch fortbestehende Autorität des Bundes, ablehnend. Von der Stimmung an den betreffenden Höfen, insbesondere dem sächsischen, liegen characteristische Zeugnisse vor. Zunächst der folgende Brief des Freiherrn Herrmann v. Friesen (Bruders des bekannten Ministers) an den sächsischen Gesandten in London, Grafen Vitzthum:

Pillnitz, den 15. Juni 1866.

Das Landtagsdiner am gestrigen Tage ist brillant ausgefallen. Schon beim Eintritt in den Saal begrüßte der König die versammelten Stände mit einigen Worten des Dankes für ihren Eifer. Bei der Tafel fügte der König dem üblichen Toast auf das Landeswohl und die getreuen Stände noch folgende Worte hinzu: „Auf das getreue Zusammenhalten zwischen Fürst und Ständen, wie sich dieses auf dem so eben geschlossenen Landtage so glänzend bewährt hat." Das vom Präsidenten der ersten

Kammer ausgebrachte Hoch wollte nicht enden. Nach der Tafel kam zu allseitiger Befriedigung das Telegramm über den Bundesbeschluß vom 14. Juni. Savigny's „würdevolle Haltung" erregte allgemeine Heiterkeit. (!) Bei der Entlassung der Stände erschallte wider alles Herkommen ein neues Hoch auf den König, welches auf dem Dampfschiffe mehrfach wiederholt wurde. Der König war ergriffen und durch den Ausdruck dieser loyalen Gesinnung ermuthigt. Ich freue mich, gegen den Wunsch des zeitweilig abwesenden Oberhofmarschalls Seiner Majestät den Gedanken zu diesem Abschiedsdiner suppeditirt (!) zu haben. Wir erwarten nun stündlich die Entscheidung. Die Armee ist conzentrirt und auf dem böhmischen Bahnhof stehen die Waggons bereit, um Artillerie und Munition sofort über die Grenze zu schaffen. Unter diesen Umständen habe ich anheimgegeben, für die eventuelle Abreise der Königin ein Dampfboot bereit zu halten, da auf die Bahn kaum zu rechnen sein dürfte. Der Kronprinz ist sehr thätig und hat sich, wie ich höre, in hohem Grade die Sympathieen der Offiziere und Mannschaften erworben. . . . Während ich dies schreibe, ist der König auf Grund eines eingelaufenen Telegrammes nach Dresden gefahren, um dem preußischen Gesandten eine von diesem nachgesuchte Particular-Audienz zu ertheilen. Um was es sich handelt, habe ich noch nicht erfahren können. (Es war das obenerwähnte Ultimatum. Anm. d. Verf.) Die Königin ist so sehr gegen die Abreise, daß sie noch keinen Befehl zum Einpacken gegeben hat. Der König besteht darauf. Für den Fall der Abreise ist Prag als erstes, Regensburg als zweites Ziel bestimmt."

Die entscheidende Unterredung zwischen dem König und dem preußischen Gesandten v. d. Schulenburg fand am 15. Juni Abends statt; kurz vor 11 Uhr überbrachte der Gesandte persönlich die Kriegserklärung, worauf der König die in Dresden zurückbleibenden Minister empfing, um von ihnen Abschied zu nehmen. Am folgenden Morgen erfolgte seine Abreise und der Abmarsch der letzten Regimenter der Armee nach Böhmen; ein Kriegsschatz von 4 Millionen Thalern war durch den Finanzminister v. Friesen schon Ende Mai in Voraussicht der kommenden Dinge nach München geschafft worden. Der König ließ auf Grund des § 9 der Verfassungsurkunde von 1830 für die Dauer seiner Abwesenheit eine aus sämmtlichen Ministern bestehende „Landescommission" zur Führung der Regierungs-

geschäfte zurück und verabschiedete sich durch eine Proclamation „an seine treuen Sachsen".

In Hannover gestalteten sich die Dinge folgendermaßen. Auf die telegraphische Kunde von dem Bundesbeschluß befahl der König noch am 14. Juni die bis dahin versäumte Mobilisirung, zu deren Durchführung mindestens mehrere Wochen nothwendig gewesen wären. Das preußische Ultimatum, welches der Gesandte, Prinz Ysenburg, am frühen Morgen des 15. Juni vorlegte, machte einen dicken Strich durch diese Rechnung. König Georg berief schleunigst einen Ministerrath, welchem er seinen oft geäußerten Entschluß einer „strengen Neutralität" wiederholte. Eben deßhalb müsse er, wie früher das österreichische, so auch jetzt das preußische Bündniß ablehnen, um so mehr, da ein Widerruf der eben befohlenen Mobilmachung ehrwidrig und eine Herabwürdigung „der von Gott ihm verliehenen Kronrechte sein würde". Die Minister traten sämmtlich dieser Ansicht bei; der Krieg war damit entschieden. An alle Garnisonen des Landes wurde die telegraphische Weisung erlassen, die Soldaten, wie sie gingen und standen, schleunigst nach Göttingen abrücken zu lassen und die noch fehlenden Reservisten, sowie die vorhandenen Kriegsvorräthe ebenfalls dorthin zu schaffen. Unterdessen wurde die Sitzung der zweiten Kammer eröffnet, wo man, wie es scheint, noch keine Kenntniß von dem Inhalt der preußischen Sommation hatte. Rudolf v. Bennigsen brachte sofort mit Berufung auf den außerordentlichen Ernst der Lage den Antrag ein in einer Adresse an die Krone 1. um die Entlassung der Minister, 2. um Nichtausführung des Bundesbeschlusses vom 14. Juni, 3. um vollste Neutralität, 4. um schleunige Ausschreibung der Wahlen zum deutschen Parlamente zu bitten. Man sieht, daß selbst dieser Antrag sich nicht mit den Forderungen Preußens deckte, welches ein Bündniß, und keine Neutralität, verlangte. Die Aufregung in der Stadt wuchs durch den Beginn der Truppenzüge mit jeder Stunde; man vernahm, daß Harburg bereits von

preußischen Truppen besetzt, daß die westfälische Division bis dicht an die hannover'sche Grenze vorgerückt sei. Mittlerweile ließ Graf Platen bedächtig die Antwort auf das preußische Ultimatum entwerfen; es dauerte bis zum späten Abend, ehe sie dem auf Schloß Herrnhausen weilenden König vorgelegt werden konnte. Dieser prüfte sie genau, strich eine Stelle, welche auf die Möglichkeit einer späteren Verständigung über die Bundesreform hindeutete, und brachte noch einige stylistische Verbesserungen an. Um 1 Uhr Nachts erhielt das Document endlich die Genehmigung des Königs; zu derselben Stunde überreichte Prinz Ysenburg die Kriegserklärung von Seiten Preußens. Vergebens erschien noch in der Nacht eine Deputation der Hannover'schen Stadtbehörden im Schlosse Herrnhausen, um den König zu der von Preußen verlangten Politik zu bestimmen; sie erhielt die Antwort, daß der König „als Christ, Monarch und Welf" dies ablehnen müsse. Um 4 Uhr Morgens reiste der blinde König in Gesellschaft des Kronprinzen, seiner Minister, der in Hannover befindlichen Generale und des österreichischen Gesandten, Grafen Ingelheim, nach Göttingen zu seinen Truppen. Ohne es zu ahnen, nahm er für immer Abschied von dem „Lande seiner Väter".

Ende des ersten Bandes.